This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

32101 064040718

Digitized by Google

Library of

Princeton University.

Annie Rhodes Gulick
and
Alexander Reading Gulick
Memorial Fund

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Kritische Beiträge

zur Erkenntnis

unserer

socialen Zustände und Theorien.

Von

Dr. Julius Platter,

Professor der Staatswissenschaften am eidg. Polytechnikum in Zürich.

Basel.
Verlag von Dr. H. Müller.
1894.

Digitized by Google

H33
P55

(RECAP)

Alle Rechte vorbehalten.

Digitized by Google

I.

Theoretisches.

1. Das Recht auf Existenz.
2. Die Pflichten des Besitzes.
3. Freiheit und Gleichheit.
4. Die Ethik des Landbesitzes.

Digitized by Google

Digitized by Google

Das Recht auf Existenz.

Akademische Antrittsrede

gehalten in Zürich am 6. März 1880.

Der bekannte französische Statistiker Villermé veröffentlichte im Jahre 1853 im Journal des Economistes eine Untersuchung über die Sterblichkeit in den verschiedenen Arrondissements von Paris, und fand, dass dieselbe ziemlich genau in umgekehrtem Verhältnis stand zur Zahl der steuerpflichtigen Wohnungen und zur durchschnittlichen Höhe der Mietpreise. Aehnliche Untersuchungen wurden vor und nach ihm öfters angestellt — z. B. von Marc d'Espine, von Casper, Ducpétiaux, Fuchs — und führten durchwegs zu analogen Resultaten. So teilte in neuester Zeit das statistische Bureau der Stadt Leipzig mit, dass die Sterblichkeit in denjenigen Strassen, wo mehr als drei Einwohner auf ein Zimmer kamen, gerade dreimal so gross war, als in jenen, wo die Zahl der Zimmer etwas grösser war, als die der Bewohner. Bei den Säuglingen war die Sterblichkeit in den ersteren Strassen sogar viermal so gross, als in den letzteren.

Diese statistischen Untersuchungen zeigen uns mit numerischer Präcision, was wir im Allgemeinen wohl schon ganz a priori einsehen, nämlich dass die Armut die Sterblichkeit vermehrt, und dass der Wohlstand — innerhalb gewisser Grenzen — das menschliche Leben verlängert.

Unter den Millionen, welche jährlich bloss in Folge ungenügender materieller Existenzbedingungen vorzeitig dahinsterben und also

Digitized by Google

Einbusse an möglicher Lebensdauer erleiden, ist gewiss die weitüberwiegende Mehrzahl persönlich an ihrer Dürftigkeit ganz schuldlos. Trifft ja das Loos des Todes infolge der Armut vorzüglich die Kinder, welche sicher nicht verantwortlich gemacht werden können für das Elend, das sie bei ihrem Eintritt in die Welt für sich schon ganz fertig bereitet fanden.

Was schliessen wir nun aus derartigen Thatsachen? Dass die Welt nicht so eingerichtet ist, wie wir sie wohl wünschten? Dieser Schluss steht Jedem frei, sowie seine betreffenden Wünsche.

Oder dass es sittliche Pflicht jedes Einzelnen sowie der Gemeinschaft sei, das Loos der dürftigen Mitmenschen nach Kraft und Einsicht zu verbessern? Gewiss, denn das stimmt vollkommen mit den Prinzipien des Christentums und der modernen Humanität überein; denn die Humanität der Alten ging, wie Monnier in seiner Histoire de l'assistance treffend nachgewiesen hat, keineswegs bis zur Anerkennung der allgemeinen Armenpflege als sittlicher Pflicht und gesellschaftlicher Aufgabe.

Oder schliessen wir, dass ein Recht derjenigen verletzt worden sei, welche wegen unverschuldeter Dürftigkeit notwendig früher aus dem Dasein hinweg gedrängt werden als Andere, denen genügende Mittel zur Existenzerhaltung zu Gebote stehen?

Die Beantwortung dieser Frage hängt davon ab, was man unter dem Rechte auf Existenz versteht, einem Rechte, das von Moralisten, Rechts- und Staatsphilosophen, sowie Nationalökonomen so oft ohne besondere Untersuchung seiner Herkunft und seines Inhalts kurzweg behauptet wird, und dessen eingehende Prüfung wegen seiner unvermeidlichen Konsequenzen nichts weniger als überflüssig scheint.

„Das Recht zu sein, sagt Bluntschli in seinem Allgemeinen Staatsrecht, ist für den Menschen das erste. Es ist mit ihm geboren und unzertrennlich mit ihm verbunden, so lange eine unsterbliche Seele in dem Körper wohnt.“ Sofern Bluntschli, wie der Hinweis auf Blackstone und Stahl beweist, hier zunächst nichts Anderes meint, als dass Keiner die Existenz des Andern absichtlich verhindern oder abkürzen darf, unterliegt dieses „Recht zu sein“ gar keinem Zweifel. Freilich nicht deswegen, weil der Mensch eine unsterbliche Seele besitzt, denn die unsterbliche Seele ist gerade das einzige Wesen in der Welt, welches eines Schutzes seiner Existenz gar nicht bedarf, da diese weder vernichtet noch abgekürzt werden und also gar nicht in Frage kommen kann, — sondern deswegen, weil alles Recht sich

Digitized by Google

auf die menschliche Gesellschaft bezieht, in dieser seinen Ursprung und seine Voraussetzung findet und es mithin kein Recht geben kann, welches den Begriff der Gesellschaft selbst negirt. Ein solches aber wäre das Recht, sich gegenseitig nach Belieben zu ermorden. Ebenso unzweifelhaft ist die Befugnis eines Jeden, innerhalb der bestehenden Rechtsordnung alles zu thun, was zur Fortdauer seiner Existenz beitragen kann. Denn die Negation dieses Rechts wäre gleich dem Verbote erlaubter Handlungen, also eine Absurdität. Soweit ist das Recht auf Existenz als ein staatsbürgerliches ausser aller Frage und zu jeder Zeit anerkannt worden.

Ob auch der Fremde dieses Recht zu sein habe, diese Frage wurde bekanntlich zu verschiedenen Zeiten verschieden beantwortet. Auf niedrigen Kulturstufen wird der Fremde meist, und wohl mit Recht, als Feind angesehen und darnach behandelt. Wir gestehen ihm gleichen Existenzschutz zu, wie dem Bürger, vermutlich nicht deshalb, weil wir etwa in der Moral eine so viel höhere Stufe erklommen haben, als primitive Naturvölker, sondern weil die Entwicklung der materiellen Kultur den Vorteil erkennen liess, welchen Fremde brachten, und uns den Aufenthalt in fremden Ländern häufig wünschenswert, ja notwendig machte, während wir dort nicht sicher leben könnten, wenn wir den Fremden im eigenen Territorium nicht gleiche Sicherheit gewährten. Das war vermutlich der Ursprung dieser Erweiterung des Existenzrechts; die natürliche Folge des häufigen Verkehrs mit Fremden ist dann freilich die, dass wir dieselbe als etwas Selbstverständliches, mit der Natur des Menschen schon Gegebenes betrachten. Ein Streit über das Recht selbst ist heute wohl unmöglich.

Der Zweifel kann erst beginnen, wenn der Einzelne sich die Bedingungen der Fortdauer seiner Existenz nicht selbst zu verschaffen vermag und nun die Frage entsteht, ob irgend Jemand verpflichtet sei, sie ihm zu bieten? Hier steht dem Rechte auf Existenz nicht mehr, wie bisher, die blosse Verpflichtung gegenüber, irgend etwas zu unterlassen, welche meist sehr leicht erfüllbar ist, sondern die Verpflichtung, irgend etwas und vielleicht sogar sehr viel zu leisten, was unter Umständen äusserst schwierig sein kann.

Gewiss gibt es nun Verhältnisse von Personen, in denen diese Verpflichtung allgemein anerkannt ist und aus denen der Verpflichtungsgrund sowie die Person des Verpflichteten ganz klar hervorgeht. Wer durch eine zurechenbare Handlung einen Andern in einen

Digitized by Google

solchen Zustand versetzt hat, dass er nicht selbst für die Fortdauer seiner Existenz zu sorgen vermag, der ist unzweifelhaft verpflichtet, diese Sorge zu übernehmen. Ein näheres Eingehen auf solche privatrechtliche Verpflichtungsgründe ist an dieser Stelle wohl überflüssig, weil das allgemeine Rechtsbewusstsein in allen derartigen Fällen zu deutlich spricht. Der wichtigste hierher gehörige Fall ist wohl die Alimentationspflicht der Eltern gegen ihre Kinder: ohne die Zeugung wäre die Person des Bedürftigen gar nicht vorhanden, durch sie ist die Bedürftigkeit mit Notwendigkeit gesetzt, und ausserdem wäre ohne diese Alimentationspflicht die Fortdauer der Gesellschaft selbst unmöglich. Hier ist mithin Alles vollkommen klar.

Aber wenn auf solche Weise kein Einzelner verpflichtet ist, gegen wen richtet sich dann der Anspruch auf Unterhalt? — Denn wenn ihm kein bestimmter Verpflichteter gegenüberstände, so fehlte ihm ja alle Realität.

Die Antwort derjenigen, welche das Recht auf Existenz behaupten, lautet selbstverständlich: gegen die Gemeinschaft, den Staat. Aber die Frage nach dem Verpflichtungsgrunde ist hier schwerer zu beantworten.

In der Natur des Menschen liegt keine Anweisung auf fremdes Vermögen. Wir erkennen zwar bereitwillig an, dass derjenige, welcher seinem Nebenmenschen gern und freudig hilft, ein guter Mensch ist, und wer sein Gemüt gegen die Not des Andern verhärtet, kein guter, und deducieren aus diesem ethischen Urteil eine sittliche Pflicht der Hilfeleistung, der aber kein Recht auf Forderung der Hilfe gegenübersteht. Denn niemand kann doch zu beanspruchen befugt sein, dass der andere einen guten oder gar edlen Charakter habe. Das erkennt jeder als unmöglich.

In der Natur der staatlichen Gemeinschaft dürften wir den Verpflichtungsgrund nur dann finden, wenn der Staat ganz selbstverständlich eine allgemeine Lebensversicherungsanstalt wäre, nur mit dem Unterschied von andern derartigen Anstalten, dass jeder Bürger durch sein bloses Dasein ein Recht auf einen bestimmten Betrag von Subsistenzmitteln erlangte, ohne Prämienzahlung — ein Standpunkt, den Montesquieu einzunehmen scheint, wenn er sagt, der Staat sei allen Bürgern sichern Unterhalt, Nahruug und eine gesunde Wohnung schuldig. Der Natur der Staatsgesellschaft widerspricht es keineswegs, dass Einzelne durch Mangel an Subsistenzmitteln schneller oder langsamer zu Grunde gehen. Es widerspricht ihr dies so wenig

Digitized by Google

als irgend eine andere natürliche Todesart. Die Gesellschaft hat mit solchen Thatsachen Jahrtausende bestanden und sich dabei entwickelt bis auf die heutige Stufe. Die Doktrin, dass jedes Individuum als solches für den Staat von Wert sei, ist heute wohl als aufgegeben zu betrachten. Sie stammt aus der Zeit der absolutistischen Populationsschwärmerei, die in jedem Neugeborenen nur den künftigen Rekruten oder Steuerzahler sah, und ist dem sehr reellen Begriffe der Uebervölkerung gegenüber ganz unhaltbar.

Dass der Staat, wenn eine Massennot seine Existenz in Frage stellt, alle Mittel zur Abwendung der Gefahr vermöge seines sogenannten Notrechts anwendet — thatsächlich sowohl Getreidesäcke als leider auch Kanonen — liegt in der Natur und Macht der Persönlichkeit, aber der des Staats, nicht des Einzelnen; das Existenzrecht des Staats wird hier gewahrt, nicht das des Bürgers.

Von diesem Standpunkt aus ist nach meiner Ansicht auch alle Armengesetzgebung zu beurteilen, durch welche der Staat die Aufgabe übernimmt, vermittelst seiner untersten Selbstverwaltungskörper, der Gemeinden, die Existenz des Einzelnen im Notfall zu erhalten. Schon darin, dass der Staat gewöhnlich diese Verpflichtung aus lauter Opportunitätsrücksichten auf die Gemeinden abwälzt, zeigt sich ganz klar, dass es sich hier um eine Verwaltungsmassregel handelt, durch welche das Wohl der Gesamtheit gesichert werden soll, nicht um ein Recht des Einzelnen, dem der Staat durch sein Gesetz etwa die Person des Verpflichteten gegenüberstellte. Denn niemand wird wohl auf den Einfall geraten, dass in der Zugehörigkeit zu irgend einer beliebigen Gemeinde das Existenzrecht wurzle. Der Staat betrachtet es als seine Aufgabe, der äussersten Not der Individuen abzuhelfen, weil diese Not — zwar nicht jederzeit geradezu seine Existenz bedroht — aber der Durchführung seiner allgemeinsten Aufgaben hinderlich ist. Er erhält Ruhe und Ordnung, er schützt das Eigentum und die Personen, indem er die äusserste Not, für die es naturgemäs kein Gebot gibt, beseitigt.

Selbst in Bezug auf die bekannte Akte der Königin Elisabeth vom Jahre 1601, welche den englischen Kirchspielen eine ganz unbegrenzte, durch beliebige Besteuerung zu realisierende Verpflichtung zur Armenpflege auferlegte, war bei der Reform der Armengesetzgebung im Jahre 1834 nach Kries die Anschauung in England ganz allgemein, dass dieselbe „nicht allein, ja sogar nicht vorzugsweise aus Rücksichten der Mildthätigkeit hervorgegangen war, sondern in

Digitized by Google

erster Reihe auf Erwägungen des öffentlichen Wohls, insbesondere der Sicherheit und Ordnung beruhte". Von einem individuellen Rechte auf Existenz war also gar nicht die Rede. Die staatliche Armenpflege ist immer eine Verwaltungsmassregel und es ist eine blosse petitio principii, wenn z. B. Laveleye in seinem Buche De la propriété et de ses formes primitives behauptet, sie sei das einstweilige Aequivalent für das vom Staat instinktiv anerkannte Recht eines jeden auf Eigentum. —

Rechtlich verpflichtet wäre der Staat nur dann, wenn er die Armut der Einzelnen hervorgebracht hätte, eine Anschauung, die in neuerer Zeit freilich immer mehr Vertreter findet, die aber in dieser Allgemeinheit doch unmöglich haltbar ist. Es ist zwar gewiss, dass in jedem Staate, der in der Geschichte auftritt, ein bestimmtes Mass von Armut stets vorhanden war, in verschiedenen Staaten und Zeiten ein verschiedenes, und dass, wie Alles in der Welt, so auch dieses jederzeit bestimmte Mass von Armut aus zureichenden Gründen mit Notwendigkeit hervorging. Wenn aber die staatliche Organisation der Gesellschaft die allgemeine Ursache der Armut wäre, dann müsste letztere im Zustand der Wildheit unmöglich sein, und doch zeigt die Erforschung roher Völker gerade, dass Hungerepidemien um so häufiger sind, je näher die Menschen dem Tiere stehen, je weniger also von staatlicher Organisation die Rede sein kann. Der gesellschaftliche Zustand mit seiner staatlichen Ordnung hat die Armut sicher nicht hervorgebracht, sondern der allgemeinen Armut der Wildheit mehr oder weniger und nur nie vollkommen abgeholfen. Sodann ist es aber gewiss, dass die jeweilige Organisation der Gesellschaft nicht besser und nicht schlechter ist, als sie eben nach allen vorhergegangenen Umständen sein kann, dass sie nicht das Werk irgend welcher bestimmten Individuen oder selbst Klassen ist, die sie ebenso gut hätten anders machen können, sondern das notwendige Resultat der gesamten Entwicklung eines Volks. Wie käme der Einzelne, der ja auch zu dieser Gesellschaft gehört, dazu, dieselbe für ihren Zustand verantwortlich zu machen? Man muss dazu noch bedenken, dass die Last der dem Existenzrecht entsprechenden Verpflichtung, welche der Staat übernimmt, doch von den einzelnen, dazu fähigen Bürgern getragen werden muss, denen der Staat die nötigen Mittel entzieht, dass man also genau genommen nicht die Gesamtheit, sondern eine ganz bestimmte Zahl von Individuen für den Zustand der Gesellschaft verantwortlich macht, dass man der unterstützungsbedürf-

Digitized by Google

tigen Masse der Bürger ein Recht auf das Eigentum der unterstützungsfähigen einräumt. Daraus dass die letzteren, wie R. v. Mohl bemerkt, vorzugsweise die Vorteile der staatlichen Ordnung geniessen, kann gewiss nie etwas anderes, als eine moralische Verpflichtung abgeleitet werden. Denn wer den Armen in keiner Weise für seine Armut verantwortlich macht, der kann ebensowenig den Reichen für seinen Reichtum verantwortlich machen, beide sind schuldlos an ihrem Zustand und eine Rechtsverbindlichkeit kann daraus nicht erwachsen. Der Eintritt ins Leben ist eben allerwegen mit einem Risiko verbunden, welches die Gesellschaft unmöglich auf sich nehmen kann.

Jeder weiss aber, dass die Armut aus den mannigfaltigsten Ursachen hervorgeht, die mit der staatlichen Organisation in gar keinem nachweisbaren Zusammenhang stehen, dass insbesondere die meisten Armen schon als solche in die Welt kommen. Nehmen wir einen Fall, dessen Analogien, seit die Welt steht, überall zu Tausenden zu finden sind. Ein Mann hat zwei Kinder, zu deren Erhaltung sein Einkommen vollständig ausreicht. Niemand wird hier behaupten, dass irgend jemand ausser ihm selbst zur Alimentation derselben verpflichtet sei. Bekommt er nun nach und nach sieben Kinder, so wird die ganze Familie im Elend schmachten. Die moralische Verpflichtung, ihm zu helfen, wird niemand leugnen. Sie tritt, gegen die Kinder, auch dann ein, wenn er zu ihrer Erhaltung fähig wäre, aber sie nicht erhält, weil er zu träg ist oder sein Einkommen vertrinkt. Sie tritt sogar gegen ihn selbst ein, wenn er sich aus eigenem Verschulden zur Erhaltung seiner Existenz unfähig gemacht hat. Denn bei ihr handelt es sich nicht um die Verantwortlichkeit für das Elend, sondern blos um dieses selbst; das fremde Leiden als solches ruft das Mitleid hervor und fordert zur Hilfe auf.

Wie sollte es aber kommen, dass der Staat für das Elend, welches durch die Zunahme der Familie entstand, verantwortlich gemacht und damit zur Unterstützung rechtlich verpflichtet würde? sind nicht alle Kinder auf gleiche Weise in die Welt gekommen? wenn aus der Ankunft der ersten für den Staat keine Verantwortlichkeit erwuchs, wie soll sie aus der auf ganz gleichen Ursachen beruhenden Ankunft der späteren auf einmal erwachsen?

Aber nehmen wir einmal an, der Staat erkenne das Recht des Individuums auf Existenz, also den Anspruch desselben auf die mate-

Digitized by Google

riellen Bedingungen der Fortdauer des Lebens wirklich an, so ist zuvörderst klar, dass diese Anerkennung nur eine platonische ist, dass das Recht nicht ausgeführt wird. Denn wäre es realisiert, so gäbe es Armut nur etwa in dem Sinne, dass manche unfähig wären sich ihre Existenzbedingungen selbst zu verschaffen, aber nicht in dem Sinne, dass irgend jemandem ein genügendes Mass von Existenzmitteln wirklich fehlte.

Dass dies nicht der Fall ist, weiss Jeder. Gerade in England, dem klassischen Lande der Armengesetzgebung, kommt selbst der Hungertod nicht selten vor. Offenbar haben solche Leute die öffentliche Unterstützung nicht in Anspruch genommen, da sie ihnen ja nicht verweigert werden konnte. Aber warum nicht? Weil sie hier wie anderswo in einer Weise geleistet wird, welche den Armen abschrecken soll, sie in Anspruch zu nehmen. Aber wenn jeder Unterstützungsbedürftige ein Recht hat, vom Staate genügende Subsistenzmittel zu fordern, welches Recht kann dann der Staat haben, diesen Anspruch auf eine solche Weise zu erfüllen, dass man ihn lieber nicht stellt und verhungert oder bettelt? Wir finden eine solche Prozedur doch bei keinem andern Rechtsanspruch! Wahrlich der Arme, der bei seiner Behörde um eine Unterstützung nachsucht, sieht keineswegs aus, wie ein Mensch, der einen Rechtsanspruch geltend macht.

Fragen wir, was der Staat eigentlich thun müsste, um das Recht auf Existenz durchzuführen, so wird es klar werden, dass er es überhaupt nicht durchführen kann und dass mithin dieses angebliche Recht ein Unding ist. Das Recht auf Existenz ist genauer gesprochen das Recht auf Fortdauer der Existenz. Es frägt sich nur, auf wie lange? Wenn ich die Verpflichtung übernehme, jemandes Existenz zu erhalten, genüge ich ihr dann, wenn ich den Berechtigten 10, 20, 30 Jahre lang erhalte und hernach verhungern lasse? Niemand wird dies behaupten. Genüge ich ihr, wenn ich ihn auf solche Weise pflege, dass daraus ein vorzeitiger Tod mit Notwendigkeit erfolgt? Das ist, genau genommen, dasselbe, wie wenn ich ihn die gleiche Zeit ordnungsmässig pflegte, und dann plötzlich verhungern liesse, nur vermutlich noch peinlicher. Ich genüge meiner Verpflichtung nur, wenn ich sein Leben, insofern dies von mir abhängt, soweit verlängere, als es nach meinen wirtschaftlichen Kräften — mit gleicher Berücksichtigung meiner eigenen Existenz — möglich ist. Jede andere Grenze der Erhaltungspflicht führt ad absurdum und wir erkennen

Digitized by Google

dort, wo eine wahre Alimentationsverbindlichkeit wirklich vorliegt, auch keine andere an.

Setzen wir nun an die Stelle der verpflichteten Einzelpersönlichkeit den Staat, so wird, unter Annahme des Rechts auf Existenz, ebenfalls keine andere Grenze für die Verpflichtung der Gemeinschaft gefunden werden können, als die, dass die Existenz eines jeden, sofern sie von äussern Bedingungen abhängt, soweit ausgedehnt werden muss, als es nach den der Gesellschaft zu Gebote stehenden Mitteln überhaupt möglich ist, oder m. a. W. das Recht auf Existenz ist der dem Einzelnen gegen die Gemeinschaft zustehende Anspruch auf Leistung der ihm selbst nicht erreichbaren Bedingungen zur Fortführung seines Lebens auf so lange Zeit, als es irgend einem andern Mitglied der Gemeinschaft möglich ist.

Dazu gehören nun freilich weder Austern noch Champagner, aber eine gleich gesunde und genügende Nahrung, Kleidung, Wohnung, Beheizung und vor Allem eine für die Gesundheit gleich erspriessliche Beschäftigung.

Das Alles steht aber nicht nur den Armen nicht zu Gebote, welche ihre Existenz aus eigenen Kräften gar keinen Augenblick zu erhalten vermögen, sondern auch der ganzen ungeheuern Masse der Individuen nicht, welche den untern Gesellschaftsklassen angehören, was durch ihre grössere Sterblichkeit genügend bewiesen wird. Das Recht auf Existenz wäre also die Verpflichtung des Staats zu einer möglichst vollkommenen Ausgleichung der Sterblichkeit oder Lebensdauer, die Verpflichtung, Jeden, soweit die gesellschaftlichen Kräfte reichen, mit Allem zu versehen, was seine Lebenslänge auf ein gleiches Mass bringen kann, wie die aller Uebrigen. Das wäre, da die gesamte wirtschaftliche Kraft eines Volks gewiss nicht weiter reicht, der volle, unbedingte Kommunismus, den ein so weit nach links vorgerückter Sociologe, wie Schäffle, schon im heutigen Notarmenrecht findet, womit ich freilich nicht übereinstimmen kann, da ich es als blosse Verwaltungsmassregel zum Schutze der Gesellschaft, insbesondere des Eigentums betrachte, das für diesen wie für jeden anderen Schutz ganz notwendiger und gerechter Weise zahlen muss.

Dass diese Deduktionen keineswegs extravagant sind, will ich beweisen durch Vorführung der Ansichten von Sociologen, welche das Recht auf Existenz anerkennen und seine Konsequenzen ziehen. Ich wähle hiezu, um nicht bloss die Stimmen Einer Schule anklingen zu

Digitized by Google

lassen, einen Franzosen, einen Engländer und einen Deutschen, und zwar Männer, denen gewiss Niemand eine Tendenz auf gewaltsamen Umsturz rechtlich bestehender Verhältnisse zuschreiben wird, und von denen wenigstens die zwei Letzteren in der Wissenschaft einen sehr bedeutenden Namen repräsentieren, nämlich François Huet, Herbert Spencer und Adolf Wagner.

Huet sagt in seinem Règne social du Christianisme: das Recht zu leben ist für Alle gleich. Aber auch die Notwendigkeit der Güter zum Leben ist für Alle dieselbe. Andererseits ist es aber doch klar, dass Niemand auf fremde Unkosten leben soll. Jeder hat ein Recht, dass sein Unterhalt, seine Arbeit nicht vom Belieben Anderer abhänge. Der Mensch aber, der kein Eigentum besitzt, arbeitet und lebt nur mit Erlaubnis von seinesgleichen und ist in Wahrheit ein Sklave.

Der Anspruch auf genügendes Eigentum, und zwar auf Eigentum an Produktionsmitteln ist mithin die notwendige Konsequenz des Rechts auf Existenz. Dass dies nichts Anderes ist, als eine besondere Form des Kommunismus, leuchtet wohl ein. Der Begriff des Privateigentums hat solchen Anschauungen gegenüber einen unmöglichen Stand. Ein beständiges Teilen und Verteilen von Produktivvermögen, nicht nach den naturwüchsigen Regeln der Wirtschaft, sondern nach den idealen Forderungen eines absoluten Existenzrechts wäre die notwendige Konsequenz. Dass Huet als Mittel zur praktischen Durchführung seines Postulats nur die Abschaffung des privaten Erbrechts und die Verteilung aller Erbschaften unter alle jungen Arbeiter vorschlägt, wodurch mit jeder Generation die fraternité du partage primitif -- von der freilich niemand etwas weiss — erneuert werden soll, ändert daran nichts. Denn wenn man auch das aktive Erbrecht nicht als ein wesentliches Element des Privateigentums ansehen will, so liesse sich auf diesem Wege, wie die Menschen einmal sind, der allgemeine Rechtsanspruch auf genügendes Eigentum gewiss nicht realisieren, man müsste auch das Verfügungsrecht der Lebenden soweit beschränken, dass sie nur mehr als Mandatare ihrer zukünftigen Erben, der sämmtlichen jungen Arbeiter, dastünden, wodurch alle Realität des Eigentums verschwinden müsste. Und wenn auch dies nicht genügen sollte, so müssten eben noch radikalere Massregeln getroffen werden, sofern das Recht wirklich realisiert werden sollte.

Digitized by Google

Konsequenter als Huet ist Herbert Spencer, der in seinen Social Statics aus dem gleichen Recht Aller auf Existenz die rechtliche Unmöglichkeit eines Privateigentums an Grund und Boden ableitet. Denn wenn irgend ein Teil der Erdoberfläche von einem Individuum besessen werden darf, das ihn zu seinem ausschliesslichen Gebrauche behält, so können auch andere Teile mit gleichem Rechte von anderen occupiert werden und so würde die ganze Oberfläche der Erde in die Hände gewisser Individuen fallen. Sodann hätten aber die Nichteigentümer kein Recht auf einen Platz auf der Erde. Sie könnten nur mit Erlaubnis der Herren derselben einen Ort finden, ihre Füsse darauf zu setzen. Wird sie ihnen verweigert, so können sie definitiv aus der Welt vertrieben werden. Privateigentum an Grund und Boden ist also unzulässig, das Gemeineigentum Aller ist eine unabweisbare Forderung der wahren Gerechtigkeit.

Also Grund und Boden muss Jeder haben oder die Gemeinschaft für ihn, wenn sein Existenzrecht wirklich gewahrt werden, wenn sein Leben nicht vom Belieben anderer abhängen soll. Und das ist ganz konsequent. Denn ich kann Tausende von Knöpfen und Nägeln, ja selbst Glacéhandschuhen oder Remontoirs produzieren: wenn ich nicht Grund und Boden besitze, so ist es immer möglich, dass mir plötzlich kein Grundeigentümer auf der Welt einen Platz gönnt, auf dem ich berechtigter Weise stehen und athmen darf, und dass mir keiner meine Produkte abkauft und dagegen die seinigen, die allein zum Leben unbedingt notwendig sind, anbietet. Denn nur der Grundeigentümer kann von seinen Produkten unmittelbar und ohne Inanspruchnahme eines Dritten wirklich leben, der reichste Banquier kann seine Goldbarren nicht essen und sich nicht in seine Noten kleiden.

Wenn das Recht auf Existenz ein absolutes Urrecht ist, das vor allen andern gewahrt werden muss, so darf seine Durchführung von keinen auch noch so entfernten Möglichkeiten abhängig gemacht werden, und dann ist der Kommunismus die einzig berechtigte Form des Wirtschaftslebens.

Adolf Wagner legt uns in seiner „Grundlegung“ folgenden Gedankengang vor: In einem Gemeinwesen, welches die Sklaverei nicht kennt, hat jedes einmal existierende Individuum das gleiche Recht auf Fortdauer seiner Existenz, wie irgend ein anderes, daher Anspruch, soweit dies die Gesamtheit der wirtschaftlichen Güter eines Volks in einer Zeit oder m. a. W. das Volkseinkommen an sich gestattet, darauf, dass ihm die Bedingungen der Fortdauer seiner Exi-

Digitized by Google

stenz ebensogut wie jedem andern gewährt d. h. seine Bedürfnisse ersten Rangs befriedigt werden. Bevor dies nicht erreicht ist, kann keinem noch so kleinen Teile des Volks ein Recht auf ein grösseres Einkommen, welches einem andern Teil selbst diese Bedürfnissbefriedigung indirekt entzöge und folgeweise auch keine Befriedigung der Existenzbedürfnisse zweiten Grads (das sind die in dem „Lebensmasstab" eines Volks und der verschiedenen Bevölkerungskreise enthaltenen) und der Kulturbedürfnisse zugestanden werden. Der Einwand, dass auch in solchem Falle eine Abhilfe der Not der unteren Klassen nicht möglich sei, weil es an den ihnen allein nötigen naturalen Gütern (Volksnahrungsmittel, Brod u. s. w.) fehle, und die etwa für die Wohlhabenderen produzierten Güter den Unbemittelten nichts nützen, überschiesst das Ziel. Denn sobald eben Güter letzterer Art vorhanden sind, beweist dies schon, dass an dem Notstand der andern Klassen nicht oder doch nicht allein die Kleinheit des Volksvermögens schuld ist. Vielmehr müssen hier Produktionsmittel in weiterem Sinn (Arbeitskräfte, Kapital und Boden) da sein, die in diesem Falle nur in die Herstellung von Gütern des Bedarfes der untern Klassen hinübergeleitet werden müssen, oder m. a. W. — nicht die Produktion ist an sich zu klein, sondern ihre Richtung ist volkswirtschaftlich nachteilig und muss in dem betreffenden Falle verändert werden. In dieser Forderung liegt, wie Wagner sagt, unter Umständen die Berechtigung einer absoluten Schranke der Ungleichheit des Einkommens, sowie eines hiernach etwa notwendigen Eingriffs in das Privateigentum anerkannt. Zuerst kommt das Recht des Individuums auf Existenz, dann erst, und soweit es mit diesem Rechte gesellschaftlich vereinbar, das Recht des Individuums, sein Eigentum unverkürzt zu haben.

Der betreffende Fall und diese Umstände, von denen Wagner spricht, sind aber jederzeit und überall ganz wirklich gegeben, der Zustand der Gesellschaft, in welchem nicht alle Individuen vermöge Mangels der materiellen Bedingungen ihr Leben gleich lang fortführen können, ist kein Ausnahmzustand, sondern der regelmässige, überall und jederzeit vorhandene. Daraus folgt, dass der Staat immer die Richtung der Produktion bestimmen, dass er stets vorschreiben muss, was produziert werden darf und was nicht, und dass er sodann selbständig die Verteilung der Produkte in seine Hand nehmen muss.

Wenn gewisse Arbeiten bekannter Massen dem Leben des Arbeiters Abbruch thun, so muss er sie verbieten oder auf alle Bürger

Digitized by Google

gleich verteilen, damit jeder gleichen Abbruch erleide. Wenn in den Wohnungen, wo drei Einwohner auf ein Zimmer kommen, eine grössere Sterblichkeit herrscht, als in jenen, wo jedes Zimmer nur einen Bewohner zählt, so muss er entweder eine solche Menge neuer Wohnungen herstellen, dass überall Zimmerzahl und Bewohnerzahl gleich ist, oder er muss die vorhandenen Menschen in die vorhandenen Wohnungen gleich verteilen. Wenn Weizen eine gesundere Nahrung ist als Kartoffel, und Fleisch gesunder als Weizen, so muss er, wenn es möglich ist, allen Bürgern Fleisch verschaffen, wenn es nicht möglich ist, allen Weizen, und wenn auch das nicht angehen sollte, so müssten sich Alle mit einem geringeren Nahrungsmittel begnügen.

Das ist abermals der Kommunismus, und wer ein gleiches Recht Aller auf Existenz behauptet, der entgeht dem Kommunismus nicht, er müsste denn naiv genug sein, um ein gleiches Recht der untern Klassen auf eine kürzere Existenz zu behaupten.

Nun ist aber der Staats-Kommunismus — denn nur von diesem kann hier die Rede sein, wenn nicht innerhalb des Staats wieder die grössten Verschiedenheiten in der Lebensdauer eintreten sollen, gerade diejenige Form der Wirtschaft, in welcher fast alle Motive der Wirtschaftlichkeit, des Fleisses, der Sparsamkeit, insbesondere der Vorsicht im Kindererzeugen wegfallen, und es steht nach allen Erfahrungen, die man bisher über das genus humanum gemacht hat, mit grösster Sicherheit zu erwarten, dass in der kommunistisch organisierten Gesellschaft zwar die Lebensdauer Aller, soweit sie von materiellen Gütern abhängt, möglichst gleich, aber geringer wäre, als heute selbst die der untersten Klassen. Die Realisierung des Rechts auf Existenz würde also eine allgemeine Abkürzung der Lebensdauer zur Folge haben und das wäre nun wirklich ein fiat justitia pereat mundus.

Freilich weist Wagner an dieser Stelle auf Malthus hin, wie bei gleicher Gelegenheit J. St. Mill, welcher sagt: Jeder hat ein Recht zu leben, wir wollen dies als bewiesen annehmen. Aber Niemand hat ein Recht, Menschen in's Dasein zu rufen, die von andern Leuten ernährt werden sollen. Wer das erste Recht behauptet, muss folgerichtig allen Ansprüchen auf das zweite entsagen.

Auch Wagner spricht von der Zulässigkeit gesetzlicher Beschränkungen der Eheschliessung. Die Eheschliessungen kann man verhindern, aber die Geburten nicht und darum können wir Mill wie

Digitized by Google

Wagner entgegnen: wer die Vermehrung der Bevölkerung nur als Recht absprechen aber faktisch nicht verhindern kann, der kann, wenn er will, das Recht auf Existenz allenfalls theoretisch anerkennen, aber praktisch nicht durchführen, und dann wird er vermutlich besser thun, es auch theoretisch fallen zu lassen.

Digitized by Google

Die Pflichten des Besitzes.

Rede

gehalten im Rathaussale zu Zürich am 18. Januar 1882.

Der wohlbekannte deutsche Geschichtschreiber Gervinus sagt in seiner Einleitung in die Geschichte des 19. Jahrhunderts: das Entwicklungsgesetz der Menschheit sei ein regelmässiger Fortschritt von der geistigen und bürgerlichen Freiheit und Macht der Wenigen zur Freiheit und Macht der Vielen.

Unter geistiger Freiheit können wir unmöglich etwas Anderes verstehen, als sittliche und intellektuelle Bildung, welche bedingt ist durch ein gewisses Mass von Wohlhabenheit und also diese mit in sich schliesst; unter bürgerlicher Freiheit verstehen wir die Teilnahme an der Staatsgewalt, zum wenigsten an der Bildung des Gemeinwillens, der im Gesetze erscheint.

Der Satz, den Gervinus da ausgesprochen, wäre ganz falsch, wenn man ihn so auffassen wollte, als ob die Völker stets und selbstverständlich und notwendig in der bezeichneten Richtung fortgeschritten wären und fortschritten; die Geschichte zeigt uns Beispiele genug von entgegengesetzter Entwicklung, wo sich aus der Freiheit Vieler die Knechtschaft Aller gegenüber Einzelnen herausbildete, wornach die Völker zumeist zu Grunde gingen.

Der Satz ist dagegen vollkommen richtig, ja geradezu der einzige Ausgangspunkt alles wahren Verständnisses der Völkergeschichte und zugleich aller wahren Socialpolitik, wenn wir ihn so verstehen, dass ein Volk nur dann wirklich fortschreitet, wenn immer mehr

Digitized by Google

Glieder desselben, immer tiefere Schichten zu Bildung und Wohlstand und zur Teilnahme an der Staatsgewalt gelangen.

Bildung und Wohlstand sind bekanntlich sehr relative Begriffe, jede Zeit hat ein bestimmtes Niveau der Bildung und des Wohlstands und es würde sich also nur darum handeln, dass relativ — wir können sagen in Prozenten der Bevölkerung — immer mehr Menschen dieses Niveau erreichten oder überstiegen. Ist dies nicht der Fall, so findet kein gesellschaftlicher Fortschritt statt, ist das Gegenteil der Fall, so haben wir einen Rückschritt zu verzeichnen, der ein nur scheinbarer genannt werden mag, sofern das Zurückdrängen mehrerer unter jenes Niveau absolut notwendig ist, um einen künftigen Fortschritt Aller zu ermöglichen, der aber ein wirklicher ist, wenn in dem ganzen Vorgang die Tendenz enthalten ist, jenes Zurückdrängen zu einem dauernden und an Umfang und Intensität zunehmenden zu gestalten.

Die Versetzung der arbeitenden Klassen in den Zustand der Unfreiheit, wie sie in allen Urzeiten stattfand, wird von der heutigen Geschichtsforschung fast einstimmig als ein nur scheinbarer Rückschritt, d. h. als absolute Bedingung des Fortschritts aufgefasst.

Man sagt: diese Notwendigkeit ist vorhanden, wenn die Produktivität der menschlichen Arbeit zu gering ist, um allen Klassen mehr als die notwendigen Unterhaltsmittel zu gewähren; denn da die Bildung einen entsprechenden Besitz verlangt, es aber besser ist, dass der Geist irgendwo in der Nation zur Blüte kommt, als gar nicht, so ist es das Interesse der Geschichte selbst, dass dann einigen Klassen nicht, anderen aber mehr als der notwendige Unterhalt zufliesst, damit diese wenigstens die Thaten der Geschichte vollführen. Auf einer Stufe, auf der man nur Handmühlen kennt, muss Sklaverei existieren. Ohne diese hätte das Altertum nicht seine Mission vollbracht (Rodbertus).

Wir wollen über die Haltbarkeit dieser Auffassung nicht rechten; allein das ist klar, dass innerhalb des Lebens eines Volkes, vom Standpunkte einer bestimmten Volkspersönlichkeit aus, die ja ewig wachsen und leben und nicht den Dünger für andere abgeben will, eine solche Periode der Unfreiheit nicht anders zu rechtfertigen ist, als wenn sie die Unfreien allmälig zur Freiheit führt. Geschieht dies nicht, so verwandelt sich die Bedingung des Fortschritts in ein Element des Ruins, und die Völker, welche die Unfreiheit auch auf

Digitized by Google

hoher Kulturstufe festzuhalten suchten, gingen denn auch daran zu Grunde.

Das Ideal, dem eine gesunde und wahrhafte Entwicklung sich nähern muss, wenn sie es vielleicht auch nie ganz erreicht, steht also fest: es ist Bildung und Wohlstand und Freiheit Aller.

Jean Paul hat es in seiner poesievollen Sprache recht deutlich gezeichnet, wenn er sagt: Es kommt einmal ein goldenes Zeitalter, das jeder Weise und Tugendhafte schon jetzt geniesst, wo es die Menschen leichter haben, gut zu leben, weil sie es leichter haben, überhaupt zu leben, wo Einzelne, aber nicht Völker sündigen, wo die Menschen nicht mehr Freude — denn diesen Honig ziehen sie aus jeder Blume und Blattlaus — sondern mehr Tugend haben, wo das Volk am Denken und der Denker am Arbeiten Anteil nimmt, damit er sich die Heloten erspare, wo man den kriegerischen und juristischen Mord verdammt und nur zuweilen mit dem Pfluge Kanonenkugeln aufackert.

Ob dieses goldene Zeitalter irgendwo und irgend einmal wirklich kommen wird, das können wir allerdings nicht wissen. Aber das ist sicher, dass das Volk, welches sich in den grossen Bewegungen seiner Geschichte, im Ganzen derselben, ihm nicht nähert, rückwärts schreitet, mögen seine Leistungen auf einzelnen Gebieten zur Zeit auch noch so glänzend sein, und mithin seinem Verfalle entgegengeht.

Und ich glaube, nach dem, was wir gehört, ist es, wenn man anders diese Betrachtungsweise gelten lässt, eine sehr praktische Frage, ob die moderne Gesellschaft auf dem Wege, den sie durchläuft, im Fortschritt begriffen ist oder nicht?

Dem echten, unverfrorenen Fortschrittsphilister, dessen Mund, wenn er die glänzende Gegenwart mit der dunklen und armseligen Vergangenheit vergleicht, nur von Eisenbahnen, Dampfschiffen und Telegraphen überfliesst, wird eine solche Frage allerdings blos lächerlich erscheinen.

Allein so mag wohl auch der altrömische Fortschrittsphilister der Kaiserzeit gedacht haben, als Rom mit Riesenschritten seinem Untergange entgegeneilte. Er schwärmte sicherlich zeitgemäss von den Marmorpalästen, Amphitheatern, Thermen und Aquädukten der allmächtigen Stadt, von den glänzenden Siegen der Legionen und wahrscheinlich auch von den noch glänzenderen Kämpfen der Gladiatoren.

Digitized by Google

Es ist in der Geschichte wohl sicher kein Beispiel zu finden, dass die grossen Massen eines Volkes die ersten Anzeichen oder Momente seines Niederganges erkannt hätten.

Die Frage ist also auch in der Gegenwart wenigstens erlaubt und nicht von vornherein absurd, und letzteres um so weniger, da in allen hochkultivierten Ländern eine zahlreiche und immer wachsende Partei existiert, welche mit den Verhältnissen der Gegenwart so gänzlich zerfallen ist, dass sie nicht in irgend welchen in unseren Einrichtungen angebrachten Verbesserungen eine Hoffnung für die Zukunft erblickt, sondern nur in der gänzlichen Beseitigung der wesentlichen Grundlagen unserer gesamten Gesellschaftsordnung, während ungezählte andere Menschen, darunter bald alle Vertreter der Gesellschaftswissenschaft, zwar nicht in ihren positiven Forderungen, wohl aber in ihrer Kritik der bestehenden Verhältnisse ungefähr ebenso weit gehen, wie die Partei der socialen Revolution.

Das Angesicht Europas hat sich seit 100 Jahren ganz wesentlich verändert, auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens durch die Maschinen, auf dem Gebiete des staatlichen Lebens durch die Ideen der Freiheit und Gleichheit, welche allmälich in dem demokratischen Stimmrecht Aller ihren politischen Ausdruck fanden.

Das ist also, wird man sagen, doch offenbar ein ungeheurer politischer und ökonomischer Fortschritt!

Unzweifelhaft.

Aller wirtschaftliche Fortschritt besteht in nichts anderem, als in einer Erhöhung der Produktivität der menschlichen Arbeit, und dieser Ausdruck bedeutet, dass wir im Stande sind, mit gleichviel Arbeit immer mehr Güter hervorzubringen oder, was dasselbe ist, mit immer weniger Arbeit gleichviel.

Die Maschine ist nun, ökonomisch betrachtet, nichts anderes, als ein Arbeitsinstrument, dessen Herstellung viel weniger Arbeit kostet, als seine Verwendung erspart.

Der wirtschaftliche Fortschritt scheint also offenbar grossartig zu sein, denn der Maschinenbetrieb ist im Verlauf weniger Dezennien allmälich auf fast alle Zweige der Güterproduktion ausgedehnt worden und diese Bewegung schreitet noch immer in raschem Tempo vorwärts.

Allein wir fragen hier nach dem socialen Fortschritt, wir fragen, ob wir der Zeit näher gerückt sind, wo es die Menschen

Digitized by Google

„leichter haben, gut zu leben, weil sie es leichter haben, überhaupt zu leben“?

Bei dieser Frage wird, wie ich glaube, schon Mancher ein wenig stutzen, der vorerst geneigt war, den unbedingten Fortschritt nach allen Richtungen fraglos anzuerkennen.

Wenn wir wirklich unsere Güter jetzt mit weniger Arbeit hervorbringen als früher, so liegt die Art und Weise, wie sich der sociale Fortschritt zeigen wird und muss, ganz nahe.

Entweder wir können nunmehr durchschnittlich weniger arbeiten und mehr Musse geniessen, die zur freien Bethätigung unserer Kräfte, zu Bildung oder spielendem Lebensgenuss verwendet werden kann, oder wir können gleichviel arbeiten und mehr Güter geniessen, oder endlich, wir können Beides in schönster Harmonie vereinigen, indem wir etwas weniger arbeiten und doch etwas mehr geniessen, was wohl das Beste und Vernünftigste sein dürfte.

Nun fragen wir: ist Etwas von Dem für die grosse Masse der Menschen, um die es sich hier handelt, wirklich eingetreten? Nein, sondern viel eher das Gegenteil. Die Arbeitszeit wurde in der modernen Wirtschaft ins Ungemessene verlängert, die Arbeitsqual und -Gefahr wesentlich vermehrt, die Kinder wurden ihrer freien Entwicklung beraubt, die Frauen ihren häuslichen Aufgaben entrissen und in die ungesunde und unsittliche Atmosphäre der Fabriken versetzt, der Lohn aufs äusserste Minimum herabgedrückt, die Arbeitslosigkeit wurde eine regelmässige, in kurzen Terminen immer wiederkehrende Erscheinung, und der Pauperismus, jene eigentümliche moderne Massenerscheinung der Armut, die ihrem Wesen nach eine vollständige, von der Thätigkeit des Einzelnen ganz unabhängige, durch die Schwingungen des Weltmarktes und die Fortschritte der Technik hervorgerufene Unsicherheit der Existenz bedeutet mit deren natürlichen Folgen, physischer und moralischer Verlotterung, als chronische Krankheit in den Leib der modernen Gesellschaft glücklich eingeimpft.

„Es ist kein Zweifel,“ sagt Lorenz v. Stein, vielleicht der bedeutendste Forscher auf dem Gebiete der socialen Bewegungen, „dass vermöge der industriellen Gesellschaftsordnung ein Verbrauch von Menschen und zwar ein Verbrauch von Arbeitenden zu Gunsten des Kapitals stattfindet, der durch Absorbierung der individuellen Lebenskräfte, durch Schwächung ganzer Generationen, Auflösung der Familien, sittliche Verwilderung und Vernichtung der Arbeitslust den ganzen Zustand der zivilisierten Gesellschaft in höchste Gefahr bringt.“

Digitized by Google

Ich will nicht verweilen bei der unendlichen Fälle der Thatsachen, die hieher gehören und sich in dem Worte Proletariat zusammenfassen. Sie sind nicht blos durch zahlreiche Forschungen einzelner Volksfreunde, sondern auch durch zahllose offizielle Dokumente der staatlichen Enquêten und der statistischen Bureaux der grossen Städte zu genügend bekannt und konstatiert, als dass es nötig wäre, irgend auf Einzelnes einzugehen oder gar Einzelnes zu beweisen.

Ich will nur bemerken, dass wir gegenwärtig das seltsame Schauspiel einer Volkswirtschaft vor Augen haben, die mit unübertroffenen Mitteln arbeitet, die den schwachen, ermüdenden Menschenarm durch nimmermüde eiserne ersetzt hat, welche mit hundert- und tausendfacher Kraft und Geschicklichkeit begabt sind, und dass in dieser Wirtschaft diejenigen, welche arbeiten, durch Ueberanstrengung, ungesunde Arbeitsbedingungen und schlechten Lohn sich viel rascher aufreiben, als ehemals in den Zeiten der primitivsten Technik, und dass jederzeit tausende und aber tausende vorhanden sind, die von Herzen bereit wären, die Güter, die sie brauchen, mit ihren Händen hervorzubringen, aber keine Gelegenheit dazu finden, dass dann, wenn der grösste Ueberfluss von Gütern in den Magazinen liegt und vermodert, gerade die grösste Zahl von Arbeitern den grössten Mangel leidet — wenn am meisten produziert wurde, haben die Meisten nichts zu konsumieren.

Aber das ist nicht Alles. Es könnte bei alledem möglicher Weise eine aufsteigende Klassenbewegung, also ein socialer Fortschritt stattfinden, in dem zwar die untersten Schichten stark mitgenommen wären, aber doch immer mehr Mitglieder an die oberen abgäben. Wahrscheinlich ist das allerdings nicht, denn wenn aus der Arbeit Vermögen entstehen soll, so muss ihr Lohn reichlich und vor Allem sicher sein, weil ein unsicherer Lohn, auch wenn er zu Zeiten hoch ist, keine ordentliche Wirtschaft zulässt, sondern den Menschen, wie er einmal ist, an die korrumpierende Abwechslung von Verschwendung und Elend gewöhnt.

Es ist, so weit wir auf Grundlage der bisherigen Erfahrung urteilen können, auch wirklich nicht der Fall. Es ist vielmehr wirklich der Fall, dass immer mehr Eigentümer zu blossen Arbeitern herabgedrückt werden, dass der Mittelstand sich vermindert statt vermehrt. Es ist vielmehr wirklich der Fall, dass der kleine selbständige Produzent nicht bestehen kann, sondern durch die Konkur-

Digitized by Google

renz des grossen erdrückt und beseitigt wird. Dieser Prozess geht langsam, aber sicher vorwärts und es ist nicht abzusehen, wie er durch irgendwelche innerhalb des herrschenden volkswirtschaftlichen Systems auffindbare Mittel aufgehalten werden sollte.

Wo kommt denn aber der Reichtum, den wir mit allen unseren technischen Fortschritten schaffen, hin?

Er konzentriert sich, er sammelt sich in immer weniger Händen und die Völker fühlen sich wahrhaftig nicht sehr glücklich bei diesem Prozess.

Wir haben allerdings keine vollkommen genügende und exakte Kenntnis von der Verteilung des Einkommens der Nationen, aber soviel sehen wir doch aus der Steuerstatistik jener Länder, welche die Einkommensteuer am genauesten und mit den besten Mitteln der Steuertechnik durchführen, dass neben einem äusserst geringfügigen Mittelstande wenige Ueberreiche und eine Unzahl armer Leute stehen.

Die Länder, welche ich im Auge habe, sind Sachsen und Preussen, beide von hoher Kultur, beide sehr industriell, beide sehr gut verwaltet und beide mit sehr hochstehender Volksbildung.

In Sachsen beginnt die Steuerpflicht mit einem Einkommen von über 300 Mk.; die noch weniger haben, also die Menge der ganz Entblössten, erscheint mithin gar nicht in den Steuerlisten. Die Steuerpflichtigen teilt Böhmert in vier Klassen ein:

1. die „ärmere Klasse“ mit einem Einkommen bis zu 800 Mk. und einem Durchschnittseinkommen (im Jahre 1880) von 460 Mk.;

2. die „mittlere Klasse“ mit einem Einkommen von 800 bis 3300 Mk. und einem Durchschnittseinkommen von 1414 Mk.

Die erste Klasse umfasst 767 vom Tausend der Steuerpflichtigen. Ich glaube, es wäre schon genug, wenn mehr als drei Viertel derselben im Zustand drückender Armut leben. Aber es scheint doch allzu optimistisch, bei den heutigen Preisen der Lebensbedürfnisse, Leute mit einem Einkommen von 800 Mk. oder etwas mehr zum Mittelstand zu rechnen. Zählen wir, wie wir das sicher dürfen, diejenigen, welche 800—2200 Mk. Einkommen beziehen, zu den Leuten mit dürftigem Auskommen, so fallen schon 948 vom Tausend der Steuerpflichtigen unter den Mittelstand. Zum wirklichen, wohlhabenden Mittelstand, wenn wir diesen nach unten zu soweit als möglich ausdehnen und alle, welche ein Einkommen von 2200—9600 Mk. beziehen, dazu rechnen, gehören dann 47 vom Tausend, und 5 vom Tausend — nämlich 5503 Personen — sind als reich zu qualifizieren,

Digitized by Google

sie beziehen ein Durchschnittseinkommen von 24,572 Mk. Unter diesen finden sich indessen auch eine Anzahl Aktiengesellschaften, die wohl steuerstatistisch aber nicht socialstatistisch hierher gehören.

Und wenn wir auf die Bewegung dieser Zahlen achten, so finden wir in den drei Jahren 1878, 1879 und 1880, für welche ein solcher Vergleich zulässig ist, dass die ärmste Klasse, die Klasse derjenigen, welche durchschnittlich 400—500 Mk. Einkommen haben, sich fort und fort vermehrte. Im Jahre 1878 gehörten 748 per Tausend dazu, im Jahre 1879 763, im Jahre 1880 767, während ihr Durchschnittseinkommen von 474 auf 460 Mk. fiel.

Die Verhältnisse in Preussen sind ganz analog. Dort beginnt die Steuerpflicht mit einem Einkommen von 420 Mk. Nehmen wir aber auch diejenigen in Betracht, die weniger beziehen und darum von der Steuerpflicht befreit sind, so finden wir nach einer Berechnung, welche R. Meyer für das Jahr 1874 angestellt hat, dass 92,6 % der Bevölkerung aus ganz armen Leuten bestehen; weitere 4,6 % sind dem Elend sehr nahe, sie beziehen ein Einkommen von 1050—1800 Mk.; der Mittelstand schrumpft hiernach auf wenig über 2 % zusammen und reich sind 9634 Personen mit einem Durchschnittseinkommen von 37,408 Mk.

Ich weiss nun wohl, dass auch bei der grössten Vorsicht, Gewissenhaftigkeit und Strenge der Behörden die wirkliche Höhe des Einkommens eines Volkes nicht ermittelt werden kann, dass es auch Steuerdefraudationen gibt.

Allein, fragen wir, welche Klasse beteiligt sich denn mit besonderer Vorliebe und Geschicklichkeit und im grössten Massstabe daran? Gewiss diejenige, die es am leichtesten vermag, und das ist die reichste.

Der kleine Mann, dessen Einkommen knapp für den Unterhalt seiner Familie ausreicht, kann beim besten Willen nicht viel defraudieren. Man wird ihm leicht nachweisen können, dass er so und soviel haben müsse, wenn er seine Wohnung und den sonstigen leicht übersehbaren Unterhalt bezahlen soll.

Der grosse Eigentümer dagegen, der Güter und Fabriken und Häuser und vor allem Wertpapiere besitzt, deren wechselndes Erträgnis, ja deren Vorhandensein kein Mensch nachweisen kann, der wird fast ohne alle Gefahr gewaltige Summen verschweigen können. Und dass er es nicht blos kann, sondern in der Regel auch will: zweifeln Sie daran?

Digitized by Google

Und doch ist es ein Unrecht, eine Verletzung derjenigen, die nicht oder relativ weniger defraudieren können, denn diese müssen, da der Staatsbedarf gedeckt sein will, entsprechend mehr Steuer zahlen, in der Regel eine Verletzung der Armen durch die Reichen. In welchem Masse die Gerechtigkeit verletzt wird, wissen wir nicht ziffermässig anzugeben. Aber die Thatsache, welche der gegenwärtige englische Premierminister Gladstone in einer Parlamentsrede des Jahres 1873 mitteilte, dürfte sicher nicht vereinzelt stehen, da hier nur ein ganz besonderer Zufall die Entdeckung veranlasste.

Acht Kaufleute, welche zusammen 9000 L. St. fatiert hatten, verlangten wegen Niederreissung ihrer Magazine Entschädigung für einen Jahresverlust von 48,000 L. St. und das Gericht sprach ihnen 27,000 L. St. zu (Schäffle).

Nehmen wir an, das Gericht habe wirklich den ganzen Einkommensentgang zugesprochen, nehmen wir ferner an — was gar nicht wahrscheinlich ist, die betreffenden Kaufleute bezogen kein anderes Einkommen als das aus dem Betrieb der niedergerissenen Magazine, so hätten sie ein Drittel fatiert; und ich glaube, das ist noch lange nicht das Höchste, was in diesem Punkte geleistet wird,

Was ich aber mit alledem sagen will, ist dies: die grossen Einkommen der Steuerlisten sind vielmals grösser, als sie in denselbeu erscheinen, und wir sehen mithin in den beiden Ländern neben einem minimalen Mittelstande eine geringe Anzahl von unsinnig Reichen und eine Unmasse armer und dürftiger Existenzen; und so ist es oder wird es allmälich überall.

Und nun wollen wir etwas anderes bedenken. Die Menschen sind in denjenigen Anlagen und Neigungen, die sich auf die Wirtschaft beziehen, in Intelligenz, Fleiss, Sparsamkeit, gewiss schon von Natur aus verschieden. Wo einige Geltendmachung der Persönlichkeit auf dem Gebiete des Güterlebens möglich ist, da wird diese Verschiedenheit der Persönlichkeit auch Vermögensunterschiede herbeiführen, es wird Aermere und Reichere geben.

Und das ist ganz in der Ordnung.

Denn die persönliche Tüchtigkeit braucht zu ihrer Entwickelung auch einen persönlichen Erfolg, und Entwickelung der Persönlichkeit ist ja alles, was wir wünschen können. Nicht dass irgend eine Persönlichkeit wachse und gedeihe, soll jemals verhindert werden, sondern nur, dass sie auf Kosten anderer wachse und gedeihe.

Nun aber bringt der einzelne für sich allein gar nichts hervor;

Digitized by Google

er könnte nur Naturgegenstände okkupieren, mit seinen Händen Wild erlegen, Fische fangen, und wenn er weiter nichts thut, ist er ein Wilder.

In jedem kultivierten Zustande ist jedes Produkt des Einzelnen zugleich ein Produkt der Gemeinschaft und ihrer ganzen Geschichte, schon aus dem einfachen Grunde, weil jede Persönlichkeit, so wie sie sich entwickelt hat, ein Produkt der Gemeinschaft ist, der Gesellschaft, in der sie emporwuchs.

Wenn aber nur zwei Menschen an der Herstellung irgend eines Gutes sich in verschiedener Weise beteiligt haben, so kann man schon nicht mehr genau angeben, wieviel jeder dazu mitgewirkt hat.

Verfolgen Sie aber die Entstehung irgend eines Gutes in unserer Gesellschaft, so werden Sie, wie J. St. Mill bei Betrachtung eines Brodes, finden, dass nicht etwa zwei, sondern eine endlose Reihe von Menschen an seiner Herstellung und deren näheren und ferneren Bedingungen mitgearbeitet haben.

Welchen Anteil dann der Einzelne daran haben soll, das bestimmt nicht etwa die klare und offen zu Tage liegende Natur der Sache, sondern die Rechtsordnung. Die Rechtsordnung ist aber wieder ein Produkt der Gemeinschaft.

Sie kann nun als solches unmöglich von einem anderen Grundsatz ausgehen, als von dem des höchsten Gemeinwohls, d. h. die Güter sollen so verteilt werden, wie es der Entwickelung der Gesamtheit am günstigsten ist.

Das ist das Ideal, dem jede Rechtsordnung zustreben muss, das sie voraussichtlich nie vollkommen erreicht, von dem sie sich aber in ihrer Entwickelung jedenfalls nicht entfernen darf, wenn sie Bestand haben und nicht mit ihrem eigenen Ursprung, Begriff und Zweck in Widerspruch geraten soll.

Wir können diesen Gedanken hier nicht bis ans Ende verfolgen, wir müssen bei einem einzelnen, ganz allgemeinen, daran sich knüpfenden Satze stehen bleiben, der hoffentlich acceptiert wird und den wir für unseren weiteren Gedankengang nötig haben.

Nun denn, wir werden sagen: wenn auch der Anteil der Einzelnen an der Herstellung der Güter sich nicht genau bestimmen lässt, so ist derselbe doch nicht ein gleicher, sondern ein verschiedener und darnach soll sich auch ihr Anteil am Produkt richten, so gut es geht.

Wir wollen nicht untersuchen, inwiefern das Privateigentum an

Digitized by Google

Produktionsmitteln zu einer gerechten Güterverteilung dienlich oder notwendig ist, wir wollen auch nicht darüber streiten, wie man sich an der Produktion beteiligen kann; wir wollen als gewiss annehmen, dass Privateigentum und Erbrecht vollberechtigte Institutionen sind und dass also auch derjenige, der die materielle Unterlage der Produktion, das Kapital, liefert, sich wirklich an derselben beteiligt.

Hiernach ist es aber, wenn wir das Frühere gelten lassen, gewiss richtig, dass nur derjenige Anteil am nationalen Produkt — worunter wir selbstverständlich nicht bloss materielle, sondern auch geistige Güter verstehen — haben soll, der sich an dessen Herstellung mit seiner persönlichen Thätigkeit oder seinem Vermögen beteiligt.

Eine solche Beteiligung nennen wir eine volkswirtschaftlich produktive, es ist entweder volkswirtschaftlich produktive Arbeit oder volkswirtschaftlich produktive Vermögensanlage.

Eine andere Arbeit oder Kapitalverwendung sollte es offenbar nicht geben.

Es gibt aber eine andere, es gibt eine unproduktive Thätigkeit, die nicht bei der nationalen Produktion, sondern nur bei der nationalen Güterverteilung mitthut, die Güter an sich zieht, ohne irgend welche hervorgebracht zu haben.

Es gibt Menschen, die es den Lilien des Feldes und den Vögeln des Himmels nachmachen, die sich kleiden und nähren, und zwar prächtig kleiden und köstlich nähren, ohne gesäet, geerntet, gesponnen oder gewebt zu haben.

Und wie machen sie das?

Da die Güter nicht vom Himmel fallen, so steht kein anderer Weg zu diesem Ziele offen, als anderen Leuten wegzunehmen, was diese hervorgebracht.

Denken wir dabei an Räuber und Diebe?

Gewiss gehören diese hierher, aber auch noch andere, sehr respektable Leute, die oft hohe Ehren geniessen und sogar die Staaten immer mehr regieren.

Marlo (Winkelblech), ein sehr bedeutender aber immer noch wenig gekannter deutscher Nationalökonom, teilt die unproduktive Arbeit ein in lukrative und destruktive, und versteht mit ersterem Ausdruck u. a. die Differenzgeschäfte, also ungefähr das ganze Börsenspiel, und mit letzterem u. a. das Verkaufen unter dem Werte, um

Digitized by Google

Konkurrenten, die weniger reich sind, aus dem Felde zu schlagen und zu Grunde zu richten, und ferner die Gründung von Aktiengesellschaften, die gar nicht in der Absicht, eine produktive Unternehmung zu machen, sondern nur, um die Aktien als Mittel der Agiotage zu benutzen, gebildet werden.

Ich glaube, hier eröffnet sich eine ausserordentlich weite Perspektive!

Marlo nennt diesen gesamten Erwerb unredlich. Man könnte möglicherweise über die Berechtigung dieses Ausdrucks streiten, sofern sich derselbe auf das wirkliche Spiel bezieht, in welchem der reine Zufall waltet. Aber wenn es nun Menschen gäbe, die bei diesem volkswirtschaftlichen Spiele nicht den lieben Zufall walten liessen, sich und ihrem Gegenpart nicht die gleichen Chancen gäben, sondern geschickt die Karten mischten oder auf die Unwissenheit und Ungeschicklichkeit der anderen geradezu spekulierten, dann würden wir solchen Erwerb wohl als unredlich bezeichnen dürfen.

Wenn sich einige grosse Finanzmänner vereinigen und ein bischen Geld zusammenthun, sodann bunte Papierchen drucken lassen und einige vielgelesene Zeitungen dafür bezahlen oder — noch besser — selbst halten, damit diese dem Publikum von den genannten Papierchen ausserordentlich hohe Zinsen versprechen, und wenn dann das Publikum im Vertrauen auf die bewusste Täuschung die Papiere, die sich vielleicht gar nicht verzinsen, für vieles Geld erwirbt, so nenne ich das einen Betrug.

Und wenn eine grosse Bank ein Anlehen „übernimmt", das ein Staat oder eine Stadt zu machen gezwungen ist, und dasselbe, damit auch das kleine, arme Volk an den Vorteilen partizipieren könne, in kleine Titelchen, etwa in Prämienlose zerlegt, die auf 50 Franken lauten, und für welche die Bank dem Staat oder der Stadt 40 Franken nicht etwa gegeben, sondern blos versprochen hat, und wenn die Bank diese Scheine sofort durch die Lobpreisungen einer feilen Presse, durch Scheinkäufe an der Börse und andere hübsche Manöverchen auf einen Kurs von 75 bringt, hernach, ohne dass sie mit einem Pfennig engagiert war (abgesehen von dem Sündenlohn für die Zeitungen und anderen ähnlichen Ausgaben für Reklame) den Gewinn von 35 Franken für jedes Stück einstreicht und das Papier alsbald auf seinen richtigen Kurs von vielleicht 45 fallen lässt: so haben die guten armen Leutchen allerdings für 30 Franken die Erfahrung gekauft, dass sie von solchen grossartigen Unternehmungen nichts ver-

Digitized by Google

stehen und die Bank hat ein sehr gutes Geschäft gemacht, aber das ist wiederum Betrug und zwar ein recht schändlicher.

Und wenn nun die grossen Finanzmänner, hiermit noch nicht zufrieden, das Papier durch die bekannten, aber nur für sie praktikablen Künste noch weit unter seinen natürlichen Wert fallen lassen, es dann klüglich zusammenkaufen und nun, wie man zu sagen pflegt, in die Hand nehmen und wieder unsinnig in die Höhe treiben, um die alte Geschichte in neuer Auflage zu wiederholen, so ist das zwar alles gesetzlich ganz unanfechtbar, aber im Grunde von einem gewöhnlichen Gaunerstreiche nur dadurch verschieden, dass es mehr einträgt.

Man gründet eine Bank „zu Gunsten" des bedrängten Grundbesitzes, zu Gunsten der notleidenden Industrie, zu Gunsten des stockenden Handels. Und das Ende vom Lied ist, dass sich einige Millionäre bereichern und Grundbesitz, Industrie und wahrhaft nützlicher Handel in wachsende Bedrängnis geraten, indem die von ihnen erzeugten Werte den grossen Gründern dieser wohlthätigen Anstalten zufliessen.

Hier haben wir die Wölfe, welche den Nationalreichtum verschlingen; die kleinen Börsenspieler sind nur die Schakale, für die hier und da einige magere Knochen abfallen und die bei Gelegenheit selbst aufgefressen werden.

Es wäre natürlich Unrecht, Personen anzuklagen oder auch nur Klassen; denn ob der Maier an dieser Stelle und der Müller an jener steht oder umgekehrt, ist vollkommen gleichgiltig; vermutlich würde sich unter gleichen Umständen der Eine ganz ebenso benehmen wie der Andere. Anzuklagen ist nur die Gesellschaftsordnung, welche solche Dinge ermöglicht. Denn auf diese und andere Art werden die Reichen immer reicher und die Armen, ja alle, welche sich mit nützlichen Arbeiten beschäftigen, immer ärmer und wir werden Marlo Recht geben, wenn er sagt: „Offenbar ist die destruktive Arbeit von allen Folgen der freien Konkurrenz die verderblichste. Da sie hauptsächlich von dem Besitz sehr grosser Kapitalien abhängt, so muss sie mit der Ungleichförmigkeit in der Verteilung des Vermögens zunehmen, und weil sie diese weiter bedingt, gleichsam die Kräfte zu einer immer grösseren Verbreitung aus sich selbst schöpfen."

Das Gesetz nämlich, nach welchem dieser schöne Prozess sich abwickelt, ist das „Wüstengesetz" der freien Konkurrenz — „die grosse Bestie frisst das kleine Vieh" (Rudolf Meyer) und Salo-

Digitized by Google

mon's Ausspruch: „wer da eilt reich zu werden, wird nicht unschuldig bleiben“ gilt in der heutigen Gesellschaft mehr als je.

Das ist die sociale Tendenz, die unser Wirtschaftssystem verfolgt: einige hundertfache Millionäre und die Uebrigen besser oder schlechter besoldete Proletarier. Wir haben dieses Ziel glücklicher Weise noch nicht erreicht, aber wir kommen ihm allgemach näher, wenn wir uns nicht auf neue Pfade begeben.

Und was wäre das Ende? Ich glaube, es ist nicht schwer zu erraten.

Die Maschinen und die grosse Revolution — beide zusammen — machten den Arbeiter frei, d. h. sie lösten die persönlichen und korporativen Bande, in die er im Mittelalter gefallen war. Das System der rechtlichen Abhängigkeit, der gesetzmässigen Zucht der Arbeit durch den Besitz ward beseitigt.

Alsbald erhielt der Arbeiter auch politische Rechte und ist heute in Bezug darauf vielfach den Besitzenden völlig gleichgestellt. Es soll im Staate keine Herren und Unterthanen, sondern lauter freie und gleichberechtigte Bürger geben.

Diese Entwickelung scheint eine ganz konsequente und höchst normale zu sein. Steht der Arbeiter in seinem täglichen Leben unter keinem Herrn mehr, dem er ehedem gehorchen musste, der aber auch ihm zu irgend welcher Fürsorge verpflichtet war, so muss er nun, ganz auf sich selbst gestellt, auch in der Lage sein, jene Grundlagen seiner Existenz und Entwickelung, die ihm nur die Gemeinschaft, der Staat und sein Recht bieten können, frei und selbständig mitzubestimmen.

Indem dieser moderne Staat den unfreien Arbeiter zum freien Bürger machte, übernahm er nun aber auch die Verpflichtung, für dessen Interessen soweit zu sorgen, als derselbe für sich allein nicht zu sorgen vermochte. Unterliess er dies, so hatte der Arbeiter nun wohl sein Stimmrecht sammt den daran hängenden Pflichten, aber er hatte kein Interesse an der Fortexistenz und Entwicklung dieses Staates, der ihm nicht zu seinen Lebensbedingungen, zu seinem Rechte verhalf.

Herrschten in diesem Staate nur die Interessen des Besitzes, nicht auch die der kapitallosen Arbeit, und konnte der Arbeiter im regelmässigen Lauf der Dinge gar nicht zum Besitze gelangen, so konnte er mit vollem Rechte sagen: Die Freiheit, die man mir gegeben, ist nur Trug und Schein, ich habe in diesem Staate thatsäch-

Digitized by Google

lich nur Pflichten aber keine Rechte. Er konnte, wie einst Thomas Morus, auf den Gedanken verfallen, die Staaten seien nur Verschwörungen der Reichen, um unter der Maske des Gemeinwohls ihren Privatnutzen zu fördern und die arbeitenden Klassen auszubeuten.

Er konnte, um es konkreter auszudrücken, sagen: Ihr errichtet mit ungeheurem Aufwande, zu dem auch ich beisteuern muss, Gerichtshöfe und Armeen, um das Eigenthum gegen innere und äussere Feinde zu schützen. Ich aber habe kein Eigenthum.

Ihr lasst Euren Staat Eisenbahnen bauen und subventionieren, die Euer Vermögen vermehren. Ich habe kein Vermögen und werde nie welches haben.

Euer Staat gründet grossartige Bildungsanstalten, Bibliotheken, Museen; ich habe weder Zeit noch Mittel, um mich von meiner Unwissenheit zu befreien.

Er konnte mit Rodbertus, dem „konservativen" Nationalökonomen sagen: „Die persönliche Freiheit ist eine Anweisung auf alle Tugenden, welche die Moral schmücken, und alle Schätze, welche die Natur und der Geist birgt. Aber sie ist auch eine Berechtigung dazu. Sie ist endlich eine Verheissung dazu geworden, insofern die arbeitenden Klassen in der Dienstbarkeit der anderen waren und von diesen daraus entlassen wurden. Will man ihnen nun zum Vorwurf machen, dass sie die Natur der persönlichen Freiheit empfinden? dass sie die Anweisung zu realisieren trachten? dass die Berechtigung in ihrer Seele brennt? dass sie vor die anderen Klassen treten und sprechen: Haltet jetzt, worauf ihr uns hingewiesen habt! Ihr habt uns bisher mit der persönlichen Freiheit nur die Sorgen derselben geschenkt, lasst uns jetzt auch an ihren Freuden teilnehmen!"

Gehen diese Hoffnungen nicht in Erfüllung, findet kein socialer Fortschritt in dem von uns festgestellten Sinne statt, konzentriert sich der Reichtum im Gegenteil in immer weniger Händen, was wird denn dann geschehen?

Es ist oft genug ausgesprochen, aber noch lange nicht genug beherzigt worden.

Was wird der Schluss des Dramas sein? Rudolf Meyer deutet den vorletzten Akt desselben an mit den Worten: „Es darf nicht Frau v. Bleichröder einmal sagen können: „Man wird keinen Krieg machen, mein Mann will geben kein Geld —" wie Frau v. Rothschild

Digitized by Google

nicht lange vor der Proletarier-Revolution von 1848 im Bourgeois-Staate Louis Philippe's gesagt hat.

Roscher spricht das bedeutsame Wort aus: „Es liegt eine furchtbare Lehre in der Geschichte, dass sechs Herren die Hälfte der Provinz Afrika besassen, als Nero sie ermorden liess."

Ein kalifornischer Schriftsteller, dessen grossartiger Geist alle Bewunderung verdient, obwohl er sich in der Hauptsache (dass durch Beseitigung des Privateigentums an Grund und Boden ein wesentlicher Fortschritt der Gesellschaft bewirkt würde) geirrt haben mag, ein Irrtum indessen, den er mit mehreren hervorragenden Nationalökonomen teilt, nämlich Henry George sagt ungefähr Folgendes:

Es ist augenscheinlich, dass die politische Gleichheit, wenn sie mit einer zunehmenden Tendenz zu ungleicher Reichtumsverteilung zusammentrifft, schliesslich entweder den Despotismus organisierter Tyrannei oder den schlimmeren Despotismus der Anarchie erzeugen muss. Um eine republikanische Regierung in den niedrigsten und brutalsten Despotismus zu verwandeln, ist es nicht nötig, ihre Konstitution in aller Form zu ändern oder die Volkswahlen preiszugeben. Jahrhunderte vergingen nach Cäsar, ehe der absolute Herr der römischen Welt zugab, anders zu regieren als kraft Auftrags eines Senats, der vor ihm zitterte. Allein Formen sind nichts, sobald das Wesen geschwunden ist, und die Formen volkstümlicher Regierung sind diejenigen, von denen das Wesen der Freiheit am leichtesten schwinden kann. Die Extreme berühren sich und eine Regierung des allgemeinen Stimmrechts und der theoretischen Gleichheit kann unter Bedingungen, die zu dem Umschwung drängen, am leichtesten ein Despotismus werden. Denn dort geht derselbe im Namen und mit der Macht des Volkes vor. Hat man sich erst der einzigen Quelle der Macht versichert, dann hat man sich Alles verschafft. Da bleibt keine unfreie Klasse, die angerufen werden könnte, kein bevorrechteter Rang, der in der Verteidigung seiner eigenen Rechte diejenigen Aller schützen kann. Es waren bewehrte, von einem infulierten Bischof geführte Barone, die den Plantagenet unter die Magna Charta beugten, es war der Mittelstand, der den Stolz der Stuarts brach; aber eine blosse Geldaristokratie wird nicht kämpfen, so lange sie hoffen darf, einen Tyrannen zu bestechen.

In einem Staate mit republikanischen Institutionen (er denkt an die vielgepriesenen Vereinigten Staaten Nordamerikas), in welchem die eine Klasse zu reich ist, um in ihrem Luxus eine Verkürzung

Digitized by Google

zu empfinden, wie auch die öffentlichen Angelegenheiten geleitet werden mögen, und eine andere so arm, dass am Wahltage einige Dollars grösseren Einfluss haben als jede abstrakte Rücksicht, in welchem die Wenigen sich in Reichtum wälzen und die Vielen über einen Zustand der Dinge, dem sie nicht abzuhelfen wissen, vor Unmut schäumen, in einem solchen Staate muss die Macht in die Hände von Jobbern fallen, die sie kaufen und verkaufen, wie die Prätorianer den römischen Purpur verkauften, oder in die Hände von Demagogen, die sie ergreifen und eine Zeitlang handhaben, nur um durch schlimmere Demagogen ersetzt zu werden.

Wo eine einigermassen gleiche Reichtumsverteilung besteht — d. h. wo allgemeine Vaterlandsliebe, Tugend und Bildung herrschen — da wird die Regierung je demokratischer desto besser sein; umgekehrt, wo die Reichtumsverteilung eine sehr ungleiche ist, je demokratischer desto schlimmer. Denn wenn eine verderbte Demokratie auch an sich nicht schlimmer ist, als eine verderbte Autokratie, so werden doch ihre Wirkungen auf den Nationalcharakter schlimmer sein. Landstreichern, Almosenempfängern, Leuten, die nach Arbeit hungern, Leuten die betteln, stehlen oder verhungern müssen, wenn sie keine Arbeit finden, solchen Leuten Stimmrecht zu erteilen, ist nicht mehr und nicht weniger, als die Zerstörung provozieren. Politische Macht in die Hände hungriger, durch die Armut verbitterter und erniedrigter Leute zu legen, heisst den Füchsen Feuerbrände an die Schwänze binden und sie unter das wallende Korn loslassen; es heisst einem Simson die Augen ausstechen und seine Arme um die Pfeiler des nationalen Lebens legen.

Die Zufälle erblicher Thronfolge oder die Wahl durch das Loos können zuweilen dem Weisen und Gerechten die Macht verleihen; in einer korrumpierten Demokratie dagegen ist die Tendenz immer darauf gerichtet, sie dem Schlechtesten zu geben (ganz wie es Plato vor mehr als 2000 Jahren gesagt). Und diese Umwandlung (meint H. George mit Bezug auf Amerika) einer volkstümlichen Regierung in Despotismus der niedrigsten und gemeinsten Art, die unvermeidlich aus ungleicher Reichtumsverteilung entstehen muss, ist nicht etwa eine Sache der fernen Zukunft. Sie hat in den Vereinigten Staaten schon begonnen und schreitet unter unseren Augen mit Riesenschritten vor. Besonders in den grossen Städten, wo der grösste Reichtum und die tiefste Armut beisammenwohnen, ist der Gang der Dinge am klarsten zu sehen. Hier gibt es heute eine sich ebenso

Digitized by Google

scharf abhebende herrschende Klasse (natürlich Demokraten vom reinsten Wasser), wie in den aristokratischsten Ländern der Welt; sie hat die ganze Macht ohne irgend eine der Tugenden der Aristokratie, denn sie besteht aus Spielern, Salonhaltern, Klopffechtern und noch Schlimmeren.

Und das Ende, meint H. George, wird die Zerstörung der Civilisation sein, „das Schwert wird wieder mächtiger als die Feder sein und im Karnevalstaumel der Zerstörung werden rohe Gewalt und wilder Wahnsinn mit der Lethargie einer untergehenden Civilisation abwechseln". Und wenn man etwa glaubt, dergleichen könne nicht geschehen, weil es keine Barbarenhorden mehr gibt, die im Stande wären, die jetzige Kultur wie frühere zu zerstören, so bemerkt unser Amerikaner dazu: „Man gehe nur durch die schmutzigen Viertel grosser Städte und man wird, selbst jetzt schon, ihre sich sammelnden Horden sehen."

L. v. Stein, den wir schon genannt, und der ebenfalls die sociale Revolution im Hintergrund der gegenwärtigen Entwicklung sieht, knüpft folgenden Gedankengang daran: Jede sociale Revolution ist mit dem Wesen des Staats und der Gesellschaft in absolutem Widerspruch, daher nicht ein Fortschritt oder eine Bedingung des Fortschritts, sondern ein Unglück und eine Unmöglichkeit. Der Sieg des Proletariats ist der Sieg der Unfreiheit, diese Unfreiheit ist zugleich die verkehrteste und darum unmöglichste. Denn die niedere Klasse besitzt nicht die Bedingungen der wahren Herrschaft. Es ist unausbleiblich, dass mit dem Auftreten der Herrschaft des Proletariats eine Gewaltherrschaft entsteht von eigentümlicher, furchtbarer Natur. Sie muss die besseren Elemente vernichten. Es ist die furchtbarste Erscheinung der Geschichte, nicht bloss weil sie Leben und Gut mit kalter Wuth hinopfert, sondern weil sie durch den gesellschaftlichen Mord das an und für sich Unmögliche will. Die Schreckensherrschaft ist der Gipfel des Widerspruchs in der socialen Revolution. Bei ihm angelangt überschlägt sie sich und der Gegenschlag tritt ein. Der Sieg der besitzenden Klasse ist notwendig, aber er führt zur Diktatur.

Man sieht: Stein hat hier Robespierre und Napoleon vor Augen, und es ist auch wahrscheinlich, dass die nächsten socialen Revolutionen so endigen würden, wie er sagt, nämlich mit dem Sieg der Besitzenden, aber einmal könnte doch auch das Ende kommen, welches

Digitized by Google

H. George prophezeit, die Zerstörung der gesamten Kultur, ein neues Zeitalter der Barbarei.

Muss dies geschehen? Wenn jene Anschauungsweise, wonach die gesellschaftlichen Begebenheiten sich naturgesetzlich abwickeln, wonach insbesondere unsere gegenwärtige Gesellschaftsordnung die einzig mögliche und absolut notwendige oder beste ist, die richtige wäre, dann sicherlich.

Aber sie ist falsch; die Erkenntnis des Menschen ist ein Faktor, der in kein Naturgesetz hineingedrängt werden kann, sie vermag den Lauf der Dinge einigermassen zu lenken, und wenn sie eine richtige ist, zum Bessern zu lenken. Beim Bestehenden einfach zu verharren, weil man erkennt, dass es Einigen grosse Vorteile bietet, das wird freilich nicht zum Bessern führen.

Die Wahl steht nur frei zwischen der socialen Reform und der socialen Revolution, denn das bestehende System führt bergab.

„Das Mitleid und die Gerechtigkeit sind die Grundsteine jedes gesellschaftlichen Verbandes", sagte schon Voltaire.

Die Gerechtigkeit ist der wichtigere, müssen wir hinzufügen. „Soweit wir zu sehen vermögen, scheint, wenn wir die Dinge nach einem grossen Massstabe betrachten, die Gerechtigkeit das höchste Weltgesetz zu sein" (H. George). Und hierin, glaube ich, liegt ein gewisser Trost; denn gerecht können wir möglicher Weise sein — oder werden.

Und die Gerechtigkeit verlangt, dass die Fortschritte der Kultur, an denen Alle mitgearbeitet haben, auch Allen zu Gute kommen und nicht von immer Wenigern monopolisiert werden, die noch dazu als blosse moderne Alchymisten, welche durch verächtliche Künste aus Papier Gold machen, bei der Masse nicht einmal jene natürliche Achtung finden können, welche der arme, gedrückte Bauer des Mittelalters seinem tapferen, erzgewappneten Feudalherrn zollte.

Und wenn unsere Gesellschaftsordnung den Massenfortschritt nicht herbeizuführen vermag, so ist sie keine gerechte. Darum darf man, wenn von socialen Reformen oder besserer Verteilung der Güter die Rede ist, nicht gleich von Verletzung von Rechten, des Eigentums oder der Freiheit sprechen.

Das Eigentum hat nicht der Einzelne hervorgebracht, sondern die Gemeinschaft und es darf darum ihre Entwicklung nicht hindern, sondern muss ihr dienen und „jedes Eigentumssystem, sagt Rösler ganz richtig, endet durch Revolution, wenn sich von der besitzenden

Digitized by Google

und herrschenden Klasse der Geist der selbstsüchtigen Leidenschaft über das ganze Volk verbreitet.“ Gerade zum Schutz des Eigentums ist seine Reform notwendig. — Und was die Freiheit betrifft, so ist dieselbe allerdings an sich ein sehr wesentliches Gut und die Bedingung aller andern. Daher können wir sociale Systeme, welche die Völker beglücken wollen und ihnen das Opfer ihrer Freiheit zumuten, von vornherein nicht acceptabel finden. Aber das Wort Freiheit kann Verbindungen eingehen mit anderen Wörtern, die dessen Begriff innerlich vernichten, während sie durch ihre Kombination mit dem klangvollen Worte Freiheit in den Ohren der Menge leicht selbst einen so guten Klang annehmen, dass das Volk thatsächlich die Unfreiheit im Namen der Freiheit fordert und mit Eifer festhält, bis es seinen Irrtum gründlich eingesehen. Verbindungen solcher Art sind die Wucherfreiheit, die Ausbeutungsfreiheit des Starken gegenüber dem Schwachen, des Reichen gegenüber dem Armen, des Spitzbuben gegenüber dem ehrlichen Manne.

Diese „Freiheiten“ müssen allerdings beseitigt werden, im Namen der Freiheit, sonst wird die sociale Revolution sie samt der wirklichen Freiheit vernichten.

Man mag von den gelehrten Führern der Socialdemokratie soviel Gutes denken als man will (schon dies ist eine sehr wichtige Leistung derselben, dass sie uns, solange es noch Zeit ist zur Umkehr, oder richtiger gesprochen zum Fortschritt, beständig unser Sündenregister vorhalten und jene verderbliche Gemütsruhe stören, die da glaubt, Alles sei gut, wenn es dem Hinz und Kunz wohlergeht); aber sie allein machen es nicht aus. Und die Masse ihrer Anhänger ist noch durchaus nicht fähig, etwas aufzubauen, sondern nur zu zerstören. Sie hat kein Verständnis für Kulturzwecke, sie wird nur von einer Frage bewegt, der Magenfrage, die freilich eine sehr wichtige, aber nicht die einzige und nicht isolirt lösbar ist.

Die meisten socialistischen Schriftsteller begehen in ihren Ausführungen den höchst seltsamen und gefährlichen Widerspruch, auf der einen Seite über die Unterdrückung des „Volks“, d. h. der arbeitenden Klassen, des Proletariats, durch den Besitz, über deren Armut und Verkommenheit, über ihre physische und geistige Verkrüppelung in Folge der heutigen, auf freier Konkurrenz und Maschinentechnik beruhenden Arbeitsorganisation die bittersten und gerechtesten Klagen zu erheben, und auf der anderen Seite dieses selbe „Volk“ als das allein weise und gute, kräftige und gesunde hinzustellen und

Digitized by Google

ihm die Herrschaft über die Zukunft, die Errichtung des tausendjährigen Reichs der allgemeinen (d. h. proletarischen) Glückseligkeit zu übertragen.

Was heute Proletariat genannt wird, das könnte, auf sich allein gestellt und selbst ausgerüstet mit allen jetzt vorhandenen Produktionsmitteln, dem ganzen nationalen Boden und dem ganzen nationalen Kapital, nicht einmal die materielle Produktion, die zur Versorgung der Gesellschaft mit Sachgütern notwendige Arbeit vollziehen. Denn die Arbeit der „schwieligen Hände" ist ohne die geistige Leitung höher entwickelter Intelligenz, ohne einen Schatz von nützlichen Kenntnissen, der in Verbindung mit gemeiner Arbeit bisher regelmässig gar nicht erworben werden konnte, einfach unmöglich. Und die technische Wissenschaft sowie die ökonomische und organisatorische Qualifikation, die allein den Arbeitsprozess genügend produktiv machen, vertritt heute noch fast ganz und gar der sogenannte Mittelstand, d. h. die also Gebildeten und Qualifizierten rechnen sich, auch wenn sie vermögenslos sind, zum weitaus grössten Teile nicht zum Proletariat und werden auch von den socialistischen Führern, wenn diese das Proletariat zur Revolution auffordern, nicht dazu gerechnet.

Der Hinweis auf die grosse französische Revolution — eine politische Revolution — wo der dritte Stand die beiden oberen besiegte, kann nicht zur Analogie verwendet werden, wie es von Marx u. A. geschieht, die da folgern: sowie der dritte Stand Adel und Geistlichkeit, wird der vierte Stand die Bourgeoisie überwinden. Der dritte Stand repräsentierte im Jahre 1789 einen sehr bedeutenden Besitz und — was wichtiger — die grösste Masse von Wissenschaft und Bildung.

Aber man zeige uns die Helvetius, Voltaire, Rousseau, d'Alembert, Diderot u. s. w., die das heutige Proletariat hervorgebracht?

Marx und Engels sind doch nicht etwa Proletarier?

„Die Socialdemokratie", sagt der bekannte Moralstatistiker v. Oettingen, „will dem Ichtum das Gemeintum gegenüberstellen und ersteres durch letzeres überwinden. Sie bewegt sich dabei in der sonderbaren Illusion, dass dieses zerfetzte, zu einem Sklavenstande herabgedrückte, vom Kapital terrorisierte Arbeiter-Proletariat wirklich das kollektive Denken repräsentieren könne!"

Wer muss also das kollektive Denken repräsentieren, wenn wir wirklich zum Fortschritt gelangen wollen, wer muss die sociale Reform einleiten und durchführen?

Digitized by Google

Die Besitzenden und Gebildeten.

Die sociale Revolution oder die sociale Reform, ein drittes gibt es nicht — freilich nicht heute oder morgen oder übermorgen, aber im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung — erstere durch das Proletariat und voraussichtlich kulturzerstörend, letztere durch die Einsicht, das Gerechtigkeitsgefühl und, was die Hauptsache ist, das wahre Interesse der Besitzenden und kulturfördernd. — Sie mit allen Kräften anzustreben, das ist der Inbegriff der Pflichten des Besitzes.

Digitized by Google

Freiheit und Gleichheit.

Vortrag

gehalten im Rathaussale zu Zürich am 18. November 1886.

Ich kann nicht mit Bestimmtheit sagen, wer zu allererst die Worte Freiheit und Gleichheit in Verbindung brachte.

Die Schriftsteller des klassischen Altertums waren es jedenfalls nicht. Sie begeistern sich wohl für die Freiheit des „Bürgers", unter welcher sie jedoch nicht wie wir das „Unberührtsein" durch die Regierung, sondern das „Mitregieren" verstanden (R. v. Mohl, Geschichte und Litteratur der Staatswissenschaften, I. Band, S. 268).

Aber von der Freiheit des Menschen wissen sie nichts; dieses Mitregieren, diese Disponibilität des Bürgers für den Staat beruhte wesentlich auf der Sklaverei.

Die natürliche Ungleichheit der Menschen ist den Alten ein Dogma, das keines Beweises bedarf.

Plato, den man öfter als Kommunisten bezeichnet, ist sogar ein durchaus aristokratisch gestimmter Geist.

Nach ihm ist jener Bestandteil der Gesellschaft, den wir vorzugsweise das Volk zu nennen pflegen, ja noch mehr — sind alle jene Bürger, die sich mit dem wirtschaftlichen Erwerbe beschäftigen, durchaus nur zum Gehorchen und Dienen da. Und die Herrscher werden durch die Natur bestimmt, nämlich durch die höhere Begabung, die sich — so müssen wir nach verschiedenen Stellen seines genialen Buches über den „Staat" annehmen — regelmässig vererbt.

Digitized by Google

„Ein edles Wesen kann nur edle, ein unedles nur unedle Früchte bringen."

Das Christentum, die Philosophie des Mittelalters, spricht wohl von einer allgemeinen Götteskindschaft; alle Menschen sind gleich vor Gott und gleich nach dem Tode. Aber mit der grössten Ungleichheit im Leben fand sich die Kirche jederzeit aufs beste zurecht und die Freiheit findet überhaupt keinen Platz in ihrem Wörterbuche. Man soll jedem Herrn gehorchen, nur dem himmlischen mehr, als den irdischen.

Die Utopisten des 16. und 17. Jahrhunderts, Thomas Morus und seine vielen Nachfolger, haben allerdings zum Teile Massregeln ersonnen, welche eine grosse Gleichheit der äusseren Lebensverhältnisse der Menschen herbeiführen müssten. Einige von ihnen haben auch ihrer Staatsverfassung eine Art demokratisches Schema zu Grunde gelegt.

Aber alle wirkliche Freiheit ist doch durch ihre ganzen Systeme entschieden negiert. Ueberdies richtet sich ihr Augenmerk weit mehr auf detaillierte Ausmalung eines Idealzustandes als auf soziale Theorie und jedenfalls haben sie weder Schule gemacht noch sonst praktischen Einfluss geübt oder auch nur beabsichtigt.

Zweierlei kann man mit Sicherheit behaupten, nämlich einmal, dass derjenige, der es zuerst mit äusserem Erfolge, d. h. Schule gründend, unternahm, das Recht und den Staat aus der Natur des Menschen herzuleiten, und zu diesem Zwecke einen Urzustand annahm, in welchem es noch keinen Staat gab und alle Menschen einander frei und gleich gegenüberstanden, auf die Dauer den Grund gelegt hat zu der in der Verbindung der Worte Freiheit und Gleichheit liegenden Idee. Und das war Hugo Grotius, der Begründer des Naturrechtes, dessen berühmtes Werk, De jure belli et pacis, zuerst im Jahre 1625 erschien.

Und dann, dass wir J. J. Rousseau als den Mann zu bezeichnen haben, durch dessen Schriften jene Worte praktisch, nämlich zum Feldgeschrei der grossen französischen Revolution wurden.

Rousseau definiert uns im Contrat social (ich zitiere nach der Genfer Ausgabe von 1782, welche die politischen Schriften im ersten Bande enthält) die Freiheit, indem er sagt: „Dem Gesetze gehorchen, das man sich selbst gegeben, ist Freiheit" (S. 209).

Es gibt nach ihm wohl noch eine andere Art von Freiheit, die des Urzustandes, welche in der völligen Unabhängigkeit des Menschen

Digitized by Google

vom Menschen, in der jedem gegebenen Möglichkeit besteht, jeden Augenblick zu thun und zu lassen was ihm beliebt.

Obige Definition bezieht sich aber auf den gesellschaftlichen Zustand, das bürgerliche Zusammenleben, welches einen herrschenden Gesamtwillen erfordert, und die Freiheit kann hier für den Einzelnen nur darin bestehen, dass er das Recht hat, bei der Bildung des Gesamtwillens, des Gesetzes, mitzuthun. Dieses Mitwirken aller bei der Feststellung gemeinsamer Lebensnormen ist aber das Wesen der Demokratie, und die im bürgerlichen Zustande einzig mögliche Freiheit liegt mithin nach Rousseau in der Demokratie.

Er erklärt uns ferner (S. 247), dass die grösste Wohlfahrt aller der Zweck jedes Systems der Gesetzgebung sein müsse, dass dieselbe bestehe in Freiheit und Gleichheit und dass die Freiheit ohne die Gleichheit nicht bestehen könne. Die Gleichheit ist ihm also eine absolute Bedingung der allgemeinen Wohlfahrt. Und es frägt sich nun natürlich vor allem, was Rousseau unter dem Worte Gleichheit versteht, nachdem er uns seinen Begriff der Freiheit bereits gegeben.

Das ist aber eben der schwache Punkt in seinem System, hier vermissen wir die rechte Konsequenz. Rousseau kann über den Begriff der Gleichheit nicht klar und mit sich einig werden und verwickelt sich auf diese Weise in derartige Widersprüche zwischen gewissen theoretischen Aufstellungen und praktischen Forderungen, dass wir ihn ebensowohl als den Gründer der bürgerlichen Demokratie wie des modernen Kommunismus anzusehen haben.

Beide haben denselben Ausgangspunkt, beide sind Aeste desselben Stammes und dieser Stamm heisst Gleichheit. Der Unterschied zwischen den Anhängern der beiden Parteien besteht — das dürfen wir wohl hier schon bemerken — in nichts anderem als darin, dass die bürgerlichen Demokraten auf halbem Wege stehen blieben, die Kommunisten aber die Konsequenzen des Gleichheitsprinzipes unerschrocken bis ans Ende zogen.

Wenn Rousseau in seiner Schrift über den Ursprung der Ungleichheit (S. 87) den Ausspruch thut: „Der erste, der ein Stück Land abschloss und sagte: das ist mein! und Leute fand, einfältig genug es zu glauben, war der wahre Gründer der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viel Verbrechen, Kriege, Morde, Elend und Schrecken wären dem Menschengeschlecht erspart geblieben, wenn einer die Pfähle herausgerissen oder den Graben zugeschüttet und gesagt hätte:

Digitized by Google

Hütet Euch, auf diesen Betrüger zu hören. Ihr seid verloren, wenn Ihr vergesset, dass die Früchte Allen gehören, die Erde aber Niemand!" — so war er ein Kommunist, denn er negierte das Eigentum.

Nennt er dagegen im Discours sur l'économie politique (S. 392 ff.) das Eigentum „das heiligste von allen Rechten des Bürgers, in mancher Beziehung wichtiger als selbst die Freiheit", sagt er uns im Contrat social (S. 247), man müsse unter Gleichheit nicht verstehen, dass die Stufen der Macht und des Reichtums genau die nämlichen bei allen seien, sondern nur, dass die Macht nicht in Gewaltthätigkeit ausarten könne und im Staate nur kraft der Gesetze ausgeübt werde; dass es (disc. s. l'économie pol., S. 386) Hauptaufgabe der Regierung sei, keine allzugrossen Ungleichheiten des Vermögens aufkommen zu lassen; dass man zwar nicht den Eigentümern ihre Schätze nehmen, aber alle verhindern solle, Schätze zu häufen, sowie in Armut zu verfallen — so zeigt er sich als kleinbürgerlichen Demokraten.

Und ein solcher ist er auch in der That.

Während er die wahren Konsequenzen der Gleichheitsidee nur gelegentlich, als rein theoretische Formel ausspricht, ohne sich weiter darum zu kümmern, erweist er sich an vielen Stellen seiner politischen Schriften entschieden eingenommen für die kleine, massvolle, ordnungsliebende, demokratische Republik mit kräftiger Obrigkeit.

Er widmet seine Schrift über die Ungleichheit seinem engeren Vaterlande, der Republik Genf, und sagt uns in der Widmung mit begeisterten Worten: wenn er sein Vaterland sich hätte frei wählen können, er hätte kein besseres zu denken vermocht als Genf.

Rousseau ist also durchaus kein ernstlicher Kommunist, aber dennoch müssen wir Janet zustimmen, wenn er (Les origines du socialisme contemporain, 1883, S. 119) sagt: „Von ihm her schreibt sich jener Hass gegen das Eigentum, jener Zorn gegen die Ungleichheit des Besitzes, welche (wie er von seinem Standpunkte aus hinzufügt) auf so schreckliche Weise unsere modernen Sekten erfüllen."

Zweifelhaft wie in der Eigentumsfrage ist seine Stellung auch in anderen Fragen, die der moderne Radikalismus aufgeworfen und in einem von den hergebrachten Ansichten abweichenden Sinne beantwortet hat, nämlich in Bezug auf Ehe und Religion.

Auch hierüber finden wir da und dort höchst radikale Sätze, während seine innerste Herzensmeinung eher konservativ genannt werden kann.

Rousseau ist sicher kein ernstlicher Gegner der dauerhaften

Digitized by Google

ehelichen Verbindung, aber im Discours sur l'inégalité sagt er uns gelegentlich (S. 79 ff.): Die Liebe ist eine Hauptveranlassung zu Streit, eine so schreckliche Leidenschaft, dass sie geeignet ist, das menschliche Geschlecht zu vernichten, zu dessen Erhaltung sie bestimmt ist. Diese gemeingefährliche Liebe, welche ihren Gegenstand ausschliesslich besitzen will, sei aber ein künstliches Gefühl (un sentiment factice), das nur der zivilisierte, nicht aber der Naturmensch kenne. Daher sei im Naturzustande, wo es keine dauernden Verbindungen, keinen ausschliesslichen Besitz gebe, auch selten Streit wegen Liebessachen.

Ausserdem findet er ebenda (S. 82), dass die Verpflichtung zu ewiger Treue nur den Ehebruch, die Gesetze des Anstandes und der Ehre nur Ausschweifung und Kindermord (eigentlich avortemens) erzeugen.

Also auch jene Modernen, welche die Ehe verwerfen und für freie Liebe schwärmen, finden bei Rousseau einen Anhalt.

In Bezug auf die Religion bemerkt er im Contrat social (S. 352): „Das Christentum predigt nichts als Knechtschaft und Abhängigkeit. Sein Geist ist der Tyrannei zu günstig, als dass sie nicht immer Vorteil daraus ziehen sollte. Die wahren Christen sind dazu gemacht Sklaven zu sein.“ Rousseau will aber die möglichste Freiheit und muss hiernach das Christentum verwerfen, wie unsere Kommunisten, die dessen erbittertste Feinde sind.

Andererseits aber verlangt er freilich (S. 353 ff.), dass jeder Bürger von staatswegen an Gott und Vorsehung, zukünftiges Leben, Bestrafung der Gottlosen, Belohnung der Gerechten, Heiligkeit des gesellschaftlichen Vertrages und der Gesetze glaube, und dass, wer nicht daran glaube, verbannt werden solle als insociable, als unfähig, Gesetz und Gerechtigkeit aufrichtig zu lieben und seine Pflichten zu erfüllen. Alle diese Glaubenssätze hat er doch sicher nur dem Christentum entnommen und selbst ein orthodoxer Pastor könnte mit diesem Konfiteor fast zufrieden sein.

Diese seltsamen Widersprüche machen es denn auch erklärlich, wie Rousseau's Schriften eine Wirkung haben konnten, die er sicher nicht vorausgesehen oder beabsichtigt hat.

Rousseau ist gewiss keine gewaltthätige Natur, er hat keine Ader von einem praktischen Revolutionär, er schwärmt für Frieden, Ruhe, Eintracht, verwirft den Ehrgeiz, die Herrschsucht, die Habgier und nennt den zivilisierten Menschen darum, weil er von allen diesen

Digitized by Google

Leidenschaften besessen ist, die aus dem bürgerlichen Dasein hervorgehen oder sich erst in ihm entwickeln können, ein unglückliches Wesen (Inégalité, S. 141). „Bleibt Barbaren und Ichthyophagen", sagt er im Contrat social (S. 251), „Ihr lebt dann besser und zuverlässig glücklicher."

Ja trotz seiner Lehre vom ewigen Rechte der Völker, sich ihre Verfassungen und Regierungen jederzeit selbst zu bestimmen, der Lehre von der Unveräusserlichkeit der Souveränität, können wir bei näherem Eingehen auf seine eigensten Gedanken nicht finden, dass er auch nur die politische Revolution ernstlich wollte oder sich etwas Erhebliches davon versprach.

Manchmal, sagt er (Contrat social, S. 238), wirken Revolutionen wie Krisen, d. h. sie führen zur Genesung der Völker. Aber das sind Ausnahmsfälle.

Im Allgemeinen sind die Völker nur in ihrer Jugend fähig zu lernen, im Alter werden sie unverbesserlich (S. 237).

Nur im Zustande der Barbarei kann ein Volk sich frei machen; später werden Unruhen es aufreiben, ohne dass Revolutionen es wieder herstellen. Sobald seine Ketten zerbrochen sind, zerfällt es und hört auf zu existieren.

Es braucht einen Herrn, nicht einen Befreier.

Freiheit lässt sich erringen, aber einmal verloren, ist sie es für immer (S. 238).

Wenn Völker einmal an Herren gewöhnt sind und wollen dann das Joch abschütteln, so kommen sie durch ihre Revolutionen nur in die Hände von Verführern, die ihre Ketten noch schwerer machen.

Denn solche Völker halten Zügellosigkeit für Freiheit, die das gerade Gegenteil davon ist (Inégalité, Dédicace).

Dennoch sehen wir, dass gewisse Rousseau'sche Anschauungen und Schlagworte, gewisse Rousseau'sche Ideale in der französischen Revolution gerade da die grösste Rolle spielen, wo sie am furchtbarsten war, in der Schreckenszeit.

Ich weiss recht gut, dass Rousseau nicht die französische Revolution hervorgebracht hat, dass dieselbe eine viel breitere und materiellere Grundlage hatte, als die Deduktionen eines Philosophen. Aber es ist doch keineswegs gleichgiltig, welche Formulierung die allgemeinen Gedanken und Aspirationen einer Zeit im Munde derjenigen erhalten, die als die berufensten Sprecher der Nationen mit jedem Worte einen weiten Wiederhall wecken.

Digitized by Google

Marat und besonders Robespierre morden mit Rousseau'schen Phrasen im Munde, sie sprechen, wie er, ohne Unterlass von der Freiheit, von der Tugend, von der Natur, von der Gleichheit, vom Volke und seiner Souveränität. Aber diese höchst abstrakten Begriffe nehmen jetzt, mitten in der harten Wirklichkeit eines socialen Kampfes, einen sehr konkreten Inhalt auf und wirken demgemäss, wie Rousseau es nie gedacht und nie gewollt.

Unter diesem „Volk" verstehen jene Männer die blutdürstigen Pöbelhaufen der Vorstädte von Paris, unter Natur und Tugend die Sitten, Gedanken und Thaten dieses „unschuldigen" Volks, das ihnen anhängt, unter Freiheit die absolute Herrschaft der eigenen Partei, ja schliesslich der eigenen Person, unter Gleichheit die Vernichtung aller Andersdenkenden.

Und in der That, was blieb anderes übrig als zu guillotinieren, wenn man sofort, mit einem Schlage, auf dem Wege der Gewalt die wirkliche Gleichheit auch nur in Rousseau's milderer Auffassung herstellen wollte? Da es unmöglich war, die unteren Klassen auf das Niveau der oberen zu heben, so bestand das einzige Mittel zur schnellen Herstellung der Gleichheit darin, die oberen und Alles, was diesen anhing, wegzurasieren. (Siehe L. Stein: Geschichte der socialen Bewegungen in Frankreich.)

Mag man über das damals angestrebte Ziel denken, wie man will — ich halte es für ein ganz unmögliches — den Weg, der dazu eingeschlagen wurde, wird man nicht approbieren können, ebensowenig wie es möglich ist, sich für die damaligen Hauptvertreter des Gleichheitsprinzips zu begeistern.

Von Marat, der sich als Naturforscher für grösser als Newton hielt, der Laplace und Lavoisier für Schwachköpfe und Charlatane erklärte (H. Taine: Psychologie des chefs Jacobins in der Revue des deux mondes vom 15. September 1884), sagt Lamartine treffend: „l'égalité était sa fureur, parceque la supériorité était son martyre" (zitiert von L. Stein a. a. O.).

Von Robespierre, der nie aufhörte, sich selbst zu verhimmeln, ausser während er zuhörte, wie seine Anhänger ihn verhimmelten, sagte einst Danton: „Dieser Dummkopf ist nicht fähig ein Ei zu kochen" (H. Taine a. a. O.).

Was aber hier als Ziel vorschwebte, war nichts Anderes, als jene kleinbürgerliche Demokratie, die Rousseau einst gepriesen, frei-

Digitized by Google

lich angewendet auf das grosse Frankreich, während Rousseau die wahre Freiheit nur in der kleinen Republik für möglich hielt.

Das Privateigentum wollten auch die Männer des Schreckens beibehalten, es findet auch in der Verfassung vom 24. Juni 1793 seine Sanktion.

Allerdings sagt selbst ein Mann wie Tallien einmal: er wolle die volle und gänzliche Gleichheit. Man solle, um sie herzustellen, das Elend aufwiegeln gegen den gefährlichen Ueberfluss des Reichtums. Man solle die grossen Eigentümer in die Kerker schicken, sie seien nichts als öffentliche Diebe. Dann erst könne sich das Volk des Wohlstandes erfreuen, den es durch seine Tugend verdiene (Janet a. a. O.).

An Aufhebung des Privateigentums war aber bei diesen, wie bei anderen radikalen Phrasen nicht gedacht; nicht aufgehoben, sondern verallgemeinert sollte das Eigentum werden, Jeder sollte Etwas haben und Keiner zuviel.

Wer aber das Eigentum beibehalten und daneben die wirkliche Gleichheit, die égalité réelle, durchführen will, nicht blos die Gleichheit vor dem Gesetze, die Anton Menger jüngst einen „absurden Begriff“ genannt hat (Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag“ 1886, S. 29), der befindet sich in einem unlösbaren Widerspruch.

Denn das Eigentum wird, wo es besteht, immer in der Hand des Einen anschwellen, in der Hand des Andern zerfliessen, nicht blos durch die verschiedene Geschicklichkeit in der Verwaltung und Verwendung, sondern mindestens ebenso häufig durch Zufall, Glück, Konjunktur, Erbschaft, und so stets wieder alsbald die grösste Ungleichheit erzeugen, selbst wenn man vom Zustand der vollkommenen Gleichheit ausgegangen ist.

Auch die Männer des Konvents sprachen, um sich beim Volke par excellence beliebt zu machen, um die Vorstädte aufzuregen oder die Gegenpartei zu vernichten, gelegentlich Worte, die an Rousseau's früher zitierten Ausspruch von den Gräben und Pfählen erinnern. Aber sie zogen, gerade wie er, nicht die praktischen Konsequenzen davon, sie waren im entscheidenden Augenblick, in den offiziellen Akten und Erklärungen niemals Feinde des Eigentums überhaupt, sondern dessen Vorkämpfer. „La doctrine officielle, publique, effective, de la Convention a été la doctrine de la propriété individuelle“ (Janet, S. 116).

Doch es konnte unmöglich ausbleiben, dass endlich die wahren

Digitized by Google

Konsequenzen des Gleichheitsprinzips gezogen wurden, dass Männer hervortraten, die Rousseau nach der radikaleren Seite fortsetzten, die den wahren Feind aller égalité réelle deutlich erkannten und es klar aussprachen, dass Gleichheit und Privateigentum unverträgliche Dinge seien, die auf die Dauer nicht nebeneinander bestehen können.

Gracchus Babeuf erklärte schon im Jahre 1794 in seinem Tribun du peuple: ich will das Schlusswort, den letzten Zweck der Revolution aussprechen — und meint damit den Kommunismus.

Er unterscheidet zwei Arten von Republiken, die bürgerlich-aristokratische und die volkstümlich-demokratische. Die erste wolle ein Patriziat und eine Plebs, die zweite wolle nicht blos die Gleichheit der Rechte, die égalité des livres, sondern die wirkliche Gleichheit.

Früher im Laufe der Bewegung, hatte man wiederholt eine gleichmässigere Verteilung des Bodens verlangt unter dem Namen „la loi agraire".

Babeuf erklärt nun: Wir wollen mehr als das! — er wusste recht gut, dass eine derartige Massregel die baldige Rückkehr der Ungleichheit nicht verhindern könne. Es handle sich, sagt er, nicht mehr um gleiche Verteilung, sondern um Beseitigung des gesamten Privateigentums, um Expropriation aller Besitzer Frankreichs, um Herstellung der Gemeinschaft des Eigentums.

Und dabei beruft er sich immer wieder auf die Autorität J. J. Rousseau's!

Babeuf ist der erste Praktiker des modernen Kommunismus, dessen System seine Wurzeln in den Gedanken hat, welche die französische Revolution einleiteten, aber in ihr nur zum halben Ausdruck gekommen waren. Er ist zugleich der konsequenteste Gleichheitsmann und ebendadurch ein Beweis, dass man kein sociales Prinzip, auch das der Gleichheit nicht, zu Tode hetzen darf, ohne ins Absurde zu verfallen.

Allgemeine Pflicht zur Arbeit, gesetzliche Regelung der Arbeit, Gleichartigkeit der Beschäftigung Aller, vollständige Gleichheit der Genüsse sind seine Hauptforderungen. Alle Bürger sollen sogar gleich gekleidet sein.

Damit auch die ungleiche geistige Begabung in höheren Arbeitsarten, Kunst und Wissenschaft, nicht hervortreten könne, sollen nur solche Geschäfte betrieben werden, die Alle leicht erlernen können, soll ferner keine häusliche Erziehung mehr stattfinden, sondern Alle öffentlich, sehr einfach und absolut gleich erzogen werden (L. Stein).

Digitized by Google

Ueberhaupt, meint Babeuf wie zur Rechtfertigung dieser Barbarei, ist die sogenannte geistige Ueberlegenheit nur eine Chimäre, der Wert der Intelligenz beruht nur auf einer hergebrachten Meinung (Janet). Er will sogar die grossen Städte auflösen, damit nicht aus der verschiedenen Dichtigkeit des Zusammenwohnens sich natürliche Unterschiede und sociale Gliederungen ergeben (L. Stein).

An Gleichheit fehlte es also in diesem Systeme nicht, aber die Freiheit war dabei so ziemlich übersehen worden. Sie ist mit gewaltthätiger Gleichmacherei überhaupt unverträglich. Und durch Gewalt sollte das System eingeführt werden.

Charakteristisch und interessant, vielleicht noch für eine lange Zukunft, ist dabei, wie sehr Babeuf und seine Mitverschworenen ihre Kräfte und die Chancen des Erfolges überschätzten. Sie berechneten die Zahl ihrer Anhänger auf 17,000; mit dieser Schar wollten sie Frankreich gleichsam erobern, ja noch mehr, sie wollten es geradezu auf den Kopf stellen. Und als man vier Rädelsführer verhaftet hatte, rührte sich keine Hand. Nichts ward erreicht, als zwei Todesurteile und etliche Deportationen.

Frankreich war im Jahre 1796 jedenfalls nicht reif für den Kommunismus.

Es ist unmöglich, an dieser Stelle die Gleichheitsidee durch alle Phasen und Formen ihrer weiteren Entwicklung zu verfolgen, wir wollen uns damit benügen zu konstatieren, dass sie der Kern auch der heutigen social-revolutionären Bewegung ist.

Die Vertreter des heutigen Socialismus berufeu sich freilich nicht mehr auf die Autorität Rousseau's. Sie sehen auf Babeuf sowie dessen theoretische Vorgänger und Nachfolger, die sie allesamt als Utopisten bezeichnen, mit einer gewissen vornehmen Geringschätzung herab. Sie lassen den wahren, den wissenschaftlichen Socialismus erst mit Karl Marx beginnen.

Allein man muss sich hier vor einem Irrtum hüten. Wäre der Socialismus nur eine Wissenschaft, bestände er nur in einer besonderen Auffassung der socialen Phönomene, in einem eigentümlichen System theoretischer Erkenntnisse, so könnten sich die konservativen Parteien aller Färbungen ruhig aufs Ohr legen und die ganze Angelegenheit den Gelehrten und Litteraten überlassen.

Dann würde man heutzutage etwa sagen können: wer die Marx'sche Werttheorie wiederlegt, der hat dem Socialismus ein Ende gemacht.

Digitized by Google

Es gibt allerdings Leute, Büchermenschen, die so etwas zu glauben scheinen. Es ist aber geradeso, wie wenn Jemand alle bisherigen Theorien, welche das Leben erklären wollten, widerlegte und nun meinte, das Leben selbst müsse jetzt aufhören.

Der wahre Kern des Socialismus ist nicht eine Lehre, sondern ein Streben, und zwar das Streben nach Herstellung möglichster Gleichheit — „Beseitigung der Klassenherrschaft durch Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln" lautet heute die Formel der Gleichheit.

Allerdings unterscheiden sich die modernen Socialisten von den Utopisten äusserlich dadurch, dass letztere ein System von positiven Massregeln aufstellten, welche allmälich oder plötzlich zur Gleichheit führen sollten, während die Modernen in ihrer Theorie die Gleichheit als ein notwendiges Ergebnis unserer wirtschaftlichen Entwicklung hinstellen, auf Grundlage einer eigentümlichen Geschichtsauffassung, die sie die materialistische nennen.

Allein auch der wissenschaftliche Socialist will die Massen revolutionieren, geradeso wie es der utopistische Babeuf einst wollte, und spricht von Kampf und Bürgerkrieg, ähnlich wie Blanqui und Barbès in den Dreissiger Jahren.

In Bezug auf die Praxis macht es doch wohl keinen grossen Unterschied, wenn die Utopisten sagen: So sollte es sein und das wollen wir erstreben — und die Socialisten: So wird es sein und das wollen wir erstreben. Dieser Unterschied wäre etwa so zu bezeichnen, dass jene ihre Ziele in Form von Wünschen und Forderungen aussprechen, diese in Form von Prophezeiungen. Aber sie prophezeien doch wohl auch, was sie wünschen und fordern, und geben sich alle Mühe, ihre Prophezeiungen durch eigene Anstrengung zu verwirklichen.

Auf die Formel kommt es hiebei nicht an, sondern auf die Macht. Das weiss jeder Socialist ganz gut.

Wenn es sich um eine ganz ferne Zukunft handelte, um kommende Jahrhunderte oder Jahrtausende, in die man die Verwirklichung eines gesellschaftlichen Idealzustandes als endliches Resultat der socialen Entwicklung versetzte, dann wäre der Unterschied allerdings bedeutend, dann gäbe es aber auch keine socialistische Partei.

Aber so ist es nicht gemeint, die Erfüllung wird als nahe bevorstehend gedacht (s. Marx: Das Kapital, I. Band, 3. Aufl., S. 790 ff.) und die materialistische Geschichtsauffassung soll daher nicht eine

Digitized by Google

blosse, reine Theorie, sondern auch ganz wesentlich ein Mittel zur Revolutionierung der Massen sein.

Füs blosse Wissenschaft würden sich diese Massen auch nicht erhitzen lassen.

Es ist nun aber wohl sehr leicht vorauszusagen, dass ein bestimmter, irgendwo vorhandener gesellschaftlicher Zustand, eine bestimmte Gesellschaftsordnung, also auch die unsere, nicht ewig dauern wird. Der bisherige Verlauf der Geschichte begründet einen solchen Induktionsschluss mehr als genügend. Es ist hoffentlich auch möglich die Grundrichtung der weiteren Entwicklung, ja vielleicht auch ein endliches Resultat derselben zu erkennen. Es ist aber nach meiner Ansicht dem Menschen nicht vergönnt, mit einiger Bestimmtheit zu sagen, wann dies Resultat eintreffen werde, sofern es sich um einen vom gegenwärtigen ausserordentlich verschiedenen Zustand handelt. Selbst die materialistische Geschichtsauffassung wird das nicht leisten können.

Haben doch die Hauptvertreter dieser Richtung selbst sich als Propheten, und zwar in viel einfacheren Angelegenheiten, schon genügend blamiert.

Friedrich Engels erklärte vor 40 Jahren für England eine grosse Revolution als nahe bevorstehend. Sie ist heute noch nicht gemacht.

Marx sagte im März 1850 („Ansprache der Zentralbehörde an den Bund" der Kommunisten): „In diesem Augenblick steht eine neue Revolution bevor" — und dieser Augenblick ist längst vorüber.

Es handelt sich also auch hier — und wie könnte es anders sein? — um das Programm einer bestimmten Partei, wenn dasselbe auch von seinen gelehrten Vertretern wohlweislich nur sehr allgemein gehalten wurde, und der wesentliche Inhalt dieses Programms ist wieder die Gleichheit.

Und jetzt fragen wir: was erzählt uns die Geschichte der Menschheit von dieser Gleichheit, die seit einem Jahrhundert die Köpfe erhitzt und die Zahl ihrer Anhänger immerfort wachsen sieht?

Die neueren Forschungen auf dem Gebiete der Urgeschichte des menschlichen Geschlechts haben bis zur Evidenz dargethan, dass die erste wahrhaft menschliche Kultur überall von den Frauen ausging, dass Frauen die ersten Ackerbauer waren und so dem Wanderleben Schranken setzten, dass die Frauen Jahrhunderte hindurch den Mittelpunkt, das organisatorische Element der gesellschaftlichen Ord-

Digitized by Google

nung bildeten, dass alle Familienangehörigkeit, alle Verwandtschaft, alles nennenswerte wirtschaftliche Vermögen an die Frau sich knüpfte. Man hat diese Periode des gesellschaftlichen Lebens nicht mit Unrecht die der Frauenherrschaft, die gynaikokratische Periode genannt.

Die Frauenherrschaft beruhte aber im tiefsten Grunde auf dem Muttertum, auf der Liebe und Fürsorge für die heranwachsende, hilfsbedürftige Generation, um die sich der lange Zeit nicht wohl eruierbare Vater gar nicht kümmerte, gar nicht kümmern konnte — sie war daher eine milde, sanfte Herrschaft.

Freiheit und Gleichheit sind „ein Grundzug im Leben gynaikokratischer Völker, entschiedene Abneigung gegen beengende Schranken jeder Art“ (Bachofen: Das Mutterrecht, S. XI).

„Im Lichte saturnischer Harmlosigkeit erscheint uns jenes ältere Menschengeschlecht, das in der Unterordnung seines ganzen Daseins unter das Gesetz der Mütterlichkeit der Nachwelt die Hauptzüge zu dem Gemälde des silbernen Menschenalters lieferte.“

„Aus dem gebärenden Muttertum stammt die allgemeine Brüderlichkeit aller Menschen, deren Bewusstsein und Anerkennung mit der Ausbildung der Paternität untergeht“ (ebenda).

Die Gleichheit und Freiheit stehen also am Eingangsthor der Menschheitsgeschichte.

Aber auf die Gynaikokratie folgt das Heroenzeitalter, auf das Muttertum das Vatertum, auf die friedliche Verbindung der Menschen durch die Blutsgemeinschaft des Mutterschosses die Zusammenkettung der Menschen durch die Kraft des Stärkeren, die Herrschaft des Mannes über Frauen, Kinder und Sklaven, die väterliche und die Herrengewalt.

Das Eigentum am Boden entwickelt sich zugleich mit der Herrschaft einer Menschengruppe über die andere und zwar als Mittel, diese Herrschaft aufrecht zu erhalten. (Siehe u. A. Gumplowicz: Rechtsstaat und Socialismus, S. 344, auch: Grundriss der Sociologie, S. 110.)

Menscheneigentum ist die Signatur einer langen Periode der Weltgeschichte, die Unfreiheit, die Ungleichheit erhalten ihre schärfste Form, der Sklave ist keine Person, sondern eine Sache (Frauen und Kinder sind in der Hand des Herrn nicht viel mehr) und wenn er sich auch materiell, wenigstens in Zeiten und Gebieten vorherrschender Naturalwirtschaft, manchmal besser befunden haben mag, als mancher moderne Arbeiter, so liegt doch in dieser absoluten Unterwerfung

Digitized by Google

unter den Willen eines anderen Menschen die tiefste Erniedrigung der Persönlichkeit.

Wir können auch hier nicht Schritt für Schritt der gesellschaftlichen Entwicklung folgen, sondern müssen uns mit Andeutungen und Resultaten begnügen.

Die Formen der Ungleichheit und dadurch der Unfreiheit wechselten mit der Gestaltung der Güterproduktion, resp. des Erwerbs, die Ungleichheit ist geblieben, weil ihre Grundlage fortbestand. Diese Grundlage ist ganz unzweifelhaft die Entblössung eines Teiles der Gesellschaftsglieder vom produktiven Eigentum.

So lange jeder die Bedingungen seiner Lebenserhaltung selbstständig beherrscht, weil ihm die äusseren Grundlagen der Güterbeschaffung ebenso zugänglich sind, wie jedem anderen, kann es weder Unfreiheit noch Ungleichheit geben. Hier hätte auch ein Besitz von Produktionsfaktoren, der über die Grenze der Arbeitskraft des Besitzers hinausginge, keine Bedeutung, keinen Sinn. Denn Besitz ohne produktive Menschenkraft ist todt und wertlos, und wer selbst über die Bedingungen der Produktion verfügt, wird nicht für den anderen arbeiten.

Allgemeine Zugänglichkeit der Produktionsmittel bedeutet aber nie allgemeinen Privatbesitz, sondern immer nur Gemeinbesitz. Privateigentum an Produktionsmitteln heisst für einen Teil der Gesellschaftsmitglieder immer Eigentumslosigkeit, heisst Unterwerfung unter den anderen, den besitzenden Teil, heisst Abfindung Vieler mit einem dürftigen, zum Unterhalt knapp ausreichenden Lohne zum Vorteil Weniger, welche fast ausschliesslich Nutzen ziehen von der steigenden Produktivität der Arbeit, von den Genüssen der wachsenden Kultur.

Ungleichheit, Unterwerfung, Ausbeutung der einen durch die anderen sind also unzweifelhaft Konsequenzen des Eigentums.

Aber auch Kultur, Fortschritte auf allen Gebieten, Wissenschaft, Kunst, Technik, sind mindestens Begleiter des Privateigentums, höchst wahrscheinlich auch dessen Wirkungen.

Es gibt allerdings Leute, die da sagen: trotz des Eigentums hat sich die Menschheit fortentwickelt. Ich zweifle, ob sie Recht haben. Dasselbe Prinzip, welches das Eigentum erzeugte, das echt männliche Macht- und Herrschaftsprinzip, hat auch den Staat erzeugt, mithin den inneren Frieden weiter Gebiete, das Recht, die feste Ordnung der Gesellschaft, die Konzentration der Kräfte, die

Digitized by Google

höhere Arbeitsteilung, den Reichtum und damit die Befreiung gewisser Gesellschaftsklassen von der harten Arbeit und die Möglichkeit, den Geist frei zu entwickeln.

Dies gibt auch Rousseau in seiner Weise zu, wenn er immer wieder, in den mannigfaltigsten Wendungen sagt: Beharret im Naturzustande, so bleibt ihr arm und unwissend, aber frei und gleich und wahrscheinlich glücklich. Tretet aus dem Naturzustande heraus, gründet das Eigentum, den Staat oder — wie er sich meist ausdrückt — die bürgerliche Gesellschaft, so habt Ihr Herren und Sklaven, Reiche und Arme, Ihr seid unfrei und ungleich und Ihr seid auch allesamt unglücklich.

Allein wir wissen wohl: die Gesellschaft hat sich den Weg, den sie durchschritten, nicht frei und voraussehend gewählt, sondern ist durch ihre innere Natur und durch die äusseren Verhältnisse, in denen sie sich befand, widerstandslos fortgeschoben worden.

Wenn die Geschichte aber irgend eine Lehre gibt, irgend einen Satz aufzustellen erlaubt, der allgemein gilt, so ist es der, dass alle Völker, die eine höhere Kulturstufe erreichten, als wesentliche Grundlage ihrer gesellschaftlichen Ordnung das Eigentum aufweisen, und dass alle socialen Gruppen, denen diese Institution fehlt, in einem Zustand verharrten, den wir Wildheit zu nennen pflegen oder der wenigstens in kultureller Beziehung weit hinter dem Zustand der Eigentumsvölker zurücksteht.

Dass diese Wilden unglücklicher, von hässlicheren Leidenschaften geplagt, unsittlicher seien, als die Kulturmenschen, ist freilich nach vielen neueren, genaueren und vorurteilsloseren Nachrichten über sie kaum anzunehmen und schwerlich zu beweisen.

Ich kann hier nicht eine weitläufige Litteratur anführen, ich will nur beispielsweise mitteilen, was der berühmte Reisende Nordenskjöld über die Tschuktschen sagt, und zwar auf Grundlage lange fortgesetzter, eingehender Beobachtung.

In den Familien herrschte die grösste Eintracht. Bei ihren zahlreichen Besuchen hörten die Reisenden nie ein hartes Wort zwischen Mann und Frau, zwischen Eltern und Kindern, ja selbst nicht zwischen dem verheirateten Paare, dem das Zelt gehörte, und den unverheirateten Mitbewohnern.

Ueberall fanden sie die Frauen in grossem Ansehen stehend, sie wurden in jeder wichtigeren Angelegenheit um Rat gefragt, schienen freie Verfügung über einen grossen Teil des gemeinsamen Besitzes

Digitized by Google

zu haben, arbeiteten aber auch viel mehr als die Männer, wenigstens zu Hause. Die Frauen waren durchaus sittsam, obwohl etwas gefallsüchtig, die Kinder artiger als die europäischen („Vom Fels zum Meer", August 1886).

Von wie viel Familien der guten und besten Gesellschaft unserer Zivilisation kann man so viel Löbliches sagen, als von diesen „Wilden" allgemein gilt? Erst wenn sie in regelmässige Berührung mit den Kulturmenschen geraten, verkommen sie auch gründlich.

Welche Wirkung unsere Zivilisation auf die Moral der unteren Schichten der zivilisierten Gesellschaft ausübt, das hat Othenin d'Haussonville (Revue des deux mondes, Oktober 1881: „La misère à Paris") in bemerkenswerter Weise gekennzeichnet, wenn er sagt: „Was die Armut so traurig macht, sind nicht so sehr die Leiden, die sie verursacht, als die Sittenverderbnis, die sie erzeugt. Leiden müssen hienieden Alle, hierin liegt wenigstens einige Gleichheit. Aber der Arme ist Versuchungen ausgesetzt, die der Reiche nicht kennt, und da liegt hauptsächlich die Ungleichheit."

Hieher gehört, in unseren Verhältnissen, auch Louis Blanc's Ausspruch: „Die Kraft, der man das Gebiet der Arbeit verschliesst, geht über ins Lager des Verbrechens" (Organisation du travail, 1848, S. 47).

Dass übrigens auch der Reichtum seine eigentümlichen Versuchungen mit sich bringt, werden wir später sehen.

Allein wenn man noch so schlagend beweisen könnte, dass der zivilisierte Mensch durchaus unsittlicher und unglücklicher sei, als der Naturmensch, so würde das doch in praktischer Hinsicht von gar keiner Bedeutung sein. Die Menschheit kann ihre Bahn nicht zurückmessen; hier gilt das Wort Alfred Fouillée's (La propriété sociale, 1884, S. 152): „Entweder Fortschritt oder Vernichtung."

Ob freilich bestimmte Völker, selbst Völkerfamilien immerfort fortschreiten können, oder ob sie, auf einer bestimmten Entwicklungsstufe angelangt, ihre Kraft und Gesundheit allmälich verlieren und dem Untergang entgegeneilen, das ist eine unlösbare Frage.

Aber wenn es der Mühe wert sein soll, von unseren Zuständen, Völkern und Staaten zu sprechen, so müssen wir annehmen, dass sie noch eines langen Wachstums fähig sind, und wenn wir uns überzeugen sollten, dass gewisse Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung nicht für eine sehr lange Zukunft ausreichen können, so müssen wir annehmen, dass man zur rechten Zeit im Stande sein werde, sie durch

Digitized by Google

passende zu ersetzen. Die Meisten werden ohnedies sehr geneigt sein, in Steger's hoffnungsreichen Satz einzustimmen: „Die Völker sterben nicht mehr, sie verjüngeu sich; unter den veralteten Gestaltungen sind immer schon die neuen Triebe da, die zu Luft und Licht emporstreben" (Schlusswort zu Rotteck's Allgemeiner Weltgeschichte, Ehrenausgabe von 1851).

Nun denn, in welcher Richtung liegt der Fortschritt? Ich antworte unbedenklich: in der Richtung der Gleichheit und somit der Freiheit.

Ich will ja zugeben, dass die Ungleichheit, die Herrschaft des Menschen über den Menschen, die Unterdrückung und Ausbeutung ein Mittel, vielleicht ein unentbehrliches, vielleicht das einzige Mittel war zu rascherem Fortschritt. Das unmittelbare Resultat dieser Ungleichheit, dieser auf Klassenherrschaft gebauten Gesellschaft ist aber doch kein anderes als: Vernutzung Vieler zu Gunsten Weniger. Ein solcher Zustand kann doch vor der beurteilenden Vernunft nur gerechtfertigt erscheinen unter der — historisch wohl zu begründenden — Voraussetzung, dass das Gedeihen Weniger auf Kosten Vieler das einzige Mittel war, um das Gedeihen Aller schliesslich zu ermöglichen.

Sonst müssten wir die Gattung Mensch für immer in zwei Sorten teilen: Die eine Sorte wäre blos Mittel, die andere Zweck. Diese Anschauung herrschte im Altertum, sie war auch durchaus dem Mittelalter eigen; wir haben sie aufgegeben, wenigstens in der Theorie und zum Teil auch im öffentlichen Leben. Privatim handeln wir freilich noch oft genug darnach.

Ich nehme also an: Das Eigentum ist die Grundlage der Ungleichheit und das Eigentum ist ein kulturelles Zucht- und Erziehungsmittel. Aber irgend einmal muss dann doch diese Erziehung vollendet sein, sonst wäre das Eigentum kein Mittel dazu, sonst wäre es weiter nichts als ein Mittel der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Ich nehme also an, dass wir uns nicht beruhigen können bei dem Gedanken, ein Teil der Menschen sei für alle Ewigkeit zu nichts Anderem da, als dem anderen Teil die Mittel zu einem höheren, freieren Dasein, zu physischer und geistiger Entwicklung zu beschaffen, während für ihn nichts bleibt, als schwere Arbeit, Entbehrung, Schmutz, Unwissenheit und ein vorzeitiger Tod.

Soll man es diesem leidenden Teil zum Vorwurf machen, dass

Digitized by Google

er endlich auch einen entsprechenden Anteil verlangt an den Errungenschaften der Kultur, in einer Zeit, wo nach seiner Ansicht die Produktivität der Arbeit gross genug ist, um Allen ein Kulturleben zu gestatten? Soll man es ihm zum Vorwurf machen, dass er als Ideal weiterer Entwicklung eine Gesellschaft denkt, in welcher es keine Klassenherrschaft gibt, keine Ausbeutung, in welcher alle Menschen nützlich beschäftigt sind und Keiner auf Kosten des Anderen lebt und geniesst, weil mit dem Fortfall des Privateigentums an den Produktionsmitteln die Bedingung hiefür weggefallen ist? Das nennt man heutzutage Kommunismus, nicht ein ödes Kloster- oder Kasernenleben, sondern: gesellschaftliche Regelung der Produktion auf Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln und Verteilung des Einkommens nach einem von der Gesellschaft aufgestellten Prinzip.

Die Bourgeoisie hat kein Recht zu einem solchen Vorwurf, denn ihr Emporkommen beruht auf derselben Idee, welche hier das Proletariat vertritt, auf der Idee der Gleichheit. Im Namen der Gleichheit verlangte und erlangte der dritte Stand im Jahre 1789 und später die Abschaffung des Adels, der Privilegien, das allgemeine gleiche Staatsbürgertum. Im Namen der Gleichheit fordert heute das Proletariat seinen Anteil an den Fortschritten und Genüssen der Kultur.

Man wirft der Socialdemokratie ihren Atheismus, ihren Materialismus, ihre Geringschätzung der Ehe, ihre Brutalität und Frivolität vor. Ich gebe gern zu, dass die Führer des heutigen Socialismus diese Vorwürfe zum Teil verdient haben und dass natürlicher Weise der Ton, der von oben angestimmt wurde, unten in der Masse der Anhänger nachhallt.

Ich kann es nicht anders als brutal nennen, wenn z. B. K. Marx in der neuerdings wieder aufgelegten, schon früher von uns zitierten „Ansprache der Zentralbehörde“ für den Fall einer, von ihm als nahe bevorstehend angekündigten Revolution folgenden Rat gibt:

„Weit entfernt, den sogenannten Exzessen, den Exempeln der Volksrache an verhassten Individuen oder öffentlichen Gebäuden, an die sich gehässige Erinnerungen knüpfen (also dem Mord und der Brandstiftuug), entgegenzutreten, muss man diese Exempel nicht nur dulden, sondern ihre Leitung selbst in die Hand nehmen.“

Ich muss es als frivol bezeichnen, wenn Marx's Schwiegersohn Lafargue („der wirtschaftliche Materialismus“, socialdemokratische

Digitized by Google

Bibliothek, IX. Heft) die Naturforscher in Bausch und Bogen des Servilismus beschuldigt, weil gewisse Konsequenzen der Darwin'schen Theorie ihm nicht in den Kram passen; wenn er alle Besitzenden „nichtsnutzige Dummköpfe" nennt; wenn er behauptet, „alle gesellschaftlichen Auszeichnungen fallen den Unfähigsten und Unnützesten zu"; wenn er den Diebstahl als „die hervorragendste Tugend des zivilisierten Bourgeois" bezeichnet u. s. w. Die Zitate liessen sich leicht häufen! Aber: peccatur intra Iliacos muros et extra. —

Wie steht es mit der Moral der Bourgeoisie, überhaupt der sogenannten guten Gesellschaft, welche diese Vorwürfe erhebt? Lassen wir einen unbedenklichen Zeugen sprechen, einen Mann von Adel, einen frommen, strenggläubigen, durchaus konservativen und nichts weniger als frivolen Professor der Theologie, Alexander von Oettingen.

„Haben in Bezug auf Ehe und Familie, Religion und Christentum die oberen Klassen ein Recht, die unteren einer grösseren Frivolität anzuklagen als sich selbst? Wo ist die Praxis der Geringschätzung der Ehe, wo ist die Praxis der freien Liebe am verbreitetsten? Und mit welcher Stirne kann man es wagen den Nächsten zu richten in dem, was man selbst treibt?" („Was heisst christlich-social?" 1886, S. 69.)

„Die sogenannten gebildeten Klassen haben schlechterdings kein Recht, den Socialismus wegen seines Atheismus anzuklagen; sie sollten vielmehr an die eigene Brust schlagen und bekennen, dass sie es sind, welche sich an der Masse des Volks auch auf dem Gebiete der Religion versündigt haben, ja dass sie es sind, welche auch heute noch mit ihrem vornehmen Pessimismus und philosophischen Darwinismus, mit ihrer Genusstheorie und Frivolität das gefährlichste Material zu dem grossen Weltbrande herbeischaffen und sich damit als die bedenklichsten Handlanger des atheistischen Socialismus, der Petroleusen und Dynamit-Helden, ja des nihilistischen Terrorismus erweisen" (ebd.).

„Das vornehm verlumpte Volk" nennt er die sogenannte feine Gesellschaft (S. 71) und schildert sie folgendermassen: „Das Familienleben darniederliegend, die Ehen verwüstet, die Kinder dem Gesinde überlassen, die Schule vernachlässigt, die Dienstboten malträtiert und das ganze Hauswesen, von Aussen glänzend, von Innen verfault, in Schmutz oder in Schulden zu Grunde gehend" (S. 72).

Wenn wir nun auch das Streben der unteren Klassen nach

Digitized by Google

höherem Kulturleben durchaus als gerechtfertigt anerkennen müssen und als schliessliches Ziel socialer Entwicklung kaum ein anderes Ideal aufstellen können, als das vorhin gezeichnete des Socialismus – allgemeine Wohlhabenheit, allgemeine Bildung, allgemeine Sittlichkeit — so bleibt doch noch die in praktischer Hinsicht wichtigste Frage zu erörtern, ob dies Ziel in kurzer Zeit durch eine sociale Revolution, also durch physische Gewalt, erreicht werden kann, oder ob dieser Weg vorläufig oder für immer ausgeschlossen ist und ob auch zu diesem Ideal wie zu anderen nur ein langsamer, mühevoller Fortschritt nach und nach führen kann.

Die Socialdemokratie nennt sich mit Vorliebe die revolutionäre Partei, das Wort Revolution spielt bei den Rednern und Schriftstellern dieser Partei eine sehr grosse Rolle. Sie berufen sich dabei immer wieder auf die grosse französische Revolution und sagen uns in tausend Wendungen: so wie damals der dritte Stand die feudale Gesellschaft unter sich brachte, wird jetzt -- d. h. bald — das Proletariat den Sieg über die Bourgeoisie davontragen.

Allein dieser Vergleich scheint mir — wenigstens vorläufig — etwas zu hinken. Damals handelte es sich um politische Freiheit und staatsbürgerliche Gleichheit, Zustände, die, abgesehen von der Sklaverei, schon früher von manchem höher zivilisierten Volke erreicht worden sind. Jetzt handelt es sich um etwas gänzlich Neues. Damals handelte es sich um das Niederreissen eines alten, morschen Gebäudes, jetzt um den Aufbau eines neuen.

„Man darf nicht übersehen, sagt Anton Menger (a. a. O. S. 163), dass politische Umwälzungen das innere Leben der Völker nur wenig berühren, während eine Nation durch verfehlte sociale Experimente geradezu vor die Existenzfrage gestellt werden kann. Die sociale Frage wird deshalb nicht wie die politische in einer Nacht (vom 4. auf den 5. August 1789!) gelöst werden."

Ich möchte zur Begründung der Ansicht, dass ein solches sociales Experiment, wie es hier in der Revolution gemacht werden müsste, vorläufig wenigstens nicht gelingen könnte, Folgendes anführen.

Der Abbé Sieyés hat bekanntlich im Anfang des Jahres 1789 unter dem Titel: „Was ist der dritte Stand?" eine kleine Schrift veröffentlicht, welche man den staatsrechtlichen Katechismus der Revolution nennen könnte. Der Gedankengang dieser Schrift (sie liegt mir vor in der Uebersetzung Oelsner's: Emmanuel Sieyés Politische

Digitized by Google

Schriften, 1796) ist, soweit er uns hier interessiert, kurz folgender. Zum Wohl einer Nation sind private und öffentliche Arbeiten notwendig. Unter privaten Arbeiten sind hauptsächlich Güterproduktion, Handel, Wissenschaften und Künste zu verstehen. All dies besorgt der dritte Stand.

Unter die öffentlichen Arbeiten gehören Kriegsdienst, Rechtspflege, Kirchendienst und Staatsverwaltung. Von diesen hat der dritte Stand 19/20 übernommen; nur die einträglichen und ehrenvollen Stellen des öffentlichen Dienstes bekommt er nicht, nicht etwa weil er dazu unfähig wäre, sondern weil man sie dem Adel vorbehielt. Der dritte Stand kann mithin Alles leisten, was zur Wohlfahrt einer Nation erforderlich ist, „nichts kann ohne ihn gehen, Alles würde unendlich besser gehen ohne die anderen". Der dritte Stand ist also für sich allein „eine vollständige Nation". Die Geistlichkeit mag als Beruf fortbestehen. als solcher hat sie einen Nutzen, aber nicht als Stand. Der Adel hingegen ist ohne allen Nutzen, er hängt sich nur als Schmarotzerpflanze an eine wirkliche Nation, da er durch sich selbst nicht existieren kann.

Soweit Sieyés.

Wir fragen nun: steht das Proletariat heute wirklich auf derselben Stufe, wie damals der dritte Stand? Ist es für sich allein eine vollständige Nation? Kann es für sich allein existieren und prosperieren?

Sollen wir hier fragen: Was ist ein Proletarier? Die Socialdemokraten sind selbst nicht einig über die Definition des Proletariats. Ich will zwei von dieser Seite aufgestellte Begriffsbestimmungen geben und man wird sehen, wie weit sie auseinandergehen. Der Verfasser einer kleinen Schrift über „Gesellschaftliches und Privateigentum" sagt: Proletarier heisst Nicht-Eigentümer; auch Ingenieure, Chemiker, Direktoren u. s. w. sind Proletarier. „Auch die Kopfarbeiter werden vom Proletariat gestellt" und mithin sei die ganze Klasse der Besitzer überflüssig und könne verschwinden, ohne dass die Produktion im geringsten Schaden litte.

Im Novemberheft 1886 der „Neuen Zeit" hingegen sagt uns K. Kautsky: Proletarier werden heisst verarmen.

Glücklicherweise brauchen wir hier den Begriff Proletarier gar nicht, sondern unsere Frage lautet richtiger: aus welchen Elementen besteht die Socialdemokratie und bilden diese Socialdemokraten alle

Digitized by Google

zusammen eine vollständige Nation, die selbständig alles leisten kann, was zur Wohlfahrt einer Nation erforderlich ist?

Denn wir mögen den Begriff des Proletariats so weit als möglich fassen und jeden dazu rechnen, der kein Kapital besitzt, auch den Direktor der grossen Aktien-Gesellschaft, auch den Minister mit 30,000 Franken Jahreseinkommen: für den Sieg der Socialdemokratie und die Gründung des freien Socialstaats kommen die Beiden sicher nicht in Betracht.

Die Socialdemokratie besteht zum allergrössten Teil aus Handarbeitern, allerdings zumeist aus den oberen und gebildeteren Elementen des Arbeiterstandes, aber doch immer aus Handarbeitern. Wenn wir nun auch von Künsten und Wissenschaften absehen, die in jeder, wie immer gestalteten Gesellschaft blühen und gedeihen müssen, wenn überhaupt von Kultur und Fortschritt die Rede sein soll, so ist die geistige Arbeit jedenfalls und in grossem Umfang auch für die Produktion der materiellen Güter notwendig.

Die geistigen Arbeiter sind aber zum allergrössten Teil nicht auf Seite der Socialdemokratie. Sie sind jedoch in dem Kampfe, den der Mensch mit der Natur führt, um sein Dasein zu erhalten und zu bereichern, die Offiziere. Man kann im Kriege allenfalls einen Teil der Mannschaft zum Kampfe pressen, aber jedenfalls nicht die Mehrzahl der Führer.

Die Geistesarbeiter müssen also zum grössten Teil auf Seite der Socialdemokratie sein, sonst ist ein Gelingen der socialen Revolution unmöglich. Diese Bedingung kann mit der Zeit erfüllt werden, wenn unsere verschiedenen Mittel- und Hochschulen in dem Masse wie in letzter Zeit fortfahren, hoffnungslose Kandidaten zu produzieren.

Allein ich behaupte noch mehr, nämlich dass die Socialdemokratie sich mit ihren eigenen wesentlichsten Grundsätzen in Widerspruch setzt, wenn sie die sociale Revolution predigt, sofern darunter ein gewaltthätiger Umsturz gemeint ist.

Sie hat sich dieses Widerspruchs allerdings schon nicht blos in der Theorie, sondern auch in der Praxis schuldig gemacht und kann, besonders wenn die Einsichtslosigkeit der besitzenden Klassen fortdauert, leicht wieder dazu verführt werden.

Ich frage nämlich: sind die Socialdemokraten wirklich Demokraten? Wenn sie das sind, so berechtigt sie ihr eigenes System in allen Staaten, die noch keine vollkommen demokratische Verfassung haben, wohl zur politischen Revolution, aber keineswegs zur so-

Digitized by Google

cialen. Sie können nur verlangen, dass der Volkswille überall zum reinen und vollen Ausdruck komme; unter Volkswille kann man aber praktisch nichts anderes verstehen, als den Majoritätswillen.

Will im demokratischen Staat die Majorität das Eigentum, dann müssten die Socialisten ihre sociale Revolution machen, um sofort ihre Ideale durchzusetzen. Thun sie aber dies, so sind sie keine Demokraten, sondern sie verlangen die Herrschaft der Minorität, gerade wie die Aristokraten.

Will aber im demokratischen Staat die Majorität die Abschaffung des Privateigentums und die Einführung des Kommunismus, so braucht es hiezu keine sociale Revolution, sondern nur eine sociale Gesetzgebung und die Revolution müsste hier von den Gegnern des Kommunismus ausgehen, die sich dem Staats- d. h. Majoritätswillen widersetzten und damit natürlich im Unrecht wären.

Wenn die Socialdemokraten sich das demokratische Majoritätsprinzip nur gefallen lassen, wo es ihnen dient, und ihm widerstreben, wo es ihnen unbequem wird, dann sind sie zum mindesten inkonsequent.

So war L. Blanc, wenn er in seinen Pages d'histoire de la révolution de février (1850) den Satz aufstellt: Die provisorische Regierung von 1848 hätte von sich aus den ganzen Staat nach seinen Ideen umgestalten und dann erst eine Nationalversammlung berufen, d. h. die Nation um ihren Willen fragen sollen.

So ist, nebst vielen anderen Socialisten, der anonyme Verfasser des ersten Heftes der socialdemokratischen Bibliothek inkonsequent, wenn er die rücksichtslose Minoritätsherrschaft der Grossstädte verlangt. Allein was sollte dieses Vorgehen gegen die eignen Grundsätze Dauerndes schaffen in einer Gesellschaft, die auf die Dauer auf gar keinem anderen Prinzip beruhen kann, als auf dem demokratischen?

Uebrigens sagt uns derselbe Autor, also ein Socialist, selbst mit klaren Worten, dass die Herstellung einer kommunistischen Gesellschaft weit mehr erfordere, als einen Gewaltstreich des Proletariats. „In den Händen einer unwissenden, unklaren Masse wird die Gewalt immer nur ehrgeizigen Demagogen für ihre schmutzigen Pläne zu Gute kommen“ (S. 31), und ferner: „Gewöhne man sich nur ab, von einem vollendeten Zukunftsstaat zu träumen, sondern halte man an der Erkenntnis fest, dass es einer geraumen Zeit der Entwicklung bedarf, bis das Prinzip des Socialismus auf allen Ge-

Digitized by Google

bieten des gesellschaftlichen Lebens sich Bahn gebrochen haben wird." (S. 30).

Ich will für den Gedanken, dass zum Kommunismus etwas mehr gehöre, als ein siegreicher Strassenkampf in etlichen Industriestädten, noch einen, in diesem Falle höchst unverfänglichen Zeugen anführen, Auguste Blanqui, den Revolutionär aus Passion, der den grössten Teil seines Lebens im Gefängnis zubrachte. Dieser Mann sagte uns („Kritik der Gesellschaft", erschienen 1886): „Unwissenheit und Kommunismus sind unvereinbar", „Allgemeinheit der Bildung ohne Kommunismus und Kommunismus ohne Allgemeinheit der Bildung sind zwei gleiche Unmöglichkeiten" (S. 115).

„Der Kommunismus lässt sich nicht künstlich herstellen, weil er eine Konsequenz der Bildung sein wird, die sich nicht improvisieren lässt" (S. 119).

Wenn jetzt, wo die Bedingungen noch nicht da sind, eine sociale Revolution versucht würde, so stellt ihr Blanqui folgendes Prognostikon: „Man wird da aus der Erde Charlatane des Kommunismus in Masse, wie Champignons nach dem Gewitter, entstehen sehen, um die Männer anzuwerben, Tartuffes des Kommunismus, um die Weiber zu umschmeicheln. Ihnen fällt der unfehlbare Preis der Intrigue, die Geschäftsführung, d. h. die Verteilung der öffentlichen Güter zu. Die Masse der Unwissenden wird ihre Leute und ihre Armee ausmachen, wie heutzutage, nur mit ganz anders schrecklichen Folgen: es wäre dies eine solche Mischung von Tyrannei und Anarchie, dass unter den lebendigen Schrecken der Erinnerung die Gegenrevolution nicht für einen Tag, sondern für lange Jahre alles niederschmetternd erscheinen würde."

Ich glaube in der That, dass gegenwärtig noch die überwiegende Mehrzehl der Proletarier — nicht etwa die Mehrzahl der Sozialisten — viel mehr Eigentums-Fanatiker als Kommunisten sind. Nicht dass das Eigentum besteht, ist ihr Aergernis, sondern nur, dass sie zu wenig Eigentum haben. Solche Leute werden in Revolutionen nicht kräftige opferwillige Glieder irgend einer engen Gemeinschaft abgeben, sondern blos darauf bedacht sein, möglichst viel Raub in Sicherheit zu bringen. Sie würden sich sehr dagegen wehren, wenn jetzt, wo sie etwas besitzen, das Eigentum aufgehoben werden sollte. Schon Marx hat eindringlich vor dem „Lumpenproletariat" gewarnt. Es ist noch massenhaft vorhanden und würde in der Revolution die echten Socialisten, als seine entschiedensten Feinde, sicher erdrücken.

Digitized by Google

Ich glaube also: das nächste Ziel einer konsequenten Socialdemokratie kann, wie auch vielfach zugestanden wird, nur die demokratische Republik sein. Schon diese ist eine schwierige Aufgabe, da die meisten Staaten von einer solchen Verfassung noch sehr weit entfernt sind. Was sie dann weiter vermag, hängt von den in ihr vorfindlichen realen Machtverhältnissen ab, welche in den Majoritäten zum Ausdruck kommen.

Dass demokratische Republik noch lange nicht identisch sei mit Socialstaat, beweisen uns die wirklich unter diesem Regime stehenden Staaten. Und ich glaube, wenn z. B. heute Deutschland eine Demokratie und Bebel ihr Ministerpräsident wäre, so würde die Verbesserung und Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, wenn sie fruchtbar und dauernd sein sollte, doch auch nur langsam vor sich gehen.

Wäre diese Demokratie keine geordnete, ruhige, gesetzmässig vorgehende, so würde sie bald in ihr Gegenteil umschlagen. Würden turbulente Pöbelhaufen die Hauptrolle spielen, so würden am ersten Tage der Republik wohl die Minister von gestern gehängt, am zweiten oder dritten aber sicher Bebel und Liebknecht, die zu einsichtig wären, um etwas Unmögliches zu wollen und daher als Reaktionäre und Aristokraten verschrieen würden, und an ihre Stelle träten schlaue und gewaltthätige Demagogen, die dem Volke goldene Berge versprächen und es ebenso um die Freiheit wie um die Gleichheit betrögen, wahrscheinlich unter seinem eigenen Applaus.

Wir können ziemlich sicher sein, dass der Kommunismus eintreten wird, wenn die Verhältnisse und die Menschen dazu reif sind, und dann wird er selbstverständlich sein und segensreich, eine Notwendigkeit und ein Fortschritt. Versucht man es vorzeitig auf dem Wege der Gewalt ihn herzustellen, so sind die Anstrengungen nicht nur vergeblich, sondern auch verderblich, für die Kommunisten wie für die Gesellschaft im Allgemeinen.

Das Proletariat braucht darum keineswegs unthätig zu verharren, bis der Kommunismus als reife Frucht vom Baume fällt, und wird es auch nicht. In dem Masse, als es sich organisiert und bildet, wird es eine Partei von wachsender Macht im Staate, auf die man hören und deren Bedürfnisse man berücksichtigen muss.

Und der gegenwärtige Staat, die herrschenden Klassen werden allen Grund haben, das Proletariat nicht durch feindselige Massregeln

Digitized by Google

und polizeiliche Provokationen zu Gewaltthätigkeiten zu verleiten, die ebenso nutzlos als ruinös für Alle wären.

„Sucht die Mittel gegen das gesellschaftliche Uebel in den unmittelbar durchführbaren Artikeln des Arbeiterprogramms! Weist dies Programm nicht von vornherein zurück, wegen seiner kollektivistischen Behauptungen und Begründungen! Studiert dessen diskutierbare Artikel, selbst in ihren revolutionärsten Paragraphen! Die Not wird zweifellos eines Tages die Staatsmänner zwingen, sich bei den Sozialisten neue Ideen zu holen."

Mit diesen Worten Mermeix' (La France socialiste, 4e édition 1886, S. 274), der sich selbst einen Konservativen nennt, schliesse ich meinen Vortrag.

Digitized by Google

Die Ethik des Landbesitzes.

(1891.)

Was ist die Ethik des Landbesitzes? Ich war ersucht worden, etwas darüber zu schreiben und wusste zunächst wirklich nicht, worüber ich schreiben sollte. Ich hatte wohl von einer Ethik des Aristoteles gehört, auch von einer Ethik des Christentums und vielen anderen Ethiken, die von verschiedenen Leuten ausgedacht worden waren, aber dass auch der Grundbesitz seine besondere Ethik habe, war mir noch neu und ich fragte mich, ob hiernach nicht auch der Hausbesitz, der Kapitalbesitz, am Ende sogar der Aktienbesitz seine eigene Ethik haben müsste, und war recht neugierig, alle diese Ethiken oder wenigstens einige davon kennen zu lernen. Ich fragte auch andere Leute verschiedener, gelehrter Berufe und sogar verschiedener Nationalitäten, selbst Engländer, denen ich aus guten Gründen in dieser Sache das Meiste zutraute, ob sie mir nicht sagen könnten, was denn unter der Ethik des Landbesitzes zu verstehen sei — Keiner wusste es. Da fielen mir die drei ersten und bisher (Mai 1891) einzigen Hefte des seit Oktober 1890 in London bei T. Fisher Unwin erscheinenden International Journal of Ethics devoted to the advancement of ethical knowledge and practice in die Hände und in zweien von den drei Heften fanden sich Aufsätze über jenen dunklen Gegenstand, in Nr. 1: The ethics of land-tenure von Professor J. B. Clark, Smith College, in Nr. 3: Another view of the ethics of land-tenure, von Professor Simon N. Patten, University of Pennsylvania.

Allein der Inhalt dieser Aufsätze entsprach nicht ganz meinen

Digitized by Google

Erwartungen; ich hatte gehofft, eine neue Sorte von Ethik zu finden und fand in der That zwei Versuche, das Privateigentum an Grund und Boden speziell in Amerika und noch spezieller gegen Herrn Henry George, der alles Land ohne Umstände und Entschädigung für den Staat konfiszieren will, zu verteidigen. Dass amerikanische Professoren vor allem sich aufgefordert fühlen, das Eigentum — nicht zu untersuchen, sondern — gegen alle Angriffe zu verteidigen, begreife ich. Denn, so sagte mir eine geistreiche und hochgebildete amerikanische Dame, bei der ich mich um gewisse höhere amerikanische Schulen erkundigte: „These schools ar run by cliques of rich men —. As soon as a man begins to do even such second rate investigation as that of Prof. Ely of John Hopkins, he is warned to stop and he stops as Ely stopped an as Herbert Adams of the same institution stopped. It is no exaggeration to say that our schools are more reactionary than the german ones, for they do not even tolerate Catheder Socialismus."

Aber ich sah noch immer nicht ein, was die Ethik damit zu thun hatte und die beiden Autoren bemühen sich in der That sehr wenig, uns über diese Frage Aufklärung zu verschaffen.

Die Römer begannen in Kaiser Domitians Zeit jenen 60 Meilen langen Grenzwall zu errichten, der ungefähr von der Mündung der Lahn in den Rhein bis zur Mündung der Altmühl in die Donau reichte, und arbeiteten fast 100 Jahre an diesem Riesenwerke. Hatten sie ein Recht dazu?

Haben die Spatzen ein Recht, ihr Nest an einem sicheren Platz zu bauen? Unzweifelhaft, und ebenso gut, wie wir ein „Recht" haben zu essen, wenn wir hungrig sind und uns Speise zur Verfügung steht. War der Grenzwall moralisch?

Wir antworten: Soviel und sowenig wie der Spatzenbau und der Schmaus.

Wo steckt denn eigentlich bei dem Allen die Moral? Das hätten wir wohl erfahren mögen, wenn es möglich war.

Aber Professor Clark geht auf solche Fragen nicht ein, er macht die ganze Sache viel einfacher ab. Er fragt ganz einfach: Ist das private Grundeigentum ein Unrecht? Sind die gegenwärtigen Besitzer Räuber und Diebe, oder Teilnehmer an Raub und Diebstahl?

Und diese Frage beantwortet er im Anfang seiner Abhandlung so kurz und bündig, dass man sich wundert, was er dann noch zu sagen haben mag.

Digitized by Google

In freien Ländern, sagt er, und meint natürlich Amerika, findet das Rechtsgefühl des Volkes seinen Ausdruck im Gesetz.

In our own country haben sich vierundvierzig Staaten für das private Grundeigentum ausgesprochen und die Bundesregierung hat es, gemäss dem Willen des ganzen Volkes, bestätigt. Es ist weder mit dem Buchstaben, noch mit dem Geist des Gesetzes in Widerspruch.

In Amerika besass ursprünglich der Staat das Land. Er hat es den Indianern weggenommen, wobei es oft ziemlich ungerecht herging, das will Professor Clark nicht leugnen, aber die Verantwortlichkeit dafür bleibe auf den Staat als Ganzes beschränkt und das Unrecht würde durch weitere Eingriffe desselben nicht in Recht verwandelt.

Ist also (!) der Staat Eigentümer, so kann er mit dem Boden machen was er will; auch der Wertzuwachs des Landes, der in Zukunft eintritt, ist sein, veräussert er ihn, so gibt er hin, was ihm gehört.

Nun braucht der Einzelne, wenn er das Land nicht geradezu vom Staate geschenkt bekam, bloss das Geld, womit er es kauft, ehrlich erworben zu haben, dann können seine moralischen Rechte nicht bestritten werden.

Und wenn dann das Land, ohne sein Zuthun immer mehr Wert bekommt, so ist auch dieser Zuwachs nicht unverdient vom Eigentümer, denn bei lebhaftem Verkehr hat Land seinen angemessenen Preis und dieser richtet sich zum Teil nach dem künftigen Wertzuwachs.

Wir sehen, sehr skrupulös ist Herr Clark nicht.

Im Anfang seiner Abhandlung erklärt er, alles Land, das durch Gewalt und Betrug erlangt wurde, ausser Acht lassen zu wollen, offenbar in dem Sinn, dass man einen so erlangten Besitz nicht rechtfertigen könne. Dann gibt er gemütlich zu, dass die Indianer keineswegs auf saubere Weise um ihren Boden gebracht worden seien (wie viel Quadratmeter hat man ihnen wohl ohne Gewalt oder Betrug abgenommen??), aber das macht ihm keine Gewissensbisse. Als ob bei einer solchen Betrachtungsweise der unrechtsmässige Erwerber irgend etwas rechtmässig weiter veräussern könnte!

Und endlich schiebt er die Frage der unverdienten Bereicherung durch die steigende Grundrente ganz sachte bei Seite mit der Bemerkung, sie sei ja im Bodenpreise schon eskomptiert. Aber wenn

Digitized by Google

das der Fall ist, dann hat ja der Verkäufer den unrechtmässigen Gewinn eingesteckt, also muss man ihm denselben nach der strengen Moral des Herrn Clark, der kein unrecht Gut dulden will, wieder abnehmen. Will Herr Clark dies in der That? Ich erlanbe mir, es zu bezweifeln. Herr Clark ist nicht so ängstlich, wenn es sich um die Interessen des Besitzes handelt.

Aber die ganze Frage ist von ihm schon so gestellt, dass sie gar keine Frage mehr ist. Er stellt den Einzelnen in einen bestimmten Staat mit einem bestimmten Rechtssystem hinein und frägt, ob der moralisch ein Dieb oder Räuber sei, wenn er sich den Gesetzen des Staates gemäss benehme. Wo hat denn je ein vernünftiger Mensch so etwas behauptet?

Der Einzelne kann sich doch nicht anders benehmen, als gemäss den Einrichtungen der Gesellschaft, in die er hineingeboren ist. Solange und soweit er nur das thut, ist er weder moralisch noch unmoralisch, sondern einfach ein Mensch seiner Zeit.

Zu einem ähnlichen, wenn auch anders begründeten Urteil über die Arbeit Clark's kommt übrigens auch Professor Patten, indem er sagt, der Leser wisse am Ende nicht recht, ob da ein moralisches Prinzip mit im Spiele sei. Patten selbst will nun die ökonomischen Thatsachen, die Clark nach seiner Ansicht zu einseitig hervorhebt, so zusammenfassen, dass sie die Notwendigkeit der Anwendung eines Moralgesetzes zeigen, und sich dann nach einem ethischen Prinzip umsehen, das unseren moralischen Gefühlen genügt.

Er geht aus von dem Begriff der unverdienten Bereicherung (unearned increment) und nennt Alles so, was über den hergebrachten Profit hinausgeht. Diesen rechnet er vermutlich zu den Produktionskosten, denn er belehrt uns im Ferneren, dass der Preis der Nahrungsmittel immer über den Produktionskosten auf dem besten Boden stehe, weshalb das Land zwar nicht die einzige, aber doch die bekannteste Quelle von unverdienter Bereicherung sei. (Alles nach Ricardo.)

Von einem höheren Standpunkt aus entstehe hier die Idee des Mehrwertes (surplus value). Wenn nämlich der Wert des ganzen gesellschaftlichen Produktes für das Volk als Konsument grösser sei, als was es ihm als Produzent koste, so sei der Unterschied zwischen Kosten und Wert Mehrwert.

Wir verstehen allerdings nicht, wie einem Volk als Ganzem etwas mehr wert sein kann, als es wert ist, wir begreifen auch nicht,

Digitized by Google

wie es dann dieses Mehr kaufen und bezahlen könnte. Sollte indes mit obigem Satze etwa gemeint sein, dass die eigentlichen Produzenten materieller Dinge, die Arbeiter, mit ihrem Geldlohn nicht ihr ganzes eigenes Produkt kaufen können, so wäre das allerdings richtig, nur liegt es nicht in Patten's Worten.

Der Mehrwert entspringt nach Patten einer objektiven und einer subjektiven Ursache, sofern er von ungleicher Verteilung herrührt (?). Die objektive Ursache ist die verschiedene Ergiebigkeit verschiedener Produktionsmittel. (Ricardo.)

Und die subjektive? Da steckt eben das Neue, was man unter die Leute bringen muss, besonders im Land der Mengerschule, denn auf diese beruft sich bei dieser Gelegenheit Professor Patten.

„Du hast verruchte Nutzanwendungen im Kopf," kann der Meister v. Böhm-Bawerk zum neuesten Schüler Patten sagen, wie Falstaff zu seinem lustigen Prinzen.

Doch Prinz Patten hat das Wort. Die subjektive Ursache liegt in der verschiedenen Dringlichkeit des Bedarfes, den verschiedene Klassen von Arbeitern befriedigen.

Je vollkommener nämlich unsere Bedürfnisse befriedigt sind, desto geringer der Genuss, den ein Gut bietet.

Daher führt die Zunahme der Produktiou eines Gutes immer zu einem Sinken des Preises und wer für einen überfüllten Markt produziert, muss seine Ware stets zu einem beständig fallenden Preise verkaufen.

In Folge der Arbeitsteilung zerfällt die Gesellschaft in zwei Teile: Menschen mit ökonomischen Instinkten und Menschen ohne solche. Die, welche sparen oder die Fähigkeit haben, unsere grossen Industrien zu organisieren, werden Kapitalisten und Arbeitgeber, während die arbeitenden Klassen, deren wirtschaftliche Fähigkeiten weniger entwickelt sind, Handarbeit betreiben müssen. „Der Mensch ohne Land ist gewöhnlich der Mensch ohne ökonomische Instinkte." Sie hängen daher in hochentwickelten Gesellschaften von den höheren Klassen ab. Sie bekommen Arbeit nicht durch direkte Nutzbarmachung ihrer natürlichen Kräfte, wie es in einfacheren Gesellschaftsformen der Fall ist, sondern indem sie die Bedürfnisse der höheren Klassen befriedigen.

Bei jedem Wachstum der Bevölkerung muss mit Arbeit und Naturkräften haushälterischer umgegangen werden, um den steigenden Bedarf an Unterhaltsmitteln zu befriedigen.

Digitized by Google

Deshalb werden die Arbeiter immer abhängiger von den höheren Klassen, welche die nötigen Eigenschaften besitzen, um die Produktion entsprechend zu vergrössern. Eine wachsende Nation kann nur Fortschritte machen, indem sie ihre wirtschaftliche Thätigkeit immer vollständiger unter die Kontrole der „intelligenten" Klassen stellt. Doch daraus gehen die Uebel der Verteilung hervor.

Wächst die Arbeiterzahl stärker als die Zahl der Arbeitgeber, so bekommen die zuschüssigen Arbeiter Arbeit nur, indem sie weniger dringende Bedürfnisse der höheren Klassen befriedigen. Daher eine ständige Tendenz zum Fallen der Löhne, weil einige von den Arbeitern Gegenstände produzieren, welche Bedürfnisse der oberen Klassen von so geringem Wert für diese befriedigen, dass nur geringe Löhne gezahlt werden können. Niemand gibt mehr für eine Ware, als — das Vergnügen, das er davon hat (no one will give more for an article than the pleasure he gets from it) und die Löhne müssen fallen, wenn das „Publikum" so gut mit Gütern versehen ist, dass ein Mehrverbrauch ihm wenig Vergnügen machen würde.

Angenommen, eine zuschüssige Zahl von 100 Mann möchte von einem Unternehmer Arbeit bekommen, der schon 100 Arbeiter und 100,000 Dollars Kapital hat. Er muss nun weitere 100,000 Dollars ersparen, um sie anzustellen. Mit dem Ertrag seiner ersten 100,000 befriedigte er seine dringendsten Bedürfnisse, soll er weitere 100,000 anwenden und sparen, so würde er damit nur seine weniger dringenden Bedürfnisse befriedigen, die noch nicht befriedigt sind. Das wird er nicht thun, wenn die Leute nicht für weniger Lohn arbeiten wollen. Dann müssen aber auch die ersten 100 Arbeiter für geringeren Lohn arbeiten.

Es gibt nun allerdings allerlei anderartige Tendenzen, die dem tiefsten Stand des Lohnes entgegenwirken; trotz derselben wächst aber das Surplus der Besitzenden — und da liegt das moralische Problem, auch des Grundbesitzes.

Nach welchem ethischen Prinzipe sollen wir bei dieser Sachlage handeln?

Soll der Arbeiter das ganze Produkt bekommen?

Die Natur hilft bei der Produktion so gut mit wie die Menschen, und Alles zusammen, Natur- und Menschenprodukt hat die Gesellschaft zu verteilen.

Wenn der Arbeiter das als Lohn bekommt, was er mit den schlechtesten Naturfaktoren produziert (eine alte amerikanische Idee

Digitized by Google

ohne Sinn, wenn dem Arbeiter Naturfaktoren überhaupt unzugänglich sind), so bleibt ein Ueberschuss, der nach unseren Gesetzen grösstenteils den Eigentümern der Naturfaktoren zukommt. Das ist zwar keine ideale Gerechtigkeit, aber doch weise und besser als jede andere Einrichtung.

Die Rente gehört den Eigentümern nicht nach ökonomischen Erwägungen, sondern als eine von der Gesellschaft gegebene Prämie zur Sicherung des Fortschrittes.

Die Gesamtheit hat von dieser Einrichtung Nutzen, die Arbeiter aber haben Schaden, daher Anspruch auf Ersatz.

Aber indem die Gesellschaft Gerechtigkeit übt, hat sie gewisse Rechte, die nicht ausser Acht gelassen werden dürfen.

Ihre Rechte bestehen darin, dem Arbeiter den Wert, den er eingebüsst, in beliebiger Form zurückzustellen.

Der Anspruch beruht auf einem Verlust an allgemeinem Wohlsein, nicht an Geld oder bestimmten Gütern.

Die Gesellschaft soll den Geschädigten in seine frühere Lage herstellen, aber sie kann einen beliebigen Teil seiner früheren Auslagen auf sich nehmen oder seine Produktivkraft verbessern, so dass er selbst sein früheres Einkommen sich verschaffen kann. Verliert ein Arbeiter durch gesellschaftliche Veränderungen 20 Dollars per Jahr, so ist er entschädigt, wenn der Staat 20 Dollars von seinen Schulausgaben zahlt oder seine sanitäre Lage verbessert, so dass er dem Doktor 20 Dollars weniger zu zahlen hat. (Würde Patten reiche Leute, die man expropriiert, auch so auf „beliebige Weise“ in unkontrolierbarem Betrage entschädigen?)

Es wäre auch eine Entschädigung, wenn die Strassen verbessert würden, so dass der Arbeiter an Orten mit niedrigerer Grundrente leben könnte, oder wenn die Transportkosten vermindert würden, so dass er seinen Unterhalt billiger bekäme. Das Prinzip ist: If social changes take from the laborer by making him worth less to society, state activity should be increased enough to compensate him.

Die Richtung der Staatsthätigkeit muss aber bestimmt werden durch das allgemeine Wohl der Gesellschaft und nicht durch den Willen derjenigen Klassen, für deren Wohl der Staat thätig wird. (Diese gehören vermutlich nicht zur Gesellschaft! jedenfalls nicht zu obigem „Publikum“.)

Die Ausgaben für solche Entschädigungen sollten von denen getragen werden, die aus den Veränderungen Nutzen zogen. Doch

Digitized by Google

muss man mit grosser Vorsicht vorgehen, weil so many other elements die Lösung dieser Frage komplizieren.

Wir müssen zuerst wissen, wer eine Steuer trägt, bevor wir darüber reden, wer sie tragen soll. Es ist eine rohe Theorie, welche behauptet, dass alle Steuern auf Genussmittel auf die Arbeiter fallen, und dass es keinen anderen Weg gibt, um die unverdiente Bereicherung zu treffen, als direkte Steuern auf den Boden. Jedenfalls ist eine so einfache Steuertheorie, wie die von George, unhaltbar.

Es ist nicht schwer zu sehen, dass es eine unverdiente Bereicherung (ein unverdientes Einkommen) gibt. Noch leichter, dass diejenigen, welche durch gesellschaftliche Veränderungen verlieren, einen Ersatz verdienen.

Suchen wir aber zu erforschen, wie jenes Surplus verteilt ist und wer es geniesst, oder wie man Steuern auf die Empfänger des Surplus legen könnte, die an ihnen haften bleiben, dann wird die Sache schwierig.

Die gegenwärtigen Leiden der unteren Klassen kommen nicht vom Grundeigentum, sondern von der passiven Politik des Staates, durch welche diese Klassen vernachlässigt wurden. Hätte der Staat seine Pflicht gethan, die unteren Klassen zu heben, dann wäre vom freien Verkehr in Grund und Boden keine schlimme Wirkung ausgegangen.

„Wir brauchen billige Unterhaltsmittel und nicht ein grosses Staatseinkommen vom Boden. Wenn unsere Farmer intelligenter werden und unsere Arbeiter bessere Konsumenten, dann werden die Unterhaltsmittel so billig sein, dass das unverdiente Einkommen keiner Beachtung mehr wert ist und niemand wird wegen einer so unbedeutenden Summe den Grundbesitz beunruhigen wollen."

Man braucht also (!) die gegenwärtige Politik des Staates nicht irgendwie umzustossen, weder in Bezug auf seine Thätigkeit noch in Bezug auf die Steuer. Doch muss die staatliche Thätigkeit auf neue Gebiete ausgedehnt und auf den jetzigen wirksamer gemacht werden.

Wir müssen gewissenhafter werden in Erfüllung unserer Pflichten gegen die unteren Klassen und williger unseren Teil von der Steuerlast zu tragen, die jeden ernstlichen Versuch einer Socialreform begleiten muss.

Doch müssen wir in Bezug auf die Besteuerung warten auf die Entwicklung einer gesunden ökonomischen Lehre, bevor wir etwas in

Digitized by Google

dieser Richtung thun. Sonst würden wir den Fortschritt hindern, besonders den der Arbeiter, mehr noch als beim gegenwärtigen Steuersystem.

Soweit Professor Patten. Zu sagen ist über die theoretischen Verdienste, die er sich mit diesen Auseinandersetzungen erworben hat, wirklich nicht viel. Wer dieselben nicht schon bei oberflächlicher Lektüre zu würdigen versteht, dem ist in nationalökonomischen Dingen überhaupt kaum zu helfen.

Die Menschen zerfallen von Natur aus in zwei Klassen — in Freie und Sklaven, sagen die Alten — in solche, die zum Reichtum und in solche, die zur Armut bestimmt sind, sagt Patten, und beide erreichen auch wirklich ihre Bestimmung und in dem Masse, als die Kultur fortschreitet, immer mehr. Höchste Entwicklungsstufe und grösste Distanz zwischen Arm und Reich, das wäre nach ihm eins und dasselbe.

Und die Reichen sind ganz seltsame Leute! Sie streben nämlich gar nicht intensiv nach Reichtum, sondern müssen von den Armen förmlich zum Erwerb gezwungen werden. Sie wollen in erster Linie eigentlich nur ihre dringenden Bedürfnisse befriedigen, d. h. soviel Vermögen erwerben, dass sie vom Zins oder Profit auskömmlich leben können.

Solange sie das nicht können, also noch wenig oder nichts haben, zahlen sie hohe Löhne, denn der notwendige Unterhalt ist für sie von ungeheurem Werte. Wir müssen uns, um dies zu verstehen, etwa vorstellen, dass ein Dollar des Armen ungefähr soviel wert ist, als 10 oder 100 Dollars des Reichen. Wie gut wäre es, wenn der Reiche seine vielen wertlosen Dollars gegen die wenigen wertvollen des Armen auswechseln würde!

Aber der reiche Mann ist so dumm, zu behaupten, dass sein Dollar ganz ebensoviel wert sei, wie der des Bettlers und überall gleichviel gelte, und dass dies sogar nicht blos vom Dollar, sondern selbst von jedem Stück Brot gelte. Und wenn ihm dann der psychologische Nationalökonom entgegendonnert: Aber für dich hat der Dollar doch weniger Wert als für den Bettler! so antwortet der Ignorant: Ich bestimme doch nicht den Wert des Dollars, sowenig als der Arme, sondern das thut für uns Alle der Markt und der ist meinem Dollar genau so zugänglich, wie dem des Bettlers! Und wenn der Psycholog dann einwirft: Unglücklicher! aber du gibst doch leichter Dollars weg, als der Arme! so antwortet der Unverbesser-

Digitized by Google

liche: Ich gebe mehr weg, weil ich viel mehr besitze; aber ob ich sie leichteren Herzens weggebe, das ist doch die Frage. Die Armen sind oft sehr leichtsinnig, sie helfen sogar einander mit Geld, auch wenn sie noch so wenig haben. Das thut unsereins nicht, wir halten genaue Bücher und kein Cent entgeht uns, wenn wir ihn haben können.

Nach Patten liegt dem wohlhabenden Manne blutwenig am weiteren Erwerb, deshalb — nun was denn? — begnügt er sich vielleicht deshalb mit einem geringeren Profit und zahlt dem Arbeiter einen um so höheren Lohn? Fehlgeschossen, sagt Patten; weil er so genügsam ist, erwirbt er neuen Reichtum nur unter der Bedingung, dass ihm ein immer grösserer Teil des Mehrprodukts zukomme und dem Arbeiter ein immer kleinerer!!

Wenn es also lauter Anfänger im Geschäfte oder lauter Kleinbetriebe gäbe, deren Unternehmer knapp existieren könnten, dann lebten die Arbeiter herrlich und in Freuden. Jemehr solcher unglücklicher Millionäre, die von Genüssen aller Art so übersatt sind, dass sie — gar nicht mehr Ersparnisse machen mögen (!), desto niedriger der Lohn. Jemehr oben geschwelgt wird, desto mehr hungert man unten — aus Mangel an Kapital, um die Arbeiter anzustellen! Wirklich eine angenehme und — so logische Vorstellung! Würde man statt Kapitalmangel Kapitalplethora setzen und diese für den Arbeitsmangel verantwortlich machen, so wäre die Sache allerdings ein wenig anders und richtiger aufgefasst, aber der Widerwille der Reichen gegen neuen Erwerb würde sich als Goldgier entpuppen.

Dass sich die Distanz zwischen Arm und Reich fortwährend erweitert, ist ja richtig, aber doch wohl nicht dadurch wird sie weiter, dass der Arme immer ärmer wird, sondern dadurch, dass der Reiche immer reicher wird, dass von der steigenden Produktion die Besitzer einen immer grösseren, die Arbeiter einen immer kleineren Teil bekommen, wenn auch die absolute Lage der letzteren nicht schlechter wird, vielleicht sogar etwas besser.

Patten lässt sogar die absolute Lage immer schlechter werden, während auf der anderen Seite der Reichtum wächst — eine geradezu furchtbare Situation, die aber seine moralischen Gefühle gar nicht stark aufregt.

Man soll irgend etwas für den Arbeiter thun, gleichviel was, wenn es nur der Gesellschaft, d. h. den oberen Klassen, konveniert.

Digitized by Google

Man könne Staatsschulen einrichten (in welche auch die Reichen ihre Kinder schicken können), Strassen bauen (die auch den Reichen dienen), die sanitären Verhältnisse bessern (wovon auch die Reichen Vorteil haben), oder irgend etwas, nach Belieben. Aber man dürfe vorläufig gar nichts thun, sondern müsse, da zu solchen Dingen Geld, also Steuern gehören, zunächst abwarten, bis die Finanzwissenschaft die Ueberwälzungsfrage vollständig gelöst hat — was vermutlich nach dem jüngsten Gerichte geschehen wird. Also? Also, sagt Professor Patten schliesslich, denken wir lieber gar nicht an Steuern, welche die reichen Klassen tragen müssten, sondern warten wir, bis der Farmer so gescheit geworden ist, dass er das Brot um einen Spottpreis verkauft, und der Arbeiter — ein besserer Konsument! — Das ist ein köstlicher Einfall. Der Arbeiter ein besserer Konsument, das ist ja das Problem, dessen Lösung zu suchen Patten sich den Anschein gibt. Jetzt sagt er ungefähr so:

Dieser Fluss ist am Austrocknen, die ganze Gegend leidet darunter, nichts wächst, nichts gedeiht, das Klima wird immer ungesunder. Sollen wir durch künstliche Kanäle neues Wasser zuleiten? Sollen wir irgendwo ein grosses Reservoir bauen, um ihn regelmässig mit genügendem Wasser zu versehen? Aber das Alles kostet Geld. Lassen wir's drum, denn wir könnten bei der Aufbringung des Geldes Jemand Unrecht thun. Nicht Geld thut uns Not, sondern Wasser, uud wenn einmal der Fluss tüchtig angeschwollen ist, dann hat die ganze Wassernot ein Ende.

Das ist die Ethik des Landbesitzes nach Patten.

Stellen wir nun selbst, anstatt von der Ethik des Landbesitzes zu sprechen, unter der ich mir nichts Bestimmtes vorstellen kann, die verständlicher scheinende Frage: Ist das Privateigentum an Grund und Boden gerechtfertigt?

Das Privateigentum an Grund und Boden ist bei allen Kulturvölkern, die wir kennen, ein wesentlicher Bestandteil der gesamten Rechts- und Lebensordnung, eine Einrichtung, mit der die ganze Entwicklung derselben innerlichst zusammenhängt, und jene Frage lässt sich daher sehr wohl zu der allgemeineren erweitern; Ist das Recht der modernen Kulturvölker gerechtfertigt? Und diese Frage scheint einfach absurd, denn sie ist identisch mit einer noch weiter greifenden und sicher nicht aufzuwerfenden, welche lautet: Ist die Geschichte

Digitized by Google

der Kulturvölker gerechtfertigt? Der Begriff des Rechts oder Unrechts lässt sich nicht auf die Verfassung und die fundamentalen Institutionen ganzer Völker anwenden, denn diese schaffen ja erst das Recht, nach welchem die Handlungen des Einzelnen beurteilt werden dürfen. Handelt er ihnen gemäss, so handelt er recht; sonst unrecht. Jene Institutionen selbst aber sind ein Produkt der Bedürfnisse, vor Allem der Bedürfnisse derjenigen, welche im Kampf ums Dasein den Sieg davon tragen, der jeweilen Mächtigen und daher Herrschenden, deren Gedanken und Handlungen, wie die Aller, ganz durch die Verhältnisse, in denen sie leben und kämpfen, und die Erfahrungen, die ihnen von vorausgegangenen Generationen überliefert wurden, bestimmt werden. Die Geschichte aber spielt sich nicht nach irgend einem Rechtssystem oder nach irgend welchen ethischen Theorien oder moralischen Prinzipien ab, sondern ist der Kampf von Kräften und Bedürfnissen, und wer jeweilen in diesem Kampfe siegt, der legt dem Besiegten das Gesetz seines Bedürfnisses auf und richtet sein Leben ein, so gut er es versteht. Wie gut er es aber versteht, das hängt von der ganzen Entwicklung ab, die sein Volk und andere Völker, mit denen jenes zu thun hat und hatte, bis zu dem Moment, um den es sich handelt, durchlaufen haben. Zu dieser Entwicklung gehören selbstverständlich auch die Gedanken, wahre und falsche, die sich Menschen über die Dinge, unter denen sie lebten, über die Ereignisse, die sie erlebten oder von denen sie hörten, nach und nach bildeten. Diese Gedanken sind ebenfalls nicht zufällig entstanden, sondern ein ebenso notwendiges Produkt der ganzen Vergangenheit, wie die Dinge und Ereignisse, die ihren Gegenstand bilden. Auf Grundlage der ganzen Vergangenheit bilden sich dann auch zu jeder Zeit gewisse Urteile über Recht und Unrecht, gut und böse.

Wie der Mensch überhaupt zu dem kommt, was wir ein ethisches Urteil nennen, ist hier doch wohl nicht zu untersuchen, sondern nur, auf welcher Grundlage er dazu kommt, jeweilen irgend etwas Bestimmtes Recht oder Unrecht, gut oder böse zu nennen. Und die allgemeine Antwort auf diese Frage glauben wir im Vorstehenden bereits gegeben zu haben.

Aus unserer Auffassung folgt von selbst, dass der allgemeine Begriff des Rechts keinen materiell bestimmten Inhalt hat, sondern dass dieser je nach Zeit und Umständen ein beständig sich verändernder sein muss. Wenn wir daher heute fragen, ob irgend eine In-

Digitized by Google

stitution der Vergangenheit recht oder unrecht war, so meinen wir regelmässig damit nur, ob die Institution unserer heutigen ethischen Auffassung entspricht oder nicht. Jedenfalls hätte die Frage keinen Sinn, ob jene Menschen der Vergangenheit das Recht hatten, diese oder jene Verfassung oder Einrichtung einzuführen oder nicht; denn in dieser Frage unterlagen sie den Forderungen des Kampfes um's Dasein, dem Gesetz der Geschichte, der Konsequenz der historischen Kausalität, der gegenüber die besonderen Eigenschaften und etwaigen Moralideen einzelner Individuen, die dabei aktiv waren, eine quantité negligeable sind. Wir können daher wissenschaftlich nicht fragen: Hatten die Germanen ein Recht, die Kelten aus dem heutigen Deutschland zu vertreiben und sich daselbst niederzulassen? Hatten die Römer, die Griechen und alle möglichen Völker ein Recht, die Sklaverei einzuführen? Diese Frage könnte, wenn man nicht in ganz unbefugter Weise unseren heutigen Massstab an die Thaten ferner Jahrtausende legen will, nur etwa dann einen Sinn haben, wenn wir die anerkannten Rechtsgrundsätze jener weitentfernten Zeiten und Menschen genau kennten und so in der Lage wären, einen etwaigen Widerspruch zwischen diesen und den Handlungen der Menschen zu konstatieren. Allein wir müssen umgekehrt ihre moralischen Anschauungen aus ihrem Handeln entnehmen und das ist auch, wenn es sich um Völker handelt, das allein Richtige. Denn das Maulheldentum gilt in der Geschichte nicht. Grundsätze, denen ganze Völker durch ihre Thaten immerfort widersprächen, wären gar keine Grundsätze, sondern nur leere Worte, wie in unserer Zeit, und besonders in unserem wirtschaftlichen Handeln, auch der Einzelnen, die Vorschriften des Christentums.

In diesem Sinne sind wir die grössten Maulhelden, die es je gegeben, indem wir die schöne Moral, die wir beständig im Munde führen, beständig mit grösster Konsequenz ausser Acht lassen. Unter je hundert heutigen Christenmenschen, die „Frommen“ voran, streben mindestens neunundneunzig nach nichts als Gut und Geld und wiederholen dabei ungeniert nach Belieben das Bibelwort vom Schiffstau und Nadelöhr. So war es nicht immer, je weiter zurück desto weniger — im Allgemeinen. Der Naturmensch zweifelt nicht im Geringsten an seinem natürlichen Rechte, seinen und seines Stammes Vorteil mit allen Mitteln auf kürzestem Wege zu verfolgen. Die Geschichte ist daher nichts weniger als moralisch im heutigen Sinne, so wenig als unser heutiges Geschäftsleben, d. h. der Kampf ums

Digitized by Google

Dasein in seiner neuesten Gestalt moralisch ist, auch nur seiner ganzen Einrichtung nach und abgesehen von speciellen Spitzbübereien Einzelner. Und so hat auch das Eigentum seinem Ursprung und seiner ganzen Tendenz nach direkt nichts mit der Moral zu thun, sondern ist ursprünglich eine brutale Thatsache, wie das Todtschlagen, und dann eine Institution, die man schützt, mit Waffen, Polizei und religiösen Dogmen, wie ein anderes nützliches Ding, nützlich vorab für die Herrschenden, für die, welche es eingeführt haben und zu gebrauchen verstehen. Mit Gewalt und List bemächtigten sich die heutigen Kulturvölker ursprünglich ihrer gegenwärtigen Wohnsitze, ermordeten die früheren Bewohner zum Teil, machten sie zum Teil zu Sklaven, und so entstand — ganz ohne alles das, was wir Recht nennen, zunächst das Gesamteigentum an Grund und Boden.

Auf einer tiefen Stufe der Entwicklung bei sehr geringer Arbeitsteilung und Produktivität der Arbeit können die Menschen nur in grösseren Gruppen leben, die, familienhaft durch das Bewusstsein der Blutsgemeinschaft zusammengehalten, arbeiten, haushalten, konsumieren. Bei dauernder Sesshaftigkeit nimmt, unter günstigen äusseren Umständen, Produktivität der Arbeit und Kultur zu, es sondern sich die Haushalte, die Einzelfamilien, jede arbeitet für sich mit ihren Sklaven oder auch ohne solche und konsumiert für sich. Daher sondert man auch für jede den Boden aus, den sie zum Leben braucht und wirklich anbaut, während das Unangebaute, Wald und Weide, noch lange gemeinsam bleibt. Mit der Sonderfamilie, dem Privateigentum, der wachsenden Wohlhabenheit entsteht die Begier nach mehr, der ökonomische Kampf unter den Volksgenossen. Und da aller Reichtum nur am Boden haftet und sein Stoff direkt in der eigenen Wirtschaft aus dem Boden gewonnen werden muss, weil es noch keinen oder fast keinen Verkehr gibt, so geht das Streben Aller nach mehr Boden und mehr Arbeitskräften, d. h. Menschen, die man für sich arbeiten lassen kann, denn ohne solche ist der Boden von keinem Belang. So entsteht überall, wo einmal das Privateigentum ursprünglich eingeführt wurde (Amerika hat keine Geschichte und versteht auch durchschnittlich nichts von Geschichte, in den Köpfen amerikanischer Nationalökonomen wurde der Mensch mit dem Dollar in der Tasche erschaffen und begann sofort zu schachern), ein innerer Krieg, in welchem ebenfalls in der Hauptsache, wenn schon nicht auf dieselbe Weise wie auf Schlachtfeldern, immer die brutale Gewalt entscheidet. Solange es kein Privateigentum gibt, sind alle

Digitized by Google

freien Volksgenossen gleich, alle bewaffnet, Heer und Volk eins. Sobald in Folge der dauernden Ansässigkeit und vermehrten wirtschaftlichen Arbeit ein Teil des Volkes sich der Waffen entwöhnt und der andere (der „Adel") allein wehrhaft geblieben ist, benützt letzterer seine Gewalt, um die Wehrlosen durch anarchisches Gebahren jeder Art sich zu unterwerfen, ihr Land an sich zu bringen und sie zur Arbeit für sich zu zwingen. Der Grund der Uebermacht der Einen über die Anderen kann auf mancherlei Weise entstehen — wir haben hier nicht Geschichte zu schreiben — die Unterdrückung mancherlei Formen annehmen, die Sache selbst ist immer die gleiche, ein typischer Prozess in der Geschichte. Mit dem Privateigentum entsteht die Ungleichheit, die Ausbeutung, die Unterdrückung, Reichtum und Armut. Das verstanden denkende Köpfe, die das Vorhandene nicht einfach als selbstverständlich akzeptierten, sondern kritisch prüften, in verschiedenen Jahrhunderten, und bemühten sich, daraus mehr oder weniger vernünftige oder unvernünftige Folgerungen zu ziehen.

Thomas Morus sagt in seiner einst so berühmten Utopia (1516): Ueberall, wo das Eigentumsrecht besteht, wird von Billigkeit und gesellschaftlichem Wohlbefinden nie die Rede sein können. Schon Plato habe gesagt, dass das einzige Mittel, öffentliches Glück zu begründen, in der Anwendung des Prinzips der Gleichheit bestehe und diese sei mit dem Eigentum unverträglich, denn unter dessen Regime suche sich Jeder mit Hilfe verschiedener Vorwände und Rechte soviel anzueignen als er könne, und der Nationalreichtum falle endlich, so gross er auch sein möge, in den Besitz weniger Individuen, die den übrigen nur Mangel und Elend lassen.

Fast zur selben Zeit schreibt ein deutscher Buchdrucker, Sebastian Frank, in seiner Chronica (1531): „Gott hat alle Dinge zum Gemeingut gemacht, aber der tyrannische Mensch hat sie sich ungerechter Weise unterworfen und deshalb hat Gott Tyrannen geschickt, damit dem Menschen das gestohlene Eigentum ebenso mit Gewalt entzogen werde, wie er es selbst dem Gemeinwesen entzogen hat." Im 17. Jahrhundert gibt es eine ganze Reihe von Schriftstellern, welche durch die Uebelstände, die mit dem Privateigentum unzweifelhaft verbunden sind, sich zur Negation desselben und zur Aufstellung kommunistischer Gesellschaftsideale verleiten lassen. Im 18. Jahrhundert schreibt J. J. Rousseau in seinem Buch über die Entstehung der Ungleichheit unter den Menschen (1754) den berühmt gewordenen Satz: „Der Erste, der ein Stück Land umzäunte und

Digitized by Google

sagte: Das ist mein! und Leute fand, einfältig genug es zu glauben, war der wahre Gründer der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viel Elend, Verbrechen, Kriege u. s. w. wären dem Menschengeschlecht erspart geblieben, wenn Einer die Pfähle herausgerissen und gesagt hätte: Hütet Euch vor diesem Betrüger! Ihr seid verloren, wenn Ihr vergesset, dass die Früchte Allen gehören und die Erde Niemand."

Mably erklärt (De la législation, 1776), dass die Gleichheit mit dem Eigentum nicht zusammen bestehen könne. Die wahre, natürliche Ordnung der Gesellschaft sei die Gütergemeinschaft, das Eigentum die Quelle aller Uebel und seine Einführung ein Fehler, qu'il était presque impossible de faire. Auch Helvetius findet in dem erst nach seinem Tode publizierten Buche De l'homme (1781) den Grund der gesellschaftlichen Missstände und Leiden im Eigentum, ebenso Morelly in seiner Basiliade (1753), wie im Code de la nature (1755) und Brissot de Warville nennt (Recherches philosophiques sur la propriété et sur le vol, 1778) das Eigentum einen Diebstahl und einen Frevel gegen die Natur.

Eine Verfolgung der bezüglichen Literatur in unser Jahrhundert herein dürfte unnötig sein. Die oben aufgeführten Schriftsteller nennt man heutzutage Utopisten, weil sie nur die Schattenseite der Dinge erkannten und ihr eigenes Licht zur Vertreibung des Schattens verwenden wollten, anstatt die Gegenstände richtig im Lichte der Geschichte zu betrachten.

Wir haben also zwei wesentliche Typen des Eigentums, Gemein- und Privateigentum, beide in vielen Gestalten. Beide entstehen in der Hauptsache auf dem Wege der Gewalt. Das Gemeineigentum ist überall das ursprüngliche, aber kein Volk, das bei ihm stehen blieb, hat es zu höherer Entwicklung gebracht. Der Naturmensch ist zur wirtschaftlichen Arbeit überall träge — alle Forscher bestätigen dies — er kann nur durch Zwang zu intensiverer Thätigkeit gebracht werden. Diesen Zwang üben diejenigen aus, die durch Kraft oder List ihre eigenen Interessen über die der Anderen zu stellen vermögen. Die Form des Zwanges ist vor Allem das Eigentum an Grund und Boden und als Folge desselben die Sklaverei, zuerst der unterlegenen Fremden, dann — vielleicht in etwas milderen Allüren — die der Volksgenossen. Von Rechtstiteln ist auch im letzteren Falle meist keine Rede, nicht einmal zum Schein. Aber, mag das Privateigentum entstanden sein, wie es will, es musste

Digitized by Google

offenbar entstehen, wenn die Kultur sich in erheblichem Masse entwickeln sollte, so gut wie die sehr tief stehenden Urrassen Europas (etwa die von Neanderthal und Spy) von fremden Eindringlingen hingemordet werden mussten, wenn Europa zu seiner hohen Kultur gelangen sollte. Fortschreitende Zivilisation, d. h. Staatenbildung, Herrschaftsorganisation über Gebiete und nicht blos (wie ehedem) über Menschengruppen, Gesetz, Ordnung, Friede und Entwicklung des Privateigentums gehen historisch nebeneinander her. Eine historische Thatsache von solcher Allgemeinheit und Dauer, wie das Privateigentum, berechtigt wohl zur Annahme, dass diese Art von Beherrschung des Menschen durch den Menschen eine unabweisbare Notwendigkeit war, wenn die Hindernisse, die der Entwicklung der Kultur, dem Fortschreiten der Produktivität der Arbeit entgegenstanden, überwunden werden sollten.

Allerdings ist das Eigentum nicht aus „moralischen", etwa gemeinnützigen Motiven eingeführt und ausgebildet worden, es beruht, wie sein Korrelat, die Sklaverei, zunächst unzweifelhaft auf dem egoistischen Interesse einer siegenden Gesellschaftsschichte. Für die Unterliegenden war es zunächst und vielleicht auf Jahrtausende ein Rückschritt, mindestens in Bezug auf unmittelbaren Lebensgenuss. Allein ohne das Dazwischentreten dieses brutalen, höchst „unmoralischen" Interesses hätte wahrscheinlich ein erheblicher Fortschritt der Kultur nicht stattfinden können. Dieser setzt einen gewissen Reichtum voraus, d. h. irgend welche Menschen müssen in der Lage sein, ihre Fähigkeiten zu freier Thätigkeit und dadurch zu höherer Entwicklung zu bringen und müssen dazu von gemeiner körperlicher Arbeit eximiert sein. Dies setzt voraus, dass die übrigen fleissiger arbeiten, als notwendig wäre, wenn sie blos für ihren eigenen Unterhalt sorgen müssten. Der natürliche Hang zur Trägheit in wirtschaftlicher Arbeit musste überwunden werden und wurde historisch überwunden durch die siegreiche Gewalt des Egoismus der Stärkeren oder vom Glück Begünstigteren. Auf diese Weise organisiert das Eigentum, vor Allem — historisch gesprochen — das Grund- und Menscheneigentum, die Arbeit, zwingt zur Arbeit und macht sie produktiv.

Wenn aber, nach dieser Auffassung, die Gewalt, der Krieg, die Unterdrückung und ihr Produkt, das Eigentum, als notwendige Erziehungsmittel in der Geschichte auftraten (ob ein anderer Weg zur Kultur möglich war, wissen wir nicht, in Ermanglung einer zweiten

Digitized by Google

Menschheit und einer zweiten Geschichte, die wir mit der unseren vergleichen könnten), so muss doch diese Erziehung, sofern die Geschichte ein beständiger Fortschritt sein soll, auch endlich einmal vollendet sein und ihre Früchte, die bisher in der Hauptsache immer nur einer kleinen Minorität zu gute kamen, müssen dann endlich für Alle da sein. Dann braucht es auch das Erziehungsmittel nicht mehr, das produktive Privateigentum, welches stets die Tendenz hat, sich zu konzentrieren und für die grosse Masse unzugänglich zu werden, kann und muss wegfallen, wenn Alle an den Errungenschaften der Kultur vollständig und daher gleichmässig teilnehmen sollen, an Wohlhabenheit, Unabhängigkeit, Bildung u. s. w. Diese Möglichkeit wäre dann vorhanden, wenn die Productivität der Arbeit so gross geworden, dass, wenn Alle sich produktiv beschäftigten (körperlich arbeiten sollte ja eigentlich jeder Mensch, seiner Gesundheit halber!), auch bei einer sehr kurzen täglichen Arbeitszeit eine solche Masse von Gütern aller Art hervorgebracht würde, dass alle berechtigten Wünsche, alle wahren Kulturbedürfnisse befriedigt werden könnten. Auf einer solchen Stufe der Produktivität der Arbeit wäre das Privateigentum nicht eine Förderung, sondern ein Hemmnis weiterer Entwicklung und allgemeiner Verbreitung der Kultur; denn unter seinem Regime kann eine hohe Produktivität der Arbeit dauernd gar nicht zur vollen Entfaltung kommen, weil der Eigentümer nicht Genussmittel, sondern Waren produziert, und weil man — auch bei den höchsten Produktivkräften; der Möglichkeit einer fast beliebigen Vermehrung der Genussmittel — Waren doch nur soweit produzieren kann, als eine zahlungsfähige Nachfrage stattfindet. Diese aber ist für die grosse Masse äusserst beschränkt, wenn dieselbe vom blossen Arbeitslohne lebt und nicht mehr erhält als zum Leben und Arbeiten notwendig ist. Mehr produzieren als zu gutem Preise verkauft werden kann, das bedeutet in der Privateigentums-Gesellschaft so viel als Handelskrisen, Vermögensverluste für die Besitzenden, Hunger für die Arbeiter -- ein verhängnisvoller innerer Widerspruch, der um so schreiender und empfindlicher werden muss, je mehr die Gesellschaft fortschreitet, je erfolgreicher die menschliche Arbeit wird.

Ohne das Privateigentum — immer vorausgesetzt, was wir heute ja nicht strikte beweisen können, dass Produktion und Verteilung der Güter auf Grundlage des Gesamteigentums entsprechend organisiert werden können — würde es so viel bedeuten als reichlicherer Konsum oder Abkürzung der Arbeitszeit oder Beides, je nach dem Masse des Fortschritts.

Digitized by Google

Betrachten wir den Kulturfortschritt der Menschen, das allgemeine Glück als eine moralische Forderung, so wäre, unter der Voraussetzung einer so hohen Produktivität der Arbeit, für uns dann das Eigentum allerdings etwas Unmoralisches, ganz ebenso, wie wir die Sklaverei auf einmal als unmoralisch verwarfen, als sie im Allgemeinen ein Hindernis statt ein Förderungsmittel des bürgerlichen Reichtums wurde, während es den grossen Moralphilosophen des Altertums, die gewiss ganz anständige Leute waren und vermutlich nicht gemeiner dachten als wir, nicht im Traum einfiel, die Sklaverei zu verdammen. Ihr Kulturleben hatte eben, bei weitaus überwiegender Naturalwirtschaft, die Sklaverei zur notwendigen Grundlage, während unsere Geldwirtschaft mit ihrer wechselnden Konjunktur einen freien, beliebig zu schliessenden und zu lösenden Arbeitsvertrag braucht. Die ersten Bekenner des Christentums nahmen die christliche Lehre sicher bedeutend ernster als wir — ich erinnere an die kommunistische Gemeinde in Jérusalem — dennoch traten sie nicht gegen die Sklaverei auf, denn über die naturwüchsig entstandenen und innerlich notwendigen Institutionen seiner Zeit kann kaum Jemand hinausdenken. Sobald man aber ernstlich und in grossem Massstabe, in weiten Kreisen Verständnis findend, althergebrachte, grundlegende Einrichtungen der Gesellschaft zu kritisieren und moralisch zu verurteilen anfängt, so ist das wohl ein Zeichen, dass sie beginnen sich zu überleben, dass man auf dem Weg ist, sie wesentlich umzugestalten oder abzuschaffen, d. h. sich den Verhältnissen gemäss zu benehmen, und dass diese Verhältnisse sich gründlich geändert haben. Wie lange der Weg ist, und welche besondere Gestalt das Ziel hat, zu welchem er endlich führt, das weiss der Mensch in solchen Uebergangsperioden nie genau, nicht einmal annähernd.

Kein Franzose dachte im Jahre 1789 an die Möglichkeit des so nahe bevorstehenden bonapartistischen Kaisertums, das doch dem Frankreich des 19. Jahrhunderts seine eigentliche Signatur gab. Frankreich ist gut napoleonisch, es herrscht dort der Napoleond'or, sagte Heinrich Heine in den Zeiten Louis Philippe's. Und andererseits glaubten Babeuf und seine Anhänger schon im Jahre 1796 den Sieg der vollkommenen Gleichheit, des absoluten Kommunismus, ganz unmittelbar bevorstehend, während heute, nach 100 Jahren, einige grosse Aktiengesellschaften und Bankhäuser samt ihren hochbezahlten Lohnschreibern, den „grossen" Nationalökonomen, Frankreich intensiver beherrschen und aussaugen, als einst die Könige von Gottes Gnaden.

Digitized by Google

Dass heutzutage der Staat, oder deutlicher gesprochen die besitzenden Klassen, sich da und dort ein wenig um die nichtbesitzenden kümmern, das kommt keineswegs von irgendwelchen moralischen Erwägungen, wie der fromme Herr von Schulze-Gaevernitz zur grösseren Ehre seines neuen Säulenheiligen, Sankt Carlyle, zu glauben scheint. Arme, gedrückte Leute hat es zu allen Zeiten gegeben, wo es reiche gab und puritanische Sittenprediger à la Carlyle, die von Moral und Menschenliebe überflossen und ihre eigenen Frauen zu Tod misshandelten, ebenfalls.

„Wir wissen heute, dass Carlyle, der für die „Helden „schwärmt, in seinem eigenen Leben nichts weniger als ein Held war, und schon längst wusste man, dass dieser Denunziant alles Schwindels mit seiner eigenen Schreibweise keinen geringen Schwindel trieb." (Siehe „Die Gegenwart" vom 11. Juli 1885. Der Artikel ist von dem inzwischen — leider! — verstorbenen Professor H. Breitinger, einem der besten Männer der Schweiz, ebenso charaktervoll als geistreich und belesen, einem ausgezeichneten Kenner der englischen Literatur). Hiernach ist es nicht zu verwundern, dass national-liberale bis konservative deutsche Gelehrte in Carlyle ihr Ideal finden.

Wenn es bloss das wäre, würden wir heute ebensowenig von einer Socialreform reden als je zuvor. Aber diese unterdrückte Klasse beginnt allmälich Einsicht in ihre Lage zu gewinnen, sich zu fühlen, und, da das Interesse der Besitzenden (der Bourgeoisie) wenigstens zu der Zeit, als sie selbst erst mit dem Feudalismus um die politische Herrschaft zu kämpfen hatte, politische Freiheit und Gleichheit verlangte, demokratische Einrichtungen, die, einmal eingeführt, beim besten Willen nicht leicht wieder abgeschafft werden können, so gelangt die Arbeiterklasse durch ihre grosse Zahl in dem Masse, als sie politische Einsicht, sociales Verständnis erlangt, allmälich zu politischer Bedeutung und wird, wenn sie ihre Interessen als verschieden von denen der zur Zeit noch Herrschenden ansieht, für diese auch mehr und mehr gefährlich. Es bereitet sich da wiederum ein innerer Kampf vor (hoffentlich ohne Pulver und Stahl), dessen Anfangsstadien man bereits zu bemerken glaubt, ein Kampf, bei dem nun die Rollen gewechselt haben und der ehemalige Angreifer zum Angegriffenen wird. Unter solchen Umständen, und da sie ihres Sieges keineswegs sich gewiss fühlen, beginnen die oberen Klassen zu parlamentieren, indem sie die dringendsten Forderungen der unteren befriedigen, nicht aus christlicher Liebe oder zartem Rechtsgefühl, obwohl Einzelne sich

Digitized by Google

das aufrichtig einbilden mögen, sondern im eigenen Interesse, im Drange der Not, mit starkem Widerstreben in den eigenen Reihen, und das nennt man heute etwas euphemistisch Socialreform. Die Forderungen der unteren Klassen, d. h. ihre Bedürfnisse, unterstützt von einer gewissen Macht, nehmen natürlich in ihrem Kopfe den Charakter von Rechtsansprüchen an (man denke zurück an das „Naturrecht" des dritten Standes im vorigen Jahrhundert, welches auch nur ein theoretischer Ausdruck für seine Kraft und seine Bedürfnisse war). Aber ihre „Rechte" waren zur Zeit der Sklaverei und Leibeigenschaft viel stärker verletzt als heute und doch sprach damals niemand von einer Rechtsverletzung, denn es fehlte dem Bedürfnis die Kraft zu seiner Durchsetzung und darum kam es nicht einmal zum Bewusstsein.

Das wirkliche Recht wird auch jetzt erst entstehen, wenn die Kraft dem Bedürfnis zur Befriedigung verholfen und neue Institutionen geschaffen hat, die wiederum der Sieger im Kampfe ums Dasein diktiert; in welchem Jahrhundert, das wissen wir nicht.

Das was man im Privatleben Moral nennt, sehr oft nur mit dem Munde, spielt in den grossen Aktionen des Staats und der Gesellschaft eine äusserst bescheidene Rolle.

Wir sagen nicht, dass es so sein soll — unsere Wünsche kommen indes kaum in Betracht — nur dass es so ist. Und wie viel christliche Moral würde wohl, nach zweitausendjähriger Predigt, in Europa sichtbar werden, wenn einmal der längst gefürchtete, allgemeine Krieg der Nationen losbräche? Dass der behagliche, in grösster Sicherheit und Ruhe lebende Kulturmensch nicht so leicht und gern Blut vergiesst, wie der Wilde, der täglich um sein Leben kämpft, ist selbstverständlich, er hat's nicht nötig. Wenn Ihr dies und Aehnliches Moral nennt, dann sind wir sehr moralisch — so lange wir in Sicherheit und Ruhe leben, für länger möchte ich nicht bürgen. Man erinnere sich nur z. B., wie die Franzosen, eine der ersten Kulturnationen, sich im Jahre 1871 gegenseitig zerfleischten! An Heuchelei allerdings fehlt es uns nicht, wir machen es, wie jene frommen Yankees, die Geld sammeln, um Bibeln für die entferntesten ungläubigen Wilden anzuschaffen, und ihren eigenen in Christo geliebten Landeskindern den Ankauf des heiligen Buches durch Schutzzölle erschweren, wie Henry George (Schutz oder Freihandel, deutsche Ausgabe 1887, S. 182 f.) mitteilt.

Digitized by Google

Fragen wir schliesslich: ist unser Eigentum nach der christlichen Moral, die angeblich die unsere ist, gerechtfertigt? so kann diese Frage das Eigentum an sich, die Institution und daher auch die Thatsache, dass Individuen überhaupt in Folge dieser Institution Grund und Boden besitzen, gar nicht berühren. Denn das Christentum enthält keine Gesellschaftsordnung, kein Rechtssystem, verträgt sich insbesondere selbst mit der rohesten Form der Herrschaft des Menschen über den Menschen, dem Menscheneigentum. Die Nächstenliebe ist ja innerhalb jeder politischen und socialen Verfassung an und für sich möglich, und sie bildet den eigentlichen Inhalt dieser Moral.

Durch die Liebe wird der Despot zum Vater seines Volkes, der Herr zum Hausvater seiner Sklaven, der Reiche zum Verwahrer und Verteiler der Güter für Alle, die wenig haben, der Fabrikant ein Vertreter der Interessen seiner Arbeiter, der Kaufmann ein edler Diener der Konsumenten. Kurz, wenn wir das wären, wozu die christliche Lehre uns machen möchte, dann wären so ziemlich alle Verfassungen und Gesetze gleich gut, innerhalb der verschiedensten würde sich das Menschenleben in gleicher Harmonie abspielen. Aber was sind wir in der Wirklichkeit? was nützt die Lehre, wenn sie nicht befolgt wird, vermutlich nicht einmal befolgt werden kann? Vom christlichen Standpunkt müssten wir also sagen: die Einrichtung, vermöge welcher Einzelne bestimmte Teile der Erdoberfläche oder irgend welche Dinge ihr eigen nennen können, hat mit der Moral noch gar nichts zu thun, hindert nicht die höchste Moralität. Es kommt, von diesem Standpunkt aus, wo die Moral ein rein innerliches Produkt des Geistes ist, Alles darauf an, zu wissen, wie Ihr Euch innerhalb dieser Einrichtung benehmt.

Und Ihr benehmt Euch im Allgemeinen ganz ausserordentlich schlecht. Ihr habt da ein wirtschaftliches System, welches Ihr freie Konkurrenz nennt, und durch das Euer wirtschaftliches Leben den Charakter eines wütenden Kampfes angenommen hat, eines Kampfes der Besitzenden untereinander um den Markt, eines Kampfes zwischen Besitzern und Arbeitern um die gegenseitige Höhe von Lohn und Rente. Und in diesem Kampfe ist Euch so ziemlich kein Mittel zu schlecht, welches zum Siege, d. h. zum Reichtum führt, und wer diesen erlangt hat, der gilt unter Euch um so mehr, je reicher er geworden, und mag er auch der grösste Schurke sein.

Doch wir wollen hier nicht christlich weiter moralisieren, da es

Digitized by Google

ja doch nichts hilft, sondern nur bemerken, dass, wenn einmal die Wirtschaft den Charakter eines Kampfes entgegengesetzter Interessen angenommen hat, dann dem Einzelnen nichts übrig bleibt, als zu siegen oder besiegt zu werden — wobei er sich, je nach seinen angeborenen und erworbenen Eigenschaften allerdings in sehr verschiedenartiger Weise benehmen kann; und dass dieses „System der freien Konkurrenz", bei all' den furchtbaren Leiden, die es da und dort über weite Bevölkerungskreise heraufbeschworen, die Entwickelung der Gesellschaft dennoch mächtig förderte durch eine gewaltige Steigerung der Produktivität der Arbeit und durch die Klarheit, die es allmälich in die gesellschaftlichen Verhältnisse bringt, indem es gar viele Illusionen einer abgelebten autoritären Vergangenheit vernichtete.

Es ist also im Ganzen ein bedeutender Fortschritt gemacht worden, um dessen Früchte jetzt der Kampf loszubrechen beginnt.

Wer in diesem Sieger bleiben mag und der Zukunft das Gesetz seines Bedürfnisses auferlegen wird, wissen wir nicht. Aber Henry Georg und Flürscheim sind sicher nicht die Gesetzgeber der Zukunft, denn in ihren Ideen liegt keine Konsequenz, keine Spur einer neuen socialen Auffassung.

Sie kleben mit allen ihren Gedanken am Boden und wollen nicht einsehen, dass das Eigentum an Produktionsmitteln in jeder Gestalt die gleichen Tendenzen und Konsequenzen hat, gleichviel ob sein Gegenstand Land oder Dampfmaschine oder wie immer heisst, dass also durch das Staatseigentum an Grund und Boden in unserer Wirtschaft nichts Wesentliches geändert wäre, ausser dass vielleicht der Staat keine Steuern mehr brauchte. Aber wer hätte davon einen Vorteil? Der Privatwirtschaft bleibt das Staatseinkommen doch entzogen, mag es aufgebracht werden wie immer, so gewiss als ein Stück Brot nicht zweimal verzehrt werden kann; und nur diejenigen würden dabei etwas gewinnen, die heute von der Steuer relativ zu stark getroffen sind, sie würden genau so viel gewinnen, als irgend welche Andere verlören.

Aber die Steuer ist durchaus nicht in erster Linie eine Frage der arbeitenden Klassen, die ja George und Flürscheim doch vor Allem im Auge zu haben vorgeben, sondern wesentlich eine Streitfrage der verschiedenen Kategorien von Besitzern. Und selbst dieser Vorteil würde nur eintreten, wenn man die heutigen Grundbesitzer ohne Entschädigung expropriierte.

Digitized by Google

Wie kann aber eine Gesellschaft, welche die Unantastbarkeit des Eigentums zu ihrem Grundprinzip machte, in solcher Weise vorgehen? Heute hast Du 100,000 Dollars bar oder in Aktien oder Staatspapieren; diese sind heilig und unverletzlich. Morgen hast Du nur mehr 50,000 in solchen Formen, die sind noch immer heilig. Für die anderen 50,000 hast Du ein Grundstück erworben oder Du hast sie einem Grundbesitzer geliehen. Und nun kommt Henry George und sagt: Das Grundstück hast Du oder Dein Schuldner geraubt, her damit für den Staat! — Das ist Unsinn.

Digitized by Google

II.

Kritisches.

1. Marx und Malthus.
2. Socialdemokratische Kuriositäten.
3. Gustav Cohns „ethische Nationalökonomie".
4. Eine neue sociale Theorie.
5. Aus dem Lager der „Jungen" in der socialdemokratischen Partei Deutschlands.
6. Zu einem neuen Buche.

Digitized by Google

Digitized by Google

Marx und Malthus.

(1877.)

Wenn Bernoulli in seiner Populationistik (S. 388) die Ansicht ausspricht, dass die meisten Angriffe gegen Malthus von Solchen herrühren, die ihn entweder gar nicht gelesen oder ihn durchaus missverstanden haben, so geben wir ihm im Allgemeinen Recht.

Was soll man dazu sagen, wenn neuerdings Scheel in seiner Theorie der socialen Frage (Jena 1871, S. 115) die Ueberzeugung kundgibt, dass eine Furcht vor Uebervölkerung selbst dann nicht zulässig wäre, wenn alle Heiratsfähigen rechtzeitig zur Ehe schritten, dass Uebervölkerung weder je dagewesen, noch denkbar erscheine, dass aber (S. 98) hohe Löhne verbunden mit einer hohen Lebenshaltung Ehen und Kindererzeugung verspäten?

Was sollen wir ferner dazu sagen, wenn Rösler („Zur Kritik der Lehre vom Arbeitslohn". Erlangen 1861, S. 154) Malthus dadurch zu widerlegen glaubt, dass er sagt, die auf die Verdoppelung der Bevölkerung Nord-Amerika's in 25 Jahren gestützte Behauptung, dass jede gegebene Anzahl von Menschen sich in Zeiträumen von je 25 Jahren verdoppeln könne, passe offenbar nicht auf Länder alter Kultur wie Europa? Hat denn Malthus irgendwo behauptet, dass sich jede Nation in 25 Jahren verdoppele? Rösler hätte nachweisen müssen, dass die Zeugungskraft in Nord-Amerika viel grösser sei als in Europa, in England grösser als in Frankreich u. s. w. u. s. w. — dann wäre Malthus widerlegt gewesen. Aber das konnte Hrn. Rösler natürlich nicht einfallen. Er gibt ja auch zu, dass die Malthus'schen Checks to Population nichts Anderes bewirken, als Zurück-

Digitized by Google

führung der Volkszahl in die zulässigen Grenzen (S. 156), wodurch die vorhergehende oder vielmehr immerwährende Ueberschreitung dieser zulässigen Grenzen, also die Uebervölkerung, von selbst zugestanden ist; er gibt sogar zu, dass gerade die ärmsten Völker und die ärmsten Klassen in civilisierten Völkern am meisten an „Ueberzähligen" leiden (S. 157), und dass somit eine allgemeine und beständige Uebervölkerung vorhanden ist. „Es gibt eine wirkliche Uebervölkerung, aber nicht in Bezug auf die Quantität, sondern auf die Qualität der Nahrungsmittel, wenn nämlich der Lohn so niedrig steht, dass er den Arbeitern keine gesunde, kräftige und reichliche Nahrung mehr einbringt etc." Warum ein niedriger Lohn bloss die Qualität der Nahrungsmittel beeinflussen kann und nicht auch die Quantität, wäre sehr interessant zu erfahren, aber Rösler vergisst es uns zu sagen. Merkwürdiger Weise bezieht sich nach ihm auch das Wort „reichlich" auf die Qualität!

Ja seine Opposition gegen Malthus wird noch eigentümlicher, wenn er meint, dass die von Letzerem empfohlene Vorsicht im Eheschliessen nur geringere Mortalität und höhere durchschnittliche Lebensdauer zur Folge hätte, aber dass trotzdem die „normale und zulässige Höhe der Bevölkerung" erreicht werden würde (S. 171). Es ist, als ob Malthus die gänzliche Vernichtung des menschlichen Geschlechtes angestrebt und dazu nur falsche Mittel angegeben hätte. Mortalität und Lebensdauer aber scheinen nach Rösler in der Frage des Volkswohls gar keine Rolle zu spielen.

Die richtigen Mittel gegen Uebervölkerung bringt der Gegner der Malthus'schen Lehre dann selbst. Er findet (S. 179), dass die Unsicherheit des Erwerbes die Maschinenarbeiter notwendig noch sorgloser, unvorsichtiger und weniger enthaltsam machen muss, als es „in der menschlichen Natur an und für sich liegt". Dies bewirkt „eine unnatürliche, ungezügelte Vermehrung" der Fabrikarbeiter, und deshalb wäre „in dieser Klasse freiwillige Selbstbeschränkung und Enthaltsamkeit im Eheschliessen und Kinderzeugen am Platze". Hat Malthus vielleicht den Landbaronen und Baumwollgrafen Enthaltsamkeit gepredigt?

Doch diese Gegnerschaft darf uns nicht verwundern bei einem Manne, der das Streben der Menschen nach Nahrung nicht aus dem Hunger, sondern aus dem regelmässigen Gehorsam gegen das sittliche Gesetz der Selbsterhaltung erklärt („Ueber die Grundlehren der von Adam Smith begründeten Volkswirtschaftstheorie". 2. Aufl. Er-

Digitized by Google

langen 1871, S. 21), der (gegen Ricardo) findet, dass „an und für sich“ alle Dinge selten sind, weil Nichts in unbegrenzter Quantität oder Qualität (!) dem Menschen zur Verfügung steht (ebend. S. 247), und dass es eine Wissenschaft des Volksreichtums durchaus nicht geben kann, weil der Volksreichtum stets eine vorübergehende Phase im Leben der Völker ist, und Nichts Gegenstand der Wissenschaft sein kann, „was nicht über alle Wandlungen der Zeit erhaben ist“. Diesem letzteren, höchst traurigen Umstande, welchen Adam Smith ganz ahnungslos durch den blossen Titel seines Buches heraufbeschworen, ist längst abgeholfen, nämlich seitdem man die betreffende Wissenschaft politische Oekonomie oder Volkswirtschaftslehre genannt hat, was zur Beruhigung des Herrn Rösler dienen mag. Denn eine Wirtschaft führt gewiss jedes Volk zu jeder Zeit, wenn es auch dabei nicht gerade reich wird. Wenn Robert v. Mohl unter den Gegnern Malthus' ausser solchen, die ihn nicht oder missverstanden, auch noch eine dritte Kategorie, nämlich die der offenen Verleumder aufstellt (Gesch. u. Lit. der Staatswiss. III. Bd. S. 480), so gehört Rösler gewiss nicht zu den letzteren. Seine Gegnerschaft ist ein Unikum und beruht auf seiner — Orginalität.

Wohl aber gehören viele Socialisten dahin. Und dies ist auch ganz erklärlich. Der Socialismus muss nicht bloss das Lehrgebäude der klassischen Nationalökonomie im Grossen und Ganzen umzustürzen suchen, er muss sich gegen das Gesetz der Bevölkerung ganz speziell auflehnen, weil dieses, wie sein Hauptapostel schon gar wohl erkannte, am meisten geeignet ist, alle Utopien des verschämten und offenen Kommunismus von vornherein über den Haufen zu werfen. Nach der Ansicht der Socialisten folgt ja alles Uebel nur aus der falschen, schlechten, ungerechten Einrichtung der gegenwärtigen (und aller vergangenen) Gesellschaft, daher kann ihm vollkommen abgeholfen werden, indem man die Gesellschaft organisiert, d. h. sie nicht mehr einer sog. historischen Entwicklung durch langsame Wirkung und Gegenwirkung der in ihr auftretenden Kräfte überlässt, sondern nach einem ganz neuen, rein theoretischen Systeme einrichtet. Es soll eine Art irdischen Paradieses hergestellt werden, daher passt ein Hindernis des menschlichen Glückes, welches in der (sinnlichen) Menschennatur selbst liegt, auf keine Weise in den Kram. Alle Bedürfnisse sollen vollauf befriedigt werden, folglich auch der Geschlechtstrieb. Was sollen Klugheit, Enthaltsamkeit, Selbstbeschränkung? Durch diese Tugenden kann man ja auch in der gegen-

Digitized by Google

wärtigen Gesellschaft zu passablem Wohlsein gelangen — also weg mit ihnen und weg mit Malthus, der sie lehrt und mithin offenbar als rechter boshafter Feind des menschlichen Geschlechts oder wenigstens der unteren Klassen die Hoffnung auf die Utopien der Zukunft im vorhinein zerstören will.

Der Schriftsteller, dessen Verhältnis zu Malthus wir im Folgenden eingehender prüfen wollen, wohl der talentvollste und gelehrteste unter den Kommunisten, geht hier wie sonst in seiner Kritik der politischen Oekonomie seinen eigenen Gang. Sowie er Smith's und Ricardo's Lehren viel weniger direkt bekämpft, als vielmehr nachweisen will, dass dieselben nur die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise enthalten, auf eine andere nicht anwendbar sind, und dass daher der Irrtum jener Heroen der ökonomischen Wissenschaft hauptsächlich darin stecke, dass sie die Gesetze einer bestimmten, vorübergehenden Gesellschaftsform als ewige gesellschaftliche Naturgesetze auffassen: so bestreitet er auch nicht das Vorhandensein einer beständigen Uebervölkerung und das dadurch verursachte Elend der arbeitenden Klassen. Nur die Ursache dieser Uebervölkerung und mithin auch des aus ihr folgenden Elends ist bei ihm eine ganz andere als bei Malthus, sie liegt in der kapitalistischen Produktionsweise und soll daher mit dieser verschwinden.

Sehen wir näher zu*).

„Da die Nachfrage nach Arbeit nicht durch den Umfang des Gesamtkapitals, sondern durch den seines variablen Bestandteils bestimmt ist (welcher viel langsamer wächst als der konstante), fällt sie also progressiv mit dem Wachstum des Gesamtkapitals, statt — verhältnismässig mit ihm zu wachsen. Sie fällt relativ zur Grösse des Gesamtkapitals und in beschleunigter Progression mit dem Wachstum dieser Grösse. Mit dem Wachstum des Gesamtkapitals wächst zwar auch sein variabler Bestandteil, oder die ihm einverleibte Arbeitskraft, aber in beständig abnehmender Proportion. Die Zwischenpausen, worin die Akkumulation als blosse Erweiterung der Produktion auf gegebener technischer Grundlage wirkt, verkürzen sich. Nicht nur wird eine in wachsender Progression beschleunigte Akkumulation des Gesamtkapitals erheischt, um eine additionelle Arbeiterzahl von gegebener Grösse zu absorbieren oder selbst, wegen der beständigen

*) Die folgenden Seitenzahlen beziehen sich auf „Das Kapital", 2. Auflage. Hamburg 1872.

Digitized by Google

Metamorphose des alten Kapitals, die bereits funktionierende zu beschäftigen. Ihrerseits schlägt diese wachsende Akkumulation und Konzentration selbst wieder um in eine Quelle neuer Wechsel der Zusammensetzung des Kapitals oder abermalig beschleunigte Abnahme seines variablen Bestandteils verglichen mit dem konstanten. Diese mit dem Wachstum des Gesamtkapitals beschleunigte und rascher als sein eigenes Wachstum beschleunigte relative Abnahme seines variablen Bestandteils scheint auf der andern Seite umgekehrt stets rascheres absolutes Wachstum der Arbeiterbevölkerung als des variablen Kapitals oder ihrer Beschäftigungsmittel. Die kapitalistische Akkumulation produziert vielmehr, und zwar im Verhältnis zu ihrer Energie und ihrem Umfang, beständig eine relative, d. h. für die mittleren Verwertungsbedürfnisse des Kapitals überschüssige, daher überflüssige oder Surplus-Arbeiterbevölkerung." (S. 653 f.)

„Mit der durch sie selbst produzierten Akkumulation des Kapitals produziert die Arbeiterbevölkerung also in wachsendem Umfang die Mittel ihrer eigenen relativen Ueberzähligmachung. Es ist dies ein der kapitalistischen Produktionsweise eigentümliches Populationsgesetz, wie in der That jede besondere Produktionsweise ihre besonderen, historisch giltigen Populationsgesetze hat. Ein abstraktes Populationsgesetz existiert nur für Pflanze und Thier, soweit der Mensch nicht geschichtlich eingreift." (S. 655 f.)

„Wenn aber eine Surpluspopulation notwendiges Produkt der Akkumulation oder der Entwicklung des Reichtums auf kapitalistischer Grundlage ist, wird diese Surpluspopulation umgekehrt zum Hebel der kapitalistischen Akkumulation, ja zu einer Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise. Sie bildet eine disponible industrielle Reservearmee, die dem Kapital so absolut gehört, als ob es sie auf seine eigenen Kosten grossgezüchtet hätte. Sie schafft für seine wechselnden Verwertungsbedürfnisse das stets bereite exploitable Menschenmaterial, unabhängig von den Schranken der wirklichen Bevölkerungszunahme." (S. 656.)

„Der kapitalistischen Produktion genügt keineswegs das Quantum disponibler Arbeitskraft, welches der natürliche Zuwachs der Bevölkerung liefert. Sie bedarf zu ihrem freien Spiel einer von dieser Naturschranke unabhängigen industriellen Reservearmee." (S. 660.)

(Eine Seite vorher findet Marx die „alte Jungfer" als beau ideal des Kapitalisten.)

Digitized by Google

Die Sache ist wirklich trostlos, und wenn nicht schliesslich die Aussicht auf das 1000jährige Reich des Kommunismus eröffnet würde, in welchem all' dies Elend ein Ende haben soll, und welches nach des Autors Versicherung (S. 793) in Kürze, wenigstens viel rascher als das des Kapitals, hergestellt werden soll, so müsste der Freund der Menschheit gänzlich verzweifeln.

Das Kapital hat ein Interesse, eine beständige Uebervölkerung, d. h. eine Arbeiterzahl, die über seine mittleren Verwertungsbedürfnisse hinausgeht, damit es seinen „10jährigen Cyklus von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Produktion unter Hochdruck, Krise und Stagnation" (S. 657) unbehindert durchmachen kann, zu produzieren, und es produziert sie wirklich. Und es bringt dies zu Stande unabhängig „von den Schranken der wirklichen Bevölkerungszunahme".

Was Marx unter diesen Schranken versteht, ist jedenfalls etwas unklar. Versteht er die äussersten Grenzen, d. h. eine möglichst rasche Zunahme, so hat es keinen Sinn, dem Kapital einen Anteil an der Produktion der Uebervölkerung zuzuschreiben. Versteht er die engsten Grenzen, d. h. eine äusserst langsame Volksvermehrung, so müsste man annehmen, dass das Kapital Englands heute ungefähr mit derselben Arbeiterzahl ausreichte, welche es vor 50 Jahren beschäftigte, was Marx nicht behaupten wird. Versteht er aber mit dem ganzen Ausdruck nichts weiter, als die wirkliche Bevölkerungszunahme, so dass das Wort „Schranken" einfach weggelassen werden kann, so hat er erst recht gar nichts gesagt. Denn wenn jeder beliebige Grad der Volksvermehrung vom Kapital zur Uebervölkerung gemacht werden kann, so müsste man annehmen, dass jedes beliebige Kapital von irgend welcher Grösse endlich auch mit einem einzigen Arbeiter ausreichen könnte. Doch ist zu vermuten, dass hinter jenem Ausdruck etwas ganz Anderes verborgen steckt, nämlich die Idee einer „natürlichen" Volksvermehrung, welchen Terminus wir Marx weiter oben gebrauchen sahen und von welchem wir noch zu sprechen Veranlassung haben werden.

Marx weiss natürlich recht gut, dass die Höhe des Arbeitslohns vom Verhältnis zwischen Nachfrage und Zufuhr abhängig ist, dass z. B. im Jahr 1860 die Arbeitslöhne sehr hoch standen, weil die ausserordentliche Arbeitsnachfrage auf Entvölkerung in Irland etc. stiess (S. 266); er scheint dem Toryschriftsteller vollkommen beizustimmen, welchen er S. 271 citiert und welcher sagt, dass nach der grossen Pest, welche die Bevölkerung dezimierte, Arbeiter zu räson-

Digitized by Google

nahlen Preisen fast unmöglich gefunden werden konnten, und dass die Parlamentsakte, welche während 464 Jahren die Arbeitslöhne herabzudrücken suchten, bloss durch das Wachstum der Bevölkerung überflüssig wurden.

S. 453 bemerkt er, dass der „überflüssige" Teil der Arbeiterklasse den Arbeitsmarkt überfülle und daher der Preis der Arbeitskraft unter ihren Wert sinke. Er citiert S. 481 aus dem Aufruf der Baumwollarbeiter vom Frühling 1863 die Stelle, wo es heisst: „Dass eine grosse Emigration von Fabrikarbeitern jetzt absolut notwendig ist, werden nur Wenige leugnen, dass aber ein beständiger Emigrationsstrom zu allen Zeiten erheischt und es ohne denselben unmöglich ist, unsere Stellung unter gewöhnlichen Umständen zu behaupten, zeigen folgende Thatsachen etc. etc."

Trotz dieser (vom Kapital hervorgebrachten) beständigen Uebervölkerung zeigte der „Arbeitsmarkt in einzelnen Epochen fieberhaften Aufschwungs bedenkliche Lücken" (S. 265). Unter besonderen Umständen (Oeffnung neuer Märkte, neuer Sphären der Kapitalanlage etc. etc.) „kann die Nachfrage nach Arbeitern ihre Zufuhr überflügeln und daher die Arbeitslöhne steigern". Allein „die mehr oder minder günstigen Umstände, worin sich die Lohnarbeiter erhalten und vermehren, ändern nichts am Grundcharakter der kapitalistischen Produktion". Selbstverständlich! Selbst die höchsten Löhne, das allgemeinste und grösste Wohlbefinden der Arbeiter sind noch nicht der Kommunismus, welcher die einzige Lösung der socialen Frage enthält. Darin ist Marx nur konsequent, jedenfalls viel konsequenter als L. Stein, der unter der socialen Frage die Frage versteht, „wie die kapitallose Arbeit zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit durch den Erwerb des Kapitals gelangen könne", und so offenbar die kapitalistische Produktionsweise fortdauern lassen will. (Handbuch der Verwaltungslehre S. 440.)

Nun fällt es uns natürlich nicht ein, die Bevölkerungsverhältnisse einer kommunistischen Gesellschaft prüfen zu wollen, da dieses Unternehmen vor der Hand der Kritik eines Traumes gar zu ähnlich sähe. Wir halten uns an die Wirklichkeit, also an die Zustände der gegenwärtigen, „kapitalistischen" Gesellschaft. Für diese gibt Marx ein rasches Wachstum des Kapitals zu; er gibt ferner zu, dass jener Bestandteil des Gesamtkapitals, welchen er das variable Kapital nennt und der zum Unterhalt der Arbeiter bestimmt ist, mit dem Gesamtkapital wachse, nur nicht in geradem Verhältnis, sondern in ab-

Digitized by Google

nehmender Proportion zum konstanten Kapital. Das absolute Wachstum des konstanten Kapitals kann uns hier gleichgiltig sein. Zu bemerken ist nur, dass es sich am klarsten ausdrückt in der Vermehrung der Maschinerie und social erscheint als Konzentration. Gegen Maschinerie und Konzentration der Arbeitsmittel hat Marx an und für sich natürlich nichts einzuwenden, sondern nur gegen ihre „kapitalistische Ausbeutung". Auch das Verhältnis des variablen zum konstanten Kapital, in welchem sich die abnehmende Proportion zeigt, ist uns für unseren nächsten Zweck gleichgiltig, wir haben unsere Aufmerksamkeit nur auf das absolute Wachstum des variablen Kapitals zu richten, und über dieses ist durch Konstatierung jener relativen Abnahme noch gar nichts gesagt. Es kann trotz derselben sehr rasch, es kann aber auch sehr langsam wachsen. Wird nun zugegeben, dass die Lohnhöhe von dem Verhältnis der Arbeiterzahl zur Grösse des variablen Kapitals abhängt, wird ferner folgerichtig weiter zugegeben, dass das Wachstum der Arbeiterbevölkerung mit dem Wachstum des variablen Kapitals gleichen Schritt halten muss, wenn die Arbeiterklasse ihre wirtschaftliche Stellung erhalten soll, dass die letztere sich verbessern wird, wenn die Vermehrung der Arbeiter hinter dem Wachstum des variablen Kapitals („Verwertungsbedürfnis") zurückbleibt und umgekehrt, so gewinnt es zuvörderst den Anschein, dass die Lage der arbeitenden Klassen mit dem Grade ihrer Vermehrung in einem tiefgehenden Zusammenhang steht. Nach Marx ist dies wirklich blosser Schein, indem das Kapital beständig die Uebervölkerung produziert.

Dies könnte aber nur dann zugegeben werden, wenn das Kapital die Arbeiter auch ganz entbehren könnte. Denn braucht es Arbeiter, so muss es auch jeweilig eine bestimmte Zahl brauchen, und durchschnittlich eine Durchschnittszahl. (Daraus folgt nach dem bekannten „Cyklus" für Durchschnittszeiten ein Durchschnittslohn, für lebhafte ein höherer, für matte ein niedrigerer, also bei guter Haushaltung durchaus ein genügendes Einkommen.) Und Marx sagt S. 595: „Die beständige Erhaltung und Reproduktion der Arbeiterklasse bleibt beständige Bedingung für die Reproduktion des Kapitals". Wie viele Arbeiter braucht das jetzige England? Wir wissen es nicht, aber jedenfalls eine bestimmte Zahl. Ist diese und nur diese vorhanden, so wird sich die Lage des Kapitalisten und des Arbeiters ganz erträglich gestalten. Ist die Zahl grösser als die „Verwertungsbedürfnisse des Kapitals", so drücken die unbeschäftigen Arbeiter auf den Lohn der

Digitized by Google

beschäftigten und das Elend und die absolute Herrschaft des Kapitals sind fertig. Da aber nach Marx dieses Elend und diese Herrschaft wirklich fertig sind, so können wir wohl auf eine Ueberzahl von Arbeitern schliessen. Es frägt sich nur, woher diese kommt? Marx meint, und ohne Zweifel mit Recht, der Kapitalist kann jene oben citierte Bedingung der Reproduktion des Kapitals „getrost dem Selbsterhaltungs- und Fortpflanzungstrieb der Arbeiter überlassen“ (S. 595), d. h. die Arbeiter sorgen schon dafür, dass das Kapital immer das notwendige Menschenmaterial vorfinde. Warum Marx hier auch den Selbsterhaltungstrieb hereinzieht, ist wieder unklar, sofern er darunter nicht etwa den Racenerhaltungstrieb versteht, der aber mit dem Fortpflanzungstrieb identisch ist; nimmt man das Wort im gewöhnlichen Sinne, so wirken jene beiden Triebe durchaus nicht immer harmonisch zusammen, sondern nicht selten antagonistisch. Oder spielt er vielleicht hier schon auf die später (S. 667) erwähnte „Prämie“ an, „welche die Exploitation der Arbeiterkinder auf ihre Produktion setzt“? Wie dem auch sein möge, das Eine steht mindestens fest, dass die notwendigen Arbeiter nicht vom Kapital, sondern von den Arbeitern selbst produziert werden. Das heisst aber offenbar nichts Anderes, als dass die Arbeiter durchaus und regelmässig nicht mehr Kinder erzeugen, als nach dem Stande der gegenwärtigen Nachfrage nach Arbeit in Zukunft, nämlich bis jene Kinder herangewachsen sind, erforderlich sein werden. Für einen derartigen Nachwuchs muss das Kapital durchaus sorgen, d. h. der Lohn des Arbeiters muss ausreichen, um diese notwendigen Kinder zu erhalten und aufzuziehen. In der That reicht aber der Lohn des Arbeiters hierzu sehr häufig nicht hin, wie Marx an vielen Stellen seines Buchs hervorhebt, und er folgt hieraus, dass ein Teil der durchschnittlichen Masse der Arbeiterkinder nicht erst dann, wenn sie herangewachsen sind, vom Kapital überflüssig gemacht werden, sondern schon bei ihrer Geburt überflüssig sind, oder mit anderen Worten, dass die Arbeiter nicht bloss für die Reproduktion der notwendigen, sondern auch für die Reproduktion der überflüssigen Arbeiterbevölkerung, der Surpluspopulation, sorgen.

Oder haben wir den oben citierten Ausspruch nicht richtig, nämlich in Marx' Sinne, aufgefasst? Dann müssen wir ihn entweder der grössten Inkonsequenz zeihen, was uns bei einem so scharfsinnigen Manne äusserst schwer fällt, oder wir müssen einen anderen, schon einmal erwähnten Begriff hereinziehen und demselben jene Deutung geben,

Digitized by Google

welche allein die offenbare und absolute Inkonsequenz entfernen kann, nämlich den Begriff der „natürlichen“ Volksvermehrung. Was muss Marx darunter verstehen, wenn der Widerspruch beseitigt werden soll? Eine Volksvermehrung, die von dem bestimmten Nahrungsstand der arbeitenden Klassen ganz unabhängig ist, sich lediglich nach Naturgesetzen vollzieht, und gegen welche daher der Mensch gar nichts machen kann. Wenn es eine solche gibt, dann hat freilich Malthus einen groben Bock geschossen, dann ist Niemand verantwortlich für die Erhaltung seiner Familie, dann hat die Gesellschaft nur eine Aufgabe, nämlich möglichst viel Befriedigungsmittel der ursprünglichsten Bedürfnisse herbeizuschaffen, um dem „natürlichen“ Wachstum der Bevölkerung nachzukommen, so lange es geht; dann ist die Kapitalwirtschaft verwerflich, da ihr letztes Ziel doch nur Verfeinerung und Genuss in höheren Formen und Qualitäten ist, welcher niemals Allen erreichbar sein kann; dann wäre die Gemeinwirtschaft in irgend einer Form das Beste und Einzige, wenigstens könnte unter ihrem Schutze die Bevölkerung rasch an die — äusserste Grenze ihres Wachstums gefördert werden, und schliesslich wäre doch wenigstens das grosse Resultat zu erreichen, dass Alle gleichmässig hungerten und darbten. — Ob dies wirklich Marx' Meinung ist, werden wir vielleicht im Folgenden deutlicher sehen.

„Der Widerspruch, dass der natürliche Zuwachs der Arbeiterbevölkerung den Akkumulationsbedürfnissen des Kapitals nicht genügt und andererseits zu gross für seine Absorption ist, ist ein Widerspruch seiner Bewegung selbst. Es braucht grössere Massen davon in früherem Alter, weniger im männlichen.“ (S. 667.)

„Bei dem raschen Konsum der Arbeitskraft durch das Kapital ist der Arbeiter von mittlerem Alter meist schon überlebt. Er fällt in die Reihen der Surpluspopulation oder rückt von einer höheren Staffel auf eine niedrigere, während das Kapital seinen Platz durch frischere Arbeitskraft ersetzt. Das absolute Wachstum der Arbeiterklasse erheischt so eine Form, welche ihre Zahl schwellt, obgleich sich ihre Elemente rasch abnutzen. Es ist daher rasche Ablösung der Arbeitergenerationen nötig. Dies wird erreicht durch frühe Ehen, notwendige Folge der Verhältnisse, worin die Arbeiter der grossen Industrie leben, und durch die Prämie, welche die Exploitation der Arbeiterkinder auf ihre Produktion setzt“ (S. 667). Von dieser Prämie wollen wir hier gar nicht sprechen; ein solches Motiv zur Kindererzeugung würde jedenfalls nicht zu Gunsten der Arbeiter sprechen.

Digitized by Google

Der Kapitalist benutzt Weiber- und Kinderarbeit, weil sie billiger ist und weil ihn das Ueber-Angebot von erwachsenen männlichen Arbeitern in den Stand setzt, rücksichtslos über die ganze Arbeiterfamilie, die ganze Arbeiterklasse, zu verfügen. Die Lebensdauer der Arbeiter verkürzt sich durch ihre Ausbeutung, welche eine Folge derselben „relativen Uebervölkerung" ist. Die Folge davon ist das frühe Heiraten der Arbeiter, wodurch dem Kapital beliebig viele Kinder zur beliebigen Exploitation geliefert werden. Also die Arbeiter werden durch die elende Lage, in welcher sie sich befinden, gezwungen, möglichst frühzeitig zu heiraten, möglichst viele Kinder zu erzeugen und eben dadurch das Elend zu perpetuieren und beständig zu vergrössern. Das ist vermutlich das „besondere Populationsgesetz" der kapitalistischen Produktionsepoche.

Man möchte nun meinen, das Heiraten gehöre zu den sogenannten freien Handlungen, d. h. zu jenen äusserlichen Bethätigungen des menschlichen Willens, welche durch Motive geleitet werden; man möchte ferner meinen, dass den Arbeitern alle möglichen Motive sich aufdrängten, um sie zu sehr späten Ehen und sehr sparsamer Kindererzeugung zu veranlassen, indem sie ja dadurch am sichersten der unbedingten Exploitation durch das Kapital, der Ausbeutung der Weiber und Kinder und Deplazierung*) der Männer entgegenarbeiteten; man möchte meinen, dass es bei dem absoluten Antagonismus der Arbeiterinteressen und der Interessen des Kapitals sich für die Arbeiter von selbst verstände, dass sie den heimtückischen Wünschen der Kapitalisten mit allen Kräften widerstrebten. Mag die erste Veranlassung der „relativen Uebervölkerung" sein, welche sie will, mag die Einführung der Maschinerie und die Konzentration der Kapitalien sie wirklich veranlasst haben, sofort, möchte man denken, sollten die

*) Herr Marx spricht sehr viel über das Herumwerfen der Arbeiter aus einem Produktionszweig in den andern infolge neuer Erfindungen und dadurch gesteigerter Produktivität der Arbeit. Wenn in der kommunistischen Gesellschaft, die er anstrebt, eine Maschinerie erfunden würde, durch welche mit dem 10. Teil der jetzigen Arbeit der Bedarf z. B. an Baumwollgeweben hergestellt werden könnte, würden dann die Leiter dieser Gesellschaft alle Baumwollarbeiter bei ihrer bisherigen Beschäftigung belassen, oder sie auch in einen andern Produktionszweig hinüberwerfen? Freilich ist kaum zu erwarten, dass im Reiche des Kommunismus noch viele Erfindungen gemacht werden. Man wird sich wohl damit begnügen müssen, die Errungenschaften der kapitalistischen Produktionsepoche aufzunehmen und — wo möglich — zu erhalten, nachdem man ihren Motor, das Privatinteresse der selbstständigen wirtschaftlichen Persönlichkeit, zerstört hat.

Digitized by Google

Ehen der Arbeiter sich verspäten und ihre Kinderproduktion sich verringern. Allein nichts von dem Allen geschieht, sondern das gerade Gegenteil. Das Gesetz der Motivation tritt hier (scheinbar, nämlich nach konsequenter Durchführung der Marx'schen Gedanken) ganz ausser Aktivität, und da dasselbe in jedem socialen Gesetze eine Hauptrolle spielt, so haben wir es offenbar mit einem Naturgesetze zu thun, welches mit sogenannter „blinder Notwendigkeit" (d. h. nicht durch Motive vermittelter) wirkt. Wir werden in dieser Auffassung von Marx selbst bestärkt, welcher uns (S. 669) folgendermassen belehrt: „In der That steht nicht nur die Masse der Geburten und Todesfälle, sondern die absolute Grösse der Familien in umgekehrtem Verhältnis zur Höhe des Arbeitslohns, also zur Masse der Lebensmittel, worüber die verschiedenen Arbeiterkategorien verfügen. Dieses Gesetz der kapitalistischen Gesellschaft klänge unsinnig unter Wilden, oder selbst civilisierten Kolonisten. Es erinnert an die massenhafte Reproduktion individuell schwacher und vielgehetzer Tierarten" *).

Das soll nach Marx immer noch ein sociales Gesetz sein? Ist das Ueberzeugung oder Sophistik? Wir nehmen sein „Gesetz" als wirklich bestehende Thatsache an, und wollen uns bei der Statistik nicht um dessen Pass erkundigen. Aber dass es ein sociales Gesetz und insbesondere ein Gesetz der kapitalistischen Gesellschaft sei, müssen wir entschieden in Abrede stellen. Wenn die Armut in geradem Verhältnis zur Menschenproduktion steht, heisst das so viel als: die (ganz und gar physische) menschliche Fruchtbarkeit wird gesteigert durch eine erbärmliche Lebensweise. Dass dieses Gesetz gar keinen speziellen Bezug hat zu irgend einer je dagewesenen oder künftigen Erscheinungsform der menschlichen Gesellschaft, das leuchtet auf den ersten Blick ein. Ueberall und zu allen Zeiten hat es Arme gegeben, kein Mensch, am wenigsten Marx, wird das leugnen. und diese Armen waren also stets reproduktionsfähiger als die übrigen Menschen, mochte die Güterproduktion kapitalistisch sein oder altindisch. Dass etwa dieses Gesetz nur dann in Wirksamkeit trete, wenn die Lebensmittel in Form des „Arbeitslohnes" an die untersten Klassen gelangen, kann doch Marx nicht glauben machen wollen.

*) Darnach möchte man schliessen, dass die „Pfaffen" der englischen Hochkirche in ganz erbärmlichen Umständen lebten, weil sie nach Marx eine so ungemeine, geradezu „unanständige" Heckkraft besitzen. (S. 641.) Die Königin Victoria hatte neun Kinder und dabei einen recht hübschen Arbeitslohn.

Digitized by Google

Wir haben also hier ein viel absoluteres, abstrakteres Bevölkerungsgesetz als das angegriffene Malthus'sche, es ist kein sociales mehr, es ist ein reines Naturgesetz, zu allen Zeiten und an allen Orten gleich wirksam zum ewigen Verderben der Menschheit, ein Gesetz, welches die Armen immer ärmer macht nnd die Reichen immer reicher, ein Gesetz, gegen welches der Fortschritt des menschlichen Geistes, die wachsende Erkenntnis, die allgemeine Belehrung und Bildung gar nichts ausrichten kann.

Hier tritt der eigentliche Grundwiderspruch zwischen Malthus und Marx am klarsten zu Tage. Beide gehen von derselben äusserlichen Thatsache aus, einer beständigen Ueberfüllung des Arbeitsmarkts, einer beständigen Uebervölkerung in den untersten Klassen der Gesellschaft und dem dadurch verursachten Elend. Aber Marx findet eine rein physische Beziehung zwischen Armut und menschlicher Fruchtbarkeit, Malthus eine moralische oder psychische. Marx meint, wer arm ist, der ist überfruchtbar; Malthus meint, wer arm ist, der denkt wenig an die Zukunft, viel schlechter als ihm selbst kann es seinen Kindern nicht gehen, darum heiratet er früh und legt sich keinerlei Zwang auf. Marx schiebt alle Verantwortlichkeit auf diejenigen, durch deren wirtschaftliches Verhalten nach seiner Ansicht die Armut hervorgebracht wird; Malthus meint, die Armut ist überall unvermeidlich, wenn bei Eingehung der Ehen nicht Rücksichten der Klugheit und Pflicht massgebend wirken. Nach Marx können die Armen nichts thun, um dem kapitalistischen Populationsgesetz entgegenzuwirken — es ist ja ein Naturgesetz und hier ist Alles unabänderlich. Malthus meint, eine gehörige und allgemeine Aufklärung der unteren Klassen über den Grund ihrer Armut, ein grösseres Mass nationaler Erziehung könne allmälig auch unter den Armen jene Vorsicht im Eheschliessen herbeiführen, welche von den Reichen unzweifelhaft schon längst überall geübt wird. Marx meint, die Umgestaltung der Gesellschaft, die Expropriation der Reichen durch die Armen, kurz der Kommunismus werde das Elend aus der Welt schaffen. Malthus meint, das Elend lässt sich nicht aus der Welt schaffen, aber vermindern durch Einsicht und Tugend. Marx meint, trotz der sehr absoluten Form seines Bevölkerungsgesetzes, es sei blos der kapitalistischen Produktionsweise eigen. Malthus hält das seine für allgemein, doch unter verschiedenen Umständen in sehr verschiedenem Grade und sehr verschiedener Weise wirksam.

Was Marx zur Bestätigung seiner Ansicht über Amerika vor-

Digitized by Google

bringt, scheint mir vielmehr die klarste Widerlegung derselben zu enthalten. In Amerika war der Arbeitsmarkt beständig „untervoll", die alte Welt „warf fortwährend Kapital ein"; so geschah es, bei dem Ueberfluss und äusserst billigen Preise guten Bodens, dass „der Lohnarbeiter von heute morgen unabhängiger, selbstwirtschaftender Bauer oder Handwerker" wurde. (S. 799.) Inzwischen haben sich die Dinge etwas geändert. „Der ungeheure und kontinuierliche Menschenstrom, Jahr aus Jahr ein nach Amerika getrieben, lässt teils stagnierende Niederschläge im Osten etc. etc." (S. 804). Kurz die unteren Klassen leiden an Ueberzähligen und ihre Lage verschlimmert sich. Dass junge Kolonien den Zuwachs der Bevölkerung am meisten begünstigen und dass die Lage der Menschen dort sehr vorteilhaft ist, wusste Malthus so gut als Marx. „This proportion (which the population and the food bear to each other) is generally the most favourable in new colonies, where the knowledge and industry of an old state operate on the fertile unappropriated land of a new one." (An Essay on the Principle of Population. 7. Ed. London 1872. S. 261 u. a. a. O.)

Marx schiebt natürlich die ganze Schuld auf Europa, auf dessen Kapitalisten und Regierungen. Aber wuchs nicht die Bevölkerung Nordamerika's am Ende des vorigen und im Anfang dieses Jahrhunderts viel rascher als in neuerer Zeit, trotz der in der letzteren stärkeren Einwanderung? Und trotzdem ist die Lage der Arbeiter verschlechtert. Das heisst ganz einfach: kein Land und keine Staatsform und keine Gesellschafts-(Wirtschafts-)Form kann auf die Dauer eine sehr rasche Volksvermehrung ertragen, ohne dass eine immer grössere Masse Menschen auf die eine oder andere Weise in Abhängigkeit, Armut und Elend gerät. Trotz alles „guten Willens" und aller Anstrengung war es früher den Kapitalisten in Amerika nicht gelungen, dauernd sich mit Arbeit oder etwa gar billiger Arbeit zu versehen. Nun reussieren sie allmälig mit diesem Wunsche. Hat hier das Kapital die relative Uebervölkerung „produziert"? oder hat die Uebervölkerung die Herrschaft des Kapitals möglich gemacht?

Malthus findet in der raschen Zunahme der Bevölkerung junger Kolonien keinen Widerspruch mit seiner Theorie; Marx könnte vielleicht in der späteren Abnahme des Arbeiterglücks einen Widerspruch mit seiner Theorie finden, wenn er ihn ehrlich suchen will.

Dass die Volksvermehrung auf keinem Naturgesetze beruht, ersieht man nicht so sehr aus der wirklichen Zunahme der Volkszahl

Digitized by Google

verschiedener Länder, denn diese kann fast beliebig durch die Mortalität bestimmt werden, als vielmehr aus der äusserst verschiedenen Ehe- und Geburtsfrequenz. Dass die rein physische Fortpflanzungsfähigkeit in den verschiedenen Staaten Europas sehr verschiedene Grade habe, lässt sich doch unmöglich annehmen und jedenfalls würde dieser Umstand nicht die Ehefrequenz beeinflussen können. Hier müssen offenbar sociale und namentlich speziell wirtschaftliche Verhältnisse mit grossem Gewicht, wenn auch nicht ausschliesslich, wirken; von einem Naturgesetze ist keine Spur zu finden.

Nun, wir hören, trotz des oben Gesagten, den Einwand: wir sprechen von keinem Naturgesetze, sondern von dem socialen Populationsgesetze der kapitalistischen Produktionsepoche. Wir fragen aber: herrscht in Frankreich die kapitalistische Produktionsweise oder nicht? Die Antwort muss heissen: Sie herrscht, aber nicht in dem Masse, wie in England. Aber nun sehe man sich einmal die populationistischen Verhältnisse der beiden an der Spitze der materiellen Entwicklung stehenden Nachbarstaaten an! In England die rascheste Volksvermehrung von allen grösseren europäischen Staaten (S. 675), in Frankreich eine so langsame, dass letzthin Léonce de Lavergne einen Jammerruf darüber erschallen liess, worauf Josef Garnier ächt kapitalistisch antwortete: „Il n'y a aucune nécessité à ce que les Français s'accroissent davantage; il est bon qu'ils ne s'accroissent que parallèlement au progrès des terres mises en culture, de la productivité des industries, de l'augmentation des épargnes et des débouchés de l'émigration.

Que si toutes ces améliorations qui vont assez lentement se trouvaient, dans les dix ans, dépasser la proportion habituelle, il en résulterait simplement une plus grande aisance, ce qui est précisément le résultat à poursuivre." (Journal des Economistes. Septembre 1876.)

Die Ehefrequenz in England in runden Zahlen 1:118, in Frankreich 1:127, die Geburtsfrequenz in England 1:30, in Frankreich 1:37, die Mortalität dort 1:43,79, hier 1:43,56. (Wappäus, Allgem. Bevölk. Stat. I. Bd. S. 150 und 160, II. Bd. S. 241.)

Wenn diese Ziffern irgend etwas sagen, so sagen sie, dass die populationistischen Verhältnisse Englands — trotz der hier auf die Spitze getriebenen kapitalistischen Produktionsweise — ganz unvergleichlich besser sind als die Frankreichs, indem dort einer viel grösseren Ehe- und Geburtsfrequenz nicht eine, wie man fast a priori

Digitized by Google

annehmen möchte, viel höhere Mortalität, sondern sogar eine etwas niedrigere als die Frankreichs gegenüber steht. Sie sagen aber ferner, dass die Kapitalisten-Herrschaft den Arbeiter durchaus nicht zwingt, möglichst grosse Familien zu „hecken", wenigstens nicht mit naturgesetzlicher Notwendigkeit. Die eheliche Fruchtbarkeit ist in Frankreich ungemein viel geringer als in England (l. c. II. Bd. S. 315).

Englands und Frankreichs populationistische Verhältnisse sind also total verschiedener Natur, trotzdem beide Länder gegenwärtig so unglücklich sind, unter der Herrschaft des Kapitals zu stehen. Und wenn es den Anschein hat, dass in Frankreich der Volksvermehrung fast unüberwindliche Hindernisse entgegenstehn, so hat dieselbe in England, dem klassischen Lande der kapitalistischen Produktionsweise, dem Lande, in welchem (Marx S. 674) „die kapitalistische Produktionsweise allein völlig entwickelt ist", offenbar einen sehr weiten Spielraum. Dass dieser Spielraum dem englischen Proletariate nicht genügt, zeigt die beständige Ueberfüllung des Arbeitsmarkts. Marx selbst gesteht zu, dass das variable Kapital der Nation, also der Fond zum Unterhalt der Arbeiter, beständig wachse, wenn auch nicht in dem Masse, wie das konstante. Wächst die Arbeiterbevölkerung nur in demselben Massstabe, wie das variable Kapital — und dies kann in England offenbar kein sehr langsames Wachstum haben, weil sonst der hohen Geburtsfrequenz eine viel grössere Mortalität entgegengetreten wäre — so ist dauerndes Elend nicht möglich. Mag man sich drehen und wenden, wie man will, diesem Schlusse kommt man nicht aus. Wenn die Arbeiter die ihnen durchschnittlich zu Gebote stehenden Mittel und die Pflicht, eine selbst gegründete Familie auch selbst zu erhalten, fest ins Auge fassen, so werden jene den Arbeitern höchst verderblichen Schwankungen der Produktion auch nicht oder wenigstens nicht in dem Grade wie bisher möglich sein, weil keine „relative Uebervölkerung" zur beliebigen Exploitation vorhanden ist, und die Bewegungen des Arbeitslohns werden nicht mehr durch die beliebige „Expansion und Kontraktion der industriellen Reservearmee" reguliert werden können. (S. 662.) Und was die Erfindungen betrifft, welche augenblicklich Arbeiter verdrängen, so wird ein massvoller Zuwachs der Bevölkerung von denselben nicht viel leiden, und ausserdem mag man wohl mit einiger Wahrscheinlichkeit erwarten, dass das Zeitalter der die Wirtschaft radikal umgestaltenden Entdeckungen und Erfindungen auch einmal ein Ende haben wird, wenn auch der menschliche Geist nicht ruhen wird, den

Digitized by Google

alten Errungenschaften neue hinzuzufügen. Je grösser die Masse des Besitztums, desto geringer wird die Bedeutung jedes neuen Zuwachses für die socialen Verhältnisse sein.

Dass eine solche Durchschnittsrechnung bei Gründung der Arbeiter-Familien regelmässig nicht angestellt wird, werden wir im Folgenden leider zu beweisen in der Lage sein. Kurze, vorübergehende Notstände können freilich niemals ausbleiben, da sie teils mit natürlichen Vorgängen zusammenhängen, gegen welche der Mensch wenig vermag, teils durch plötzlich und in grossem Massstab betriebene Umwälzungen der Produktionsmethoden herbeigeführt werden, welche aber nicht die Arbeiter allein treffen und zudem regelmässig einen Fortschritt bedeuten, der eben seine Geburtswehen mit sich bringt. Ist der Arbeitslohn durchschnittlich hoch und die Arbeiter-Familie nicht zu zahlreich, so können augenblickliche Bedrängnisse gewiss leichter überwunden werden.

Marx hat vollkommen Recht, wenn er meint, der Kreislauf der modernen Wirtschaft mit seinen Jubeljahren, Krisen und Mittelzeiten produziere die Surpluspopulation, sowie die Surpluspopulation ihrerseits jenen Kreislauf einzig ermögliche. Nur seine Begründung scheint mir ganz falsch. Er schiebt die ganze Sache dem Kapital in die Schuhe, und ich meine, das Kapital spielt hier der Bevölkerung gegenüber in einer Beziehung ungefähr dieselbe Rolle wie gute und schlechte Ernten.

Wir erkennen die „Notwendigkeit“ socialer Thatsachen vollkommen an; sie ist um keinen Grad geringer, als die der rein physischen. Alle Notwendigkeit ist „Folge aus einem genügenden Grunde“ (Schopenhauer), und kein vernünftiger Mensch wird leugnen, dass Alles, absolut Alles, was geschieht, seinen genügenden Grund haben muss, da es sonst nicht geschehen könnte. Der Unterschied zwischen dem socialen Gesetze und dem Naturgesetze ist nur der, dass hier Alles unabänderlich ist, dort Nichts, dass hier das System der Ursachen immer dasselbe bleibt, dort hingegen, vermöge der Natur des menschlichen Intellekts, der nicht eine bestimmte Summe stets gleicher Erkenntnisse produziert, sondern immerfort neue aufzunehmen vermag, die Motive (Ursachen des Handelns) wechseln.

Die Statistik zeigt uns, dass die Ehefrequenz sich im Allgemeinen nach den Preisen der hauptsächlichen Lebensmittel, kurz gesagt nach den Getreidepreisen richte. Diese Thatsache hat man in ein „Gesetz“ umgeschrieben und sich viel darauf zu gute gethan,

Digitized by Google

sie in einem Grade zu verallgemeinern, welcher der Wirklichkeit gar nicht entspricht. Denn erstens wirken die Kornpreise in verschiedenen Ländern mit sehr verschiedener Intensität, und zweitens zeigt sich ihre Wirkung durchaus nicht immer, ja es können fallende Kornpreise mit einer fallenden Ehefrequenz gar wohl zusammentreffen, wie z. B. in Oesterreich in den 5 Jahren von 1861—1865.

Wenn in einem Lande jährlich durchschnittlich 10,000 Ehen geschlossen werden, so fordert gewiss kein Naturgesetz, dass die Zahl in einem einzelnen Jahre auf 15,000 steige. Geschieht es dennoch, so wird ein bestimmter Grund vorliegen. Ist dieser Grund das augenblickliche Fallen der Kornpreise, so mögen zwar die „Gesetzes"-Enthusiasten sich über das abermalige Eintreffen der Regel freuen, wir finden in demselben und in der ganzen Regel nichts als eine Manifestation des menschlichen Leichtsinns im Grossen, und des Leichtsinns der unteren Klassen insbesondere. Denn dass ein derartiges Motiv der steigenden Ehefrequenz nur auf die untersten Schichten der Gesellschaft von Wirkung sein kann, ist selbstverständlich. Man braucht nicht Kornhändler oder gar politischer Oekonom zu sein, um zu wissen, dass die Lebensmittelpreise grossen Schwankungen unterworfen sind und dass auf die fette Kuh leicht unmittelbar die magere folgen kann. Wer deshalb heiratet, weil heuer die Kornpreise gesunken sind (und sehr Viele heiraten deshalb, nämlich ungefähr Alle, die über die Durchschnittszahl hinaus Ehen schliessen), der sorgt gerade für das erste Jahr seines Familienbestandes, für die Zeit, wo er noch mit seiner Frau allein und deshalb das Durchkommen am Leichtesten ist. Marx wird doch nicht behaupten, dass die kapitalistische Produktionsweise die unteren Klassen zwinge, in billigen Jahren massenhaft zu heiraten? Hält die Billigkeit an, so wird vermutlich der Arbeitslohn sinken, hält sie nicht an, so muss jedenfalls der Lohn, der in der guten Zeit allenfalls für Mann und Frau sehr gut ausreichte, in der teueren für 4, 6 Menschen genügen, und das Elend ist fertig. So wird der Segen zum Fluch, die Fülle zur Grundlage der Entbehrung, durch den Leichtsinn der Menschen. Aus den günstigen Zeiten rekrutiert sich die industrielle Reservearmee und zwar nicht durch sociale Ueberflüssigmachung seitens des Kapitals, sondern auf dem ganz natürlichen Wege übermässiger Zeugung. Montesquieu's vielcitierter Satz: Partout, où deux personnes peuvent vivre commodément, il se fait un mariage, wäre, wenn man

Digitized by Google

ihn zugleich richtig stellen wollte, etwa so zu übersetzen: wo zwei Leute auch nur die geringste Aussicht haben, für die nächste Zeit einigermassen leben zu können, da wird eine Ehe geschlossen. Oder man braucht nur das Wort deux zu betonen, so enthält der Satz, wenn er praktisch wird, die Grundlage massenhaften Elends und ist ein rechtes Armutszeugnis für die geistige und moralische Entwicklung der Menschheit. Solchen Thatsachen gegenüber, wie die Divergenz der Bewegung der Kornpreise und der Ehefrequenz, müssen alle Einwendungen des Kommunismus gegen Malthus und seine Lehre viel an Gewicht verlieren. Oder giebt es wirklich eine Form der Gesellschaft oder Wirtschaft, in welcher es klug und ratsam oder auch nur unschädlich wäre, einen zufälligen, augenblicklichen Ueberfluss sofort zur nachhaltigen Vermehrung der Konsumenten auszunutzen? Dieselbe Wirkung, wie das Fallen der Getreidepreise, üben die Zeiten der sogenannten Prosperität oder des flotten Geschäftsgangs, der Ueberproduktion, des Schwindels oder wie man sie immer nennen mag. Es entsteht plötzlich eine stärkere Nachfrage nach Arbeit, die Löhne, wenigstens die Geldlöhne, steigen erheblich, Jedermann weiss oder kann wenigstens leicht wissen, dass der Jubel nicht anhalten kann, dass der Katzenjammer notwendig darauf folgen muss: es hilft Nichts! Tausende von unglücklichen Familien werden blos auf Grundlage der augenblicklichen „Prosperität" gegründet, die Schaumblase zerrinnt und das hoffnungslose Proletariat hat sich um viele Prozente vermehrt.

Wir sind nicht so „naiv" wie Marx' politische Oekonomen, die da meinen, dass die Arbeiterkinder gleich nach ihrer Geburt den Arbeitsmarkt überfüllen (S. 664). Aber die Prosperitätsjahre kommen von Zeit zu Zeit wieder, wie die guten Ernten, und wird der Arbeitsmarkt nicht durch die Surplusgeburten des letzten Prosperitätsjahres überfüllt, so leisten diesen Dienst die des vorletzten oder drittletzten*). Einen recht schlagenden Beweis für die angegebene Wirk-

*) Sollte Herr Marx sich darüber entsetzen, dass die Arbeiter Englands sich nicht nach Belieben und Kräften sollen vermehren können, so rate ich ihm die populationistischen Verhältnisse solcher weit zurückgebliebener Länder, wie Tirol, Salzburg, Kärnthen zu studieren, in denen seine kapitalistische Produktionsweise gewiss nur in sehr geringem Grade herrscht. In Tirol z. B., welches — wegen seiner italienischen Bevölkerung — diesfalls noch das günstigste Bild zeigt, kommt in diesem Jahrhundert durchschnittlich eine Trauung auf 161 Einwohner, eine Geburt auf 31.8, ein Todesfall auf 37.5.

Digitized by Google

ung der Schwindelperioden gibt uns das Land, in welchem die letzte grosse Krise, die sich nachher über den grössten Teil Europa's und selbst nach Amerika verbreitete, zum Ausbruch kam, nämlich Oesterreich.

Im cisleithanischen Oesterreich kamen, nachdem sich (vermutlich in Folge der besseren Staatseinrichtungen) die Ehefrequenz der 60er Jahre im Vergleich zu der der 50er beträchtlich gehoben hatte, auf 100,000 Einwohner in den 3 Jahren 1863—1865 840, 820, 779 Trauungen; dagegen in den Schwindeljahren 1870—1872 976, 947 928, also hier um 17 Prozent mehr. In den Ländern, wo der Schwindel vorzüglich hauste, war natürlich die Steigerung der Ehefrequenz noch viel bedeutender. So hob sie sich z. B. in Niederösterreich von 808, 763, 742 auf 1139, 1065 und 1122, also um rund 44 Prozent! Der Geldlohn war in allen Provinzen, mit Ausnahme Tirols, gestiegen, in vielen sehr erheblich, die Heiratsfrequenz stieg ausnahmslos.

Ich erlaube mir hier auf meine Arbeit in Hildebrand's und Conrad's Jahrbüchern für N.Oec. u. St. Jahrg, 1875, I. Band, 5. Heft zu verweisen und eine der dort weggelassenen Tabellen zu bringen, in welcher die Zeitperioden 1861—1866 und 1867—1872 verglichen werden. In der zweiten Periode kostete der Weizen per Metzen in Arbeitstagen weniger (—) oder mehr (+)

Hier zeigt sich also bei einer äusserst geringen Heiratsfrequenz — Habenichtse dürfen nicht heiraten, da der Konsens der Gemeinde notwendig ist — ein Geburtenverhältnis, welches nahe an das englische hinanreicht. Daraus folgt eine enorme eheliche Fruchtbarkeit, ganz gegen Marx, denn es handelt sich um keine Proletarier, die von Kapitalisten zu frühen Ehen gezwungen werden, sondern um selbständige Bauern. Den Dämpfer auf diese Fruchtbarkeit setzt die grosse Kinder-Mortalität, welche ein äusserst langsames Wachstum der Bevölkerung herbeiführt.

Wenn es wahr ist, was Oesterlen (Medic. Stat. S. 154), Fr. J. Neumann (die Gestaltung der mittleren Lebensdauer in Preussen etc. S. 26), Roscher (Grundlagen, 10. Aufl. I., §. 246, Note 6) und hundert Andere behaupten, dass die Kindersterblichkeit ein guter Massstab für das Wohl, insbesondere der unteren Klassen, sei, so befinden sich diese in England jedenfalls lange nicht am schlimmsten. Nach Wappäus betrug dort (l. c. I. Bd. S. 306) die Zahl der im 1. Lebensjahre Gestorbenen im Durchschnitt von 1838—1844 und 1850—1854 nicht mehr als 15 ½ % der Lebendgeborenen, in dem katholischen (Marx hasst den Protestantismus!), nicht sehr kapitalistischen Süddeutschland 26 bis 36 % (Oettingen, Moralstatistik, 2. Aufl. S. 662), in Tirol im Durchschnitt dieses Jahrhunderts 23, in Schlesien, Galizien, Mähren, Böhmen, der Militärgrenze, im Erzherzogtum Oesterreich und in Salzburg 23 ½ bis 28.9. (Letztere Zahlen beziehen sich auf den Durchschnitt von 1860—1865 inklusive und nur auf die ehelichen Kinder.) Ist hier das „Kapital" Schuld?

Digitized by Google

Niederösterreich . . .	— 0.41	Tirol und Vorarlberg .	+ 0.57
Oberösterreich	+ 0.77	Böhmen	— 0.72
Salzburg	+ 1.11	Mähren	— 0.69
Steiermark	— 0.40	Schlesien	— 2.50
Kärnthen	+ 0.04	Galizien	— 0.07
Krain	+ 0.36	Bukowina	+ 0.20
Küstenland	— 1.15	Dalmatien	— 1.16

Also in sechs von den 14 Provinzen war die Steigerung des Arbeitslohns eine blos nominelle, ja begleitet von einer Verschlechterung der Lage der Arbeiter. In den übrigen Provinzen verbesserte sich deren Lage zwar für den Augenblick, aber meist in sehr unbedeutendem Grade. Und darauf hin, also auch auf den blossen Schein eines höheren Geldlohns, wurden zahllose Familien gegründet! So lange die Arbeiter dermassen vorgehen und jede augenblickliche, zufällige Vergrösserung ihres Einkommens sofort zu einer nachhaltigen Vermehrung ihrer Klasse ausnützen, so lange wird man wohl auch von einer natürlichen und absoluten, nicht blos künstlich herbeigeführten und relativen Uebervölkerung sprechen dürfen — die Ausdrücke in Marx' Sinne genommen. Es fällt mir natürlich nicht ein, in der Malthus'schen Lehre die Lösung der socialen Frage finden zu wollen; denn erstens hat die Armut gar verschiedene Ursachen, und zweitens ist die sociale Frage — wenn man konsequent sein will, theoretisch keine andere, als die: warum die Menschen nicht insgesamt materiell gleich gestellt sind, und ihre praktische Lösung die Herbeiführung dieser Gleichheit. Malthus hingegen dachte nur an eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen und war entschieden der Ansicht, dass seine Lehren und Ratschläge auch dann und vielleicht dann am meisten passten, wenn es gar keinen Unterschied der Stände und des Vermögens mehr gäbe. Von diesem Standpunkte aus müssen wir freilich jenen Demagogen Unrecht geben, welche ihren Anhängern beständig vorpredigen: es sei ganz gleichgiltig, mit welcher Vorsicht oder mit welchem Leichtsinn sie bei der Gründung von Familien vorgehen, das Kapital könne jede beliebige Arbeiterbevölkerung zur Uebervölkerung machen.*)

*) Welche Verwirrung demagogische Absichten in der menschlichen Logik anzurichten vermögen, zeigt uns Karl Kautsky in einer 1880 erschienen Brochüre über den „Einfluss der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft". Er ist einer der wenigen Socialisten, die das Malthus'sche Gesetz nicht einfach verwerfen; es soll richtig sein, aber nur im Socialistenstaate, nicht im gegenwärtigen.

Digitized by Google

Wenn nach Marx die Kapitalisten ganz allein an allem Elend der Arbeiter Schuld sind, so dass man aus seinem Buche die Ansicht gewinnen könnte, jeder Kapitalist sei ein ganz verruchter Schuft, dessen einziges Streben das Verderben aller seiner Nebenmenschen: so denken wir dagegen, dass die äussere Lage des Menschen auf seinen moralischen Kern von sehr geringem, ja vielleicht gar keinem Einfluss sei, dass unter je 1000 Kapitalisten ungefähr eben so viele gute und schlechte Menschen gefunden werden, wie unter je 1000 Arbeitern. Aus diesem Grunde denken wir auch keinen Augenblick daran, die Arbeiter für den von ihnen bezeugten Leichtsinn im Eheschliessen moralisch verantwortlich zu machen. Etwas Anderes sind die Thaten eines Menschen, etwas Anderes sein moralischer Kern. Letzterer ist ewig und unveränderlich, erstere sind ein Produkt der Motive, welche die äusseren Umstände herbeiführen und jenes ewigen Wesens. Zeigen sich die Arbeiter im Eheschliessen leichtsinniger als die Besitzenden, so rührt das von den Umständen her, in welchen sie grosswachsen. Damit ist aber nicht gesagt, dass jener Leichtsinn eine unabänderliche Thatsache bleiben müsse, denn zu den Motiven, welche ihn hervorrufen, kann ein neues kommen, welches ihn aufhebt, und welches schon Malthus in den Vordergrund stellt, die richtige Einsicht, gewonnen durch umfassende Belehrung.

Gegenwärtig sollen die Arbeiter „unangekränkelt von Malthus'scher Gedankenblässe sich den Freuden der Liebe hingeben, wie sie es bisher getan, nicht bloss der Instinkt, nicht bloss ein widerstrebendes Gefühl, sondern auch die Wissenschaft spricht über den Malthus'schen Vorschlag das Todesurteil." Aber „es ist unbestreitbar, dass jeder Versuch, die Lage der unteren Klassen zu verbessern, eine bedeutend schnellere Vermehrung derselben als heutzutage zur Folge haben muss. Nicht unseren Nachkommen in fernen Jahrhunderten, nein, unseren Kindern, ja uns selbst droht die Gefahr einer Uebervölkerung, sobald wir uns an die Lösung der socialen Frage wagen, und wehe euch, ihr Social-Reformer, wenn ihr diese Gefahr nicht rechtzeitig berücksichtigt. In furchtbarer Gestalt wird sie euch mahnen, dass sie mehr ist, als ein Hirngespinnst." Wo ist da auf einmal der „Instinkt" geblieben und das „widerstrebende Gefühl"? Eine solche „Wissenschaft" verurteilt nicht Malthus zum Tode, sondern sich selbst.

Digitized by Google

Socialdemokratische Kuriositäten.

(1885.)

Es gibt unter den Führern der Socialisten Männer von ausserordentlicher Begabung und Gelehrsamkeit, in deren Schriften dennoch sehr extravagante, ja ungereimte Behauptungen aufgestellt werden. Dies kommt davon, dass sie eine doppelte Stellung einnehmen und mit ihren Reden und Schriften zweierlei Absichten verfolgen: sie sind Gelehrte und Agitatoren und wollen ihr Publikum teils aufklären, teils aufreizen. Für die agitatorischen Zwecke scheint es nun vor Allem wichtig, sämtliche gegenwärtige Verhältnisse spottschlecht zu finden und alle Volksklassen zu verdammen oder zu verhöhnen mit Ausnahme derjenigen, deren Führer sie sind, des Proletariats. Diese Tendenz tritt in dem unlängst erschienenen Buche, in welchem uns Friedrich Engels im Anschluss an Lewis Morgans Forschungen auf 146 Oktavseiten über den „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ aufklärt, ziemlich unverhüllt zu Tage.

Wir wollen nicht den ganzen Inhalt dieses Buches hier mitteilen, sondern bloss seine Auslassungen über die Ehe, und zwar hauptsächlich über unsere moderne Ehe. Ursprünglich gab es überall die Gruppenehe, d. h. eine Anzahl von Männern hatte gemeinsam eine Anzahl von Frauen. Die Folge dieser Familienform war das Mutterrecht, es konnte nur die Abstammung von der Mutter, die weibliche Linie gelten, da ja kein Mensch wusste, wer sein Vater sei. So lange das Mutterrecht galt, war die Frau hochgeehrt, ja die Herrscherin im Haushalt. „Die Dame der Zivilisation hat eine un-

Digitized by Google

endlich niedrigere gesellschaftliche Stellung, als das hart arbeitende Weib der Barbarei."

Die Belastung der Weiber mit übermässiger Arbeit bei Wilden und Barbaren gibt Engels zu, sie ist ihm aber kein Beweis ihrer Unterdrückung.

Nun wir kennen die sociale Stellung der Frauen in der Zeit der Wildheit und Barbarei bei jenen Völkern, welche es bis zur Zivilisation gebracht haben, nicht, denn die Geschichte beginnt höchstens mit der „Oberstufe der Barbarei", in welche nach Engels die homerischen Griechen gehören und hier findet er die Stellung der Frauen ganz erbärmlich — wie es für seine Zwecke, aber nicht an sich richtig ist. Was wir von jenen primitiven Entwicklungsstufen wissen, haben wir von Völkern entnommen, die es zur Zivilisation nicht gebracht haben und da finden wir die Frauen in einer keineswegs beneidenswerten Stellung. Ich entnehme kurzer Hand einige Daten aus Roschers „Grundlagen der Nationalökonomie".

„In Neuholland werden die Frauen wohl gar am Tage der Niederkunft von ihren Männern geprügelt. Ihre Köpfe sind zuweilen mit unzähligen Narben bedeckt. Collins meint, aus Mitleid könne man einem dortigen jungen Mädchen lieber den Tod als die Ehe wünschen. Wirklich tödten die südamerikanischen Indianerinnen oft ihre Töchter, um die Lage der Frauen im Allgemeinen dadurch zu heben.

Wie hart bei den nordamerikanischen Ureinwohnern die Weiber gedrückt werden, erhellt am besten aus ihrem völligen Mangel an Putz, während die Männer sehr putzsüchtig sind. Das frühe Abblühen der weiblichen Schönheit bei fast allen rohen Völkern hängt damit zusammen. Australische Frauen überleben selten das 30. Jahr, viele mögen von den Männern gefressen werden, sobald sie anfangen zu altern. Bei den Indianern der Terrafirma sind Vertauschung der Frauen, jus primae noctis der Häuptlinge etc. sehr üblich. In Nordamerika vermieten die Indianer ihre Frauen auf das bereitwilligste für ein Glas Branntwein." Sollte vielleicht das Prügeln und Fressen ein Zeichen hoher Achtung gegen das weibliche Geschlecht sein?

Aus der Gruppenehe entwickelt sich die Paarungsehe, welche darin besteht, dass in der Regel ein Mann nur mit einer Frau lebt, doch ohne festes Band, sie können beliebig auseinander gehen. „Das Eheband ist von jedem Teil leicht löslich und die Kinder gehören nach wie vor der Mutter."

Digitized by Google

Darauf folgt die Monogamie, die sich von der Paarungsehe durch weit grössere Festigkeit des Ehebandes unterscheidet. Damit fällt das Mutterrecht, und „der Umsturz des Mutterrechts war die weltgeschichtliche Niederlage des weiblichen Geschlechts. Der Mann ergriff das Steuer auch im Hause, die Frau wurde entwürdigt, geknechtet, Sklavin seiner Lust und blosses Werkzeug der Kindererzeugung. Diese erniedrigte Stellung der Frau, wie sie namentlich bei den Griechen der heroischen und klassischen Zeit offen hervortritt, ist allmälich beschönigt und verheuchelt, auch stellenweise in mildere Formen gekleidet worden; beseitigt ist sie keineswegs."

Der Grund, weshalb das Mutterrecht abgeschafft wird, ist nach Engels der steigende Reichtum. In der Paarungsfamilie herrscht noch die Frau; hier gibt es noch kommunistische Haushaltung, und diese bedeute die Herrschaft der Frauen. Der Nomadenreichtum aber gibt der Paarungsehe schon einen mächtigen Stoss — also das erste Bischen planmässiger Wirtschaft und produktiver Arbeit!

Eigentümlich ist der Grund, weshalb das Nomadentum die Paarungsehe ruinierte. „Nach der damaligen Arbeitsteilung fiel dem Mann die Beschaffung der Nahrung und der dazu nötigen Arbeitsmittel, also auch das Eigentum an diesen letzteren zu."

Also: Wenn der Mann die Nahrung und die Arbeitsmittel beschafft, dann ist er Eigentümer derselben und dann herrscht er und nicht mehr die Frau. Und dies soll erst auf der Stufe der Nomadie stattfinden! Aber war das in einem gewissen Grade nicht immer der Fall? Haben denn früher die Frauen gejagt und gefischt? oder Boote gebaut und Bogen und Pfeile angefertigt? Wenn auf diese Weise die Herrschaft des Mannes begründet wird, dann war sie immer vorhanden.

Doch weiter! Es handelt sich jetzt darum, die Monogamie zu verhöhnen, da die modernen Kulturvölker monogamisch leben. Die Frauen wurden durch dieselbe erniedrigt, aber diese Erniedrigung rächte sich.

„Mit der Einzelehe treten zwei ständige gesellschaftliche Charakterfiguren auf, die früher unbekannt waren: der ständige Liebhaber der Frau und der Hahnrei. Die Männer hatten den Sieg über die Weiber errungen, aber die Krönung übernahmen grossmütig die Besiegten. Neben der Einzelehe und dem Hetärismus wurde der Ehebruch eine unvermeidliche gesellschaftliche Einrichtung (!) — verpönt, hart bestraft, aber ununterdrückbar. Die sichere Vaterschaft beruhte nach wie vor höchstens auf moralischer Ueberzeugung

Digitized by Google

und um den unlöslichen Widerspruch zu lösen, dekretierte der Code Napoleon Art. 312: L'enfant conçu pendant le mariage a pour père le mari. Das ist das letzte Resultat von 3000 Jahren Einzelehe."

Hierauf erlauben wir uns Folgendes zu bemerken. Entweder muss Engels annehmen, die Männer seien in den 3000 Jahren durchschnittlich Ehebrecher und zugleich Hahnreie gewesen — dann, Herr Engels, müssen Sie Ihre Erfahrungen in sehr schlechter Gesellschaft gesammelt haben, d. h. die Socialdemokraten, die doch sicher den wesentlichsten Teil der Gesellschaft eines Mannes bilden, der die Bourgeoisie nicht bloss hasst, sondern auch gründlichst verachtet, müssen äusserst nichtsnutzige Leute sein — oder aber die ganze Expektoration bedeutet nichts weiter, als dass Gesetze, sobald sie da sind, auch manchmal übertreten werden, vorher nicht. Das ist nun nicht besonders geistreich! Wenn ein Gesetz deswegen schlecht ist, weil es von Manchen übertreten wird, so müsste man nur gleich alle Gesetze — des Staates wie der Sitte — abschaffen, dann würde natürlich keine Uebertretung mehr vorkommen. Dass aber dort, wo die Kinder den Vater beerben sollen, das Gesetz solche Bestimmungen aufstellt, wie: Vater ist der Ehemann, das, verehrter Herr Engels, kommt selbstverständlich davon, dass nicht der Vater die Kinder gebiert, sondern die Mutter. Das, was der Vater bei der Sache gethan hat, kann nie nachgewiesen werden, in keiner Eheform. Solche Gesetze besagen also nicht, dass der Mann regelmässig Hahnrei ist, sondern sie sind nur der Ausdruck der natürlichen Unmöglichkeit, den Vater aus äusseren Merkmalen oder Thatsachen mit Bestimmtheit zu erkennen. Eine andere als moralische Gewissheit oder Ueberzeugung kann es hier gar nicht geben. Das aber glaube ich doch behaupten zu können, dass die allermeisten Männer — Herrn Carl Marx selig mit eingeschlossen — diese moralische Ueberzeugung, die einzig mögliche! — besitzen und dass dieselbe in den allermeisten Fällen sehr wohl begründet ist. Es gehört unter unseren Verhältnissen und Anschauungen schon eine grosse Portion von sittlicher Verkommenheit seitens des Weibes dazu, eines fremden Mannes Kind in die Familie hinein zu praktizieren. Diese Art von Verkommenheit zeigt sich notwendig nach allen möglichen Richtungen hin und solche Weiber sind denn auch zumeist bald erkannt, durchschaut, ruchbar, wenn auch mitunter der Ehemann zuletzt daran glaubt. Aber das ist gleichgiltig und zeugt nicht gegen den Mann! Sie können immerhin in Ihrer Bekanntschaft herumsuchen, wie viele Ehe-

Digitized by Google

frauen im Geruch des Ehebruchs stehen. Zehn gegen Eins: Sie werden verflucht wenige finden.

Auf diese Weise, indem Engels die Ehemänner zu H..... und die Frauen zu Ehebrecherinnen macht, entdeckt er natürlich in der Monogamie lauter „Gegensätze und Widersprüche", wie er sie eben braucht. Daran knüpft sich der wunderbare Satz: „Ich spreche hier natürlich nur von jenen Fällen der Einzelehe, wo das eheliche Leben in Wirklichkeit nach Vorschrift des ursprünglichen Charakters der ganzen Einrichtung verläuft, wo die Frau aber gegen die Herrschaft des Mannes rebelliert. Dass nicht alle Ehen so verlaufen, weiss niemand besser als der deutsche Philister, der seine Herrschaft im Hause nicht besser zu wahren weiss als im Staat, und dessen Frau daher mit vollem Recht die Hosen trägt, deren er nicht wert ist. Dafür dünkt er sich aber auch weit erhaben über seinen französischen Leidensgenossen, dem, öfter als ihm selbst, weit Schlimmeres passiert."

Also: Monogamie ist ausschliessliche Herrschaft des Mannes. Um diese Herrschaft zu charakterisieren, muss die Frau dagegen rebellieren, d. h. Ehebruch treiben. Dann entsteht der wahre Typus der Monogamie, den uns Engels früher schilderte. Das richtige Bild der Herrschaft gibt mithin die Rebellion! Das richtige Bild des Eigentums gibt der Diebstahl! Das richtige Bild der Achtung vor dem Mitmenschen, der Integrität der Person, gibt die Ohrfeige! Nur die Fälle des Ehebruchs brauchen berücksichtigt zu werden, um den Typus der Monogamie zu zeichnen!

Der deutsche Philister, der seine Frau nicht „ausschliesslich beherrscht", nicht wie ein Tyrann behandelt, hat den Typus der Monogamie getrübt, weil seine Frau nicht sehr häufig die Ehe bricht. Der Franzose — müssen wir schliessen — hat die Herrschaft inne und ist darum kein Philister. Dafür ist er ein Hahnrei! Welche kolossale Oberflächlichkeit! Die Franzosen sind ebensowenig durchschnittlich Hahnreie, wie die Deutschen Männer ohne Hosen. Dass ungeheurer Reichtum, wie er sich in grossen Städten (Paris!) sammelt, die Menschen sittenlos macht, ist eine allbekannte Thatsache, ist Schuld der wirtschaftlichen Verhältnisse, nicht der Monogamie.

Wenn in der Gruppenehe die von Morgan Punaluafamilie genannt wird, die Frauen die Hosen tragen, so hat Engels gar nichts dagegen einzuwenden; er kämpft nicht gegen die Herrschaft der Frauen, sondern nur gegen die Herrschaft der Männer. Wenn aber

Digitized by Google

in Deutschland nach seiner Darstellung die Frauen das Scepter führen, so gibt ihm dies sofort Anlass, die Deutschen als Philister zu verhöhnen. Wenn Engels, der doch selbst ein Deutscher ist, von den Deutschen spricht, so thut er dies nicht leicht, ohne ein höhnendes Epitheton beizufügen und Seite 138 spricht er den grossartigen Gedanken aus, dass in dem „neuen deutschen Reich Bismarck'scher Nation Herrscher und Beherrschte gleich komisch erscheinen". Bismarck eine komische Figur, das gegenwärtige Deutschland eine Farce, das ist die neueste Entdeckung des grossen Socialdemokraten.

Doch bezieht sich das Schimpfen hauptsächlich nur auf die Deutschen der Gegenwart.

Den grössten Fortschritt in der Monogamie bewirkten nach Engels die Deutschen, weil bei ihrem Eintritt in die Geschichte „die Monogamie sich noch nicht vollständig aus der Paarungsehe entwickelt zu haben scheint".

Dies schliesst Engels aus drei Umständen:

1) Weil trotz grosser Heilighaltung der Ehe für die Vornehmen Polygamie galt. — Dies soll wohl einen grossen Fortschritt der Monogamie bewirkt haben?

2) Weil der Uebergang zum Vaterrecht erst kurz vorher stattgefunden haben kann. — Darum „begnügten sich die Männer mit Einer Frau und die Weiber lebten eingehegt durch Keuschheit (Tacitus)"?

Und früher sagt Engels, dass die modernen Frauen Ehebruch treiben, indem sie sich der alten geschlechtlichen Praxis erinnern und sie erneuern wollen. Je näher dieser alten geschlechtlichen Praxis, desto lebhafter müsste diese Erinnerung sein und desto weniger Heilighaltung der Ehe könnte dann vorkommen. Der ganze Schluss ist kurios: weil die Monogamie sich noch nicht vollständig aus der Paarungsehe entwickelt hatte, weil deshalb die Vornehmen Polygamie treiben, weil das Mutterrecht mit seinem stets ungewissen Vater noch nicht lange überwunden war, darum bewirkten die Deutschen den grössten Fortschritt in der Entwicklung der Einzelehe. Weil die Monogamie sich noch nicht entwickelt hatte, darum entwickelte sie sich hier am besten und schönsten! Das Eheband wird sehr fest, weil man der ganz leicht löslichen Paarungsehe noch nahe stand. Das Letztere war doch bei allen Völkern zu der Zeit, wo die Monogamie entstand, der Fall!

Digitized by Google

3) Waren die Frauen hoch geachtet und einflussreich, was in direktem Gegensatz zur monogamischen Männerherrschaft steht.

Dieser Gegensatz ist von Engels erfunden. Das Charakteristische der Paarungsehe ist — wie er kurz vorher sagt — dass Vielweiberei und gelegentliche Untreue Recht der Männer bleibt, während von den Weibern für die Dauer des Zusammenlebens meist strengste Treue verlangt und ihr Ehebruch grausam bestraft wird.

Ist das Achtung gegen Frauen?

Die klassische Form der Monogamie = Männerherrschaft findet Engels bei den Griechen der Heroenzeit. Stehen dort die Frauen nicht geachtet und einflussreich da?

„Die ganze Odyssee ist ein Lobgesang auf Penelope."

„Solche Frauen also kannte Homer, denen selbst unsere hochgebildeten Frauen mit Ehrfurcht nahen würden."

„In beiden Gedichten treten tadellose und edle Frauen als Zeuginnen für den gesunden Sinn der Männer auf, die in ihnen die kluge Hausfrau achteten, die Mutter ihrer Kinder liebten, für sie kämpften und keine Gefahr scheuten, wenn es ihre Verteidigung galt."

„So war die Liebe der Griechen tief und innig, nicht sich erschöpfend in reichem Wortfluss, nicht die Schranken überwogend, die ihr besonnene Klugheit setzte, weshalb sie denen kalt scheint, die nur in der modernen Ueberschwänglichkeit der Rede Leidenschaft erkennen wollen".*)

„Im heroischen Zeitalter standen die Frauen den Männern, wenn auch das eheliche Band nicht zu fest geschlungen war, geehrt und mit dem Ruhm aller häuslichen Tugend und Sittenreinheit zur Seite".**)

„Die Ehe erscheint fast überall als ein höchst glückliches Verhältnis, in welchem Gatte und Gattin, welche oft die ehrwürdige genannt wird, in treuer Liebe verbunden sind".***)

„Aus den Aeusserungen, die darüber sich in den homerischen Gedichten finden, zu schliessen, mangelte keineswegs Achtung und

---

*) Friedrich Jacobs, Vermischte Schriften, IV. Teil (im Aufsatz: „Beiträge zur Geschichte des weiblichen Geschlechtes." S. 234, 235 u. 290). Leipzig 1830.

**) G. Bernhardy, Grundriss der griechischen Litteratur, Halle 1836, I. § 46.

***) K. G. Helbig, Die sittlichen Zustände des griechischen Heldenalters, Leipzig 1839, S. 81.

Digitized by Google

Liebe zu braven Hausfrauen und Verkehr mit Sklavinnen schien dieser keinen Eintrag zu thun".*)

„Die ganze Odyssee ist ein Lobgesang auf Penelope." „Gleicherweise erscheint die Gemahlin des Alkinoos hochgeehrt wie eine Göttin im Volke und mit edlem Sinne und Einsicht begabt, selbst die Zwiste der Männer schlichtend."

„Und wo in der ganzen Heldenpoesie gibt es eine schönere ehliche Liebe als die des troischen Helden und seiner Gattin?"

„Selbst Helena, die Urheberin des ganzen Kriegs, wird stets mit so viel Achtung beurteilt als ihre That es nur immer gestattet".**)

„In den griechischen Heroen- und Königssagen finden wir die Frauen als die steten Genossinnen der Ehren wie der Leiden ihrer Gemahle. Sie nehmen Teil an dem Geschick derselben, ja sie greifen oft lenkend in dasselbe ein".***)

„Der Gedanke, dass die Ehen im Himmel geschlossen werden, ist den homerischen Menschen nicht fremd."

„Das rechte Verhalten des Mannes gegen seine Frau spricht Achilleus aus."

(— Ein jeglicher Mann, der edel und weis' ist,
Liebt und pflegt die seine mit Zärtlichkeit.
Ilias IX. 341.)

„— dass die Hausfrau dem Manne nicht als bloss unterwürfige Dienerin und Bettgenossin, sondern als gleiche Lebensgefährtin gegenüber steht, in dem von der Natur dem Weibe angewiesenen Wirkungskreise ebenso geachtet, als der Mann in dem seinigen".†)

„Obgleich der Bräutigam sich durch Geschenke die Braut gewissermassen erkaufte, so machte dieser Kauf doch nicht die Frau zur Ware, denn sie ist nicht willenlose Sklavin des Mannes, sondern sie steht innerhalb der Familie, die notwendigen und durch das Geschlecht gesetzten Beschränkungen ausgenommen, dem Manne gleich und nur in der jedem Gatten zustehenden Beschäftigung findet ein wesentlicher Unterschied statt. Die Ehe selbst erscheint in einer erhabenen und sittlichen Bedeutung, welche aus mehreren Zügen der

*) W. Wachsmuth, Hellenische Altertumskunde aus dem Gesichtspunkte des Staats. 2. Ausgabe, Halle 1846, II. Bd. S. 384.

**) E. v. Lasaulx, Zur Geschichte und Philosophie der Ehe bei den Griechen, München 1852, S. 17 u. 18.

***) Gustav Klemm, Die Frauen. Dresden 1855, III. Bd. S. 18.

†) G. F. Schömann, Griechische Altertümer, Berlin 1855, I. S. 53 f.

Digitized by Google

homerischen Zeit unverkennbar hervorleuchtet. — Die Ehe der Menschen und ihr Glück stehen unter besonderer göttlicher Fügung; die Götter geben dem Jüngling die Braut O. XV. 26 und segnen die Ehe des Mannes, dem sie wohlwollend sind O. IV. 208; wir finden die meisten Helden als Gatten und die eheliche Verbindung wird durchaus als ein wünschenswertes und glückliches Verhältnis betrachtet Il. IX. 398, O. XV. 126 etc. Nach einer langjährigen Ehe nannte der Mann seine Frau mit dem ehrenvollen und schmeichelnden Namen „meiner Jugend Vermählte" Il. I. 114. So erscheint die Ehe durchgehends von einer reinen und edlen Seite aus."

„Unter allen diesen Verhältnissen, sie mögen das Familien- oder Volksleben berühren, bemerken wir durchgehends eine, bei weitem mehr als in der späteren Zeit hervortretende, den Frauen bewiesene Achtung".*)

Die ganze Aufstellung, dass die Monogamie die Frauen herabdrücke und dass die griechische Heroenzeit, in welcher die klassische Form der Monogamie erscheine, dies beweise, ist eben falsch.

Und dann! Wenn die Monogamie sich bei den Deutschen zur Zeit ihres Auftretens in der Geschichte rasch entwickelte und Monogamie gleichbedeutend mit Männerherrschaft und Frauensklaverei ist, wenn die Frauen durch den Uebergang zum Vaterrecht in Knechtschaft verfallen — warum sollte dies nicht auch bei den Deutschen geschehen sein? Oder wenn die historische Nähe der Paarungsehe die Frauen geachtet erhält, warum blieben sie im Beginn der Monogamie nicht überall geachtet?

Warum greift Engels zu solchen Scheingründen, um die bessere Stellung der Frauen bei den Deutschen zu erklären? Weil er keine Art von Individualität gelten lassen will, auch nicht die Volksindividualität. Deutsche oder Irokesen, das ist Alles Eins, ebenso wie Mann und Frau durchaus gleich sein müssen, damit für Alle derselbe socialdemokratische Brei gleichmässig passt. Alle sind von Natur gleich, die Ungleichheit ist nur auf künstlichem Wege, durch „gesellschaftliche Triebkräfte", nämlich durch die Schlechtigkeit der Menschen herbeigeführt und muss daher wieder beseitigt werden.

Doch weiter!

Mit der Gestalt, welche die Einzelehe bei den Deutsehen an-

---

*) J. B. Friedreich, Die Realien in der Iliade und Odyssee. 2. Ausgabe, Erlangen 1856, S. 204 u. 212.

Digitized by Google

genommen hatte, war erst die Möglichkeit gegeben, „auf der sich aus der Monogamie — in ihr, neben ihr oder gegen sie, je nachdem — der grösste sittliche Fortschritt entwickeln konnte, den wir ihr verdanken: die moderne individuelle Geschlechtsliebe, die der ganzen früheren Welt unbekannt war."

Also früher gar keine individuelle Geschlechtsliebe? Einen weitläufigen Gegenbeweis zu liefern ist doch wohl überflüssig. Ich erlaube mir bloss daran zu erinnern, dass schon im ersten Buch Moses, also doch etwas früher, Beispiele von individueller Geschlechtsliebe vorkommen.

„Und Jakob gewann die Rahel lieb und sprach: Ich will dir sieben Jahre um Rahel, deine jüngste Tochter, dienen."

„Also diente Jakob um Rahel sieben Jahre, und däuchten ihn, als wären es einzelne Tage, so lieb hatte er sie."

Und Jakob liebte auch die Söhne der Rahel mehr als seine anderen Söhne (Moses Kap. 37, 4, Kap. 42, 4 und 38 und das ganze Kap. 48).

Wie viele moderne Liebhaber würden wohl sieben Jahre um ihre Angebetete dienen?

Monogamie war also die einzige Familienform, unter der sich die moderne Geschlechtsliebe entwickeln konnte. Aber damit ist nicht gesagt, meint Engels, dass letztere sich „ausschliesslich oder nur vorwiegend in ihr, als Liebe der Ehegatten zu einander entwickelte", „die ganze Natur der festen Einzelehe unter Mannesherrschaft schloss aus", dass Liebe unter den Ehegatten bestand.

Wie hiernach die individuelle Geschlechtsliebe nur unter der Monogamie, welche das Weib degradierte und die Gattenliebe ausschloss, entstehen konnte, ist sehr wunderbar.

Aber wir werden gleich aufgeklärt, weshalb keine Gattenliebe stattfinden darf. Es gibt nämlich „herrschende Klassen", denen man diesen „grössten sittlichen Fortschritt" nicht gönnen kann und die eben monogamisch leben.

Darum erfahren wir sofort, dass „bei allen herrschenden Klassen die Eheschliessung Sache der Konvenienz blieb", worüber wir später noch ein Wort zu sprechen gedenken.

Die erste geschichtlich auftretende Form der Geschlechtsliebe als Leidenschaft war die ritterliche Liebe des Mittelalters.

Und diese war keineswegs eine eheliche Liebe.

Hierauf bemerken wir vor Allem, dass diese Sorte von Liebe

Digitized by Google

— die „Leidenschaft“ — nie eine dauernde Liebe sein wird. Die Leidenschaft erlischt bald im Genuss. Wenn die Ehe keinen anderen Zweck hat als leidenschaftlichen Liebesgenuss, dann ist sie freilich eine grundfalsche Einrichtung, besonders falsch für die Männer. Dennoch ist sie ein Gesetz, das Männer gegeben! Es ist eben unrichtig, die Ehe lediglich als ein Institut für höchste sinnliche Befriedigung anzusehen; sie hat noch ernstere Zwecke und diese bestimmten ihr Gesetz und machten sie fest. Diejenigen, die nur an das Individuum denken, speziell an das „liebesbedürftige“ erwachsene Individuum, die wollen freilich keine feste Ehe und auch sonst kein Gesetz — wie Bebel u. A. Und wo eines besteht, beweisen sie dessen Unrichtigkeit durch dessen Uebertretung. Es ist doch gewiss höchst merkwürdig, dass Engels, der über den Ursprung der Familie schreibt, dabei die Kinder gar nicht berücksichtigt, als ob es nicht gerade die Kinder wären, welche der Ehe ihre feste Gestalt gaben. Aber freilich: Kinder sind ein Hindernis des kommunistischen Optimismus; sie ergeben Pflichten, sie machen das Geschlechtsverhältnis sehr ernst und das passt nicht in den brutal materialistischen Quark.

Sodann ist es allerdings richtig, dass die ritterliche Liebe des Mittelalters direkt auf den Ehebruch lossteuerte, dass „die Albas in glühenden Farben schildern, wie der Ritter bei seiner Schönen — der Frau eines Andern — im Bett liegt“. Aber so wenig die romantische Dichtung die erste oder höchste oder gesundeste Poesie ist, so wenig ist diese romantische Liebe die erste oder höchste oder gesundeste Art von individueller Geschlechtsliebe. Sie ist vielmehr eine Unnatur, eine Verirrung, eine Verkommenheit des „halb geckenhaften, halb brutalen Rittertums“ (Schopenhauer).

Das Charakteristische der individuellen Geschlechtsliebe ist doch sicherlich das Streben nach dem ausschliesslichen und dauernden Besitz des geliebten Gegenstandes. Hier aber findet ein regulärer Mitbesitz des Ehemannes statt, vor dem die wahre individuelle Liebe sich ekeln müsste. Aber die Gefahr, die hier droht, ist das „Romantische“. Draussen steht der Wächter, der dem Ritter zuruft, „sobald das erste Morgengrauen aufsteigt, damit er noch unbemerkt entweichen kann“. Darin liegt eben die Romantik; wäre keine Gefahr, wie beim ehelichen Besitz, dann auch nichts von dieser Liebe. Das Charakteristische ist ferner, dass der leidenschaftliche Ritter „schön umirrend“ sich um seine eventuellen Kinder nicht zu kümmern

Digitized by Google

braucht und auch nicht kümmert, gerade wie man es von der Lüderlichkeit dieser Sorte von Liebe erwarten muss. Das ist nun freilich bequem, aber Liebe möchte ich so etwas nicht nennen, wenigstens ist es eine sehr niedrige Sorte von Liebe. Solche Ritter kommen auch heute noch vor, aber kein Mensch findet in ihren Thaten den Typus der Liebe, es ist vielmehr ganz gewöhnlicher Egoismus, der sie bewegt. Im eigentlichen deutschen Heldenzeitalter, wie es in den Niblungen erscheint, kennt man wohl die individuelle Geschlechtsliebe, aber nicht die Romantik; man liebt das Mädchen, welches man heiraten will. Als das Heldentum einen geckenhaften Anstrich bekam, da wurden auch die geschlechtlichen Beziehungen vergeckt und die „Damen" vergöttert, was eben so falsch ist wie die Knechtschaft der Weiber.

Wir kommen nun speziell auf die heutige Ehe zu sprechen. Morgan sagt: Die monogamische Familie habe sich verbessert seit dem Beginn der Zivilisation und sehr merklich in der modernen Zeit. Engels schimpft gerade über die moderne Ehe und besonders über die Völker, bei denen sich die Ehe am meisten verbessert hat, wo die Frau am meisten dem Manne gleichgestellt ist.

Er unterscheidet hiebei die katholischen und protestantischen Länder.

In den ersteren verheiraten die Eltern ihre Kinder nach Belieben, daher „üppiger Hetärismus auf Seiten des Mannes, üppiger Ehebruch auf Seiten der Frau."

Und — fügen wir hinzu — üppige Leichtfertigkeit auf Seiten des Autors.

Die Süddeutschen, Männer und Frauen, die katholischen Westfalen sind nicht anders in der Ehe als die protestantischen Norddeutschen, die katholischen Schweizer nicht anders als die protestantischen. Wenn die Italiener, Spanier, Franzosen schlimmer sein sollten, so liegt der Grund nicht im Katholizismus, sondern anderswo, vielleicht in der Race. Oder wenn der Katholizismus auf die eheliche Treue einen schlimmen Einfluss haben sollte, so gibt es doch Volksindividualitäten, die diesen Einfluss überwinden. Und daraus, dass die Eltern Einfluss nehmen auf die Verheiratung ihrer Kinder — was wenigstens bei den katholischen Deutschen unbedingt nicht in höherem Masse der Fall ist, als bei den protestantischen — folgt noch lange nicht, dass die Ehegatten Ehebrecher werden. Die Juden schliessen fast ausnahmslos sogenannte Konvenienzehen — durch

Digitized by Google

Mittelspersonen unter Leitung der Eltern, und die eheliche Treue ist bei den Juden mindestens ebensogut bewahrt wie bei den Christen.

Und ausserdem kommt hier auf einmal der Faktor Religion in Betracht. Wie stimmt das zu Engels sonstigen Ausführungen? Wenn hier die Religion wirksam ist, warum war sie nicht immer wirksam? Und wenn sie immer wirksam war, dann kann man nicht eine Geschichte der Ehe schreiben ohne Rücksicht auf die religiösen Vorstellungen.

In protestantischen Ländern hat der Bürgerssohn mehr Freiheit, „wonach ein gewisser Grad von Liebe der Eheschliessung zu Grunde liegen kann und auch anstandshalber stets vorausgesetzt wird, was der protestantischen Heuchelei entspricht. Hier wird der Häterismus des Mannes schläfriger betrieben und der Ehebruch der Frau ist weniger Regel. Da aber in jeder Art Ehe die Menschen bleiben, was sie vor der Ehe waren, und die Bürger protestantischer Länder meist Philister sind, so bringt es diese protestantische Monogamie im Durchschuitt der besten Fälle nur zur ehelichen Gemeinschaft einer bleiernen Langeweile, die man mit dem Namen Familienglück bezeichnet."

Darüber ist nun wirklich nicht viel zu sagen. Wer in dem deutschen Familienglück nichts weiter sieht als Langeweile, für den ist eben das Familienglück langweilig, der muss sich ein anderes suchen. Es scheint fast, als ob Engels meinte, das Familienglück werde erst durch Ehebruch und Häterismus kurzweilig. In das Familienglück gehört eben nicht bloss die Geschlechtsliebe, sondern auch die Kinderliebe und bei Engels sieht es aus, als ob die Kinder vollkommene Nebensache wären. Ein kleiner Kreis von durch Liebe und Pflichtgefühl verbundenen Menschen ist freilich für den teilnahmslosen Beobachter kein Objekt von besonderem Interesse. Ehen ohne Liebe scheinen nicht das Richtige zu sein, Ehen aus Liebe auch nicht, also wohl die Ehe überhaupt nicht.

Dass die Menschen in der Ehe ungefähr dieselben bleiben, die sie vor der Ehe waren, das ist allerdings richtig. Aber daraus folgt wahrlich nichts gegen unsere Ehe. Waren die Brautleute langweilig, so wird auch das Ehepaar nicht sehr interessant sein. Daran ist aber weder die Monogamie noch der Protestantismus Schuld. Die meisten Menschen sind eben unfähig heftiger und dauernder Gefühle und Leidenschaften und gerade darum brauchen wir die „feste Monogamie".

Digitized by Google

Unter Philister versteht Engels offenbar Jeden, der nicht lüderlich ist oder allenfalls Menschen, die innerhalb irgend welcher bestehenden Verhältnisse — den anarchistischen Socialismus der Zukunft ausgeschlossen — sich ein wenig behaglich fühlen, die also nicht mit ihm alles Bestehende verwerfen. Doch muss, wie es scheint, noch eine Qualifikation dazu kommen: der Betreffende muss ein Deutscher sein. Denn sofort nach obiger Expektoration vergleicht Engels den französischen Roman mit dem deutschen und findet ersteren interessant, weil darin der Ehemann Hörner, den letzteren langweilig, weil der Held die Heldin kriegt. Hiegegen wäre zu bemerken, erstens, dass in der Mehrzahl der französischen Romane doch nicht der Ehemann Hörner, sondern der junge Mann das junge Mädchen kriegt; und zweitens, dass der deutsche Roman doch in der Regel nicht das nach Engels Ansicht so langweilige Familienglück darstellt, sondern die Entstehung und Entwicklung der individuellen, leidenschaftlichen Geschlechtsliebe, welche nach Engels der „grösste sittliche Fortschritt“ ist. Mit der Eheschliessung schliesst zumeist auch der deutsche Roman. Wünscht Herr Engels vielleicht, dass die sich leidenschaftlich Liebenden nicht heiraten sollen? Einer der schönsten Romane der Welt, ein unsterbliches Werk, das noch keinen Mann von Verstand und Geschmack gelangweilt hat (ich erinnere an das Urteil Goethe's darüber, der freilich auch ein deutscher Protestant und also vermutlich ein Philister, jedenfalls kein Socialdemokrat war), ist der Manzoni's: die Verlobten. Hier kommt auch kein Ehebruch vor, sie kriegen sich und der Verfasser gehört einer nach Engels Ansicht sehr ehebrecherischen, weil katholischen und romanischen Nation an.

Es handelt sich für Engels wesentlich darum, über die Deutschen zu schimpfen. Er kann es nicht zugeben, dass in Deutschland viel häusliches Glück zu finden ist, weil es nach seinen Grundsätzen ein solches gegenwärtig, wenigstens im Bürgerstande, entschieden nicht geben darf. Der Bürgerstand muss nach allen Richtungen erbärmlich sein. Engels hat seine strenggläubigen Anhänger hauptsächlich in Deutschland und es gilt vor Allem, die deutschen Arbeiter gegen alle deutschen Lebensverhältnisse aufzuhetzen. Wo der Beweis ihrer Erbärmlichkeit unmöglich, da tritt als Ersatz die Entstellung und der frivole Spott auf, der Engels sogar verleitet, es zweifelhaft zu lassen, ob nicht die französische Ehebruchsehe höher steht als die deutsche Ehetreue.

Digitized by Google

Warum schimpft Engels nicht auch einmal zur Abwechslung über die Dänen, Schweden, Norweger, Engländer und Nordamerikaner? Diese Nationen stehen doch auch nicht im Geruche besonderer Geschicklichkeit auf dem Gebiete des Ehebruchs und schreiben auch nicht viel Ehebruchsromane, sondern meistens „kriegt er sie!“ Aber die Deutschen allein müssen verhöhnt werden und wenn sonst nichts zu machen ist, so gibt ihnen Engels doch wenigstens das Epitheton „brav“, das in seinem Sinne etwa soviel wie schafsköpfig bedeutet. Nur die Schweizer werden in ähnlicher Weise behandelt, indem er sie durch das Beiwort „bieder“ lächerlich zu machen sucht auf S. 139, wo nachgewiesen wird, dass die Schweiz an denselben Gebrechen der demokratischen Republik leidet, wie Amerika und Frankreich, die jedoch durch kein Beiwort verspottet werden. Aber die Schweizer sind ja zum grössten Teil Deutsche, darum —.

Nachdem die hübschen Spezialmerkmale der katholischen und protestantischen Ehe dargelegt sind, findet Engels in einem wichtigen Punkte beide doch übereinstimmend: die Heirat wird durch die Klassenlage der Beteiligten bestimmt und ist insoferne Konvenienzehe. — Also wenn ein Bourgeoissohn unter 10 000 Bourgeoistöchtern die Wahl hat und diejenige wählt, die er liebt und die ihn liebt — dennoch Konvenienzehe, bloss weil er nicht eine Proletarierin nimmt! Man begreift vielleicht nicht sofort, warum Engels so vertraktes Zeug behauptet, doch er sucht uns alsbald darüber aufzuklären.

„Wirkliche Regel im Verhältnis zur Frau wird die Geschlechtsliebe und kann es nur werden unter den unterdrückten Klassen, also heutzutage im Proletariat — ob dies Verhältnis nun ein offiziell konzessioniertes oder nicht.“

Das ist des Pudels Kern: Die Proletarierehe oder das Proletarierkonkubinat das Ideal! Wenn ein wohlhabender Mann in seiner Klasse heiratet, also unter vielen Frauen, die auch wohlhabend sind, sich die Liebste auswählt — dann gibt es eine Konvenienzehe. Wenn ein Proletarier in seiner Klasse heiratet, also unter vielen Frauen, die kein Vermögen besitzen, sich die Liebste auswählt — dann gibt es eine Liebesehe.

Die zahlreichen Mitglieder der Gesellschaft, die durch ihre Bildung zur Bourgeoisie gehören und sich dazu rechnen, aber kein Vermögen besitzen und Frauen ohne Vermögen heiraten — was besonders in Deutschland sehr häufig vorkommt — werden natürlich gar nicht berücksichtigt.

Digitized by Google

„Hier (im Proletariat) sind aber auch alle Grundlagen der klassischen Monogamie beseitigt. Hier fehlt alles Eigentum, zu dessen Bewahrung und Vererbung ja gerade die Monogamie und die Männerherrschaft geschaffen wurden, und hier fehlt damit auch jeder Antrieb, die Männerherrschaft geltend zu machen."

Ein schöner Schluss! Die Geschlechtsliebe — die höchste Form der Familie — kann nur stattfinden, wenn beide Teile bettelarm sind. Nun, dann wären ja unsere Proletarier am besten daran, sie genössen das höchste Glück, und es wäre ihnen nur zu raten, dass sie in ihrem gegenwärtigen Zustand blieben.

Aber haben sie denn wirklich kein Eigentum? Ich denke, dass der Arbeiter seinen Lohn doch als sein Eigentum ansieht. Dann ist aber auch der Grund für die Männerherrschaft da, wenn diese lediglich auf dem Eigentum beruht. Und auf dieser Grundlage übt denn auch der Proletarier häufig eine Herrschaft über seine Frau, die an Intensität ihres Gleichen sucht. Er verkneipt seinen Lohn am Zahlungstag und prügelt dann die Frau, wenn sie Geld für den Haushalt verlangt. Wenn das Eigentum Grundlage der Männerherrschaft ist, muss es dann mit der Gleichberechtigung der Frauen nicht gerade in Bourgeoisfamilien im e. S. am besten stehen, wo auch die Frau ein entsprechendes Vermögen besitzt, also materiell vom Manne unabhängig ist? Braucht sie sich hier nicht am wenigsten von dem „Kerl" gefallen zu lassen? Ueberhaupt scheint im Güterleben desto weniger Anlass für den Mann vorhanden zu sein, die Frau zu tyrannisieren, je wohlhabender die Familie ist. Wenn das Einkommen nur knapp für den Unterhalt reicht und der Mann hat irgend welche Gelüste, die er neben dem Unterhalt der Familie nicht bestreiten kann, dann ist der Konflikt gleich da und die stärkere Faust siegt. Die Frau muss von ihm Geld verlangen, und er will es nicht geben.

Schon deshalb — abgesehen von der Bedeutung der Geistesbildung für das eheliche Glück, die Engels ja nicht berücksichtigen darf, weil er sonst das grösste Eheglück in die Mittelklassen versetzen müsste — sind die ehelichen Zustände innerhalb der Arbeiterklasse im Durchschnitt um so trauriger, in je tiefere Schichten man hinabsteigt, also je weniger „Eigentum" vorhanden ist. Die oberen Klassen der Arbeiter suchen, gerade wie die elendiglichen Bourgeois, für ihre Kinder ein kleines Erbe zu sammeln, sie streben nach Eigentum. Mangel an genügendem Einkommen darf man doch sicher nicht als eine Bürgschaft des ehelichen Glücks betrachten. Uebergrossen

Digitized by Google

Reichtum freilich auch nicht, der macht den Menschen zu egoistisch. In dem Masse als man die ökonomische Lage der Arbeiter verbessert, verbessert man auch ihre ehelichen Verhältnisse. Wo jene schlecht sind, sind in der Regel auch diese schlecht und heutzutage ist demnach die Proletarierehe jedenfalls kein Ideal. Ausnahmen kommen auch in den tiefsten Schichten der Gesellschaft vor, so gut wie in den höchsten, bei Fürsten und Millionären. Engels meint: Wo die Frau in der Fabrik das tägliche Brod erwerben muss, da sei dem letzten Rest der Männerherrschaft in der Proletarierwohnung aller Boden entzogen, womit implicite zugegeben wird, dass auch der Lohn ein die Männerherrschaft begründendes „Eigentum" ist. Er setzt aber sogleich vorsichtig und sophistisch hinzu — „es sei denn etwa noch ein Stück der seit Einführung der Monogamie eingerissenen Brutalität gegen Frauen".

Der Erwerb der Frau hindert keineswegs die Männerherrschaft. Der socialdemokratische Geschichtsforscher, der auf seinen Materialismus stolz ist, sollte doch begreifen, dass die Herrschaft über die Frau, wie alle Herrschaft, auf dem „Recht des Stärkeren" beruht und der Stärkere ist hier immer der Mann, wenn die Frau nicht durch die Gemeinschaft, den Staat, die Gesetze, oder durch Sitte und Bildung geschützt ist. Der Mann nimmt der Frau ihren Erwerb ab und sie kann es nicht hindern, sonst haut er sie.

Oder bedenken wir folgendes: Wenn der Erwerb die Herrschaft bestimmt und die Frau ist die Ernährerin der Familie, dann herrscht hier die Frau. Sollte das Engels Ideal sein? Aber dann darf er doch nicht über die deutschen Philister schimpfen, deren Frauen die Hosen tragen. Die Brutalität gegen Frauen, die Engels so nebenbei zugibt, sollen die armen Proletarier aus der Monogamie herüberbekommen haben. Aber dort, wo die Monogamie nach ihm unbestritten herrscht, bei den Besitzenden, gerade da finden wir die Brutalität nicht oder doch nur als seltene Ausnahme und nicht als Folge der Monogamie, sondern als Folge eines brutalen Charakters. Engels wird doch wohl zugeben, dass es zu allen Zeiten verschiedene Charaktere gegeben hat, darunter auch solche, die wir brutal nennen?

Dass die Familie des Proletariers keine monogamische mehr sei, ist doch wohl nur ein socialdemokratischer Spass von Engels. Zur Begründung dieser Behauptung gibt er an, dass die Frau das Recht der Ehetrennung thatsächlich wieder erhalten habe, wenn man sich nicht „vertragen kann, geht man lieber auseinander". Ei, dieses

Digitized by Google

Recht davonzulaufen findet man gerade bei den höchsten Ständen, z. B. bei den ehebrecherischen französischen Millionären, „thatsächlich“ wieder hergestellt; dieses Recht, das in Engels Augen wohl die höchste Stufe der Familie darstellt, hat aber „thatsächlich“ nur Bedeutung, wenn der Mann gegen die Frau sehr brutal ist, daher allerdings bei der idealen Proletarierehe. Die Frau läuft dem Mann davon, wenn er sie zu arg misshandelt. Oder sollten Engels Gedanken weiter gehen, etwa zur freien Liebe? Dann haben wir keine „Familienform“ mehr, die Familie ist dann aufgelöst, es ist ein Geschlechtsverkehr wie zwischen Tieren; nicht das Ende, die höchste Stufe der Entwicklung, sondern der Anfang, der unterschiedslose Geschlechtsverkehr, die unterste Stufe der Wildheit, wenn auch heute bei der grossen Bevölkerungsdichtigkeit nicht mehr Eltern mit Kindern, Brüder mit Schwestern zu verkehren brauchen, wie damals, als die Menschen nach Engels auf den Bäumen lebten. Und wenn auch hier eine „individuelle Geschlechtsliebe“ zwischen Vater und Tochter, Bruder und Schwester wirklich ausbrechen sollte, von welchem Standpunkte aus könnte Engels die Vereinigung verbieten? Gesetz und Gewalt scheinen bei Engels Anschauungen nie berechtigt, nur eine Folge verkehrter Entwicklung der leidigen Zivilisation, die Engels samt ihrem Hauptprodukt, dem Staat, in die Rumpelkammer, „ins Museum der Altertümer“ werfen will. Also prosit Wildheit! Uebrigens hatte die Frau das Recht der Ehetrennung auch bei den Römern, welche doch unzweifelhaft, nach Engels eigener Ansicht, monogamisch lebten. Soweit eine Ehetrennung überhaupt stattfindet, hat die Frau fast in allen modernen Staaten ganz dieselben Rechte, sie zu verlangen, wie der Mann. Aber Engels will freilich keine Rechte in juristischem Sinn, er versteht hier unter Recht nur die thatsächliche Möglichkeit davonzulaufen und die gefällt ihm offenbar ausserordentlich.

„Wenn man sich nicht vertragen kann, geht man lieber auseinander.“ Warum bloss, wenn man sich nicht vertragen kann? Warum nicht auch gleich, wenn Einem ein Anderer oder eine Andere besser gefällt? Was mit den Kindern geschehen soll, darnach frägt der materialistische Geschichtsforscher gar nicht; die Ehe ist nur eine Vergnügungsanstalt für geschlechtsreife Menschen. Ist das sociale oder atomistische Auffassung? Ist das Schweinerei oder Humanität? Für nichtsnutzige Kerle könnte man sich allerdings keine bessere „Familienform“ wünschen; nachdem sie sich vergnügt, gehen sie lustig

Digitized by Google

davon zu neuem Vergnügen. Ein braver Mann (Engels spottet natürlich über jeden braven Mann, der Pflichten anerkennt) bleibt bei seiner Frau, auch wenn er sie nicht mehr so „leidenschaftlich“ liebt, wie der Ritter seine Ehebrecherin, schon der Kinder wegen, und lebt in Frieden und Eintracht, guckt nicht nach andern aus — der Philister.

Aber die Gesetze und der Zwang sind hauptsächlich für diejenigen da, auf deren Einsicht und Moral man sich nicht verlassen kann, und sind da, soweit sie die Ehe betreffen, nicht im Interesse der leichtfertigen Burschen selbst, sondern der jungen Generation, für welche die „feste“ Monogamie als Familienform das Gedeihlichste ist, gedeihlicher als der fabrikmässige Grossbetrieb der Kinderaufzucht, der den Kommunisten als Ideal vorschwebt und zu dem auch der durch und durch individualistische, egoistische und materialistische Standpunkt der Socialdemokratie (nicht des Socialismus überhaupt, denn die Socialdemokraten des Herrn Marx haben nicht das Monopol des Socialismus) nolens volens hindrängt. Wenn diese Herren, die alle Unterschiede zwischen Mann und Frau aufheben wollen, es doch dahin brächten, dass entweder auch die Männer Kinder gebären und säugen könnten, oder dass man die Kinder etwa auf Mistbeeten zu ziehen vermöchte — natürlich ohne Schädigung der individuellen Geschlechtsliebe und ihrer Evolutionen! — dann hätten sie doch endlich alle die edlen, zarten Gefühle, welche nur in der „festen Monogamie“ sich erhalten können und die den Socialdemokraten als „Philisterheuchelei“ ein Gräuel sind, definitiv beseitigt und die Geschichte der menschlichen Gesellschaft wäre für eine rein materialistische Auffassung allein wirklich verständlich.

Dabei wollen wir es bewenden lassen. Engels hat schon viel Besseres geschrieben als dies Buch, in welchem seine Emigrantenverbissenheit selbst seiner Logik böse Streiche spielt. Ein besonders interessantes Beispiel dieser Art möge hier noch angeführt werden. Seite 17 lesen wir:

„Die hergebrachte Vorstellung kennt nur die Einzelehe, daneben Vielweiberei Eines Mannes, allenfalls noch Vielmännerei Einer Frau, und verschweigt dabei, wie es dem moralisierenden Philister ziemt, dass die Praxis sich über diese von der offiziellen Gesellschaft gebotenen Schranken stillschweigend aber ungeniert hinwegsetzt.“

Wie? Wir kennen etwas gar nicht uud verschweigen es? Freilich, freilich, was wir gar nicht kennen, davon sprechen wir nicht leicht.

Digitized by Google

Und wir setzen uns über Polygamie und Polyandrie hinweg? Um Gotteswillen, was thun wir denn noch Aergeres?

Logisch scheint das nicht zu sein; vielleicht ist es, als Pendant zu der von C. Marx „vor 40 Jahren entdeckten, materialistischen Geschichtsauffassung", eine neue Sorte von Dialektik.

Digitized by Google

Gustav Cohn's

„ethische" Nationalökonomie.

(1886.)

Gustav Cohn, bekannt durch seine Bücher über das englische Eisenbahnwesen, sowie durch seine zahlreichen Aufsätze in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik, in der Tübinger Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, in der „Augsburger" resp. „Münchner Allgemeinen Zeitung" etc„ hat ein Buch*) veröffentlicht, welches „in systematischer Einheit dasjenige darlegen soll, was man sich heute unter Nationalökonomie als ethischer Wissenschaft zu denken hat" (siehe Vorrede).

Das Werk ist, wie uns das Titelblatt sagt, zum „Lesebuch für Studierende" bestimmt. Trotz des in der Geschichte der Litteratur geradezu unerhörten Lobes, welches der christlich-sociale Berliner Nationalökonom Adolf Wagner demselben in Conrad's „Jahrbüchern"**) spendet, möchten wir die Behauptung wagen, dass es weder als Lesebuch schlechtweg noch als Lesebuch für angehende Nationalökonomen einen besonders hohen Rang einnimmt.

Wagner lobt ganz insbesondere Cohn's Styl, desgleichen in den Kreisen der deutschen Gelehrtenwelt kaum wieder gefunden werden könne. Gewiss ist der Styl eigentümlich, ja wir geben sogar zu, dass Cohns Ausdrucksweise sehr erfreulich ist, indem sie im Leser

*) System der Nationalökonomie. Von Gustav Cohn. 1. Band: Grundlegung. Stuttgart 1885.

**) III. Heft, 1886.

Digitized by Google

nicht selten eine heitere Stimmung hervorruft. Doch diese Heiterkeit wird erregt durch des Verfassers unbegrenzter Lust an der volltönenden Phrase, die nicht nur dem Verleger unnötig viel Papier gekostet hat, sondern auch den Verfasser manchmal mit Syntax und Logik in Konflikt bringt und selbst den geübten Leser zwingt, manchen Satz zweimal zu durchgehen, um zu finden, dass das, was hier in einem Schwall seltsam zusammengefügter Phrasen verdunkelt worden, von einem Mann ohne eigentümlichen Styl in zwei Worten ganz deutlich hätte ausgedrückt werden können.

Zum Beweise für unsere Behauptung und zur Beleuchtung des originellen Geschmacks derer, die diesen originellen Styl loben, mögen einige beliebig ausgewählte Stellen dienen.

Von Owen wird S. 119 gesagt, dass „seine Leistungen" hauptsächlich „in seinem Vorbild für die Fabrikantenklasse liegen".

Mit Bezug auf die Befreiungskriege gegen Napoleon heisst es S. 130, „dass diese Erhebung die moderne Frucht des nationalen Staates in die helle Wirklichkeit des Lebens setzte, nachdem ihre idealen Elemente sich in der Dämmerung der Vorzeit gekräftigt". Unter dieser Dämmerung der Vorzeit ist wohl das Zeitalter Lessing's und Goethe's zu verstehen.

In Bezug auf Fichte lesen wir S. 146:

„Mit Wehmut bemerkt man dabei, wie dieser kühne Flug der Phantasie mit dem Bewusstsein exakter Wissenschaftlichkeit auf die Liebhaberei zur Schwärmerei der Phantasie herabschaut."

Ebenda: „Wir treten jetzt in den Kreis von socialistischen Denkern, welche geradezu als Bestandteile der wissenschaftlichen Nationalökonomie anzusehen sind." Die Denker als Bestandteile der Nationalökonomie — ist gut!

S. 147: „Die Schreibweise von Rodbertus mutet dem Leser eine bedeutende Denkarbeit zu, allerdings mit vielen Wiederholungen und Breiten."

Bedeutende Denkarbeit mit Breiten — auch nicht schlecht!

S. 167, wo von Knies die Rede: „Das Werk über den Kredit — ist zum ersten Male und vermutlich auf lange Zeit das Hauptwerk über den Gegenstand."

Von Hildebrand's Aufsätzen über die Methode der Nationalökonomie lesen wir S. 168, dass „deren Mangel an logischer Klarheit dann bei einigen kleinen Fragmenten der Wirtschaftsgeschichte aus-

Digitized by Google

ruhte". Die Fragmente sind offenbar in Gefahr, mit logischer Unklarheit von dem ausruhenden Mangel geschwängert zu werden.

Mit Bezug auf die historische Methode der Nationalökonomie heisst es S. 173: „Die schönen und grossen Errungenschaften, die hier zu machen sind, haben hie und da den Massstab vergessen, in dessen Angesicht der Abstand zwischen den kümmerlichen Zeugnissen der Vergangenheit und ihrer Wirklichkeit hervortritt."

Seite 174 macht Cohn die interessante und überraschende Entdeckung, dass „die gründliche Unbekanntschaft (der Engländer und Franzosen) mit der deutschen Wissenschaft am meisten auf dem dürftigen Grunde beruht, welcher für einen deutschen Gelehrten lächerlich fern liegt, dass Engländer und Franzosen das Deutsche nicht gelernt haben". — Also die deutschen Gelehrten haben wirklich deutsch gelernt und kennen die deutsche Wissenschaft! Es ist erstaunlich, was diese deutschen Gelehrten Alles leisten, sie verstehen sogar ihre eigene Muttersprache. Uebrigens sind Wagner und Schäffle und Schmoller und Andere — von Marx nicht zu reden — auch den französischen und allmälich selbst den englischen Nationalökonomen bekannt genug, Gustav Cohn freilich ist zu wenig gekannt, im In- und Auslande. Wir hoffen, dass dieses neueste, sehr dicke und schön ausgestattete Buch seinen Ruhm wenigstens bei denjenigen, die es nicht lesen, beträchtlich vermehren wird. Hat er doch S. 182 die abgrundtiefe und nagelneue Wahrheit ausgesprochen, dass „die Begriffe des täglichen Lebens sich zu den Begriffen der Wissenschaft verhalten, wie das alltägliche Denken zu dem wissenschaftlichen Denken". Also eine feine Suppe verhält sich zu einer gewöhnlichen wie die feinere Kochkunst zur gewöhnlichen u. s. w. Man sieht, wie fruchtbar Cohn's Grundsatz ist; man könnte eine Masse ähnlicher, überraschender Konsequenzen daraus ziehen, wie die von Suppe und Kochkunst.

Und nun bewundere man den poetischen Schwung des folgenden Satzes: „Später erschöpft sich der Spielraum des Bodens für Anbau und Wohnung als sich die Bäume des Urwaldes erschöpfen, später das Meer als das Land, später die Luft als das Meer; aber allenthalben bemerken wir die zunehmende Kargheit der Natur bei andringendem Wachsen des Bedarfs; die gefährliche Meeresstrasse, welche zwischen den Klippen hinführt und bei wachsender Dichtigkeit der Fahrten Verderben bereitet, wie die verdorbene Atmosphäre über den Häusern der Grossstadt deuten auf Erschöpflichkeit der

Digitized by Google

scheinbar unerschöpflichen Natur.“ S. 191. Ist das nicht tragisch in höchster Potenz? Der erschöpfte Boden, die erschöpften Bäume, das erschöpfte Meer und die erschöpfte Luft! Da gibt es für die unteren Klassen der Gesellschaft natürlich keine andere Aussicht, als immer „erschöpft“ zu bleiben nnd immer noch erschöpfter zu werden. Indessen, was die Luft der Städte betrifft, so können wir dem gelehrten Verfasser doch nicht unbedingt zugeben, dass sie immer erschöpfter wird. Wir glauben vielmehr, dass die Luft in den Städten des Mittelalters mit ihren Ringmauern und ihren Gräben voll faulen Wassers, mit ihren engen und schmutzigen Gassen und licht- und luftlosen Wohnungen viel erschöpfter war, als heute selbst in London, Paris und Berlin; wir glauben sogar, dass derjenige, der in ein enges Kerkerloch gesteckt wird, oder der sich selbst in einen Schrank verkriecht, zwar ersticken kann, aber kein Recht hat, die Schuld davon auf die Natur und ihre „Erschöpflichkeit“ zu schieben. Ein kleiner Trost gegenüber dieser allgemeinen Erschöpflichkeit liegt auch wohl — wenigstens für einen gewöhnlichen, nicht poetischen Nationalökonomen — darin, dass der Reichtum der menschlichen Gesellschaft bis jetzt im ganzen stets stärker zugenommen hat als die Zahl der Menschen, dass sich also in „dieser erschöpften Natur“ immer besser leben lässt, dass mithin in der That nur die arme Cohn'sche Natur zu bedauern ist, nicht aber die Menschen. Denn, wenn von den Letzteren auch etliche sehr erschöpft sind, so ist daran offenbar die Natur nicht Schuld. — Am meisten Kummer bereitet uns das Meer. Denn, wenn dies schliesslich durch die vielen Schiffe ganz erschöpft wird, was soll dann aus den Marine-Ministern, Admiralen und Haifischen werden!

An obige Tirade unmittelbar anzuschliessen ist der S. 194 ausgesprochene erstaunliche Satz: „Der wirtschaftliche Charakter der äussern Natur, welcher aus deren Beschränktheit folgt, wiederholt sich in der des Menschen, welcher diese äusseren Naturgaben seinen Zwecken unterwirft. Keine Gabe der Natur ist in den Anfängen der Menschheit so knapp wie die Arbeit.“ Also: Früher heisst es, die Natur wird immer knapper, sie erschöpft sich. Jetzt: Die Arbeit wird immer reichlicher, die Arbeitslust — sagt Cohn an anderer Stelle — immer grösser. Und da soll sich der wirtschaftliche Charakter der Natur im Menschen wierderholen! Man könnte eher sagen: er erholt sich wieder an der steigenden Arbeitslust des Menschen. Aber Wirtschaft wird S. 189 definirt als „Bethätigung

Digitized by Google

der praktischen Vernunft". Wie kann da die Natur einen wirtschaftlichen Charakter haben? Sie ist dann sehr charakterlos, weil vernunftlos. Wenn jedoch alles, was „beschränkt" ist, einen wirtschaftlichen Charakter hat, dann hat auch des Menschen, z. B. Cohn's Gehirn einen wirtschaftlichen Charakter, denn die „Beschränktheit" kann man dem Gehirn doch nicht absprechen.

S. 195 werden „Beutezug, Krieg, Herrschaft" als Arbeiten bezeichnet, bei denen von jeher die Qual der Arbeit weniger oder gar nicht empfunden wurde, weil diese Arbeiten „dem natürlichen Widerwillen gegen stetiges Schaffen entgegenkommen". Man könnte auch Tanzen, Cricketspiel, Haremsarbeit hieher rechnen. Denn Arbeit wird S. 192 definiert als „der Trieb zur Thätigkeit, in den anstrengenden Dienst eines vernünftigen Zweckes gespannt". Nun, ein vernünftiger Zweck ist das Vergnügen doch sicher auch, an Anstrengung fehlt es bei obigen „Arbeiten" nicht, und was den „gespannten Trieb" betrifft, so kann der dabei auch wohl vorkommen.

„Der — Gegensatz (zwischen körperlicher und geistiger Arbeit) erhält etwas Versöhnendes durch die Thatsache, dass körperliche Arbeit, unabhängig von dem Beisatz des geistigen Moments, theilweise dasselbe erfüllt, was zufolge der körperlichen Gebundenheit des Menschen auch denjenigen Arbeitern unentbehrlich ist, welche zu höherer Arbeit durch Schicksal, Erziehung, Begabung berufen sind. Die anstrengenden Bergpartien, welche der Staatsmann oder der Gelehrte in den Ferien macht, um darin eine Arznei gegen die sitzende Lebensweise seines Berufes zu suchen, gestalten sich in den Regionen der niederen, also körperlichen Arbeiter als Bestandteil der Alltagspflicht". S. 291. Machen die Arbeiter in Göttingen wirklich täglich Bergpartien? aus Pflicht? Das ist ganz neu und es ist nur dadurch erklärlich, dass Cohn vermutlich einige Berge aus der Schweiz mit nach Göttingen genommen hat. Aber etwas Versöhnendes liegt offenbar in diesem Verhältnis. Wenn der arme Arbeiter anfangs August den Herrn Professor in ein Coupé erster Klasse steigen sieht, und nun bedenkt, wie dieser Unglückliche ein paar Monate im Hochgebirge zubringen muss, in den besten Hotels stundenlang bei reichbesetzten Tafeln zu sitzen verdammt ist, zu Pferd und Wagen, ja manchmal sogar zu Fuss die herrlichsten Gegenden durchstreift, begleitet von tüchtigen Führern, die sein Gepäck und eventuell ihn selbst tragen, auf interessante Bergspitzen steigt, um sich an der wunderbaren Aussicht zu erlaben — muss da der betreffende Arbeiter

Digitized by Google

nicht etwas wie „Versöhnung“ in seinem Herzen fühlen und ausrufen: „Aha! jetzt geht es Dir auch einmal so schlecht, wie mir das ganze Jahr durch (wenn er nämlich ein täglich bergsteigender Göttinger Arbeiter ist). Gott sei Dank, dass ich wenigstens keine Ferien habe und keine Schweizerreise machen muss!“

Wenn uns Cohn (S. 211) sagt: „Das Einkommen befasst alles dasjenige, was Menschen zum Unterhalte dient,“ so dürfen wir ihm wohl antworten: Verehrter Herr Professor! Sie befassen sich mit Nationalökonomie, aber Sie befassen — um in Ihrer Sprache zu reden — die Nationalökonomie nicht.

Genug von dieser Sorte! Wollten wir alle sprachlichen Schnitzer und komischen Stellen bringen, die das Buch enthält, so würde ein neues Buch entstehen, nicht viel dünner als das Original. Der Leser wird sich vermutlich fragen, was es denn für einen Zweck habe, über ein derartiges Opus ein weitläufiges Referat zu bringen und ob man demselben hiemit nicht zu viel Ehre anthue. Wir haben einige Gründe zu einer ausführlichen Besprechung. Erstens gehört Cohn zu den „ethischen“ Nationalökonomen, die sich unter dem Namen Katheder-Socialisten vielfach damit beschäftigen, an der socialen Frage herumzupfuschen. Cohn ist nach seiner geistigen Qualität ein wahrer Typus dieser Sorte und wir können also aus seinem Hauptwerke recht deutlich ersehen, was die arbeitenden Klassen von Seite der ethischen Nationalökonomie zu erwarten haben. Nicht als ob sie je etwas davon erwartet hätten; aber es gibt zahlreiche wohlgesinnte und gebildete Leute in deutschen Landen, welche sich durch die mitunter sehr zur Schau getragene Arbeiterfreundlichkeit dieser Schule soweit breit schlagen lassen, dass sie meinen, es sei doch ein ernster Wille da, sich mit der socialen Frage redlich zu beschäftigen.

Zweitens ist es nicht ohne Interesse, zu vernehmen, mit welcher Art von Männern heutzutage — im gerühmten Zeitalter der socialen Reformen — die wichtigsten Posten der deutschen Universitäten besetzt werden. Denn darüber ist man doch wohl einig, dass den jungen Leuten heute eine richtige Ansicht über die aktuellsten Probleme der Gegenwart nötiger ist, als ein tiefes Verständnis der mancipatio und acceptilatio.

Wagner findet in dem Umstande, dass Cohn so lange auf eine Berufung nach Deutschland warten musste, einen Beweis dafür, dass an den deutschen Universitäten nicht Alles ist, wie es sein sollte. Wir erlauben uns die Ansicht auszusprechen, dass die preussische

Digitized by Google

Unterrichtsverwaltung dieses Juwel ganz gut noch länger hätte den Schweizern belassen können, welche, wie Cohn S. 79 andeutet, sein Genie hinterlistiger Weise „in den niedrigen Dienst der modernen Technik zu stellen“ versuchten.

Der dritte Grund endlich ist Wagner's ganz masslose Verhimmelung dieses Buches. Hat Adolf Wagner, der Berliner Professor, sich in einem langatmigen Aufsatz für ein Buch ausgesprochen, so kann man ziemlich sicher sein, dass unter den deutschen Professoren (und jenen, die „es werden wollen“) keiner sich entschieden dagegen aussprechen wird, wie es schon das Interesse der akademischen Jugend entschieden fordert. Wagner ist ein wahres Muster jener gelehrten „Objektivität“, die in der beständigen Anwendung der Behutsamkeitswörtchen (etwa, vielleicht, nahezu, unter Umständen, möglicherweise, manchmal etc. — man sehe nach in seiner „Grundlegung“) besteht. Er proklamiert sich auch in dem angezogenen Artikel als den Mann der Mitte, für den das Richtige immer in der Mitte zwischen den divergierenden Richtungen einer Wissenschaft liegt. Gegenwärtig liegt nach ihm die Wahrheit mitten inne zwischen Menger und Schmoller. Wir meinen, das medium arithmeticum zwischen Menger und Schmoller sei = Null. Denn was der Eine behauptet, negiert der Andere.

Zu einem Lesebuch schlechtweg scheint das Cohn'sche Werk nach den oben gebrachten Stylproben nicht tauglich. Es frägt sich nun, was es als nationalökonomisches Lesebuch leistet? Menger sagt in seinem Buche über die Methode der Socialwissenschaften, dass es viele Nationalökonomen gibt, die, weil sie von den eigentlich wirtschaftlichen Problemen nichts verstehen, von allen möglichen Gegenständen sprechen, welche zur Wirtschaft in irgend einer näheren oder ferneren Beziehung stehen. Geradeso macht es Cohn; nur ein kleiner Teil seines dicken Buches hat einen eigentlich ökonomischen Inhalt. Von diesem spricht Wagner, der grosse Rezensent des dicken Buches, fast gar nicht; er setzt sich vergnügt auf den Schwanz des Cohn'schen Pegasus und reitet mit seinem Autor voll Entzücken auf soliden — Dunstwolken in der Nebelwelt der ethischen Phrasen herum.

Wir suchen aber in einem nationalökonomischen Lesebuch für Studierende vor Allem gediegene nationalökonomische Begriffe, und wir suchen sie hier vergeblich. An Originalität fehlt es allerdings auch auf diesem Gebiete nicht. Schon das Schema, nach welchem der Verfasser jede einzelne Materie behandelt, ist sehr originell. Es

Digitized by Google

besteht in Folgendem. Zuerst wird alle bisherige, gangbare, Theorie für durchaus unzulänglich erklärt, dann wird gegen die Socialisten losgefahren und endlich wird entweder die ererbte Schulweisheit in möglichst flacher, vulgärer Auffassung als eigenes Geistesprodukt aufgetischt, neu aufgeputzt mit ethischer Phrase, oder es kommt eine eigene Absurdität sans phrase. Es ist im ganzen Buche kein Kapitel, kein Abschnitt, kaum ein Paragraph, der einer eingehenden Kritik Stand hielte. Wir müssen uns hier selbstverständlich auf Weniges beschränken.

Das Kapital und der Wert.

Obigem Schema gemäss erfahren wir zunächst, dass der bisherige Kapitalbegriff der Wissenschaft an „Doppelsinn und Zwiespältigkeit" laborierte.

„Der socialistische Jargon verengte den Begriff auf andere Weise, indem er unter Kapital bloss das industrielle Grosskapital der Gegenwart und auch dieses nur, soweit es sich im Privateigentum befindet, verstehen wollte."

Dann wird ein paar Paragraphe hindurch die bisherige Verwirrung bezüglich des Kapitalbegriffs besprochen, wobei über Adam Smith — vermutlich aus Originalität — verschiedentlicher Unsinn gesagt wird. Und nun kommt der, allerdings originelle, Cohn'sche Kapitalbegriff in ganz gemütlich kurzer Form: „Es empfiehlt sich, allen Gütervorrat als Kapital zu bezeichnen und dann eine Scheidung der Kapitalien in Gebrauchskapital und Produktivkapital vorzunehmen". (S. 211 und ebenso S. 336).

Also auf den Vorrat kommt es an; wo ein Vorrat von Gütern vorhanden ist, da ist auch ein Kapital vorhanden! Das ist der neue, wissenschaftliche Begriff von Cohn's Gnaden. Aber: ist eine Dampfmaschine Kapital? Nach Cohn entschieden nicht, denn Eine Dampfmaschine ist kein Vorrat. Sind die drei Hemden des Arbeiters Kapital? Unzweifelhaft, denn sie sind ein Vorrat, da der Arbeiter sie nicht alle zugleich trägt. Sind die Kartoffeln, die ich mir im Herbst für den Winter anschaffe, das Packet Zündhölzchen, das ich für zwei Pfennige kaufe, ein Kapital? Natürlich, das sind Vorräte für einige Monate, bez. Wochen. Also Jeder ein Kapitalist? Natürlich! Ist das nicht originell?

Nun weiter. „Die Behauptung", sagt Cohn, dass „die Bestimmung des Kapitals zum Produktivzwecke lediglich ein subjektiver Vorgang sei, welcher mit der Natur der Kapitalsgüter nichts zu schaffen

Digitized by Google

habe, — ist eine Uebertreibung". Hiernach möchte man vielleicht meinen, die Natur der Kapitalgüter habe eine bestimmte Beziehung zur Produktion, also nur jene Güter seien Kapital, welche in der Produktion eine Rolle spielen, womit der obige Begriff im Widerspruch stünde. Aber Cohn meint, wie so oft, etwas ganz Anderes, als er sagt, nämlich, es gebe gewisse Güter, wie Maschinen u. dgl., die nur als „Produktivmittel" (soll heissen Produktionsmittel) dienen können.

Gleich darauf folgt die wunderbare Stelle: „Es gibt Güter, die Produktivmittel werden aus subjektivem Standpunkte, nämlich des Kapitalisten, welcher Genussmittel der Lohnarbeiter verbraucht, die sich im Produkt ersetzen sollen, während sie ihrer Beschaffenheit nach bloss dazu dienen, Genussmittel zu sein".

Sonst sagten die Nationalökonomen: wenn der Kapitalist Genussmittel — natürlich solche, die ihm gehören — selbst verbraucht, so sind diese nicht Kapital. Wenn er Arbeiter anstellt und sie mit diesen Genussmitteln füttert, sind sie Kapital. Nun kommt Cohn und sagt: wenn der Kapitalist die Genussmittel der Arbeiter — also nicht einmal bloss seine eigenen — verbraucht, dann sind sie Kapital. Ins Deutsche übersetzt soll Cohn's Satzgefüge freilich auch nichts Anderes bedeuten, als was bisher alle Welt sagte, nämlich dass der Kapitalist Kapital anwendet, wenn er Lohnarbeiter bezahlt, die sich mit dem Gelde Genussmittel kaufen und sie verzehren. Natürlich würde durch einen solchen Vorgang das Kapital nach Cohn's Definition verdoppelt. Denn der Kapitalist erhält statt des hingegebenen Geldes einen Vorrat von Arbeitsprodukten und die Arbeiter können sich mit dem Lohne einen „Vorrat" von Lebensmitteln anschaffen, wenn sie nicht den Geld-„Vorrat" behalten.

Endlich sind auch Grundstücke Kapital. Warum, vergisst Cohn zu sagen. Er sagt, sie seien nach seiner Begriffsbestimmung Kapital. Aber ein Grundstück ist doch kein Vorrat? vielleicht ein Vorrat von Erde? Aber Erde ist doch noch kein Grundstück.

Das ist Alles, was über den Kapitalbegriff gesagt wird. Nun ist vielleicht doch Mancher noch zweifelhaft, ob wir Cohn mit unseren Hemden, Kartoffeln und Zündhölzchen nicht Unrecht gethan, ob er also — wie so häufig — mit seiner Definition nicht dennoch etwas anderes sagen will, als er damit sagt.

Diesmal gerade nicht! S. 340 steht ausdrücklich, dass auch solche Vorräte, die „unmittelbar unseren Bedürfnissen dienen", Kapital sind, und S. 349 werden „Lebensmittel" Kapital genannt.

Digitized by Google

Um aber Cohn's logische Schärfe in ihrer ganzen Grösse kennen zu lernen, müssen wir hier noch seinen Einkommensbegriff heranziehen. „Einkommen ist die Summe der Güter, welche in regelmässiger Wiederkehr einem Haushalte verfügbar sind."

Diese Definition passt vortrefflich auf den Haushalt eines Professors oder anderen auf Lebenszeit und mit Pension angestellten Beamten. Nur hier kehrt die „Summe" regelmässig wieder. Von einem Volkseinkommen könnte man gar nicht reden, denn ein Volk hat keinen „Haushalt".

Aber auch für einen Geschäftsmann, der voriges Jahr einen schönen Profit machte und heuer keinen, ist dieser vorjährige Profit kein Einkommen, denn er kehrte nicht regelmässig wieder.

Gleich darauf ist aber Einkommen Alles, „was Menschen zum Unterhalte dient". Wir haben also zwei Definitionen auf derselben Seite und da uns somit die Möglichkeit der Wahl zusteht, so wählen wir die letztere als die weitere und anwendbarere.

Alles was Menschen zum Unterhalte dient, ist also Einkommen. Gut! Nun heisst es aber weiter: „Vollends verschieden (vom Einkommen) ist das Kapital, welches sich zum Einkommen verhält, wie der Baum zur Frucht". Aber um des Himmels willen! Oben ist „aller Gütervorrat", oben sind solche Vorräte, die „unmittelbar unseren Bedürfnissen dienen", Kapital. Und jetzt ist das Kapital der vollendete Gegensatz zum Einkommen! Ist wirklich Entgegengesetztes Einerlei? Ist A = Nicht A?

Auf der folgenden Seite heisst es: „Der regelmässige Bedarf darf nur das Einkommen, nicht das Kapital angreifen". Also man kann auch das Kapital angreifen, d. h. etwas zum Unterhalt des Menschen verwenden, was von diesem Unterhalt „vollends verschieden" ist. Und derselbe Autor, der dies sagt, wirft auf derselben Seite den Nationalökonomen vor, dass sie sich durch „den oberflächlichen Eindruck leiten lassen, welchen die Gewöhnung an die Geldwirtschaft mit sich führt"! Kann man denn tiefer in den Begriffen der Geldwirtschaft stecken, als Cohn hier? Wenn man unter Einkommen Unterhaltsmittel aller Art, unter Kapital die Güter versteht, die im Produktionsprozess stecken, wo — ausser in der Geldwirtschaft — kann da das Kapital „angegriffen" werden? Kann vielleicht in der geschlossenen Haushaltung der Naturalwirtschaft der Besitzer seine Pflüge angreifen, d. h. aufessen? In der Geldwirtschaft kann er sie verkümmeln.

Digitized by Google

Kann vielleicht ein Volk in einer socialistischen Organisation sein Kapital angreifen, seine Maschinen verzehren, mit seinem Roheisen die Stuben heizen, die zum Düngen der Felder bestimmte Jauche durch die Gurgel jagen? Der Einzelne in der Geldwirtschaft kann das, indem er das Zeug verkauft und mit dem Gelde Genussmittel anschafft. Und das allein heisst „sein Kapital angreifen". Und doch soll sich die Phrase nach Cohn auch auf ein Volk beziehen; wahrscheinlich auch auf die Menschheit. — Denn die Nationalökonomen verstehen, auch wenn sie von Volkswirtschaft sprechen, gewöhnlich — wenn auch durch Abstraktion — eine in sich geschlossene Wirtschaft und abstrahieren vom auswärtigen Verkehr, wo sie nicht ausdrücklich davon sprechen. Wer steht also unter dem „oberflächlichen Eindruck der Geldwirtschaft?" Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch eine andere am selben Ort zu findende Phrase anführen: „Wegen der regelmässigen Wiederkehr ist das Einkommen die Voraussetzung einer regelmässigen Wirtschaftsführung." Also wegen der regelmässigen Wiederkehr ist das Kalb die Voraussetzung der Kuh. Es sollte heissen: Die regelmässige Wirtschaftsführung ist die Voraussetzung dafür, dass auch das Einkommen regelmässig wiederkehre. Cohn meint vielleicht, dass z. B. er, wenn ihm der Gehalt nicht regelmässig ausgezahlt würde, auch keine Veranlassung hätte, seine Vorlesungen fortzusetzen und nennt diese Vorlesungen seine „Wirtschaftsführung". Ja, ja: „Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft!" und nach Cohn ist ein Professor Produzent von „persönlichen Dienstleistungen", welche letztere Güterkategorie übrigens eine ebenso geistreiche, als alte Erfindung vulgärer Nationalökonomen ist.

Was Cohn im 5. Kapitel über das Kapital sagt, ist kaum der Rede wert. Da er über den eigentlichen Gegenstand des Kapitels nichts Genaueres weiss, so macht er es hier, wie überall im Buche, er spricht von allen möglichen Dingen. Zuerst 7 Seiten lang über die Bedeutung des Kapitals. Da hören wir, dass den Naturmenschen der „sinnliche Eindruck des Augenblicks beherrscht", dass die Karaiben mit ihren Hängematten leichtfertig umgehen, dass Rousseau sehr für den Naturzustand eingenommen war, dass die Eltern durch Beispiel und Erziehung ihren Kindern den vorhandenen Besitz überliefern, dass der Geringste unter den Nachkommen des Adels der alten Völker den Stempel der Kultur im Antlitz und im Knochengerüst trage, dass die Kultur die Ursache ist, weshalb heute 50 Millionen geeint an derselben Stelle leben können, wo früher lauter

Digitized by Google

feindliche Gaue waren, dass der „geschichtliche Fortschritt“ sehr mühselig sei und hie und da abbreche, dass dies aber „für den weiteren Anblick der Weltgeschichte doch nur der Eindruck der fallenden Blätter und Zweige des Herbstes sei, welcher (Herbst!) den fortwachsenden Stamm nach kurzer Zeit sich neu belauben sieht — dass wir von der rohen Naturkraft der Barbaren nichts mehr zu fürchten haben. Sodann erfahren wir, dass „der wesentliche Unterschied der gesellschaftlichen Schichten“ darauf beruht, dass die „höheren das Moment — der Vererbung — in erhöhtem Grade verwirklichen“, dass also die höheren Schichten mehr Kenntnisse und grösseren Reichtum haben und also auch mehr davon vererben können.

Ist das nicht höchst interessant? Ferner wird uns mitgeteilt, dass der Einzelne sich von den „geschichtlichen Abhängigkeits-Verhältnissen“ nicht losmachen könne, wenn nicht eine „mechanische Gleichförmigkeit“ eintreten soll und dass „die aristokratische Natur des Fortschritts gemildert wird durch die Fortschritte, welche — aus den höheren Schichten in die niederen hinüberfliessen“. Endlich eröffnet uns Cohn, dass die „Natur den ursprünglichen Menschen — mit den Gaben der äusseren Natur ausstattete“, die aber für ihn sehr wenig zu bedeuten haben; die Bedeutung des Kapitals bestehe darin, „dass in ihm den Naturgaben der Zweck des Menschen eingeprägt ist“. Das Boden-Kapital werde mit der wachsenden Bevölkerung „immer knapper“, während die Arbeit immer umfangreichere Vorräte erzeuge. Der Grad der wirtschaftlichen Kultur sei daher „in dem Umfange des Kapitalbesitzes zu erkennen“, denn die äusseren Hilfsmittel der Kultur seien ebenso unentbehrlich wie die inneren, der „Friede des Hauses und des Familienlebens habe seine Wohnstatt in den Geräten aufgeschlagen, welche den mannigfaltigen Bedürfnissen des Kultur-Menschen — hilfreich entgegenkommen.“ Sodann wird von den Bibliotheken und Museen gesprochen, die natürlich auch Kapitalien im Sinne der Nationalökonomie sind, und endlich auch in zwei Zeilen von den Werkzeugen und Maschinen, „welche die Mühsal der menschlichen Muskel und Hand erleichtern“ — und damit schliesst dieser Abschnitt. Wer jetzt noch nicht weiss, was das Kapital zu bedeuten hat, dem ist nicht zu helfen. Der Abschnitt ist auch so schwungvoll geschrieben, dass er selbst für höhere Töchterschulen geeignet wäre, ja hauptsächlich für diese.

Sodann wird gesprochen von der „Entstehung des Kapitals“. Man müsse hier unterscheiden zwischen den Grundstücken und dem

Digitized by Google

übrigen Kapital. Der „Grund“ der Entstehung des Bodenkapitals ist „ein rein wirtschaftlicher Vorgang“, nämlich: „Die Beschränktheit gewisser Naturgaben gegenüber dem zunehmenden Bedarf lässt aus den ursprünglich freien Gaben der Natur ein Kapital entstehen“.

Wohlgemerkt! Cohn will hier die Entstehung des Kapitals selbst, nicht die Entstehung „der Rechtsverhältnisse des Kapitalbesitzes“ erklären. Aber was kann er unter Entstehung des Bodenkapitals Anderes meinen, als die Besitznahme des Bodens durch Einzelne oder Gemeinschaften?

„Der zweite Grund (offenbar der Grund für die Entstehung alles anderen Kapitals) ist in der anderen Quelle wirtschaftlicher Produktion zu suchen: In der Arbeit.“

Nebenbei bemerkt: Es gibt nach Cohn zwei Quellen der wirtschaftlichen Produktion, die Natur und die Arbeit. Das ist, soviel ich weiss, neu. Man hat zwar immer die Natur einen Faktor der Produktion genannt, aber doch noch nicht eine Quelle der wirtschaftlichen Produktion. Dies ist bei Cohn keineswegs eine blosse Verschiedenheit des Ausdrucks. Roscher sogar, der die „äussere Natur“ in seinem System gewiss nicht stiefmütterlich behandelt, sagt, man verstehe „unter Produktion im weitesten Sinne nur Hervorbringung neuer Güter, Entdeckung neuer Brauchbarkeiten, Umstellung, Umformung der schon vorhandenen Güter zu neuer Brauchbarkeit, überhaupt Schaffung von Mitteln zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse; doch immer auf Grund der ursprünglich in der Welt gegebenen Stoffmenge“. Die Arbeit wird also der Natur gegenübergestellt, man kann die Natur eine Güterquelle nennen, aber nicht eine Quelle der „Produktion“, gleich der Arbeit. Produktion ist nach Roscher stets eine Thätigkeit des Menschen.

Rabbi ben Akiba hat sich doch geirrt!

Cohn hat ihn widerlegt. Cohn hat etwas entdeckt, was bisher keinem Sterblichen eingefallen ist, nämlich: „Die Mitwirkung der Natur ist nicht unentgeltlich“ (Seite 148). Wenn dies nicht seinen Ruhm für alle Zeiten sichert, dann ist die Welt gegen ihn nicht so gerecht, wie gegen Thersites. Die obige Behauptung wird nämlich nicht einfach hingestellt, sondern auch begründet, was kaum für möglich gehalten werden sollte. Nämlich die Mitwirkung der Natur ist nicht unentgeltlich, weil „die Natur zu einem wesentlichen Teile gegenüber dem menschlichen Bedarf relativ beschränkt gegeben ist“. Weiter führt Cohn den Beweis allerdings nicht, er scheint sich

Digitized by Google

schon genug gethan zu haben. Und in der That, die Vollendung des Beweises liegt für einen Mann von so tiefer Einsicht, wie Cohn, sehr nahe. Denn die „Beschränktheit“ des Bodens ist ja der Grund, weshalb er in Besitz genommen und — also Kapital wird. Ist der Boden in Privateigentum übergegangen, so wollen, wie schon der alte Smith sagt, die Eigentümer davon Nutzen ziehen. Sie lassen sich also von Denjenigen, welche keinen Boden besitzen, für die Benützung desselben bezahlen. Daraus folgt doch offenbar, dass die Mitwirkung der Natur nicht unentgeltlich ist? Denn der Grundbesitzer ist ja auch ein Stück Natur, manchmal sogar ein sehr plumpes, und dieses Stück Natur muss ja auch leben, natürlich! Ergo —

Im ganzen haben wir also festzuhalten, dass Kapital „entsteht“ entweder durch Besitznahme oder durch Arbeit. Da aber hier nicht gesprochen werden soll von der Entstehung des Kapitalbesitzes, sondern des Kapitals selbst, und da Kapital ein Vorrat von Gütern ist, so müssen wir annehmen, dass jener „Gütervorrat“, den wir Grund und Boden nennen, durch Besitznahme erst entstehe, was wieder neu ist.

Cohn wird uns entgegnen: Gut ist ein Gegenstand, der Wert hat (S. 204); der Gegenstand, der Boden nämlich, war allerdings schon früher, er war immer da. Aber Wert bekam er erst durch „einen rein wirtschaftlichen Vorgang“. Wert ist nämlich „die wirtschaftliche Bedeutung, die wir einem Dinge zugestehen“ (S. 202), und Wirtschaft ist „die Bethätigung der praktischen Vernunft an den Dingen, welche beschränkt gegeben sind, im Vergleiche zu unserm Bedarf nach äusserer Ergänzung des individuellen Lebens“ (S. 189). Man müsste also schliessen: Der Boden hatte früher keine wirtschaftliche Bedeutung, weil er unbeschränkt gegeben war. Damals war er eine „freie Gabe der Natur“; als er aber Wert bekam, war er keine freie Gabe der Natur mehr, — warum? — offenbar doch nur weil gewisse Menschen ihn in Besitz nahmen. Allein wann war denn diese frühere Zeit, wo der Boden keine wirtschaftliche Bedeutung hatte? Cohn denkt wohl an Adam und Eva. Soviel wir von der Geschichte der Menschheit wissen, hatte der Boden selbst für die primitivste Jägerhorde immer eine wirtschaftliche Bedeutung, welche die Horde recht eindringlich fühlte, indem sie nur zu oft gezwungen war, diesen Boden und seinen Wert mit ihrem Blute sich zu erhalten. Wenn es die Bedeutung ausmacht, war der Boden

Digitized by Google

also immer Kapital. Aber Cohn denkt natürlich insgeheim nicht an seine wertlose Wert-Definition, sondern an den Tauschwert, und Tauschwert hatte der Boden in der kommunistischen Urwirtschaft natürlich nicht, würde ihn auch in einer kommunistischen Zukunftswirtschaft nicht haben, obwohl nach Cohn die „Beschränktheit" und „Erschöpfung" des Bodens mit wachsender Bevölkerung immer zunimmt und — also auch der Wert. Der Wert des Bodens, der „die Mitwirkung der Natur nicht unentgeltlich" lässt, beruht auf der Rente und die Rente, wie es wirkliche Nationalökonomen längst begriffen haben, ihrer Möglichkeit nach auf dem Privateigentum (mag das Eigentum nun Einzelnen zustehen oder Korporationen oder dem Staate — das ist heute ganz gleichgiltig), ihrer Grösse nach auf der Produktivität der Arbeit. Cohn freilich spricht mit erstaunlicher Naivetät den ungeheuerlichen Satz aus (S. 602): „Das Auftreten der Grundrente ist völlig unabhängig davon, ob ein Privateigentum am Boden besteht, ob Privateigentum und Pachtbetrieb, ob Gesamteigentum mit staatlicher, socialistischer Organisation der Bodenarbeit". Ja, wie stellt sich denn der gelehrte Herr die Grundrente im socialistischen Staate vor? Er wird vielleicht sagen: Das was früher die Grundbesitzer bezogen, beziehen jetzt die Arbeiter. Und da die Grundbesitzer Rente bezogen, so beziehen jetzt die Arbeiter Rente. Das ist gerade so, wie wenn man in einem katholischen Lande die Kirche abschaffte, allgemein zum Atheismus überginge und dann sagte: Das Priestertum und seine Pfründen sind keineswegs beseitigt, sondern Jeder ist jetzt Priester und hat eine Pfründe.

Bei Cohn sind freilich alle Dinge auf den Kopf gestellt, in dieser Beziehung ist er gewiss ein Original. Bei ihm kommt der Bodenwert nicht von der Rente, sondern die Rente vom Bodenwert. „Dem entstehenden und wachsenden Werte des Bodens entspricht Entstehen und Wachstum desjenigen Einkommens, welches man als Grundrente bezeichnet" (S. 602).

Diese Ungeheuerlichkeit beruht auf einer Werttheorie, die zwar leider nicht Cohn's Eigentum ist — wir gönnten ihm das Monopol — aber, da sie die lächerlichste ist, von ihm acceptiert wurde.

Der Wert beruht nämlich wesentlich auf „Seltenheit". Darum bekommt auch der „aus dem Ueberfluss hervorgegangene Boden" erst Wert, wenn er „aus dem ursprünglichen Stadium des Ueberflusses heraustritt" (S. 601).

Hiezu haben wir folgendes zu bemerken: Der „Boden" ist Erd-

Digitized by Google

oberfläche; dadurch, dass die Menschen ihn abmessen und stückweise in Besitz nehmen, wird er nichts Anderes. Und wir fragen nun: ist die Erdoberfläche selten? Ein würdiges Problem für die ethische Nationalökonomie. Wird die Erdoberfläche immer seltener, wenn mehr Menschen darauf herumkriechen? oder ist der Boden des Deutschen Reiches oder der Boden Preussens selten? war er jemals häufig? Man kann sagen: wenn der Boden Deutschlands unter alle Deutschen gleich verteilt würde, so würde auf Jeden nur halb so viel kommen, wenn Deutschland 100 Millionen Einwohner hätte, als auf ihn kommt, wenn es 50 Millionen Einwohner hat. Das Stück würde also kleiner, aber das heisst doch nicht: der Boden wird seltener! Und ist denn das überhaupt eine wirtschaftliche Erwägung, die dieser kuriosen Spielerei mit dem Worte „selten" zu Grunde liegt? Auf die Grösse der Bodenfläche, die auf den Kopf des Einwohners trifft, kommt es in wirtschaftlicher Hinsicht nicht an. Der Mensch lebt nicht vom Boden, sondern von dem, was seine Arbeit auf diesem und aus diesem Boden schafft. Und wenn der Besitz von Grund und Boden heute mehr Einkommen abwirft, als vor 1000 Jahren, so kommt das nicht im mindesten davon her, dass der Boden seltener, oder wie Cohn öfter sagt, „knapper" geworden, sondern lediglich daher, dass man aus gleich viel Boden und auf gleich viel Boden heute im Verhältnis zur Zahl der arbeitenden Menschen viel mehr Güter hervorbringt, als ehedem. Woher sollten denn sonst die nicht arbeitenden Grundbesitzer ihr höheres Einkommen beziehen? Von der Seltenheit können sie sich nicht ernähren, die Seltenheit können sie nicht trinken, auch wenn sie noch so gross geworden ist. Wenn aber aus gleich viel Boden gleich viel Arbeit immer mehr Produkte aller Art zieht: ist da der Boden für irgend eine wirtschaftliche Erwägung seltener geworden oder knapper? ist es nicht vielmehr, als ob er gewachsen wäre? wenn jetzt 10,000 Menschen, sofern irgend eine vernünftige Organisation der Arbeit und angemessene Verteilung der Produkte stattfindet, auf demselben Stück Erdoberfläche hundertmal besser und bequemer leben können, als ehedem eine kleine Jägerhorde — ist da der Boden knapper geworden? Was ist das doch für ein lächerlicher Versuch, den Wert, den Tauschwert des Bodens zu erklären!

Mit besonderem Wohlgefallen weist Cohn an den verschiedensten Stellen seines Werkes immer wieder auf die hohen Bodenpreise in Grossstädten hin, als den auffälligsten Beweis für seine Seltenheitstheorie, z. B. S. 203, wo die „zunehmende Knappheit im Verhältnis

Digitized by Google

zum wachsenden Bedarf" als Erklärungsgrund angeführt wird, oder S. 603, wo wieder „die wachsende Knappheit" aufmarschiert. Es ist eine alte Geschichte, dass in Indien mit seiner von den Engländern ausgebeuteten Bevölkerung der Preis des Reises nur ein wenig zu steigen braucht, um eine allgemeine Hungersnot herbeizuführen. Ist da der Reis für die armen Hindus nicht „knapp"? Dennoch steigt der Preis nur wenig. Und wenn die Hindus kein Geld haben, braucht der Reis gar nicht im Preise zu steigen, sie verhungern doch, der Reis bleibt knapp. Wenn auf dem grossstädtischen Boden nicht so viel Wert produziert oder durch Ausbeutung anderer Gegenden erworben würde, dann möchte der Boden noch so „knapp", d. h. die Bevölkerung noch so dicht sein, die Herren Grundbesitzer würden gar nichts davon haben. Nach Cohn's Deduktion sieht es aus, als ob der grossstädtische Boden eine absonderliche Rarität wäre, um die sich eine ausserordentliche Menge von Raritäten-Sammlern drängte, welche einander beständig überböten, bloss um auch etwas von diesem Wunderdinge zu erhaschen.

Und sind denn etwa Strümpfe selten? oder Nägel? oder Hüte? Die Herren Seltenheits-Theoretiker stellen sich die Welt vor als ein fertiges Warenlager, das ganz unabhängig von den Menschen schon da ist. Nun kommt die liebe Menschheit daher, betrachtet dieses Warenlager, notiert genau die vorhandenen Quantitäten, versenkt sich sodann in ihr eigenes Innere, um ihre Bedürfnisse zu erforschen, vergleicht das Mass dieser Bedürfnisse mit den Quantitäten der verschiedenen Waren und fällt nun ihr „Werturteil", d. h. stellt die „Bedeutung" fest, die sie jedem Pfund, jeder Elle, jedem Liter dieser Waren „zugestehen" will. Wenn die Dummheit je einen Triumph gefeiert, so geschah es dann, als diese Werttheorie gläubige Anhänger fand.

Der Verkehrswert des Bodens beruht, wie wir sehen, überhaupt nicht auf derselben Grundlage, wie der Wert der Ware, d. h. eines durch menschliche Arbeit hergestellten oder herbeigeschafften Gutes. Er beruht auf dem Einkommen, das aus demselben oder auf demselben erzielt werden kann. Ja nicht eimal auf diesem Einkommen allein. Wenn Sie, geehrter Herr Verfasser, in Göttingen ein Stück Land kaufen, um ein Haus darauf zu bauen, wie werden Sie kalkulieren? Ich bin überzeugt, Sie kalkulieren gut und richtig, obwohl nach Ihnen die Gelehrten eine eigentümliche Verachtung gegen das Geld haben (siehe S. 197, S. 296, S. 616, wo der Grossthuerei und dem Dünkel

Digitized by Google

des deutschen Professorentums höchst wunderliche Ovationen gebracht werden). Wenn Sie also hören oder berechnen: Das Haus kostet 60 000 Mark und es wird vermutlich 10 000 Mark per Jahr einbringen, nachdem Reparaturen, Steuern u. s. w. abgezogen sind, wie viel werden Sie dann für den Bauplatz geben? Ich denke, Sie erkundigen sich um den Zinsfuss, und wenn der Zinsfuss 4 Perzent beträgt, werden Sie mehr für den Platz zahlen, als wenn er 5 oder 6 oder 10 Perzent ausmacht. Was hat aber — mit Erlaubnis — der Zinsfuss mit der Seltenheit des Bauplatzes zu thun?

Und nun fragen wir wieder: sind Schuhe oder Hemden oder Briefcouverts oder irgend etwas von menschlichen Händen Hergestelltes und immer wieder Herzustellendes „selten"? Man macht in unserer Eigentums-Gesellschaft davon gerade so viel, als man wahrscheinlich zu einem angemessenen Preise verkaufen kann. Also der Wert, der seine Sichtbarkeit, Greifbarkeit, seine Objektivierung im Preise erhält, bestimmt regelmässig, normaliter, durchschnittlich und auf die Dauer die Masse und nicht die Masse den Wert. Und was die „Bedeutung" betrifft, die Sie einer Ware „zugestehen", so bekommen Sie deshalb, weil Sie einem Gute sehr wenig Bedeutung zugestehen, dasselbe um keinen Pfennig billiger. Wenn Sie es, trotz der geringen Bedeutung, dennoch brauchen, so müssen Sie gerade so viel dafür zahlen, wie ein anderer, der dem fraglichen Objekt eine sehr hohe Bedeutung beimisst. Von der „Brauchbarkeit", die Sie ebenfalls in Ihrer Werttheorie anführen, wollen wir nicht weiter sprechen; denn dass ein Ding brauchbar sein muss für Menschen, um für Menschen einen Wert zu haben, ist fast überflüssig zu bemerken, da die Brauchbarkeit in den Begriff des Gutes gehört und die Nationalökonomie eben von Gütern handelt. Brauchbar sind Diamanten-Brochen und seidene Gewänder auch für die Fabrikarbeiterin, brauchbar sind Lachs und Kaviar auch für den belgischen Grubenarbeiter und ich glaube, die Beiden würden den schönen und guten Dingen, wenn sie dieselben an ihrem Leibe und auf ihrem Tische hätten, sogar mehr „Bedeutung" beilegen, als Herr und Madame Rothschild, die das alles im Ueberflusse haben.

Warum kaufen die beiden Ersten nichts von dem allen? Gewiss nicht deshalb, weil sie das Zeug verachten und ihm keine Bedeutung beilegen. Der abgrundtiefe Herr Cohn wird sagen: Diamanten, Kaviar etc. sind so selten, dass nur wenige solche Dinge haben können. Die Seltenheit bestimmt den Wert, also muss der Wert hier sehr hoch

Digitized by Google

sein, so dass nur die reichen Leute sich als Käufer herannahen können. Da setzt freilich Herr Cohn schon die reichen Leute voraus, die mit dem Begriff Seltenheit der Waare doch nichts zu thun haben, in demselben keineswegs enthalten sind. Doch wir wollen ihm das hingehen lassen, man muss nicht allzu strenge sein mit einem Manne, der es selbst so wenig streng nimmt.

Aber glauben Sie nicht, verehrter Herr, dass man auch solche Raritäten ausserordentlich vermehren könnte? wenn man die ganze Oberfläche der Erde ein paar Meter tief um und um wühlte und durchsuchte, sollte man da nicht eine sehr beträchtliche Menge Diamanten finden, so dass sie lange nicht mehr so selten, ja vielleicht gar nicht mehr selten wären? Wenn man in ganz Italien und überall, wo der Seidenwurm gedeiht, nichts anderes thäte, als Seidenwürmer züchten, sollten da nicht genug seidene Kleider hergestellt werden können, um jede Stallmagd mit einem halben Dutzend zu versehen? Wenn einige Millionen Menschen gar nichts anderes thäten, als in jedem geeigneten Wasser Lachse und Störe mit aller Sorgfalt zu züchten, sollten da nicht jener Fisch und die delikaten Rogen auf den Tisch jedes Fabrikarbeiters gestellt werden können? Sie sprechen von der Kargheit der Natur. Sie wollen damit nur das Elend der Massen erklären und als notwendig hinstellen. Die Natur ist für eine wirtschaftliche Betrachtung nicht karg und nicht knapp und nicht beschränkt und nicht erschöpft, beschränkt ist nur die menschliche Arbeitskraft, und wenn man da noch denjenigen, die alle Güter mit ihren Händen machen, nur eine Kleinigkeit davon gibt und einen erheblichen Teil der gesellschaftlichen Arbeit auf die Herstellung überflüssiger Luxusgegenstände verwendet, einen anderen, noch beträchtlicheren Teil müssig lässt, weil sich die Anspannung desselben — nicht rentiert — ja dann freilich!

Nur die Arbeit wendet der Mensch auf bei Herstellung oder Beschaffung der Güter, sonst rein gar nichts. Sie könnten gewiss auch in Hammerfest in guten, unter Assistenz der gesamten europäischen Wissenschaft eingerichteten Warmhäusern feine Weine erzielen oder in Göttingen Thee, wenn die viele Arbeit nicht wäre. Wäre die Arbeit irrelevant, dann brauchte man nicht von gutem und schlechtem Boden zu sprechen. Schlechter Boden heisst derjenige, auf dem gleich viel Arbeit weniger Produkt hervorbringt, als auf anderem, dem sogenannten guten Boden. Und man kann aus schlechtem Boden durch Arbeit ausgezeichneten Boden machen. Immer ist es

Digitized by Google

nur die Arbeit, die der Mensch aufwendet, um Güter zu gewinnen, die Naturkraft wendet er nicht auf. Kann der Mensch an der Natur nichts ändern, gut! so bleibt ihm nichts übrig, als sie zu nehmen wie sie ist, da gibt es keine wirtschaftliche Erwägung.

Kann er ändern, so geschieht das durch seine Arbeit. Wenn im Jupiter noch so viel Gold vorhanden, wenn der ganze ungeheure Planet ein Goldklumpen wäre, was hälfe es dem Menschen, wenn keine Arbeit hinreicht, um ein Atom davon zu erlangen? Und umgekehrt: wenn die Herstellung eines seidenen Kleides — Alles in Allem genommen — nur Einen Tag Menschenarbeit in Anspruch nähme, würde dann nicht jede Bettlerin in Seide gehen? Wenn aber die Seidenwürmer so häufig wären wie die Fliegen, die menschliche Arbeit dagegen von so unvollkommener Art, dass dennoch die Herstellung eines Seidenkleides 1000 Arbeitstage in Anspruch nähme — was hälfen da die vielen Seidenwürmer?

Weil die Menschen nicht im Schlaraffenlande leben, sondern ihre Kraft aufwenden müssen, um Güter zu beschaffen und weil diese Kraft eine beschränkte und ihre Verausgabung nichts Gleichgiltiges ist, darum haben die Güter Wert. Und weil zur Beschaffung gewisser Quantitäten verschiedener Güterarten verschiedene Arbeitsmengen aufgewendet werden müssen, so haben verschiedene Güter verschiedenen Wert. Und wenn zur Herstellung eines Gutes weniger Arbeit als bisher aufgewendet werden muss, während bei anderen Gütern nicht dasselbe eingetreten ist, so sinkt dessen Wert gegenüber anderen Gütern.

Wie viel aber von jeder Güterart produziert wird, nämlich die Cohn'sche Seltenheit oder Häufigkeit, das hängt ganz wesentlich von gesellschaftlichen Zuständen und Machtverhältnissen ab, nicht von der lieben Mutter Natur — eine gewisse Produktivität der Arbeit als feststehend angenommen. Eine kommunistische Gesellschaft würde ganz andere Massenverhältnisse der Güter zeigen als eine kapitalistische. Wenn gegenwärtig ein neues Nahrungsmittel entdeckt würde, viel billiger herzustellen, aber von schlechterem Geschmack als Weizen, Korn und Kartoffel, so würden — vorausgesetzt, dass die Arbeiter nicht schon in der Lage wären, sich dagegen zu wehren — Weizen, Korn und Kartoffel „selten" werden und der Arbeitslohn würde sinken, der Wert jener genannten, seltener gewordenen Bodenfrüchte würde aber nicht steigen. Und wenn ein einzelner Mensch über 100 000 fremde Arbeitstage frei verfügen kann, so lässt er vielleicht Pyramiden

Digitized by Google

bauen, während diejenigen, die sie bauen, in Lumpen gehen und hungern und den Pyramiden wahrscheinlich keine grosse „Bedeutung" beilegen, obwohl sie und ihresgleichen immer selten sind — vermutlich wegen der „Erschöpfung der Natur"?!

Wir wissen wohl, dass in unserer Gesellschaft die Preise der Waren sich nicht genau nach der Herstellungsarbeit richten. Doch das beruht nicht auf der Seltenheit, sondern — abgesehen von Betrug und Uebervorteilung — auf gesellschaftlichen Einrichtungen, insbesondere auf dem Privateigentum, welches, wie schon Ricardo gesagt, bei freier Konkurrenz eine Tendenz zur Ausgleichung der Gewinne mit sich führt.

Und nun wollen wir wieder zur Entstehung des Kapitals zurückkehren. Nach Cohn entsteht es teils durch einen „rein wirtschaftlichen Vorgang", d. h. auf deutsch durch Besitznahme des Bodens, teils durch Arbeit. „Dass Gütervorräte vorhanden sind über den unmittelbaren Bedarf hinaus, kann, sofern es aus dem ersten Grunde nicht herzuleiten ist, nur aus diesem zweiten Grunde fliessen: nämlich daraus, dass die Arbeit mehr Güter produziert hat, als für den Unterhalt der Arbeitenden erforderlich war". Hier ist also klar ausgesprochen, dass der blosse Boden ein „Gütervorrat" ist, der durch blosse Besitznahme entsteht. Ganz konsequent, aber erstaunlich. Weniger Konsequenz scheint in dem zweiten Satze zu liegen. Hier wird als Bedingung der Kapitalsentstehung auf einmal die hingestellt, dass die Arbeiter mehr produzieren, als sie selbst für ihren Unterhalt nötig haben.

Also was für den Unterhalt der Arbeiter erforderlich ist, ist nicht Kapital? aber wenn dieser erforderliche Unterhalt einen „Vorrat„ bildet, ist er doch nicht Kapital? und wenn dieser Vorrat in den Händen der Unternehmer ist — immer noch nicht Kapital? wir möchten auch gar zu gern wissen, ob Alles, was die Arbeiter über ihren eigenen Bedarf hinaus produzieren, Kapital ist, auch die Rente und der Gewinn?

Es herrscht eine kapitale Verwirrung in diesem Kapital!

Bis jetzt haben wir zwei Entstehungsgründe. Nun kommt Cohn auf die „alte Theorie" (die Vor-Cohn'sche) zu sprechen, die in ihrer „naiven Weise" die Entstehung des Kapitals durch Arbeit als Ersparung von Gütern bezeichnet (S. 342).

Jeder wird nun erwarten, dass Cohn diese alte Spar-Theorie verwirft. Statt dessen sagt er uns: „Der Fehler dieser Begründung

Digitized by Google

ist nicht sowohl der, dass — wie der Spott der socialistischen Polemik ehauptbet hat — ein solcher Entstehungsgrund überhaupt nicht mitgewirkt habe; vielmehr ist doch wohl der Augenschein, von welchem die herkömmliche Theorie ausgegangen, in den Grenzen der von ihm beobachteten Thatsachen unerschütterlich zutreffend. Der Fehler liegt darin, dass der objektive Vorgang der Aufbewahrung von erarbeiteten Gütern in der wilden Mannigfaltigkeit, welche die Geschichte der Wirtschaft in sich schliesst, hinsichtlich der subjektiven Vorgänge dieser Aufbewahrung durch eine einzige und zwar die modernste, den Kulturansprüchen der Gegenwart am nächsten kommende Art derselben hat verstanden werden wollen. Und vollends hat es nicht ausbleiben können, dass die Kritik des entgegengesetzten socialen Interesses herausgefordert wurde, sobald die Erklärung des Vorganges zu einer Rechtfertigung jedes Kapitalbesitzes gebraucht wurde."

Das ist doch klar genug, nicht wahr? So viel Worte — so viel Weisheiten.

Also zuerst gibt es nur zwei Entstehungsgründe des Kapitals. Denn es heisst ja: ein Vorrat, der nicht aus dem ersten Grunde herzuleiten ist, kann nur aus dem zweiten fliessen. Dann heisst es: die Herleitung des Kapitals aus dem Sparen ist eine Naivetät. Dann: das Sparen hat dennoch als „Entstehungsgrund mitgewirkt", es ist also dennoch ein Entstehungsgrund und mithin der dritte. Die logische Formel, die hier zu Grunde liegt, lautet: durchaus nicht, aber dennoch. Endlich erfahren wir, dass in der „wilden" Geschichte der Wirtschaft auch noch andere Entstehungsgründe vorgekommen sind; wir dürfen nach dem Zusammenhange etwa an Raub, Betrug, Wucher, Gewaltthätigkeit und Unrecht aller Art denken. Also zuerst nur zwei Entstehungsgründe, dann noch einer, und endlich verschiedene andere.

Jedenfalls „entsteht" nach Cohn das Kapital auch durch Sparen, dies lehrt der „Augenschein" und zwar „unerschütterlich". Die frühere Theorie war mithin schlechtweg naiv, Cohn hingegen ist unerschütterlich naiv. Wir müssen nämlich immer bedenken, dass Cohn hier von der Entstehung des Kapitals, also der Güter, die das Kapital konstituieren, spricht, nicht etwa von der Entstehung des Kapitalbesitzes, denn dieser kann natürlich nicht bloss durch Sparen, sondern auch durch Raub entstehen. Wenn er nun sagt: Gütervorräte entstehen erstens durch Besitznahme, zweitens durch Arbeit, drittens durch

Digitized by Google

Sparen, so ist das eine Begriffsverwirrung, auf die er sich entschieden etwas einbilden darf.

Was Cohn weiter über das Kapital sagt, beruht auf den schon dargestellten tiefen Einsichten und ist also schon kritisiert. Nur einen Punkt noch wollen wir berühren. S. 346 f. steht zu lesen: „Bei alledem bleibt die tröstliche Thatsache bestehen, dass auf demjenigen Wege, welcher freilich in viel zu weitgehender Art zum ausschliessenden Typus der bisherigen Kapitalbildung gemacht worden, eine grosse Masse des wirklich vorhandenen Kapitals entstanden ist und täglich entsteht: auf dem Wege rechtschaffener Arbeit und rechtschaffener Sparsamkeit. Die Aufgabe besteht nur darin, diesen Weg zu verbreitern. Denn es ist der Weg, welcher zwischen den verschiedenen Gliedern der Gesellschaft die friedlichen Schranken zieht, die das Los jedes Einzelnen zum Ergebnisse seiner Thaten machen. Es ist der Weg, welcher jeden Arbeiter bei der Ueberzeugung festhält, dass die entscheidende Instanz für sein Wohlbefinden in dem sittlichen Halte ruht, an welchen sich sein Erwerbs- und Genussleben anlehnt.“ Dies ist eine Lösung der socialen Frage, denn als solche müssen wir den Passus wohl nehmen. Sie ist so überraschend neu, dass J. B. Say die Stelle geschrieben haben könnte, wenn sie nicht so schwülstig wäre. Man sieht doch, zu welchen originellen und bedeutenden Resultaten die ethische Nationalökonomie führt.

Wie würde die deutsche Schnapsbrennerei blühen, wenn die Arbeiter keinen Schnaps mehr tränken! wie würde die Textil-Industrie in die Höhe wachsen, wenn die Arbeiter ihre Kleider noch einmal so lange trügen, als gegenwärtig! welche Masse von Genussmitteln aller Art könnte produziert werden, wenn niemand welche kaufen wollte! welche Menge neuer Fabriken könnte hergestellt werden, wenn alle Arbeiter sparten und kein Geld ausgäben für die Produkte dieser Fabriken! und wie reichlich würde da die Arbeitsgelegenheit vorhanden sein!

Eine Preisfrage: Wie viel würde Herr Professor Cohn jährlich ersparen, wenn er monatlich 50 Mark verdiente, damit eine Familie ernähren müsste und durchschnittlich im Jahre 3 Monate gar keine Arbeit fände?

Längst hat uns Rodbertus gesagt: die Arbeiter folgen einem richtigen Instinkte, indem sie nicht sparen, denn wenn Alle sparten, müsste die Produktion von einem gewissen Punkte ab stille stehen. Aber für einen Geist, wie Cohn, sind wirkliche Nationalökonomen gar nicht

Digitized by Google

vorhanden: er blickt mitleidig auf die naiven Anschauungen Adam Smith's herab, er pufft Rodbertus, gibt Marx gelegentlich einen Fusstritt und zitiert am liebsten und häufigsten den grössten Nationalökonomen der Welt: Gustav Cohn.

Da wir schon Einen Cohnismus bezüglich der Lösung der socialen Frage gebracht haben, so wollen wir auch die zwei anderen hier gleich beifügen, denn aller guten Dinge sind bekanntlich drei und so hat Cohn auch 3 Lösungen aufgestellt.

Cohn behandelt auf 10 Seiten und in 7 Paragraphen das Thema „Privateigentum und Gesamteigentum". Das Gesamteigentum reicht nicht aus:

1. weil ich ein Buch, welches nicht mir gehört, nicht jahraus jahrein täglich benützen kann,

2. weil Konsumptibilien, d. h. Güter, die im Gebrauche sofort verbraucht werden, nicht Gesamteigentum sein können. — Das hat in der That auch noch niemand verlangt, es müsste denn ein Irrsinniger gewesen sein. Und was die Bücher anbelangt, so besteht in diesem Artikel heute schon eine tüchtige Portion Kommunismus in Form von öffentlichen Bibliotheken, die freilich hauptsächlich nur für die wohlhabenden Klassen existieren. Zudem glauben wir, dass selbst sehr extreme Socialisten nicht mit besonderer Hartnäckigkeit auf einer absoluten Büchergemeinschaft bestehen werden. Und endlich: wenn ganze Auflagen in die öffentlichen Bibliotheken wanderten, würde Cohn vielleicht das Buch, für welches er sich besonders interessiert, doch jahraus jahrein benutzen können. Er mag sich also beruhigen!

3. „wird es von der Bedeutung der individuellen Kräfte und ihrer gesonderten Interessen für die Herstellung der Güter abhängen, welcher Umfang gesonderten Eigentums ihnen als Unterlage dieser Thätigkeit anzuweisen sei. Eine Gesellschaft, welche nach der Hypothese der freien Konkurrenz dem Spiele der Einzelinteressen einen möglichst freien Raum gewähren will, wird damit auch die Forderung einer möglichsten Ausdehnung des Privateigentums verbinden: wogegen jede Ablösung der Einzelthätigkeit durch die Gesamtthätigkeit auch Gesamteigentum an die Stelle von Privateigentum setzt". Was heisst das? das heisst: wenn viel Privateigentum da ist, findet man wenig Gesamteigentum; und wenn viel Gesamteigentum vorhanden ist, dann ist das Privateigentum selten. Welcher von den beiden Fällen eintreten soll, das hängt davon ab, was die

Digitized by Google

Gesellschaft will. Gegenwärtig will sie die freie Konkurrenz, und diese ist eine Hypothese. Eine artige Hypothese in der That!

Doch, meint Cohn, über die Zweckmässigkeit des Privateigentums sei eigentlich kaum ein Streit. (In welchem Irrtum befindet sich doch die Welt! sie meint, das sei gegenwärtig die allerwichtigste Streitfrage.) Der Streit sei nur entstanden durch den „thatsächlichen Gegensatz" in der Verteilung des Eigentums. Diese Verteilung sei entstanden durch Gewaltthat und Verdienst etc., also es sei nicht alles koscher vor sich gegangen. Doch daran sei nicht wohl zu rütteln, nämlich an der gegebenen Verteilung. Die Hilfe — also die zweite Lösung der socialen Frage — liege auf einem anderen Punkte. Der Umstand nämlich, dass Schicksal und Zufall bei der Verteilung des Eigentums eine so grosse Rolle spielen, mache es notwendig, den Gegensatz zwischen Besitz und Nichtbesitz durch „die versittlichte Auffassung und Handhabung des Privateigentums" zu mildern. Man müsse in dem Privateigentum ein „Amt erkennen, übertragen zum Dienste für die Gesamtheit und zu rechtfertigen durch die tägliche Arbeit für die Gesellschaft". Nun ist es aus mit der Socialdemokratie! Die Eigentümer werden zu „wirklichen gnädigen Herren" ernannt, vielleicht vom Kultusministerium, und kein Arbeiter hat mehr Anlass zur Unzufriedenheit. Wenn aber die Herren nicht „gnädig" sein wollen? Nun, sie müssen, sagt Cohn und damit Punktum. — Die Litteratur der socialen Frage ist um eine Farce reicher.

Die dritte Lösung endlich liegt bei Malthus. Cohn ist ein unbedingter Anhänger des Malthusianismus, dies zeigt er in seinem ganzen Werke. Malthus hat (S. 116) „epochemachend gewirkt", er hat „unwandelbare Wahrheiten" ausgesprochen, auf welchen „die Erkenntnis entscheidender Gründe des socialen Wohlbefindens ruht". Nur dadurch, dass die Zunahme der Bevölkerung eine Aufgabe menschlicher Freiheit und Verantwortlichkeit wird, ist „ein dauernder Fortschritt möglich" (S. 628). Ich muss bekennen, dass ich selbst kein Gegner der theoretischen Grundanschauung von Malthus bin. Sie lässt sich etwa in dem kurzen Satze zusammenfassen: wenn die Menschen sich nach der äussersten physischen Möglichkeit vermehrten, so könnten auf die Dauer die Unterhaltsmittel für sie nicht beschafft werden. Dagegen lässt sich doch wohl nichts Triftiges vorbringen. Allein ebenso falsch ist es, im sog. Malthusianismus ein Heilmittel für unsere socialen Zustände zu erblicken. Malthus sagt: Da die Bevölkerung viel rascher wachsen kann als die Unterhaltsmittel, und

Digitized by Google

da andererseits Menschen ohne Unterhaltsmittel nicht existieren können, so muss auf irgend einem Wege das Gleichgewicht zwischen Bevölkerung und Unterhaltsmitteln erhalten oder hergestellt werden.

Werden mehr Menschen geboren als erhalten werden können, so muss diese Surpluspopulation durch vorzeitigen Tod wieder beseitigt werden. Diese fatale Art der Regulierung der Bevölkerung kann vermieden werden durch eine entsprechende Einschränkung der Geburtenzahl. Diese aber kann erfolgen durch freiwillige Enthaltsamkeit oder durch das Laster. In der Wirklichkeit reguliert in den unteren Schichten der Tod die Bevölkerung, in den oberen die freiwillige Enthaltsamkeit, in Beiden und vorzüglich in den oberen das Laster. Das letztere kann man als Regulator der Bevölkerung natürlich nicht gelten lassen. Jedenfalls bleibt im wesentlichen nur die Wahl zwischen Elend (d. h. vorzeitigen Tod) und vernünftiger Zurückhaltung, worunter Malthus hauptsächlich die Eingehung der Ehe in einem späteren Lebensalter versteht. Und der praktische Schluss ist nun der: die oberen Klassen benehmen sich in Bezug auf die Fortpflanzung vernünftig, vorsichtig, vorausberechnend; die unteren sollen es ebenso machen, dann — hat die Not ein Ende. Abgesehen von allen anderen Einwendungen, die man gegen dieses Heilmittel unserer socialen Schäden anbringen kann, scheint mir der Rat, der hier den Notleidenden gegeben wird, sehr stark an jene Prinzessin zu erinnern, welche, als man ihr bei Gelegenheit einer grossen Theuerung sagte, die Armen hätten kein Brod, den Ausruf that: Warum kaufen sie sich denn nicht Semmeln?

Wenn die Reichen und Gebildeten vorsichtig sind in Bezug auf die Gründung einer Familie, so kommt das aller Wahrscheinlichkeit nach davon her, dass sie reich und gebildet sind. Von den Armen und Unwissenden dasselbe verlangen, heisst von ihnen verlangen, ebenfalls reich und gebildet zu sein. Erst ganze Klassen der Gesellschaft auf das tiefste Niveau der Lebenshaltung und Bildung herabzudrücken und dann ihnen zu sagen: ihr sollt euch ebenso benehmen, wie die auf der Höhe Stehenden, ist eine schlecht angebrachte Ironie, wenn es nicht eine schlecht angebrachte Dummheit ist.

Der Unternehmergewinn.

Schema: bisher ist nichts Rechtes geleistet worden. Die bisherige Literatur hat es nicht vermocht, „ein eigenartiges Einkommen des Unternehmers nachzuweisen“. Adam Smith hat auch diesen

Digitized by Google

Gegenstand „naiv“ behandelt. Zugleich erfahren wir schon im ersten Satze, dass die Verteilung des Einkommens und dessen übliche Arten auf einer „typischen Vorstellung beruhen“. Die Grundrente z. B. beruht also auf einer blossen Vorstellung! Cohn meint natürlich die Theorie der Einkommensverteilung, nicht die letztere selbst; aber er sagt aus Originalität hartnäckig nicht das, was er meint.

Ueber den regelrechten Arbeitslohn des Unternehmers (für seine eigene Arbeit) und die Zinsen seines Kapitals hinaus musste für die bisherige Theorie „ein unaufgelöster Rest bleiben, welcher dem Unternehmer und nur dem Unternehmer zufiel. Indessen war dieser Rest seinem Wesen nach eine positive Grösse, ähnlich wie Lohn und Zins? Wir blicken in die Produktion der Verbände, der freien und der öffentlichen, und finden hier keinen solchen Bestandteil: wir sehen hier vielmehr durch die andersartige Gestaltung der Produktion dieses Moment beseitigt. Mit Aufhebung des Gegensatzes der Interessen der Produktion zu den Interessen derer, für welche produziert wird, fällt auch das Wesen der Unternehmung und damit der unaufgelöste Rest eines Unternehmergewinnes. Die Eisenbahn des Staatsverbandes findet durch Lohn ihre Arbeiter, durch Zins ihre Darlehensgläubiger ab: neben diesen Abfindungen existiert nichts weiter als die Haftung der Staatsgesamtheit für das wirtschaftliche Ergebnis ihrer Eisenbahn. Welcher Art dieses Ergebnis sei, ob ein negatives oder positives, ein Verlust oder Ueberschuss nach Deckung der Kosten und Abfindung der Arbeit und des Kapitals — ist eine offene Frage. Eine innere Notwendigkeit besteht weder für das Eine noch für das Andere. Es ist das Gleiche mit dem Unternehmergewinn. Was dem Unternehmer zu teil wird als Ergebnis seiner Produktion, wird ihm zu teil kraft seiner Haftung für den Erfolg seines Unternehmens. Alles Andere ist vertretbar, diese Haftung ist das Eigentümliche. — Hiemit kann nun nicht gesagt sein wollen, dass durch die Unternehmung und durch den Unternehmer das Risiko der verkehrsmässigen Produktion von allen übrigen Haushaltungen genommen werde.“ Nämlich auch die Darlehensgeber laufen Gefahr, auch der Arbeiter hat sein Risiko. „Indessen ist hiemit nur bewiesen, dass der Unternehmer nicht alles Risiko übernimmt, sondern bloss einen Teil; und zwar denjenigen Teil, welcher gleichsam die dem Verkehr zugewandte Spitze bildet, einen Angelhaken, mit dem sich der Unternehmer zuerst des Gewinnes bemächtigen, eine Schutzwehr für die Uebrigen, mit denen er zuerst die Stösse des Missgeschicks auffangen muss.“

Digitized by Google

Dieser Beruf (des Unternehmers) ist „lockend genug durch das Uebergewicht der Aussichten auf einen positiven Gewinn".

Der einfache Satz, dass der Unternehmer eigenes Vermögen haben muss, wenn er wirklich wirtschaftlich haften soll, wird von Cohn folgendermassen ausgedrückt: „Eine wesentliche Bedingung wird immer sein, dass sich dieser Neigung einzelner Privater um des Gewinnes willen ihre Haftung für den Gang der Volkswirtschaft einzusetzen, das Privateigentum am Kapitale zur Verfügung stellt, welches die sachliche Unterlage dieser Haftung bildet."

Dieses eigene Vermögen, das Privatvermögen des Unternehmers, welches Cohn Privateigentum nennt, gebe der Privatunternehmung vielfach ein Uebergewicht. Doch dies brauche nicht immer zu ihren Gunsten zu sprechen. Es könnte trotzdem da und dort die Gesamtheit an ihre Stelle treten. Dann „darf die Gesamtheit die Gefahr auf sich nehmen und den Gewinn und Verlust — zum Gegenstande ihrer Haftung machen."

„Hienach fällt der sogenannte (bei Cohn ist Alles sogenannt) Unternehmergewinn zusammen mit denjenigen Schwankungen des Reinertrags, welche das für die Produktion eingesetzte Privatkapital auf sich nimmt. Die Bezeichnung als Gewinn ist darum nur aus der subjektiven Vorstellung des Gewinn erwartenden Unternehmers gerechtfertigt, nicht aus dem objektiven Zusammenhange der Einkommensverteilung. Die wirkliche Grösse dieses sogenannten Gewinnes kann erst festgestellt werden, wenn man die Gesamtheit der Schwankungen innerhalb desselben Unternehmens, losgelöst von der Einwirkung anderartiger Momente kennt. *Dem Wesen des Risikos gemäss müsste sich in der Gesamtheit der Fälle ein Durchschnitt gleich Null ergeben:* Ein Beleg dafür ist in der verschiedenen Organisation der Versicherung gegeben. Die Versicherung auf Gegenseitigkeit — verlegt die Schwankungen der versicherten Unfälle periodisch auf die versicherten Mitglieder; die Versicherungsunternehmung nimmt diese Schwankungen auf sich und schützt die Versicherten vor dem Risiko ungewisser Zuschüsse. Die Verwaltungskosten der beiden Arten von Versicherungsanstalten als gleich vorausgesetzt, würde die Summe der Prämienzahlungen bei beiden die gleiche sein müssen, das heisst ein Unternehmergewinn würde nicht übrig bleiben, wenn eine Konkurrenz zwischen beiden stattfände, die lange genug dauerte und intensiv genug wäre, um jeden fremdartigen Bestandteil auszuscheiden."

Wir haben diese Lehre ausführlich und in des Verfassers eigenen

Digitized by Google

Worten dargestellt, weil sonst Mancher glauben könnte, so etwas könne unmöglich in dem Werke eines Göttinger Professors stehen. Das Fazit ist ein ähnliches, wie weiter oben: Es gibt einen Unternehmergewinn, aber es gibt keinen Unternehmergewinn. Nämlich, wenn, wie oben gesagt, sich Leute genug finden für den Unternehmer-„Beruf", weil in demselben die Aussichten auf Gewinn überwiegen, so muss es im Ganzen einen Gewinn geben. Wenn aber der Unternehmer sich von allen anderen an der Produktion beteiligten Personen bloss durch sein Risiko unterscheidet, so gibt es im ganzen keinen Gewinn. Und das Letztere haben wir wohl als die eigentliche Ansicht Cohn's, wenn er wirklich eine Ansicht hat, aufzufassen. Der Beweis für dieselbe ist ein Meisterstück der Logik. Die Verbände erzielen mit ihrer Produktion keinen Gewinn. Warum? Weil sie gar keine Unternehmungen sind. Sie sind keine Unternehmungen, weil hier der Gegensatz der Interessen der Produktion und der Interessen derer, für welche produziert wird, wegfällt. Die Bilanz einer Staatseisenbahn hätte man sich also so vorzustellen: auf der einen Seite die Einnahmen, auf der anderen die Ausgaben für Zins, Löhne etc. + der Haftung.

Weil nun die Produktion der Verbände keine Unternehmung ist und — also keinen Gewinn erzielt, so erzielen auch die Unternehmungen keinen Gewinn.

So viel Voraussetzungen, so viel Irrthümer; so viel Schlüsse, so viel Fehlschlüsse!

Warum soll ein Eisenbahnbetrieb deshalb, weil der Staat Besitzer ist, keine Unternehmung sein?

Warum eine staatliche oder kommunale Brauerei oder Porzellanfabrik keine Unternehmung?

Was ist Unternehmung? Produktion für den Verkehr, Herstellung von Waren oder Leistungen für Andere, die dafür bezahlen. Der Begriff der Unternehmung fällt weg in der Naturalwirtschaft und in der kommunistischen Volks- oder Weltwirtschaft, er gehört in die Periode der Geldwirtschaft und ist ihr allein eigen. Wer in der Geldwirtschaft für den Verkehr produziert, ist Unternehmer, mag er Monsieur Staat, oder Madame Kommune oder Hinz oder Kunz heissen. Für wen produziert der Staat, wenn er Eisenbahnen, Fabriken (nur nicht Fabriken für sein Militär oder sonstige Verwaltungszwecke) etc. besitzt? Hier setzt Cohn mit seiner Zweideutigkeit ein und sagt: Hier bestehe kein Interessengegensatz zwischen der Produktion und

Digitized by Google

denen, für welche produziert wird. Ein solcher Interessengegensatz besteht auch nicht zwischen der Produktion des Unternehmers und ihm selbst; denn er produziert für sich, d. h. der Erwerb, den er macht, fällt ihm zu. Cohn hätte natürlich sagen müssen: kein Interessengegensatz zwischen der Staatsgewalt und den Staatsbürgern, was aber doch sehr cum grano salis zu nehmen gewesen wäre. Denn man kann doch nicht von Interessen der Produktion selbst sprechen und diese den Interessen von Menschen gegenüberstellen. Der obige Cohnismus kann also nur bedeuten: Der Gewinn, den der Staat mit seinen Eisenbahnen etc. macht, kommt allen Bürgern zu Gute, indem mittelst desselben entweder die Verwaltung verbessert oder die Steuern herabgesetzt werden. In diesem Sinn kann man sagen: Der Staat produziert für die Gesamtheit (immer sehr cum grano salis!), die Gesamtheit hat ein Interesse an seinem Gewinn.

Aber wenn der Mensch hier bloss als Staatsbürger und in seiner Beziehung zum Steuerwesen in's Auge gefasst wird, so ist er andererseits auch Kundschaft der Eisenbahn oder Brauerei. Und die Interessen dieser beiden Stellungen des Menschen zur staatlichen „Produktion" harmonieren ebenso wenig, wie die Interessen des Privatunternehmers und seiner Kundschaft. Wer die Eisenbahn wenig oder gar nicht benützt und wer kein Bier trinkt, der hat ein Interesse daran, dass der Staat recht viel Einkommen aus solchen Erwerbsquellen zieht. Wer grosse Geschäfte mit den Eisenbahnen hat und viel Bier trinkt, der wünscht viel eher, dass der Staat seine Geschäfte mit Verlust betreibe. Denn was er deshalb etwa mehr an Steuern zahlt, wiegt seinen Gewinn auf der andern Seite lange nicht auf. Warum sollen wir also den Staat nicht als Unternehmer betrachten? Wenn eine Privatperson eine grosse Fabrik, die sehr viel Gewinn abwürfe, in Betrieb hätte und den ganzen Ertrag dem Staate schenkte: wäre die Fabrik dann keine Unternehmung? Die staatliche Unternehmung, die für den Verkehr produziert, ist heute — wirtschaftlich betrachtet — ebenso eine Privatunternehmung, wie das staatliche Eigentum, welches auf dem Wege des Verkehrs Einkommen abwerfen soll, heute — wirtschaftlich betrachtet — Privateigentum ist.

Und dann der Schluss: weil die staatliche Produktion keine Unternehmung ist, wirft die (wirkliche, nämlich die Privat-) Unternehmung keinen Gewinn ab!

Was die gegenwärtig wahrhaft — interessante Frage betrifft, ob die Unternehmungen im Ganzen genommen Gewinn- oder Verlust

Digitized by Google

bringen, so begnügen wir uns einfach mit der Frage: wo kommt denn der ganze, neu produzierte, in unseren Zeiten enorm steigende Reichtum eigentlich hin? Der Grundbesitz erhält einen Teil davon in Form der steigenden Grundrente. Aber woher kommt das hoch anschwellende mobile Vermögen? Die Arbeiter stecken es wahrlich nicht in die Tasche, selbst wenn man Minister mit zu den Arbeitern rechnet. Das Vermögen, welches aus Lohn oder Gehalt angesammelt wird, ist nur ein ganz unbedeutender Teil des Zuwachses des nationalen Reichtums. Die blossen Kapitalisten leben von ihrem Zins; sie haben als Klasse wohl sicher einen regelmässigen Vermögenszuwachs aufzuweisen, der aber den Wachstum des nationalen Vermögens noch lange nicht erschöpft. Und woher kommt der Besitz der Kapitalisten? Ihr Kapital selbst? der rechte, echte bürgerliche Reichtum?

Jedes Kind weiss die Antwort: aus Handel und Industrie, also aus der Unternehmung.

Cohn soll uns einmal eine andere Quelle desselben angeben! Er macht es mit seinen theoretischen Uebungen wie so viele kleinbürgerliche deutsche Nationalökonomen. Wenn sie eine Werttheorie aufstellen wollen, so verlieren sie zunächst die ganze grosse Industrie aus den Augen, die unserer Volkswirtschaft den Charakter gibt, und denken vor Allem an den Diamanten oder die Quelle in der Wüste, die für den Verschmachtenden grossen Tauschwert hat (wenn nämlich ein Lump, der die Not seiner Mitmenschen ausbeutet, im Besitz der Quelle ist). Wenn vom Unternehmergewinn die Rede ist, so denken sie vor Allem an die Bankerotte, die sie in ihrem Amtsblatt gedruckt finden. Die Herren sollten doch lieber, wie mir dünkt, irgend eine moderne Industrie- oder Handelsstadt sich vor Augen halten und ihren heutigen Zustand mit irgend einem vorausgegangenen vergleichen. Sie sollten sich fragen: wo ist denn das Vermögen erworben worden, das jedes Jahr in so viel Prachtbauten, in so viel neuen Aktien und Obligationen etc. etc. Anlage sucht, während daneben der Luxus des konsumtiven Lebens immer grossartiger wird?

Nationalökonomen von der Cohn'schen Sorte denken gleich, das Volksvermögen, der vorhandene Reichtum sei zurückgegangen, wenn ein Fabrikant Bankerott macht und ein anderer Kapitalist den Besitz des Bankerottirers um einen Spottpreis an sich bringt. Das darf uns nicht wundern bei einem Gelehrten, der da sagt: die Aussicht auf Gewinn ist überwiegend, *also* gibt es im Ganzen keinen Gewinn.

Was Cohn schliesslich als „Beleg" für seine Ansicht bringt,

Digitized by Google

nämlich die zwei Formen des Versicherungswesens, so ist dieser Beleg nur dann ein solcher, wenn Cohn die Voraussetzungen, die er hypothetisch hinstellt, als thatsächlich gegeben beweist. Und das thut er eben nicht.

Die Voraussetzungen sind: erstens dass die Verwaltungskosten gleich sind, und zweitens, dass die Konkurrenz auf beiden Seiten gleich intensiv ist, dass also die auf Gegenseitigkeit beruhenden Gesellschaften z. B. ebenso kolossale Reklame machen, wie die Versicherungs-Spekulanten. Uebrigens zahlen gerade die Assekuranz-Gesellschaften zumeist sehr hohe Dividenden.

Die Unternehmer beziehen nach Cohn als Klasse keinen Gewinn, aber, wenn sie selbst den Betrieb leiten, organisieren etc., einen Lohn, der nichts anderes ist als Arbeitslohn. So heisst es S. 586. Dieser Lohn bewegt sich S. 634 zwar „nicht auf den moralischen Höhen", wie z. B. der Lohn eines Professors, aber „auf den ökonomischen Höhen". Allein er „bewegt sich" ausserdem auch noch „auf einem zweifelhaften Gebiete" (S. 635).

Es liegt nämlich „ein Widerspruch in der Verbindung der Worte Unternehmer und Lohn". „Wenn nämlich Lohn die Abfindung für Arbeiten bedeutet, deren Abfindung eben das Wesen des Unternehmers ausmacht, welcher seinerseits durch das Risiko, dem er sich aussetzt, sich von den durch ihn entlohnten Arbeitern unterscheidet: so bleibt für einen eigentümlichen Lohn des Unternehmers kein Platz übrig". Doch könne in Bezug auf die besondere geistige Thätigkeit des Unternehmers „von einem Entgelte" derselben zu reden sein.

Allein dieses, oft sehr hohe Entgelt, z. B. der „Eisenbahn- und Börsenkönige", sei von problematischem Charakter und nähere sich dem „Zufallsgewinn", es handle sich um die „fragwürdigsten Einkünfte".

Wir kommen auch hier zu einer gleichen logischen Formel, wie früher: Es gibt einen Unternehmerlohn, aber es gibt keinen Unternehmerlohn, die ganze Sache ist problematisch und fragwürdig. — Das kommt von dem hohen volkswirtschaftlichen Standpunkt! Die Frage, ob die Unternehmer als Klasse einen Gewinn beziehen, den Cohn hier Lohn zu nennen beliebt, ist eine ganz andere, als die Frage, wie sich dieser Gewinn unter die einzelnen Mitglieder der Unternehmerklasse verteilt. Cohn hat beide Fragen zusammengeworfen; daher verpufft er sein Pulver umsonst und die ganze Lehre vom Unternehmergewinn löst sich bei ihm in ein Fragezeichen auf.

Digitized by Google

Der Arbeitslohn.

Wir wollen Cohn's Gedankengang so kurz und genau als möglich skizzieren.

Die Sozialisten behaupten fälschlich, dass die grosse Masse der Bevölkerung aus Lohnarbeitern bestehe. Es gibt neben den „grossen Kapital-Besitzungen" noch vielen Kleinbetrieb. Allein diese kleinen Leute leben im wesentlichen vom Arbeits-Einkommen, das oft selbst hinter dem Lohn der Arbeit in fremden Betrieben zurückbleibt. Darum ist die Lehre vom Arbeitslohne so wichtig; sie gibt uns ein Verständnis für das Einkommen jener kleinen Leute, die „der Form nach nicht vom Lohne leben". Wenn es also bloss förmliche Lohnarbeiter gäbe, dann wäre die Lehre vom Arbeitslohn nach Cohn nicht wichtig!

Die thatsächlichen Lohnverhältnisse sind nicht „der Ausdruck einer Gerechtigkeit, welche alle Zweifel siegreich ausschliesst." Allein alles Streben nach grösserer Gerechtigkeit ist utopisch, so lange man keinen deutlichen Begriff von der „neuen Begründung und Normierung des Arbeitslohnes hat", und gegenwärtig ist Alles noch im Ungewissen, man kann nicht einmal auf einen wesentlichen Grundzug der Reform hinweisen, der „nach allgemeiner Ueberzeugung durch eine neue Wertbestimmung des Lohnes Leben erhalten müsste". Die Wissenschaft soll die Zweifel womöglich beseitigen, „damit, sei es das Bestehende auf festeren sittlichen Grund gestellt, sei es dem Neuen und Besseren die Stätte bereitet werde".

Gut also, die bisherige Wissenschaft hat offenbar nichts geleistet, die Socialisten haben schon eine ganz falsche Grundansicht: jetzt kommt Cohn und wird vermutlich diese schwierige Lohnfrage wesentlich fördern.

Sehen wir zu.

„Ein Zweifel" über die Lösung der Lohnfrage entsteht nach Cohn schon aus der Beobachtung, dass der Lohn eine verschiedene Höhe hat, je nachdem eine Art von Arbeiten „in grosser Menge oder Seltenheit vorhanden ist". Dies gilt zwar bei den Preisen aller Güter, aber bei der Arbeit „stehen wir der Würdigung der menschlichen Persönlichkeit gegenüber", und die Menschen sind „doch alle mit einander Wesen, für welche dieser einheitliche Massstab gemeinsam gilt". Man muss fragen: ist die Bemessung des Lohnes nach Häufigkeit oder Seltenheit gerecht?

Digitized by Google

Wir erlauben uns an dieser Stelle zu bemerken, dass die Grundbesitzer des nordöstlichen Deutschlands seit Jahren über den Mangel an Landarbeitern, und dass alle Welt seit Jahren über den Ueberfluss an Juristen, Ingenieuren und anderen „höheren Arbeitern" klagt und dass trotzdem die Herren Juristen und Ingenieure viel besser bezahlt werden als jene „seltenen" Landarbeiter.

Cohn kommt indes zu dem Schlusse: „Die Thatsache ihrer Seltenheit erklärt die Lohnhöhe (der „seltenen Arbeiten"), aber sie rechtfertigt dieselbe nicht". Es ist allerdings hier zunächst von Virtuosen die Rede, doch soll der Satz wohl allgemeiner gelten. — Thatsächlich entscheidet über den Lohn des einzelnen Arbeiters „das Schicksal der historischen Bestimmung, vermöge dessen die einzelnen Arbeiter in eine gewisse Klasse der Gesellschaft hineingeboren werden".

Also oben die Seltenheit, jetzt das Schicksal oder die Klasse. Das sind nun schon wieder sehr verschiedene Dinge.

Und nun kommt das „Recht auf Arbeit" zur Sprache, in welchem Worte nach Cohn sich „seit einem Menschenalter der Widerspruch gegen das Lohnsystem zusammenfasst".

Wir glauben, dass sich seit einem Menschenalter der Widerspruch gerade nicht mehr in diesem Worte zusammenfasst, vor einem Menschenalter war dies eher der Fall. Doch das mag hingehen. — Nun kommen die Bedenken gegen das Recht auf Arbeit.

1. „Gilt die Bürgschaft für eine Existenz durch Arbeit dem Arbeiter, also dem arbeitsfähigen Menschen oder Manne." Wir sehen aber, dass in den unteren Klassen schon Kinder ihren Unterhalt durch Arbeit erwerben müssen. Wenn man nun beobachtet, wie schwer heutzutage die Reform der Kinderarbeit, der Frauenarbeit u. s. w. ist, so sollten die Socialisten hieraus lernen, welche Schwierigkeiten sich ihrer Forderung „gleich an der Schwelle entgegensetzen. Denn schon die erste Voraussetzung dieser Forderung, die Arbeitsfähigkeit, mit welcher die Arbeiter ihr Recht geltend machen, stosse ja auf schwere Hindernisse".

Das ist doch wieder Logik vom reinsten Wasser? Die Kinder sollen nicht arbeiten — nach Cohn —, wahrscheinlich auch die Frauen nicht. Nun aber arbeiten Kinder und Frauen in Menge und darum findet eine Menge erwachsener, männlicher Arbeiter keine Arbeit. Da wäre doch nichts natürlicher, als die Kinder- und Frauenarbeit abzuschaffen. Nach Cohn stösst dies heute auf Schwierigkeiten und also — ist das Recht auf Arbeit „hochgespannter Idealismus".

Digitized by Google

Ja, lieber Herr, wenn Sie an den heutigen Einrichtungen nichts ändern wollen, dann ist das Recht auf Arbeit freilich unmöglich herzustellen; nie hat aber ein Mensch behauptet, dass alles beim Alten bleiben und daneben das Recht auf Arbeit hergestellt werden soll.

Das ist gerade, wie wenn Jemand sagte: auf diesem Terrain kann man keine Eisenbahn bauen, denn hier sind ja lauter Wiesen. So dumm sind die Socialisten doch nicht! Hätte der Staat nie Kinderarbeit gestattet, so gäbe es auch keine Kinderarbeit und nicht so viel beschäftigungslose Männer. Und diesen Staat klagen eben die Socialisten an, dass er nie die Rechte der Arbeiter, sondern immer nur die Vorteile der Besitzenden im Auge hätte. Darum das Bessere bedenklich finden, weil das Schlechte da ist — das ist doch eine kuriose Ethik in der Nationalökonomie.

Was Cohn hier vorbringt, wo doch das Recht auf Arbeit prinzipiell behandelt werden soll, berührt nur die Frage der augenblicklichen Durchführbarkeit. Und diese hat wiederum niemand behauptet. Ein prinzipielles „Bedenken" gegen das Recht auf Arbeit darin zu finden, dass unsere Kapitalisten-Parlamente nicht einmal die Kinder von der Fabrikluft befreien wollen, das ist ja wieder der reinste Cohnismus.

2. sagt Cohn, wird man doch nicht jede beliebige Beschäftigung zum Gegenstande des Rechtes auf Arbeit machen wollen, sondern nur kulturgemässe Arbeitsarten. Allein es gibt (siehe Malthus!) so viele Leute, die zu jeder Arbeit bereit sind, weil sie sonst hungern oder betteln müssten.

Logik: Weil gegenwärtig, wo kein Recht auf Arbeit existiert, viele Menschen sich in einer sehr elenden Lage befinden, ist das Recht auf Arbeit, welches diese elende Lage verbessern soll, zu verwerfen. O Ethik!

Nach Cohn sind gegenwärtig viel zu viele Arbeiter da. Wenn aber Arbeiter alle die guten und schönen Dinge, welche Andere geniessen, mit ihren Händen hervorbringen, sollten dann nicht, wenn alle Arbeiter beschäftigt wären, noch mehr solche gute und schöne Dinge produziert werden können, so dass etwas davon selbst auf die Arbeiter käme? Es handelte sich nur darum, eine Organisation der Wirtschaft zu finden, in welcher dies möglich wäre. Diese suchen zu helfen, wäre eine würdigere Aufgabe für den ethischen Nationalökonomen, als uns trocken zu sagen: weil heute viel Elend vorhanden

Digitized by Google

ist, darf man am Bestehenden nichts ändern und fortschrittliche Ideen, wie das Recht auf Arbeit, sind voll „Bedenken".

3. verlangt man nicht bloss Arbeit, sondern auch Lohn, der den Kulturbedarf deckt. Und dieser Lohn „will -- durch entsprechende Arbeitstüchtigkeit und — durch entsprechende Arbeitsgelegenheit erworben sein."

Es wird sich also, so denken wir, fragen, ob auch wegen dieses Verlangens nach Lohn ein spezielles Bedenken vorliegt.

Cohn raisonniert folgendermassen: „Die Arbeitsgelegenheit wird insofern vorhanden sein, als die Arbeiter nicht bloss Produzenten, sondern auch Konsumenten sind." Ein bedenklicher Satz! Die Arbeiter *sind* Konsumenten, aber dennoch fehlt es an Arbeitsgelegenheiten. Wären sie Konsumenten für Alles, was sie produzieren, dann freilich gäbe es Arbeit genug. Ihr geringes Einkommen nimmt ihnen eben die Arbeitsgelegenheit. Diese Kleinigkeit hat Cohn übersehen.

Nun gehört zur Arbeit auch Kapital. Diese Bedingung, meint Cohn, mag in der Gegenwart „nicht so schwer ins Gewicht fallen". „Und wirklich beobachten wir, dass bei einigem guten Willen heute sich für arbeitslose, aber tüchtige Leute immer noch irgend eine Beschäftigung findet -- freilich bei der weitverzweigten Gliederung der Arbeitsteilung nicht ohne Härten, da die Arbeitsgelegenheit, welche sich dem Arbeiter der deutschen Industrie auf den Weizenfeldern des amerikanischen Westens eröffnet, ihnen regelmässig keine Arbeitsgelegenheit ist."

Wahrhaftig, es ist hart, wenn eine Arbeitsgelegenheit keine Arbeitsgelegenheit ist. Hart für den Arbeiter, aber auch hart für den Leser!

Es sollte hier vom Lohn die Rede sein, vom angemessenen Lohn; Cohn hat das vergessen und spricht von der Arbeitsgelegenheit.

Aber wie! Die wirtschaftliche Möglichkeit der Beschäftigung ist da, weil der Arbeiter Konsument ist; die materielle Voraussetzung der Arbeit, das Kapital, ist auch da. Und daraus folgt, dass selbst ein tüchtiger Arbeiter bei gutem Willen nur eine Arbeitsgelegenheit findet, die für ihn keine ist, dass er also *keine* Arbeit findet. Oder haben wir den Satz so aufzufassen, dass ein tüchtiger Arbeiter zwar in Amerika, wohin er nicht gelangen kann, guten Lohn fände, aber in Europa nicht? Dann ist die Idee diese: die wirklich arbeitslosen europäischen Arbeiter sind nur untüchtige Leute;

Digitized by Google

wären sie tüchtig, dann würden sie — „freilich nicht ohne Härten“ — einen armseligen Lohn schon finden. Das ist wiederum Logik! Das europäische Kapital beschäftigt die Arbeiter nicht, weil sie zu wenig tüchtig sind, und bezahlt die tüchtigen schlecht, weil —? — Und das soll wieder ein Argument gegen das Recht auf Arbeit sein!

Nun aber folgt in unmittelbarem Anschlusse an die oben zitierte Stelle Folgendes: „Als allgemeinen Grundsatz wird man desto weniger behaupten dürfen, dass die Voraussetzung des notwendigen Kapitals sich mit wachsender Bevölkerung und wachsender Arbeitermasse von selber einstelle: weil es im Allgemeinen, von bestimmten Zeitaltern abgesehen, eine offene Frage ist, in welchem Grade die Zunahme des Kapitals fortschreitet.“

Es ist die alte Malthusische Leier, auf der eine vulgäre Arie gespielt wird: Die Arbeiter, die mit ihren Händen das ganze Kapital hervorbringen, nehmen an Zahl zu rasch zu. Wenn die Produktivität der Arbeit rückwärts ginge, wäre obiger Satz „im Allgemeinen“ wahr; da sie aber vorwärts geht, ist er „im Allgemeinen“ falsch, zum mindesten so lange es Kapitalisten gibt. Der Kapitalismus bringt mit seiner eigentümlichen Einkommensverteilung bei hoher Produktivität der Arbeit das Kunststück zu Stande, die Länder mit Kapital vollzustopfen und die Arbeiter zu Vagabunden zu machen. Er produziert todten Reichtum und fängt bereits selbst an zu erschrecken über sein leichenhaftes Produkt.

4. „Wer das Recht auf Arbeit durchführen will, muss nicht nur die angemessen gereiften Arbeitskräfte mit ausreichenden Massen Kapitals zur Verfügung haben; er muss auf einer Stufe hoch entwickelter Gliederung der Arbeitsgelegenheiten, die sich innerhalb des eigenen Landes nicht bloss, sondern über den Weltmarkt hin erstreckt, auch die einzelnen Gattungen der Arbeiter so zu verteilen, den Nachwuchs so zu leiten wissen, dass jeweilen dem Bedarf jedes einzelnen Gewerbes die verfügbaren Arbeitskräfte entsprechen, wie diesen wieder die entsprechende Gestalt des Kapitals.“ Das heisst nichts Anderes als: die Arbeiter müssen je nach den Anforderungen der Produktion verteilt sein. Das sind sie aber heute schon; das Hin- und Herwerfen der Arbeiter von einem Geschäfte ins andere, von einem Lande ins andere hat der Kapitalismus in höchster Vollkommenheit zu Stande gebracht.

Dazu brauchen wir kein Recht auf Arbeit! Dieses Recht auf Arbeit, d. h. eine Organisation der Volkswirtschaft, in welcher die

Digitized by Google

Arbeit wirklich für sich selbst produzierte und daher nie zu viel produzieren könnte, würde vielmehr dahin wirken, dass der Arbeiter in seinem eigenen Vaterlande ausreichende Arbeitsgelegenheit fände.

Und die Verteilung der einzelnen Arbeiter auf die einzelnen Branchen der Arbeit müsste doch in einer vernünftig organisierten Volkswirtschaft mindestens ebenso leicht vor sich gehen, als heute, wo der Zufall und das individuelle Schicksal sie bewirkt. Es wäre gar kein Kommando dazu nötig, sondern eine kluge Regulierung des Einkommens der einzelnen Arbeitsbranchen würde jeden Augenblick eine angemessene Verteilung zu bewirken vermögen. Was thut denn der Kapitalist, wenn er nicht genug Arbeiter findet?

Er zahlt etwas mehr Lohn als Andere, und dies Mittel ist kein Geheimnis des Kapitalismus.

So könnten es im Notfalle auch ganze Gemeinwesen machen, wenn es in einer Branche an Arbeitern fehlte; sie könnten durch das Lockmittel eines höheren Einkommens fremde Arbeiter nach Bedarf heranziehen, geradeso wie ein Unterrichtsministerium dem andern durch das Lockmittel eines höheren Gehalts die (nach Cohn!) geldverachtenden Professoren wegfischt.

„Dieses sind die hauptsächlichsten Hindernisse, welche das Recht auf Arbeit auch da, wo die Gesetzgebung kühn genug gewesen, dasselbe auszusprechen, zu einem unerreichbaren Ideal machen.“ Das ist der Schluss der Cohn'schen Lehre vom Recht auf Arbeit; geistreicher, gründlicher, abschliessender ist es wohl noch nie behandelt worden. In den Tiefen der ethischen Nationalökonomie findet also das Recht auf Arbeit keinen Platz.

Denn trotzdem dies Recht im preussischen Landrecht „als ein Bestandteil des öffentlichen Armenrechts“ (S. 618) und 1848 von der provisorischen Regierung in Paris proklamiert wurde, ist es doch weder in Preussen noch in Frankreich durchgeführt worden. Beweis genug für Cohn und die ethische Nationalökomie, dass es „ein unerreichbares Ideal“ ist. Denn mit dem preussischen Landrecht und der Gesetzgebung von 1848 ist offenbar die Menschheitsgeschichte abgeschlossen. Nun, was das erstere betrifft, so hat der Socialismus mit dem Recht auf Arbeit niemals die Armenpflege gemeint. Und was die provisorische Regierung anbelangt, so weiss bald jedes Kind, von welcher Gesinnung die Majorität derselben beherrscht war, und wie ihr Louis Blanc unter der Pression eines Aufruhrs das Dekret, welches das Recht auf Arbeit proklamierte, geradezu abpresste. Das

Digitized by Google

Dekret war ein Erzeugnis der Furcht, ein Auskunftsmittel des Augenblicks, niemals ernst gemeint und gar nicht mit der Absicht gegeben, dessen Konsequenzen zu ziehen. Wie sollte auch die bürgerliche Gesellschaft dazu kommen, das Recht auf Arbeit durchzuführen, da dessen Durchführung ihr eigenes Ende bedeutete? Einen Beweis für die Undurchführbarkeit dieses Rechtes daraus zu entnehmen, dass die herrschende Bourgeoisie es nicht durchgeführt hat, heisst ebensoviel, als die Republik für ein unerreichbares Ideal zu erklären, weil kein König oder Kaiser sie einführt. Diese Art von Logik sollte man zum ewigen Ruhm ihres Vaters für immer Cohnismus nennen.

Nun werden die Bestimmungsgründe des Lohnes untersucht. Adam Smith hat das eherne Lohngesetz aufgestellt, wonach die Produktionskosten der Arbeit im Durchschnitt und auf die Dauer den Lohn normieren. Indem aber die englischen Nationalökonomen fragten: wie hoch muss der Lohn sein, damit die Arbeitskraft dauernd produziert werden kann, gelangten sie zu Betrachtungen, deren „Ergebnis am Ende das sittlich Notwendige war, dasjenige, was die Höhe des Arbeitslohnes sein soll“ (ist das auch deutsch?).

Cohn findet es nämlich „weder physisch möglich, noch sittlich zulässig, die Produktionskosten der Arbeitskraft ohne den Massstab einer moralischen Norm zu bestimmen“. Es ist physisch unmöglich, denn wenn man die Arbeitskraft ganz wie andere Waren betrachtet, dann wäre die wohlfeilste Herstellungsweise die wünschenswerteste. Die Erfahrung zeigt uns, dass „die Käufer der Arbeitsleistung deren Wohlfeilheit in dem Elende der Arbeiter fanden, in schlechten Löhnen, schlechter Nahrung u. s. w.“ Man kann nicht genau bestimmen, bei welcher physischen Herabdrückung der Lebensweise etc. die wohlfeilste Herstellung der Arbeitskraft möglich ist. Der Naturforscher verlangt ein gewisses Quantum von Nahrungsstoffen als zur Gesundheit notwendig. Doch das beweist nichts, wenn die Arbeiter bei chronischer Krankheit auch mit weniger leben und arbeiten können. Man stellt Kinder vorzeitig zur Arbeit an und die Folge ist eine verkrüppelte Arbeiterbevölkerung, die dennoch die Arbeit verrichtet. Man kann sagen: gewisse Arbeiten sind durchaus gesundheitsschädlich — sie werden dennoch verrichtet. „Wenn also aus dem Gesichtspunkte des physisch Notwendigen keine Norm zu entnehmen ist, vielmehr daraus der Fingerzeig auf andersartige Normen hervorgeht: so haben wohl die angeführten Beispiele zur Genüge dargethan,

Digitized by Google

dass mit jener Identität der Arbeit „gleich jeder anderen Ware“ nichts anzufangen ist.“

Wir müssen uns ausser Stande erklären, den logischen Faden, der diese ohne Zweifel tiefsinnigen Bemerkungen zusammenhält, herauszufinden. Man möchte annehmen, der Verfasser wolle die Anschauungen der englischen Nationalökonomen bekämpfen. Diese sagen: der Unternehmer kauft die Arbeit, wie jede andere Ware, so billig er sie haben kann. Da aber der Arbeiter vom Kaufgeld, seinem Lohne, leben muss, so muss der Lohn durchschnittlich so hoch stehen, dass der Arbeiter mit dem nötigen Nachwuchse davon auch leben kann. Der Lohn kann zeitweilig tiefer sinken, dann tritt grössere Sterblichkeit ein. Er kann zeitweilig höher stehen, dann tritt raschere Vermehrung der Arbeiterbevölkerung ein. Wie viel Unterhaltsmittel der Arbeiter haben muss, um überhaupt arbeiten oder etwas Bestimmtes leisten zu können, das haben sie nicht gesagt. Das mag nach Ländern und Arbeitsarten verschieden sein. Das hindert aber doch nicht, dass die Arbeiter durchschnittlich überall nicht mehr Unterhaltsmittel bekommen, als sie notwendig brauchen, um die spezifische von ihnen geleistete Arbeit wirklich und auf die Dauer zu leisten! Cohn bringt uns sogar Belege dafür, dass die Arbeiter häufig in Folge unzureichender Unterhaltsmittel u. s. w. physisch verkommen.

Dies dürfte in der Periode des hoch entwickelten Kapitalismus sogar eher die Regel als die Ausnahme sein. Was heisst das aber? Das heisst: die Arbeit ist durch die Fortschritte der Technik, die ausschliesslich den Besitzenden zu Gute gekommen, von solcher Art geworden, dass auch physisch verkommene Menschen sie noch zu leisten vermögen. Was da „physisch nicht möglich“ sein soll, verstehen wir nicht recht; noch weniger, weshalb für die Theorie des Arbeitslohnes die Arbeit nicht gleich jeder anderen Ware sein soll. Es soll nicht möglich sein, die Produktionskosten der Arbeitskraft ohne den Massstab einer moralischen Norm zu bestimmen! Der Verkehr bestimmt sie täglich ohne alle moralische Norm, ja nach einer sehr unmoralischen Norm. Die englischen Nationalökonomen haben nicht behauptet, dass die Arbeiter so viel bekommen müssten, um gesund und bei normaler Kraft zu leben, sondern nur so viel, um arbeiten und sich fortpflanzen zu können. Und nach Cohn bestätigt die Erfahrung dies, die Erfahrung bestätigt also das „physisch Unmögliche“!

Digitized by Google

Es scheint indes, dass Cohn eigentlich der Meinung ist, die Arbeiter bekämen heutzutage weniger Lohn, als die Produktionskosten ihrer Arbeitskraft ausmachen, und derjenige Lohn, der diese Produktionskosten genau deckte, wäre eben der richtige. Es liege also ein Widerspruch zwischen dem wirklichen und diesem richtigen Lohne vor, und der „socialpolitische Radikalismus habe den Protest gegen diesen Widerspruch längst formuliert" (ein zahmer Radikalismus!).

Cohn will deshalb „dem Widerspruche klar ins Auge sehen" und nach „versöhnenden Momenten" suchen, welche die Schroffheit desselben mildern oder teilweise ausgleichen.

Allein das Alles *scheint* nur, denn Cohn nimmt nun einen höheren Flug, der weit über die Produktionskosten hinausgeht:

Der Mensch ist Selbstzweck. Jeder Arbeiter soll seinen Kulturzweck verwirklichen. Die Produktionskosten der Arbeitskraft ergeben sich daher nur als sekundäre Erscheinung aus den Kosten des Kulturbedarfs. „Nicht um Arbeitskraft herzustellen, sondern um den Kulturzweck des Menschen zu verwirklichen, *wird* ein Aufwand gemacht und wird ein gegebener Bedarf gedeckt (von wem? in welchem Lande? in welchem Jahrhundert?). Nur insofern als die Arbeit das Mittel der Kultur ist, zur Verwirklichung des Lebenszweckes dient, ergibt sich für sie ein gewisser Bedarf, welchen der Käufer der Arbeitsleistung zu decken hat (was soll das heissen? wenn die Arbeit nicht Mittel der Kultur ist, braucht der Arbeitgeber *keinen* Lohn zu zahlen?). Also das Gegenteil eines Standpunktes, welcher von der Vorteilsberechnung des Käufers der Arbeitsleistung ausgeht und für deren Herstellung so viel zugesteht als notwendig ist, die Maschine in Gang zu halten."

Soll das wirklich gegen Smith und Ricardo gehen? Diese sprechen von der Wirklichkeit, Cohn von — Nichts. Denn so lange es private Arbeitgeber gibt, ist dieser Standpunkt einfach lächerlich. Cohn scheint, wenigstens im Anfang dieser Stelle, sehr radikal, radikaler fast als die bösesten Socialisten; aber er behält die Arbeitgeber vorsichtig bei und wie ungefährlich das hohe sittliche Pathos des ethischen Nationalökonomen gemeint ist, würden wir alsbald einsehen lernen, wenn wir nicht schon im vorhinein von der guten Gesinnung des Verfassers überzeugt wären.

Die Erscheinungen des wirklichen Lebens sind nach Cohn zwar trübselig, aber doch lehrreich, sie zeigen uns, um was es sich handelt. Und nun kommen die Mittel zur Besserung, oder, wie er früher sagt,

Digitized by Google

die „versöhnenden Momente“. Das erste versöhnende Moment ist — Malthus. Darüber ist nichts mehr zu sagen. Wenn die Arbeiter, weil sie elend sind, grosse Familien haben, so kann man ihnen nicht raten: seid vorsichtig in der Gründung von Familien, damit ihr nicht elend seiet. Erst muss das Elend weg, dann kommt die Vorsicht von selbst, wie bei den oberen Klassen.

Das zweite versöhnende Moment? — Wenn ein grösseres Einkommen, sagt Cohn, eine relativ noch grössere Leistung erzeugte, so dass also der hochgelohnte Arbeiter für eine gleich grosse Leistung noch weniger bekäme, als der schlechtgelohnte, so wäre das „eine schöne Harmonie“ (— ein köstlicher Gedanke, der in der steigenden Profitrate volkswirtschaftliche oder sociale Harmonie wittert!). Einigermassen ist das nach Cohn auch der Fall, da die Arbeiter Westeuropas besser bezahlt werden, als die Osteuropas. Merkwürdig ist puncto Harmonie nur das Eine, dass die Arbeiter Westeuropas viel unzufriedener, viel revolutionärer gestimmt sind, als die Osteuropas. Sollten sie wirklich so dumm sein, von dem hier viel rascher steigenden Reichtum der Nationen auch einen entsprechenden, dem Steigen entsprechenden Anteil erringen zu wollen? Fast scheint es so und die Harmonie geht natürlich dabei flöten.

Doch, meint Cohn, dieser Zusammenhang des Lohnes mit der Leistung sei „zum mindesten unwahrscheinlich“ und die Lohnerhöhung führe in vielen Fällen nur zu Müssiggang oder thörichter Vergeudung. Müssiggang und Vergeudung sind aber offenbar — so müssen wir schliessen — ein ausschliessliches Vorrecht der oberen Klassen und darum liegt in der angestrengten Arbeit und kümmerlichen Lebensweise der unteren Klassen ein versöhnendes Moment, sie müssen sich ausgesöhnt fühlen mit ihrem Hungerlohne, da sie sonst Müssiggänger und Verschwender werden und also das Privilegium der oberen Klassen verletzen könnten.

Die Gesetzgebung solle an diesen Verhältnissen ja nicht „mit ungestümer Hast“ etwas zu ändern suchen. Das thue sie schon, wenn sie einen Maximalarbeitstag einführe. Cohn ist nämlich äusserst besorgt um die „Kultur der Arbeiter“. Was er darunter versteht, wissen wir nicht genau, wahrscheinlich eine lammfromme Gesinnung. Es ist nun nach seiner Ansicht zweifelhaft, ob die Abkürzung der Arbeitszeit dieser Kultur zu Gute komme. Es ist offenbar für die Kultur der Arbeiter im Sinne der ethischen Nationalökonomie am besten, wenn ihnen nicht mehr freie Zeit bleibt, als dass sie essen

Digitized by Google

und schlafen können. Sonst dürften sie am Ende übermütig werden und sich auch unterhalten wollen, was wieder ein Privilegium der oberen Klassen ist.

Sodann sei es zweifelhaft, ob bei kürzerer Arbeitszeit gleich viel oder noch mehr geleistet wird, als bei längerer. Erst wenn diese beiden Zweifel beseitigt seien, könne man derartige Gesetze erlassen.

Cohn's oberster nationalökonomischer und ethischer Grundsatz ist offenbar der: Die Profitrate darf in keinem Fall auch nur um einen Pfennig fallen. Ein socialer Standpunkt von schwindelnder Höhe! Selbst ein Gewürzkrämer kann nicht grossartiger denken.

Und das Alles muss erst bewiesen werden, bevor die Gesetzgebung eingreifen darf! Aber wie soll dieser Beweis hergestellt werden? Wahrscheinlich führen die lieben Arbeitgeber selbst den Maximalarbeitstag ein, beobachten die Kulturfortschritte ihrer Arbeiter, berechnen ihren Profit, finden, dass er gleich gross geblieben wie früher, legen diese Beweise der hohen Regierung vor und bitten sie, nun auch gesetzlich den Maximalarbeitstag einzuführen. So muss sich der grosse ethische Nationalökonom offenbar den Vorgang denken, wenn er überhaupt dabei etwas gedacht hat. Und nun erinnere man sich gefälligst an das hohe Pathos, mit welchem ein paar Seiten vorher jeder Mensch als „Selbstzweck" hingestellt wurde! Der Selbstzweck des Arbeiters geht offenbar dahin, seinem Herrn für alle Zeiten den Profit zu sichern.

Diesen „Selbstzweck" finden wir auch an anderen Stellen des Buches als leitenden Grundsatz. So erfahren wir Seite 643: man müsse Lohnformen finden, welche den „Zusammenhang" des Lohnes mit der Leistung verbürgen oder doch zum mindesten fördern. „Solche Lohnformen wird man mit Vorliebe anwenden dürfen". Gemeint ist zunächst der Stücklohn, den niemals ein Arbeitgeber zu einem anderen Zwecke eingeführt hat, als um für möglichst wenig Lohn möglichst viel Arbeit zu erpressen. Dieses Erpressungsmittel empfiehlt die ethische Nationalökonomie! — „Eine weitergehende Massregel, um die Interessenharmonie (!) zwischen Lohnarbeitern und Arbeitgebern herzustellen", besteht in der Gewinnbeteiligung. Dieses System hat „Manches geleistet", aber Cohn findet ein Bedenken dagegen — worin? Weil dabei dem Arbeiter manchmal ein „unverdientes Geschenk" zufallen könnte. Er soll den Gewinnanteil nur als „ein Ergebnis seiner Anstrengung" bekommen und dieses Ergebnis kann

Digitized by Google

man für den einzelnen Arbeiter nicht immer herausrechnen. Ei! Ei! Dieses Bedenken kann die Ethik des Nationalökonomen ruhig der Gewinnsucht der Unternehmer überlassen. Aber wer rechnet uns denn genau heraus, welcher Teil des Gewinnes das Ergebnis der Anstrengung des Unternehmers sei? Das wäre ein würdigeres Problem für den ethischen Nationalökonomen. Der arme Arbeiter könnte zu viel bekommen! Das wäre bedenklich. Der arme Unternehmer kann nie zu viel bekommen. — Das ist die Ethik des Wucherers! O armer Nationalökonom!

Cohn empfiehlt Prämien für Ersparnis an aufgewendeten Rohstoffen oder „an abgenutzten Maschinen". Das Raisonnement lautet also: Stücklohn ist billiger als Zeitlohn, gibt mithin mehr Profit. Prämien für Ersparnisse rentieren sich ebenfalls gut, geben also mehr Profit. Gewinnbeteiligung könnte aber den Profit schmälern; wo dies möglich, weg mit ihr! Facit: es lebe der Profit! Nach den Gesichtspunkten des höchsten Profits ist der Lohn einzurichten und zu beurteilen, denn — der Arbeiter ist Selbstzweck!

Damit haben wir und sicherlich auch der Leser genug. Wenn auf deutschen Universitäten solche Nationalökonomie gelehrt und den jungen Leuten noch dazu vorgesagt wird, das sei Ethik, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn zu der Zeit, wo diese jungen Herren ans Staatsruder kommen, der Anarchismus eine praktische Ethik bethätigt, welche dieser theoretischen an Höhe und Würde nicht nachsteht.

Digitized by Google

Eine neue sociale Theorie.

(1890.)

Der das Buch*) geschrieben, welches wir hier besprechen wollen, ist weder Professor, noch Privatdocent, noch auch nur Mitglied eines staatswissenschaftlichen Seminars. Ja noch schlimmer! Der Mann hat weder vor deutschen Professoren der Nationalökonomie, noch vor ihren Seminarien, noch vor der deutschen Nationalökonomie überhaupt irgend welchen Respekt und erinnert in dieser Beziehung fast an die socialistischen Dioskuren Marx und Engels und ihre respektwidrigen Bemerkungen über dasselbe Thema.

Mit Bezug auf die deutschen Professoren der Nationalökonomie sagt er: ein jeder suche sich aus dem weiten Mantel des Smith'schen Systems ein bequemes Hausröckchen zurecht zu schneidern und zeige dann stolz auf die eigene Zuthat, einen Flecken, einen Knopf oder ein originales Loch (S. 41). Die Seminarien nennt er — es ist kaum zu glauben! — Brutstätten des gelehrten Strebertums und des verderblichsten Schulemachens und meint geradezu, man solle sie schliessen! (S. 190.) Und, von des berühmten Statistikers Engel bekannter Theorie vom Arbeitslohn sprechend, macht er die Bemerkung, einem deutschen Statistiker sei die Entdeckung vorbehalten gewesen, dass auch der Lohn des Arbeiters nur der Zins sei für die Kosten seiner Erziehung, und das sei eine der wenigen originellen Leistungen der deutschen Nationalökonomie. (S. 348.)

*) Die drei Bevölkerungsstufen. Ein Versuch, die Ursachen für das Blühen und Altern der Völker nachzuweisen von Georg Hansen. Mit einem Plan. München 1889, J. Lindauer. VIII., 407 S.

Digitized by Google

Und doch ist der Mann nichts weniger, als ein roter Revolutionär, er hält das erbliche, kräftige und keineswegs parlamentarische Königtum für die beste, eigentlich einzig haltbare Staatsform und schwärmt für die Hohenzollern und den Fürsten Bismark trotz einem deutschen Professor.

Wenn es indessen — wie ich hoffe — zugegeben werden muss, dass die Herren von Thünen, Rodbertus, Friedrich List und Karl Marx die weitaus bedeutendsten Nationalökonomen sind, die Deutschland bis jetzt hervorgebracht hat, und dass auch diese Männer keine akademischen Stellungen bekleideten (List gab seine Tübinger Professur nach weniger als 2 Jahren wieder auf, da er sich zu solcher Thätigkeit ganz ungeeignet fühlte), so kann der letztere Umstand bei unserem Autor ebenfalls kaum ein Grund sein, ihm nicht volle Beachtung zu schenken, wenn er sie sonst verdient.

Und ich glaube in der That, er verdient sie. Wir haben es mit einem kraftvollen, umfassenden, originellen Geiste zu thun, dessen Konzeptionen man nicht ignorieren darf, mit dem man sich unter allen Umständen auseinandersetzen muss. Das Buch wäre bedeutend, auch wenn kein einziger Satz in demselben sich als vollkommen richtig erwiese, und wir glauben, dass der Verfasser noch Bedeutenderes zu Tage bringen kann, wobei ihn die Kritik hoffentlich nur fördern wird. Ein heller, origineller Geist wirkt, auch wenn er auf falschem Wege sein sollte, schon durch das, was er anregt, mächtiger auf die Entwicklung der Wissenschaft, als tausend gewöhnliche Köpfe, die vollkommen korrekt nach dem überkommenen Modell fortschneidern. Des augenblicklichen Erfolges und Lohnes sind die letzteren natürlich viel sicherer, sie bilden ja die mächtige Mehrheit, die überall den Ton angibt, den lautesten nämlich, sich gegenseitig fördert und befördert, eine grosse Reklamegesellschaft, der man nur anzugehören braucht, um ein „bekannter“, ein „tüchtiger“ oder gar ein „berühmter“ Fachmann oder Fachgenosse zu sein.

Ein socialwissenschaftliches Buch, das sogar ganz entschieden praktisch sein will und mit keinem Worte der Socialdemokratie erwähnt, ohne dass dieses Schweigen irgendwie absichtsvoll aussieht, ja ohne dass man die Erwähnung der genannten Partei an irgend einem Punkte eigentlich vermisst — schon das verrät ein erhebliches Mass von Originalität. Hat doch die Existenz einer socialdemokratischen Partei auf die deutschen Nationalökonomen einen so mächtigen, drückenden und berückenden Einfluss ausgeübt, dass Viele derselben

Digitized by Google

früher allgemein angenommene, unzweifelhaft richtige Lehrsätze der liberalen Wirtschaftswissenschaft auf einmal nicht mehr gelten liessen und irgend einen beliebigen Quark an die Stelle setzten, bloss weil die Socialisten aus jenen Lehrsätzen irgend welche unbequeme Folgerungen zogen. So z. B. das Gesetz des Arbeitslohnes, das schon der höchst unverdächtige, aber ziemlich unbefangene Turgot (Réflexions sur la formation et la distribution des richesses, zuerst im Jahre 1769 publiziert) ganz ebenso, ja vielleicht noch schroffer fasste, als die modernen Socialisten, und das selbst ein Mann wie J. B. Say, wahrlich kein Gegner der Privatwirtschaft und des Kapitalismus, aber trotz seines vorherrschenden Optimismus immerhin ein ehrlicher, wahrheitsliebender Mann, in seinem Traité mit den Worten formuliert: Der Lohn gemeiner Arbeit beträgt fast in keinem Lande mehr, als was im strengsten Verstande zur Unterhaltung des Lebens nötig ist (Uebersetzung von Jakob, 2. Band, S. 153). So die Wertlehre, indem man auf einmal nicht mehr begreifen wollte, dass nützliche Dinge in der menschlichen Gesellschaft nur deshalb einen allgemein anerkannten Wert haben können, weil sie dieser Gesellschaft nicht auf Wunsch fertig in die Hände fliegen, sondern mit Aufwendung menschlicher Kräfte — des Einzigen, was die Menschen überhaupt aufzuwenden haben — dem Bedürfnis zugeführt werden müssen. An die Stelle dieses geradezu selbstverständlichen Ausgangspunktes jeder Lehre von den Produktions- und Tauschverhältnissen der wirtschaftlichen Güter setzte man dann irgend welche individual-psychologische Plattheiten, die im wirklichen Leben der Gesellschaft ebensowenig Bedeutung haben, wie das über seine Freiheit spintisierende und dennoch ganz und gar durch seine Position, durch die von seinem Willen unabhängigen gesellschaftlichen Verhältnisse und Zusammenhänge bestimmte Individuum. Man vergass förmlich oder gab sich mindestens den Anschein zu vergessen, dass die wirtschaftlichen Güter erst produziert werden müssen, bevor sich überhaupt jemand hinsetzen und über seine persönlichen Bedürfnisse phantasieren kann, und dass schon die Produktion sich qualitativ und quantitativ nach dem durch die gesellschaftlichen Kräfte und Machtverhältnisse bestimmten Bedarf richtet.

Wir werden im Folgenden lange nicht den ganzen Inhalt dieses merkwürdigen Buches einer Besprechung unterziehen; derselbe ist so reich, dass sich von den Händen gewöhnlicher Autoren daraus ganze Bibliotheken konstruieren liessen. Wir stehen diesem Inhalt fast durchaus polemisch gegenüber, wir lassen kaum eine Zeile von dem,

Digitized by Google

was wir hier besprechen, gelten und haben uns sogar einer etwas heftigen Sprache nicht überall enthalten können: das hindert uns aber nicht, dem Buche eine grosse Bedeutung beizulegen und dem Geiste des Autors unsern Respekt zu bezeugen. Im Gegenteil! weil wir das Werk für bedeutend erachten, ohne jedoch dessen Grundtendenz annehmen zu können, fühlen wir uns aufgefordert zu eingehender und heftiger Bekämpfung.

I.

Was der Verfasser in seinem ganzen Buche zu behandeln beabsichtigt, ist in der That nichts Anderes, als die sociale Frage, aber nicht die hergebrachte, mit Gänsefüssen bezeichnete, allbekannte Frage der heutigen Proletarierbewegung, sondern die nach der Ansicht des Autors seit den Anfängen der Zivilisation stets vorhandene, alle wesentlichen Schwierigkeiten des gesellschaftlichen Lebens umfassende, dem Hauptinhalt nach immer gleiche, in den besonderen Umständen ausserordentlich vielgestaltig auftretende Frage: „Wie ist die überschüssige Menschenproduktion zum Wohle des Ganzen zu verwerten?“ (S. 99).

Eine überschüssige Bevölkerung ist nach der Ansicht des Verfassers, der hier von Malthus ausgeht, stets vorhanden. Dies ist das Fundamentaldogma des Buches, welches mit der Behauptung begründet wird, dass die Fortpflanzung des Menschengeschlechts auf dem stärksten aller Naturtriebe beruhe, welcher bewirkt, dass auch da noch Kinder gezeugt werden, wo keine verständige Aussicht auf genügenden Lebensunterhalt für dieselben vorhanden ist.

Gibt man diesen Satz bedingungslos zu, so folgt von selbst die notwendige Permanenz des Elends. Mit dieser kann man sich nur abfinden durch eine aristokratische Weltanschauung: Das Leben gehört mit all' seinen Gütern den tüchtigsten Kämpfern, oder auch der Klasse, die sich einmal die günstigste Stellung errungen hat. Sociale Humanität, d. h. die Anwendung des Princips der Humanität auf die Einrichtung der Gesellschaft, ist hier ausgeschlossen, sie könnte nur zu der ganz unannehmbaren Gleichheit des Elends führen.

Wir müssen uns schon an dieser Stelle eine kritische Bemerkung erlauben. Es will uns nämlich scheinen, als sei der Verfasser in einen Fehler verfallen, den man mit Recht an Adam Smith gerügt hat und der bei dessen Schülern und Nachfolgern sehr viel Verwirrung erzeugte.

Digitized by Google

Es werden nämlich in dem Buche gewisse, besonders häufig angewendete und daher wichtige Begriffe nirgends deutlich umschrieben. Hieher gehört der Begriff Ueberschuss, bezogen auf die Bevölkerung. Was ist eine überschüssige Bevölkerung?

Nach der oben zitierten Stelle (S. 9) möchte man glauben, es seien damit die Kinder gemeint, für die keine genügenden Unterhaltsmittel aufzutreiben sind. Solche Kinder würden aber zuverlässig alsbald wegsterben. Aber im Verlaufe der Untersuchung ist sehr oft von ganzen Scharen völlig ausgewachsener Leute die Rede, die überschüssig sein sollen und nicht nur irgend ein Unterkommen finden, sondern sogar die Stammväter neuer Stände und Bevölkerungsstufen werden. Wir dürfen wohl annehmen, dass an solchen Stellen unter überschüssigen Menschen etwa solche zu verstehen sind, die in dem Erwerbskreise der Familie oder des Standes, in dem sie aufgewachsen sind, nichts Notwendiges oder genügend Nützliches zu thun finden.

Jedenfalls ist mit dem Wort überschüssig nicht immer genau dasselbe gemeint. Seite 10 z. B. lesen wir, dass der Staatsmann, der für den immer vorhandenen Ueberschuss an Menschen die nötigen Unterhaltsmittel zu beschaffen sich vornähme, bald ratlos dastehen würde. Also, möchte man meinen, gibt es Ueberschüssige ohne Unterhaltsmittel. Das ist nun wohl in einem gewissen Sinne richtig, nämlich mit Bezug auf die Aermsten, besonders die Kinder der Aermsten, die aus Mangel an Pflege und Unterhalt rasch wegsterben. Solche sind allerdings immer in einer gewissen Anzahl vorhanden.

Aber um derartige Existenzen dreht sich offenbar nicht die sociale Frage: Wie kann man sie zum Wohle des Ganzen verwerten? Sie sind zu keinem gesellschaftlichen Zwecke zu verwerten, wenn man nicht das Sterben als Verwertung bezeichnen will.

Indessen ist nicht bloss der Begriff des Ueberschusses, sondern die ganze Auffassung und Formulierung der Malthus'schen Lehre seitens des Verfassers kaum verständlich. Wenn er z. B. S. 10 geradezu behauptet: Die Fortpflanzung des Menschengeschlechts erfolge immer nach der natürlichen Fruchtbarkeit des Menschen in geometrischer Progression, und wenige Zeilen tiefer die Frage aufwirft: Wer kann zur Ehe schreiten, wer nicht? Wer gestattet diesem die Fortpflanzung seines Geschlehts, wer versagt sie jenem? — so wissen wir wahrhaftig nicht recht, was mit der natürlichen Fruchtbarkeit des Menschen gemeint ist, nach der immer die Fortpflanzung — nicht etwa der einzelnen Individuen, die zur Ehe schreiten, sondern

Digitized by Google

des Menschengeschlechts erfolgen soll. Man möchte glauben, die natürliche Fruchtbarkeit würde sich einzig zeigen in der Geburtenzahl, die dann herauskäme, wenn alle Menschen sich im normalen Alter verheirateten und dann so viele Kinder zeugten als möglich. Unter dieser einzigen Voraussetzung könnte man mit dem Verfasser sagen, dass jedes Volk nur eine Verdoppelungsperiode habe, die von der Vermehrung seiner Kopfzahl unabhängig sei. (S. 9.)

Aber wenn irgend eine beliebige und nach den Umständen stets wechselnde Zahl von Individuen gar nicht zur Ehe und Fortpflanzung gelangt, andere die Zahl ihrer Kinder etwa absichtlich beschränken, was hat dann die natürliche Fruchtbarkeit der Menschen mit der Fortpflanzung des Menschengeschlechts zu tun? und wie kann man da sagen, die natürliche (nicht etwa die mögliche, das wäre ganz klar) Vermehrung der Menschen bleibe immer dieselbe? (S. 10). Wenn aber die Zahl derjenigen, die zur Fortpflanzung gelangen, nicht gleich zu sein braucht der Zahl der Fortpflanzungsfähigen, so muss es offenbar auch nicht unter allen Umständen überschüssige Menschen geben. Es würde sich dann darum handeln, der Gesellschaft eine solche Verfassung zu geben, dass jederzeit nur eine den Verhältnissen angemessene Zahl von Individuen überhaupt daran denken könnte, zur Ehe zu schreiten. Dass dies unmöglich sei, ist mindestens nicht zu beweisen. Für diejenigen, welche die hergebrachte Moral nicht gelten lassen wollen, gäbe es noch andere Wege zum Ziel. Frau Irma von Troll-Borostyáni z. B. spricht ganz resolut von der Tötung neugeborener Kinder im Falle thatsächlicher Uebervölkerung. Sie sei hier ein Gebot der Menschlichkeit. Von den Erwachsenen zu verlangen, dass sie ihre Begierden in Zaum halten, hält diese Dame offenbar für unmenschlich. (Siehe „Die Gleichstellung der Geschlechter", Zürich 1888, Seite 264).

II.

Es gilt nun nachzuweisen, wie im bisherigen Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung die überschüssige Bevölkerung in der Wirklichkeit untergebracht wurde. Man kann dabei der Wirklichkeit kritisch gegenüberstehen oder sie einfach als stets berechtigt annehmen, d. h. in jeder Unterbringung oder Beseitigung des Ueberschusses eine Verwertung zum Wohl des Ganzen finden oder nicht. Wir werden bald sehen, welchen Standpunkt der Verfasser wählt.

In der staatlosen Urzeit, wo die Bevölkerung sich durch Jagd, Viehzucht oder Ackerbau ernährt, wird dieselbe, abgesehen von

Digitized by Google

Zeiten, wo ein Uebergang von der einen zur anderen Ernährungsweise, also zu intensiverer Kultur stattfindet, notwendig stabil bleiben. Ein grosser Teil jeder Generation muss entweder auf Fortpflanzung verzichten oder auswandern (S. 92) oder durch Hunger, Krankheit oder Krieg vernichtet werden (S. 90).

Wir sehen schon hier, dass es doch gar verschiedene Gestaltungen der Bevölkerungsfrage und -Verhältnisse gibt, die doch ein wenig unterschieden werden sollten und jedenfalls einen grundsätzlichen Pessimismus verhüten können. Im ersten Fall (Verzicht auf Fortpflanzung) gibt es gar keine sociale Frage, im zweiten (Auswanderung) wird sie gelöst ohne alles Elend, und nur im dritten ist das Elend dauernd, also keine Lösung gefunden, wenigstens in unserem Sinne.

An die Urzeit schliesst sich an der Bauernstaat, den der Verfasser in zwei historischen Hauptformen untersucht, als orientalische Militärdespotie und als christlich-germanischen Feudalstaat. Im ersteren liefern die Bauern dem Herrscher eine Quote vom jährlichen Bodenertag in die Residenz, wohin zugleich auch zur Gewinnung des Unterhalts die überschüssige Menschenmenge vom Lande eilt.

Früher hörten wir, dass die Ueberschüssigen entweder auf die Ehe verzichten oder auswandern. Die Ersteren, die im Lande und auf dem Lande bleiben, werden aber doch wohl nie bloss von ihrem Verzicht leben, sondern müssen jedenfalls arbeiten und bilden, wenn die Bevölkerung stabil bleiben soll, offenbar einen erheblichen Teil der sämtlichen Arbeiter.

Nun aber strömen sie auf einmal in die Stadt und finden hier ihren Unterhalt und sogar einen sehr reichlichen, wenn sie etwa „Günstlinge“ des Herrschers werden. Nun müssen aber offenbar die auf dem Lande zurückgebliebenen Bauern umsomehr arbeiten, sonst wären diese Städte mit all ihrer Pracht und Herrlichkeit, diese „Riesenbauten“, diese „neuen Residenzen“ u. s. w. (S. 93) nicht möglich.

Was ist denn nun eigentlich geschehen, um diese Veränderung herbei zu führen? Die Städte vermehren in diesem Falle offenbar nicht die Unterhaltsmittel. Und doch fehlt es an solchen im Ganzen keineswegs, und wenn irgendwo gehungert wird, so ist das wahrscheinlich eher bei den Bauern als bei den Städtern der Fall.

Eine überschüssige Bevölkerung gab es mithin auf dem Lande jedenfalls nicht in dem Sinne, dass dort für die vorhandenen Menschen kein Unterhalt und keine nützliche Arbeit zu finden war. Nützlich war es doch gewiss auch, wenn die Bauern sich nicht allzusehr ab-

Digitized by Google

arbeiten mussten und reichlicheren Unterhalt für sich bezogen, wie es ohne den Despoten und seine Riesenbauten und Residenzen sehr wohl möglich war.

Von der Regulierung der Bevölkerungszahl in einer orientalischen Militärdespotie aber kann man gar nicht sprechen, ohne die Polygamie zu berücksichtigen. Wenn die Grossen und ihre Günstlinge für sich das Recht in Anspruch nehmen, Dutzende und Hunderte von Frauen zu haben, dann freilich bleibt für die Kleinen die Ehe unzugänglich. Und wenn das blosse „eigentliche" Eigentum an allem Grund und Boden, welches hier dem Herrscher zusteht (S. 93), ein genügender Grund ist, um diesem ein fast unendliches Einkommen zu verschaffen, dann freilich müssen die Bauern nur recht viel arbeiten und hungern und werden sehr leicht überschüssig.

Ueberschüssig scheinen überhaupt im Verlauf der Weltgeschichte stets vor allem diejenigen zu werden, die alle Güter hervorbringen, nicht die, welche bloss konsumieren auf Grundlage der Gewalt, die ihnen über die ersteren zusteht.

Diese oft so furchtbare Aussaugung des Bauernstandes zu Gunsten der wahnsinnigsten Gelüste verrückter orientalischer Militärdespoten nennt der Verfasser eine Verwertung, einen Verbrauch der überschüssigen Menschenproduktion. Wir müssen uns dabei erinnern, dass in der Stadt nicht nur reiche und üppige „Günstlinge" mit ihren Harems leben, sondern auch ungeheure Scharen jener unglücklichen Arbeitssklaven, welche die Riesenbauten und Residenzen ganz gegen ihren Willen und unter dem Zwang der Peitsche und Folter aufführen und dabei allerdings „verbraucht" werden, ebenso wie die Menschenhekatomben, die zum frommen und wollüstigen Entzücken des Despoten dem Moloch und anderen himmlischen Kollegen des irdischen Tyrannen geopfert werden.

Wenn der Verfasser meint, die Kraft solcher Staaten sei gross und ihre Dauer unbegrenzt, so lange die Hauptstadt die überschüssige Menschenproduktion verbrauche, so möchten wir dagegen die Ansicht aussprechen, dass ein solcher Staat um so siecher wird, je mehr (verhältnismässig) Menschen zum Vergnügen und zur Unterstützung des Despoten vom Lande in die Stadt gezogen werden, je furchtbarer also die Ausbeutung der produzierenden Bevölkerung ist, und dass er seinen Fortbestand nur der vollständigen Vertierung der grossen Masse verdankt, welche notwendig eintreten muss, wenn derartige Zustände längere Zeit andauern. Das Leben eines solchen Staats

Digitized by Google

gleicht dem eines todtkranken Wahnsinnigen: den Wahnsinn vertritt der Despot und seine Günstlinge, das übrige Volk ist beständig am Sterben.

Wir sind bei dieser Stelle länger verweilt, weil sie ganz charakteristisch ist für die Art und Auffassung des Verfassers. Er sieht nämlich in seiner ganzen historischen und theoretischen Untersuchung vollständig ab von der ungeheuren Rolle, welche die blosse Gewalt und die darauf beruhende offenbarste und nackteste Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu allen Zeiten gespielt hat, und kommt auf diesem Wege zu einem geradezu grundsätzlichen, förmlich theoretischen Konservativismus. Aus diesem Grunde zieht er die Sklaverei ebenso wenig in seine Erwägungen herein, wie die Polygamie, wie — vor Allem — das Eigentum, insbesondere das Grundeigentum, und sieht sich genötigt, eine neue Einkommenstheorie aufzustellen, die, so seltsam sie aussieht, doch mit allem Uebrigen ein festgeschlossenes, einheitliches System von Gedanken bildet.

Die Geschichte des klassischen Altertums, sagt er (S. 248), wolle er u. a. deshalb nicht in den Kreis seiner Betrachtungen hereinziehen, weil sie das fremde Element der Sklavenarbeit enthalte. Aber enthält nicht auch die orientalische Militärdespotie dieses fremde Element? enthält nicht die Geschichte aller Kulturvölker ohne Ausnahme dieses fremde Element? Es ist ganz unmöglich dies zu ignorieren und z. B. den Ursprung der Arbeiterklasse zu erklären.

Derselbe eigentümliche Verlauf, dieselbe Lösung der socialen Frage, wie im orientalischen Despotismus, zeigt sich auch im christlich-germanischen Bauernstaat.

Die Dreifelderwirtschaft bleibt fast ein Jahrtausend unverändert, die Steigerung der Unterhaltsmittel durch Urbarmachung u. s. w. geht sehr langsam vor sich. Daher kann die Vermehrung der Hausstände ebenfalls nur eine sehr geringe sein. So wird noch immer fortwährend ein Ueberschuss an Menschen produziert. Wie wird er „verbraucht?“ Als Hausgesinde oder Gefolge hoher Herren und im Dienst der Kirche (S. 103 u. f.).

Dass ein sehr grosser Teil dieser Gefolg- und Dienerschaften, sowie der Geistlichkeit, reine Faulenzer waren, die gar keine gesellschaftlich nützlichen Funktionen vollzogen, die durchaus nicht „zum Wohl des Ganzen verwertet“ wurden, sondern als Schmarotzer am Volkskörper lebten und das vielfach parasitische Dasein der hohen

Digitized by Google

Herren selbst dadurch ermöglichten, dass sie, bis an die Zähne bewaffnet, das unbewaffnete, arbeitende Volk niederdrückten, bezw. durch ihre fein ausgebildete Lehre vom Leiden und Entsagen und Gehorchen zu aller Selbstverteidigung moralisch unfähig machten, bemerkt der Verfasser nicht. „Zum Wohl des Ganzen verbraucht werden" ist sein Ausdruck für ein derartiges auf Gewaltthätigkeit gegründetes Schmarotzerleben. Wie viel besser hat doch der grosse Manzoni, der gewiss nichts weniger als radikale oder revolutionäre Dichter, den wahren Sinn und socialen Inhalt jener Situation aufgefasst und ausgedrückt, wenn er mit scharfer Ironie sagt: „Ein schönes, kluges und nützliches Handwerk, würdig in einer Abhandlung über die politische Oekonomie die erste Rolle zu spielen, trieben jene Ritter einer Epoche des Mittelalters, die, ganz und gar in Eisen und auf Streitrossen, welche ebenso geharnischt waren, auf gut Glück herumschwärmten unter einem armseligen, gemeinen Gesindel von Bürgern und Bauern, welche, um die Streiche aufzufangen und abzuhalten, nichts als Lumpen auf dem Leibe hatte". (Die Verlobten, Kap. 33).

Dass im Mittelalter die Möglichkeit, eine Ehe einzugehen, für verhältnismässig Viele nicht vorhanden war (S. 107), ist unbedingt zuzugeben. Viel weniger schon, dass nur Solche zur Ehe gelangten, die sich schon bewährt, ihre Kraft erprobt hatten. Die bäuerliche Erbfolge nahm auf Tüchtigkeit keine Rücksicht, von den „Mutigen", welche in die Gefolgschaften eintraten, gelangten nur wenige zur Ehe, und von den Geistlichen, die eine ziemlich lange Periode hindurch gewiss eine Elite darstellten, gar keiner.

Aber von der grossen, überwiegend wichtigen Rolle, welche in diesen Zeiten der Tod — Hungersnot, Seuchen, unsinnige Behandlung der Säuglinge und Kranken — bei der Regulierung der Bevölkerung spielte, hören wir gar nichts. Es sieht immerfort aus, als ob ein Mensch nur geboren zu werden brauchte, um gesund und kräftig aufzuwachsen und dann als Ueberschüssiger irgendwie weiter zu leben von anderer Leute Arbeit.

Auch diesem Staate glaubt der Verfasser „die innere Harmonie nicht absprechen" zu können. „Die Grundlage des Ganzen, der Bauernstand, erhält sich frisch und jung, da er die überschüssige Menschenproduktion fortwährend auszuscheiden vermag".

Gewiss seltsam! Dass er alle diese Leute, die ihm grösstenteils gar keine Dienste leisten, sondern ihn unterdrücken, herabwürdigen und ausbeuten, ernähren muss, das soll den Bauernstand frisch und

Digitized by Google

jung erhalten! Man möchte nach der Darstellung des Verfassers meinen, der Bauernstand werde überflüssige Esser los, während er sehr wohl verwendbare Arbeitskräfte los wird, die nun zum grössern Teil nichts mehr, auch keine geistigen Güter, keine Kulturfortschritte hervorbringen, sondern ohne alle Gegenleistung von ihm gefüttert werden müssen.

Wie anders lautet doch die wirkliche Geschichte! „Die Stiefkinder der Karolingerzeit", lesen wir z. B. in der Kulturgeschichte des deutschen Volks von Henne am Rhyn (I. Buch S. 115), die wir in einer solchen Frage wohl anführen dürfen, „waren die immer mehr in Abhängigkeit von Krone, Kirche und Dienstadel sinkenden Bauern. Namentlich waren es die Kriege, welche sie aussogen, da die Grafen, die ihre Mannschaft selbst ausrüsten mussten, sogar die ärmsten ihrer Untergebenen in Mitleidenschaft zogen und ihnen oft ihr Letztes wegnahmen. Dazu kam der Zehnte an die Kirche, die Frohndienste zur Herstellung von Wegen und Brücken, die Durchzüge von Heeren und im Frieden von hohen Herren. — Das Reich oder die Reiche — versanken in das jammervollste Elend, das von zahlreichen Hungerjahren begleitet war. Die Kirche, deren Beruf es gewesen wäre, dasselbe zu lindern, wirkte vornehmlich für ihren Vorteil".

Man sieht, dass Adel und Geistlichkeit allerdings dafür sorgten, dass dem Bauer nichts Ueberschüssiges und Ueberflüssiges blieb, und die schönste Harmonie des Elends herstellten.

Aber der Adel und die Kirche beschützten doch den Bauer, wird man vielleicht sagen. Ja, erst nahmen sie ihm die Waffen, mit denen er sich selbst hätte schützen können, und dann beschützten sie ihn in demselben Sinne wie der Jäger das Wild — vor anderen Jägern! Dem Hasen ist es aber ziemlich gleichgiltig, von wem er geschossen und gebraten wird.

Die Entwicklung fast aller bekannten Völker weist einen Zeitpunkt auf, von dem an die Landbebauer einen Teil des Bodenertrags oder des Bodens selbst einem neuen Herrn, dem Grundherrn, abgeben müssen und ihr Sondereigen durch eine Art sich über demselben ausbildenden Obereigentums herabgedrückt sehen. Während auf dem Grundbesitz bisher nur öffentliche Abgaben geruht hatten, wird er nun mit Lasten aller Art zum Besten der Grundherrn beschwert. Während die Lage der Sklaven im Mittelalter sich allmälich hebt, sinkt die der zu Grundholden gewordenen Freien, so dass beide ur-

Digitized by Google

sprünglich in ihrer rechtlichen Stellung grundverschiedenen Klassen im Laufe der Zeit auf einer mittleren Linie zusammentreffen (v. Miaskowski, Das Problem der Grundbesitzverteilung, 1890, S. 9 u. 11). Der Verfasser selbst erklärt S. 108 u. ff., wo er von den verschiedenen an geistliche und weltliche Herren zu entrichtenden Abgaben spricht, dass die Grenze der Ausbeutung der Bauern keine andere war, als die des „notdürftigen Unterhalts". Und Seite 111 u. ff. erfahren wir, dass das Einkommen der Grundherren aus Gefällen, Naturalabgaben, Leibgeldern der Hörigen u. s. w. bestand, und dass der niedrige Adel nach Entstehung der Städte es „vorteilhafter" fand, die Zinshuben einzuziehen, die Bauern zu allen möglichen Frohndiensten zu zwingen, ihnen die Gemeindeweide durch unberechtigte Ausnützung zu verkümmern, den Wald möglichst zu versperren, endlich einen Bauernhof nach dem andern mit Hilfe einer infamen Anwendung des römischen Rechtes zu legen und so ein Dorf nach dem andern verschwinden zu lassen.

Wenn man mit Bezug auf diese Zeit von einem „Bauernstaat" spricht, so kann das Wort doch nur etwa analog dem Ausdruck Sklavenstaat verstanden werden, wenn es den wirklichen Zustand bezeichnen soll. Dann bedeutet das Grundwort „Staat" eine Institution zur Beherrschung und Ausbeutung und das Bestimmungswort „Bauern" das Objekt derselben.

Wenn wir später hören, dass der bürgerliche Städter der Todfeind des Bauern sei, so ist dieser Satz jedenfalls dahin zu ergänzen, dass der Bauer dann zwei Todfeinde habe; der Adel ist sein angestammter!

III.

In dieser ganzen Periode bis zur Gründung bezw. kräftigeren Entwicklung der Städte gibt es nach der Ausdrucksweise des Verfassers nur Eine Bevölkerungsstufe. Was ist eine Bevölkerungsstufe? Wir glauben das Wort im Sinne des Verfassers zu definieren, wenn wir sagen: die Gesamtheit der Menschen, welche ihr Einkommen aus derselben Quelle beziehen.

Es gibt aber nach der Ansicht des Verfassers drei Einkommensquellen; die Natur, die geistige und die körperliche Arbeit. Wie das verstanden werden soll, werden wir gleich sehen.

Zunächst wäre es höchst wünschenswert zu wissen, was der Verfasser unter Einkommen versteht. Man kann in einem Werke von der Art des vorliegenden natürlich nicht verlangen, dass Grund-

Digitized by Google

begriffe der Nationalökonomie darin definiert werden, wie in einem Lehrbuch. Man muss den Inhalt derselben aus dem Zusammenhange entnehmen. Und da ergibt sich, dass dem Verfasser ein anderer Einkommensbegriff vorschwebt, wenn er die „lebendigen Kräfte der Natur“ als Einkommensquelle angibt, als in den beiden anderen Fällen. Das erhellt, wie ich glaube, genügend schon aus einer einzigen Stelle. S. 66 heisst es: „Auch der untüchtigste Gärtner (Eigentümer) wird, im Gegensatz zum Pächter, immer noch ein Einkommen erzielen und wenn er auch nur Kraut und Rüben baut.“ Was ist hier Einkommen? Kraut und Rüben offenbar, also Produkt wird gleich Einkommen gesetzt. Unter welcher Voraussetzung ist aber das für menschliche Bedürfnisse unmittelbar verwendbare Produkt ohne Weiteres als Einkommen anzusehen? Doch nur in der Naturalwirtschaft, denn in der Geldwirtschaft handelt es sich nicht um Kraut und Rüben, die ein Grundbesitzer hier anbauen kann, auch wenn es ihm persönlich unmöglich wäre, etwas davon zu geniessen, sondern um ihren Tauschwert, der zunächst in seiner Geldform eine ganz neutrale Grösse ist, welcher man die Einkommensqualität weder ohne Weiteres zu- noch absprechen kann. Um zu wissen, ob etwas und wieviel vom Tauschwert des Krautes und der Rüben Einkommen sei oder nicht, muss man deren ebenfalls auf Geldwert reduzierte Herstellungskosten kennen, und zwar die des besonderen Falles. Nur wenn diese geringer sind als jener, gibt es ein Einkommen. Nicht um das Produkt handelt es sich hier, sondern um das, was man dafür bekommt, bezw. gegeben hat.

Diese Rechnungsweise der Geldwirtschaft wendet der Verfasser offenbar auf den Pächter an. Denn Kraut und Rüben bauen kann ja auch der Pächter und thut es häufig und etwas von dem Produkt wird ja regelmässig auch auf ihn fallen; ob aber ein Einkommen, das ist natürlich nicht ganz sicher, so wenig es in der Geldwirtschaft beim Eigentümer sicher ist.

Dieses Durcheinandermischen von Geld- und Naturalwirtschaft geht leider durch das ganze Buch fort. S. 59 heisst es freilich: „Den ersten Zweig bildet das Einkommen aus dem Bodenertrag.“ Aber wie viel vom Ertrag ist Einkommen? Diese Frage beantwortet der Verfasser nirgends und sie existiert auch nicht für ihn. Denn er belehrt uns sofort, dass die Grösse dieses Einkommens wesentlich nur von der „Menge und Stärke der schöpferischen Naturkräfte“, also der Fruchtbarkeit des Bodens und der Gunst des Klimas abhängig sei —

Digitized by Google

also von der Masse der Produkte, so dass Bodenertrag und Einkommen offenbar Synonyma sind. Dies führt uns zu einem anderen Kardinalirrtum des Verfassers, zu der Idee, dass die Arbeit bei dem Einkommen aus der Natur eine ganz nebensächliche, gar wohl gänzlich ausser Beachtung zu lassende Rolle spiele.

Er behauptet (S. 50), die Natur bringe die betreffenden Produkte selbst hervor „in ihrem vollen Werte", der Mensch eigne sich dieselben nur an: „er konsumiert nur, während es die Natur selbst ist, welche vermöge der ihr innewohnenden Kräfte die Werte schafft". Auf die Anstrengung, mit welcher sich der Mensch die Gaben der Natur verschaffe, komme es nicht an. Es sei gleichgiltig, ob er im Vorübergehen die Birne vom Baume breche und verzehre, oder ob der verirrte Wanderer in der Wildnis sich die Finger blutig kratze, um eine Wurzel zu finden, mit welcher er den nagenden Hunger stillen könne. Birne und Wurzel seien vorher in ihrem vollen Werte vorhanden gewesen.

Es ist gleichgiltig? Ei, von wem ist denn in der Wirtschaftslehre die Rede, von den Menschen, die Birnbäume brauchen, oder von den Birnbäumen, die Menschen nicht brauchen? Dem Birnbaum ist es allerdings gleichgiltig, ob die Erzielung oder Erlangung seiner Früchte dem Menschen mehr oder weniger Mühe macht, aber für den Menschen kommt es lediglich auf die Mühe an, die er aufzuwenden hat, um sein Leben zu erhalten. Was hilft ihm die Birne, wenn er sie durch keine Anstrengung erlangen kann? Die Birne an sich, die irgendwo in der Natur, z. B. in einem Birnenwalde des Planeten Mars vorkommt, stellt keinen Wert dar, kommt für unsere Wirtschaft nur in Betracht, wenn wir sie uns verschaffen können und wird in dem Grade per Exemplar wichtiger, als das Beschaffen mühsamer wird — sofern wir sie, wie vorausgesetzt, überhaupt haben wollen. Denn, wenn wir auf Birnen aus irgend einem Grunde gänzlich verzichten, so fallen sie wieder aus der Wirtschaft heraus.

Wenn die Natur nichts hervorbrächte, was uns zum Leben diente, dann hätten wir ebensowenig eine Wirtschaft, als wenn uns alle möglichen Güter auf blossen Wunsch zur Verfügung ständen. Ob aber irgend ein Ding schon genussfertig irgendwo in der Natur vorkommt und vom Menschen bloss okkupiert zu werden braucht, oder ob er bloss den rohen Stoff zum Gute in der Natur findet und demselben die rechte Form für seine Bedürfnisse erst geben muss, darauf kommt nichts an. Es frägt sich in beiden Fällen nur, wie viel Arbeit er

Digitized by Google

aufwenden muss, um zu seinem Ziele, zum Genuss zu gelangen. „Produkte der Natur“ in dem Sinne, dass ihr Stoff irgendwie aus der materiellen Welt entnommen ist, sind alle möglichen Güter in ganz gleicher Weise. Um sie dem menschlichen Bedürfnisse zuzuführen, braucht es ebenfalls nie etwas anderes als Arbeit, und in welcher Weise dabei die menschliche Arbeitskraft angewendet und verbraucht wird, ob zum Graben oder zum Schaben, zum Brechen oder zum Stechen, ist an sich irrelevant, es frägt sich vom allgemein menschlichen Standpunkt aus lediglich, wie viel Arbeitskraft aufzuwenden ist. Gerade darum ist der Unterschied zwischen gutem und schlechten Boden und Klima so wichtig. Ein guter Boden ist nicht ein Boden von bestimmter chemischer oder geologischer Struktur, sondern solcher, auf dem ein bestimmtes Mass menschlicher Arbeitskraft das meiste Produkt gibt. Wäre die Arbeit irrelevant, so wäre es auch der Boden. Dann könnte man sagen: für einen bestimmten Produktionszweig, z. B. für Getreideproduktion, ist jeder Boden, auf dem sie überhaupt stattfinden kann, gleich gut, man muss eben nur hier 4—5 Mal so viel Arbeit aufwenden als dort, so hat man gleich viel Produkt.

Eine Tabakpfeife ist genau ebenso ein Naturprodukt wie eine Birne und gleicherweise beide genau ebenso Arbeitsprodukte und es ist unter Umständen möglich, dass zur Beschaffung der Birne viel mehr Arbeitskraft aufgewendet werden müsste, als zur Beschaffung der Tabakpfeife.

„Die Thätigkeit des Jägers hat zum Hirsche nichts hinzugefügt“ (S. 50). Zum Hirsche allerdings nichts, aber zum Einkommen des Jägers eventuell den ganzen Hirsch.

„Die Arbeit des Menschen schafft keine Werte (auch nicht in der Landwirtschaft). Ohne die schöpferischen Kräfte der Natur vermag er kein einziges Weizenkorn hervorzubringen“ (S. 51).

Wir aber möchten erstens das Land kennen, wo die Natur Weizenfelder hervorbringt, denn von einzelnen Körnern kann der Mensch nicht leicht leben, und zweitens betonen, dass der Mensch ohne die schöpferische Kraft der Natur auch keine Dampfmaschine hervorbringt.

Der Verfasser meint seinen Satz recht schlagend zu beweisen, wenn er sagt: Die Arbeit des Schusters und auch „jegliche Produktion“ ruht, sobald er die Ahle weglegt; in der Landwirtschaft hingegen wirken die Naturkräfte auch bei Nacht fort, wenn der Bauer schläft.

Digitized by Google

So lasst ihn denn das ganze Jahr schlafen und seht dann nach, was Ihr erntet! Die Arbeit des Bauern, der sich oft von allen Schichten der arbeitenden Bevölkerung am meisten abrackert, als etwas geradezu Nebensächliches, Unbedeutendes hinzustellen, ist gewiss seltsam genug, passt aber vortrefflich in das ganze System, in welchem alle körperliche Arbeit als etwas ganz Untergeordnetes hingestellt werden muss.

Und dann: wenn der Tischler das Holz in die Beize, der Gerber die Häute in die Lohe gelegt, der Bräuer das Bier in die Gährfässer gefüllt hat u. s. w. u. s. w., wirken die Naturkräfte da nicht auch „wertschaffend“ fort, wenn die Leute abends zu Bette gehen? Die Landwirtschaft besteht zudem auch nicht in dem blossen Wachsen des in die Erde gelegten Samens; der Boden muss gepflügt, die Aehren müssen abgeschnitten und gedroschen werden, was alles der Bauer selbst im wachen Zustand thun muss.

Und wenn die Naturkräfte im Sommer auch die Aehre bei Nacht wachsen lassen, so schlafen sie dafür im Winter bei Tag und Nacht fast gänzlich, während der Mensch, auch der Bauer, das ganze Jahr durch mindestens bei Tage thätig ist.

Der Kornhändler, meint Hansen S. 52, schliesst aus dem Gewichte des Getreides, ob der Boden fruchtbar oder die Witterung günstig war, die Arbeit interessiert ihn nicht.

Das klingt sehr annehmbar und ist doch ein wenig sophistisch. Die Arbeit interessiert ihn nicht. Was dann? Man möchte nach obiger Stelle meinen, der Boden und das Wetter. Aber die interessieren ihn ebensowenig, sondern nur die Qualität der Frucht. Und da würde es sich doch fragen, ob dieselbe nur von Boden und Witterung abhängig ist, oder auch von der Arbeit und in welchem Grade letzteres.

Aber auch das ist nur ein Zugeständnis an einen ganz falschen Gesichtspunkt. Zahlt vielleicht der Händler deshalb einen Preis für das Korn, weil es schön ist? Dann fragen wir: warum zahlt er nicht auch für schöne Luft und schönes Trinkwasser einen schönen Preis? Und warum zahlt er denn in den besten Erntejahren, wo die ihm so interessante Witterung ganz ausgezeichnet war, für den Hektoliter Getreide soviel weniger als in schlechten? Der Verfasser scheint freilich das Umgekehrte anzunehmen (S. 53), aber doch wohl nicht im Ernst.

Aber nehmen wir, anstatt, wie der Kornhändler, einzelne Körner zu betrachten, die ganze Körnerernte des einzelnen Bauers vor und

Digitized by Google

fragen wir: ist die Ernte und der Erlös, den er daraus zieht, grösser, wenn er „die lebendigen Kräfte der Natur", welche allein sein Einkommen bestimmen sollen (S. 53), frei und ungehindert wirken lässt, sich ganz neutral auf der Ofenbank verhält und gar nicht in die Sache mischt, oder sind beide grösser, wenn er täglich 2, 4, 6, 8, 10 oder 12 Stunden arbeitet?

Des Schusters Einkommen hingegen, lesen wir weiter, hängt lediglich von der Güte seiner Arbeit ab. Der Käufer probiert hier „ob die Nähte fest, die Stiche regelmässig sind, ob die Form des Stiefels eine gefällige ist." Letzteres ist ja richtig, davon mag auch wohl der Preis des Stiefels jeweilen in irgend einem Grade abhängen, aber doch noch lange nicht das Einkommen des Schusters. Gerade heutzutage wird sehr häufig feine, solide, tüchtige Arbeit nicht entsprechend bezahlt, der Schund macht Profit. Und derjenige, der den Schuh macht, ist ja längst nicht mehr der Verkäufer desselben. Der Lohn, den er bekommt, hängt in erster Linie nicht vom Urteil des Konsumenten und vom Preis des Produktes, sondern von der Konkurrenz, die sich die Arbeiter unter einander machen, ab.

Diese ganze irrige Anschauungsweise beruht, abgesehen von dem falschen Begriff der Produktion, auf einem gänzlichen Verkennen der Arbeitsteilung und des Einkommens.

Arbeitsteilung findet immer statt, auch in der reinen Naturalwirtschaft. Auch hier werden nicht bloss Stoffe okkupiert oder der Natur sonst irgendwie abgewonnen, sondern diese unterliegen, wenigstens teilweise, einer weiteren Bearbeitung, nur erfolgt letztere in demselben Haushalte, der die Rohstoffe gewonnen, Urproduktion und Fabrikation (Rodbertus) sind vereinigt unter der Herrschaft desben Eigentümers.

Alle im Haushalt vereinigten Arbeiten oder Arbeiter bringen den ganzen Bedarf des Haushalts, d. h. aller in demselben vereinigten Personen hervor und jede einzelne Person zieht ihren Unterhalt nicht aus ihrer individuellen, sondern aus dieser gesamten, geteilten und kombinierten Arbeit. Das Einkommen dieses Menschenkreises besteht also nicht etwa bloss aus sogenannten Bodenprodukten, sondern aus der Gesamtheit der in demselben durch die gemeinsame Arbeit produzierten, für unmittelbare menschliche Bedürfnisbefriedigung geeigneten Güter — wenn wir nämlich diejenigen Arbeitsprodukte, die noch irgendwie sich im Produktionsprozess befinden, nicht zum Einkommen rechnen.

Digitized by Google

Treten nun Urproduktion und Fabrikation in der Weise auseinander, dass beide Arten von Arbeiten unter der Herrschaft verschiedener Eigentümer von Produktionsmitteln vorgenommen werden, so haben wir ein neues gesellschaftliches Verhältnis, das man Verkehr nennt. Jetzt muss jeder, da er nur gewisse Güter hervorbringt und andere doch braucht, sich letztere durch den Tausch verschaffen und in dem Masse, als diese Art von Arbeitsteilung sich entwickelt, d. h. je einseitiger, einfärbiger die Produktion der Einzelnen (die nun Unternehmer heissen) wird, in genau demselben Masse verbreitet sich jener neue gesellschaftliche Zustand, den wir Geldwirtschaft nennen. Neu ist aber nur der entgeltliche Güteraustausch und die wirtschaftliche Rechnungsweise, die sich jetzt in Tauschwerten (Geld) bewegt, also auch die Berechnungsweise des Einkommens, nicht aber die Arbeitsteilung an sich und das Einkommen an sich. Wie früher nicht der einzelne Arbeiter, sondern nur die kombinierte Arbeit aller im Haushalt vereinigten Arbeiter jedes einzelnen Menschen Unterhalt hervorgebracht hat, so bringt jetzt nicht mehr der einzelne Haushalt oder besser gesagt die einzelne Unternehmung irgend eines Menschen Unterhalt hervor, sondern die in der ganzen Gesellschaft verteilte Arbeit Aller erhält das Leben jedes Individuums — eine anfangs- und endlose Kette kombinierter Thätigkeiten. Nehmen wir nun den ganz allgemeinen, rein menschlichen Begriff des Einkommens in Natural- und Geldwirtschaft im gleichen Sinn, als Unterhaltsmittel in weitester Bedeutung, die dem Individuum zu Gebote stehen, so konsumiert in der Geldwirtschaft Jeder zum Teil ebensogut „Bodenprodukte“, wie in der Naturalwirtschaft Jeder zum Teil „Industrieprodukte“ genoss, nur die rechtliche Form, die Geschäftsform, in welcher sie dazu kommen, ist verschieden. Man kann also nicht sagen: Das Einkommen des Landwirts fliesst (in der Geldwirtschaft) aus einer anderen Quelle, als das des Industriellen, in dem Sinne wie es der Verfasser meint. Sondern das Einkommen aller Menschen fliesst aus derselben Quelle — soweit die Wirtschaft in Betracht kommt — aus der menschlichen Arbeit, nur der Kreis der für den gemeinsamen Unterhalt Zusammenwirkenden ist jetzt ein viel grösserer geworden und der Anteil des Einzelnen unsicherer, — aber dies für Alle.

Die Sklavin, die in der grossen Oikenwirtschaft des römischen Patriziers nichts anderes thun durfte, als weben, lebte nicht anders von den Bodenprodukten als der heutige Maschinenweber. Nur be-

Digitized by Google

kam und brauchte sie kein Geld, um zum Brote zu gelangen, während der Maschinenweber seine Groschen zum Bäcker tragen muss. Das was der Landwirt über seinen Bedarf hervorbringt, muss er jetzt ebenso verkaufen, wie der Industrielle. Er kann sich in der Geldwirtschaft nicht in seinen eigenen Haushalt einsacken, er muss Geld haben zu Steuern, Arbeitslöhnen, Produktionsmitteln und solchen Konsumgütern, die er nicht mehr hervorbringen kann, schon weil er es in Folge der Geldwirtschaft nicht mehr gelernt hat.

Der Landwirt kann auch nur deshalb so viele Bodenfrüchte produzieren, weil Andere — die Industriellen — soviel Industrieprodukte für ihn erzeugen, insbesondere auch solche, welche die landwirtschaftliche Arbeit produktiver machen. Man kann hier ebensowenig sagen: der Landwirt produziert selbständig seine Früchte und Rohstoffe, wie: der Industrielle fertigt selbständig seine Ware. Beide zusammen bringen jedes einzelne Gut hervor, werde es nun landwirtschaftliches oder industrielles Produkt genannt. Und die liebe, gute Natur schenkt zwar Niemand etwas von diesen Dingen („die von der Natur geschenkten Produkte“ S. 53), aber allen dient sie gleichmässig und ist in gleicher Weise Voraussetzung für jede güterschaffende Arbeit.

Man möchte vielleicht sagen, ein wesentlicher Unterschied zwischen Landwirtschaft und Industrie bestehe dennoch immer, auch in der Geldwirtschaft, nämlich der, dass der Landwirt das zum Leben unbedingt Notwendige selbst hervorbringe, der Industrielle aber nicht. Allein auch das ist, Geldwirtschaft vorausgesetzt, nicht mehr richtig.

Das Getreide muss gemalen werden, das thut nicht mehr der Bauer. Und der Mensch muss nicht bloss essen, sondern z. B. sich auch kleiden. Und zu Kleidern bringen in der Geldwirtschaft eine grosse Masse von Landwirten nicht einmal den Rohstoff selbst hervor, geschweige denn, dass sie ihn verarbeiten könnten.

Man denkt dabei immer im Stillen, der Landwirt könne ja zur Naturalwirtschaft zurückkehren, der Industrielle aber nicht. Abgesehen davon, dass diese Rückkehr nur in Gedanken, nicht faktisch möglich ist, so würde sie einfach eine gesonderte industrielle Klasse neben der Naturalwirtschaft der Grundbesitzer unmöglich machen, d. h. neben einander können diese beiden Erscheinungen nicht bestehen und darum darf man, wenn schon Geldwirtschaft da ist, den Landwirt nicht naturalwirtschaftlich auffassen.

Der einzige Unterschied, der auch bei hochentwickelter Geld-

Digitized by Google

wirtschaft noch meist zwischen Landwirt und Industriellem besteht, nämlich, dass jener regelmässig einen grösseren Teil der eigenen Produkte verbraucht, ist nur ein quantitativer, kein qualitativer, und zeigt alle möglichen Uebergänge vom Getreidebauer und Viehzüchter, der eigenes Brot und Fleisch isst, bis zum Besitzer der Baumschule oder Ananasgärtnerei, der kein Atom seiner Erzeugnisse im eigenen Haushalt aufbraucht, während man doch gewiss vom Menschen in demselben Sinne ebensowenig sagen kann, dass er Ananas hervorbringe, als ganz gemeine Weizenkörner.

Hansen bringt als Beleg für seine Theorie, dass das Einkommen des Landwirts aus einer ganz anderen Quelle fliesse, als das des Industriellen, ein Beispiel, das auf den ersten Blick ganz schlagend scheint. Wir haben vor uns ein Bauerndorf (S. 54 ff.). Ein Fremder kommt daher, okkupiert einen herrenlosen Sumpf und gründet da einen neuen Bauernhof. Dadurch werden seine Nachbarn nicht im Mindesten geschädigt. Es gibt aber nicht bloss Bauern im Dorf, sondern auch einen Schuster, aber nur Einen. Plötzlich wandert ein zweiter zu. Dieser heisse Peter, jener Klaus. Bisher kauften die Bauern ihre Schuhe selbstverständlich nur bei Klaus, der nur plumpes Zeug zu machen versteht. Peter hingegen ist ein wahrer Künstler in seinem Fache. Er zieht alle Kunden auf seine Seite, bekommt sogar auswärts Kundschaft, stellt Lohnarbeiter an und wird ein reicher Mann, während Klaus gänzlich verarmt.

Gäbe man dem dummen Klaus die Arbeitsmittel und Gesellen Peters, so würde ihm das nichts helfen, denn er hat keine Ahnung von der Leitung eines grösseren Geschäfts. Die ganze Kundschaft würde dennoch wieder dem Peter zufallen. Die „grössere Geschicklichkeit und die höheren Verstandeskräfte“ haben also den Sieg davongetragen und das Einkommen des Peter erzeugt. Sein Einkommen ist wesentlich das Produkt seiner geistigen Arbeit.

Das scheint bündig und ist doch falsch.

Nehmen wir einen wirklich analogen Fall, wo der Landwirt an die Stelle des Schusters tritt, und halten wir uns stets vor Augen, dass wir die Verhältnisse einer hochentwickelten Geldwirtschaft zu erklären haben, was doch sicher die Absicht des Verfassers ist.

Der analoge Fall ist dieser. Wir haben vor uns ein Industriedorf, fast alle Einwohner sind entweder Fabrikanten oder Kaufleute oder Arbeiter. Ein ganz bestimmtes, durch den Urproduzenten zu beschaffendes Gut wird von einem im Dorfe ansässigen Grundbesitzer

Digitized by Google

hergestellt, z. B. Geflügel, welches ebenso wie die Weizenähre auch bei Nacht wächst und ganz ebenso ein Geschöpf der Natur ist, wie das Korn.

Der Grundbesitzer hat ein grosses Terrain nur für die Geflügelzucht hergerichtet, Gebäude, Wiesen, Teiche u. s. w., ganz ebenso, wie er sonst sein Terrain für einen bestimmten Produktionsprozess z. B. Getreidebau oder Viehzucht oder Beides herrichtet. Er zieht auf seinem Boden das nötige Futter für seine Pfleglinge, kurz er betreibt eine Spezialität in der Urproduktion wie der Schuster in der Industrie. Er ist aber ein ganz beschränkter Mensch, der Alles so macht, wie es in der Gegend vor 100 und mehr Jahren üblich war, er zieht lauter schlechte Rassen, füttert sie mit unpassenden Stoffen, versteht nichts vom Mästen, lässt die Tiere viel zu alt werden und verkauft lauter zähe, magere Ware, welche ihm die Dorfbewohner abnehmen, weil sie nichts Besseres kennen und auch sonst keine Kaufgelegenheit haben. Nun kommt ein neuer Geflügelzüchter von hoher Intelligenz, bekannt mit allen Feinheiten seines Geschäftes u. s. w. Wie geht es nun mit der Kundschaft und dem Einkommen? Ganz wie bei Klaus und Peter. Hansen wird doch nicht einwenden wollen, dass Geflügelzüchter Nr. 1 sein Geflügel von nun an selbst essen kann und also sein Einkommen behält, trotz der Konkurrenz. In der Geldwirtschaft wird ihm der Konkursrichter den Schmaus bald versalzen. Oder dass doch immer irgend welche Leute auch das schlechte Geflügel kaufen werden? Das könnte man mit ebenso grosser Wahrscheinlichkeit auch von Klausens Stiefeln sagen. In der Geldwirtschaft kann die Konkurrenz — um diese allein handelt es sich ja in dem Beispiel — an sich den Schuster nicht mehr als den Bauer ruinieren, wie es gegenwärtig die europäischen Landwirte vielfach erfahren. Aber wenn ein Beispiel schlagend sein soll, so muss man es der Sache entsprechend einrichten. Wenn zu hundert Bauern ein neuer kommt, so ist ihre Zahl um ein Prozent vermehrt. Wenn aber zum einzigen Schuster sich ein zweiter gesellt, so haben sich die Schuster um 100 Prozent vermehrt. Und vermehren *können* sich die Landwirte an sich ganz ebenso gut wie die Schuster, sofern man unter Landwirten Leute versteht, die sich mit Erzeugung von Bodenprodukten beschäftigen, wie unter Schustern solche, die Schuhe erzeugen. Der Boden braucht zu diesem Zwecke nicht zuzunehmen, sie finden auf dem alten Beschäftigung. Und damit die Zahl der *beschäftigten* Schuster zu-

Digitized by Google

nehmen könne, muss doch auch die Menge der zu Leder zu verarbeitenden Häute wachsen, ein Produkt der landwirtschaftlichen Arbeit.

Und wenn man neben den modernen Schuster einen solchen aus vergangenen Jahrhunderten stellt, so muss man es bei den Landwirten ebenso machen. Man lasse einmal im heutigen Deutschland einen Landwirt die Nomadie oder die wilde Feldgraswirtschaft auf einem Bauernhofe von durchschnittlicher Grösse betreiben und sehe, was er für ein Einkommen bezieht! Fleisch, bezw. Getreide, wird vielleicht Hansen sagen: wir entgegnen: und der Schuster Schuhe — aber Beide nicht gar lange!

Der normale Bauer, muss man nach Hansen annehmen, der Bauer, von dem allein man reden kann, der zu einem beweisenden Beispiel dient, ist derjenige, der sich ungefähr auf der durchschnittlichen Höhe befindet in landwirtschaftlichen Dingen. Aber der normale Handwerker, der etwas beweisen kann, ist der nicht zu finden? Theoretisch so leicht wie jener. Praktisch aber liegt die Sache so, dass der durchschnittliche Bauer, der auf dem Lande aufgewachsen ist, von frühester Jugend an immerfort die gebräuchliche Landwirtschaft sieht, hört und ausübt, während ein Gleiches beim Handwerker oft nicht der Fall ist. Jener ist also notwendig in seinem Fach orts- und zeitgemäss ausgebildet, dieser aber nicht. Darin besteht allerdings ein Unterschied, nicht aber in der Natur des Einkommens. Und was den „Geistesertrag" betrifft, so nehme man einmal an, dass sämtliche Schuster reine Genies und Künstler seien, dann hört vermöge der Konkurrenz dieser Geistesertrag ganz auf und es ist gerade so, wie wenn wir lauter Klause hätten. Eine wirkliche, volkswirtschaftliche Einkommensquelle (nicht blosse Erwerbsgelegenheit des Einzelnen) hört aber doch nicht deshalb zu fliessen auf, weil sie vervielfältigt wird!

Dass aber die Unterschiede der Intelligenz, des Charakters und der Bildung (nämlich der kaufmännischen) in der Landwirtschaft keine erhebliche Bedeutung haben, wie immer wieder und besonders auch hier (S. 59) behauptet wird, widerlegt der Verfasser selbst auf den folgenden Seiten und später (S. 182) erklärt er geradezu, es sei ein gewaltiger Irrtum, die Landwirtschaft für das leichteste Gewerbe zu halten. Städter, die im städtischen Erwerb nicht vorwärts kämen, gingen im landwirtschaftlichen „in der Regel rasch zu Grunde".

Digitized by Google

IV.

Fragen wir nun: wer gehört denn eigentlich zur ersten Bevölkerungsstufe? so ist die Antwort nicht so leicht, als man erwarten und wünschen möchte. Sagen wir einfach: diejenigen, denen die „freiwilligen Geschenke der Natur“ zufallen, so ist das eine Phrase, bei der wir uns so viel wie gar nichts denken können, so lange wir oder Etliche von uns nicht im Schlaraffenlande leben.

Sagen wir: diejenigen, denen die Grundrente zufliesst — was freilich etwas ganz Anderes ist — so müssten wir uns erst wieder um den Begriff der Grundrente herumstreiten, und wenn wir etwa den hergebrachten Ricardo'schen nehmen, mit dem der Verfasser, soweit es sich um landwirtschaftlich benutzten Boden handelt, ungefähr übereinstimmt, so kämen wir zu dem von ihm gewiss nicht zugegebenen Ergebnisse, dass eine Masse Bauern, besonders in früheren Jahrhunderten, nicht zur ersten Bevölkerungsklasse gehörten, weil es für sie keine (Ricardo'sche) Grundrente gab.

S. 64 erklärt der Verfasser: dem Stande der Grundbesitzer steht die grosse Masse derer gegenüber, welche kein Grundeigentum besitzen. Sie können nur durch ihre persönliche Arbeit zu den Bodenprodukten gelangen. „Für sie sorgt nicht mehr die allgütige Mutter Erde“ — eine Stelle, die beiläufig eine Idee gibt von dem Sinne und Grade, in welchem das Epitheton konservativ oder autoritär dem Verfasser gebührt. Die Natur ist also in die Privateigentümer des Bodens so vernarrt, dass sie nur an diese denkt, nur für diese schafft. Sie ist aber offenbar eine so gute Seele, dass sie sofort für Alle gleichmässig schaffen und sorgen würde, wenn nur Alle als Eigentümer in die Grundbücher eingetragen wären, oder wenn man das Privateigentum beseitigte und die Gesellschaft, den Staat an die Stelle der Einzelnen setzte. Heute aber braucht Einer nur Geld zu erwerben, gleichgiltig auf welche Weise, z. B. durch Börsenspiel, dann eine Anzahl Bauern, die er vorher wucherisch umgarnt hat, von Haus und Hof zu jagen und sich den Plunder anzueignen, so schliesst ihn die allgütige Mutter sofort liebend ans Herz und schafft für ihn Tag und Nacht. Hienach, sowie nach verschiedenen anderen Stellen (z. B. S. 68, wo von der Pyramide die Rede ist), möchte man schliessen, dass zur ersten Bevölkerungsstufe nur die Grundeigentümer gehören, und (S. 174) zwar alle, auch die grundbesitzenden Städter, wenn sie nämlich landwirtschaftlich benutzten Boden ihr eigen nennen.

Digitized by Google

Allein S. 331 lesen wir, dass zwar jedes Gut im adeligen oder bäuerlichen Besitz den Bevölkerungsstrom speist (d. h. der zweiten Bevölkerungsstufe Zufuhr aus der ersten verschafft), dass aber durch den Uebergang von Landgütern in den Besitz städtischer Familien, die den Ankauf lediglich als eine sichere Kapitalanlage betrachten, jedesmal eine Quelle verstopft wird. Hienach möchte man glauben, dass solche städtische Familien nicht zur ersten Bevölkerungsstufe gehören, dass also nicht die „freiwilligen Gaben der Natur" das Wesen der ersten Stufe ausmachen. Denn diese beziehen die bürgerlichen Eigentümer ebenso gut wie Adel und Bauern. Und wenn man sich an die freiwilligen Gaben festklammern wollte, so müssten schliesslich auch die Hypothekengläubiger zur ersten Stufe gehören, da sie in den meisten Ländern europäischer Kultur den grössten Teil derselben mit der grössten Sicherheit in die Tasche stecken. Doch das wäre sicher nicht im Sinne des Verfassers.

Also weder Besitz für sich allein noch Rentenbezug für sich allein macht die erste Stufe aus. Aber landwirtschaftliche Beschäftigung ebensowenig. Denn dass die Pächter nicht dazu gehören, erklärt der Verfasser an vielen Orten ausdrücklich (z. B. S. 63, s. jedoch S. 290, 300), aber leider immer mit der sonst nicht konsequent verwendbaren Erklärung, dass sie nicht die freiwilligen Gaben der Natur beziehen.

Man müsste ja annehmen:

Wenn ein Landgut 100 Hektoliter Weizen bringt und vom Eigentümer bewirtschaftet wird, so sind alle 100 Hektoliter freiwillige Gaben; ist es verpachtet, so macht die Natur z. B. bloss 50 und die anderen 50 der Pächter.

Andererseits aber erfahren wir im 1. Kap. des 2. Buchs, dass alle die Menschen, die in den Residenzen asiatischer Despoten zusammenströmen, all das Gefolge und Hausgesinde hoher Herren und die ganze Geistlichkeit des eigentlichen germanischen Mittelalters vor Entstehung der Städte durchaus der ersten Stufe angehörten, obwohl, bezw. auch wenn sie keine Grundeigentümer waren.

Was versteht also der Verfasser unter der ersten Bevölkerungsstufe? Das was er nie nennt, obwohl er immerfort davon spricht, das was er auf alle mögliche, nur nicht auf die richtige Weise auffasst und ausdrückt: Die Naturalwirtschaft oder genauer die Menschen, welche naturalwirtschaftlich leben.

„Die Teilung der Arbeit, sagt er S. 106, ist es nicht, was den

Digitized by Google

Bauernstaat (mit nur einer Bevölkerungsstufe) vom modernen Staat unterscheidet. — Der Unterschied besteht darin, dass es im Bauernstaat keine eigene, sich selbständig oder doch zum guten Teil durch eigene Kraft vermehrende, auf das Einkommen aus der geistigen und körperlichen Arbeit begründete Bevölkerungsstufe gibt."

Allerdings ist es die Arbeitsteilung, die den Unterschied macht, nur aber die gesellschaftliche, nicht die bloss technische.

Letztere existiert immer, erstere ist in dem Sinne, wie wir es oben nachgewiesen = Geldwirtschaft.

Hätte im Mittelalter der Klerus sich durch Zeugung erhalten und vermehrt, so würde dennoch keine neue Bevölkerungsstufe entstanden sein, sofern er immer noch aus Grundbesitz, Zehnten, Frohnden u. s. w. sein Einkommen bezog.

„Je mehr dem Bauer durch Schulden und Abgaben die freiwilligen Geschenke der Natur, jemehr der sichere Teil seines Einkommens beschnitten wird, um so mehr nähert auch er sich dem Mittelstand." (S. 63). Nichts kann deutlicher sein! Wenn im Mittelalter Kirche und Adel den Bauer noch so kahl rupfen, so gehört er dennoch durch und durch der ersten Stufe an. Heute hingegen, muss man nach Obigem sagen, gehört er vollständig der ersten Stufe nur an, wenn alle erzielten Produkte ihm ausschliesslich gehören. Muss er etwas davon an Steuern oder Zinsen entrichten, dann steht er mit einem Teil seines ökonomischen oder socialen Wesens auf der zweiten Stufe.

Wie steht es aber, wenn er zwar schulden- und steuerfrei ist, die Produktionskosten seines Betriebs aber hoch und der Preis der Produkte so niedrig ist, dass er nicht leben kann: gehört er da nicht auch der zweiten Stufe an?

Es handelt sich also nicht um Zinsen und Abgaben, die waren in naturaler Form auch im frühen Mittelalter da, sondern um Natural- und Geldwirtschaft. Und da der Verfasser in der heutigen Gesellschaft die Grundbesitzer nicht als Naturalwirte hinstellen und ihnen das sichere Einkommen der Naturalwirtschaft verschaffen kann, ohne sie in eine unmögliche Ausnahmestellung zu versetzen, so muss er uns und sich notwendig im Dunkeln darüber lassen, was er eigentlich unter der ersten Bevölkerungsstufe versteht.

Viel logischer, gerade im Hinblick auf die wichtigsten, vom Verfasser gezogenen Konsequenzen, wäre es gewesen, wenn er in die erste Bevölkerungsstufe alle jene eingereiht hätte, die dauernd auf

Digitized by Google

dem Lande, und zwar irgendwie mit Landwirtschaft, jedenfalls nicht städtisch beschäftigt*) leben, oder auch, wenn er ganz einfach die Bauern und den Landadel dazu gerechnet hätte.

Da wir einen bestimmten Begriff der ersten Bevölkerungsstufe bei Berücksichtigung aller über dieselbe in dem Buche enthaltenen Ausführungen nicht festzustellen vermögen, so mag ein Wort die unsichere Sache bezeichnen und zwar dasjenige, welches von Hansen am häufigsten zur Bezeichnung der ersten Stufe angewendet wird, nämlich das Wort Grundbesitzer.

Welche Rolle spielen nun die Grundbesitzer in der Entwicklung der Gesellschaft? Diese Rolle wird uns schon im Vorwort (S. III) bezeichnet: „Nur der Stand der Grundbesitzer ist dauernd." Was heisst hier aber „dauernd"? Nimmt man an, es soll heissen, dass es immer Grundbesitzer geben müsse, so ist dies, die Fortdauer des Privateigentums (denn Hansen meint nur Privat-Grundbesitzer) vorausgesetzt, selbstverständlich.

Aber in diesem Sinn und unter der gleichen Voraussetzung ist jeder Stand dauernd.

Soll es heissen, dass diejenigen Familien, die einmal den Boden besitzen, ihn nicht verlieren können, so ist das grundfalsch, wie der Verfasser selbst an verschiedenen Stellen zugibt.

Ebenso falsch wäre es zu behaupten, dass Grundbesitzer-Familien nicht aussterben können.

Heisst es, dass nur solche Familien auf die Dauer einen Ueberschuss von Geburten über die Todesfälle zu erzeugen vermögen, so ist das in Bezug auf den Mittelstand nicht nachweisbar**); seine Glieder können zudem teilweise Grundbesitzer und Arbeiter werden und von den Arbeitern behauptet der Verfasser selbst eine übermässige Vermehrung.

Heisst es, dass jede Familie aus jeder Bevölkerungsstufe ihren letzten Ursprung in einer Grundbesitzerfamilie hat, so ist das eine

---

*) Seite 275 heisst es: „Die kräftige Bevölkerung des platten Landes", S. 384 hingegen handelt es sich wieder um Diejenigen, „die sich im Besitze des Einkommens aus dem Bodenertrag befinden", S. 407 und öfter wird aller Nachdruck auf den ‚Bauernstand' gelegt.

**) S. 122 heisst es vom Mittelstande: es sei ihm eventuell ein leichtes, seine Zahl aus eigenen Kräften zu erhalten und wenn es nötig ist zu vermehren, und S. 123: die städtische Bevölkerung habe so gut wie die ländliche die Tendenz, sich von Generation zu Generation zu verdoppeln.

Digitized by Google

Plattheit, wenn nichts anderes damit gemeint ist, als dass es einst nur Naturalwirtschaft gab und jeder, der leben wollte, mit dem Boden zu thun hatte.

Es heisst so viel wie: Adam war ein Grundbesitzer und wir stammen alle von ihm ab. Freilich muss man, um jedermann von Grundbesitzern abstammen zu lassen, bis in die Zeiten des fernsten Agrarkommunismus zurückdenken, wo es noch keine unterworfene Klasse ab.

Uebrigens kann man ja ganz gut von den zwei unteren Stufen auf die erste zurückkehren. Unzählige industrielle Arbeiter und Pächter Europas sind in Amerika und Australien Farmer geworden, so dass also auch Grundbesitzer von Leuten des Mittelstandes und Proletariern abstammen.

Die wirtschaftliche Dauerhaftigkeit des Grundbesitzerstandes aber gehört der Vergangenheit an und Hansen selbst weist geradezu in verschiedenen Ländern und Zeiten die Zerstörung des Bauernstandes und des Adels nach.

Diese Unsicherheit des Grundbesitzes in der Geldwirtschaft kann nicht dadurch beseitigt werden, dass man sagt: die heutigen Zustände in Deutschland und den meisten anderen Ländern, d. h. die Geldwirtschaft mit ihren regelmässigen Konsequenzen, seien für den Grundbesitzer anormal, für die übrigen Klassen hingegen, und zwar in ihrer jetzigen Entwicklung, normal (S. 156).

Das ist nach meiner Ansicht ein ganz fundamentaler Irrtum. Auch der mittelalterliche Kaufmann war in seinem Besitz und Einkommen unendlich viel sicherer als der heutige, eben weil die Geldwirtschaft und ihr Markt infolge der geringen Produktivität der Arbeit u. s. w. noch sehr unentwickelt war und ein mächtiges Stück Naturalwirtschaft auch in seinen Haushalt hineinragte. Der Verfasser aber, in seinem Konservatismus, will dem Grundbesitz die Vorteile der Geldwirtschaft sichern und ihn auf höchst künstliche Weise, durch lauter Ausnahmsrecht „normal“ machen, d. h. vor den mit den Vorteilen natürlichst zusammenhängenden Nachteilen von Staatswegen bewahren.

Und weshalb will er ihn sichern? Die Antwort ergibt sich aus seiner Lehre von der Bevölkerungs-Bewegung, die wir nun samt der damit innig zusammenhängenden Einkommenstheorie des Weiteren kennen zu lernen haben.

Digitized by Google

V.

Die Bevölkerung der Städte entsteht — vor allem ursprünglich — aus dem Ueberschuss der ländlichen und besteht vor allem aus dem Mittelstand.

Wir wollen das zugeben, da es für das mittelalterliche Europa richtig ist. In Griechenland und Rom war es anders, da war die Stadt nichts als ein befestigter Lager- und Wohnplatz der freien herrschenden Grundbesitzer, und wenn der Verfasser die ursprünglichen griechischen und römischen Stadt- und Staatsbürger als Mittelstand bezeichnet (S. 92), so ist das ein starker Lapsus.

Die eigentliche Bedeutung der mittelalterlichen Städte soll (S. 119) darin liegen, dass sie neue Reservoirs waren, um den auf dem platten Lande produzierten Menschenüberschuss in sich aufzunehmen. Dadurch sei den Organen des alten Bauernstaates die nötige Zufuhr frischen Blutes abgeschnitten worden.

Letzterer Satz ist, nebenbei bemerkt, etwas seltsam und stimmt nicht recht mit den sonstigen Anschauungen des Verfassers.

Organe des Bauernstaats sind doch wohl die Grundbesitzer, welche nach wiederholter Versicherung des Verfassers durchs Erbrecht, nicht durch das frische Blut bestimmt werden.

Was aber den ländlichen Menschenüberschuss betrifft, so nahm ja auch die Residenz des orientalischen Despoten ihn auf, ohne dass damit eine zweite Bevölkerungsstufe entstand. Im Mittelalter aber ist sie mit der Stadt sofort gegeben, im Mittelstand. Man möchte daher doch glauben, dass hierin die Bedeutung der Stadt liegt, d. h. im Beginn der Geldwirtschaft, in dem Loslösen des beweglichen Vermögens vom unbeweglichen, wie es Rodbertus betont hat.

Das Einkommen dieses Mittelstandes nun wird „durch geistige Arbeit geschaffen", ist „Ertrag geistiger Arbeit oder schlechtweg Geistesertrag" (S. 64).

Wir müssen hier bemerken, dass der Verfasser in seiner ganzen Einkommenslehre die Begriffe erwerben und produzieren beständig durcheinanderwirft und verwechselt. Will er das Einkommen einer Klasse rechtfertigen, so gebraucht er meist Ausdrücke, als habe dieselbe gerade das von ihr bezogene Einkommen, nicht mehr und nicht weniger, produziert, besonders mit Bezug auf das hohe Einkommen des Mittelstandes und das niedrige der Arbeiterklasse. Der Mittelstand hat sein Einkommen durch geistige Arbeit „geschaffen", das

Digitized by Google

Einkommen des Arbeiterstandes ist der „Arbeitsertrag oder Arbeitslohn“ !

Das Einkommen besteht aber doch schliesslich allemal in materiellen Produkten und die geistige Arbeit schafft oder produziert doch sicher keine materiellen Produkte, dies thut lediglich die körperliche.

Die geistige Arbeit ist allerdings eine Voraussetzung der Produktion und zwar sowohl die geistige Arbeit der „Geistesarbeiter“ als diejenige der „Handarbeiter“, deren Kopf ja auch immer ein wenig mitthut; wirklich Güter produzierend ist doch ewig nur die körperliche Arbeit. Mögen z. B. die Berechnungen und Pläne zu einem Eisenbahnbau noch so wichtig und noch so schwierig sein, sie sind doch noch kein Teil, nicht einmal der entfernteste Anfang jener eigentümlichen Gestaltung und Zusammensetzung der Materie, die man Eisenbahn nennt.

Aber der erste Spatenstich ist der Anfang jener Veränderung, deren Ende die fertige Bahn. Geistige Arbeiter sind notwendig, sie müssen also mit den Erzeugnissen der körperlichen Arbeit erhalten werden, vielleicht sogar sehr reichlich. Aber man darf nicht sagen, dass sie die materiellen Güter (das Einkommen) hervorgebracht haben und dass diese ihnen deshalb gehören. „Fangt doch endlich einmal an mit dem Hausbau“, sagt man, wenn die Pläne längst bereit liegen.

Produktion ist, wie J. St. Mill sagt, Stoffbewegung, und der Geist bewegt keinen Stoff, er sei denn ein Gespenst.

Wenn die Geistesarbeit für sich ein Einkommen „schafft“, dann ist es unbegreiflich, warum es im früheren Mittelalter keinen Mittelstand habe geben sollen. Die Geistesarbeit, „alle jene Funktionen, welche im modernen Staate — dem Mittelstande zufallen, wurde (ja) auch im mittelalterlichen Bauernstaate ausgeübt“ (S. 65). Wo war aber das Einkommen, das sie schuf? Die Geistlichen, die sie vollzogen, lebten von den „freiwilligen Gaben“ der Natur und alle Welt lebte davon, ausser ihnen gab es kein Einkommen, nach Ansicht des Verfassers.

Ob die Gewänder und Möbel der Geistlichkeit, die doch auch zu ihrem Einkommen gehörten, ebenfalls freiwillige Gaben der Natur waren, ist freilich fraglich. Der Unterschied zwischen einst und jetzt ist nur, dass solche Dinge einst von hörigen Leuten im Dienste der Grundherrn gemacht wurden, heute von freien, besitzenden Unter-

Digitized by Google

nehmern, dass man jenen einfach den Befehl gab, etwas dergleichen zu machen, während man heute die Ware beim Produzenten bestellt und kauft.

Wenn nun auch alle materiellen Güter nur durch materielle Arbeit unmittelbar hergestellt werden, so kann man sich dieselben, sobald sie einmal da sind, doch auf sehr verschiedene Weise zu eigen machen. Es gibt nur einen Weg der Produktion, aber sehr viele des Erwerbs.

Man kann das fertige Gut rauben, wie es z. B. die Ritter seligen Angedenkens öfters gethan.

Oder man kann sich den Produzenten selbst einfangen und weiter züchten, wie es im Altertum und Mittelalter sehr stark der Brauch war, oder man mietet sich den Produzenten für ein Billiges auf Zeit, wie es jetzt allgemein üblich, gibt ihm wenig und behält Alles, was er gemacht hat. Und man braucht sich auch nicht direkt mit dem Produzenten zu schaffen zu machen, man kann Besitz und Einkommen dem ersten oder irgend einem Erwerber wieder abgewinnen auf alle mögliche recht- oder unrechtmässige Weise, z. B. durch Börsenspiel und Wucher. Jedenfalls ist davon auszugehen, dass der besitzlose Arbeiter, der sich irgend Jemandem fast um jeden Preis verkaufen muss, in der menschlichen Gesellschaft keine ursprüngliche Figur war, dass er nicht auf natürlichem Wege ganz von selbst, etwa durch die blosse Produktion, entstanden ist, sondern auf dem Wege des Rechts oder Unrechts, ursprünglich der Gewalt.

Er ist aber die Voraussetzung des „Geistesertrags“ und für ihn waren die neuentstehenden mittelalterlichen Städte ursprünglich eine Befreiung (das bemerkt auch der Verfasser S. 121: „massenhaft entlaufen die Hörigen, um in der Stadt den Unterhalt und die Freiheit zu erwerben“), später aber eine neue Quelle der Knechtung.

Wer ist im Mittelalter der wirtschaftliche „Geistesarbeiter“? der Handwerker? Aber das Wort besagt ja das Gegenteil. Der Handwerker braucht allerdings seinen Kopf, heute wie damals, aber eben deshalb, weil die geistige und körperliche Arbeit noch in derselben Person vereinigt war und diese ausser Kopf und Hand — beide zweckmässig dressiert — sehr wenig (Kapital!) brauchte, um Produkte zu erzeugen, war der Handwerker, wenn nicht das Recht ihn hinderte, ein selbstständiger Mann, jedenfalls ein Mann mit gegründeter Aussicht auf Selbstständigkeit. Wie könnte man aber von diesem mittelalterlichen Handwerker sagen: sein Einkommen sei spe-

Digitized by Google

zieller Ertrag seiner Geistesarbeit gewesen? War er nicht ein vollkundiger, tüchtiger Meister der Handarbeit, so war er gar nichts, eine Unmöglichkeit, und wenn er mehr Einkommen bezog als seine Gehilfen, so beruhte das auf seiner rechtlichen und wirtschaftlichen Stellung, nicht auf seinem Gehirn.

Bleibt nur der Kaufmann übrig, und sein Geschick im Profitmachen Geistesarbeit zu nennen und zu behaupten, diese habe sein Einkommen geschaffen, ist meinetwegen Jedem gestattet, aber doch nicht so wissenschaftlich, dass man auf solche beliebige Ausdrücke wichtige Sätze gründen könnte.

Die Thätigkeit des mittelalterlichen Kaufmannes ist ja durch ihre Folgen gewiss auch für die Gesellschaft wichtig, aber sein Profitmachen doch nicht. Und dies allein kann Hansen mit seiner Geistesarbeit als Einkommensquelle meinen. Jedenfalls leistet der Kaufmann der Arbeit, die sein Einkommen ursprünglich hervorgebracht hat, sehr teure Dienste, wenn er sehr viel Profit macht, d. h. sehr viel von dieser „Geistesarbeit" leistet.

Wir sprechen hier selbstverständlich nicht gegen die Kaufleute, auch nicht gegen ihren Profit, sondern gegen eine allerneueste Theorie.

Dass aber diese profitmachende Geistesarbeit des Mittelstandes nicht zu verwechseln ist mit jener der menschlichen Gesellschaft höchst nützlichen Gehirnthätigkeit, welche dieser bessere Wege zum Wohlsein und Glück weist, gibt im Grunde der Verfasser selbst zu, ohne jedoch den Widerspruch zu bemerken, in den er dadurch verfällt.

Wenn Geistesarbeit Einkommen schafft, so müsste das Einkommen natürlich im Allgemeinen mit der Schwierigkeit und Grösse jener zunehmen. Dass dies nicht der Fall ist, weiss Jeder. Ein elender Schuft mit den niedrigsten und gemeinsten Gedanken im Kopfe kann eine „Finanzgrösse" werden und seine Töchter an Fürsten verheiraten — wenigstens heutzutage — während die grössten Geister und Wohlthäter der Menschheit von jeher arm geblieben sind. Darüber kommt Hansen bei seiner Einkommenstheorie nicht mit der Phrase weg: dass für die eigentlichen Grossthaten des menschlichen Geistes Gold und Silber „überhaupt keine vergleichbare Grösse" mehr seien (S. 65).

Sind Gold und Silber „vergleichbar" mit den gemeinen Pfiffigkeiten des Wucherers und Spekulanten?

Wenn Geistesarbeit Einkommen „schafft", dann muss das Genie

Digitized by Google

am meisten Einkommen schaffen. Nimmt man aber an, wie der Verfasser wiederholt zu thun sich genötigt sieht, dass der Geist mit seiner Arbeit zwar Einkommen schafft, aber durchaus nicht notwendig seinem Besitzer, und zwar diesem in dem Grade relativ weniger, als seine Leistung grossartiger und schwieriger ist, dann kann man nicht mehr sagen, das Einkommen sei gleich Geistesertrag, denn seine Höhe wird offenbar für das Individuum durch ganz andere Verhältnisse bestimmt, als durch den Ertrag seines Geistes, das von diesem „geschaffene" Einkommen. Und auch der Mittelstand als Ganzes braucht nicht dieses Einkommen zu erhalten, sondern kann mehr oder weniger beziehen, je nachdem er den beiden anderen Ständen überwiegend Dienste leistet oder sie ausbeutet.

Geldwirtschaft vorausgesetzt sind selbstverständlich Leute notwendig, welche die Unternehmungen leiten. Unter obiger Voraussetzung ist ihre Arbeit eine notwendige und daher auch ihre Existenz als Klasse eine notwendige und muss mithin aus dem gesellschaftlichen Produkte erhalten und gesichert werden. Wie viel die Unternehmer als Gesamtheit bekommen, hängt durchaus nicht bloss von der Grösse ihres Geistes oder gar der Wichtigkeit ihrer Dienste für die Gesellschaft ab, sondern sehr wesentlich von gesellschaftlichen Konstellationen, über die sie keine Macht haben, von Entdeckungen und Erfindungen, an denen sie ganz unschuldig sind u. s. w.

In welcher Weise aber der ganze Gewinn sich unter die Einzelnen verteilt, das allerdings hängt zum grösseren Teil von ihren persönlichen Eigenschaften ab und ist wohl für die einzelnen Unternehmer, nicht aber für die übrige Gesellschaft von Wichtigkeit. Dass der grösste Teil des Gewinnes etwa immer dem um die Gesellschaft Verdientesten zufalle, wird wohl — besonders in unseren Tagen — nicht leicht jemand behaupten wollen.

Ebensowenig darf man annehmen, dass jeder, der das Zeug dazu hat — nämlich die nötigen angeborenen Eigenschaften — auch wirklich Unternehmer wird oder werden kann. Der Verfasser bemerkt allerdings S. 66, dass er unter den geistigen Eigenschaften, die ein besonderes Einkommen hervorbringen, auch erworbene Kenntnisse und Fertigkeiten, sowie hervorragende Charaktereigenschaften verstehe. Aber der Erwerb von Kenntnissen hängt im Allgemeinen schon von der gesellschaftlichen Position ab, in welcher sich jemand bereits in seiner Jugend, also ohne Verdienst, befindet. Und was die hervorragenden Charaktereigenschaften betrifft, so kann man in dieser

Digitized by Google

Beziehung nach der positiven oder negativen Seite hervorragen, z. B. sich auszeichnen durch ausserordentliche Selbstlosigkeit oder ebensolche Selbstsucht, und wenn zwei Individuen des Mittelstandes, ein höchst selbstloses und ein höchst selbstsüchtiges — beide in ihrer Art gleich ausdauernd, energisch u. s. w. — so wie es der Verfasser wünscht, in freie Konkurrenz treten, welches wird wohl auf wirtschaftlichem Gebiete den Sieg davontragen? Wenn Hansen also meint, durch Charaktereigenschaften die höheren Einkommen gewisser Leute zu rechtfertigen, so müsste er es folgerichtig nützlich finden, dass in sehr vielen Fällen der Reichtum, und mit ihm gesellschaftliche Macht, denjenigen zufällt, welche er in seinem moralischen Urteil gewiss nicht zu höchst taxiert.

Hansen wird vielleicht sagen: ein ganz selbstloser Mensch soll eben nicht Unternehmer werden. — Wenn aber ein ganz selbstloser Mensch, der ja dabei ein Held in jedem Sinne sein kann, in unserem sittlichen Urteil am höchsten steht — was theoretisch freilich Manche, praktisch aber absolut niemand leugnet*) — in welchem Lichte erscheint dann sofort dieses vom „Geistesertrag" reich werdende Unternehmertum und sein „Geist"?

Beim Geistlichen, meint der Verfasser zur Bestätigung seiner Ansichten, spiele allgemeine Menschenliebe eine „Hauptrolle" (S. 66).

Bei welcher Gelegenheit? zur Erreichung welches Zweckes? fragen wir. Wo es sich um das Wohl Anderer handelt? Ei, da spielt auch beim Fabrikanten und Kaufmann die Menschenliebe die Hauptrolle. Hier ist aber vom Einkommen oder vom Vorwärtskommen innerhalb eines bestimmten Berufes die Rede, und dabei nützt auch dem Geistlichen seine allgemeine Menschenliebe am wenigsten von allen möglichen Eigenschaften, die er besitzen kann. Sicher wird Keiner wegen seiner Menschenliebe reiche Pfründen bekommen oder Bischof oder Papst werden.

„Der Charakterlose kann seinen Mangel durch hervorragende Geistesgaben nicht ersetzen." (S. 66).

Aber doch reich werden, ganz enorm reich.

„Was die Ehre gebietet und was das Gewissen fordert, blieb Ihnen zwar von jeher fremd", schrieb Graf Wimpffen, der öster-

*) Siehe eine seltsame, überraschende Apotheose der selbstlosesten, aufopferndsten Pflichterfüllung in einer hochinteressanten Novelle von dem socialdemokratischen Dichter Johannes Schlaf in der „Berliner Volkstribüne" („Der alte Hof", NN. 1—5. Jahrgang 1890).

Digitized by Google

reichische Botschafter in Paris vor seinem Selbstmorde, an Baron Hirsch, den hundertfachen Millionär (s. die Wiener „Monatsschrift für christliche Socialreform", März 1889). Oder darf man unter einem charaktervollen Manne auch einen grossen Schurken verstehen?

„Wer da eilt, reich zu werden, wird nicht unschuldig bleiben", sagt schon der alte Salomon. (Sprüche, 28, 20.)

Der Verfasser zeigt uns an einem Beispiel, wie die „Geistesrente" nicht etwa für einzelne Individuen, die sich aus Mangel an den nötigen Qualitäten nicht im Besitz derselben zu erhalten vermögen, sondern für eine ganze Gattung oder Klasse verloren gehen kann durch gesellschaftliche Veränderungen, welche diese Rente in andere Hände bringen, ohne dass jene eine Schuld trifft und ohne dass die neuen Erwerber ein persönliches Verdienst dabei haben. Dies scheint aber nicht gerade für seine Theorie zu sprechen. Hier das Beispiel:

Das Handwerk der Wollenweber erforderte einst bedeutende Kenntnisse und Fertigkeiten, eine lange Lehrzeit, kaufmännisches Talent (?), sogar Geschmack und Erfindungsgabe. Damals gehörten die Weber zum Mittelstande, ihr Einkommen war überwiegend Geistesertrag. (S. 67.)

Wir wollen gegen diese Gleichstellung des wohlorganisierten ehemaligen Handwerks mit der modernen, in unbeschränkter Konkurrenz kämpfenden, reklamemachenden, schwindelnden, auf Kapital gegründeten Unternehmung nicht polemisieren, sondern uns an den richtigen Schluss halten, dass der Weber ein selbständiger, erträglich wohlhabender Mann und vollentwickelter, geistig und körperlich thätiger Mensch war.

Nun entsteht die Manufaktur. Sie drückt den Weber zum blossen abhängigen, wenn auch immer noch gelernten und erträglich bezahlten Arbeiter herab. Ein grösserer Unternehmer ist nämlich an die Stelle vieler kleiner Meister getreten, die er mit seinem Kapital beschäftigt. Er übernimmt nach dem Verfasser jetzt die Geistesarbeit und bezieht dafür die Geistesrente, die den lohnarbeitenden Webern von ihrem Einkommen abgeht. Er kauft Rohmaterial, verkauft die Ware, verfolgt die Mode, liefert die neuen Muster und zeichnet sie oder lässt sie zeichnen.

Wir fragen nun: Haben die einzelnen Unternehmer die Grundlagen der Manufaktur geschaffen, und warum bestand diese Betriebsweise nicht immer? Waren früher die Leute zu dumm dazu und sind jetzt auf einmal Einige gescheidter geworden?

Digitized by Google

Jeder Geschichtskundige weiss, dass die Manufaktur und ihre Unternehmer ein Produkt der grossen Veränderungen waren, die Ende des 15. und Anfangs des 16. Jahrhunderts eintraten. Der Handel nahm durch die geographischen Entdeckungen*) einen bedeutenden Aufschwung, viele Kaufleute wurden (durch fremde Geistesarbeit) reich, der erweiterte Markt brauchte mehr Waren und so entstanden wesentlich auf Grundlage dieses Kaufmannskapitals jene grösseren Unternehmungen, die man Manufakturen nennt.

Was den Unternehmer auszeichnet, ist nicht sein Geist, sondern sein Geld und Kredit; was den Weber benachteiligt, ist nicht seine Dummheit, sondern sein geringes Vermögen. Unzählige Weber, die jetzt blosse Arbeiter werden, könnten nach wie vor Material kaufen, Waren verkaufen und Muster erfinden, so gut wie früher, wenn sie das jetzt nötige Kleingeld hätten für den vergrösserten Betrieb. Wenn der siegende Kaufmann-Kapitalist mehr Kenntnisse im Schacher besitzt, so weiss der unterliegende Weber um so mehr von der Weberei und es ist jedenfalls nicht ganz leicht einzusehen, was für ein Vorteil vom menschlichen Standpunkt daraus erwachsen soll, dass jetzt der spekulierende Kaufmann reich wird und je 50 oder 100 arbeitende Weber „hinuntersteigen", während früher alle diese Leute, deren Thätigkeit doch von absolutem Nutzen ist, während die des Kaufmanns (bezw. seine Profitmacherei) unter Umständen gar wohl entbehrt werden könnte, frei und wohlhabend waren.

Dass unter den Manufaktur-Herren sich auch sehr gescheidte Leute befanden, leugnen wir nicht, aber die fanden sich auch wohl unter den Webern. Und wenn alle Kaufleute in corpore gleich klug und nicht klüger waren als die Weber, konnten dann keine Manufakturen gegründet werden und kam ihnen dann keine Geistesrente zu? Genügte nicht das Vorhandensein des Kapitals hier und der Mangel desselben dort, um jene durch „Geistesrente" zu erhöhen und diese herabzudrücken?

Wir verkennen ja nicht den Fortschritt in der Produktivität der Arbeit, der in der Manufaktur liegt und von dauerndem Wert ist, wir verkennen auch nicht, dass unter den vorliegenden Umständen die Unternehmer reich und die Weber arm werden mussten, wir fragen nur nach der Begründung des „Geistesertrags".

---

*) Columbus wurde nicht Millionär, und es fehlte ihm weder an Geist, noch Charakter, noch Erwerbslust.

Digitized by Google

„Da wird der mechanische Webstuhl erfunden. Jetzt schwindet der letzte Rest von Geistesertrag aus dem Einkommen des Webers. — Er ist zum gemeinen Arbeiter geworden“ (S. 68). Ah, wie denn? Nach Hansens Theorie müsste man annehmen, er sei auf einmal ganz stupid geworden, oder aber Andere, die Unternehmer, ungeheuer geistreich, so dass jeder von ihnen mechanische Webstühle erfand. Aber es kommt in der Wirklichkeit nicht darauf an, wer den mechanischen Webstuhl erfand, dieser könnte auch allenfalls in einem Armenhospital sterben, sondern wer ihn und alles Nötige dazu kaufen kann. Wer das nicht kann, dem hilft der mechanische Webstuhl gar nichts. Die Zahl derjenigen, die das Talent zum Fabrikanten haben, ist meines Erachtens viel grösser als die Zahl der Fabrikanten. Dass auch einem Dummkopf, der vom Geschäft nichts versteht, der neue Webstuhl, auch wenn er ihn kaufen kann, nichts nützt, ist wahr. Aber darauf kommt nichts an. Wenn es noch Leute gibt, die, sobald sie das genügende Kapital besässen, sich an Geist mit den wirklichen Fabrikanten wohl messen könnten, so ist das genug, um zu beweisen, dass Letztere ihr Einkommen nicht einfach ihrem Geiste verdanken.

Wenn die Erfinder ihr Geheimnis wahren könnten und sich von den Abnehmern ihres Produkts nahezu den ganzen Vorteil desselben (ersparte Arbeit) bezahlen liessen, dann würden nur die Erfinder reich, nicht die „Unternehmer“. Heute ist es umgekehrt. Warum? Was fehlt dem Erfinder? Alle Welt sagt: Das Kapital.

Die gemeine Arbeit, meint unser Autor, sei von der neueren Nationalökonomie ausserordentlich überschätzt worden (S. 68).

Gewiss steht die wirklich nützliche, kulturfördernde, gesellschaftlich produktive Geistesarbeit höher als jene, viel höher, Mann gegen Mann, Tagesleistung gegen Tagesleistung gestellt. Aber die Arbeit des Profitmachens braucht gar nicht höher zu stehen.

Grosse Geisteskräfte sind selten, aber nicht die Geisteskräfte des durchschnittlichen Unternehmers. Der Verfasser meint mit der Ueberschätzung vermutlich weniger die Arbeit als die Arbeiterklasse. Dass diese gegenwärtig häufig überschätzt wird von gewissen Schriftstellern, die auf der einen Seite nachweisen, dass die moderne Industrie den Arbeiter physisch, intellektuell und moralisch ruiniere und auf der anderen ihn als ein fast vollkommenes, mindestens das vollkommenste Wesen in unserer Gesellschaft hinstellen, ihm alle nützlichen, guten, den oberen Klassen alle möglichen schlechten Eigen-

Digitized by Google

schaften zuschreiben — das ist sicher, aber das will doch wohl auch nicht Wissenschaft sein, sondern Parteischriftstellerei — und so machen sie's Alle! Es ist sehr schwer, wo nicht unmöglich, über den inneren Wert eines Standes oder einer Klasse ein bestimmtes, wohlbegründetes Urteil zu fällen, noch schwerer aber ist es, zu bestimmen, was unter günstigen Umständen aus ihr werden kann — und darauf käme ja in dieser Frage schliesslich Alles an. Es ist leicht zu sagen: die Arbeiterklasse ist nur zu körperlicher Thätigkeit geeignet, daher müssen andere Klassen, welche die geistigen Funktionen übernehmen, vorhanden sein und natürlich über jene herrschen u. dgl. Aber was würde man von einem Botaniker sagen, der behauptete: Diese jungen Fichten hier sind von Natur erbärmlich, sie können keine hohen Bäume werden, denn sie treiben nicht einmal Gipfel — wenn ein Waldfrevler dieselben weggeschnitten?

Zeus' allwaltender Rat nimmt schon die Hälfte der Tugend
Einem Manne, sobald er die heilige Freiheit verlieret.

(Odyssee, 17. 322.)

Gewiss war der göttliche Sauhirt in viel besserer und freierer Lage, als unsere Lohnarbeiter. Er stand nicht unter der Fabriksglocke und beklagte sich schon darüber, dass er für seinen Bedarf nicht gemästete Schweine, sondern nur Ferkel schlachten dürfe. Und auf Ithaka gab es keinen Steinkohlendunst und keine überfüllten Mietkasernen.

Man betrachte die furchtbare Lage und Verkommenheit der englischen Textilarbeiter in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts und sehe, wie diese ganze Klasse sich in jeder Beziehung hob, als sie durch das sehr mangelhafte Gesetz von 1833 nur ein wenig geschützt wurde (S. Otto W. Weyer: Die englische Fabriksinspektion, 1888, S. 87 ff.).

Dass die geringere Durchschnittsqualität der Arbeiterklasse, soweit sie vorliegt, ein Produkt ihrer Lage ist, nicht umgekehrt, stimmt freilich zu gewissen Ausführungen und Ansichten des Verfassers, die wir noch kennen lernen werden, durchaus nicht. Dass aber heute seine geringere Durchschnittsqualität wirklich vorhanden ist, wer kann es mit Sicherheit behaupten oder leugnen?

Theodor Hertzka z. B., ein sehr bedeutender Schriftsteller, den gewiss kein Mensch als Demagogen zu bezeichnen wagt, schreibt Nummer XIII. des I. Bandes (23. Februar 1890) seiner vortrefflichen „Zeitschrift für Staats- und Volkswirtschaft": „Es ist eine weitver-

Digitized by Google

breitete, deshalb jedoch nicht minder irrige Vorstellung — als ob der Bürgerstand, als Ganzes betrachtet, intellektuell über dem Arbeiterstande stehe. Wie die Dinge thatsächlich liegen, kann eher das Gegenteil behauptet werden; die grosse Masse der Besitzenden steht geistig auf keiner höheren Stufe, als die mindeste Schichte des Proletariats. — Es gibt, nicht bloss absolut genommen, sondern auch relativ, heute weit mehr intelligente Arbeiter als Bürger. Dafür ist jedoch das höchste Ausmass der Intelligenz im Bürgerstande verhältnismässig stärker vertreten, als im Arbeiterstande".

Dass z. B. von allen politischen Parteien in Deutschland, gegenwärtig und schon seit etlichen Jahren, die socialdemokratische nicht bloss das meiste Verständnis, sondern insbesondere auch den meisten Charakter in allen politischen Fragen und Lagen zeigte, scheint mir unzweifelhaft.*) Aber das kommt vielleicht daher, dass sie zugleich verfolgt und hoffnungsvoll ist und genügt noch nicht.

Ebenso unzweifelhaft ist es wohl, dass, so lange die Arbeiterklasse in irgend einem wichtigen Punkte an Inferiorität leidet, kein politischer oder militärischer Sieg derselben von dauerhaften, kulturell günstigen Erfolgen begleitet sein könnte.

Dies hat kaum ein Schriftsteller schärfer betont, als der alte revolutionäre Socialist Auguste Blanqui (Kritik der Gesellschaft, 1886). Und neuestens, im Londoner „Socialdemokrat" vom 12. Januar 1890, lesen wir: „Ein unwissendes, gedrücktes, unorganisiertes Proletariat (das gegenwärtige ist doch zum grossen Teil unwissend, gedrückt und unorganisiert! d. V.) kann zerstören, kann sehr viel Blut vergiessen, aber es ist unfähig aufzubauen". Darum müsse man sich eifrig an den politischen Wahlen beteiligen, denn jeder Vorteil, den man für die Arbeiterklasse erkämpfe, fördere ihre endliche Emanzipation und die Parlamente haben hier einen ziemlichen Wirkungskreis. —

Wieder kommt ein verführerisches Beispiel, um zu beweisen, dass der Unternehmer mit vollem Rechte reich wird, der Arbeiter

---

*) Heute (12. Juli), wo mir diese Stelle zur Korrektur vorliegt, sind in den Zeitungen Bismarcks Auslassungen gegenüber dem Redakteur des Frankfurter Journals zu lesen. Der Fürst sagt u. A. folgendes: „Die Presse hat hier zu Lande keinen Muth, sie ist feige. -- Ich hätte nicht gedacht, dass es der Presse so an Muth fehlt, dass sie so feige sich benehmen würde. — Unserer Presse im Ganzen fehlt die Ueberzeugung. Muth hat eigentlich nur die socialistische Presse."

Digitized by Google

mit eben solchem Rechte arm bleibt. Gesetzt, die englischen Baumwollfabrikanten geben am Ende der Woche den Arbeitern statt des gewöhnlichen Geldlohns das ganze Produkt und sagen: Alles was nach Abzug unserer baren Auslagen für Rohstoff u. s. w. übrig bleibt, möget ihr behalten. Die Arbeiter laufen im Lande herum nach Abnehmern und finden keine oder nur solche, die einen ungenügenden Preis bieten. Sie bringen den Quark ärgerlich dem Fabrikanten zurück, der sie nun salbungsvoll über die Wichtigkeit seiner Arbeit und über die volle Gerechtigkeit der hergebrachten Einkommensverteilung aufklärt.

Hier wäre also die sociale Frage im modernen Sinn sehr einfach gelöst, sie beruht auf blossem Unverstand.

Die Logik dieser Lösung ist: Weil wir etwas leisten, was Ihr nicht leisten könnt, gehört Euch nur der notdürftige Unterhalt, d. h. so viel, dass Ihr für uns arbeiten könnt, und uns alles Uebrige, d. h. alles Wohlleben, aller Reichtum, alle Kultur.

Aber könnten nicht die Arbeiter als Gesamtheit dasselbe sagen, was der Unternehmer sagt? Stellt einmal die Sache um und lasst die wenigen Unternehmer alle Baumwolle verspinnen und verweben und die sämtlichen Arbeiter (Kommis u. s. w. mit einbegriffen oder auch nicht) versuchen, „die Berichte über die Baumwollernte zu studieren, die Konjunkturen des Weltmarkts zu berücksichtigen“ u. s. w. und ich zweifle nicht, dass nun Letztere mit ihrer neuen Aufgabe eher zu Stande kommen als Erstere.

Und ausserdem ist das Beispiel von vornherein falsch gestellt, wenn es nämlich, was hier beabsichtigt wird, die Lehre von Marx widerlegen soll. Dieser leugnet nicht, dass in der Geldwirtschaft mit freier Konkurrenz der Gewinn dem Unternehmer ganz notwendig zufallen muss und dass die Arbeiter nicht mehr bekommen können als den notwendigen Unterhalt. Er spricht auch gar nicht von Recht und Unrecht. Er glaubt nur die Ewigkeit der Geldwirtschaft negieren zu müssen und deutet die Möglichkeit einer Wirtschaft an, in der es einen Unternehmergewinn gar nicht gibt, weil man nicht Waren produziert, sondern Genussgegenstände für den stets vorhandenen, bekannten Bedarf, und deren Produktionsmittel. Dass gewisse Leistungen, die heute der Unternehmer oder die von ihm bezahlten Beamten vollziehen, unter allen Umständen notwendig sein würden und daher ein entsprechendes Einkommen zugeteilt erhalten müssten, leugnen auch die Socialisten nicht. Aber dieses Einkommen hat nichts zu

Digitized by Google

thun mit dem heutigen Profit und existiert vielfach auch jetzt schon ganz sichtbar neben dem Profit.

„Die Frage, meint dann der Verfasser, wie gross bei gerechter Verteilung die Quote des Gewinns sein muss, welche auf die körperliche, und wie gross die, welche auf die geistige Arbeit entfällt, lässt sich in der That nicht beantworten“ (S. 73). S. 83 hingegen erklärt er ziemlich unumwunden, dass die freie Konkurrenz sie gerecht beantworte.

„Wenn man hier (bei der Verteilung zwischen Mittel- und Arbeiterstand) nur der Natur keine Hindernisse in den Weg legt, wenn man die Konkurrenz (zwischen wem? zwischen Unternehmer und Unternehmer, Arbeiter und Arbeiter, oder zwischen Unternehmer und Arbeiter?) frei walten lässt, so wird der geistig oder körperlich Starke schon den Schwächeren besiegen“ — und das ist offenbar gerecht! Der Sieg des Stärkeren, also doch wohl vor Allem der Sieg des „Geistes“ über die blosse Körperkraft!

Wir glauben nur, dass jene Frage nach dem heutigen Rechtsbewusstsein (selbst dem der siegreichen Geistesrentner) jedenfalls durch die blosse Konkurrenz nicht mehr richtig beantwortet wird.

VI.

Um die ganze Niedrigkeit und Nebensächlichkeit der körperlichen Arbeit und der Arbeiterklasse zu charakterisieren, sagt der Verfasser, die körperliche Arbeit habe nicht die Maschine hervorgebracht, sondern die Maschine habe umgekehrt die Arbeiter geschaffen (S. 73).

Aber mit viel grösserem Rechte könnte man doch wohl sagen: die Grundbesitzer haben nicht den Boden hervorgebracht, sondern der Boden die Grundbesitzer, — welche der Verfasser sicher nicht herabwürdigen möchte. Die Dampfmaschine ist sogut Arbeitsprodukt, wie der Steinhammer der Urzeit und jedenfalls ist in der Regel kein Atom von ihr Produkt des Unternehmers, der sie in seinem Betrieb verwendet. Bezahlte Ingenieure und bezahlte Handarbeiter wirken bei ihrer Entstehung zusammen.

Leute, die mit ihren Händen arbeiteten, gab es immer, so lange es Menschen gibt, Unternehmer, die „die Konjunkturen des Weltmarkts berücksichtigen“ u. s. w. aber nicht. Daher kann man viel richtiger sagen, die Dampfmaschine hat den Unternehmer, als sie hat den Arbeiter geschaffen. Was sie in Bezug auf Letzteren schuf, das

Digitized by Google

war seine Proletarierqualität, und für diese Schöpfung schuldet er ihr vorläufig wohl weniger Dank, als der Unternehmer, dessen Reichtum ihr Werk ist.

Haben wir doch oben gesehen, wie nach des Verfassers eigenen Worten der Wollweber durch die allmäliche Entwicklung des Unternehmertums immer tiefer herabgedrückt wurde. Nun bestätigt er uns auch noch zum Ueberfluss, dass die Erfinder selbst oft nicht den gehofften goldenen Lohn gefunden haben; dafür sei ihnen aber Ruhm und Ehre zu teil geworden. Sie haben für das Volk, für die Menschheit gearbeitet (S. 73). Also nicht für sich? Gewiss nicht, wenn sie es auch wollten. Für das Volk? Für die grosse Masse, die unteren Klassen auch — wenigstens bis heute — nicht; das zeigte uns der Wollweber. Bleibt niemand übrig als die Unternehmer oder die Besitzenden in Bausch und Bogen.

Hätten doch auch diese sich mit Ruhm und Ehre begnügt! Wie leichtfertig man doch die grössten Geistesarbeiter mit ihren bestbegründeten Ansprüchen abspeist! Welche Spur von Rechtssinn zeigt hier der Konservatismus? Der Verfasser meint wohl, die Arbeiter sollten der Maschine (oder dem Unternehmer) schon dafür dankbar sein, dass sie zu Zeiten die Veranlassung einer ausserordentlichen Vermehrung ihrer Kopfzahl war? Je mehr arme Teufel, desto mehr Elend auf der Welt. Gerade die Art und Weise, wie die moderne Maschinenwirtschaft durch den ihr immanenten Wechsel von Aufschwung und Krise auf die Bewegung der Arbeiterbevölkerung wirkt, ist eine Hauptursache des modernen Massenelends.

Also: die grössten Fortschritte, unmittelbar bewirkt durch die Geisteskraft einzelner hervorragender Individuen, kommen diesen in der Regel nicht zu gute, noch weniger der grossen Masse, deren Zustand sogar verschlimmert wird; sie dienen lediglich zur Bereicherung einer geringfügigen Minderheit, zum Teil sehr zweifelhaften Wertes.

Und so soll es sein! meint der Verfasser. Denn, sagt er S. 74, die Lohnfrage in ihrer „praktischen, politischen Bedeutung“ lautet: wie viel Einkommen muss der Arbeiter haben, um **noch** als ein nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft existieren zu können? Nützlich existiert er aber nur durch seine Arbeit. Die Fortschritte der menschlichen Gesellschaft um ihn herum, die Errungenschaften der Kultur gehen also die ganze ungeheure Arbeiterklasse gar nichts an, sie soll nur soviel haben, dass sie die erforderliche Arbeit (ein-

Digitized by Google

schliesslich Militärdienst, müssen wir, ganz im Sinne des Verfassers, hinzufügen) auf die Dauer leisten kann.

VII.

Zum Mittelstande, der sein Einkommen aus Geistesarbeit bezieht, gehört nach Hansen ausser den Pächtern und Unternehmern auch derjenige Teil der persönliche Dienste Leistenden, der mit dem Kopfe arbeitet, wie Beamte, Offiziere, Geistliche (S. 74). Auch diese „schaffen" nach seiner Theorie ein Einkommen — eine ganz unhaltbare Ausdrucksweise. Dass sie materielle Güter zum Leben brauchen, ist sicher. Daraus folgt, dass diejenigen, die bei der Produktion solcher Güter beteiligt sind, sie direkt oder indirekt damit versehen müssen, wenn man ihre Dienste nicht entbehren will. Dass sie ihr Einkommen verdienen, kann also sehr wohl der Fall sein, aber dass sie zu den materiellen Gütern in einem gleichen wirtschaftlichen Verhältnis stehen, wie die wirtschaftlichen Klassen, ist nicht wahr, sowenig wie man unter den Handarbeitern die Bedienten den Land- und Fabriksarbeitern im wirtschaftlichen Leben gleichstellen, sie wirtschaftlich in gleiche Beziehung zu ihrem oder zum Volkseinkommen bringen kann.

Nun bleiben aber die Leute übrig, die vom Kapitalzins leben, dieser muss also erklärt werden.

Es ist höchst seltsam, dass der Verfasser ihn nicht zu rechtfertigen und zum Teil nur auf eine fast komische Weise zu erklären vermag. Nichts konnte doch näher liegen, als zwei Einkommensquellen anzunehmen, Besitz und Arbeit, und zwei Einkommensarten, Rente und Lohn. Aber dazu war notwendig, dass er sich eingestand: alles Einkommen entsteht ursprünglich durch Arbeit, fällt aber in einer Gesellschaft mit Privateigentum an Produktionsmitteln keineswegs ganz der Arbeit (physischen und geistigen) zu, sondern wird geteilt zwischen den Eigentümern der Produktionsmittel und den Arbeitern. Dann lag auch der einzig mögliche Weg zur Rechtfertigung alles Renteneinkommens nahe: die historische Notwendigkeit des Eigentums als Herrschaftsmittels zur Entwicklung der Produktivität der Arbeit und damit der Kultur, freilich eine relative Notwendigkeit, die bei sehr hoch entwickelter Produktivität möglicher Weise wegfallen kann. Dann hätte er allerdings auch ein anderes Prinzip der Verteilung des Einkommens, nämlich die Macht aufstellen müssen.

Digitized by Google

Aber das Alles würde vielleicht zu keinem konservativen Ergebnisse geführt haben.

So musste die Natur ein Einkommen schaffen und dasselbe den Eigentümern des Bodens, den Repräsentanten konservativer Ideen, schenken. Das Gleiche vom Kapital zu sagen, ging doch nicht an; denn dass dieses erst Arbeit in Bewegung setzen muss, damit wirklich neue Güter und Werte entstehen, die man verteilen kann, sah der Verfasser zu deutlich. Daher frägt er beim Pächter nicht: woher nimmt dieser das Pachtgeld, wohl aber beim Schuldner: woher nimmt er den Zins. Seine Antwort: Bei der Hypothekenschuld aus dem Bodenertrag, bei der Geschäftsschuld aus dem Geistesertrag, woher auch das Dividendeneinkommen der Aktionäre stammt.

Notabene: Man kann also sehr gut von fremder Geistesarbeit leben, warum nicht auch von fremder Handarbeit? Wenn der Geistesarbeiter durch Verhältnisse gezwungen werden kann, etwas von dem durch seine Arbeit geschaffenen Einkommen einem Andern abzutreten, warum soll nicht auch der in viel schwächerer Lage befindliche Handarbeiter dazu gezwungen werden können?

Kommt der Staat, heisst es weiter (S. 79), den Kapitalisten durch Verleihung von Monopolen zu Hilfe, so liegt die Quelle des Zinses, bezw. der Dividende, in der vom Staate und seinen Organen unentgeltlich geleisteten Arbeit.

Man sieht, von Produktion oder Verdiensten um die Produzenten oder nützlicher Thätigkeit überhaupt ist hier gar nicht mehr die Rede, sondern nur vom Erwerb. Die Verleihung eines Monopols ist ebenso als Geistesarbeit und Quelle von Einkommen aufgefasst, wie die Thätigkeit eines Ingenieurs oder Landwirts. Wenn der Staat etwa einem Beliebigen gestattet, jedem Passanten der Maximiliansstrasse in München 10 Pfennig abzufordern, so hat die Geistesarbeit ein neues Einkommen geschaffen! Ist vielleicht auch der Räuber ein Geistesarbeiter?

Nun bleibt noch die Quelle der Staatsschuldenzinsen zu erforschen. Gewöhnliche Menschen werden sagen, diese fliessen aus den Steuern, die Steuern aus dem Volkseinkommen und letzteres wird im Wesentlichen durch die Thätigkeit des Volkes produziert. Der Verfasser sagt: sie sind vorenthaltenes Einkommen der Staatsangestellten aller Art. Diese sind also die Produzenten des ganzen Wertes, der als Staatsschuldenzinsen jährlich in der Welt verausgabt wird.

Einst wurden sie voll bezahlt, so z. B. die persischen Satrapen,

Digitized by Google

welche die Einkünfte ganzer Reiche und Provinzen in die Tasche steckten (d. h. natürlich hervorbrachten) (S. 83). Das „starke“ Königtum beschneidet ihnen das reelle, wohlverdiente, von ihnen geschaffene Einkommen und gibt ihnen dafür „Standesehre“. Also: von Rechtswegen gehörte eigentlich Alles, was die Inhaber der Staatsgewalt erbeuten können, ganz im Sinne des Verfassers ihnen, es ist ihr „Geistesertrag“. Erst das starke Königtum wechselt einen Teil dieser Beute, d. h. des Geistesertrags, in Standesehre um und zahlt mit dem Ersparten die Schuldzinsen, — die früher aber meist gar nicht existierten, sondern hauptsächlich dem starken Königtum zu verdanken sind. Konservativer, königlicher kann man schon gar nicht mehr sein!

Der Beamtenstand erhält den Nährstand, nicht umgekehrt. „Während die Glieder des Offizierskorps aus ihrem Privateinkommen Millionen opfern, um dem Vaterland würdig dienen zu können, erhält der Gewerbestand in den Zinsen der Staatsschuld zu dem grossen Einkommen noch einen Zuschuss von Millionen“. (S. 84.)

Der ewige Friede wäre also der vollste Staatsbankerott; wenn man die Armeen entliesse, könnten die Herren Offiziere die Millionen für die Zinsen nicht mehr schaffen. Die notorische übergrosse Armut und das siechende Finanzwesen der Vereinigten Staaten von Nordamerika sind wohl ein sprechender Beweis für die wirtschaftliche Produktivität des Offizierskorps. Die Amerikaner tilgen die Schulden offenbar, weil sie ohne Offiziere die Zinsen nicht aufbringen können.

Wenn die Lieutenants nicht mehr wären, die dem Vaterland und seiner Würde so viel Sekt und Parfum und Theaterbillets und Rassenpferde und Spielverluste und Präsente für Balletdamen u. s. w. u. s. w. „opfern“ und dabei nicht nur ihre Gage samt Zuschüssen von Hause und von Geldverleihern, sondern auch noch die vielen Millionen Schuldzinsen des Staats durch ihre bekanntlich enorme Geistesarbeit produzieren, also teilweise den Gewerbestand, und sogar recht üppig, ernähren, so müsste Deutschland gänzlich verarmen.

Der grösste Teil der Staatsschulden sind überall Kriegs- bezw. Militärschulden. Hätten wir nie Soldaten und Kriege gehabt, so hätten wir auch keine solchen Schulden. In diesem Falle würde also die Nation ein erheblich geringeres Einkommen beziehen, denn das Einkommen der Staatsgläubiger fliesst ja nicht aus den Taschen der wirtschaftlich thätigen Staatsbürger, sondern die Offiziere haben es

Digitized by Google

erzeugt, rein aus nichts geschaffen und schaffen es Jahr für Jahr aus nichts durch Exerzieren und andere Zauberkünste.

Nach der hier angewendeten Logik könnte man etwa sagen: der Hofhund ist das produktivste Tier in der Landwirtschaft, natürlich Diebe als wesentlichen Bestandteil der Landwirtschaft vorausgesetzt. Und dann: je mehr Hofhunde desto mehr Fleisch und Brod und Wolle. Ich weiss nicht, wie viel Leute es, selbst heute (März 1890) noch, in Deutschland gibt, die diese Anschauungen teilen, ausserhalb Deutschlands gibt es sicher keine.

VIII.

Das Wesen der dritten Bevölkerungsstufe soll, wie oben bemerkt, in dem Einkommen aus körperlicher Arbeit bestehen. Körperliche Arbeit gab es zu allen Zeiten und seit Beginn der Zivilisation (der socialen Herrschaftsverhältnisse) auch stets eine Klasse von Menschen, die kein Eigentum besass und ein Einkommen nur deshalb erhielt, weil sie für irgend welche Eigentümer arbeitete. Man kann also auch vom Sklaven sagen: sein Einkommen beruht auf seiner Arbeit, ganz in demselben Sinn, wie man von seinem Herrn sagen kann: sein Einkommen beruht auf seiner Herrschaft oder seinem Eigentum. Es handelt sich ja bei diesen Unterscheidungen nie um die Produktion, sondern nur um den Anteil am Produkt, um die Erwerbsgründe.

Dennoch ist die dritte Bevölkerungsstufe nach der Auffassung des Verfassers eine verhältnismässig sehr junge Erscheinung. Von den Sklaven spricht er grundsätzlich nicht; dass eine Klasse vorhanden sei, deren Existenz bloss auf körperlicher Arbeit beruht, genügt auch nicht. Es müssen auf diesen Erwerb auch Familien gegründet werden können, dann erst haben wir die dritte Stufe. Dies scheint allerdings dem Früheren einigermassen zu widersprechen, wonach z. B. Offiziere zum Mittelstand gehören, obwohl sie, wie wiederholt hervorgehoben wird, auf ihr Amtseinkommen keine Familie gründen können. Die notwendige Voraussetzung der dritten Bevölkerungsstufe ist der Grossbetrieb, der zuerst in der Manufaktur auftritt (S. 137). Die Arbeiter sind jetzt ganz unselbständig geworden gegenüber den Unternehmern, aber selbständig in Bezug auf Familiengründung (S. 138).

Ihr Einkommen, der „Ertrag der körperlichen Arbeit", ist wenig variabel.

Digitized by Google

Der Grossbetrieb ist stets wesentlich auf auswärtigen Absatz gerichtet und die Arbeiterbevölkerung kann daher so lange zunehmen, als für die Industrieprodukte Lebensmittel einzutauschen sind (S. 139). Die Lage des Arbeiters ist eine derartige, dass es ihm vorteilhaft erscheint, früh zu heiraten, dass er jedenfalls keine besondere Veranlassung hat, die Ehe hinauszuschieben. Daraus folgt eine rapide innere Vermehrung der Arbeiterklasse, die auch noch durch Zufluss aus dem Mittelstande anwächst. Die Vermehrung der Unterhaltsmittel kann nicht gleichen Schritt halten und so entsteht bald auch auf dieser Stufe ein Ueberschuss (S. 140). Die Qualität desselben ist schlecht, er besteht aus den körperlich Schwachen, geistig Niedrigstehenden, Charakterschwachen und wird „aufgenommen von der Armee der Vagabunden und Landstreicher". Diese Armee ist eine natürliche und notwendige Folge unserer Bevölkerungsverhältnisse und kann nicht beseitigt werden. Sie hat in unserer Gesellschaft die Funktion, welche auf früheren Stufen die Klöster, Gefolgschaften und stehenden Heere vollzogen.

Wird sie, so fragen wir, zum Wohl des Ganzen verbraucht? Wird also auch die sociale Frage in ihrer gegenwärtigen Gestalt im Sinne des Verfassers immerfort gelöst? Hansen, der alles Bestehende und Geschehende zu allen Zeiten gut findet, sofern dadurch nicht etwa der Stand der Grundbesitzer geschädigt wird, muss diese Frage bejahen. Er müsste sie auch bejahen, wenn es Sitte wäre, die überschüssigen Arbeiter in grosse Mörser zu sammeln und zu Dünger zu zerstampfen. Er drückt seine Uebereinstimmung mit diesem Teil des gegenwärtigen Zustands in einer beneidenswerte Seelenruhe beweisenden Form aus: „Soll in dem Staat mit drei Bevölkerungs-Stufen die Harmonie gewahrt bleiben, so muss das Heer der Landstreicher, bei denen ja durch die Lebensweise die Ehe so gut wie ausgeschlossen ist, so gross sein, dass der natürliche Abgang durch den Tod dem vom Arbeiterstande fortwährend produzierten Ueberschuss entspricht" (S. 141). „Ein zahlreicher Arbeiterstand erfordert also auch ein zahlreiches Vagabundenheer" (S. 214).

Also, je mehr Ueberschuss, ein desto rascheres Wegsterben der gesellschaftlich notwendigen Landstreicher — welche Harmonie! Die Thatsache ist ja nur zu richtig, dass unsere Gesellschaft mit Notwendigkeit ein Vagabundenheer erzeugt, ebenso richtig ist es, dass, je grösser relativ dieses Heer ist, desto elender sein Zustand, desto grösser also seine Mortalität. Aber darin irgend eine Sorte von Har-

Digitized by Google

monie zu finden, scheint mir doch allzu — konservativ. Die Harmonie z. B. im Grundbesitzerstande soll nach dem Wunsche des Verfassers dadurch erhalten werden, dass das Vermögen schön beisammen gehalten wird, weshalb die jüngeren Söhne mit einer kleinen Aussteuer in den Mittelstand hinübergedrängt werden, wo sie meist emporkommen. Aber welche Harmonie wird im Arbeiterstande dadurch herbeigeführt, dass ein Teil seiner Mitglieder immer brodlos herumbettelt? Dieser beschäftigungslose Teil drückt auf die Lage der ganzen Arbeiterklasse, wird beliebig, je nach Bedarf, in die Reihe der Beschäftigten zurückkommandiert — in Zeiten des Aufschwunges — kann jetzt heiraten, heiratet auch massenhaft vermehrt also deshalb, weil das Kapital für eine kurze Zeit eine wahnsinnige Hetzjagd nach dem Profit arrangiert, die hauptsächlich durch die Existenz einer grossen Masse Beschäftigungsloser möglich wird, die Arbeiterklasse auf die Dauer, und damit Elend, Tod und Vagabundage und das immer so fort mit Grazie. Das kann man doch wohl kaum eine „Lösung" der socialen Frage nennen, das ist eben die sociale Frage oder ein Hauptpunkt derselben.

Ueber dieses Vagabunden- und Arbeiterelend kann man sich nicht mit der selbstgenügsamen Phrase hinweghelfen, dass es sich ja doch nur um die Schwachen und Schlechten handle, die als Vagabunden zu Grunde gehen. Das ist erstens nicht wahr, mindestens nicht zu erweisen. Man lasse einmal einen ganz wohlbegabten und guterzogenen Sohn des Mittelstandes oder Adels auch nur einige Monate geldlos und freundlos und aussichtslos in der Welt umherirren, gezwungen zum Bettel und zum Verkehr in den armseligsten Armenherbergen und Spelunken, und sehe zu, was aus ihm wird. Nie werde ich den bitterschmerzlichen Ausdruck vergessen, mit welchem ein hübscher, höchst anständig aussehender junger Sachse, der mich im letzten Herbst auf der Strasse um das Bureau des deutschen Hilfsvereins fragte und, während ich ihn dahin führte, auf mein Fragen seine Geschichte erzählte (drei Monate langes, vergebliches Suchen nach Arbeit), die wenigen, unendliche Seelenqual enthaltenden Worte sprach: „Sie glauben nicht, wie schwer es ist, in solcher Lage nicht zu verkommen."

„Seltsam — sogar für ihn (einen jungen, in Reichtum aufgewachsenen, gebildeten Mann, dem das Geld zur Neige geht), sehr seltsam, dass er finden musste, wie rasch und doch fast unmerklich man das Zartgefühl und die Selbstachtung verliert. — Und doch

Digitized by Google

stand es nur fünf Wochen an, bis er die unterste Sprosse dieser langen Leiter erreicht hatte! O Moralisten, die Ihr Abhandlungen schreibt über das Glück und die Selbstachtung, die jeder Lebenssphäre eingepflanzt sind, und jedes Sandkorn auf Gottes Landstrasse beleuchtet, das Ihr so wenig unter den Rädern Eurer Karossen fühlt, obschon es auf die nackte Sohle des Armen rauh genug wirkt — bedenkt doch, wenn ihr einen ehedem im Wohlstande lebenden Menschen so schnell herunterkommen seht, dass es viele Tausende gibt, die unter der Last der Tagesmühen fast erliegen und nie von jener hochgepriesenen Selbstachtung etwas wussten! Ihr, die ihr euch so wohlgefällig auf den heiligen Barden beruft, der in seinen Psalmen sagt, er sei jung gewesen und alt geworden, habe aber nie gesehen, dass der Gerechte verlassen wurde, oder sein Samen um Brod bettelte — ihr, die ihr stets von einem ehrenhaften Stolze predigt — gehet hin in die Kohlenbergwerke, in die Fabriken, in die Eisenwerke, in die schmutzigen Tiefen der tiefsten Unwissenheit, in die äussersten Abgründe menschlicher Vernachlässigung, und sagt mir, ob ein hoffnungsvolles Pflänzlein aufkommen kann in einer Luft, die so verderbt ist, dass der Seele helle Fackel ebenso schnell wieder erlöschen muss, als sie angezündet wurde! O ihr Pharisäer mit neunzehnhundertjährigem christlichen Wissen, die ihr euch mit so vollem Munde auf die menschliche Natur beruft, sorgt zuerst dafür, dass sie menschlich werde! Seht euch vor — sie könnte sich, während ihr Generationen durchschlafen habt, in die Natur reissender Tiere umgewandelt haben" (Dickens, Martin Chuzzlewit, I. Bd., Kap. 13). Wer weiss, ob in sämtlichen Publikationen des Vereins für Socialpolitik so viel echte Weisheit enthalten ist, als in diesen wenigen Worten des grossen englischen Dichters?! Der moralische und oft auch physische Verderb ist in den allermeisten Fällen nicht die Ursache, sondern die Folge der Vagabundage, d. h. des erzwungenen Umherziehens zur Aufsuchung einer Arbeitsgelegenheit.

Und wer ist denn dieses „Ganze", welches das Recht haben soll, jährlich eine Unzahl von jungen Leuten zu seinem Wohle moralisch und physisch zu „verbrauchen"? Gehören die jungen Leute nicht auch dazu? Verbrauchen heisst hier einfach loswerden, und wie man Menschen los wird, scheint von diesem konservativen Standpunkt aus ganz gleichgiltig zu sein. In Deutschland und den meisten anderen Ländern werden sie grösstenteils vom Landvolk „unterhalten", in England sind sie in den Armenvierteln der grossen Städte zu-

Digitized by Google

sammengedrängt, wo sie sich sogar fortpflanzen und durch „Laster, Hunger und Elend“, Dinge, die der Verfasser „Massregeln“ nennt, zu Grunde gehen (S. 141). Welche Harmonie!

Und zweitens! Wenn es in der Arbeiterklasse gar keine geringwertigeren Individuen gäbe, wenn alle gleich wären: wären dann — alles Uebrige als gleichbleibend vorausgesetzt — keine Vagabunden vorhanden? Der Verfasser selbst bejaht diese Frage (S. 216). Das Individuum kann daher wohl nicht für seine Lage verantwortlich gemacht werden. Nicht seine persönliche Qualität hat den Einzelnen zum Vagabunden gemacht, sondern die Lebensordnung der Gesellschaft. Der einzelne Arbeiter kann doch nichts dafür, dass es eine Arbeiterklasse gibt! und ein Teil dieser muss ja immer ins Vagabundenheer einrücken, wie der Verfasser selbst sagt. Wo ist da eine Schuld, bei der sich der tugendhafte Betrachter beruhigen könnte?!

Gegen diese Anschauungsweise hat sogar der Neo-Malthusianismus einen grossen Vorzug: er nennt wenigstens das Elend nicht Harmonie und sucht es zu beseitigen. Ist es aber nicht zu beseitigen, nun so seien wir Pessimisten, nicht Harmonisten, und sprechen wir dann nicht, wie der Verfasser, von der Grösse und Herrlichkeit eines modernen Staates!

IX.

„Fortwährend tritt der Ueberschuss der ersten Bevölkerungsstufe in die zweite über. Fortwährend werden hier die minderwertigen Elemente ausgeschieden und in die dritte Bevölkerungsstufe hinübergedrängt. Die Schnelligkeit des Bevölkerungsstromes bestimmt für den Mittelstand die Höhe des geistigen Niveaus (d. h. also auch seines Einkommens, das = Geistesertrag ist) und damit für das ganze Volk die Höhe der Kultur. Die allgemeine Konkurrenz gestattet dem Mittelstande, seine geistige Ueberlegenheit gegen die beiden anderen Bevölkerungsstufen zu wenden, durch die Ausbeutung des Arbeiterstandes sein Einkommen zu vermehren, durch die Verdrängung des Bauernstandes aus dem Besitze es sicher zu stellen. Die Vernichtung der Bauern bewirkt die Beschleunigung des Bevölkerungsstromes. Die Kultur erreicht ihre höchste Blüte, aber sie gleicht den Todesrosen auf den Wangen des Schwindsüchtigen. Sobald die ländliche Bevölkerung aufgezehrt ist, muss im Mittelstande ein rasches Sinken des geistigen Niveaus und damit der allgemeine Verfall ein-

Digitized by Google

treten“ (S. 322 u. f.)*). In diesen wenigen Sätzen ist der soziologische Hauptinhalt des ganzen Buches so klar als möglich zusammengefasst, so dass der Leser die etwa fehlenden Zwischenglieder fast für sich ergänzen kann. Die Geldwirtschaft mit hochentwickelter Produktivität der Arbeit (Grossbetrieb) und freier Konkurrenz führt jedes Volk notwendig zum Ruin. Der Verfasser sucht seine Sätze auf statistischem und historischem Wege zu beweisen. Wir können ihm hier nicht ins Detail folgen, sondern müssen uns mit einigen Bemerkungen begnügen.

Alle frische Kraft kommt vom Lande! Die Stadt verzehrt sie rasch und ist daher auf beständige Zufuhr angewiesen. Die statistischen Beweise für diesen Satz (S. 15 ff., S. 145 ff. und S. 174 ff.) scheinen mir nicht gelungen, weil das Material mit seiner oberflächlichen und irreführenden Unterscheidung zwischen im Orte Geborenen und auswärts Geborenen u. s. w. nicht ausreicht. Aber es steht doch statistisch fest, dass die Städte regelmässig nur einen geringen Geburtenüberschuss aufweisen, dass also ihr Wachstum nur durch Zufluss von aussen möglich ist, bezw. erfolgt. Der Schreiber dieser Zeilen hat selbst vor Jahren in Bezug auf Oesterreich eine statistische Untersuchung dieser Art angestellt (s. Wiener „Statistische Monatschrift“ 1881, S. 337 ff.) und gefunden, dass die Ehefrequenz in den Städten vielleicht, die Geburtsfrequenz offenbar, aber nicht sehr beträchtlich geringer ist als auf dem Lande, dass aber der grosse entscheidende Unterschied in der Mortalität liegt, in Bezug auf welche die Städte das Land weit überragen. Ist diese Thatsache allgemein, so muss man daraus schliessen, dass das menschliche Leben in den Städten viel grösseren Gefahren ausgesetzt ist, als auf dem Lande, und dies bei verminderter Fähigkeit zu seiner Wiedererzeugung**), wobei selbstverständlich nicht an die bloss physische Zeugungsfähigkeit gedacht werden darf. Untersucht man die Todesursachen, so zeigt sich ein enormes Uebergewicht der Städte bei der Tuberkulose. Mehr als ein Fünftel der Städter in Oesterreich stirbt

*) Hier hat der Leser zugleich eine grössere Stilprobe, die um so mehr beweist, als die Stelle keineswegs zu diesem Zwecke ausgesucht oder im Buche selbst hervorragend ist. Der Stil zeigt den Typus eines kräftigen, klaren Denkers, eines ganzen Mannes, den wir viel häufiger in den Reihen der entschiedenen Konservativen als der waschlappigen Liberalen antreffen.

**) Eine hier nicht weiter zu erörternde, vom Verfasser nicht erwähnte Ausnahme machen allem Anscheine nach die Juden.

Digitized by Google

an dieser Krankheit und fast nur halb soviel von der Landbevölkerung, wobei unter „Städten“ noch dazu bloss die erheblicheren, welche ein eigenes Statut besitzen, im Ganzen 32 verstanden sind, so dass also unter den „Landbewohnern“ eine nicht unerhebliche Menge Städter mit inbegriffen werden. Im Gegensatz dazu sterben erheblich mehr Landbewohner an Altersschwäche, was um so auffallender ist, da alte Leute sicher viel öfter vom Lande in die Stadt ziehen, als umgekehrt.

Die Tuberkulose ist aber zumeist die Krankheit der von Haus aus Schwachen und Elenden, sodann der Lüderlichen, Ausschweifenden, endlich der Armen, schlecht Genährten, Ueberarbeiteten. Die deutschen Socialisten nennen sie ganz offiziell die „Proletarierkrankheit“, ein schlechtes Omen für die nächsten Aussichten des Socialstaats.

Wenn das Alles allgemein richtig ist, so würde es beweisen, dass die Menschen in den Städten häufiger entarten, entweder bloss physisch oder auch moralisch und wirtschaftlich. Dies alles lässt sich wohl nicht strikte beweisen, ist aber mindestens wahrscheinlich. Das Leben des Bauern ist dem des wildlebenden Tieres ähnlicher und wildlebende Tiere entarten nicht, einzelne, etwa misslungene Exemplare sterben früh weg und pflanzen sich nicht fort. Ganz so gut steht es mit den Bauern allerdings nicht, aber man kann sie doch noch immer mit einigem Recht als Naturmenschen bezeichnen, die Städter aber als Kunstmenschen. Die Beschäftigung und Lebensweise der Letzteren ist fast ausnahmslos wesentlich ungesunder, „unnatürlicher“, als die der Bauern. Man sieht häufig, wie rasch und günstig junge Städter sich körperlich entwickeln, wenn sie nur eine kurze Zeit etwas naturgemässer, nämlich mehr in freier Luft leben, wie z. B. im Einjährigendienst, trotzdem das Militärwesen in seiner heutigen Gestalt (die Schweiz etwa ausgenommen) gewiss nicht allgemein menschlich fördernd wirkt. Ebenso, wenn der junge Städter sich dem landwirtschaftlichen oder einem ähnlichen Berufe widmet. Dies ist natürlich nicht so zu verstehen, dass alle Städter Schwächlinge seien oder dass jede städtische Familie in kurzer Zeit aussterben müsse. Einzelne Familien können sich in einzelnen Zweigen durch Jahrhunderte gesund und leidlich kräftig erhalten, dass es aber von der städtischen Bevölkerung im Ganzen gilt, zeigt doch die Statistik deutlich genug.

Auch was der Verfasser über die Erziehung sagt, die sich auf dem Lande viel günstiger gestaltet (S. 161 ff.), ist gut und wahr.

Digitized by Google

Was für ein armer Teufel ist doch eigentlich so ein Junge, der mit 10—12 Jahren in eine Mittelschule tritt, um 6 bis 8 Jahre lang täglich 5 bis 6 und mehr Stunden in der Schulstube und dann noch eine ungemessene Zeit zu Hause sich auf eine Weise zu beschäftigen, dass die Entwicklung seines Wesens viel mehr gehemmt als gefördert wird, während er eine Unmasse von Glück und Behagen für immer einbüsst. Es gibt kaum einen frischen Gymnasiasten, der nicht gar manchmal lieber ein „Wilder" sein möchte.

Und was für einen wahren menschlichen Wert hat so eine arme, geknickte Pflanze, wenn sie „reif" geworden? Genug davon.*)

Aber wenn in der Stadt, bezw. in rein städtischer Beschäftigung die Menschen verkümmern, was folgt daraus? dass man nur immer für frische Menschen-Zufuhr sorgen müsse? Das ist die Antwort des Verfassers, der da in seiner konservativen Weise meint: Städte sind, also müssen sie sein! Moloch ist hungrig, also muss Moloch Futter haben. Nein! Wir schliessen, dass unsere Kultur sich auf dem Holzweg befindet, weil die Städte fortwährend auf Kosten des Landes wachsen. Soll also ein wirklicher Fortschritt stattfinden, so muss unsere gesellschaftliche, bezw. wirtschaftliche Entwicklung in eine Bahn einlenken, welche mit der Auflösung der Städte endet und die Menschen wieder in die richtige, zu ihrem Glück und ihrer Gesundheit notwendige Berührung mit der Natur bringt — aber nicht als isolierte, abergläubische, gedankenlos hinvegetierende Bauern, sondern als voll entwickelte Kulturwesen — auf Grundlage höchster Produktivität ihrer Arbeit.

Ob wir diese Bahn wirklich einschlagen, kann niemand bestimmt wissen, sicher aber ist, dass unser jetziger Weg nicht mehr weit führen kann, er mündet in einen Abgrund. Das Wachstum der Städte

---

*) Dass der städtischen Jugend die eigene Anschauung, das selbständige Urteil vielfachst durch eine unnatürliche Lebens- und Erziehungsweise genommen wird, ist sicher. Aber was der Verfasser beispielsweise als Beleg anführt, beweist nur, dass man ihm scharf auf die Finger sehen muss. — Einem neuen Lehrer gegenüber beklagten sich Gymnasiasten, dass er ihnen zu leichte Themata für den deutschen Aufsatz gebe. Er versprach ihnen schwerere, verlangte aber zuerst den Beweis, dass sie ein leichtes zu behandeln verstünden und gab ihnen ½ Stunde Zeit zur Beschreibung eines Wagenrades. Keiner brachte etwas zu Stande. — Der betreffende Lehrer und der Verfasser setzen hier voraus: das Einfachste ist am leichtesten zu beschreiben. Ich glaube dagegen, dass man leichter etwas über die Stadt Berlin schreiben kann, als über einen Kieselstein oder ein Holzscheit. Und wie würde wohl ein Bauernjunge das Wagenrad beschrieben haben?

Digitized by Google

lässt sich sehr wohl vergleichen mit der Zunahme der öffentlichen Schulden und der Armeeausgaben. Wir wissen, dass beide nicht ewig fortwachsen können, und zugleich, dass sie bei den herrschenden politischen Systemen fortwachsen müssen. Daraus ist zu schliessen, dass entweder diese Systeme oder diese Staaten zu Grunde gehen müssen; aber man prophezeit nur, wenn man heute das Eine oder das Andere behauptet.

Den schliesslichen Ruin bei der Fortdauer unserer gesellschaftlichen Einrichtungen sieht auch Hansen als notwendig an. Er meint aber, der Staat, besonders das kräftige Königtum, wie es in Preussen existiert, könne ihn aufhalten durch einige kleine Massregeln, die er vorschlägt. Er will hauptsächlich den adeligen und den bäuerlichen Grundbesitzerstand erhalten durch ein besonderes Erbrecht, agrarische Zölle, Beschränkung der Hypothekarverschuldung u. s. w., lauter längst von allen möglichen Seiten vorgeschlagene „Reformen", die vermutlich den Bauer ebenso wenig retten würden, wie die Innungen das Handwerk.

Der Verfasser bringt sodann eine Reihe von sehr interessanten und geistvollen wirtschaftsgeschichtlichen Darstellungen mit der Absicht zu beweisen, dass der Zufluss vom Lande die Blüte der Städte verursacht und dass sie versiechen, sobald dieser aufhört. Ich werde mich auf diesen Teil vielleicht ein andermal genauer einlassen und erlaube mir hier nur noch ein paar kurze Bemerkungen zu bringen.

Vor Allem scheint es mir, den bezüglichen Ausführungen des Verfassers gegenüber, wichtig, hervorzuheben, dass der Zufluss vom Lande für sich allein durchaus keine Stadt zur Blüte bringen kann, dass er viel mehr Folge als Ursache des Aufblühens der Städte ist. Nach Hansen gewinnt es den Anschein, als ob die Städte immer blühen müssten, sobald sich in denselben nur die nötige Anzahl tüchtiger Menschen findet. Nach meiner Ansicht finden sich die tüchtigen Leute in genügend bevölkerten Ländern alsbald, wenn irgendwo Gelegenheit zu reichem Erwerb oder zur Auszeichnung geboten ist. Diese Gelegenheit aber, die eigentliche Grundlage für das Emporblühen einer Stadt, geht nicht von irgend welchen besonders tüchtigen Individuen aus, sondern liegt wesentlich in Verhältnissen und Veränderungen, die von den Stadtbewohnern gar nicht geschaffen werden konnten, ich nenne z. B. die Kreuzzüge im 12., die Entdeckungen im 15. Jahrhundert. Die Landbewohner ziehen ja nicht in die Stadt, um sie, sondern um sich selbst emporzubringen, und dass viele in die

Digitized by Google

Stadt ziehen, ist lediglich ein Beweis, dass die Stadt zum Emporkommen Gelegenheit gibt oder zu geben scheint.

Die rasche und sehr starke Zunahme des bürgerlichen Reichtums in einem Lande durch Handel und Industrie beruht aber stets wesentlich auf Monopolen, welche die Ausbeutung anderer Völker gestatten. Diese können sehr wohl bei einem solchen Verkehr ebenfalls gewinnen; die Ausbeutung besteht dennoch und zwar in dem Sinne, dass die Monopolisten nach wirtschaftlicher Messung viel mehr bekommen, als sie geben, für wenig inländische Arbeit viel ausländische eintauschen. Der Verkehr selbst aber, der diesen ausserordentlichen Reichtum schafft, muss endlich notwendig die Monopole beseitigen und damit die „Handelsblüte". Denn die Völker lernen endlich doch etwas von einander.

Dazu kommt noch etwas Anderes, was der Verfasser wenigstens nicht genügend würdigt. Der bürgerliche Reichtum selbst, die Möglichkeit, ohne irgend eine Anstrengung über alle äusseren Güter des Lebens zu verfügen, ist im allgemeinen der menschlichen Natur in jeder Beziehung verderblich.

Auch der Adel verkam, als er nicht mehr kämpfen und sorgen musste. Der wirtschaftliche Mittelstand hat aber von vornherein keinen anderen Lebenszweck als den Erwerb. Ist dieser schon in genügender Weise gemacht, so bleibt nichts mehr zu thun übrig, als ihn zu geniessen. Und Genuss ohne Arbeit ist Verderb. „Was willst Du weiter? Geld hast Du ja!" Stellt Euch einmal ein Volk von lauter Kapitalisten vor, es könnte nichts Jämmerlicheres geben.

Sichere Existenz für den, der noch nicht oder nicht mehr arbeiten kann, ist ein Ideal. Aber sichere und mit allen materiellen Genüssen geschmückte Existenz für den Faulenzer, den Taugenichts, ist vom Uebel und eine Wirtschafts- und Gesellschaftsform, die zu solchen Existenzen führt, sicher kein Ideal. Die Entwicklung, wenn sie vorwärts gehen soll, muss über sie hinausdrängen, d. h. die Geldwirtschaft, der bürgerliche Reichtum, kann dann nicht das letzte Wort der Geschichte sein.

Unser Autor aber stellt sich als einzig dauerhafte und haltbare Staats- und Gesellschaftsform etwa folgende vor:

An der Spitze ein Königtum à la Hohenzollern mit einem Minister à la Bismarck und einer Armee à la Prussienne — die Offiziere vom Adel — einen ausserhalb der Konkurrenz stehenden, daher unzerstörbaren, grundbesitzenden Adel und erträglich wohlhabenden

Digitized by Google

Bauernstand, einen dem wildesten Konkurrenzkampf preisgegebenen und darum beständig deklassierten oder aussterbenden und durch Zuzug vom Lande wieder ersetzten Mittelstand und endlich eine, schon der Militärzwecke halber ein wenig geschützte, aber doch eigentlich in armseliger, gedrückter Lage befindliche Arbeiterklasse mit ihrem Anhängsel, dem Vagabundentum — und so für ewig!

Darum nennen wir ihn einen Theoretiker des Konservativismus. Einheitlichkeit und innere Konsequenz lässt sich dieser aristokratischen Weltanschauung nicht absprechen. Wen sie nicht befriedigt oder wer nichts für ewig hält — der muss sie bekämpfen.

Digitized by Google

Digitized by Google

Aus dem Lager der „Jungen“

in der

socialdemokratischen Partei Deutschlands.

(1892.)

Bei J. Schabelitz in Zürich ist soeben (September 1892) unter dem Titel „Der Klassenkampf in der deutschen Socialdemokratie“ eine sehr interessante Broschüre erschienen, deren Verfasser, Hans Müller, während der letzten zwei Jahre im Streit der „Jungen“ mit der gebietenden Reichstagsfraktion eine nicht unbedeutende Rolle spielte und daher in den Zeitungen aller Parteien öfter genannt wurde. Müller sucht nun in einer ziemlich ruhigen, gründlichen und objektiv gehaltenen Darlegung den Beweis zu erbringen, dass die socialdemokratische Partei Deutschlands im Laufe der letzten zehn Jahre allmälich ihren ursprünglichen, proletarischen und revolutionären Charakter verloren habe und eine ziemlich unbedeutende und harmlose kleinbürgerliche Reformpartei geworden sei. Wir wollen seinen Gedankengang bis zu diesem Ziele verfolgen und uns dabei möglichst wörtlich an die Hauptstellen halten, damit man uns nicht mit dem Vorwurf des Missverständnisses heimsuche, der von den Socialdemokraten regelmässig jedem Nicht-Genossen, welcher sich mit ihren Ideen beschäftigt, entgegengeschleudert wird. Uebrigens gehört Herr Müller offenbar nicht zu jenen bornierten Pfaffen des Marxismus, die Jeden mit ihrem Hasse belegen, der von den orthodoxen Formeln des Meisters auch nur im Ausdruck abweicht.

Digitized by Google

Wer bloss auf die Programme einer Partei sieht, der müsste bei den Socialdemokraten einen steigenden Radikalismus konstatieren, denn das Erfurter Programm ist bedeutend radikaler als das Gothaer. Aber Programme beweisen nichts für Charakter und Wesen einer Partei, sie sind nur der Ausdruck der Anschauungen jener wenigen Personen, die sie gemacht haben.

In der grossen Masse leben diese Anschauungen nicht, sondern sollen in ihnen erst zum Leben erweckt werden. Allerdings ist das neue Parteiprogramm in Erfurt von den Delegierten einstimmig angenommen worden, aber dazu bestimmte dieselben nur die Autorität seiner Urheber. Für das Wesen der Partei selbst, für ihr Auftreten im politischen Leben ist aber gleichgiltig, ob ihre Gelehrten radikal oder reaktionär sind. Eher als die socialdemokratischen gestatten noch die Programme der bürgerlichen Parteien einen Rückschluss auf ihre Beschaffenheit, weil diese meist nur Forderungen, nicht Doktrinen enthalten. Aber — man betrachte einmal z. B. das Programm der Centrumspartei! Wie demokratisch! Wie arbeiterfreundlich! Und doch ist diese Partei entschieden reaktionär und kapitalistisch. Die Programme der politischen Parteien sind im Allgemeinen, was die Etiquetten der Flaschen für die Weinhändler: sie sagen nicht, was in der Flasche ist, sondern nur, was darin sein soll.

Für die Beurteilung einer Partei entscheidend sind nur ihre Thaten und die Art ihres Vorgehens, ihre Taktik. Diese aber werden bestimmt durch die socialen Elemente, aus denen die Partei zusammengesetzt ist.

Also kann nur eine Partei, die aus Arbeitern besteht, proletarisch und revolutionär-socialistisch sein. In der Wirklichkeit bilden die Parteien keine homogene Masse, sie bestehen aus verschiedenen socialen Elementen. Ihr Charakter hängt dann nicht einfach von dem Zahlenverhältnis dieser Elemente, sondern davon ab, welchen Einfluss jedes derselben auszuüben vermag. Kleinbürger z. B. im Lager socialistischer Arbeiterparteien werden meist einen bedeutend grösseren politischen Einfluss ausüben, als Lohnarbeiter, weil sie mehr freie Zeit haben, sich durch Lektüre u. s. w. besser über alle Fragen unterrichten können und schon mit besserer Bildung eintreten. Während kleinbürgerliche Elemente in einer grossbürgerlichen Partei bedeutungslos bleiben, werden sie in einer proletarischen sehr leicht zu einem höchst einflussreichen Faktor. Aber die Führer? Ist es nicht genug, wenn diese radikalen Anschauungen huldigen? Die Führer

Digitized by Google

unterliegen notwendig dem Einfluss der mächtigeren Parteielemente, werden von diesen dahin gestossen, wo diese sie haben wollen, ändern, ohne sich dessen klar bewusst zu werden, ihre Taktik, werden also dupiert und lassen sich über den eigentlichen Charakter der von ihnen geführten Partei täuschen, wie das in der Geschichte schon oft vorgekommen.

Und so erging es auch den Führern der deutschen Socialdemokratie. Sie glauben, an der Spitze einer rein proletarischen Partei zu sein, agitieren aber in Wahrheit nur noch für eine halbproletarische Bewegung, die Gefahr läuft, in eine völlig kleinbürgerliche zu versumpfen. Bis zum Erlass des Socialistengesetzes waren fast nur Arbeiter in der Partei, sehr wenige Kleinmeister, gar keine Bauern und Kleingewerbetreibende. Heute sind die Mehrzahl der „Arbeiterkandidaten" bei Reichstags-, Landtags- und Gemeindewahlen Krämer, Gastwirte, kleine Handel- und Gewerbetreibende. Im Reichstag kann ohnedies ein Lohnarbeiter nicht sitzen, das ist wirtschaftlich unmöglich. Aber immerhin muss man als charakteristische Thatsache konstatieren, dass sich in der ganzen Reichstagsfraktion kein Proletarier befindet. Doch diese verschwinden auch immer mehr aus den Parteitagen, und die lokalen Parteiführer sind in der Hauptsache gleichfalls Kleinbürger, mit Ausnahme der grösseren Industriecentren mit starken Gewerkschaften.

Das kommt erstens von der grossen Gebundenheit der Lohnarbeiter, die ihnen eine öffentliche politische Wirksamkeit erschwert oder unmöglich macht, und zweitens von dem Socialistengesetz, welches die Uebertragung der lokalen Führerschaft an ökonomisch selbständige Genossen erforderte, so dass die Partei sogar selbst Kleinbürger aus Arbeitern züchten musste, da nur eine kleinbürgerliche Existenz die Möglichkeit einer öffentlichen politischen Agitation gewährte. Die Mehrzahl der heutigen Reichstagsabgeordneten, die einst Arbeiter gewesen, verwandelten sich unter dem Socialistengesetz in Kleinbürger.

Nun aber gestand Bebel selbt in Erfurt zu, dass in dem Augenblick, wo ein Mann, der in der Partei eine hervorragende Rolle spielt, die beständige Fühlung mit der Masse verliert, weil er in eine andere sociale Position gelangt, die Gefahr vorhanden sei, dass er auf Abwege gerate und das Gefühl der Zusammengehörigkeit und des Zusammenhanges mit der Partei verliere. — Und so ist es mit vielen der kleinen, lokalen Führer wirklich geschehen. Sie betreiben

Digitized by Google

Geschäfte, sie sind auf die Kundschaft des kleinen Mittelstandes angewiesen, sie mussten daher ihre revolutionären Ueberzeugungen etwas bemänteln, ihre Partei in einem harmlosen Lichte erscheinen lassen und so zu einer Verschleierung und Milderung proletarischer Grundsätze gelangen. Hinter Häringstonnen lässt sich eine sozialrevolutionäre Stimmung nicht produzieren. Sie nähern sich also mit ihren Anschauungen den Kleinbürgern, wünschen Ruhe und Sicherheit, denken an Frau und Kinder u. s. w.

So hat das Socialistengesetz eine Art Korruption in die Partei gebracht. Diese korrumpierten kleinbürgerlichen Führer verbreiteten nun in Folge ihrer dominierenden Stellung ihre „gemässigten" Anschauungen auch unter die Genossen, besonders die jüngeren, die von prinzipiellen Standpunkten wenig mehr hörten und die Bewegung nur praktisch kennen lernten, aus ihrem Verhalten in den Wahlen und zu den Tagesfragen. Die Wahlagitation aber wurde vielfach so betrieben, dass keine Spur von revolutionärer Propaganda dabei vorkam. Die kleinbürgerlichen Führer nahmen auf ihre neuen Klassengenossen Rücksicht, mit deren Hilfe sie in den Reichstag gelangen konnten, und so traten sie harmlos und gemässigt als Vertreter der Interessen aller kleinen Leute auf, was ihnen einen grossen Zulauf sicherte. Dies wird durch frappante Beispiele belegt.

So traten allmälig viele Kleinbürger der Partei bei und drückten den revolutionären Geist völlig zu Boden. Besonders war dies der Fall bei den Wahlen von 1890. Das war keine Agitation mehr, sondern schamlos betriebener Gimpelfang! Viele Tausende von Stimmen erhielten die socialdemokratischen Kandidaten nur, weil in den Wahlreden gesagt wurde, die Socialdemokraten wollten auch nur, was der junge Kaiser in seinen Februarerlässen gewünscht habe. Man betheuerte seine Hochachtung vor dem Monarchen und geberdete sich als Regierungspartei u. s. w. Unzählige Leute, die für die Socialdemokraten stimmten, hatten nicht die blasseste Idee von deren Endzielen, aber es war gelungen, grosse Massen des Kleinbürger- und Bauerntums in die Partei hereinzuziehen, Leute, die gar nichts Revolutionäres in sich haben, sondern sich nur innerhalb unserer Wirtschaftsordnung eine bessere Position verschaffen wollen. Die Abgeordneten wurden also nicht auf Grund des Gothaer- oder Erfurter-Programms gewählt, sondern auf Grund der kleinbürgerlichen Wahlprogramme, daher haben sie auch kein Recht, sich als Socialrevolutionäre zu geberden, sondern sind Socialreformer und vertreten

Digitized by Google

Socialreformer. Daher kommt auch ihre unsichere, widerspruchsvolle Haltung. Bebel sagt 1889 in Paris (auf dem internationalen Arbeiterkongress): Die früher herrschende Vorstellung, dass die Umgestaltung der Gesellschaft unmittelbar bevorstehe, sei aufgegeben. Die bürgerliche Gesellschaft habe noch Widerstandskraft genug, um sich eine Zeit lang aufrecht zu halten, und die Kräfte der Arbeiterklasse seien noch zu gering, um die Neugestaltung herbeizuführen. Er legt daher vorerst auf die praktischen Fragen, die Fragen nach dem, was sogleich geschehen soll, das meiste Gewicht. — In diesem Sinne spricht er auch in Halle (1890). Man müsse praktisch thätig sein und die Leute nicht nur auf die Zukunft des socialistischen Staates verweisen, von dem man nicht wisse, wann er kommen werde. — In Brüssel, in Erfurt, in einem Artikel der „Neuen Zeit" hingegen erklärt er, dass die Umgestaltung nahe bevorstehe, dass die Vernichtung der bürgerlichen Gesellschaft die Hauptaufgabe der Socialdemokratie und dass die „praktischen Fragen" von sehr untergeordneter Bedeutung seien.

Das sind zwei Standpunkte, beide klar und bestimmt, aber entgegengesetzt, wie Socialreform und Socialrevolution. Woher dieser Zwiespalt der Gedanken oder vielmehr dies Bestreben, das Entgegengesetzte zu vereinigen? Weil neun Zehnteile der die Partei bildenden socialen Elemente eben nur für die Reform und nur ein Zehntel für die prinzipielle Propaganda zu haben sind.

Soweit folgten wir den Ausführungen des Verfassers und zwar möglichst wortgetreu die Hauptgedanken desselben wiedergebend. Auch der Rest dieser durch klare Logik und anständige Haltung ausgezeichneten Schrift ist sehr lesenswert und wir können sie mit gutem Gewissen zur Lektüre empfehlen.

Aber, wenn es richtig ist — und wir sind überzeugt davon — dass die socialdemokratische Partei in Deutschland, dass insbesondere die Unmasse der socialdemokratischen Wähler nur zu einem, vielleicht sogar geringen Teil aus wirklichen Socialdemokraten besteht, und wenn andererseits die Kleinbürger, welche die Partei im Sinne des Verfassers korrumpieren, in erster Linie deshalb in der Partei fast oder ganz notwendig sind, weil der eigentliche Arbeiter durch seine Lage so gebunden ist, dass ihm eine politische Wirksamkeit in der Oeffentlichkeit sehr schwer, oft ganz unmöglich ist, indem er dabei — wie Herr Müller sagt — seine ganze Existenz auf's Spiel setzt — so ist die Bedeutung der deutschen Socialdemokratie als einer

Digitized by Google

revolutionären Partei auf ein sehr geringes Mass reduziert. Wirft man alle kleinbürgerlichen oder sonst nicht waschechten Mitglieder aus der Partei hinaus — wie Herr Müller, der dann auch hinausfliegen müsste, verlangt — dann mag der proletarische Rest allenfalls vom Parlament, in das er doch nur mehr ein halbes Dutzend Abgeordnete zu schicken vermöchte, grollend fern bleiben und von gar nichts „Praktischem" mehr, sondern nur immerfort von der Revolution reden: es wird sich Niemand vor ihm fürchten. „Welchen Zweck hat es," sagt der französische Socialist G. Deville („Neue Zeit" 1890—91, Heft 15), besonderen Nachdruck auf die Krisis (den Untergang unserer Gesellschaftsordnung) zu legen — da diese Krisis doch von jedem Wollen der Einzelnen unabhängig ist? — Man lasse also diese (revolutionären) Phantasien bei Seite, die nur Spekulationen ins Blaue hinein sind, und beschäftige sich praktisch in Worten und Thaten mit den nächstliegenden, ja sogar mit den augenblicklichen Interessen der Masse, deren Befriedigung möglich ist. Auf alle Fälle muss man sich vor revolutionären Provokationen und Aufreizungen jeder Art hüten, die zu nichts Gutem führen können, und muss die socialistische Propaganda auf friedlichem und gesetzmässigem Boden betreiben."

„Alle Unruhen," sagte schon Louis Blanc (Gesch. der 10 Jahre), „die nicht zu einer Revolution führen, fallen zu Gunsten der Gewalt aus, die ihnen den Kopf zertritt."

Wir sind nun wohl überzeugt, dass Herr Müller viel zu einsichtsvoll ist, um den Arbeitern einen baldigst zu eröffnenden Strassenkampf anzuraten. Aber man kann doch den Leuten nicht viele Jahre lang täglich von nichts als der Revolution sprechen und sie doch nicht versuchen. Wir erinnern uns sehr wohl der Zeit, wo in dem in Zürich erschienenen „Socialdemokrat" in jeder Nummer von der Revolution die Rede war, als sollte es morgen losgehen, wo einzelnen Personen, Bütteln, Gendarmen, Staatsanwälten, Spiessbürgern mit der furchtbarsten Rache gedroht wurde, wenn es einmal losginge: aber das sind doch nur Bubenstreiche, die eine Partei oder ihr Blatt in den Augen aller Verständigen lächerlich machen müssen. Die Revolutionen kommen, wenn die Bedingungen und Kräfte dazu da sind, schon ganz von selbst, ohne dass man Jahre lang „principiell" davon schwätzt und wir glauben, dass gerade die Erfolglosigkeit dieses ewigen Geredes von einer Revolution, die nie kommen wollte, die Führer der deutschen Socialdemokratie zwang, sich ein wenig

Digitized by Google

am wirklichen Leben zu beteiligen und mit den vorhandenen Machtfaktoren zu rechnen.

Es sind schon 44 Jahre vergangen, seit Karl Marx und Friedrich Engels im „Manifest der kommunistischen Partei", einer Partei, die damals, genau genommen, wahrscheinlich nur aus den beiden genannten Herren bestand, die furchtbaren Worte aussprachen: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können, durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern! Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen!" Dies Manifest, noch im Jahre 1872 bei Gelegenheit seiner neuerlichen Drucklegung von seinen Urhebern durchgesehen und in allem Wesentlichen richtig befunden, ist zum Katechismus der deutschen Socialdemokraten strenger Observanz geworden.

Wenn aber irgend ein deutscher oder ausländischer Philister sich schon 1848 dasselbe ernstlich zu Herzen genommen und von da bis heute fortgezittert hätte, so hätte er doch etwas recht Ueberflüssiges gethan. Denn die Kommunisten sind noch immer nicht dazu gekommen, durch „revolutionären Terrorismus die mörderischen Todeswehen der alten Gesellschaft und die blutigen Geburtswehen der neuen socialistischen abzukürzen und zu koncentrieren," obwohl Marx diese schauerliche Prozedur bald nachher in der „Neuen Rheinischen Zeitung" als unmittelbar bevorstehend ankündigte. Aber vor sieben Jahren erklärte der gegenwärtig regierende Papst der deutschen Socialdemokratie, Fr. Engels, in seinem Vorwort zu Marx' „Enthüllungen über den Kommunistenprozess zu Köln": „Die kleinbürgerliche Demokratie (die übrigens schon im „Manifest" durch die Manufaktur total verdrängt und vernichtet worden war. Anmerkung des Berichterstatters.) ist auch jetzt noch diejenige Partei, welche bei der nächsten europäischen Erschütterung, die nun bald fällig wird (die Verfallzeit der europäischen Revolutionen 1815, 1830, 1848—52, 1870, währt in unserem Jahrhundert 15—18 Jahre) in Deutschland unbedingt zunächst ans Ruder kommen muss, als Retterin der Gesellschaft vor den kommunistischen Arbeitern."

Wenn man auch von der unbekannten Revolution von 1815 absieht und unter der „europäischen Revolution" von 1870 den Pariser Krawall von 1871 versteht, der wirklich auch gar nichts umgestal-

Digitized by Google

tete, und andererseits etwelche polnische, spanische und andere Revolutionen als nicht-„europäische“ ausser Acht lässt, so ist der Prophet, da wir bereits 1892 schreiben, doch wieder blamiert und der nach dem „Manifest“ im Jahre 1848 unmittelbar bevorstehende Sieg des Proletariats „unbedingt“ zu Gunsten der Kleinbürger noch etwas aufgeschoben. Aber nach Marx' „Kapital“ sollen ja die Kleinbürger erst von der grossen Bourgeoisie aufgefressen, resp. ins Proletariat geschleudert werden, bevor der grosse Abrechnungstag mit seiner „Expropriation der Expropriateurs“, also der Sieg des Proletariats, erscheint. Wenn nun nach Engels die Kleinbürger jetzt noch so zahlreich und mächtig sind, dass sie bei der nächsten Revolution (man denke sich die deutschen Kleinbürger als Revolutionäre und lache nicht!) „unbedingt ans Ruder kommen“, so kann offenbar das grosse Kapital noch hübsch lange fortfressen, bis die Zeiten erfüllt sind. Und das wissen die socialdemokratischen Führer recht gut.

Wir haben gehört, was Bebel in Paris und Halle sagte. Fleischmann erklärte am letzteren Orte, indem er gegen die Genossen auftrat, die es für notwendig hielten, ab und zu mit revolutionären Redensarten gross zu thun: Ein Blödsinn seien die utopistischen Aufschneidereien von dem grossen Tag, der einst kommen werde, um die Menschheit zu erlösen.

Und Karl Kautsky in der „Neuen Zeit“ (1890—91, Nr. 46, S. 634): Die bürgerlichen Socialpolitiker „vergessen, dass das Proletariat auf keinen Fall früher in den Besitz der Produktionsmittel gelangen kann, als bis es durch die stets dauernden Klassenkämpfe die nötige Intelligenz, das nötige administrative und theoretische Wissen und Können erworben hat. Erst dann, wenn die Socialdemokratie die nötigen materiellen und intellektuellen Kräfte erworben und an sich gezogen hat, die sie befähigen, die Staatsgewalt nicht bloss zu erobern, sondern auch dauernd zu behaupten, erst dann wird die Arbeiterklasse in den Besitz der Produktionsmittel gelangen.“

Gewiss ist das nicht sehr revolutionär gedacht und stimmt nicht ganz zu dem alten eisenfresserischen und blutdürstigen Marxismus von 1848. Daher fühlt sich auch Engels veranlasst, gelegentlich ein Verdammungsurteil gegen diese mildere Auffassung loszulassen, aber, wie wir sehen werden, ebenfalls ohne Konsequenz, denn auch er unterliegt manchmal ein wenig den Eindrücken der Wirklichkeit. Wir citieren aus seiner Schrift: „Zur Wohnungsfrage“ (Socialdemo-

Digitized by Google

kratische Bibliothek, XIII., S. 5/6) folgenden Passus: „Andererseits aber in der socialdemokratischen Partei selbst, bis in die Reichstagsfraktion hinein, findet ein gewisser kleinbürgerlicher Socialismus seine Vertretung. Und zwar in der Weise, dass man zwar die Grundanschauungen des modernen Socialismus und die Forderung der Umwandlung aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum als berechtigt anerkennt, aber ihre Verwirklichung nur in entfernter, praktisch unabsehbarer Zeit für möglich hält! Damit ist man dann für die Gegenwart auf blosses sociales Flickwerk angewiesen und kann je nach Umständen selbst mit den reaktionärsten Bestrebungen zur ‚sogenannten Hebung der arbeitenden Klasse' sympathisieren." Diese Stelle ist dem Vorwort der bezeichneten Schrift entnommen, und das Vorwort ist notabene vom Januar 1887 datiert.

Ganz dasselbe und kein Jota mehr behauptet die Opposition, die seit zwei Jahren gegen die kleinbürgerliche Taktik der Fraktion, gegen die „kleinbürgerliche Versimpelung" der Partei kämpft. Man möchte nun meinen, Engels müsste mit ganzer Seele auf Seite der „Jungen" sein. Das Gegenteil ist der Fall! Er bezeichnet deren Vorgehen im „Socialdemokrat" (1890, Nr. 37) höhnend als eine „Literaten- und Studentenrevolte" und verurteilt es strenge. Wie ist das möglich? Können vielleicht auch Päpste (wir entlehnen diese Bezeichnung Herrn Müller) sich selbst widersprechen? Fast scheint es so. Karl Marx sagt im „Kapital" (3. Auflage, I. Bd., S. 777): „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht." In der Vorrede zu der 1887 erschienenen englischen Uebersetzung desselben „Kapital" sagt hingegen Fr. Engels: Marx sei überzeugt gewesen, dass in England eine gesellschaftliche Umgestaltung auf friedlichem und gesetzlichem Wege möglich sei. — Wir müssen hiernach fast glauben, dass nicht nur Eduard Bernstein, sondern selbst Karl Marx — um einen Müller'schen Ausdruck zu gebrauchen — „nicht immer seiner Meinung" war.

Nach Engels' oben citiertem Ausdruck ist also Jeder, der nicht an die ziemlich nahe bevorstehende Revolution glaubt, auf blosses sociales Flickwerk angewiesen. Aber was nützt denn der Glaube an diese Revolution, wenn sie doch nicht kommen will, wenn die Kraft dazu nicht vorhanden ist? Selbst wenn alle deutschen Arbeiter echte Socialdemokraten wären, was würde das helfen, wenn

Digitized by Google

— wie es thatsächlich der Fall ist — in den übrigen Kulturländern der revolutionäre Socialismus eine ganz unbedeutende Rolle spielt?

Man denke nur an die Schweiz! Hier wäre die Umgestaltung formell so kindisch leicht, wenn wirklich das „Volk" sie wollte. Hier würde man sie in der That mit dem Stimmzettel machen oder wenigstens gesetzlich anordnen und die Revolution der Gegner abwarten können. Das Volk hat das Recht der Initiative und das Referendum — es könnte also gar nicht fehlen. Wer gegen die Majorität aufträte, wäre der Empörer. Statt dessen herrscht in der Schweiz in socialen Dingen eine ziemlich behagliche Ruhe, man arbeitet ein wenig in Reformen, aber das „Volk" ist im Ganzen äusserst konservativ und statt des Socialstaates hat man kaum ein paar wirkliche Socialdemokraten im Nationalrat.

Also muss man sich doch wohl auf Reformen werfen, wenn man sich nicht ausserhalb der wirklichen Welt stellen will. Selbst die radikalsten Führer werden in diese Richtung getrieben durch die Macht der Umstände, mögen sie auch gelegentlich revolutionär bramarbasieren. Die Reformidee hat der deutschen Socialdemokratie nicht geschadet, wohl aber der Umstand, dass sie dieselbe notgedrungen dem Marxistischen Dogma aufpflanzen musste, zu dem sie in innerlichem Widerspruch steht.

Alle Achtung vor den ökonomischen Forschungen von Marx, aber sein politisches System, wie es im „Manifest" erscheint, ist von A bis Z eine jugendlich unreife Aufschneiderei, die am eklatantesten in den pompösen, nie in Erfüllung gegangenen Prophezeiungen erscheint. So lange man den Glauben an gewisse Faustrechtssätze dieses Manifestes nicht los wird, wird man keine feste Grundlage für den realen Fortschritt der Arbeiterklasse gewinnen und sich immerfort in Widersprüchen bewegen, nicht ernsthaft an socialen Reformen (worunter ich jede Verbesserung verstehe, die nicht auf dem Wege der Gewalt eingeführt wird) arbeiten und der socialen Revolution doch keinen Schritt näher kommen. Wir glauben nicht, dass die Gewalt noch einmal das Mittel wird, eine neue Kulturperiode herbeizuführen. Bisher war aller Fortschritt immer von aristokratischer Natur, und die Gewalt war immer das aristokratische Element der Weltgeschichte. Sowie die Demokratie den Sieg erlangt, ist die Gewalt kein Mittel des Fortschritts mehr, sondern ein reaktionäres Element. Russlands Sieg über Europa, das wäre so ein Pröb-

Digitized by Google

chen, was die Gewalt heute leisten könnte. Aber auch der Staat kann im socialen Fortschritt nichts Wesentliches thun, selbst wenn er wollte. Wir verteidigen darum keineswegs die Parlamentsquacksalberei der socialdemokratischen Abgeordneten; sie hat der Arbeiterklasse bisher gar nichts genützt, ja ihr sogar, indem sie von wichtigeren Thätigkeiten abzog, geschadet. Die Verwandlung der revolutionären Socialdemokratie in eine kleinbürgerliche Reformpartei ist daher nicht an sich etwas Gutes, sondern nur als Durchgangsstadium zu einer grossen socialen Reformpartei, die direkt in der Gesellschaft und auf dieselbe wirkt, vorläufig und lange noch ohne Vermittlung des Staates. Denn von den Kleinbürgern ist kein wesentlicher Fortschritt zu erwarten, sie sind zwar noch massenhaft vorhanden, aber doch ein im Niedergang begriffener und daher reaktionärer Stand. Der Staat aber wird wohl auf eine höhere Entwicklungsstufe gelangen, wenn ihm die Gesellschaft vorangegangen, aber nicht umgekehrt. Man gebe heute den Führern der deutschen Socialdemokratie die Staatsgewalt in die Hände, sie werden nicht viel mehr ausrichten als Caprivi; sie können im wesentlichen nur gewisse, aus alten Zeiten und Auffassungen stammende Hindernisse einer gesellschaftlichen Neugestaltung etwas prompter beseitigen, als es sonst geschehen würde, aber diese Neugestaltung mit Hilfe der Staatsgewalt selbst vornehmen können sie nicht. Der Staat kann sie nur sanktionieren, nachdem sie sich vollzogen, und dann sich selbst, seine Gesetzgebung und Verwaltung, ihr angemessen umgestalten und so eine gewisse Vollendung herbeiführen, sozusagen die Appretur besorgen. Wäre also z. B. in der That die gesamte Produktion jeder Branche schon in den Händen einiger Aktiengesellschaften oder hundertfacher Millionäre, so könnte der Staat allerdings mit Hilfe der Demokratie diese Besitzer pensionieren oder davonjagen, aber eine kommunistische Gesellschaftsordnung wäre damit noch lange nicht erzielt, sondern nur eine Umwandlung von Privatarbeitern und -Beamten in Staatsdiener.

Wir haben uns nicht die Aufgabe gestellt, hier das Aktionsprogramm einer künftigen Arbeiterpartei oder das künftige Aktionsprogramm der Arbeiterpartei zu entwerfen, dürfen aber doch wohl uns gestatten, einen Gedanken zu skizzieren, der vielleicht andere Gedanken anregt, sei es zu seiner Bekämpfung oder Bestätigung. Wir meinen dies. Man hat seit 100 Jahren unendlich viel gesprochen und geschrieben von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, ohne dass dabei irgend etwas Wesentliches für das menschliche Glück

Digitized by Google

herauskam. Wir haben wohl in einigen Ländern ein grosses Mass von politischer Freiheit, und die übrigen werden dieselbe unzweifelhaft im Lauf der Zeit erringen — denn die Entwicklung gravatiert nach der demokratischen Seite hin. Wir haben auch so ziemlich in allen Kulturländern eine Art formeller Gleichheit, eine, mit mehr oder weniger auffälligen Widersprüchen im Detail, prinzipiell anerkannte Gleichheit Aller vor dem Gesetze und gegenüber der Staatsgewalt im Allgemeinen. Aber diese „Errungenschaften" sind doch nur Negierungen früherer positiver Einrichtungen und haben ihren Zweck und Wert nicht in sich, sondern in dem, was mittelst ihrer zu erreichen ist. Es ist aber durch sie für das Glück der grossen Masse bis jetzt rein gar nichts erreicht worden, man kann vielmehr sicher annehmen, dass in keiner Periode der Weltgeschichte eine absolut und relativ grössere Masse von Menschen durchschnittlich hungerte, fror, sich in ödester Arbeit abrackerte und von schwersten Sorgen um die Zukunft gequält wurde, als heute. Wir können daher wohl behaupten, dass unzählige moderne Staatsbürger für ein gesichertes, leidliches Auskommen gern ihre sämtlichen politischen Wahlrechte hingeben würden. Aber es ist keine Gefahr, dass sie in diese Versuchung geführt werden. Wir stehen im Zeitalter der Konkurrenz, des mörderischen Hungerkriegs von Mensch gegen Mensch und von der „Fraternité" ist trotz allem Geschwätz kaum eine Spur zu finden — ausgenommen in gewissen Schichten der organisierten Arbeiterschaft. Brüderlichkeit, Solidarität, Kommunismus, das sind drei verschiedene Namen für dasselbe Ding, oder es sind verschiedene Stadien in der Entwicklung desselben Dings. Wenn nun — und wir glauben und hoffen dies — das Zeitalter der Solidarität auf das Zeitalter des Kampfes folgen soll und wenn naturgemäss diejenige Klasse, die im Kampf am meisten verliert und durch Solidarität das Meiste gewinnt, die Vorkämpferin oder Vorbereiterin der Zukunft sein muss, nämlich die Arbeiterklasse, so folgt, wie uns scheint, von selbst, dass die Keime der Solidarität, die sich in ihr schon vorfinden, sich möglichst entfalten müssen, dass sie auf dem Weg der Brüderlichkeit allen übrigen Klassen weit voraneilen und den Kommunismus in ihrem Schosse so vollkommen als nur möglich entwickeln muss, bevor sie ein Recht hat oder bevor irgend eine begründete Hoffnung ist, dessen Anerkennung und organisatorische Vollendung vom Staate zu erlangen.

Der Kommunismus auf dem Gebiete der Produktion ist vorderhand der Arbeiterklasse unzugänglich, weil sie im Prozess der

Digitized by Google

Gütererzeugung nicht als Herrscherin, sondern nur als Dienerin fungiert.

Aber das Gebiet der Konsumtion ist ihr innerhalb der Grenzen ihrer ökonomischen Mittel vollkommen frei gegeben, hier kann sie in relativ kurzer Zeit, wenn auch nicht von heut auf morgen, ungeheure Erfolge erzielen, hier kann sie zeigen, ob in ihr die Kraft und Hoffnung der Zukunft steckt, hier kann sie mit der gesellschaftlichen Umgestaltung sofort einen Anfang machen, der, wenn unsere Auffassung von der Tendenz der menschheitlichen Entwicklung richtig ist, Schritt für Schritt direkt zum Ende, zu einer neuen Kulturperiode höherer Ordnung führen muss.

Heutzutage läuft jeder Arbeiter im Allgemeinen auf eigene Faust dem Verdienste nach, ist froh, wenn er eine Beschäftigung findet, unbekümmert um seinen Nebenmann, der eben deshalb vielleicht keine findet, und denkt nicht daran, dass er morgen ebensogut von einem Andern verdrängt werden kann, wie er einen Andern heute verdrängt hat. Seinen Lohn aber verwendet er in der Regel — und zwar notwendig — auf eine möglichst unvorteilhafte Art.

Er kauft Alles im Kleinen, möglichst theuer und möglichst schlecht, und da er gewöhnlich mit der Zahlung um einen Lohntermin im Rückstande ist, so muss er sich die schlimmste Behandlung seitens der erbärmlichsten Sorte von Geschäftsleuten gefallen lassen.

Nehmen wir nun an, es vereinigen sich nach und nach die socialistischen Lohnarbeiter, etwa zuerst die derselben Branche an einem Ort, dann alle Arbeiter eines Orts, eines Bezirks u. s. w., um aus dem Lohn der Beschäftigten eine gemeinsame Kasse aller Zugehörigen zu machen, aus welcher jedes Mitglied, mag es zur Zeit Lohn beziehen oder nicht, den notwendigsten Unterhalt, der von der Gesamtheit im Grossen und aufs Billigste bezogen wird, unbedingt erhält, während jeder im Lohn Stehende für den Rest seines Lohnes in den Kaufläden der Vereinigung nach seinem Belieben Artikel seines Bedarfs beziehen oder ein Sparguthaben gutschreiben oder auch für besondere, durch die Gemeinschaft zunächst nicht zu befriedigende Bedürfnisse sich Geld auszahlen lassen kann: so würde nicht nur mit den gleichen Mitteln erheblich mehr geleistet, was auch richtig organisierte Konsumvereine in unseren Tagen zu Stande bringen, sondern es wäre, wenn diese Ordnung der Dinge überall durchgeführt ist, auch die Existenz eines Jeden unbedingt gesichert, da die ganze Volkswirtschaft sich in diesem Sinne der Sicherung der

Digitized by Google

Existenz der ganzen Arbeiterklasse einrichten und umgestalten müsste. Denn wenn heutzutage einzelne Arbeiter hungern, so spüren die andern nichts davon. Wenn aber dann der Lohn der Beschäftigten nicht für Alle zur herkömmlichen Führung des Lebens ausreichen würde, dann müsste die ganze Klasse bis auf den letzten Mann sich wehren und der Besitz müsste mit der Arbeit ganz bescheiden paktieren, da seine heutige Uebermacht nur darauf beruht, dass seine einzelnen Vertreter den einzelnen Arbeitern und selbst Arbeitergruppen gegenüber im Vorteil sind. Des einzelnen Arbeiters kann der einzelne Besitzer entraten, aber der Besitz nicht der Arbeit. Alle Jahrhunderte hindurch, seit es eine nichtbesitzende Klasse gibt, hatte der Besitz die Aufgabe und Pflicht, jene zu ernähren, d. h. seinen Arbeitern soviel von den durch sie geschaffenen Gütern zu lassen, dass sie existieren konnten. Erst die angenehme Rechtsfiktion des „freien Arbeiters" enthob ihn derselben. Er wird sie wiederum erfüllen müssen, denn sie ist selbstverständlich. Wer nicht auf eigene Faust arbeiten kann, weil andere die Bedingungen der Arbeit sich angeeignet haben, der muss von diesen Anderen erhalten werden. Sonst muss man entweder den Begriff der menschlichen Gesellschaft aufgeben — und das kann man nicht, bei Todesstrafe — oder aber, der Besitz, der die Arbeit hungern und verhungern lässt, ist ein Mörder. Und welches Mass von Solidarität würde da unter den Arbeitern geschaffen! Das Leben eines Jeden beruhte ganz und gar auf der Gemeinschaft Aller. Ihre Siege wären seine Siege, ihre Niederlagen würden — wenn sie möglich wären — jede Existenz gefährden. Zudem würden Frauen und Kinder nicht mehr abhängen von der Gedankenlosigkeit, dem Leichtsinn und der brutalen Selbstsucht des Mannes: er bekäme seinen Lohn nicht mehr am Zahltag in die Hand, sondern die Gemeinschaft zöge ihn ein und lieferte der Familie unter allen Umständen das zum Leben Nötige. Und auch gegen Uebervölkerung wäre vorgesorgt — ohne Reglement. Denn es würde sich bald eine neue sociale Moral bilden, welche die Erzeugung zu vieler oder aber voraussichtlich schwächlicher und kränklicher Kinder, die der Gemeinschaft gegenüber immer passiv bleiben, als einen moralischen Makel auffassen würde. Würden aber sämtliche Arbeiter eines Landes als Konsumenten so vorgehen, so könnte es gar nicht lange anstehen, bis sie auch — zunächst durch die Hilfe eines durch solche Solidarität und Organisation geradezu unbegrenzten, weil absolut gefahrlosen Kredits — die gesamte Produktion

Digitized by Google

ihres Bedarfs, für welche sie ja selbst die absolut sichere Kundschaft wären, in ihre Hände bekämen.

Man sehe über diese letztere Frage ein kleines Buch von Ernst Busch: „Die sociale Frage und ihre Lösung“ (Berlin 1890), das allerdings nicht ohne Fehler ist, aber doch etwas viel Positiveres anregt, als ganze Schocks von akademischen oder auch orthodox-socialistischen Schriften. —

So würde sich in der That der Kommunismus, soweit er wünschenswert, innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung von unten her unzerstörbar aufbauen, ohne alle Gewalt und ohne jedes staatliche Zwangsgesetz, das, wie die gesamte deutsche Arbeiterversicherung zeigt, doch immer nur mit ungeheurem Aufwand die erbärmlichste Wirkung unter allgemeiner Unzufriedenheit erzielt, auf dem denkbar freiesten Wege, durch die blosse Einsicht eines Jeden in sein wahres Interesse. Staatliche Reformen kosten immer im Vergleich zu ihrem Nutzen ein unsinniges Geld, vermehren die Bureaukratie und führen daher zu dem, was alle Parteien — mit Ausnahme der Bureaukraten — hassen, zu gesteigerter Unfreiheit. Wie lange würde es wohl dauern, bis einer solchen Arbeitergemeinschaft, die schliesslich — ohne zentralisierende Zwangsgesetze — ganz von selbst ein ganzes Land umfassen würde, alle möglichen Mitglieder der Gesellschaft beiträten? und was würden wohl die Schacherer und Spekulanten machen, wenn ihnen ihr Lebenselement, die Kundschaft fehlte? Sind wir nicht im Stande, durch freie, stets zunehmende Solidarität und Brüderlichkeit die kommunistische Gesellschaft von unten herauf zu gestalten, so dass sie ziemlich fertig ist, bevor der Staat mit seinem öden Gesetz und seiner rohen Polizeihand auch nur recht verstanden hat, was da los ist, so werden wir niemals dazu gelangen.

Digitized by Google

Digitized by Google

Zu einem neuen Buche.

(1893.)

Im Sommer dieses Jahres erschien bei Laupp in Tübingen ein Buch von dem Leipziger Professor Karl Bücher unter dem Titel „Die Entstehung der Volkswirtschaft". Dasselbe enthält sechs Vorträge, die der Verfasser in den Jahren 1886 bis 1892 in Basel, Frankfurt, Karlsruhe, Dresden und Leipzig bei sehr verschiedenen Anlässen und vor sehr verschiedenem Publikum gehalten hat, und die doch innerlich so zusammenhängen, dass der sachverständige Leser sie recht wohl als Kapitel eines grösseren Werkes auffassen kann, welches uns die Zukunft hoffentlich noch bescheren wird. Von diesem Buche wollen wir hier sprechen.

Man kann fremde Geistesprodukte auf zweierlei Art recensieren. Die erste und verbreitetste ist die, dass man auf den Inhalt derselben gar nicht eingeht und irgend welche ganz allgemein gehaltene Phrasen produziert, die auf das angeblich besprochene Buch ebenso gut und schlecht passen wie auf hunderte ähnlicher Art. Die zweite, etwas mühsamere und darum seltener angewendete ist die, dass man den Leser mit den Gedanken des Autors bekannt zu machen sucht und dieselben dann im Detail der eigenen Beurteilung unterwirft, um Verdienste hervorzuheben, Irrtümer wo möglich zu berichtigen und etwa gar die Wissenschaft einen kleinen Schritt vorwärts thun zu lassen. In diesem Sinn sollte jede Kritik, wenn es irgendwie angeht, positiv sein, wenn auch allenfalls in negativer Form. Selbstverständlich ist die Korrektur die leichteste Aufgabe. Denn Irrtümer finden sich in jedem Buche genug und sie springen uns am

Digitized by Google

fremden Werke ebenso leicht und deutlich in die Augen, wie wir sie am eigenen beharrlich übersehen.

Aber auch diese leichtere Arbeit ist notwendig bei Büchern, die aus irgend einem Grunde (innerer Wert oder Reklame oder Stellung des Autors oder Parteiinteresse oder was immer) grossen Einfluss üben, und sie ist sehr nützlich bei bedeutenden Produkten origineller Denker, die, indem sie neue Wahrheiten entdecken, notwendig auch grosse Irrtümer begehen, welche für viele Andere Anstoss und Material zu neuer Denkarbeit bieten und so oft den Fortschritt der Wissenschaft ebenso fördern, wie Entdeckungen.

Ich spreche hier ganz im Allgemeinen und ohne bestimmte Beziehungen und möchte bloss, da ich auf die zweite Art zu recensieren gedenke, den Leser ersuchen, dass er sich mit einem beliebigen Fragment begnügen möge. Denn man kann nicht ein ganzes Buch eingehend behandeln, ohne selbst ein grösseres zu schreiben.

Unser Autor ist im Allgemeinen durchaus keine polemische Natur. Dies Buch hat aber in all' seiner reichen Positivität, die den Leser erfreut und bereichert, entschieden auch eine polemische Tendenz, und das Objekt des Angriffs ist eine gewisse Sorte ökonomischen Historismus oder historischer Oekonomik, die sich seit lange in der Welt sehr breit macht, ohne dazu legitimiert zu sein.

Ich meinerseits hatte schon längst die ketzerische Ansicht, dass die Thatsachen und Erscheinungen der Vergangenheit nicht schon deshalb wichtig und von wissenschaftlichem Werte seien, weil sie altes Gerümpel sind oder wenigstens aus altem Gerümpel herausgesucht werden mussten, sondern nur weil und soweit die Gegenwart und Zukunft, die allein für uns eine selbständige, absolute Wichtigkeit besitzen, auf ihnen beruhen und nur durch sie genügend verständlich werden. So können allerdings auch die längstvergangenen Zustände von Indianerstämmen für uns von wissenschaftlichem Wert sein, wenn nämlich die Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, dass auch die Ahnen der modernen Kulturvölker einst sich in gleichen oder ähnlichen Verhältnissen wie jene befanden, Verhältnissen, die wir bei ihnen selbst unmöglich mehr direkt konstatieren können, und wenn die Kenntnis dieses Urzustandes für das Verständnis der ganzen weiteren Entwicklung nötig ist.

Wäre unsere Gesellschaft in einem vollkommenen, leid- und kampflosen Zustande, so würden sich vermutlich höchstens einige Sonderlinge mit der Erforschung der Vergangenheit abgeben, ungefähr aus

Digitized by Google

demselben Grunde, aus welchem wir im gleichen Fall nach der Ansicht Richard Wagner's (Briefe an Uhlig, siehe den Schluss des 53. Briefes) keine Kunst hätten. Ein vollkommen befriedigender Zustand braucht keine Erklärung oder historische Begründung, er ist ohne alle Gründe willkommen und gerechtfertigt. Auch zu pädagogischen Zwecken würde die Geschichte dann nicht verwendet werden, ja dazu am allerwenigsten. Man würde sie durchaus unmoralisch und korrumpierend, wenigstens die naive Reinheit des vollkommenen Menschen und damit sein Glück störend finden. Heute freilich verhält sich das anders, aber aus traurigen Gründen.

Heute wird der Kriegsruhm unserer Ahnen dazu benützt, um die atavische Bestie in den jugendlichen Seelen zu erwecken und zu nähren, damit man sie später zu neuen Heldenthaten verwenden kann. Man will und muss eben geschickte, unerschrockene, relativ mitleidslose Mörder erziehen, weil noch immer von der grösseren Geschicklichkeit im Morden das „Glück" und die Sicherheit der Nationen in erster Linie abhängt. Und so singen denn in unseren Schulen zarte Kinderkehlen den Ruhm der Ahnen in Liedern, die mitunter der Phantasie eines Metzgers alle Ehre machen würden.

Allein wir sind von einem vollkommenen Zustande noch sehr weit entfernt, besonders in wirtschaftlicher Beziehung, wir leiden schwer von der Gegenwart, hoffen auf die Zukunft und suchen in der Vergangenheit eine Erklärung und einen Trost für die uns drückenden Mängel und in der bisherigen Entwicklung eine Aussicht für die weitere. Unzweifelhaft sind auch auf wirtschaftlichem Gebiete die neuesten Erscheinungen die kompliziertesten, und es giebt keinen besseren Weg sie zu entwirren und zu verstehen, als ihre Ableitung aus den einfacheren und einfachsten, die Verfolgung ihres Werdens im Lauf der Jahrtausende. Selbstverständlich handelt es sich dabei nie um individuelle Vorkommnisse, um historische oder statistische Daten oder Einzelheiten als solche, sondern, wie in aller Wissenschaft, um ein allgemeines, begriffliches, typisches Erkennen und, soweit möglich, um den logischen Zusammenhang der Begriffe und den kausalen der Typen.

Durch das Streben nach Einsicht in diesen Zusammenhang unterscheidet sich wohl am ehesten die sogenannte historische Nationalökonomie (nicht die Wirtschaftsgeschichte, die von gewisser Seite damit verwechselt wird) von der klassischen, wobei wir unter

Digitized by Google

historischen Nationalökonomen vor Allem Männer wie Rodbertus und Marx verstanden wissen wollen.

Die Klassiker huldigten im Ganzen ziemlich stark der Ansicht, dass die menschliche Wirtschaft immer ungefähr dieselbe gewesen sei, dieselben Kategorien gehabt habe, wie zur Zeit, als sie selbst lebten. Man wird wohl nicht behaupten wollen, dass z. B. Adam Smith die Geschichte nicht gekannt oder in seinen ökonomischen Studien nicht verwertet habe. Es finden sich ja in seinem Werke über den Reichtum der Nationen bewunderungswürdige historische Exkurse, die wir heute noch mit ebensoviel Vergnügen als Nutzen lesen. Aber er zieht entweder von vornherein solche nicht allzu weit nach rückwärts zu liegende Begebenheiten und Zustände zum Vergleich mit der Gegenwart oder zur Erläuterung seiner auf die Gegenwart bezüglichen Sätze heran, dass in der That zu beiden Zeiten ungefähr dieselben wirtschaftlichen Typen herrschen; oder aber — was bei dem damaligen Zustand der Geschichtswissenschaft und dem allgemeinen Hang des Jahrhunderts zu abstrakter Verallgemeinerung nicht zu verwundern ist, er kleidet die Menschen der fernen Vergangenheit und tiefer Kulturstufen einigermassen nach der Mode der Gegenwart und wendet ohne sonderliches Bedenken die wirtschaftlichen Begriffe des damaligen Engländers auf ihre Oekonomie an. Indessen die Sache ist nicht ganz so schlimm, wie sie wohl von superklugen Epigonen gelegentlich gemacht wird. Auch wo er von Jäger- und Hirtenstämmen, von Arabern und Tartaren spricht, finden sich immer auch vortreffliche Gedanken, auf die mancher moderne „Historiker“ stolz sein könnte. Dass Smith, wie Bücher meint (S. 5 und 8), nichts Anderes als die Gesetze des heutigen volkswirtschaftlichen Lebens ergründen wollte, ist mir ebenso zweifelhaft, wie die Seite 6, allerdings nicht ganz deutlich, ausgesprochene Behauptung, dass der „Smithianismus“ kein bestimmtes wirtschaftspolitisches Programm aufgestellt, dass das laissez faire für ihn nur die Bedeutung einer methodischen Voraussetzung gehabt habe. Ich glaube in der That, der Beweis, dass nach Smith's Auffassung stets dieselben Gesetze die menschliche Wirtschaft beherrschten und die von ihm aufgestellten für alle Zeiten und Zustände galten, wäre unschwer zu erbringen.

Und ebenso der andere, dass das laissez faire keine methodische Voraussetzung, sondern eine „prinzipielle Forderung für die Volkswirtschaftspolitik“ gewesen sei. Der Liberalismus war zur Zeit seiner

Digitized by Google

Blüte ein einheitliches Gedankensystem, welches das ganze menschliche Leben umspannte und nach drei Hauptrichtungen, der religiösen, politischen und wirtschaftlichen zu erklären und neu zu gestalten suchte. Das Glück des Individuums war überall sein Prinzip und dessen Autonomie sein Postulat, das in seinem Sinne in der That aus dem Prinzip folgt. Zwang im Glauben, Zwang im Staate, Zwang in der Wirtschaft hindert individuelles Glück, daher weg damit, soweit dies möglich. Das war die Grundformel. Wenn man allerdings etwa unter Smithianismus nur die deduktive Methode in der Wirtschaftswissenschaft verstehen will — und Seite 7 hat es fast den Anschein als ob dies gemeint sei — dann folgt daraus selbstverständlich keine Wirtschaftspolitik. Nach meiner Ansicht unterscheiden sich die bedeutendsten Fortbildner der Wissenschaft wesentlich nur dadurch von den sogenannten Klassikern, dass sie konsequent und systematisch die wirtschaftlichen Erscheinungen der Gegenwart als Schlussprodukt einer vieltausendjährigen Entwicklung betrachten, das seine Erklärung nicht in sich selbst, sondern in den Elementen findet, aus denen es allmälig geworden. Wäre dies nicht der Fall, könnten wir die Gegenwart und damit die Richtung in die Zukunft für sich allein, losgelöst vom Mutterboden der Geschichte, vollständig erfassen, dann dürften wir getrost die ganze historische Rumpelkammer dem Moder überlassen, und diejenigen, die sich damit abgäben, für müssige Leute halten.

Als solche können wir aber nach subjektiver Schätzung auch diejenigen betrachten, die als angebliche Nationalökonomen in der Geschichte herumstöbern, ohne eigentlichen Begriff von dem, was die Antiquarien in der Wissenschaft, die sie zu betreiben vorgeben, zu bedeuten haben. Ich sage: in subjektiver Schätzung. Denn objektiv können solche immer auch ganz nützlich sein, indem sie wirklichen Nationalökonomen Material beischaffen. Schlimmer steht es im Grunde mit denjenigen, die sich als historische Nationalökonomen ausgeben und gerade das thun, was sie den nicht-historischen, den klassischen am meisten zum Vorwurf machen, die nämlich, ganz befangen in den Anschauungen der Gegenwart, die aus unserer Volkswirtschaft entnommenen Begriffe ohne Umstände auf die fernste Vergangenheit anwenden und dieselbe, wenn es nicht anders geht, darnach zurecht modeln, stutzen, schneiden oder kneten, und also genau das verbrechen, was für immer unmöglich zu machen ihre eigentliche Auf-

Digitized by Google

gabe wäre. Sie verhindern alle wirkliche Erkenntnis durch dasselbe Mittel, durch welches sie dieselbe fördern sollten.

Gegen den trödelhaften wie gegen den unhistorischen Historismus wendet sich Bücher in seinen Vorträgen, indem er als Ziel auch der historischen Forschung ganz entschieden die theoretische, begriffliche Erkenntnis hinstellt und nicht das blosse Beschreiben irgend welcher ökonomischen Zustände, und andererseits immer wieder davor warnt, die Thatsachen der Vergangenheit durch die falsche Brille modernwirtschaftlicher Begriffe zu betrachten, und verlangt, dass man mit denselben verfahre, wie die Klassiker mit ihrem lebenden Material, dass man sie nämlich untersuche „mit denselben Mitteln der begrifflichen Zergliederung, der psychologisch isolierenden Deduktion“ und sich in das ökonomische Denken der Vorfahren versetze. Jedenfalls scheint Bücher (s. S. 8) keinen besonderen Wert auf den bekannten, immer wieder aufgewärmten Methodenstreit zu legen, indem er ausdrücklich bemerkt, dass „die verschiedenen Erkenntnismittel beiden Richtungen (der historischen und klassischen) gemeinsam“ seien. Auch ich hege schon seit lange die stille Ueberzeugung, dass man eine wirklich gelungene wissenschaftliche Entdeckung nicht nach Pass und Marschroute zu fragen braucht, und dass Diejenigen, die immer mit diesen Papieren herumlaufen, gewöhnlich keine Entdeckungen machen. Dass Einer etwas Neues und Wertvolles finde, ist die Hauptsache. Wie er das zu Stande gebracht, daran liegt nicht viel, es mag ihm im Traume eingefallen sein.

Wenn Bücher der „historischen Richtung“ nachrühmt, sie habe gezeigt, dass es „vor der Geschichte keine geheiligten Institutionen der Gesellschaft gibt“, und damit etwa die historische „Schule“, besonders die deutsche, meint, so ist dies wohl eine mehr freundliche als richtige Bemerkung. Die Historiker in diesem engeren, deutschakademischen Sinn sind fast ausnahmslos Leute von mehr oder weniger reaktionärem, romantischem Charakter, sie schwärmen durchschnittlich ein wenig für die Vergangenheit, aber nicht etwa für die griechische Demokratie oder die römische Republik, sondern für die dunkle Romantik der Feudalzeit oder den grossen König Friedrich und seinen Stock, und sind stets in den ersten Reihen, wo es gilt, für den Schutz der ältesten und ihnen darum heiligsten Interessen und für möglichste Verlangsamung jedes wirklichen Fortschrittes, der nach ihrem Sinn vor Allem kein bestehendes, d. h. gewöhnlich aristokratisches oder dynastisches Recht verletzen darf, theoretisch

Digitized by Google

einzutreten. Ich darf wohl an eines der Häupter dieser Richtung, Gustav Schmoller, erinnern, der in seinem Jahrbuch (XIII. und XIV. B.) die geradezu horrend-reaktionäre Idee zum Besten gibt, die Kasten und Stände, die Verschiedenheiten des socialen Ranges, des Besitzes, der Ehre und des Einkommens beruhen auf Vererbung von Naturgaben, „und jeder Einzelne sei zu der ihm eigentümlichen Funktion (und Position) nicht blos durch individuelles Geschick und Schicksal gekommen, sondern mit durch seine körperliche und geistige Verfassung, seine Nerven, seine Muskeln, welche auf erblicher Veranlagung beruhen, durch eine Kausalkette von vielen Generationen bestimmt sind. Nur eine sekundäre Folge der socialen Differenzierung sei die Verschiedenheit des socialen Ranges und Besitzes, der Ehre und des Einkommens“ (s. Bücher S. 150 ff.). Welches Jubelgebell muss da nicht die ganze europäische Junkermeute anschlagen, wenn ein gelehrter Professor solche sociologische „Gesetze“ aufstellt! Sie sind alle von Gottesgnaden, und dass die Kanaille parieren muss und zahlen vor Allem, ist feudales Naturgesetz, auf Ehre! Gott bewahre uns vor solchen Historikern! Unser wackerer Autor leuchtet aber auch dem Herrn Kollegen in Berlin ebenso höflich als gründlich heim und wer einen Funken Menschenwürde und kein blaues Blut besitzt, der muss schon dieser Stelle wegen das Buch mit Freuden lesen.

„Die ganze Vererbungstheorie, heisst es am Schlusse derselben, trägt die unerfreulichen Gesichtszüge einer Socialphilosophie der beati possidentes. Sie ruft dem Niedriggeborenen, der in sich die Kraft zu verspüren meint, eine höhere Stellung des Berufslebens auszufüllen, zu: Lass alle Hoffnung schwinden; deine körperliche und geistige Verfassung, deine Nerven, deine Muskeln, die Kausalkette von vielen Generationen hält dich am Boden fest, deine Vorfahren sind seit Jahrhunderten Leibeigene gewesen, dein Vater und Grossvater waren Taglöhner, du bist zu einem ähnlichen Berufe bestimmt.“

„Man muss sich eigentlich wundern, dass eine solche Lehre in einem Volke entstehen konnte, das unter seinen Geistesheroen einen Luther zählt, den Sohn eines Bergmanns, einen Kant, den Sohn eines Sattlers, einen Fichte, den Sohn eines armen Dorfleinewebers, einen Gauss, den Sohn eines Gärtners u. s. w.“

„Es gibt eine alte Anekdote von einem Kardinal, dessen Vater die Schweine gehütet hatte und von einem adelsstolzen französischen Gesandten. In einer schwierigen Unterhandlung, in welcher der Kardinal mit Geschick und Hartnäckigkeit die Interessen der Kirche

Digitized by Google

vertrat, liess sich der Gesandte hinreissen, jenem seinen Ursprung vorzuwerfen. Der Kardinal antwortete: ‚Es ist richtig, dass mein Vater die Schweine gehütet hat; aber wenn Ihr Vater sie gehütet hätte, so würden Sie sie auch hüten.' — Jede Aristokratie, mag sie Besitzes- oder Berufsaristokratie sein, entartet im Laufe der Zeit. — In dem Kastenwesen, das eine notwendige Konsequenz der Vererbungstheorie sein würde, haben wir immer den Anfang, nicht das Ende der Kulturentwicklung gesehen. — Ein Volk, das aus der frischen Quelle ursprünglicher Körper- und Geisteskraft, die in den unteren Klassen strömt, sich nicht mehr zu erneuern vermag, von dem gilt, was B. G. Niebuhr einst mit Bezug auf England und Holland sagte: ‚Das Mark ist ihm ausgenommen, es ist unmittelbar dem Verfall geweiht'" (womit Niebuhr als Profet sich allerdings blamierte).

Ein berühmter Staatswissenschafter, der heute noch nicht begreift, dass die Zukunft der Demokratie gehört, der muss fürwahr ein grosser — Historiker sein!

Der Ruhm, hergebrachte allerhöchste Institutionen, die dem Fortschritt hinderlich waren und allerlei Unheil anrichteten, wirklich tapfer und ohne viel Rücksicht auf „geheiligte" Pergamente und Zöpfe bekämpft und mithin wirklich im Interesse der Menschheit revolutionierend gewirkt zu haben, gehört mit unendlich viel mehr Recht den Klassikern. Und was die Aufdeckung der Gebrechen der gegenwärtigen Zustände anbelangt, die Bücher ebenfalls den Historikern zu gute schreibt (S. 8.), so müssen wir dieses Verdienst entschieden den Socialisten vindizieren.

Ueberhaupt ist ja rücksichtslose Wahrheitsliebe und tapferer Mut bei den gutsituierten, in Amt und Würde stehenden Bücherschreibern unserer Zeit ebenso selten zu finden, wie eine entschiedene Abneigung gegen Titel und Orden, der viel genannte aber unbekannte Bürgerstolz vor Königsthronen. Man zeige uns unter allen lebenden Amtspersonen und Würdenträgern Deutschlands, Oesterreichs u. s. w. einen einzigen Mann, der eine für die hergebrachte Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten und die allerhöchste Leitung derselben so vernichtende Darstellung und Kritik der Verhältnisse des Landes seinem Souveräne zu präsentieren wagte, wie der französische Marschall Vauban in seinem Dîme royale dem Roi Soleil, dem allmächtigen Autokraten Ludwig XIV.!

Nach dem Vorhergegangenen ist es klar, dass Bücher die Wirtschaftsgeschichte nur als Roh-Material der historischen Nationalöko-

Digitized by Google

nomie und diejenigen, die bei jener stehen bleiben, im besten Fall als Materialsammler betrachtet. Dieses Material zu verarbeiten, ist die Aufgabe der wirklichen ökonomischen Wissenschaft und das letzte Ziel derselben die Entdeckung der Entwicklungsgesetze der menschlichen Wirtschaft. Die sechs uns vorliegenden Vorträge sind nun nichts anderes, als ebenso viele Versuche, aus dem Rohmaterial, das die rein historische Forschung bis jetzt zusammengehäuft, und zu dem Bücher ja selbst manchen gewichtigen Beitrag geliefert, wissenschaftlich brauchbare Typen oder Begriffe herauszumünzen, und da die wirtschaftliche Entwicklung der Menschen gar viele verschiedene Seiten hat, die man mehr oder weniger isoliert betrachten kann, so versucht Bücher in jedem Vortrag, ohne die Verbindung mit dem Ganzen zu verlieren, seinem Gegenstand von einer besonderen Seite beizukommen, eine besondere Erscheinungsreihe begrifflich zu fixieren.

Wir wollen uns damit begnügen, einen einzigen Vortrag, den ersten, etwas genauer zu betrachten, wobei ja gelegentlich auch die anderen gestreift werden können; das wird hinreichen, um den Leser, der etwa unseren Autor noch nicht kennt, mit dessen Art und Weise bekannt zu machen. Es ist, wie wir im vorhinein sagen dürfen, eine gute, solide, durchaus tüchtige und ehrliche, und dabei geistreiche Art, sie geht auf Wahrheit aus und verschmäht Schein und Aufputz. Dass auch dieser Historiker nicht zu den Radikalen gehört, wird niemand bestreiten. Er ist offenbar vor Allem Patriot, hat eine ziemlich hohe Meinung von Bismarck und der sogenannten deutschen Socialreform, deren Wert ich meinerseits äusserst niedrig taxiere, und hält grosse Stücke vom Staat, dem der letzten Jahrhunderte und dem heutigen, worin ich ihm gleichfalls nicht beistimmen kann. Allein das Alles hindert nicht, dass das Buch mit seinen vielen feinen Beobachtungen und Gedanken, seiner klaren, schlichten und doch so treffenden Redeweise sich als eine wahre Goldstufe in der unendlichen Masse tauben Gesteins, der socialwissenschaftlichen Literatur präsentiert. Es steckt hinter demselben eine wirkliche, ernst zu nehmende, aufrechte und aufrichtige Persönlichkeit, mit jenem entschiedenen Gepräge einheitlichen Denkens, das die Wissenschaft ihren treuen Verehrern zu verleihen pflegt. Dass die Kritik bei aller Anerkennung im Ganzen die Mängel und Irrtümer, welche sie im Einzelnen zu finden glaubt, nicht verschweigen darf, ist selbstverständlich.

Die klassische Nationalökonomie ist, wie wir wissen, die Theorie der modernen Volkswirtschaft. Die Volkswirtschaft aber ist nach

Digitized by Google

Bücher etwas sehr Junges, nicht älter als der moderne Staat. Dieser Anschauung liegt natürlich ein ganz bestimmter Begriff der Wirtschaft zu Grunde. Dem gemeinen Verstand, der ja auch, so gemein er nach Schopenhauer ist, in der Wissenschaft, besonders in der Nationalökonomie eine Rolle spielt, liegt der Einwurf nahe: Völker hat es doch längst gegeben und gewirtschaftet wurde auch immer, also ist die Volkswirtschaft etwas Uraltes. Allein wir verstehen unter Wirtschaft ein System von Thätigkeiten, welches als Ganzes die Aufgabe hat, die materiellen Bedürfnisse der es durchführenden Menschengruppe zu befriedigen. So ungefähr glaube ich definieren zu dürfen, um die logische Grundlage der von Bücher aufgestellten historischen Einteilung der Wirtschaft herzustellen. Jede Wirtschaft umfasst also eine Menschengruppe, die in Bezug auf ihre materiellen Bedürfnisse sich, wenigstens in der Hauptsache, selbst genügt.

Wenn nun erst ein ganzes Volk, d. h. (wenn man uns einige Freiheit gestattet) die im Staate geeinigte Nation, durch ihre gesamte Arbeit die materiellen Bedürfnisse aller Einzelnen befriedigt, so haben wir eine Volkswirtschaft vor uns. Früher gab es nichts dergleichen, sondern Produktion und Konsumtion deckten einander in viel kleineren und nach rückwärts zu abnehmenden Kreisen.

Wenn wir dieses „früher“ mit Bücher schildern, so müssen wir allerdings von der Prätension der historischen Nationalökonomie, die Wirtschaft des Menschengeschlechtes zu erklären (S. 8), ein bedeutendes Stück abbrechen. Denn unter „früher“ versteht man in unserer Wissenschaft auch heute noch hauptsächlich das klassische Altertum und das germanische Mittelalter. Diese Beschränkung ist ja auch einigermassen gerechtfertigt, sofern unsere Kultur zunächst auf der jener Perioden und Völker beruht.

Bücher teilt die wirtschaftliche Entwicklung in drei Perioden, wobei ihm, wie er S. 14 bemerkt, „die Länge des Weges, welchen die Güter vom Produzenten bis zum Konsumenten zurücklegen“, als Einteilungsgrund dient. Die erste Periode ist die der geschlossenen Hauswirtschaft, die zweite bezeichnet er als Stadtwirtschaft und die dritte als Volkswirtschaft. Natürlich lassen sich zwischen den dreien keine scharfen Grenzen ziehen, sie verschwimmen an allen Punkten in einander, jede folgende nimmt viele Erscheinungen der früheren in sich auf, jede hat aber doch einen Höhepunkt der Entwicklung, auf welchem ihr besonderer Typus mit höchster Deutlichkeit hervorleuchtet, und diesen Typus rein hinzustellen, ist die Aufgabe.

Digitized by Google

In der ersten Periode herrscht die reine Eigenproduktion des Haushaltes, es fehlt der Tausch, die Güter werden in derselbon (Haus-) Wirtschaft verbraucht, in der sie entstanden sind. In der zweiten findet ein Austausch (zwischen den Haushaltungen) statt! aber unmittelbar zwischen der produzierenden und der konsumierenden Wirtschaft, d. h. in der Hauptsache zwischen der Stadt und ihrer näheren ländlichen Umgebung, und da der Austausch sich auf dem Markt der Stadt vollzieht, kann man diese Periode wohl mit Recht Stadtwirtschaft nennen. In der dritten Periode passieren die Güter in der Regel eine Reihe von Wirtschaften, ehe sie zum Verbrauch gelangen. Es ist die Periode der Warenproduktion, des Güterumlaufes, während die zweite durch Kundenproduktion oder direkten Austausch sich charaktisiert.

Ich glaube mir hier die Bemerkung gestatten zu dürfen, dass der Einteilungsgrund, den wir oben angegeben haben, keineswegs falsch aber doch etwas äusserlich und vielleicht sogar nicht allgemein zutreffend ist, wenn man ihn wörtlich verstehen darf. Man nehme etwa den Oikos des römischen Patriziers, der sich über drei Weltteile verbreitete, die dazu beitragen mussten, seine Gastmähler in der Stadt Rom auszustatten. Auch da machten die Güter einen sehr langen Weg zeitlich und örtlich vom Produzenten zum Konsumenten, wenn man unter Produzenten den wirklichen Hersteller versteht, nicht den blossen Eigentümer der Produktionsfaktoren, wozu man nach dem oben angeführten Satze und sonstigen bezüglichen Ausführungen, die das Eigentum nicht erwähnen oder nicht in die Mitte der Betrachtung stellen, wohl berechtigt ist. Richtiger schiene es mir daher, statt von Produzenten, von Eigentümern der Produktionsmittel zu sprechen, und statt von dem Weg, den die Güter zurücklegen, von der Teilung der Arbeit mit Bezug auf durch das Eigentum bestimmte Produktionskreise. Also, um deutlicher zu werden: Erste Periode, Arbeitsteilung findet nur statt innerhalb des einzelnen Eigentumsbezirkes, oder (für die Periode mehr oder weniger ausgebildeten Privat-Eigentums) innerhalb des Herrschaftsbezirkes des einzelnen Eigentümers. Zweite Periode, Arbeitsteilung findet statt zwischen den Eigentümern von Produktionsmitteln in Stadt und ländlicher Umgebung. Erst wo das zutrifft, ist das „Handwerk“ typisch entwickelt und die besondere mittelalterliche „Stadtwirtschaft“ auf ihrer Höhe. Dritte Periode, die Arbeitsteilung findet statt zwischen den Eigentümern einer ganzen Nation (mit Bücher zu sprechen).

Digitized by Google

Oder auch: Befriedigung der Bedürfnisse durch Arbeitsteilung (oder Kooperation, was dasselbe ist) 1. im Hause, 2. zwischen Stadt und Land, 3. in der Nation.

Diese fortschreitende Arbeitsteilung ist der Grund, weshalb das Produkt im Allgemeinen immer weitere Wege zum Konsumenten zurücklegt, der Einteilungsgrund scheint mir also tiefer gefasst und mehr das Wesen der Sache bezeichnend; daneben könnte Bücher's Einteilung und Nomenklatur zur Bezeichnung der Form der Wirtschaft sehr gut verwendet werden. Die Arbeitsteilung ist aber auch innerhalb jeder einzelnen Hauptperiode in beständigem Fortschritt begriffen und erzeugt so wohl unterscheidbare typische Unterabteilungen. So zerfällt historisch die Zeit der Haus- oder reinen Naturalwirtschaft oder Eigenproduktion sehr deutlich in die Familien- oder Gentilwirtschaft und in die Sklavenwirtschaft oder Periode der unfreien Arbeit. Die erstere hat die geringste Produktivität der Arbeit zur Grundlage, die letztere beruht schon ihrer Möglichkeit nach auf dem Steigen der Erträge.

Im Grunde geht bei der Darstellung der ersten Periode auch Bücher diesen Weg, den Weg der Arbeitsteilung. Sagt er doch auf S. 76—77 ganz deutlich: „Der hervorstechendste dieser Züge (nämlich der durchgehenden Züge der gesamten dreistufigen Entwicklung) ist, dass im Laufe der Geschichte die Menschheit sich immer höhere wirtschaftliche Ziele steckt und die Mittel dazu in einer fortschreitend weiter greifenden Verteilung der Arbeitslast findet, die schliesslich das ganze Volk ergreift."

Und S. 144: „Die Wahrheit ist, dass die wichtigsten volkswirtschaftlichen Erscheinungen in ihrer heutigen Gestalt und Wirkungsweise durch die Arbeitsteilung bestimmt werden, dass sie sozusagen das Knochengerüst liefert, das den volkswirtschaftlichen Organismus trägt."

Sie findet zuerst in der Familie, einer aus mehreren Generationen blutsverwandter Personen bestehenden Gruppe statt, die gemeinsames Eigentum hat, gemeinsame Wirtschaft führt und einen gemeinsamen Rechtsverband bildet, ausser welchem der Mensch vogelfrei ist. Scheiden sich dann bei fester Niederlassung engere patriarchalische Hausgemeinschaften, so sind diese doch mehr konsumtiven Charakters, der Boden bleibt noch lange in Gesamteigentum und wird auch wohl gemeinsam bebaut. Für grössere Wirtschaftsaufgaben bestehen die alten Verbände fort oder man bildet freiwillig temporäre

Digitized by Google

Gemeinschaften, die nach Erfüllung ihrer Aufgabe (Jagd, Fischfang u. s. w.) wieder verschwinden (S. 18 ff.).

Nach meiner Ansicht und Kenntnis der Geschichte kann sich die reine Naturalwirtschaft, wenigstens in kühleren Breitegraden — mit oder ohne Sklaverei nur in grossem Style halten, d. h. sie muss entweder sehr stark kommunistisch gefärbt sein oder es muss Einzelnen (Kriegern, Führern, Priestern) gelingen, grosse Massen von Grund und Boden und damit von Menschen unter ihre Herrschaft zu bringen, die dann eine mehr oder weniger einheitliche Wirtschaft (im oben angegebenen Sinn) bilden, welche in ihrer Grösse eine gewisse Garantie des Bestandes und der Dauer hat. Kleinere Stämme auf der Stufe der Okkupation (Jagd, Fischfang, Früchtesammeln) gehen sehr leicht zu Grunde, sind wahrscheinlich zu Tausenden verschwunden, und fast ebensoleicht müssten kleine, unabhängige, selbständig wirtschaftende Ackerbaufamilien zu Grunde gehen. Also Kommunismus oder Herrschaft in irgend einer Art.

Thatsächlich waren ja alle Stämme, die es zu einer Geschichte brachten und daher allein für die Entwicklung der Menschheit von selbständiger Bedeutung sind, kriegerisch und zur Zeit ihrer Fortschritte regelmässig siegreich, und die Sieger drückten zu jeder Zeit, wo man soweit war, fremde Arbeit für sich zu verwenden, weil sie genügend produktiv war, um nicht bloss den Arbeiter selbst zu ernähren, die Besiegten zur Unfreiheit herab. Naturalwirtschaft oder geschlossene Hauswirtschaft ist daher auf etwas höherer Entwicklungsstufe immer Sklavenwirtschaft oder Wirtschaft mit unfreier Arbeit in irgend einer Form.

Und so stellt denn auch Bücher nicht den Urkommunismus als Haupttypus der geschlossenen Hauswirtschaft hin, sondern die antike Oiken- und die mittelalterliche Frohnwirtschaft, die er dann vortrefflich charakterisiert und auf ihren ökonomischen Begriffsinhalt hin analysiert. Fast alle Kategorien unserer heutigen Verkehrswirtschaft fehlen: Preis, Lohn, Pacht, Mietzins, Profit, Unternehmer, Lohnarbeiter, Kapital (S. 34).

Was den Kapitalbegriff anbelangt, möchte man nach den verschiedenen Stellen in dem Buche, die da in Betracht kommen, fast zu der Ansicht verleitet werden, der Verfasser sei mit sich nicht ganz einig, wie er ihn verstanden wissen wolle. Wir wollen alle diese Stellen hier vorführen.

In Bezug auf die Naturalwirtschaft sagt er S. 40: „Will man

Digitized by Google

den Ausdruck Kapital nach verbreiteter Uebung auf Produktionsmittel schlechthin anwenden, so muss man ihn (hier) jedenfalls auf Werkzeuge und Geräte beschränken."

Wir hätten dagegen Folgendes einzuwenden. Produktionsmittel ist ein Relationsbegriff, er deutet auf das Gut hin, das man produzieren will und umfasst dann Alles, was zu dessen Produktion gehört, nicht bloss Werkzeuge und Geräte, sondern auch Stoffe. Zur Produktion des Brotes, d. h. zum Fertigstellen dieses Konsumartikels durch den Bäcker, gehört Mehl sogut als ein Backofen. Beide sind Arbeitsprodukte, und das letzte Ziel, das die auf ihre Herstellung verwendete Arbeit im Auge oder vor sich hatte, war beim Mehl sogut Brot wie beim Ofen.

Den Ofen bauen heisst einen Teil der Arbeit verrichten, die Brot schafft, das Korn mahlen bedeutet nicht mehr und nicht weniger.

Beides sind Vorarbeiten, deren Produkte die Voraussetzung für die besondere Arbeit des Bäckers bilden, und so rundum bei jeder Arbeit. Nicht nur das Arbeitsmittel, auch der Arbeitsstoff ist ein Produktionsmittel mit Bezug auf das bei dem eben vorzunehmenden Arbeitsprozess ins Auge gefasste Ziel. Man kann darum n. m. A. auch in der Naturalwirtschaft sehr wohl Einkommensgüter (fertige Konsumgüter aller Art) und Produktionsgüter (solche, die in der Produktion eine Rolle spielen sollen) unterscheiden. Ich kann deshalb Bücher nicht beistimmen, wenn er an verschiedenen Orten erklärt, Alles, ausser den Werkzeugen und Geräten, sei Gebrauchsvermögen. Was noch nicht zu dem Gebrauch dienen kann, zu dem es (vielleicht) bestimmt ist, kann noch nicht Gebrauchsvermögen genannt, sondern muss erst dazu gemacht werden, befindet sich noch im Stadium der Produktion. Wir heutigen Menschen pflegen freilich auf das Bisschen Produktion, das sich noch in unserem Haushalt abspielt, gar nicht mehr zu achten, weil diese häusliche Produktion (Kochen u. dergl.) mit unserem Erwerb, der von aussen her kommt, nichts mehr zu thun hat. Aber das ändert die eigentliche Sachlage nicht, und wenn man in der Naturalwirtschaft nur fertige Gebrauchsgüter als Einkommen bezeichnet und auch dieses Einkommen, zum Teil, in der Familie (gegen Bücher, s. S. 40) verteilen lässt, so würde ich glauben, das sehr wohl rechtfertigen zu können. Man muss die Keime aller Wirtschaftsbegriffe und Vorgänge nicht durch Forcierung der Unterschiede in den Formen verdecken, sondern sie möglichst enthüllen, freilich ohne das, was wirklich verschieden ist, leichtsinnig zu iden-

Digitized by Google

tifizieren. Ueberall, wo Menschen von gemeinsamer Arbeit leben, müssen etwelche Unterhaltsmittel verteilt werden. Auch die Sklaven und Hörigen bekommen oder behalten ihr Teil und dieser ist für den Herrn zwar keine „Ausgabe", wie später der Arbeitslohn, aber doch ein Abzug vom konsumtionsreifen Gesamtprodukt, den jene deswegen erhalten müssen, weil und damit sie arbeiten, während der Rest als arbeitsloses Einkommen oder Rente (Rodbertus) auf ihn fällt, weil er eben Eigenthümer und Herr ist.

Doch wir wollen zum Kapital zurückkehren. S. 60 lesen wir; „In der Form der Stör und des Heimwerkes ist es (das Handwerk) fast kapitallos."

S. 78—79: „Kapital gibt es auf der ersten Stufe fast nicht, sondern nur Gebrauchsgüter. Auf der zweiten Stufe (Stadtwirtschaft) lassen sich wohl die Werkzeuge unter die üblichen Kategorien des Produktionskapitals bringen, keineswegs jedoch allgemein auch die Rohstoffe. Eigentliches Erwerbskapital ist da nur das Handelskapital. Auf der dritten Stufe (Volkswirtschaft) bildet das Erwerbshapital das Mittel, durch welches die Güter von einer Etappe der Arbeitsteilung zur anderen emporgetrieben werden. Alles wird hier Kapital."

S. 89: Auf der Stufe des Hausfleisses (reine Naturalwirtschaft) gibt es „noch keinen Güterumlauf und kein Kapital" (auch S. 113), bloss „Gebrauchsvermögen auf verschiedenen Stufen der Genussreife" und Hilfsmittel der Produktion — „aber keine Güter, durch welche es (das Haus) auf verkehrsmässigem Wege andere Güter gewinnen könnte".

S. 97: Der Lohnwerker, der mit seinem Werkzeug für Andere gegen Entgelt gewerbliche Arbeit ausführt, „hat bloss sein einfaches Werkzeug, kein Betriebskapital". Das Werkzeug ist aber Kapital (S. 113).

S. 99—100: „Volkswirtschaftlich ist das Wesentliche an diesem Betriebssystem (dem Lohnwerk), dass es kein Betriebskapital gibt. Weder der Rohstoff noch das fertige Gewerbeprodukt wird für seinen Erzeuger jemals ein Mittel des Gütererwerbs." „An das fertige Produkt heften sich keine Unternehmergewinne und Zinsenzuschläge oder Austauschprofite, sondern nur Arbeitslöhne."

Der Handwerker oder Preiswerker, der sämtliche Produktionsmittel" (dazu wird hier offenbar vor Allem der Arbeitsstoff gerechnet!) besitzt und das Produkt um einen festen Preis verkauft (S. 103),

Digitized by Google

hat eigenes Betriebskapital — „Werkzeug, Betriebsstätte und Rohstoff" sind hier Kapital, aber „im Eigentum des Arbeiters" (S. 114). Das Produkt ist hier offenbar nicht Kapital.

Der Arbeiter wird „Herr des Produkts, setzt dieses aber immer nur an den unmittelbaren Konsumenten ab. Im Verlagssystem — dies stehe hier zur Aufklärung — wird auch das Produkt Kapital". Darnach muss man annehmen, dass das Produkt nur deshalb nicht Kapital wird, weil der Handwerker es an den unmittelbaren Konsumenten absetzt, was aber doch auch der Verleger und Fabrikant thun kann.

S. 107: Durch das Verlagssystem wird „das gewerbliche Produkt, ehe es in den Konsum gelangt, Warenkapital, d. h. Erwerbsmittel für eine oder mehrere kaufmännische Zwischenpersonen".

Endlich sammeln sich in der Hand des Fabrikanten alle „Kapitalbestandteile", selbst der Anteil des Arbeiters am Produkt wird zu einem Teile des Betriebskapitals. S. 114.

S. 144. „Die Produktionsteilung („Teilung eines ganzen Produktionsprozesses in mehrere selbständige Abschnitte" S. 127) erzeugt den Güterumlauf. Sie lässt die Stoffe der Gütererzeugung zu einer neuen Art von Erwerbsmitteln werden, zum flüssigen Kapital."

Es ist nicht meine Absicht, an dieser Stelle einen eigenen Kapitalbegriff zu präsentieren, wohl aber zu zeigen, wie auch ein sonst so klarer und konsequenter Schriftsteller sich in Widersprüche verwickeln muss, wenn er einerseits zwar aus der Kritik — hier wohl der socialistischen — sich bessere Einsicht geholt hat, andererseits aber doch sich nicht recht entschliessen kann, mit den althergebrachten flachen und falschen Schulbegriffen ein für allemal gründlich zu brechen und aufzuräumen. Die deutschen Professoren (und sie nicht allein!) haben noch immer eine natürliche und begreifliche Vorliebe für die Identifizierung von Produktionsmitteln und Kapital, wodurch das Kapital nicht nur einen sehr harmlosen Charakter annimmt, da dann ja auch der Wilde mit Pfeil und Bogen ein kleiner Kapitalist ist, sondern auch als etwas ewig Unentbehrliches dasteht, indem man ohne Produktionsmittel ja nicht produzieren und also auch nicht leben könnte.

Bücher ist offenbar über diese Kinderei hinaus, aber er mag sie, vielleicht aus Pietät gegen den in der Jugend geübten akademischen Sprachgebrauch, doch nicht ganz wegwerfen. Da es ihm aber offenbar wider den Strich geht, das Mehl des naturalwirtschaftlichen

Digitized by Google

Bauers, aus welchem dieser sich seinen Brei kocht, Kapital zu nennen (sonst müsste am Ende auch unsereiner das Fleisch, das er in seiner Küche für seinen Mittagstisch kochen lässt, als Kapital bezeichnen), so spricht er dem Mehl die Eigenschaft eines Produktionsmittels beim Breikochen ab und muss in der Naturalwirtschaft den Ausdruck Kapital „jedenfalls auf Werkzeuge und Geräte beschränken", wenn er sich schon der „verbreiteten Uebung" fügen will. Man sieht, dass es auch noch etwas Anderes als diese Uebung gibt, und dass Bücher mit derselben vermutlich nicht recht einverstanden ist.

Ebenso geht es ihm mit dem Lohnwerk; man kann das Werkzeug nach der „üblichen" Redeweise Kapital nennen. Wir bemerken hiezu nach dem früher Gesagten nur noch kurz folgendes. Wenn Bücher den Handwerker im e. S. (Preiswerker) als den ersten Gewerbetreibenden bezeichnet, der im Unterschied von seinen Vorgängern, den Lohnwerkern, alle Produktionsmittel besitzt, so muss er, wie schon bemerkt, selbstverständlich zu diesen Produktionsmitteln jetzt die Stoffe rechnen, denn die Werkzeuge sind es ja schon in der Hand des Lohnwerkers. Wenn aber Kapital mit Produktionsmitteln identisch ist, so kommt das Kapital in der Naturalwirtschaft genau in demselben begrifflichen Umfange (wenn schon in einer anderen Zusammensetzung seiner naturalen Bestandteile) vor, wie heute in der grössten Fabrik.

Und das ist sicher nicht Bücher's Ansicht. Denn er sagt ja selbst später (S. 89 und 97), dass es in der Naturalwirtschaft nicht nur „fast" kein (wie er sich früher ausdrückt), sondern überhaupt kein Kapital gibt. An ersterer Stelle scheint er das Kapital zu definieren als ein Vermögen („Güter"), durch welches man auf verkehrsmässigem Wege andere Güter gewinnen kann. Aber als Definition wäre dieser Satz offenbar unzureichend und will wohl auch nicht als solche aufgefasst sein. Denn andere Güter gewinnt man auf verkehrsmässigem Wege durch jedes, auch das primitivste naturale Tauschgeschäft, auch die Wilden machen z. B. solchen Erwerb, wenn sie sich von kultivierten Gaunern Gold oder Elfenbein für Glasperlen oder alte Zylinderhüte abschwatzen lassen. Sollten deshalb die Wilden Kapitalisten sein? Der Tausch für sich macht noch kein Gut zum Kapital.

Anders steht es mit dem zitierten Satze S. 79, wonach Kapital das Mittel ist, durch welches die Güter von einer Produktionsstufe zur andern gehoben und durch den Zirkulationsprozess getrieben werden.

Digitized by Google

Hier ist ein Zirkulationsprozess, d. h. Warenproduktion mit weitgehender Arbeitsteilung, so dass ein Produkt, ehe es an den definitiven Konsumenten kommt, mehrmals den Besitzer wechselt, als Voraussetzung für die Existenz des Kapitals hingestellt, wenn wir nicht irren. Und später (S. 100) kommen noch die Profite als Kennzeichen dazu. Ebenso S. 107 und 144, wo das Kapital vor Allem Erwerbsmittel ist. „Die moderne Betriebsweise", heisst es S. 232, „ist eine kapitalistische und beruht darauf, Geld in Ware und Ware in mehr Geld zu verwandeln" — ganz wie bei Marx.

Ich glaube hiernach wohl annehmen zu dürfen, dass auch Bücher, wenn er seine eigentliche Meinung ganz unumwunden aussprechen will, unter Kapital, soweit er es in dem Buche mit diesem Begriff zu thun hat — nichts anderes versteht, als das Vermögen der Unternehmung als solcher (nicht etwa des Unternehmers), das in der Unternehmung steckende und sich herumtreibende Vermögen. Und dass die Unternehmung, mit Ausnahme der kaufmännischen, eine sehr moderne Erscheinung ist, die im Gewerbe nicht weiter zurückdatiert als die Manufaktur oder das Verlagssystem, das gibt der Verfasser an verschiedenen Stellen ziemlich deutlich zu erkennen. Danach lässt sich das Alter des Kapitals bemessen und es ist ganz sicher, dass dasselbe im mittelalterlichen Handwerk noch nicht zu finden ist. Der Zirkulationsprozess in Bücher's Sinn fehlte noch, wie er immer wieder betont.

Aber war der Profit nicht schon da? Und gibt es, als reguläre wirtschaftliche Erscheinung und wissenschaftlich genommen, einen Profit ohne Kapital? Ist der Profit nicht der reine Ueberschuss des Unternehmens nach Ersatz des Kapitals? Wird er nicht nach ihm berechnet und richtet er sich nicht nach ihm? Um diese Frage zu beantworten, müssten wir eigentlich ganz gründlich die Natur des modernen Unternehmergewinns mit der Natur des mittelalterlichen Handwerkereinkommens vergleichen. Denn nur beim eigentlichen Handwerker, der alle Produktionsmittel besass, kann die Frage, ob Kapital oder nicht, möglicher Weise zweifelhaft sein.

Unser Autor sagt S. 114: Der Handwerker bekomme den vollen Produktionsertrag. Der Handwerker arbeitet zumeist oder regelmässig mit Gesellen und Lehrlingen, wenn auch mit wenigen. Bücher rechnet in Frankfurt im Durchschnitt auf drei Meister zwei fremde*) Gesellen

*) Nach ihm gab es im Mittelalter keinen einheimischen, sesshaften Arbeiterstand, abgesehen von einer beschränkten Zahl von Taglöhnern und Weinbergs-

Digitized by Google

und Lehrlinge (S. 239). Jedenfalls muss der Meister diese Leute unterhalten, wenn auch ohne viel Geldauslage. Die Kosten des Unterhalts gehen von dem Ertrag, d. h. Marktwert oder was immer, der Produkte seiner Werkstätte ab. Von dem was übrig bleibt, nachdem er seine Auslagen für Rohstoff und Werkzeug auch in regelmässigen Perioden in Geld oder sonstwie hat ersetzt bekommen, muss er doch auch für seine, die geschickteste und beste und tüchtigste Arbeit, etwas Angemessenes bekommen. Erhält er nun, so müssen wir fragen, im Preis seiner Produkte darüber hinaus noch etwas, was nicht Entlohnung seiner Arbeit ist und was wir dennoch als typischen Erwerb seiner Wirtschaft ansehen müssten, womit er rechnet, worauf er zählt? Bezieht er etwas, was wir im heutigen Sinn Kapitalgewinn oder Profit nennen dürfen?

Unter „Ertrag" der Unternehmung versteht man heutzutage vor Allem, oft ausschliesslich, den Profit, wobei der Lohn immer als abgezogen und nicht hergehörig gedacht wird. Der „ganze Ertrag" aber in diesem Sinn scheint mir Preisbildung durch die Konkurrenz vorauszusetzen und heisst dann vor Allem und jedenfalls: der ganze Gewinn, der sich bei einem durch die Konkurrenz (meinetwegen auch eine irgendwie beschränkte, allenfalls vom Staate — z. B. durch Schutzzölle — etwas eingeengte) gebildeten Preise herausstellt. Nun aber sagt Bücher anderswo, das Einkommen des Handwerkers sei Lohn, und zeigt dadurch, dass er es keineswegs dem modernen Profit gleichstelle.

Zwei Einkommensarten treten im Mittelalter deutlicher hervor: Grundrente und Lohn, der letztere ist „Handwerkslohn — Entgelt für die Nutzung der Arbeitskraft des Handwerkers (gemeint ist der Meister) von Seiten des Konsumenten, nicht, wie heute, der Preis, den der Unternehmer dem Lohnarbeiter zahlt" (S. 64).

S. 79: „Unternehmergewinn ergibt sich fast nur im Handel (das „fast" ist bloss ein unvermeidliches akademisches Vorsichtswörtchen und hat sonst wohl hier nichts zu bedeuten); Hauptform des Arbeitslohns ist der vom Konsumenten gezahlte Handwerkerlohn."

„Der mittelalterliche Gewerbebetrieb ist in der Regel (wieder

---

arbeitern. Wir müssten darnach entweder annehmen, dass der städtische Handwerkerstand sich ausschliesslich aus neu zuziehenden Landbewohnern rekrutierte, oder dass die Städter, die sich dem Handwerk widmeten, ausnahmslos in fremden Städten ihre Lehrlings- und Gesellenzeit durchmachten und bei der Heimkehr sofort Meister wurden. Beides scheint unwahrscheinlich.

Digitized by Google

akademisch aufzufassen) ein blosser Arbeitsbetrieb. — Was der Handwerker dabei verdient ist Arbeitslohn und dieser fällt in dem Masse reicher aus, als das Werk kunstvoller sich gestaltet (S. 233)." Wir können diese Ausdrucksweise („Arbeitslohn") nicht gutheissen, da hier durch die gleiche Bezeichnung ganz verschiedener Dinge — deren Verschiedenheit dem Autor sehr wohl bekannt ist (s. S. 65, wo es heisst, dass die Keime des modernen Arbeitslohns sich im geringen Geldlohn des Gesellen finden) — Verwirrung angerichtet werden könnte. Der Handwerker bezieht ein Arbeitseinkommen, aber Arbeitslohn bezieht doch nur der Lohnarbeiter von seinem Herrn, also damals der Gesell. Lohn setzt einen Arbeitgeber (nicht einen bestellenden Käufer-Konsumenten) voraus und nur wo dieser in der Regel vorhanden ist, kann dann auch der Unternehmer, um seine Bücher klar zu führen und seinen reinen Profit exakt herauszuschälen — nach dem Masse dessen, was er selbst dem Arbeiter zahlt oder zahlen müsste, sich selbst für eine etwa geleistete eigene Arbeit einen Lohn berechnen.

Sodann aber bestimmte im Mittelalter keineswegs die Konkurrenz den Preis der Handwerksprodukte.

Wer in unserer Gesellschaft als Unternehmer, mithin vom „Ertrag" oder Profit lebt, der hat stets die Absicht, womöglich reich zu werden. Er will — als ob er irgend ein landläufiges Handbuch der Volkswirtschaftslehre durchstudiert hätte — Alles, was er verkauft, möglichst theuer anbringen, und Alles, was er kauft, möglichst billig ergattern und aus der Differenz der Preise ein möglichst grosses Vermögen anhäufen, wenn er nicht etwa ein üppiges Leben vorzieht. Der mittelalterliche Handwerker aber, der in der That, wie Bücher wiederholt betont, eine Art städtisches Amt versah, hatte (als ein entschiedener Antizipando-Ketzer gegen die Profitwissenschaft) gar nicht die Absicht reich zu werden und auch nicht die Möglichkeit. Er sollte und wollte gemäss den Ansprüchen seines Amtes (den Ansprüchen, die das Amt, resp. die Gemeinschaft an ihn machte) nach den herrschenden Ansichten leben können. Diesem Gesichtspunkt, d. h. dieser Schätzung, Taxierung seines socialen Wertes, seiner Stellung und Aufgabe in der Gesellschaft gemäss richtet sich sein Einkommen und mithin (als durchaus Sekundäres!) der Preis seiner Produkte. Er nützte keine Konjunkturen aus. Dies mag ihm von modernen Nationalökonomen, auch der psychologischen und sogar der ethischen Schule (welche letztere im Grunde den Profit für das

Digitized by Google

heiligste und unantastbarste Element der Volkswirtschaft hält) als Unsinn und Unnatur ausgelegt werden, da sie gewohnt sind, den Menschen im Allgemeinen, ohne Rücksicht auf Zeit und Wirtschaftsformen, prinzipiell als ökonomischen Schmutzfink aufzufassen, der von rechtswegen und gemäss dem unentbehrlichen und ewigen „ökonomischen Prinzip" jedem Rappen Profit (der Banquier voran) heiss hungrig nachläuft. Und der echte, moderne Kulturmensch in fortgeschrittenen Ländern undbesonders in grösseren Städten entspricht in der That dieser Auffassung.

Aber es gibt auch heute noch, selbst mitten in Europa, rückständige Gegenden, die noch ein wenig im Sumpf der ungemein viel nobleren Naturalwirtschaft stecken und deren Bewohner auch nicht ohne Weiters die Konjunkturen ausnützen. Kommt in ein tirolisches Dorf mit einem guten, alten, ureingeborenen Wirtshaus, kommt mit zwei oder drei Dutzend anderen Fremden, die alle in dem Wirtshaus übernachten möchten, in welchem nur noch zwei Betten zu haben sind — so wird der Wirt die Betten wahrscheinlich den zwei Ersten geben, die ihn darum angesprochen, oder irgend welchen anderen, die ihm am besten zu Gesicht stehen, aber bezahlen lässt er sich genau so, wie wenn das ganze Haus leer stünde und ein einziger Gast an die Thüre klopfte.

Die Kaiserin von Oesterreich machte vor vielen Jahren, als sie in Meran zur Kur weilte, einmal mit etlichem Gefolge einen Ausflug ins Vintschgau und kehrte dort in einem Dorfe beim Wirte ein, wo die ganze Gesellschaft nichts weiter als frisch gesottene Kartoffel mit Salz und Butter und roten Landwein begehrte und verzehrte. Der Wirt war ganz erfreut über den hohen Besuch, es fiel ihm aber gar nicht ein, die Kaiserin mehr zahlen zu lassen, als einen Handwerksburschen, der das Gleiche genoss.

Nehmt beide Fälle in einem echt modernen, kapitalistisch geführten Touristenhotel, so steigen — ich kenne das aus dem Leben — die Zimmer sofort aufs drei- und mehrfache d. h. gerade so hoch, als die bestsituierte Nachfrage es erschwingen kann (ganz wie es im Buche steht) und die Kaiserin wird nach dem ökonomischen Prinzip schamlos geprellt. Das nennt man höchst ökonomische Ausnützung der Konjunktur; das ist modern, „theoretisch richtig", wenn man den reinen modernen Profitmacher und Reichtumskandidaten vor Augen hat. Aber der mittelalterliche Handwerker war kein solcher, so wenig als heute noch der tirolische Dorfwirt. Morgen vielleicht wird ers auch.

Digitized by Google

Das Einkommen des Handwerkers war also nicht Kapitalgewinn, der Profit nicht die Grundlage seiner Existenz, er war nicht einmal in der Lage, sich einen Profit herauszurechnen. Er lebte von seiner Funktion und gemäss dem socialen Wert derselben, sein Einkommen bemass sich also nach einem ganz anderen, der modernen Unternehmung wildfremden Prinzip. Und erst in der Profitwirtschaft ist das Vermögen Kapital.

Die zweite Periode oder Entwicklungsstufe ist, wie wir gehört haben, die Stadtwirtschaft. Sie kennzeichnet sich nach Bücher dadurch, dass für gewisse Bedürfnisse eine regelmässige Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land und mithin ein regelmässiger Austausch von Produkten stattfindet, die Güter aber, zum Unterschied von der dritten Periode, aus der produzierenden Wirtschaft unmittelbar in die konsumierende übergehen.

Was hiemit gemeint ist, ist klar: es handelt sich um das spätere Mittelalter, die Zeit von ungefähr dem 11. bis ins 16., teilweise 18. und selbst 19. Jahrhundert. Das Wort Stadt hat also hier keine allgemeine Bedeutung, d. h. mit der Stadt, auch der grössten und mächtigsten, ist diese Wirtschaft noch nicht gegeben. Das asiatische, egyptische und klassische Altertum hatte wohl Städte, aber nicht solche Wirtschaft.

Wir haben Städte genug, und auch eine andere Wirtschaft. Es ist eben die Zeit der Entstehung der von Gewerbe und Handel lebenden bürgerlichen Klasse, die Zeit der beginnenden Geldwirtschaft, die mitten in der feudalen Gesellschaft ihre Oasen gründet, die Zeit, wo das Gewerbe sich von der Herrschaft des Grundbesitzes befreit und in eigenen, ihm gehörigen Gemeinwesen zur ökonomischen Selbständigkeit und Bedeutung gelangt.

Natürlich ist die Besonderheit dieser Entwicklungsphase nicht erst von Bücher entdeckt worden, aber er hat ihre socialen und ökonomischen Charakterzüge mit gründlichster Sachkenntnis aus dem Chaos des angesammelten Materials herausgeschält und in ebenso knapper als treffender Darstellung ins hellste Licht gesetzt. Nehmen wir den zweiten, dritten und fünften Vortrag zusammen, so haben wir, glaube ich, einen anatomisch und physiologisch so fein durchgebildeten Typus vor uns, wie die Literatur dieses Gegenstandes nichts Zweites bietet. Wir wollen aber dem Leser die Lektüre des Bücher'schen Buches nicht ersparen, sondern ihm vielmehr Lust dazu

Digitized by Google

machen und deshalb mag er den Versuch, die drei bezeichneten Vorträge in ein Gesamtbild zu verarbeiten, selbst machen.

Der Hauptnachdruck scheint uns darauf gelegt werden zu müssen, dass nach Bücher's Ausdruck die Stadt mit dem umliegenden (in Deutschland durchschnittlich 2—8 Quadratmeilen umfassenden) Gebiete eine territoriale Wirtschaftsgemeinschaft geworden ist (S. 46), die auf gegenseitigem direkten Austausche landwirtschaftlicher und gewerblicher Produkte zwischen den jedesmaligen Erzeugern und Verbrauchern beruht. Dazu gehörte ein bequemes Marktwesen, aber kein besonderer Handelsstand. Dieser spielte noch eine sehr unbedeutende Rolle. Der Kleinhandel treibt nur „Pfennwerte für den armen Mann" um und der Grosshandel ist ausschliesslich Wander-, Markt- oder Messhandel und gibt sich nur mit wenigen Produkten ferner Länder ab. Darin mag es wohl hauptsächlich gelegen sein, dass das Handwerk einen goldenen Boden hatte. „Jenes parasitische Ueberwuchern der distributiven Berufsarten, das die Gegenwart beklagt, fand in dieser Gesellschaft keinen Raum" (S. 237). Nimmt man dazu, dass das Kapital noch nichts bedeutete, dass im Mittelalter z. B. in Frankfurt a. M. den unmittelbar produktiven Berufsarten in den Gewerben und der Urproduktion 80 Prozent angehörten, heute nur 38, dass es in den mittelalterlichen Städten bei den höchst ungünstigen sanitären Verhältnissen, den häufigen und äusserst mörderischen Epidemien u. s. w. nicht an Erwerbsgelegenheiten, wohl aber an Händen fehlte (S. 228), so dass selbst Frauen sehr zahlreich in den Gewerben beschäftigt erscheinen, auch als Meisterinnen, dass es manchenorts eigene Frauenzünfte gibt, dass Frauen Bade- und Rasierstuben halten, sogar Wechselstuben, als Aerztinnen auftreten u. s. w.*), so dass man in Frankfurt um 10 Prozent mehr weibliche als männliche Steuerpflichtige zählte: so begreift man wohl, dass zu jener Zeit die Wohlhabenheit sehr verbreitet und die Vermögensunterschiede lange nicht so gross waren wie heute. Dabei ist der Handwerker noch ein halber Bauer und hängt mithin nicht blos von seiner Kundschaft ab — kurz wir haben da, um auf unsere früheren Bemerkungen zurückzukommen, eine halbe Natural-, eine unentwickelte Geldwirthschaft auf Grundlage einer be-

*) Die „Ausschliesslichkeit, mit der die Wirtschaftsordnung des Mittelalters die Frauen auf das Haus verwies" (S. 222), scheint also nicht sehr ernst genommen worden zu sein. Jedenfalls waren die Stadtbürger damals keine Prinzipienreiter und vielleicht in Bezug auf die Frauen weniger von Vorurteilen beschränkt als wir

Digitized by Google

schränkten Arbeitsteilung und daher relativ geringen Produktivität der Arbeit, mit allen Vor- und Nachteilen eines solchen Zustands der Dinge. Von den Nachteilen wurden hauptsächlich die Bauern betroffen (s. S. 246 und 249), doch litten diese wohl mehr vom Feudalismus als von der wirtschaftlichen Uebermacht der Städte, und durchaus nicht überall.

Die dritte Periode ist die der Volkswirtschaft, der Warenproduktion, des Güterumlaufs, „in welcher die Güter in der Regel eine Reihe von Wirtschaften passieren müssen, ehe sie zum Verbrauch gelangen“ (S. 15). Nach Bücher's Ansicht ist die Ausbildung der Volkswirtschaft im wesentlichen eine Frucht der politischen Zentralisation seit Ende des Mittelalters. Man kann allerdings mit vollem Rechte auch das Umgekehrte sagen, nämlich, dass die sich von den Städten ausbreitende Geldwirtschaft erst die Konzentrierung der Staatsgewalt durch stehende Armeen, Bureaukraten und Steuern ermöglichte und vorbereitete und wahrscheinlich postulierte; aber dass dann die konzentrierte Staatsgewalt sehr viel mithalf zur weiteren Entwicklung der kapitalistischen Wirthschaft, ist unzweifelhaft. Was jedoch da neu entstand, das scheint mir weniger eine Volkswirtschaft in Bücher's Sinn, als vielmehr die Staatswirtschaft zu sein, dergleichen es im Mittelalter thatsächlich nicht gegeben hatte.

Denn unter Volkswirtschaft versteht er „ein System nationaler Bedürfnis-Befriedigung“ (S. 69), er spricht von einer „nach aussen abgeschlossenen Staatswirtschaft“, womit er (S. 111) die Volkswirtschaft identifiziert, „welche alle Bedürfnisse der Staatsangehörigen durch die nationale Arbeit zu befriedigen im Stande sei und durch einen lebhaften Verkehr im Innern alle natürlichen Hilfsmittel des Landes und alle individuellen Kräfte des Volks in den Dienst des Ganzen stelle“ (S. 71), und diese Volkswirtschaft oder nationale Bedürfnis-Befriedigung soll „das Ziel der Wirtschaftspolitik aller vorgeschrittenen europäischen Staaten“ vom 16. bis 18. Jahrhundert gewesen sein. Hier treffen wir wieder auf die bei den Deutschen, welche doch am wenigsten Grund dazu haben, so häufige Staatsüberschätzung und -Verherrlichung. Was? diese hochmütigen, unverschämten, habsüchtigen, verschwenderischen, liederlichen Despoten, die in fiskalischer Plusmacherei das Uebermenschlichste oder Unmenschlichste leisteten, nie genug Soldaten und Maitressen und daher nie genug Steuern hatten, die sollten daran gedacht haben, für die Bedürfnisse aller ihrer Unterthanen zu sorgen? Sie dachten an gar nichts,

Digitized by Google

als den eigenen Säckel, und nur weil dieser durch Steuern gefüllt werden musste und die Steuern bloss aus den Taschen des gemeinen Volkes zu nehmen waren, suchten sie durch allerlei, oft unvernünftigste Gewaltmassregeln recht viel Geld ins Land zu bekommen, waren heisshungrig nach Kolonien (um sie auszupressen), nach „günstigen" Handelsverträgen mit anderen Staaten (um sie zu ruiniren) und nach „günstigen" Handelsbilanzen, um neue Steuern anzulegen, neue Schulden zu machen. Und wie sie sich um den „inneren Verkehr" bekümmerten, das kann man in dem zitierten Buche Vauban's mit Schrecken lesen. Nicht im Geringsten handelte es sich um nationale Bedürfnis-Befriedigung, sondern lediglich um die Finanzen.

Daher interessierte sich der Staat vor Allem für den Aussenhandel und für die Export-Industrien, die am meisten Geld einbringen sollten, und die Landwirtschaft, die doch bei der nationalen Bedürfnis-Befriedigung die wichtigste Rolle spielt, wurde greulich vernachlässigt und misshandelt.

Die Fortschritte der Geldwirtschaft nennt Bücher „eine Frucht erzieherischer Staatsthätigkeit". Ich glaube, die Entdeckung Amerikas und des Seewegs nach Ostindien haben unendlich viel mehr zur Entwicklung der modernen Wirtschaft beigetragen, als das brutale Zutappen der Herren von Gottesgnaden und ihrer bornierten Hofräte. Und man denke doch an das namenlose Elend der ungeheuren Mehrheit des Volkes, z. B. unter Ludwig dem XIV., der doch wenigstens eine Zeit lang einen genialen, wenn auch in gewissen Irrtümern seiner Zeit befangenen Verwalter an seiner Seite hatte!

Monopole und Privilegien waren nie „Erziehungsmittel — welche wegfallen konnten, wenn sie ihre Zwecke erfüllt hatten" (S. 74), sie hatten keinen erzieherischen Zweck und haben keinen erfüllt.

Nirgends gab es weniger dieser echten Produkte absolutistischer Oekonomik als in Holland und England, und nirgends entwickelte sich die Geldwirtschaft und der moderne Reichthum rascher und höher als da. Und wie weit blieben die Deutschen zurück, die, wie Professor Conrad sagt, durch ein langjähriges, engherziges Polizei-Regiment in wirtschaftliche Lethargie verfielen und die Gewohnheit annahmen, sich in allen Dingen auf den Staat zu verlassen, ihn für jedes Unglück verantwortlich zu machen, von ihm stets Hilfe zu erwarten, die, kurz gesagt, durch die bekannten Erziehungsmittel aus wirtschaftlichen Männern zu wirtschaftlichen Kindern gemacht worden waren. „Freie, in Geld entlohnte Taglöhner, sagt Erwin Nasse,

Digitized by Google

Zeitpächter und Eigentümer waren (in England) schon im Mittelalter an die Stelle der leibeigenen Bauern und mit Frohndiensten bewirtschafteten Höfe ohne Dazwischenkunft des Staates, wie von selbst getreten. — Bald darauf (nach dem Aufschwung der Minen-Industrie) durchzieht sich das ganze Land in wenigen Jahrzehnten, ohne jede staatliche Hilfe, mit einem dichten Kanalnetze" u. s. w.

Und wenn, wie Bücher bemerkt, die neueste politische Entwicklung der europäischen Staaten ein Zurückgreifen auf die Ideen des Merkantilismus zur Folge gehabt (S. 75), so ist das, wie ich fürchte, nur ein Anzeichen, dass wir in neuester Zeit in mancher Beziehung rückwärts — statt vorwärts gegangen sind. Und kann man denn ein System, wie die Bismarck'sche Wirtschaftspolitik, das darauf hinausgeht, den eigenen Boden in Form von Schnaps und Zucker zu exportieren, und die Nation mit fremdem, in Getreideform importierten zu nähren, die Steinkohlen den eigenen Landsleuten zu den höchsten Preisen zu verkaufen, um sie an fremde Völker zu Spottpreisen zu verschleudern u. s. w., ein nationales, ein System nationaler Bedürfnis-Befriedigung nennen? Der Schutzzoll, der nach Adolf Wagner und Anderen offenbar ein wesentliches Merkmal und Element der „Volks"-Wirtschaft ist, hatte fast nie einen anderen Zweck und Erfolg, als einzelne, und meist die allerreichsten Unternehmer- resp. Besitzerkreise noch reicher zu machen, er gehört also allerdings in das Gebiet der „Privilegien und Monopole" und ist, abgesehen von allen möglichen anderen Gründen, schon deshalb als Erziehungsmittel eine Absurdität, weil er stets eine dauernde Institution zu werden strebt. Erziehungsmittel socialer Art könnten unsere Zucker- und Schnapsbarone und Eisen- und Steinkohlenkönige allerdings brauchen, aber die würden einen ganz anderen Charakter haben, als Privilegien und Monopole.

Die Völker Europas seufzen in der That, ganz nach Analogie der merkantilistischen Periode, recht vernehmlich unter dieser neuesten Phase der „nationalen Bedürfnis-Befriedigung", die fiskalische Plusmacherei, wenn auch in modernen, „rationelleren", von den Juristen schulgerecht zugeschnittenen Formen, steht wieder in schönster Blüte — man nennt das „Gesetz des wachsenden Staatsbedarfs" — der Militarismus und die bureaukratische Allregiererei feiern ihre traurigen Triumphe, bis zum nächsten Krach des „Systems", der bei seinen absoluten inneren Widersprüchen und Unmöglichkeiten ganz unvermeidlich ist, aber sich hoffentlich in ganz behaglicher Weise voll-

Digitized by Google

ziehen wird, so dass die erlösten Völker eines Tages sich verwundert an den Kopf greifen und ausrufen: Gott! Wie konnten wir so lange so dumm sein?

Mit Entsetzen spricht der loyale Spiessbürger von der „Zwangsjacke des Socialstaats", die ja, sowie sie sich in den Köpfen vieler Socialisten abspiegelt, in der That ein sehr fatales Garderobestück sein mag; aber der Arme merkt nicht, dass er die staatliche Zwangsjacke, gekrönt von der nationalen Narrenkappe, selbst trägt.

Und wenn Bücher sagt: Es ist ein Irrtum, dass die Periode der Volkswirtschaft zur Neige gehe und der der Weltwirtschaft Platz mache — so fürchte ich, der Irrtum liegt auf seiner Seite. Was hat sich denn in Elsass-Lothringen in wirtschaftlicher Hinsicht so Wesentliches dadurch geändert, dass es aus der französischen „Volkswirtschaft" ausschied und in die deutsche eintrat?

Lasst den Schutzzoll weg und fragt, was dann die Landesgrenzen in wirtschaftlicher Hinsicht Entscheidendes sagen wollen! Oder soll denn wirklich der ganze Begriff und das ganze Wesen der Volkswirtschaft auf dem Schutzzoll beruhen? Das wäre eine traurige Grundlage.

Man lasse den auswärtigen Handel aus der Wirtschaft eines Landes weg, und man steht in vielen, vielleicht in allen Fällen vor einer Unmöglichkeit. Man denke sich ein nationales Bank- und Börsenwesen isoliert und man steht vor einer Unmöglichkeit. Man versuche ohne die Hauptartikel des internationalen und nationalen Handels, Baumwolle und Kolonialwaaren, auszukommen, und man steht abermals vor einer Unmöglichkeit. Gerade die neueste politische Entwicklung mit ihren Schutzzöllen, einem System, in welchem heute wie vor zweihundert Jahren jedes Volk möglichst viel an andere verkaufen und nichts von ihnen kaufen will oder soll, ist selbst ein kolossaler Widerspruch und auf die Dauer eine Unmöglichkeit, trotz ihres „nationalen Charakters".

Und das Nationalitätenprinzip, das nach Bücher ein „Grundsatz von gewaltiger zusammenfassender Kraft geworden", hat uns glücklich dahin geführt, dass Europa bei nächster Gelegenheit zehn Millionen seiner tüchtigsten Bewohner damit beschäftigt sehen kann, sich gegenseitig und damit die ganze europäische Kultur zu erwürgen. Das Nationalitätenprinzip rettet uns nicht vor der Barbarei, ganz im Gegenteil; wir brauchen offenbar ein anderes, das sich mit dem Menschen begnügt, gleichviel ob er Germane, Slave oder Romane ist,

Digitized by Google

das wirklich den Bestand der europäischen Kultur sichert und die sociale Bedürfnis-Befriedigung garantiert. Dies Prinzip wird sich, wenn wir nicht etwa zu Grunde gehen, ganz von selbst aufdrängen und diejenigen, die sich dann seiner bemächtigen, werden gewiss über die Vertreter des reaktionären Nationalismus siegen, trotz ihrer nationalen Socialreformen, welche die Einen nicht befriedigen und die Anderen verbittern. Denn der moderne Popanz Staat, dessen einziges Aktionsmittel die Gewalt ist und der daher mit jedem Geschäft, das er übernimmt, die Sphäre der persönlichen Freiheit beschränkt, kann dem Einen nicht geben, ohne dem Andern ungefähr das Doppelte zu nehmen, und bringt es so höchstens zu einer Art Staatsalmosen, das die Empfänger nicht tröstet und die Geber ärgert. Der Staat, auch der socialdemokratische, schafft die bessere Wirtschaft der Zukunft, auf die fast alle Welt in irgend einem Sinne hofft, ebensowenig, als er unsere bürgerliche Wirtschaft geschaffen hat. Im besten Fall kann er, d. h. die jeweiligen Machthaber, die doch immer in erster Linie an ihre eigene Stellung und deren Erhaltung denken, bei einem solchen Prozess innerer gesellschaftlicher Neugestaltung nicht stören, und, wenn derselbe in der Hauptsache durchgeführt ist, ihm die Sanktion geben — wenn es nötig ist.

Digitized by Google

III.

Politisches.

1. Aus Bismarckischer Zeit.
2. Der künftige Weltkrieg.
3. Der Kongress für internationale Arbeiterschutzgesetzgebung.
4. Der Staat und die Nationalitäten in Oesterreich.

Digitized by Google

Digitized by Google

Aus Bismarckischer Zeit.

(Juli 1889.)

Ein deutscher Polizeibeamter unterhält mit einem deutschen Socialdemokraten eine längere Zeit fortgesetzte Verbindung, lässt sich von ihm besuchen, besucht ihn wieder, schreibt ihm von Zeit zu Zeit, verlangt von ihm, dass er lustig wühlen solle, und bezahlt ihn dafür. Gut, das ist an und für sich eine echt moderne Geschichte, die in gewissen Ländern hundertmal vorgekommen sein mag und gewöhnlich damit endet, dass irgend jemand, der sich von dem Lockspitzel zu einer unbedachten Aeusserung oder Handlung verleiten liess, eingesperrt oder ausgewiesen oder eingesperrt und ausgewiesen wird, während der fragliche Polizeibeamte oder auch der Lockspitzel Beförderung oder eine Auszeichnung oder sonst irgend eine Belohnung erhält. Ländlich, sittlich! Uns hier in der Schweiz geht das nichts an. Diesmal aber befand sich der deutsche Lockspitzel in der Schweiz und ward von dem deutschen Polizeimann aufgefordert, in der Schweiz lustig darauf los zu wühlen, und der bezahlte Lockspitzel war gar kein wirklicher Lockspitzel, sondern ein wirklicher Socialdemokrat und der deutsche Polizeimann in seiner Borniertheit merkte das nicht und kam in die Schweiz herüber und hier wurde er selbst als Lockspitzel, da er den andern zum Locken verlockt hatte, verhaftet, und als seine Schuld vollständig erwiesen war, samt dem vermeintlichen Lockspitzel ausgewiesen.

Dass die Bismarckische Regieruug, die, wie sie selbst einst erklärte, an dem System der Nicht-Gentlemen festhalten zu müssen glaubt, über dieses Schicksal einer Stütze des besagten Systems nicht gerade

Digitized by Google

erfreut war, ist begreiflich. Aber jedermann hätte denken mögen, sie werde froh sein, wenn von der Sache möglichst wenig gesprochen werde, da ja dabei keine Ehre zu holen war und an dem vollsten Rechte der Schweiz, einen fremden agent provocateur über die Grenze zu spedieren, vernünftiger Weise nicht gezweifelt werden konnte. Der Polizeibeamte war weder bezüglich seiner Moral noch bezüglich seiner Intelligenz zu retten, und dass die deutsche Regierung einen ungeschickten Beamten, der sie vor dem Ausland blossstellt, fallen zu lassen im Stande ist, hat Fürst Bismarck unlängst in der Samoa-Angelegenheit gezeigt. Allein diesmal erfolgte etwas ganz Unerwartetes. Zuerst wurde in der denkbar schroffsten Weise zu beweisen versucht, dass die Schweiz kein Recht habe, einen fremden Lockspitzel auszuweisen und als das denn doch nicht ging, als man in Deutschland selbst in allen möglichen Kreisen und Tonarten über diese vergeblichen Purzelbäume der offiziösen Logik die Achseln zuckte, da begann man, einesteils um die unangenehme Affaire Wohlgemuth in den Hintergrund zu drängen, anderenteils um sich an der kleinen Schweiz dafür, dass sie an ihrem guten Rechte festhielt, durch Drohungen aller Art zu rächen, und endlich, um bei dieser Gelegenheit, da die Schweiz sich ja wohl schliesslich einschüchtern lassen würde, für sich selbst einen Nutzen herauszuschlagen, nämlich der Reaktion ein weiteres Aktionsgebiet zu schaffen und den Gegnern des gegenwärtigen Regimes in Deutschland auch die Möglichkeit zu nehmen, in der nahen Schweiz ohne Gefahr atmen und leben zu können, den Feldzug auf ein neues Gebiet zu verpflanzen: man griff unter ebenso heftigen als grundlosen, täglich erneuerten Vorwürfen die Neutralität und das Asylrecht des Schweiz an.

Was das letztere betrifft, so hat die Schweiz nicht mehr und nicht weniger Asylrecht als jeder andere souveräne Staat in der ganzen Welt. Versteht man nämlich — wie das hier der Fall ist —unter Asylrecht das Recht eines Staates, fremde Leute, die sich irgendwo politisch compromittiert haben, bei sich aufzunehmen und leben zu lassen, so hat jeder Staat jederzeit dieses Recht besessen, sofern er nicht sich ausdrücklich anderen Staaten gegenüber verpflichtet hat, die daher kommenden politischen Flüchtlinge denselben auszuliefern. Dieses Asylrecht hat also Deutschland sogut wie die Schweiz, Russland sogut wie Deutschland und Russland hat es sogar in letzter Zeit in grossem Massstabe ausgeübt. Die Serben, die Bulgaren, die Rumänen, die gegen ihr heimatliches Regime revoltierten, selbst solche,

Digitized by Google

die gegen ihre eigenen Fürsten Attentate verübten, fanden in Russland Zuflucht und Förderung jeder Art. Natürlich beschützt Jeder diejenigen am liebsten, die seinem Herzen am nächsten stehn, despotische Staaten nur die Flüchtlinge, die ihren Interessen dienen; die Schweiz hat sich in dieser Beziehung bisher so nobel als möglich benommen, sie frug die Flüchtlinge nicht nach ihren politischen Ansichten, sondern sagte gleichsam zu jedem: Du bist ein armer, wegen seiner Ueberzeugungen verfolgter Mensch; das genügt — wir weisen Dich nicht zurück.

Nur in diesem Sinn gibt es ein besonderes Asylrecht der Schweiz, dass sie gewissermassen jedem politischen Flüchtlinge das Recht einräumt zu hoffen, er sei gerettet, wenn er den schweizerischen Boden unter seinen Füssen fühle. Das ist aber nicht ein Recht, das irgend jemand der Schweiz eingeräumt hat, sondern ein Recht, das sie vermöge ihres Benehmens den Verfolgten einräumt. England zeigt das Asylrecht in diesem Sinn in noch besserer Qualität, und kann das aus dem einzigen Grunde, weil es stärker ist. Wäre die Schweiz ein mächtiger Grossstaat, so würde Deutschland sich bei ihr wegen seines Wohlgemuth höflichst entschuldigt und versprochen haben, dass so etwas nicht mehr vorkommen solle. Wegen ihrer Schwäche musste die Schweiz wiederholt, dem Drucke irgend einer reaktionären Grossmacht nachgebend, Flüchtlinge und andere Leute ausweisen, die dann in dem monarchischen England absolut sicher waren, weil Niemand wegen solcher Erbärmlichkeiten mit einer Grossmacht Händel anfängt. Will sich die deutsche Regierung konsequent und tapfer zeigen, so soll sie doch nun auch von England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika verlangen, dass sie keine deutschen Socialdemokraten bei sich dulden, die dort etwas schreiben und drucken lassen, was dann in Deutschland gelesen wird. Deutsche Blätter machten der Schweiz sogar Vorwürfe darüber, dass sie die jüngst ausgewiesenen Russen, von welchen kein einziger etwas gethan hatte, was in einem freien Lande verboten ist, ungehindert über die französische Grenze gehen liess. In Deutschland fahndete man auf diese armen Teufel, die für ihre antidespotische Gesinnung durch lebenslängliches Exil wahrlich genügend gestraft sind, und war offenbar bereit, sie den russischen Gendarmen auszuliefern, wahrscheinlich um den Russen für die viele Freundschaft, die sie gegen Deutschland hegen, einen neuen unerbetenen Dienst zu leisten. Frankreich, das wirklich mit Russland befreuendet ist und sehr nach dessen Gunst strebt, nahm sie

Digitized by Google

ohne Umstände auf, und lässt sie ruhig in Paris leben, wie sie früher in Zürich gelebt hatten, und Russland denkt nicht daran, Auslieferung oder auch nur Ausweisung zu verlangen, die Frankreich, als ein grosser und freier Staat, nicht zugestehen könnte. Das übrige Europa sollte die russischen Revolutionäre als seine Alliierten und Vorkämpfer auf alle Weise hegen und pflegen und in dieser Beziehung sich Russlands Verhalten gegen die Donaustaaten zum Muster nehmen. Es ist höchste Borniertheit, die Nihilisten zu bekämpfen.

Was aber die Frage der Neutralität der Schweiz anbelangt, so ist zweierlei klar: nämlich dass Deutschland dieselbe ebenso gut verletzen kann, wie jede andere Macht, welche die Verträge nicht achtet, und dass unter den obwaltenden Umständen, wo von ihm die Neutralität ohne jede denkbare Veranlassung in die Diskussion hereingezerrt wurde, jedermann leicht auf den Gedanken kommen konnte, der ganze Streit sei nur ein Vorwand, um im Fall des Bedarfs ungenierter die Neutralität verletzen zu können. Was der Schweiz „im Fall des Bedarfs" bevorsteht, das weiss sie nun; sprechen doch deutsche, regierungsfreundliche Blätter – höchst anständig! — bereits von der Aufteilung der Schweiz. Welche Sympathien für Deutschland ein derartiges Vorgehen des Grossen gegen den Kleinen nicht bloss in der Schweiz, sondern in der ganzen civilisierten Welt erwecken muss, welches Mass von Friedensliebe und Rechtssinn dem Grossen zugetraut werden muss, wenn er den Kleinen, bloss deshalb weil dieser von seinem Hausrecht auf dem eigenen Gebiete im Sinne eines modernen, freien Staates den vollberechtigten Gebrauch macht, in so unglaublich schroffer Weise befeindet, ja indirekt mit Invasion bedroht — das ist nicht schwer zu denken.*)

Die Schweiz mag sich, wenigstens was die schroffe Form des Vorgehens betrifft, einigermassen damit trösten, dass selbst der lammfrommste, alleruntertänigste deutsche Reichsbürger nicht davor sicher ist, von den offiziösen Organen wie ein Missethäter behandelt zu werden, wenn er nur ein einziges Mal am unrechten Orte, selbst ohne zu wissen, dass es Ministerohren unangenehm berühren könnte, die Wahrheit sagt. Zeugnis dessen ist das Schicksal des deutschen

*) Die Grossherzigkeit des jungen Kaisers und die Noblesse des neuen Kanzlers machte bekanntlich dieser traurigen Gewalt- und Spitzelpolilik ein Ende, worüber die Bismarck-Hurrah-Menschen bis heute unglücklich sind (1894).

Digitized by Google

Reichsvereins in Zürich. Die „Nordd. Allgem. Ztg." hatte die Schweiz ein wildes Land genannt, in welchem jeder Deutsche als solcher vogelfrei sei. Der genannte Reichsverein, der die deutsche Reichsloyalität in Grossbetrieb genommen hat, der gar keinen anderen Zweck hat als loyal zu sein, ausgenommen vielleicht den, seine Loyalität möglichst deutlich zu zeigen, dessen wichtigste tonangebende Mitglieder nichts sehnlicher wünschen als deutsche Aemter und Orden, dieser zuckersüsse, himmelblaue und engelsmilde Reichsverein, der jedes allerhöchste Geburtsfest und alle ähnlichen Anlässe voll Begeisterung gefeiert hat und sich lieber den Kopf herabreissen liesse, als dass er etwas thäte, was der deutschen Reichsregierung aus irgend einem Grunde nicht ganz erwünscht sein könnte, schrieb an die „Nordd. Allgem.", dass die Schweiz doch eigentlich kein wildes Land sei und die Deutschen in derselben nicht vogelfrei. Er hatte offenbar, in seltsamer Verblendung, geglaubt, die „Norddeutsche" irre sich bloss, sei bloss nicht gut unterrichtet, er verstand nicht, dass sie im Auftrag und in vollem Bewusstsein log, und wollte sie eines Bessern belehren. Er meinte wohl: Wenn so vornehme Leute wie wir, deutsche Adelige, deutsche Professoren, deutsche Konsuln, deutsche Millionäre sagen, wir seien hier nicht vogelfrei sondern befinden uns — in Erwartung eines bessern, das wir zu erringen hoffen — ganz leidlich, werden auch in der Ausübung unseres Loyalitätsgeschäftes hier keineswegs gehindert — so wird man in Berlin gewiss sagen: Sehr brav! wir haben uns also geirrt, jetzt wissen wir es, dank dem guten Reichsverein, besser. Und in der Schweiz wird man sagen: Seht diese wackeren Männer, sie standen für uns ein, wir müssen ihnen dankbar sein — und Alles ist wieder gut, besonders für uns.

Statt dessen nannte die „Nordd. Allg." diese armen Ritter von der traurigen Gestalt, die es so gut gemeint und sich immer so korrekt aufgeführt hatten, Anarchisten, Nihilisten, Meuchelmörder, und gab ihnen in einem besonderen Artikel förmlich die Ruthe. Man kann sich den Schrecken denken!

Inzwischen fährt die „Nordd. Allgem." täglich fort, die Schweiz in der gehässigsten Manier verantwortlich zu machen für die socialdemokratische Propaganda in Deutschland. Kehren wir einmal den Spiess um und fragen wir vom schweizerischen Standpunkte: Woher kommen uns denn diese fatalen Socialdemokraten? etwa aus dem wilden und freien Frankreich oder dem freien England oder dem freien Italien oder aus der grossen und sehr freien transatlantischen Republik?

Digitized by Google

Die Socialdemokraten kommen aus Deutschland, die Nihilisten kommen aus Russland. Geht von Westen nach Osten in Europa, wenn ihr die Brutstätten der Socialrevolutionäre kennen lernen wollt, bedankt euch bei den Russen und Deutschen für dieselben, diese züchten sie en gros und beklagen sich dann bei Euch, wenn Einige davon zu Euch kommen. In Amerika spielt die Socialdemokratie keine Rolle, in England spielt sie keine Rolle, in Frankreich, in Italien, in der Schweiz spielt sie eine höchst unbedeutende Rolle, man fürchtet sich da gar nicht vor ihr. In Deutschland spielt sie eine ungeheure Rolle, sie schien schon vor 11 Jahren so wichtig, dass man von dem in der ganzen zivilisierten Welt herrschenden Grundsatz der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Rechte abging und für sie ein Extrarecht, ein gemindertes Recht schuf. Von Deutschland geht die moderne socialrevolutionäre Bewegung aus, in Deutschland sind die Marx, Engels, Lassalle, Liebknecht, Bebel und tutti quanti geboren und aufgewachsen, Deutschland ist den anderen Ländern dafür verantwortlich, Deutschland — nicht die Schweiz, nicht England, nicht Nordamerika — hätte die geeigneten Massregeln gegen dieselbe treffen sollen und hat offenbar die ungeeigneten getroffen. Im Jahre 1871 wurden bei den Wahlen für den deutschen Reichstag 101 927 socialdemokratische Stimmen gezählt, 1878 437 458, 1887 774 182.

Möge die deutsche Regierung ihre Socialdemokraten nur zu Hause behalten, wir brauchen sie wahrlich nicht und beneiden sie nicht darum. Aber wenn sie zu uns kommen und nichts weiter verbrochen haben, als dass sie über gewisse Gegenstände ihre besonderen Gedanken hegen und wünschen, dass alle Welt so denke wie sie, so können wir sie bloss deshalb nicht zurückweisen: dazu sind wir einfach zu human und es ist gegen unsere Grundsätze, wie es gegen die Grundsätze der Franzosen, Engländer etc. kurz der modern denkenden Völker ist. Diese gehen von dem Standpunkt aus, dass jeder Mensch ein natürliches Recht hat zu denken und seine Gedanken durch Worte und Schrift mitzuteilen. Dass die Gedanken eines Menschen einem andern unangenehm sein können, wissen sie recht gut, sehen aber darin keinen Anlass zu Verfolgung und Strafe, eingedenk der historischen Erfahrung, dass manches Neue anfangs vielen höchst bedenklich schien, das sich dann später als eine wirkliche Errungenschaft erwies.

Nur Thaten strafen sie, mögen dieselben gegen sie selbst oder gegen andere gerichtet sein. Dass manchmal der Parteigeist und

Digitized by Google

das Parteiinteresse den schönen Grundsatz ausser Acht lässt oder dass ein Staat durch Verhältnisse, über die er keine Macht hat, dazu gezwungen sein kann, ihn ausser Acht zu lassen, ist wahr, aber bedauerlich.

Aber hat denn die socialdemokratische Partei als solche oder irgend jemand in ihrem Namen und Auftrag in Deutschland je eine verbrecherische That begangen? und ist diese That in der Schweiz vorbereitet worden? Gesprochen haben die Leute hier und geschrieben und ihre Schreibereien haben sie nach Deutschland geschickt und das duldete die Schweiz als moderner Staat Jahre lang und jetzt duldet es England, als moderner Staat, obwohl der „Socialdemokrat", seit er in London erscheint, hundertmal schärfer und boshafter geschrieben ist, als früher in der Schweiz. Dass Ihr in Deutschland allerlei Druckschriften verboten habt, geht uns wahrlich nichts an; schützt Euch selbst vor dem Einschmuggeln. Uns sind diese Schriften nicht schädlich, wir fürchten uns wenigstens nicht davor. In Russland ist gar manches verboten, was in Deutschland gedruckt werden darf und dann in Russland eingeschmuggelt wird. Sollen die Russen das Recht haben, sich in Eure Pressverhältnisse einzumischen? Aber wäre es, wenn es so fort geht, nicht möglich, dass Ihr eines Tages etwa auch die Schriften eines Darwin verbietet, als die Religiosität verletzend, oder die Romane Dickens', der einen ausserordentlich geringen Respekt vor den „Edelsten der Nation" zeigt und auf diese Weise vielleicht die Gefühle allerhöchster Persönlichkeiten choquirt, mithin doch nur von Reichsfeinden gelesen werden könnte. Und sollen auch wir dann den Druck oder Import dieser Werke verbieten, damit sie bei Euch nicht eingeschmuggelt werden können? Ei, verlangt doch einmal so etwas von den Engländern! Ihr werdet Euch doch gewiss nicht vor ihnen fürchten, denn Ihr fürchtet ja nur Gott und Gott ist kein Engländer. Deutschland möge dafür sorgen, dass die Million socialdemokratischer Staatsbürger, die bei den nächsten Wahlen gezählt werden wird, samt ihren Frauen und allen sonstigen Ungezählten und Unzählbaren, welche über die heutigen Zustände erbittert sind, in wohlzufriedene, reichstreue Patrioten umgewandelt werden: dann laufen uns keine Revolutionäre mehr über die Grenze, dann werden weder hier noch sonstwo socialdemokratische Schriften für deutschen Bedarf gedruckt und wir leben alle in Frieden und Eintracht. Sowie die Sachen vorläufig stehen, besonders mit Rücksicht auf die Lockspitzel, wird jedermann unwillkürlich an die Geschichte erinnert, in welcher ein kleines Tier beschuldigt wird, dem grossen das Wasser getrübt zu haben.

Digitized by Google

Digitized by Google

Der künftige Weltkrieg.

(Oktober 1889.)

Mit grossem Interesse haben wir in Nr. 271 der „N. Z.-Ztg" die Auseinandersetzungen des Herrn Obersten Rothpletz über den künftigen Weltkrieg und über die Stellung der Schweiz in demselben gelesen und bedauern nur, dass er über letztere keine bestimmten, positiven Gedanken, sondern nur Andeutungen gibt, indem er einerseits erklärt, dass es misslich wäre, wenn die Schweiz durch Zufall oder Zwang in eine Parteistellung geraten würde, in der sie schliesslich gegen ihr eigenes Lebensprinzip ankämpfen müsste, und anderseits uns zu näherer Information auf die Schriften eines preussischen Majors a. D. Otto Wachs hinweist. Diese Schriften sind uns, als Nicht-Militär, unbekannt, doch Herr Rothpletz teilt uns wenigstens den unzweifelhaft wichtigsten Grundgedanken derselben mit: dass nur ein gemeinsames Vorgehen der europäischen Staaten die Machtstellung und die Kultur des Abendlandes vor der Herrschaft des Slaventums schützen kann.

Damit sind wir vollkommen einverstanden. Wenn ganz Europa einig wäre gegen das Zarentum und den Panslavismus, so könnte die sogenannte orientalische Frage ein für alle Mal in einem für die Interessen der europäischen Kultur nicht bloss unschädlichen, sondern entschieden förderlichen Sinne gelöst werden durch Errichtung einer auf freiheitlicher Grundlage aufgebauten, der Schweiz ähnlichen Konföderation der unteren Donaustaaten, die durch ihre innere Freiheit, durch den modern europäischen Zuschnitt ihrer Verfassungen allein schon in solchen tiefen Gegensatz zum despotischen Russentum kämen,

Digitized by Google

dass von einem Ausbreiten der russischen Macht nach Süden zu schon deswegen keine Rede mehr sein könnte.

Allein da das Russland der Zaren nicht heute oder morgen, sondern immerfort und grundsätzlich ein Todfeind westeuropäischer Kulturentwicklung ist, weshalb Napoleon I. in seinem bekannten Ausspruch mit Recht dem Kosakentum den Republikanismus gegenüberstellte, nicht etwa das preussische oder italienische oder irgend ein anderes König- oder Kaisertum, so müsste die Vereinigung Europas gegen Russland auch eine ständige, also auf dauernden Grundlagen beruhende, sozusagen verfassungsmässige Institution sein, oder m. a. W.: sollen wir vor der Kosakenherrschaft sicher sein, so brauchen wir die Vereinigten Staaten von Europa. Gar nichts anderes schützt uns vor dieser Gefahr, gar nichts anderes wird auf die Dauer die europäische Kultur überhaupt vor Untergang oder anhaltendem Siechtum sichern.

Den Vereinigten Staaten Europa's gegenüber könnte Russland an keinen Krieg mehr denken, wenn sie es nicht selbst dazu zwängen. Und das Zarentum — als Ausdruck des innersten Wesens der gegenwärtigen und schon Jahrhunderte alten panslavistischen russischen Politik — wäre von dem Augenblicke an, wo die Expansionskraft des Riesenreiches für immer unterbunden wäre, selbst dem Untergang geweiht. Russland müsste notwendig etwas ganz anderes werden, als es gegenwärtig ist; die von westeuropäischen Gedanken erfüllten, fortgeschrittenen, heute als Nihilisten und Revolutionäre bekannten, nach Sibirien verbannten, eingesperrten, an die Galgen gehängten Elemente würden die Oberhand bekommen und das europäische Russland — dann einen Kulturfaktor von unendlicher Bedeutung und unschätzbarem Werte für die kulturelle Eroberung der Riesengebiete Asiens — in ziemlich kurzer Zeit reif machen, den Vereinigten Staaten von Europa beizutreten.

Bekommen wir diese nicht, was werden wir dann haben? Wachsende Militärbudgets, wachsende Steuern, wachsende Staatsschulden, zunehmende Unproduktivität unserer Wirtschaft, zunehmende Verrohung der Bevölkerung durch Not und Militarismus, durch den beständig von Seiten der Interessenten geschürten Hass von Volk gegen Volk und endlich einen Riesenkrieg, der Europa für immer zu Grunde richtet. Glaubt nicht, durch irgend welche Politik und Pfiffigkeit Euer eigenes Land vor dem Ruin retten zu können! Wenn es einmal dazu kommt, dass sechs bis acht Millionen Menschen, die Kraft und Hoffnung aller Nationen, auch nur ein Jahr lang nicht nur nichts

Digitized by Google

produzieren, sondern bloss kolossal konsumieren und zerstören und einander morden, dann wird sich Europa nicht mehr erholen, dann wird, was noch einige Kraft und einiges Geld besitzt, über den grossen Bach wandern und das, was wir jetzt Deutschland, Frankreich, Italien u. s. w. nennen, wird von einer physisch degenerierten, moralisch verlumpten, kraft- und energielosen Rasse dünn bevölkert sein, bis diese Länder etwa wieder durch eine umgekehrte Kolonisation von Westen nach Osten zu aufs Neue der Kultur erschlossen werden.

Wie sollten wir, bei der Fortdauer unserer Zustände, auch ohne Krieg in der wichtigsten Frage, der wirtschaftlichen, auf die Dauer den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die vielleicht bald die Vereinigten Staaten von Amerika überhaupt heissen werden, widerstehen können? Ihr schwätzt wohl immer Einer dem Andern nach von der erzieherischen Wirkung des Militärwesens, weil der Soldat den Kopf höher trägt, die Beine strammer setzt und seine Stiefel und Kleider besser putzt als der Bauernbursche. Aber wo sind die besten Arbeiter, wo die tüchtigsten Unternehmer? in Deutschland oder in England und Amerika? dort wo die Jugend in den wichtigsten Jahren den Schiessprügel herumschleppt und den Hochmuth und die Brutalität lernt, oder dort, wo sie in der Werkstatt und auf dem Ackerfelde steht und lernt und strebt? Welcher Unsinn, diese erzieherische Kraft des Militarismus für künftige Arbeiter! Als ob die Lieutenants, die da als Erzieher auftreten, selbst Arbeiter und selbst gut erzogen wären! Und dann die unendliche Freiheit dort und hier der unendliche Zwang, die herrlichen Ueberschüsse in den Staatskassen dort und hier die grossartigen Defizite und Anlehen für neue Flinten, neues Pulver, neue Uniformen und neue Regimenter Jahr für Jahr. Wie lange will Europa diese furchtbare Konkurrenz sehr ungleicher und immer ungleicher werdender Kräfte noch aushalten, ohne sich wenigstens wirtschaftlich zu einigen, und wie kann es sich wirtschaftlich einigen, wenn die einzelnen Staaten immer nur auf den Moment passen, wo sie einander am besten erwürgen könnten? Der wirtschaftlichen Einigung müsste unter allen Umständen auch eine politische Harmonie entsprechen, jene ohne diese ist eine Unmöglichkeit, beide werden immer Schritt halten müssen. Die Partei der Vereinigten Staaten von Europa ist noch nicht gebildet, aber sie wird sich bilden und eine überwältigende Macht gewinnen müssen, wenn unsere Kinder und Enkel nicht dem Verderben geweiht sein

Digitized by Google

sollen. Dann wird man bald sehen, wer und was dem Wohle Europas eigentlich entgegensteht und widerspricht, und das muss vernichtet werden, und wäre es auch ein Thrönlein oder ein Thron.

Je grösser der Druck, je grösser die Qual, die Not, desto leichter wenden sich die Menschen auch neuen, erlösenden Ideen zu. Man denke ans Christentum, welches zuerst von einigen armen Teufeln, die man bald tötete, gepredigt wurde und dann alsbald die Welt beherrschte.

Vor Allem muss Frankreich für Europa gewonnen und von Russland getrennt werden; dafür ist kein Preis zu hoch, und wehe denjenigen, die aus untergeordneten, kleinlich-selbstischen Rücksichten hier etwas versäumen, was sie leicht thun könnten. Ferdinand Lassalle, den Bismarck so hoch schätzte, und der in seiner 1859 erschienenen Schrift: „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preussens“ die Geschichte Deutschlands im folgenden Dezennium (1860—70) so bestimmt voraussagte, erklärt in derselben Schrift:

Erstens, dass, wenn man die geschichtlichen Thatsachen sprechen lasse, „die angeblichen Rheineroberungsgelüste (der Franzosen) — weit weniger die Barbarei des französischen Volkes, als die Barbarei unserer (der deutschen) Voraussetzungen über dasselbe zu bilden scheinen!“

Und zweitens: Frankreich riss in der Zeit grosser französischer Blüte und tiefer deutscher Stagnation Elsass und Lothringen an sich und hat sich diese Eroberung durch einen noch grösseren Aufschwung, in der Revolution zu Ende des vorigen Jahrhunderts, assimiliert, so sehr, dass diese eroberten Landesteile selbst nichts anderes verlangen, als französisch zu bleiben. Daher wäre es unhistorisch und unmöglich, jene Provinzen von Frankreich wieder gewinnen zu wollen.

Lassalle meint nämlich innerlich unmöglich, und als das hat es sich auch, wenigstens bisher, gezeigt.

Die Gewinnung Frankreichs wäre der erste Schritt und die Demokratisierung Europas — Demokratisierung im Sinne von Entwicklung politischer Freiheit genommen — der zweite. Kosakisch oder republikanisch! Wir brauchen unter Republik nicht einmal die Abwesenheit eines erblichen Staatsoberhauptes zu verstehen. England ist mehr Republik als Frankreich und viel demokratischer — im Sinne von politischer Freiheit — als die Schweiz. Denn wer aus der Schweiz und dem übrigen Europa aus politischen Gründen ausgewiesen wurde, fand seit lange in England einen vollkommen

Digitized by Google

sicheren Zufluchtsort. Der Fortschritt geht entschieden, wie es die ganze europäische Geschichte zeigt, in die Richtung der Freiheit und Selbstbestimmung der Völker, und wer die Vereinigten Staaten von Europa will, mithin Frieden und Kultur, der muss also für die Freiheit einstehen. Sie ist das Gegengift des Zarismus.

Mit Recht sagt daher Oberst Rothpletz, dass ein siegreiches Russland nach dem Kriege auch seinen Bundesgenossen Frankreich nicht schonen würde. Ein Bündnis zwischen diesen beiden Mächten ist eine Unnatur und ein Wahnsinn. Aber aus demselben Grunde ist auch ein festes Bündnis zwischen dem heutigen Deutschland auf der einen und Frankreich und England auf der anderen Seite nicht wohl möglich. Man sehe nur z. B. das Verhalten der englischen Staatsgewalt bei dem jüngsten grossen Streik der Docksarbeiter an und halte daneben den kleinen Belagerungszustand in Deutschland etc. etc. Die Partei der unantastbaren politischen Rechte und der Freiheit existiert aber auch in Deutschland und sie vor allem muss wachsen und gedeihen, wenn wir vorwärts kommen und das furchtbare und so schrecklich wahre Wort des alten Grillparzer:

Der Weg der neueren Bildung geht
Von der Humanität
Durch die Nationalität
Zur Bestialität!

nicht auf Deutschland, und mit Hilfe desselben auf Europa volle Anwendung finden soll.

Eine weitere Ausführung dieser Gedanken ist wohl vorderhand ganz unnötig und auf den Zeitpunkt zu verschieben, wo Andere für dieselben Interesse zeigen.

Aber auf die von Hrn. Rothpletz zunächst besprochene Frage, auf die Frage: was hat die Schweiz im nächsten Kriege (der möglicher Weise noch sehr weit entfernt sein kann) zu thun? wollen wir noch mit wenig Worten eingehen.

Wenn Herr Rothpletz sagt: die Schweiz möge sich hüten, in eine Parteistellung zu geraten, in der sie gegen ihr eigenes Lebensprinzip kämpfen müsste — so müssen wir wohl den betreffenden Passus auffassen, wenn er eine praktische Bedeutung haben soll — so ist, wie mir scheint, darauf zu antworten, dass die Schweiz diesem Schicksal überhaupt nicht vollständig entgehen kann, sofern sie wirklich Partei ergreifen muss.

Was ist denn das eigene Lebensprinzip der Schweiz als staat-

Digitized by Google

liches Wesen? Doch wohl die Freiheit, die Selbstbestimmung des Volkes. Wenn nun auf der einen Seite Russland und Frankreich stehen, Despotismus und Demokratie, Kosak und Republikaner, und auf der anderen Oesterreich und Deutschland, absolutistische, hoch aristokratische Staaten, in denen das moderne Verfassungsleben, ja selbst der ziemlich alte Gedanke der Rechtsgleichheit doch nur zum Scheine existiert, wo von einer Selbstbestimmung des Volks doch gar keine Rede ist: welche Partei sollte da die Schweiz ergreifen können, ohne ihr eigenes Lebensprinzip zu bekämpfen? Schon deshalb darf sie durchaus keine Partei ergreifen, sondern nur sich gegen den Angreifer wehren und zwar mit aller Kraft und allen Mitteln, also auch mit den Allianzen, die sich da von selbst ergeben.

Verlangt man also schon vor dem Kriege von ihr, dass sie „Farbe bekenne", so gibt es für sie keine Antwort als diese: „Meine Farben sind weiss und rot, ein weisses Kreuz im roten Felde, und so sage ich zu jedem, der dieselbe Frage an mich stellt. Und wer mich zuerst angreift, ist mein Feind."

Wenn also der Gegner des Anfragenden nicht Respekt hat vor der schweizerischen Neutralität, dann ist die Schweiz dessen Feind und Freund des Anfragenden.

Fragen alle an, und greifen dann alle an, weil die Schweiz sich keinem von vornherein verbindet, nun so hat sie immer noch die Wahl, mit wem sie Frieden schliessen und mit wem sie kämpfen will. Dann hat sie nicht von vornherein Partei ergriffen (was ja vermutlich Herr Rothpletz auch nicht will), sie hat nicht von vornherein ihre Neutralität aufgegeben und kann in jedem Falle abwarten, ob sie wirklich von Allen angegriffen wird, was man ja heute doch noch nicht ganz bestimmt wissen kann.

Das Verhalten der Schweiz ist also ein für alle Mal klar vorgezeichnet und sie soll sich nur von ihrem Grundsatz der Neutralität nicht abbringen lassen.

Ob es für sie schliesslich, wenn sie schon zum Kampf gezwungen wird, besser ist, auf deutscher oder auf französischer Seite zu stehen, das kann niemand im Voraus entscheiden. Was man voraus erwägen kann, sind etwa in der Hauptsache die Nationalität und die Institutionen. Durch die Nationalität stehen die Schweizer ihrer Majorität nach auf deutscher Seite, aber die Institutionen Frankreichs. sind ihnen entschieden viel sympathischer als die Deutschlands

Digitized by Google

Der Kongress für internationale Arbeiterschutzgesetzgebung.

(Februar 1890.)

Der deutsche offiziöse Telegraph verbreitet einen Artikel des offiziösen „Journal de St. Petersbourg", worin gesagt wird, dass nur eine starke Regierung, die sich ihrer Macht bewusst ist, es versuchen könne, eine internationale Verständigung über den Arbeiterschutz herbeizuführen, weil im Falle eines Misserfolges nur eine solche über die nötigen Mittel verfüge, um zu verhindern, dass der öffentliche Friede und die nationale Arbeit von denen gestört werde, welche die Absichten selber entweder falsch verstanden haben oder zu entgegengesetzten Zwecken ausbeuten wollen.

Das heisst: man muss eine genügende Masse von Kanonen und Flinten zur Disposition haben, um einen internationalen Arbeiterschutz anzubahnen. Aber wen sollen denn diese Kanonen und Flinten beschützen und verteidigen? Der Offiziöse, der Obiges geschrieben, kann doch kaum glauben, dass etwa der Kongress, welcher die bezüglichen Verhandlungen pflegt, von irgend jemand, etwa von den Socialdemokraten bedroht sei, in dem Falle, dass die Verhandlungen zu keinem genügenden Resultate führten? Dies zu befürchten ist sicher kein Anlass da, und selbst in dem Falle, dass eine solche Befürchtung begründet wäre, möchten wir glauben, dass die Schweiz die Versammlung gegen die schweizerischen Socialdemokraten sicherlich ebenso gut und leicht beschützen könnte, wie Deutschland gegen die deutschen.

Digitized by Google

Wahrscheinlich indessen meint das russische Blatt, dass die revolutionären Parteien im Falle des Misslingens der internationalen Vereinbarung da und dort irgend etwas nach russischen oder überhaupt staatsbürgerlichen Anschauungen Unzukömmliches oder Gefährliches unternehmen könnten. Nun dann fragen wir: kommt es unter solchen Umständen darauf an, wer den betreffenden Kongress zusammenberufen und wo derselbe getagt hat? Wenn in der Schweiz oder in Belgien oder in Frankreich oder Russland die Socialdemokraten — was sie unzweifelhaft nicht thun werden — losschlügen, würden dann die deutschen Kanonen und Flinten die Ordnung herstellen? müsste da nicht — hoffentlich! — jeder Staat für sich selbst sorgen, gleichviel ob er gross oder klein, stark oder schwach ist? Was für eine Bedeutung soll also da der starke Staat haben? — Wir glauben, nur diese, dass seine Initiative das Gelingen des Werks viel zweifelhafter macht. Auf die kleine, neutrale, unbedingt friedliche, politisch ziemlich machtlose Schweiz kann kein europäischer Staat eifersüchtig sein, wenn sie in irgend einer reinen Kulturfrage Anlass und Gelegenheit zu gemeinsamen Fortschritten bietet. Hier handelt es sich um gar keine Rangfrage, um so weniger, da die Schweiz durch die Geschichte der Entwicklung des internationalen Rechtes bereits eine Art Gewohnheitsrecht auf die Initiative erworben hat.

Nun aber drängt sich Deutschland, und nicht einmal dieses selbst, sondern geradezu eine bestimmte, einen besonderen politischen Gedanken repräsentierende Persönlichkeit, der Enkel des Besiegers von Frankreich, des Eroberers von Elsass-Lothringen, der Vertreter des konservativsten Monarchismus etc. etc. plötzlich in den Vordergrund, wie um der Welt ein Beispiel zu geben, wie um den übrigen Nationen die Bahn zu weisen auf einem Gebiete, auf welchem Deutschland bisher weit hinter vielen dieser Nationen, speziell hinter England, Frankreich, Oesterreich, der Schweiz zurückgeblieben ist, und scheint von diesen Ländern zu verlangen, dass sie unter seiner Führung fortschreiten sollen. Die Schweiz z. B. verbietet die Fabrikarbeit von Kindern unter 14 Jahren, Deutschland unter 12 Jahren. Die Schweiz hat den 11stündigen Normalarbeitstag, Deutschland gar keinen. Nehmen Sie nun an, dass ein Schweizerfabrikant, dem zwei sehr stark besetzte Jahrgänge billigster Kinderarbeit entzogen sind, die dem deutschen Kollegen zur Verfügung stehen, deshalb per Kopf seiner sämtlichen Arbeiter täglich bloss 15 Centimes mehr Lohn be-

Digitized by Google

zahlt, so ist das schon viel mehr, als Alles zusammen genommen, was der deutsche Fabrikant für die gesamte Arbeiterversicherung aufbringen muss. Und wenn Sie nicht annehmen, dass der Arbeiter in 11stündiger Arbeitszeit genau ebenso viel schafft, wie in 12—14-stündiger — unter welcher Annahme die deutschen ja ohne Schaden und ohne internationale Verständigung sehr leicht den schweizerischen Normalarbeitstag einführen könnten —, dass der deutsche nur um $^1/_{12}$ oder selbst nur um $^1/_{24}$ täglich für gleichen Lohn mehr schafft als der Schweizer, so ist das Opfer, welches der schweizerische Arbeitgeber bringt, wiederum viel grösser, als Alles, was der deutsche für die gesamte, viel zu viel gepriesene Versicherung zahlt. Was für einen Sinn aber hat es, wenn ein Staat, der im Arbeiterschutz weit hinter Anderen zurückgeblieben ist, pomphaft erklärt: Ich habe den besten Willen, die Lage meiner Arbeiter zu verbessern, aber ich kann nichts machen, wenn nicht andere Staaten, die für ihre Arbeiter viel mehr gethan haben als ich, sich gegen mich vertragsmässig verpflichten, auch etwas thun zu wollen? Nach meiner Ansicht ist hier wirklich der Weg entdeckt worden, der zu — keinem Ziele führen kann, ausser etwa zu einer Blamage. Wenn auch nur Ein grosser Industrie-Staat aus der Zahl derjenigen, die im vorigen Jahre die schweizerische Einladung acceptierten, jetzt erklärt: Ich kann unmöglich nach Berlin kommen, da ich bereits in Bern zugesagt habe, — so steht es schon sehr schlimm mit dem Erfolg des Erlasses an den Reichskanzler. Und ein solcher Staat könnte sich ja finden. Die andern aber, die bereits zugesagt haben, und das sind viel mehr, als der Erlass überhaupt aufzählt, müssen doch, wenn sie schon nach Berlin zu gehen bereit sind, offenbar auch nach Bern kommen, wenn die Schweiz nicht darauf verzichtet. Letzteres wäre allerdings möglich, wenn der Bundesrat wirklich, wie man sagt, „amtlich feststellen" liess, dass der kaiserliche Erlass um einen Tag früher datiert ist, als die schweizerischen Einladungen zur Post gegeben wurden, wenn also der Bundesrat selbst bereitwilligst konstatieren liess, dass er nicht in dem Masse ignoriert worden sei, wie man anfangs glauben mochte.

Allein der kaiserliche Erlass ist keine zur Post gegebene Einladung an fremde Mächte, sondern lediglich ein Auftrag an den Kanzler, eine solche Einladung erst vorzubereiten, erst anzubahnen. Der Bundesrat kann daher schon aus Rücksicht auf die vorjährigen Zusagen seine neueste, formelle, direkte Einladung kaum zurückziehen, soviel wir von der Sache verstehen.

Digitized by Google

Digitized by Google

Der Staat und die Nationalitäten in Oesterreich.

(Oktober 1890.)

Alle Versuche, den Streit der Nationalitäten in Oesterreich zu einem für das Staatsinteresse und die Gesamtentwicklung gedeihlichen Austrag zu bringen, sind bisher gescheitert und es konnte nach der Art und Weise, wie man sich dabei benahm, auch nichts Anderes erwartet werden.

Wir gestehen jeder Nationalität im eigentlichen Europa — von Russland mit seinen Tataren, Kirgisen, Baschkiren u. s. w. wollen wir nicht sprechen — das Recht der freiesten Entfaltung ihrer kulturellen Kräfte, der selbständigsten Pflege ihrer rein nationalen Kulturinteressen zu, indem wir überzeugt sind, dass bei der ungeheuren Entwicklung des geistigen und wirtschaftlichen Verkehrs, bei der ausserordentlichen Leichtigkeit, die intellektuellen Errungenschaften jeder beliebigen Nation für jede andere nutzbar zu machen, gar keine Gefahr mehr besteht, dass irgend eine nationale Gruppe, wenn sie nicht durch künstliche oder gekünstelte Massregeln positiv an der Entfaltung ihres Wesens gehindert ist, in kultureller Beziehung nicht genügend, in dem ihren Kräften angemessenen, also einzig gesunden Tempo fortschreiten oder durch ihr Zurückbleiben eine Gefahr für andere Gruppen werden könnte.

Es ist überhaupt gar keine historisch berechtigte Auffassung, dass die weiter fortgeschrittene Nation unter allen Umständen ein natürliches Recht habe, über die zurückgebliebene zu herrschen und ihr die Formen und Wege zu höherer Kultur anzuweisen oder die

Digitized by Google

eigenen Ideale aufzuzwingen. Sonst müsste man das ganze Mittelalter und ebenso die daran hängende und im Wesentlichen daraus hervorgegangene moderne Kultur als - historisch unberechtigt verwerfen, da ihre Entstehung durch den Sieg der germanischen Barbarei und die Niederlage der römisch-griechischen Bildung bedingt war.

Aber wenn wir auch das Recht jeder Nationalität, die wirklich sie und ihr Wesen betreffenden Angelegenheiten frei und unabhängig — soweit Freiheit und Unabhängigkeit in der europäischen Völker- und Kulturgemeinschaft überhaupt möglich ist — zu ordnen, voll und ganz anerkennen, so finden wir darum doch die Bestrebungen der verschiedenen Nationalitäten in Oesterreich noch keineswegs in Bausch und Bogen gerechtfertigt. Im Gegenteil! Gerade von diesem Gesichtspunkt aus sind jene Bestrebungen zum grössten Teil, ja geradezu in ihrem Kern, verwerflich. Denn es handelt sich — nicht auf dieser oder jener, sondern so ziemlich auf allen Seiten — keineswegs bloss um die freie Pflege nationaler Kulturinteressen, sondern um die Unterdrückung anderer Nationalitäten, nicht um Autonomie im persönlichen Kreise der Stammesgenossen, sondern um Herrschaft über Territorien, welche von verschiedenen Stämmen bewohnt sind. Darum stützt man sich in diesem Kampfe in letzter Linie, wo es irgend möglich ist, nicht einfach auf die natürliche Berechtigung jeder Nationalität, ihr eigentümliches Kulturleben frei und ungehindert von fremdartigen Eingriffen zu entfalten, sondern auf das positive Staats-Recht irgend einer längst vergangenen Zeit, bei dem es sich nicht um die Nationalitäts- sondern um die Herrschaftsfrage handelt, und thut, als ob man nicht wüsste, dass nichts rascher und sicherer verjährt, als das Staatsrecht, dass jedes Jahrhundert sein eigenes sich notwendig schaffen muss und in dieser Beziehung alles auf die Gegenwart, ihre Bedürfnisse und Machtverhältnisse ankommt.

So lange dieser Standpunkt sich geltend macht, kann von einem Abschluss der nationalen Zwistigkeiten, die alle gesunde Entwicklung im ganzen Staate hemmen, gar nicht die Rede sein. Sollte es aber nicht möglich sein, die Grundlage unberechtigter und staatszerstörender Aspirationen ein für alle Mal zu beseitigen und doch oder vielmehr gerade erst dann den Nationalitäten zu ihrem wirklichen Rechte voll und ganz zu verhelfen? Es wäre traurig, wenn man diese Frage für Oesterreich einfach und endgültig vereinen müsste. Denn vom Standpunkt der Menschheit hätte ein Staat, der die verschiedenartigsten Stämme und Nationen in friedlichem Wettstreit um wahre menschliche Güter zu

Digitized by Google

einem kräftigen Ganzen vereinigte, einen unendlich höheren politischen, moralischen, kulturellen Wert, als der blosse reine Nationalstaat, er wäre im Kleinen das, was nach der Ansicht der Besten aller Zeiten die Menschheit im Grossen sein oder werden sollte.

Man hat eine Zeit lang in Europa alles Mögliche vom Nationalstaat erwartet, in neuester Zeit hat die Stimmung ein wenig umgeschlagen. Abgesehen davon, dass seine volle Durchführung unter den gegebenen Verhältnissen in absehbarer Zeit unmöglich ist, so sehen wir schon nach dem, was das Nationalitätenprinzip bei der Staatenbildung in neuerer Zeit geleistet, dass der davon zu erwartende Erfolg, solange als es wirklich herrscht und nicht im Drang der bittern Not durch ein höher stehendes abgelöst wird, das Gegenteil des wünschenswerten ist. Reine Nationalstaaten würden nach den bisherigen Erfahrungen den allgemeinen Racenhass, den allgemeinen Vernichtungskampf bedeuten. Nationalstaat und Chauvinismus, Nationalstaat und nationaler Dünkel, Ueberschätzung des eigenen, Unterschätzung das fremden Werts scheinen untrennbare Dinge zu sein und können stets beim geringsten Anlass zu Krieg und Zerstörung führen und keiner Nation und keiner Kultur ein dauerndes Dasein garantieren. Denn was auf Gewalt gestellt ist, muss schliesslich notwendig durch die Gewalt leiden und zu Grunde gehn. Nie wird eine Nation fortwährend über die anderen Sieger bleiben.

Wenn es also in Oesterreich gelingen sollte, die verschiedenen Nationalitäten friedlich und von einander soweit unabhängig, als es zur Entwicklung ihres besonderen Wesens im Interesse der menschheitlichen Kultur, die eine mannigfaltige sein kann und soll, nötig und wünschenswert ist, zu einem lebensvollen Ganzen zu gruppieren, dann wäre dieses Oesterreich ein Staat vom höchsten Wert und offen für alle, die nicht politisch selbständig sein können und doch auf friedlichem Wege zu möglichst freier Entwicklung gelangen sollen. Man könnte in ihn eintreten, d. h. seiner Macht und seines Friedens teilhaftig werden, ohne auf irgend eine wahrhaft wünschenswerte Selbständigkeit zu verzichten. Es wäre der Anfang und das Vorbild der Vereinigten Staaten von Europa, die notwendig einmal kommen müssen, wenn wir nicht von Russland politisch und von Amerika wirtschaftlich vernichtet werden sollen.

Lasst Oesterreich für alle seine Nationalitäten eine Stätte des Glücks, der Freiheit und nationalen Selbständigkeit sein, so wird es weitherum wie ein Magnet wirken, die Bedürfnisse und Gedanken

Digitized by Google

der Zukunft sind in aller Herzen seine starken Alliierten und die dem Tod verfallenen Mächte des Stillstands und Rückschritts seine ungefährlichen Feinde. Doch wir wollen uns nicht mit einer fernen Zukunft, sondern mit den Verhältnissen Osterreichs, wie es da steht, beschäftigen.

Der Nationalitätenstreit ist, wie wir oben bemerkt und wie jedermann weiss, ein Kampf um die ausschliessliche Herrschaft irgend einer Nation über ganze Kronländer und selbst Komplexe von Kronländern mit nationalgemischter Bevölkerung.

Wenn das richtig ist, — und wer sollte es leugnen? — so gibt es nur eine Lösung dieses Streites und sie lautet: weg mit diesen Kronländern!

Im Namen des von den Parteien so oft und so laut angerufenen Nationalitätenprinzips sollen die Deutschen nicht über Czechen herrschen, aber auch die Czechen nicht über Deutsche, die Ruthenen nicht über Polen, aber auch die Polen nicht über Ruthenen u. s. w.

Die Gemeinde bleibt im Allgemeinen, wie sie ist. Die Bezirke werden, wo sie nicht schon national sind, im nationalen Sinne umgestaltet. Geeignete Komplexe von Bezirken bilden als Kreise höhere Verwaltungseinheiten, die also wieder nur aus einer Nationalität bestehen. Solche Kronländer, bei denen dies schon der Fall ist, können in ihrer jetzigen Gestalt und Funktion fortbestehen.

Es ist nicht unbedingt notwendig, dass alle Gemeinden, die einen Bezirk, oder alle Bezirke die einen Kreis bilden, ein zusammenhängendes territoriales Ganze ausmachen. Ausnahmsweise können auch separate Gemeinden und Bezirke zu einem Bezirke respektive Kreise zusammengehören.

Die Grundlage einer solchen Organisation ist natürlich die Nationalität der Individuen. Diese muss also gesetzmässig festgestellt werden. Wir wissen, dass der theoretische Streit über den Begriff der Nationalität und die Merkmale, welche die Angehörigkeit des Einzelnen zu einer solchen bestimmen sollen, noch lange nicht entschieden ist. Aber wir haben es hier mit einer praktischen Frage zu thun, mit Menschen, nicht mit Begriffen, und die Menschen können sehr leicht entscheiden, zu welcher Nationalität sie sich rechnen, welcher sie angehören wollen, wenn man sie daran nicht gewaltsam hindert; und niemand soll sie hindern. Es müsste also auf dem Wege des freien Bekenntnisses eines Jeden Nationalität zunächst festgestellt werden. Die hiezu nötigen gesetzlichen Vorschriften und Einricht-

Digitized by Google

ungen dürften nicht besonders schwierig sein. In Zukunft entscheidet dann die Geburt über die Nationalität. Da jedoch die Nationalangehörigkeit in unserem und schliesslich in jedem praktischen Sinne sich im Laufe der Zeit ändern, da eine Nationalität sich ausbreiten, eine andere Angehörige verlieren kann, so soll die Fassion der Nationalität natürlich nicht für ewige Zeiten Geltung haben, sondern es soll jedem gestattet sein, in seinem Leben einmal die Nationalität zu verändern. Dann kann infolge solcher Aenderungen in gesetzmässig bestimmter Form sich eine Gemeinde sehr wohl von ihrem bisherigen Bezirk, ein Bezirk sich von seinem Kreise loslösen und einem andernn zufallen, wie es der Forderung der nationalen Unabhängigkeit entspricht.

Diese Einteilung dient zunächst der Durchführung der Aufgaben, der zentralisierten Verwaltung, mag diese nun von Organen besorgt werden, welche die Bevölkerung wählt oder durch seine Erwählten ernennen lässt, oder von Beamten, welche die Zentralgewalt (der Kaiser oder die Minister) ernennt. Welches Verhältnis in dieser Beziehung stattfinden soll, ist eine Frage für sich', deren Erörterung hier überflüssig. Das Wesen der zentralisierten Verwaltung wird dadurch nicht berührt.

Der grösste Teil der Staatsaufgaben muss unter den heutigen Verhältnissen überall zentralistisch durchgeführt werden. Die nivellierende Wirkung des wirtschaftlichen nnd geistigen Verkehrs schafft allmälich überall fast gleiche Bedürfnisse, die ungefähr dieselben Mittel zu ihrer Befriedigung verlangen. Das Bedürfnis der Rechtseinheit, das sich in immer weiteren Kreisen fühlbar macht, ist ein klarer Ausdruck für die Gleichheit der Bedürfnisse. Ich glaube nicht, dass auch der nationalste Czeche für seine Nation ein extraczechisches Civilrecht verlangt, oder der Pole ein speziell polnisches Strafrecht, oder der Slovene eine rein slovenische Zollpolitik. Er verlangt eine Zollpolitik, die seinen wirtschaftlichen Interessen entspricht, und der Deutsche oder Italiener mit gleichen wirtschaftlichen Interessen verlangen dieselbe, ohne dadurch ihrer Nationalität das Mindeste zu vergeben.

Die nationale Unabhängigkeit auf dem weiten Gebiete der zentralisierten Verwaltung kann nur darin bestehen, dass die Organe der Durchführung in rein nationalen Kreisen der betreffenden Nation angehören. Das hat immerhin schon viel zu sagen: denn auch beim striktesten Gesetz hängt doch immer gar viel von dem Geiste ab,

Digitized by Google

in welchem es aufgefasst und durchgeführt wird und daher bekäme bei unserer Organisation jede nationale Verwaltung doch eine mehr oder weniger ausgesprochene nationale Färbung. Innerhalb der zentralisierten Verwaltung gibt es aber immer Gebiete, für welche von der einheitlichen Gesetzgebung nur etliche leitende Grundsätze ausgesprochen werden können, während die Details örtlich, regional geordnet werden müssen. Hier kann das Nationale, wenn es auf solchen Gebieten sich spezifisch angeregt fühlt, sich um so freier entfalten. Wir geben jedem Kreis und jedem Bezirk sein kleines Parlament oder seinen Ausschuss samt einer entsprechenden Executive und lassen demselben den freiesten Spielraum.

In den grösseren Städten, die ihrer Natur nach eine national mehr oder weniger gemischte Bevölkerung haben, muss durch besondere Statuten ein genügender Schutz für die Minoritäten geschaffen werden.

Es gibt aber zwei wesentlich das Interesse der Nationalität berührende, ja von demselben ganz ausgefüllte Gebiete: das der Erziehung und das der Kunst.

Die Wissenschaft ist international; die Anstalten, welche derselben dienen sollen, die Universitäten und Hochschulen, müssen schon aus praktischen Gründen, die aus der Natur des öffentlichen Dienstes fliessen, einigermassen einheitlich geordnet werden und brauchen nur ein gewisses Mass von Autonomie, um das auch bei ihnen an manchen Stellen hervortretende nationale Interesse zu wahren. Ein Pole kann in Paris ein ausgezeichneter Naturforscher, Historiker oder Philologe werden, aber eine nationale Erziehung kann er regelmässig nur in Polen erhalten. Die hohen Schulen sind keine Erziehungsanstalten; wenn sie nicht reine, objektive Wissenschaft treiben, sind sie gar nichts. Nur bei der Einrichtung der philosophischen Fakultät können nationale Gesichtspunkte einigermassen in Frage kommen, und es hat keine Schwierigkeit, sie genügend zu berücksichtigen.

Auf dem Gebiete des übrigen Schul- und Bildungswesens dagegen soll kein Belieben den Umfang der Verwaltungsgebiete bestimmen, sondern lediglich eine jederzeit feststehende Thatsache: jede Nationalität bildet mit allen ihren Angehörigen eine geschlossene Einheit, nicht von territorialer, sondern von persönlicher Art, und wird vertreten von einem nationalen Parlament, welches von allen Gliedern der Nation gewählt wird. Mögen die Einzelnen sich wo immer im Staate aufhalten, sie haben überall das Recht, bei der

Digitized by Google

Wahl der Abgeordneten ihre Stimmen abzugeben und niemand hat zu stimmen bei der Wahl der Vertretung einer fremden Nationalität.

Hier soll das denkbar grösste Mass von Selbstbestimmung herrschen, allerdings gegründet auf die eigene Kraft, d. h. die für Kunst und Erziehung aufzuwendenden Mittel müssen auch von denjenigen, welche die Verwendung bestimmen, durch besondere nationale Steuern aufgebracht werden. Hier kann jede Nationalität ihre Kräfte zeigen und der ehrgeizigste Wetteifer auf diesem Felde kann nur zum Wohl des Ganzen gereichen. Der Staat hätte durch seine Gesetze nur das Minimum von Anforderungen festzustellen, das er für seine besonderen Aufgaben (z. B. Verteidigung) an jeden Bürger stellen muss.

Auch die Wahlen ins Reichsparlament, welches die allgemeine Gesetzgebung in konstitutionellem Sinn zu besorgen hat, sollen auf gleiche Weise geschehen, damit jede Nation (allgemeines Stimmrecht natürlich vorausgesetzt) ganz nach ihrer Zahl vertreten sei. Die zerstreut lebenden Angehörigen einer Nationalitätsind durch Reichsgesetz territorial einem kompakten nationalen Wahlkörper zuzuweisen.

Eine Nationalität, deren Abgeordnete im Reichsparlament die Mitwirkung verweigern, verliert, so lange diese Weigerung dauert, ipso facto auch alles Recht auf Autonomie und wird direkt vom Centrum aus in jeder Beziehung regiert.

Um die Nationalitäten, die bei einer solchen Verfassung sich nur im Reichsparlament gegenüberstünden und sonst von einander, abgesehen vom individuellen Verkehr, ganz abgesondert ihr staatliches Leben hinbrächten, einander näher zu bringen, dürfte es wohl angezeigt sein, auf Grundlage von Interessen, die mit der Nationalität direkt nichts zu thun haben, noch weitere Reichsvertretungskörper zu schaffen, welche, ähnlich gar manchen internationalen Vereinigungen und Kongressen, ihre Angelegenheiten zu diskutieren, gemeinsame Wünsche in offizieller Weise auszusprechen, freie Organisationen zu schaffen und der Gesetzgebung über den betreffenden Interessenkreis vorzuarbeiten hätten: landwirtschaftliche, industrielle, kommerzielle, Arbeiter-Vertretungskörper etc., deren Wirkungskreis sich ganz nach Bedürfnis und Erfolg nach und nach bestimmen und eventuell erweitern könnte. Die Sitzungen brauchten nicht von langer Dauer zu sein und wahrscheinlich nicht einmal jährlich stattzufinden, doch wäre es gewiss von grossem Nutzen, wenn der Ort der Zusammenkunft immerfort wechselte, teils zur Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationalitäten, teils zu dem Zwecke, dass die Vertreter

Digitized by Google

jedes Gebietes des Reichs jedes andere Gebiet und das Leben in demselben mit eigenen Augen kennen lernen und so manches Vorurteil und manchen Dünkel loswerden könnten.

Die Zentralgewalt, die Reichsregierung, muss in ihren wesentlichen Attributen sehr stark sein, ebenso wie das Parlament in den seinigen. Blosser parlamentarischer Firlefanz, der heute in verschiedenen Staaten mit grossem Eifer betrieben wird, sollte ganz wegfallen.

Ein Parlament, das beschliesst, was doch nicht geschieht, und eine Regierung, welche die parlamentarische Zustimmung für Akte braucht, die sie doch nur allein beschliessen und vornehmen kann, sind ebenso lächerlich, wie das Gesetz, welches dann durch die Verordnung beliebig aufgehoben wird.

Besonders auf dem Gebiete des Militärwesens sollte die Macht der Exekutive, die allein das Bedürfnis übersieht und für die Verteidigung verantwortlich ist, durch Verfassungsparagraphen so wenig beschränkt sein, wie sie es in der Wirklichkeit trotz derselben ist. Was die heutigen Parlamente hier an Widerstand leisten, ist doch blosse Form, Geschwätz ohne Folgen, ihre Zeit zu vergeuden und ihre Würde herabzusetzen. Nur für den Schutz der persönlichen Rechte des Staatsbürgers auch als Soldat hätte das Parlament zu sorgen, das ganze Militärstrafwesen insbesondere gehörte in seine Domäne und vor allem Anderen wäre der Rechtsgrundsatz auszusprechen, dass der Soldat auch im Dienst zu keiner Zeit seiner allgemeinen Bürger- und Menschenrechte verlustig sein soll.

Natürlich muss dann auch die Regierung den Finanzbedarf der Verteidigung festsetzen, das Parlament hätte bloss die Aufbringungsweise zu bestimmen. Unterlässt es dies, so tritt auch hier die Exekutive (des Kaisers) an seine Stelle.

Ich glaube nicht, dass durch einen solchen Vorgang, der übrigens, Ungarns wegen, für Oesterreich nur akademische Bedeutung hat, irgend eine besondere Gefahr für das Volkseinkommen geschaffen würde. Die Parlamente können, so lange das gegenwärtige System und mit demselben die kriegerische Spannung Europas fortdauert, mit ihrer Finanzgewalt in dieser Beziehung doch nichts ausrichten. Im Gegenteil! es ist den Regierungen im Ganzen gewiss sehr bequem, die Verantwortlichkeit für den drückendsten Teil der Last, den wirtschaftlichen, vermöge der parlamentarischen Behandlung von sich auf die Volksvertretung abzuwälzen. Tu l'as voulu, George Dandin!

Digitized by Google

Und oppositionelle Minoritäten aller Art finden es ebenfalls bei solchen Gelegenheiten sehr angenehm und ungefährlich, Nein zu sagen und sich dadurch ihren Wählern gegenüber als tapfere Volkshelden aufzuspielen, weil sie wohl wissen, dass die Sache dennoch zu Stande kommt und also die Verantwortlichkeit in keinem Fall auf sie fällt.

Gar manche Regierung fordert unter den heutigen Verhältnissen sicher für Militärzwecke viel mehr, als sie zu fordern wagen würde, wenn sie sich direkt an die Steuerzahler zu wenden hätte. Im letzteren Fall nimmt sie die ganze Verantwortlichkeit auf sich, und das ist eine schwere und wird vor dem Missbrauch des Rechtes wahren. Die öffentliche Meinung ist bei zweckentsprechender Organisation eines freien Volks eine genügende Macht, um unnötige und übermässige Ansprüche unmöglich zu machen.

Aggressiv könnte zudem unser Staat gar nicht sein. Er vertritt in der äusseren Politik nur Ein Prinzip: das des Friedens. Er ist keinem wahren Fortschritt irgendwo in der Welt feindselig, alliiert sich auch ohne besondere Abmachungen mit Jedem, der ernstlich den Frieden will und hat, wenn er angegriffen und seine Freiheit und die Forderungen friedlicher Kulturentwicklung zu verteidigen gezwungen ist, alle Sympathien auf seiner Seite.

Sollten aber diese Massregeln auch durchfürbar sein?

Wir zweifeln nicht daran, ja wir sind vielmehr überzeugt, dass die wesentlichen derselben, die sich auf Zerschlagung der nationalgemischten Kronländer beziehen, wirklich durchgeführt werden, wenn Oesterreich nicht, bevor es seinen ersten grossen Staatsmann erhält, irgend welchen fatalen äusseren Komplikationen erliegt.

Dass der gegenwärtige Zustand ein ganz ungesunder, durchaus anormaler ist, kann doch niemand leugnen; dann kann er aber, wenn der Staat am Leben bleiben soll, doch nicht ewig fortbestehen. Er kann aber auch nicht damit enden, dass hier diese und dort jene Nationalität eine andere durch das Mittel eines hiezu geschaffenen Staatsrechts erdrückt. Die zu Erdrückenden wären vor Allem die Deutschen, aber diese sind zu einem solchen Akt zu zahlreich und gehören einer zu zahlreichen Nation an. Ueber diesen Versuch müsste der Staat zu Grunde gehen. Oesterreich braucht seine Deutschen und die Deutschen Oesterreichs haben noch keinen Grund, sehnsüchtig über die Nordgrenze zu schielen und sich in ihrem Herzen von Oesterreich loszumachen.

Sie haben sich in diesem Staate zu einem der besten, und jeden-

Digitized by Google

falls zum fröhlichsten und liebenswürdigsten aller deutschen Stämme entwickelt und es wäre gar nicht wünschenswert, dass auch sie noch in einen allgemeinen, gleichfärbigen, preussisch-deutschen Reichsbrei verrührt würden. Die Süddeutschen fühlen schon diesen Amalgamierungsprozess sehr schwer und hüten darum ihr Bisschen Selbständigkeit mit ängstlicher Vorsicht, die Oesterreicher würden in der „schneidigen" Kasernenluft ersticken. Man kann seine Nation von Herzen lieben und an allen ihren rein nationalen Werken und Fortschritten mit Eifer mitarbeiten, ohne sich politisch einem gerade herrschenden Stamme derselben zu unterwerfen. In speziell nationalen Geistesleistungen, in Poesie und Kunst, nehmen es die Oesterreicher gerade jetzt, zur Zeit des deutschen Reichs, welches statt einer neuen Blüteperiode der Literatur die armseligste Anbetung halbverrückter dänischer, norwegischer, schwedischer, russischer Dichter und den literarischen Despotismus eines Paul Lindau brachte, mit allen Reichsdeutschen sehr wohl auf.

Man kann in der Schweiz sehr leicht Reisende aller Nationen kennen lernen und ihr Urteil über die von ihnen besuchten fremden Länder vernehmen. Nun wohl! Ich habe noch nicht Einen gehört, dem Land und Leben und Leute in Deutsch-Oesterreich nicht den allerbesten Eindruck gemacht hätten. Ich weiss wohl, dass auch da gar Manches zu wünschen übrig ist, und hoffe von Herzen, dass die Deutschen Oesterreichs alle ihre berechtigten Ansprüche nach und nach erfüllt bekommen. Aber sie befinden sich im Allgemeinen mindestens so wohl, wie ihre Stammesbrüder im Reich, ja nach dem Eindruck, den ihr Leben und Wesen auf den Fremden, den Schweizer, Franzosen, Engländer, Italiener macht, viel wohler und sollen daher dem Staate, unter welchem sie zu dem geworden, was sie sind — sicher nicht ohne die Einwirkung seiner polyglotten Natur — treu bleiben, so lange er sie nicht im Stiche lässt oder befeindet, und ihn ihren Bedürfnissen gemäss, stets mit Rücksicht auf die gleichberechtigten Bedürfnisse der Anderen, umzugestalten suchen.

Ein modernes Kulturvolk braucht moderne Institutionen, und der Staat, der dem Zug der Zeit nicht im rechten Augenblick folgt, wird notwendig in Gefahr kommen. Die modernen Staaten demokratisieren sich aber mehr und mehr — man sehe nur die Veränderungen, welche das hocharistokratische England im Laufe der letzten 50—60 Jahre durchgemacht!

Die österreichischen Staatsmänner werden daher gut thun, bei

Digitized by Google

Zeiten eine hübsche Portion demokratischen Oels in das Lämpchen ihrer Weisheit zu giessen, damit das viele Wasser in demselben ordentlich zugedeckt werde und nicht gefriere.

„Vor dem Gesetze sind alle Staatsbürger gleich“ lautet der Artikel 2 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867 über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger.

Aber das Gesetz ist nicht für Alle das gleiche und die Menschen, welche die Gesetze durchführen, machen auch bei solchen, die formell für Alle gelten, oft einen gewaltigen Unterschied je nach der socialen Stellung der Persönlichkeit, der gegenüber die Durchführung zu erfolgen hat.

Neben dem Freiheitsgesetz besteht regelmässig ein entsprechendes Zwangsgesetz oder eine Verordnung, welche jenes im einzelnen Fall nach dem Gutdünken irgend einer Behörde aufheben.

Und wenn im Vorzimmer eines Beamten 10 Arbeiter eine Stunde lang auf Audienz warten und in dem Augenblick, wo der Beamte den ersten davon vorlassen will, kommt ein Herr Baron, wer muss da in den allermeisten Fällen warten, der zuletzt oder der zuerst Gekommene?

Einst ging ich in Czernowitz aufs Postamt und fand den Schalter umdrängend eine Schar von ungefähr 30 Personen, fast durchaus niederen Standes, von denen manche wohl schon weit über eine halbe Stunde da warten mochten, denn der Beamte, der, wie so Viele seiner Art, offenbar ein Hauptgewicht darauf legte, seine Superiorität und Macht dem gemeinen Publikum gegenüber zu dokumentieren, fertigte die Leute mit beliebigen Unterbrechungen möglichst langsam und in möglichst wegwerfender Weise ab.

Ich stellte mich bescheiden als Zuletztgekommener hinten an die Reihe und wartete meine Ehre ab. Da kam ein junger Offizier mit etlichen Briefen in der Hand zur Thür herein und kaum dass der Postbeamte ihn sah, verbeugte er sich in seinem Schalter mit unterthänigstem Grinsen, liess die anderen Wartenden stehn und rief mit: „Bitte, Herr Lieutenant!“ den Kriegshelden heran, um ihn sofort zu bedienen.

Vor dem Gesetze sollen alle Staatsbürger gleich sein, aber der Postbeamte steht wohl über dem Gesetz? Vor ihm sind sie sehr ungleich und die Rangordnung stellt er selbstverständlich ganz nach seinem Belieben fest.

Was ich hier geschildert, wäre von keiner grossen Bedeutung, wenn ein solcher Beamter eine entschiedene Ausnahme wäre und aus

Digitized by Google

blosser exceptioneller Vorliebe für den Soldatenrock so gehandelt hätte. Aber welcher Kenner der Verhältnisse wird leugnen, dass der Fall leider typisch ist und deshalb eine allgemeine und sehr grosse Bedeutung hat? Der „gewöhnliche“ Staatsbürger, der hintangesetzt wird, der Arbeiter, den man beliebig anschnauzt, sind aber allmälich so gut wie die oberen Schichten der Gesellschaft von den modernen Ideen, wonach alle Menschen vor dem Gesetze und dessen Organen gleich sein sollen, angesteckt und mehr oder weniger überzeugt und sie wissen, dass der Staat, wenn er Anforderungen an seine Bürger stellt, sie ganz vollwertig nimmt und nicht etwa deshalb, weil sie die Aermeren und Niedrigeren seien, schwächer belastet, sondern eher das Gegenteil thut.

Bis heute haben in der That wesentlich die Grossen und Reichen in Oesterreich das Wort, faktisch noch vielmehr als gesetzlich, obwohl schon das Gesetz vermittelst eines ganz verzwickten Wahlsystems, welches in der Welt seines Gleichen nicht findet, ihnen enorme Vorrechte einräumt. Aber der moderne Staat, mit seinen ungeheuren, einen gewaltigen Kräfteaufwand erfordernden Aufgaben, kann sich auf die Dauer nicht mehr auf solche, zumeist vom schroffsten Standes- oder Klassenegoismus durchtränkte und zerfressene Minoritäten stützen, wenn er nicht im entscheidenden Augenblick, wo es die Anspannung aller vorhandenen Kräfte gilt, verlassen sein will. Er muss — England, ein Vorbild aller modernen Entwicklung, zeigt uns dies unwiderleglich — seinen Schwerpunkt in tiefere und breitere Regionen versetzen, um nicht jedem Stoss zu erliegen. Die grosse Masse der wahrhaft arbeitenden, nützlichen Leute repräsentiert heute, wo die Sagen vom edleren Blute und vom göttlichen Recht des Einen, über den Anderen zu herrschen, keinen rechten Glauben mehr finden, in viel höherem Grade das Staatsinteresse, als jene Autoritäten der Vergangenheit und der Schwarm von parasitischen Existenzen, die als beutegierige Spekulanten, hungrige Bureaukraten oder strebsame Demagogen hinter jenen hersummen und in den ungeklärten und ungesunden Zuständen, wie sie der Nationalitätenstreit, den sie eifrigst schüren, geschaffen, sich am wohlsten fühlen und am fettesten fressen.

Man wird endlich, wenn Not am Mann ist, doch das Volk sprechen lassen müssen; man soll es daher bei Zeiten sprechen lernen lassen und ihm vor allem das allgemeine Wahlrecht geben. Die Phrase, dass das Volk dazu nicht reif sei, gilt heute nirgends mehr. Nicht etwa, als ob wir die Massen für absolut weise und gut hielten,

Digitized by Google

niemand hält sie im Ernst dafür, und wer es sagt, treibt demagogischen Schwindel.

Aber erstens zeigen die bisher herrschenden oberen Klassen ebenfalls keine politische Reife, sie treiben gar oft nicht staatserhaltende, sondern höchst einseitige und manchmal recht schamlose, staatzerstörende Interessen-Politik, und wir glauben, wenn schon Interessen-Politik getrieben werden soll oder muss, so soll im modernen Staate jeder das Recht haben, für sein Interesse einzutreten und dann ist das der grossen Masse das schwerwiegendste und darum staatserhaltende.

Und sodann, wenn überhaupt einmal jeder Staatsbürger in den öffentlichen Angelegenheiten mitsprechen soll, wohin schliesslich unsere politische Entwicklung trotz allem drängt, wie soll er politische Raison lernen, wenn nicht durch Uebung im politischen Leben, und wie soll er sich darin üben, wenn er davon ausgeschlossen ist? Es ist viel besser, er übt sich jetzt schon in Diskussionen und Abstimmungen, als vielleicht später in Strassenkrawallen und Revolutionen. Das „Volk" kann ja bei der Ausübung politischer Rechte Dummheiten machen -- die grossen Staatsmänner geben ihm darin ein Beispiel — aber auch hier und hier mehr als anderswo, wenigstens bei einem Volke, das noch nicht an Krawalle und Revolutionen gewöhnt ist, gilt das Errando discimus. Nichts ist weniger umstürzlerisch, als die grosse Masse, wenn sie an Freiheit einmal gewöhnt ist und weiss, dass ihr Zustand von ihren eigenen Entschliessungen abhängig ist, und es ist daher viel sicherer, viel konservativer, das Volk an die Freiheit zu gewöhnen, als es in Fesseln zu halten, die es zu irgend einer Zeit doch sicher zerbricht. So wie heutzutage die Volksmasse noch zusammengesetzt ist, ist viel eher zu befürchten, dass ihre Beteiligung am politischen Leben den gesunden und möglichen Fortschritt hemmt, als dass sie ihn überstürze. Aber es sind doch schon genug vorwärtsstrebende Elemente in derselben, dass allzugrosser Konservatismus oder gar reaktionäre Tendenzen nicht auf die Dauer zu befürchten sind.

Als notwendiges Korrelat zum allgemeinen Wahlrecht gehört das grösste Mass von bürgerlicher Freiheit.

Polizeiregiment und Beamtenwillkür haben noch nirgends in der Welt die im Volk vorhandenen Kräfte, von deren Aktivität doch schliesslich alles abhängt, zur Entwicklung gebracht, sie führen überall

Digitized by Google

zur Versumpfung und verderben den Geist und die Moral des Volkes. Man revidiere getrost alle möglichen Paragraphen des Strafrechts, welche von politischen Verbrechen im weitesten Sinn des Wortes handeln, und lasse nichts stehen, was nicht direkt von gemeingefährlichen Thaten und Versuchen handelt, man gewähre eine wirkliche, vollständige, schrankenlose Freiheit der Rede, der Presse, der Vereinsbildung und Versammlung — ohne alle Polizeiaufsicht. Es ist mit diesen Dingen wie mit der Kneipp'schen Wasserkur. Der zivilisierte Stubenhocker muss, wie er genau weiss, vor allem die Füsse warm halten, sonst wird er sicher auf die eine oder andere Weise krank, vielleicht tötlich. Er wagt es nicht, einen Augenblick, auch nur im Sommer, barfuss im Zimmer herumzugehen, er trägt im Winter extra-warm gefütterte Schuhe und dicke Wollstrümpfe und friert doch bei jeder Gelegenheit an den Füssen und hat dann auch richtig jedesmal alsbald seinen Schnupfen oder Husten oder noch Schlimmeres weg. Und da kommt Pfarrer Kneipp an einem schönen Wintermorgen, der auf eine rauhe Nacht mit starkem Schneefall folgte, und sagt zu unserem Helden: Ziehe rasch Schuhe und Strümpfe aus und laufe eine Minute lang barfuss in dem frischen Schnee herum! Das wäre mein Tod, sagt der Kaltfüssler, und wenn er es dennnoch thut, so bleibt er nicht bloss am Leben, sondern ist sogar höchst erfreut über die warmen Extremitäten und das allgemeine Wohlbehagen, das ihm das Experiment eingetragen.

So muss man dem ängstlichen, polizeisüchtigen Staatsmann, der den Staat nicht sicher glaubt, wenn er nicht fast nach Willkür jedermann verhaften und einstecken lassen kann, sagen: Lasst die Leute reden und schreiben, was und in welcher Gesellschaft sie wollen; sie mögen manchmal barfuss gehen, wie Gassenjungen, aber das schadet nicht, es bringt schliesslich Wärme hervor, Wärme für den Staat, der sie gewähren lässt, mehr Wärme als Strümpfe und Gefängnisluft.

Was am offenen Tage vor Aller Augen geschieht, wird nie sehr gefährlich sein oder kann reprimiert werden, wenn die böse That geschehen soll. Die Kinderkrankheiten aber der Freiheit heilen von selbst.

Durch Gewährung solcher Freiheit wird der Staat schon weite Kreise der Bevölkerung, und zwar nicht die schlechtesten, für seine Zwecke, für die Neugestaltung, gewinnen.

Insbesondere die moderne Arbeiterklasse, die trotz alles Polizei-

Digitized by Google

zwanges und aller möglichen Verfolgungen in Oesterreich schon merkwürdige Beweise von politischer Klarheit und Reife gegeben hat, schwärmt nicht für altes, pergamentenes Recht und ist ziemlich frei von nationalem Dünkel und Racenhass. Diese würde, richtig behandelt, bald für den ganzen Staat ein weit festeres Ferment geben, als es der nationale Adel mit seinen provinzialen Sonderinteressen, die Kirche mit ihren römischen Machttendenzen und die Bourgeoisie mit ihren internationalen Börsenjobbereien je vermochten.

Keine Klasse ist leichter für den reinen Staatsgedanken der Zukunft (Kultur und Friede) zu gewinnen als die fortgeschrittene moderne Arbeiterklasse. Unbegreiflich ist mir in steigendem Masse, wie sich ernsthafte Politiker, von denen man voraussetzen zu dürfen glaubt, dass sie über den morgigen Tag noch eine Strecke hinwegblicken, vor der Socialdemokratie fürchten können. Was daran wahr, echt und gesund ist, ist nichts Furchtbares, sondern etwas sehr Aussichts- und Hoffnungsvolles (kulturelle Hebung der Massen, Sicherung der materiellen Existenz Aller, allgemeine Bildung), was aber den Schein des Furchtbaren an sich hat, wird, wenn man es ganz frei sich entwickeln lässt, bald in ein lächerliches Nichts zerfliessen. Jedermann muss nach den neuesten Vorgängen in Halle doch einsehen, dass die alten, erfahrenen, politisch geschulten Führer der Partei das ganz gut verstehen, und dass die grossen Fehler nicht auf Seite der Socialdemokratie, sondern auf Seite der Staatsmänner gemacht werden müssen, wenn Unglück entstehen soll. Die sociale Frage ist, richtig behandelt, die konservativste, die es gibt — sagte schon Rodbertus. In freien Ländern, in Amerika, England, Frankreich, in der Schweiz fürchtet man sich nicht vor der socialen Demokratie und hat auch keinen Grund dazu, und selbst in Deutschland, wo man seit Jahren von Regierungswegen alles gethan, um die Arbeitermassen auf die Barrikaden zu hetzen, wirkte ein ganz kleines Bisschen Entgegenkommen von höchster Stelle schon ganz eigenthümlich beruhigend. Noch vor wenigen Jahren war in jeder Nummer des damals in Zürich erscheinenden offiziellen Parteiblatts (des „Socialdemokrat") ein dutzend Mal vom gewaltsamen Umsturz, von der socialen Revolution, von der Expropriation der Besitzenden die Rede, und jedem Polizeispitzel, der Parteimänner unglücklich gemacht, wurde mit spezieller, fürchterlicher Rache am Tage der Abrechnung gedroht, als ob dieser demnächst mit blutiger Morgenröte anbrechen sollte. Am diesjährigen Parteitag in Halle sprach Fleischmann gegen die Genossen, die

Digitized by Google

es für notwendig hielten, ab und zu mit revolutionären Redensarten gross zu thun. Ein Blödsinn seien die utopistischen Aufschneidereien von dem „grossen Tag, der einst kommen werde, um die Menschheit mit einem Schlage zu erlösen." Die Socialdemokraten würden dem Militär keinen Anlass geben, von den Waffen Gebrauch zu machen.

Und Bebel sagte: es gelte nicht, die Massen auf den zukünftigen socialdemokratischen Staat zu vertrösten, von dem niemand wisse, wann und wie er kommen werde. Schon jetzt seien die Erleichterungen zu schaffen, die auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung möglich seien.

Ein vereinzelter Widerspruch gegen diese Rede wurde mit lang anhaltendem Beifall beantwortet (dies nach den Berichten der „Neuen Zürcher Zeitung").

Die Führer können die alten Schlagworte nicht auf einmal ganz ausser Kurs setzen oder gar verbieten, aber wenn nun junge, unerfahrene Leute auftreten und ihnen wegen des Zurückdrängens der thatenlosen revolutionären Phrase (man kann doch nicht Dezennien lang täglich den Leuten von der Revolution sprechen, zu der man nicht die geringsten Anstalten trifft oder zu treffen vermag!) Vorwürfe machen, so ist es begreiflich und zugleich charakteristisch, dass diese mit Spiessruten gezüchtigt werden. Sie reden von Dingen, die sie nur aus Büchern gelernt haben und nicht verstehen.

Wenn die modernen Staatsmänner des Kontinents in socialen Dingen nicht so unvergleichlich borniert wären — der erste Rang gehört bis auf Weiteres den belgischen — so hätten wir längst durch eine sehr reelle Arbeiterbewegung sehr reelle Fortschritte gemacht und die Helden der Phrase und des Bierhauses, die unter für sie so günstigen Bedingungen, wie sie unsere politische Weisheit geschaffen, allenfalls da und dort eine Zeit lang eine unangenehme Rolle spielen können, hätten sich längst gegenseitig aufgefressen oder zu nützlichen Thaten bekehrt.

Ich meine keineswegs, der Staat soll unter den Arbeitern eine Art Bauernfängerei betreiben, sondern ich meine, die Interessen der Arbeiterklasse sind im Grunde seine eigensten, sind identisch mit denen der Kultur und darum soll er sich nicht fürchten vor dieser Klasse und die blossen Aeusserlichkeiten eines augenblicklichen Parteiwesens nicht mit dem Kern der Bewegung verwechseln, der entweder zum mächtigen Weltbaum der Zukunft heranwachsen oder in gehemmter Entfaltung unsere ganze Kultur zerstören muss. Die unteren

Digitized by Google

Klassen, die modernen, aufgeklärten Arbeiter voran, sind ins Reichsinteresse hereinzuziehen, nicht dadurch, dass man ihnen von Staatswegen etwas schenkt oder Wohlthaten irgend einer Art aufdrängt, die sie nicht verlangen (das ist die alte deutsche Socialpolitik der Professoren und Staatspfuscher, die keine Früchte getragen), sondern bloss dadurch, dass man ihnen, ganz wie allen anderen Bürgern, ein möglichst hohes Mass von Freiheit, speziell Koalitionsfreiheit, gewährt, ihre Gesundheit und Arbeitskraft durch gesetzliche Bestimmungen genügend schützt und sie in allen Dingen ganz so nobel und wohlwollend behandelt, wie die obersten.

Sie sind nicht national, sie haben wenigstens nichts vom nationalen Dünkel an sich, sie bilden durch den ganzen Staat hin eine einheitliche, gleichmässige Grundlage der Macht, sie sind zwar nicht ein konservatives (im alten und schlechten Sinn des Wortes), aber ein gewaltiges konservierendes Element des modernen Staates — der unmoderne kann auf die Dauer nicht bestehen — sie sind leicht zu haben, wenn sie aufrichtiges Wohlwollen, Achtung und Vertrauen sehen, und viel treuer als alle Arten von Aristokratie, besonders als die heutige „liberale“ d. h. prinzipienlose Geldaristokratie, deren Lebensinteressen sich an allen Börsen der Erdkugel abspielen. Den Unternehmern, den Besitzenden überhaupt hat der Staat nichts zu entziehen, an sie hat er keine besonderen Ansprüche zu Gunsten der Arbeiter zu machen, nur dass er ihnen Privilegien, die faktisch, aber unrechtlich und im Widerspruch mit allgemein anerkannten Rechtsgrundsätzen auf den verschiedensten Gebieten des staatlichen Lebens, im Steuerwesen, im Zollwesen u. s. w. etwa noch existieren, entzieht. Arbeiterschutzgesetze, wie Verkürzung des Arbeitstags u. dgl., welche dem blinden Heisshunger nach Profit diejenigen Wege dazu verschliessen, die zum physischen, geistigen und moralischen Verderb der Massen führen, sind kein Opfer, das den Besitzenden auferlegt wird, sie sind ihnen, wie England beweist, sogar in der Regel nur von Nutzen und eine so selbstverständliche Konsequenz des Staatsgedankens, dass sie nur in einer Zeit fehlen konnten, wo dieser selbst im Sumpfe des individualistischen Liberalismus fast untergegangen war.

Im Uebrigen werden, wenn die Arbeiter durch freie Koalition und Organisation in der Lage sind, mit eigener Kraft sich ihren Anteil an steigender Prosperität zu erwerben, die berechtigten, oder sagen wir besser und deutlicher die dauernden Interessen der

Digitized by Google

Unternehmer mit denen der Arbeiter, soweit unsere Gesellschaftsordnung in Frage kommt, ganz erträglich harmonieren. Dass gewisse Grossbetriebe heute schon nicht mehr in Privathände gehören, zeigen Regierungen der konservativsten Richtung, indem sie dieselben verstaatlichen. Die Zunahme der Staatsbetriebe ist also schon eine Thatsache und es kann kaum zweifelhaft sein, dass das durch die Riesenunternehmungen da und dort immer häufiger in den verschiedensten Formen erzeugte faktische Monopol jener Zeittendenz der Verstaatlichung mächtigen Vorschub leistet. Wie weit aber diese Tendenz gehen und in welchem Tempo sie fortschreiten wird, darüber kann allerdings niemand sicheren Bescheid geben. Jedenfalls aber hat man keinen Grund, eine Partei deshalb, weil sie die allmäliche Verstaatlichung der Grossbetriebe in ihr Programm gesetzt hat, für staats- oder gar für kulturfeindlich zu erklären.

Es gibt aber noch andere Alliierte in der Frage der Auflösung der Provinzen, nämlich die in dem Provinzialsystem unterdrückten Nationalitäten.

Ich glaube, dass z. B. die Ruthenen, wenn man sie einmal zu Worte kommen lässt, nichts einzuwenden haben werden gegen die Auflösung des Kronlands Galizien, die Deutschen nichts gegen die Auflösung von Böhmen und Mähren, die Italiener nichts gegen die Auflösung Tirols, des Küstenlands und Dalmatiens, die Südslaven nichts gegen die Auflösung von Kärnten und Krain.

Die rein-deutschen Provinzen verlieren nichts durch die neue Einteilung und alle Deutschen, die mit ihren Stammesbrüdern in Böhmen und Mähren irgend sympathisieren, können schon um dieser willen nicht wohl opponieren.

Natürlich müsste die Aenderung vorerst durch geeignete Aufklärung der öffentlichen Meinung in möglichst weiten Kreisen populär werden. Ob sie dann nach dem Buchstaben der Verfassung, die nie zur vollen Wahrheit geworden und von den verschiedensten Parteien und Nationalitäten der Reihe nach aufs heftigste angegriffen und zu zerstören versucht wurde, erfolgt oder gegen denselben, das scheint weniger wichtig. Sind weite Kreise im vorhinein für den Gedanken gewonnen und hat in echt moderner Anwendung die kaiserliche Gewalt einmal die historischen Gefässe, in denen der Geist der nationalen Herrschsucht brodelt, die Kronländer, unwiederherstellbar in Stücke zerschlagen, dann entweicht auch jener Poltergeist auf Nimmerwieder-

Digitized by Google

sehen. Mit der Aussicht auf die Herrschaft über Andere ist auch der Streit mit den Anderen im Wesentlichen beseitigt.

Die Weltgeschichte ist schon hie und da einige Schritte rückwärts gegangen durch Verfassungsbrüche, warum sollte sie nicht auch einmal durch einen solchen vorwärts gehen, wenn es einen anderen Weg zum Heil nicht giebt?

Digitized by Google

Digitized by Google

IV.

Socialpolitisches.

1. Der Wucher in der Bukowina.
2. Der Kampf um den Weidgang in Graubünden.
3. Die deutsche Landliga.
4. Der Wucher und die Bauern in Deutschland.
5. Die geplante Alters- und Invalidenversicherung im deutschen Reich.
6. Die Bodenverstaatlichung der „Freiländer".
7. Niedriger Hypothekenzins.
8. Zur Besteuerung der Erbschaften.
9. Agrarpolitisches aus Oesterreich.
10. Ueber den Geist in der Socialpolitik.

Digitized by Google

Digitized by Google

Der Wucher in der Bukowina.

(1878.)

Nachdem in Folge der Petitionen des Vereins der Wiener Kaufleute, des Vereins für volkswirtschaftlichen Fortschritt, des Vereins „Gewerbebund", des niederösterreichischen Gewerbevereins, des Wiener Grosshandlungsgremiums, des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft, der juristischen Gesellschaft, des Vereins der österreichischen Industriellen und des Handels- und Gewerbevereins und infolge der damals beim Beginn des mit dem Krach endigenden wirtschaftlichen Aufschwungs bei der österreichischen Regierung und Volksvertretung vorherrschenden Prinzipien der Manchester-Schule durch das Gesetz vom 14. Juni 1868 nicht nur alle Beschränkungen des Zinsfusses, sondern überhaupt alle gesetzlichen Bestimmungen gegen den Wucher weggefallen waren, fasste der galizische Landtag (Bericht des Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend Abhilfe wider unredliche Vorgänge bei Kreditgeschäften, 648 der Beilagen zur VIII. Session des Abgeordnetenhauses) seit dem Jahre 1874 in drei nach einander folgenden Sessionen dreimal den Beschluss, womit die kaiserliche Regierung aufgefordert wurde, für Galizien und Krakau ein Gesetz des Inhalts zu erwirken, dass bei Kreditgeschäften der Höchstbetrag derjenigen Zinsen, welche der Richter zuerkennen, sicherstellen und im Executionswege einzutreiben bewilligen könne, auf zwölf vom Hundert auf ein Jahr festgestellt werde.

Der Bericht des Justizausschusses über den von den polnischen Abgeordneten infolge dessen eingebrachten Antrag spricht sich (373 der Beilagen zur VIII. Session) dahin aus, dass die Ursachen für die über-

Digitized by Google

mässige, auch den fleissigsten und sparsamsten Besitzer ruinierende Höhe des Zinsfusses weit tiefer gelegen, dass sie schon vor dem Gesetze vom 14. Juni 1868 vorhanden gewesen seien und ihre traurige Wirkung geübt haben. Dieses Gesetz habe jedoch den Vorteil, dass die bedauernswerten Uebelstände, welche bis dahin im Verborgenen geblieben, offen zu Tage traten, und dass nun die Regierung und Volksvertretung in die Kenntnis dieser Uebelstände gelangen und dadurch in die Lage versetzt werden, auf die Hebung derselben hinzuwirken.

Diese Ansichten wurden im Jahre 1875 ausgesprochen. Dass die Regierung und Volksvertretung, die durch das Gesetz vom Jahre 1868 nach der Meinung des Justizausschusses in die glückliche Lage versetzt wurden, die bemerkten „tiefliegenden Uebelstände" zu beheben, diese glückliche Lage zu dem bezeichneten Zwecke nicht benutzten, ist gewiss. Die vom Ausschuss selbst vorgeschlagenen Mittel, als Volkserziehung, häufigere Anwendung der gesetzlich gestatteten Curatels-Verhängung wegen Verschwendung, die durch die Regierung und Gesetzgebung zu effektuierende Beschaffung billiger Kapitalien, gute Prozessgesetze und ein geordnetes Grundbuchwesen konnten teils zu dem erwünschten Ziele gar nicht, teils nur in so ferner Zeit führen, dass die von den polnischen Abgeordneten vorausgesagte totale Zersetzung der gesellschaftlichen Zustände in Galizien und die dadurch herbeigeführte fürchterliche Katastrophe, welche ja eben durch jene Massregeln verhindert werden sollte, längst eingetroffen sein musste, bevor die in Anregung gebrachten Mittel selbst bei rascher Ausführung in irgend einem merklichen Grade ihre günstigen Wirkungen zeigen konnten.

Ja auch die vom Ausschusse des Jahres 1877, dessen Majorität zur Wucherfrage eine merklich veränderte Stellung genommen hatte, vorgeschlagenen Mittel (Beilage 648), nämlich die Errichtung einer Bank mit der Aufgabe, die Vorschusskassen in den Gemeinden einzuführen, die bereits bestehenden zu unterstützen und von den Steuern zu befreien, konnten zur Hebung der socialen Missstände nur langsam und nicht allzu viel beitragen, weil eine derartige staatliche Organisation des Kredits in der Durchführung auf tausend Hindernisse und Schwierigkeiten stösst und schliesslich doch denjenigen am wenigsten hilft, welche die Hilfe am meisten nötig haben.

Was Vorschussvereine in der Bukowina leisteten, werden wir später sehen; für Galizien hat uns Prof. Pilat in Lemberg durch

Digitized by Google

seinen in der Statistischen Monatschrift (II. Jahrgang. S. 499 ff.) veröffentlichten Aufsatz über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Galizien im Jahre 1875/76 einigen Aufschluss gegeben, indem er erzählt, dass die galizischen Genossenschaften sich meist durch hohe Dividenden auszeichnen, welche sie den Teilnehmern zahlen; Dividenden von mehr als 10 Prozent seien sehr gewöhnlich, es kämen aber auch solche von 15, 20, ja selbst 30 Prozent vor und zwar bei Vorschussvereinen. Diese Vorschussvereine sind aber Vereine zu gegenseitiger Unterstützung, sie geben nur ihren Mitgliedern Darlehen, und — was insbesondere hervorgehoben werden muss — mehrere davon bestehen für grosse und kleine Landwirte.

Darlehen zu einem Durchschnitts-Prozentsatz, den wirtschaftliche Thätigkeit niemals auf die Dauer oder überhaupt im Durchschnitt einbringen kann, nenne ich Wucher (im objektiven Sinn).

Sehr weit hinter diesem Begriffe dürften auch die Manipulationen jener Genossenschaften nicht zurückgeblieben sein, da sie den übermässigen Gewinn lieber zur Erhöhung der Dividenden, welche ihrem Zwecke sehr wenig entspricht, als zur Herabsetzung des Zinsfusses benutzten, und da so hohe Dividenden sich mit einem billigen Zinsfuss doch wohl nicht vereinbaren lassen. Sie waren eben in einer gewissen Zwangslage, sie mussten, um den eigenen Kredit zu heben und zu befestigen, womöglich reiche Leute als Mitglieder zu werben suchen und diese (Wucher im subjektiven Sinn betreibenden Herren) konnten nur durch die Aussicht auf hohe Dividenden gewonnen werden, so dass auch hier eine Bereicherung der geldbesitzenden Vereinsbrüder auf Kosten der geldbedürftigen stattfand, obwohl die Letzteren in Hinblick auf die sonstigen Kreditverhältnisse des Landes immer noch einigen Vorteil hatten. Je mehr sich der Kredit der Genossenschaft in der öffentlichen Meinung befestigt, desto günstiger wird sich ihre Wirkung gestalten, aber immer wird der Vorteil solcher Vereinigung auf verhältnismässig kleine Kreise beschränkt bleiben.

Wenn also der eine Vorteil des Gesetzes vom 14. Juni 1868 jedenfalls nicht erreicht wurde, und zu seiner Erreichung — abgesehen vom neuen Wuchergesetze, welches gegen die damalige Ansicht des Justizausschusses endlich eingeführt wurde — auch nichts Wesentliches versucht ward, so ist dagegen der andere, nämlich die Kenntnis der herrschenden Uebelstände, im vollsten Masse, wenn nicht erreicht, so doch ermöglicht worden.

Digitized by Google

Die vorliegende Abhandlung soll einen Beitrag zur weiteren Realisierung dieses Vorteils bieten.

Zwar hat die Enquête bei den galizischen Gerichten eine Menge von Daten über den Wucher in diesem Lande zu Tage gefördert, andere wurden von den Abgeordneten desselben Landes in den Debatten des Abgeordnetenhauses vorgebracht. Allein was von alledem durch den Druck in die Oeffentlichkeit gelangte, ist doch noch lange keine eigentliche Statistik des Wuchers, man würde in diesen Protokollen charakteristische Durchschnittszahlen und Mittelwerte naturgemäss vergeblich suchen, da die Hervorhebung einzelner frappanter Fälle und Thatsachen für den besonderen Zweck vollkommen genügte. Und ausserdem dürfte es wohl Wenige geben, die sich aus den gedruckten Protokollen der Reichsrats-Sitzungen über die Natur und Bedeutung des Wuchers in Galizien zu informieren Lust haben, während eine exakte Kenntnis solcher abnormen Wirtschaftsverhältnisse nicht nur für die Gesetzgebung und Verwaltung des Staates, in dem sie vorkommen, sondern auch für die sociale Wissenschaft von nicht zu unterschätzender und vielleicht sogar prinzipieller Bedeutung ist.

Eine wirklich statistische Darstellung des Wuchers in Galizien lieferte Pilat (Statist. M. Sch. I. Jahrg. S. 506 ff.). Sie wurde in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses wiederholt und mit gerechter Anerkennung citiert und benutzt; dessen ungeachtet halte ich mich für berechtigt, den Gegenstand abermals zur Sprache zu bringen und zwar eines Teils, weil Pilat's Arbeit, sowie die Enquête und die Mitteilungen der Abgeordneten sich nur auf Galizien beziehen und die Bukowina gar nicht berühren, andererseits weil eine noch eingehendere Darstellung des Phänomens, als selbst Pilat sie geliefert, gerade jetzt am Platze scheint, wo infolge des neuen Wuchergesetzes vom 19. Juli 1877 nach meiner noch zu begründenden Ueberzeugung die greifbaren Erscheinungsformen des Wuchers von der Oberfläche des gesellschaftlichen Lebens alsbald verschwinden werden, während die ihnen zu Grunde liegende sociale Misère zwar davon unberührt zurückbleibt, aber in ihrer eigentümlichen Natur und Wesenheit nicht mehr so leicht erkennbar, zum mindesten nicht mehr statistisch fassbar werden wird. Zeigt sich ja doch im Kreditwesen, dieser höchsten und letzten Efflorescenz des volkswirtschaftlichen Lebens, die Beschaffenheit und der Entwicklungsgrad eines socialen Körpers so klar und deutlich, wie in gar keinem anderen Erscheinungskreise. Eine hoch-

Digitized by Google

entwickelte Wirtschaft bekundet sich nicht nur in der Niedrigkeit des Zinsfusses, sondern ganz vorzüglich auch in der grossen Ausbreitung der Kreditfähigkeit. Darum war es ein ganz falsches Raisonnement, als bei der Verhandlung des Wuchergesetzes im österreichischen Abgeordnetenhause aus der im Vergleich mit anderen, höher entwickelten Ländern geringen Zahl von executiven Feilbietungen in Galizien geschlossen wurde, dass das von den Polen behauptete Elend denn doch nicht in so hohem Grade vorhanden sein könne. Aus der absoluten Zahl der Executionen lässt sich, von ganz extremen, fast nie in grösserer Ausdehnung und durch längere Zeit vorkommenden Fällen abgesehen, überhaupt gar nichts Sicheres entnehmen. Könnte man die Zahl der Fälle, in welchen Kredit gegeben wurde samt der rechtlichen und wirtschaftlichen Natur dieser Fälle eruieren und diese Zahl mit der der Executionen vergleichen, dann erst würde man sich auf dem Wege zur exakten Kenntnis des Kreditwesens befinden, dann erst würde die Feilbietungsziffer in ihrer wirklichen Bedeutung erfasst werden können. Daran ist aber für das ganze Gebiet des Kredits niemals, für den uns näher berührenden Realkredit aber erst bei vollständiger Durchführung des Grundbuchwesens, also in dem von uns betrachteten Lande noch lange nicht zu denken.

Wäre die Zahl der jährlichen Exekutionen — hier speziell der exekutorischen Feilbietungen von Grundstücken, da wir uns ja in einem höchst ursprünglichen Bauernlande befinden, wo von fahrender Habe fast gar nicht die Rede sein kann — für die wirtschaftlichen Zustände eines Landes in dem Sinne bedeutend, dass eine geringe Zahl glückliche, eine hohe missliche Zustände bewiese, so würde die Bukowina jedenfalls in der Zeit der Wirksamkeit der alten Wuchergesetze ein wirtschaftliches Eldorado darstellen; denn wir finden im Jahre 1864 im ganzen Lande 57, im Jahre 1865 aber, einem Unglücksjahre mit einer totalen Missernte, 68 Exekutionen.

Der Bericht der Bukowinaer Handels- und Gewerbekammer für 1862—1871 bemerkt S. 5, dass das Jahr 1864 wegen häufiger Regengüsse eine entschiedene Missernte zeigte, gegen 1862 einen Ausfall von durchschnittlich 50 Prozent (S. 130), weshalb schon zu Ende dieses Jahres sich unter der gewerbetreibenden und ackerbauenden Bevölkerung das grösste Elend geltend machte (S. 5). Die Ernte von 1865 betrug kaum 9 Prozent (?) einer Mittelernte (S. 130), und die Not stieg 1865 und 1866 zu einer „unglaublichen, noch nie dagewesenen

Digitized by Google

Höhe". — Und trotzdem ein wahrhaft idyllisches Stillleben bei den Zivilgerichten! Selbstverständlich konnten eine Menge von Anlehen, wenn sie etwa erst im Jahre 1865 kontrahiert wurden, noch nicht in diesem Jahre zur Exekution führen; aber was würde wohl in einem solchen Notjahre in einem westeuropäischen Lande geschehen? Eine Unzahl von Darlehens- und anderen Kreditforderungen, die in früheren Jahren begründet wurden, müssten eingezogen und daher die Zahl der Exekutionen enorm gesteigert werden. Dass es in der Bukowina anders kam — statt Schulden und Exekutionen der Hungertyphus in einer furchtbaren Ausdehnung — zeugt nicht für die wirtschaftliche Prosperität dieses Landes, sondern für seine wirtschaftliche Barbarei, es beweist unwiderleglich, dass hier zu Lande die Kreditfähigkeit unter der Herrschaft des Wuchergesetzes nur auf eine verschwindend kleine Anzahl von Individuen beschränkt war.

Vom Jahre 1867 an, mit dessen Beginn das Gesetz vom 14. Dezember 1866 in Wirksamkeit trat, welches die Zinsfussbeschränkungen einigermassen beseitigte, und insbesondere seit der Wirksamkeit des Gesetzes vom 14. Juni 1868 mehrten sich von Jahr zu Jahr die Exekutionen und erreichten im Jahre 1877, wo das neue Wuchergesetz beschlossen wurde, ihren Höhepunkt.

Aber die Zahl der exekutiven Versteigerungen von Grundstücken stieg 1875 doch erst auf 253, 1876 auf 375, war also noch immer recht bescheiden und im Vergleich mit viel besser situierten Ländern vermuthlich noch sehr niedrig. Wollte man jedoch aus der Bewegung der Zahlen seit 1867 auf die Ausbreitung der Kreditfähigkeit, als auf einen durch die Gesetze von 1866 und 1868 herbeigeführten günstigen Erfolg schliessen, so würde man damit nur konstatieren, dass man weder dieses Land kennt, noch von der Art und Weise des Zustandekommens des Strafgesetzes von 1877 oder von dessen Inhalt irgend welche Notiz genommen. Nicht die Kreditfähigkeit wuchs durch das Wegfallen aller gesetzlichen Schranken des Wuchers, sondern nur die Bewucherungsmöglichkeit. Denn man kann Denjenigen, der Darlehen nur unter Bedingungen bekommt, welche eine wirtschaftliche, für ihn erfolgreiche Verwendung derselben von vornherein unmöglich machen, der bei Kontrahierung der geringsten Kaufschuld sofort und unrettbar dem wirtschaftlichen Ruin verfällt, doch unmöglich kreditfähig nennen, und in dieser Lage befand sich in der Periode der manchestermässigen Ausbeutungsfreiheit die überwiegende Majorität der neugeschaffenen Kreditoren.

Digitized by Google

Die Masse der Bevölkerung ist heute gerade so kreditunfähig, wie vor 10 und mehr Jahren und das wird sich zeigen, wenn die Folgen des neuen Wuchergesetzes erst zu Tage treten, eines Gesetzes, das einen hohen, ja ungeheuerlichen Zinsfuss an und für sich gar nicht hindert und nur dem Betrug und der Uebertölpelung geschäftsunkundiger, geistesschwacher Notmenschen strafend entgegentritt. Es wird sich zeigen, dass mit dem Wegfall des durch fast 10 Jahre legalisierten Diebstahls und Betrugs auch die scheinbar gewachsene Kreditfähigkeit wegfällt oder vielmehr, dass sie nie vorhanden war.

Aus der absoluten Zahl der Exekutionen und aus der absoluten Höhe der jährlich exequierten Schuld lässt sich also, wenigstens auf unserem Gebiete, fast nichts entnehmen.*) Aus einem Vergleich dieser Zahlen mehrerer Jahre, wie ihn Pilat für Galizien angestellt, erkennt man wohl den Anwachs und die Ausbreitung des Wuchers im letzten Dezennium, aber sein inneres, viel bedeutungsvolleres Gefüge wird dadurch noch nicht klar gelegt. Es bis ins Detail und zwar auf dem Höhepunkt seiner Entwickelung aufzudecken, ist die Aufgabe der vorliegenden Schrift. —

Der Wucherer ist, wie jeder Schurke, misstrauisch, und weil er in früheren Zeiten für seine dunklen Thaten, wenn sie entdeckt wurden, Strafe erlitt, so wagte er es auch nach Aufhebung der Wuchergesetze noch lange nicht, ganz offen und frech zu hantieren; er wurde aber von Jahr zu Jahr sicherer darüber, dass er bei seinen Geschäften keine Gefahr laufe, und daher werden wir des Wuchers wahre Physiognomie am deutlichsten in den allerletzten Jahren hervortreten sehen und wählten darum zu unserer Untersuchung die beiden Jahre 1876 und 1877. Ihre äussere Erscheinung, die sich in der Zahl der Exekutionen und der Höhe der exequierten Schuldsummen darstellt, ist ganz und gar verschieden; wir finden in der amtlichen „Czernowitzer Zeitung", der wir unser gesamtes Material entnehmen, im Jahr 1877 817 Exekutionsedikte, im Jahre 1876 noch lange nicht halb so viel, nämlich nur 375; dort eine exequierte Schuldsumme von 524 932 fl., hier von nur 173 586, also kaum ein Drittteil. Wenn sich trotz dieser äusseren Verschiedenheit die innere

*) Dass eine Menge von Schuldnern, um der Exekution zu entgehen, ihre Güter „freiwillig" veräusserten, wurde von Pilat und den polnischen Abgeordneten vielfach nachgewiesen.

Digitized by Google

Beschaffenheit des Wuchers in beiden Jahren frappant ähnlich herausstellt, so werden wir wohl zur Annahme befugt sein, dass in beiden Jahren das typische Bild des zur Reife gelangten Wuchers deutlich zu erkennen ist.

Ob die im Verhältnis zu den vorausgegangenen Jahren ganz ungeheuerliche Ziffer der Exekutionen von 1877 schon mit dem neuen Wuchergesetze in Verbindung zu bringen ist, scheint mir zweifelhaft. In der „Gerichtshalle" vom 9. Mai 1878 wird in dem Aufsatz „über das Ergebnis der für Galizien erlassenen Gesetze, betreffend Abhilfe etc. im Krakauer Oberlandesgerichts-Sprengel in den drei ersten Monaten ihrer Wirksamkeit" die Thatsache mitgeteilt, dass im letzten Quartal 1877 sehr viele Prozesse aus früher abgeschlossenen Darlehensverträgen anhängig gemacht wurden, woraus, wie der Berichterstatter meint, die Absicht erhelle, die kleinen Kapitalien dem Verkehr zu entziehen.

Für die Bukowina scheint diese vorläufige Wirkung des Wuchergesetzes im Jahre 1877 nicht oder nur in geringem Grade eingetreten zu sein, denn wenn wir die Zahl der Exekutionen von Quartal zu Quartal verfolgen, so ergeben sich

im	1.	Quartal	138	Exek.-Edikte
„	2.	„	187	„ „
„	3.	„	210	„ „
„	4,	„	282	„ „

was dem regelmässigen Zuwachs so ziemlich enspricht. Man müsste nur annehmen, dass schon die Erwartung des Wuchergesetzes die Exekutionen vermehrt habe und zwar vom Beginn des Jahres an. Dem aber widerspricht vielleicht eine andere Erscheinung. Ich fand nämlich hier, was der Berichterstatter der „Gerichtshalle" ähnlich auch vom Krakauer Sprengel erzählt, dass im letzten Quartal 1877 gerade die schlimmsten gewerbsmässigen Wucherer bei der Exekution plötzlich ihren Zinsfuss freiwillig, und zwar durchschnittlich auf 12 Prozent, reduzierten. Die Furcht vor dem Wuchergesetze begann also auch hier offenbar erst mit dem Eintritt der Wirksamkeit desselben sich praktisch zu äussern, aber noch nicht, oder doch nur sehr mässig in der raschen Einziehung der Kapitalien. Die letztere Wirkung erfolgte in der Bukowina erst seit dem Beginne des Jahres 1878 in grossem Massstabe. Doch zeigt sich hier wie in Galizien in den mitgeteilten Thatsachen ein bemerkenswertes psychologisches Moment. Gesetze wirken nicht zurück; Forderungen, die vor der Wirksamkeit

Digitized by Google

des Wuchergesetzes kontrahiert wurden, können nach wie vor in ihrem vollen Umfange gefahrlos vor Gericht geltend gemacht werden. Das weiss der Wucherer, der die notwendige Gesetzeskenntnis sich praktisch erworben hat und dazu den Rat des Rechtsfreundes häufig benutzt, theoretisch ganz gut. Aber wie der Spitzbube, dem niemand traut, auch selbst nichts von Vertrauen weiss, so fürchtet er, dass man ihn trotz allem wegen seiner vergangenen Thaten zur Rechenschaft ziehen könnte und zieht seine Forderungen, selbst mit Verlust, d. h. mit weit geringerem als gewohnheitsmässigem Gewinn ein. Er traut auch dem Gesetze, er traut auch dem Richter nicht.*)

Sei nun aber die Ueberzahl der Exekutionen von 1877 in der Furcht vor dem Wuchergesetze oder in einer abnorm raschen Ausbreitung des Wuchers begründet, immer wird sich zeigen, dass derselbe der Intensität und Qualität nach schon 1876 auf seinen Höhepunkt gelangt war und dass wir mit den beiden Jahren den definitiven und unverhüllten Typus des freien und seiner Freiheit vollbewussten Wuchers in der Bukowina treffen.

1876.**)

	Die Kapitalschulden			Durchschnitt
I	bis 50 fl. incl.	betragen mit 86	Fällen 2 519. 08 fl.	29. 29 fl.
II	von 50— 100 „ „	„ „ 81	„ 7 115. 66 „	87. 85 „
III	„ 100— 500 „ „	„ „ 164	„ 39 321. 47 „	239. 76 „
IV	„ 500—1000 „ „	„ „ 24	„ 17 087. — „	712. — „
V	über 1000 „ „	„ „ 16	„ 107 543. — „	6721. — „
		371	173 586. 21 fl.	

1877.***)

I	mit 159	Fällen	5 190. 22 fl.	32. 64 fl.
II	„ 207	„	17 012. 22 „	82. 18 „
III	„ 350	„	80 864. 07 „	231. 04 „
IV	„ 52	„	36 471. — „	701. — „
V	„ 35	„	385 394. — „	11 011. — „
	803		524 931. 51 fl.	

*) Indess dauerte diese Besorgnis der Wucherer nicht lange, denn jetzt (1878) werden alte Schulden wieder mit aller Strenge exequirt.

**) In 4 Fällen ist die Schuldsumme nicht angegeben.

***) In 14 Fällen ist die Schuldsumme nicht angegeben.

Digitized by Google

Der wesentliche Charakter der Kreditgeschäfte in der Bukowina erhellt schon aus diesen wenigen Zahlen. Wenn unter 1174 Exekutionsfällen nur 51 solche Schuldner treffen, welche für mehr als 1000 Gulden Kredit genommen hatten, wenn im Laufe zweier Jahre 245 Menschen, die durchschnittlich eine Schuld von noch nicht 33 fl., 533 Menschen, die noch nicht eine Schuld von 88 fl., 1047 Menschen, die noch nicht eine Schuld von 240 fl. kontrahiert hatten, aus ihrem Besitztum, aus ihrem Heim vertrieben wurden, so ist es klar, dass der Kredit in der Bukowina fast nur die Armen und Aermsten ausraubt oder dass es in diesem Lande fast nur arme Leute gibt, was beides gleich wahr sein dürfte.

In Prozenten der Gesamtzahl der Fälle machen

			1876		1877	
die Schulden bis	50 fl.	23.18%	45.01	19.80%	45.58
„ „ von	50— 100 „	21.83 „		25.78 „	
„ „ „	100— 500 „	44.21 „		43.59 „	
„ „ „	500—1000 „	6.47 „		6.47 „	
„ „ über	1000 „	4.31 „		4.36 „	
		100		100	

Eine Differenz der beiden Jahre besteht nur für die beiden untersten und nächstverwandten Kategorien; fasst man sie zusammen, so ist die Uebereinstimmung frappant.

Ein Gesamtdurchschnitt des Schuldbetrags hätte, wie aus den oben angeführten absoluten Zahlen wohl von selbst erhellt, gar keinen Sinn und könnte den wahren Sachverhalt nur verdunkeln. Denn die Schulden über 1000 fl. fallen nur zum Teil noch in den Rahmen des heimischen Kreditwesens. Das grosse Kapital ist internationaler Natur, und wer in die Lage kommt, 20, 50, 70 Tausend Gulden aufzunehmen, der wendet sich natürlich nicht an die einheimischen Wucherer, die ihr ganzes Geschäft mit wenigen hundert Gulden betreiben, sondern an grosse Kredit-Institute. Deshalb können wir die Schulden über 1000 fl., als abnorme Einzelfälle bei unseren Betrachtungen meist ganz ignorieren, da es doch misslich wäre, aus der ohnehin sehr geringen Zahl die wirklich heimatsberechtigten wieder auszuscheiden. Der grosse Unterschied im Durchschnittsbetrage dieser höheren Schulden rührt nur daher, dass 1877 etliche sehr hohe Beträge, wie sie in einem so kleinen Lande eben nicht jedes Jahr vor-

Digitized by Google

kommen, zur Exekution gelangten. Der Durchschnittsbetrag aller übrigen Schulden aber macht 1876 186. 04 fl., 1877 181. 69 fl., wofür 1123 Personen, selbstverständlich fast nur Bauern, exequiert wurden.

Natürlich stellen die genannten Schuldsummen nicht das gesamte Guthaben der Gläubiger dar; denn es kommen dazu noch Zinsen, Gerichtskosten, meistens Zinseszinsen und manchmal Konventionalstrafen. Allein andererseits ist zu bemerken, dass die Schuldner beiweitem nicht die angeführten Kapitalsummen, sei es in Geld oder Waaren, erhielten, sondern viel weniger.

Es sind nämlich*) in den in den Licitations-Edikten als Hauptschuld angeführten Beträgen fast durchaus schon kapitalisierte Zinsen mit enthalten. Der Vorgang ist folgender. Es wird der ursprüngliche Betrag hoch verzinst, worauf nach ungefähr 6 Monaten eine Abrechnung vor Zeugen stattfindet, bei welcher die Zinsen kapitalisiert werden. Von der neuen, die ursprüngliche oft verdoppelnden Summe werden neue hohe Zinsen ausbedungen. Nach ungefähr einem Jahre findet sodann eine neuerliche Abrechnung statt, bei welcher die Zinsen abermals kapitalisiert werden. Ueber die neue Schuld, welche jetzt den ursprünglichen Betrag um das Drei- und Mehrfache, auch manchmal um das Zehnfache übersteigt, wird ein Notariats-Schuldschein ausgestellt, in welchem neuerliche Zinsen bedungen werden, oder ein Wechsel akceptiert, letzteres namentlich von wohlhabenderen Schuldnern.

Auf diese Weise, fährt der „Fr. B." fort, erreicht ein Darlehen von 50 fl. in 2 Jahren sehr leicht den Betrag von 300 fl., wofür Beispiele genug angeführt werden könnten.

Es wäre also durchaus irrig anzunehmen, dass die Exekuten der Jahre 1876 und 1877 wirklich einen mittleren Darlehensbetrag von 186 resp. 182 fl. erhalten haben, und es erklärt sich nach dem Vorausgegangenen, wie ich glaube, wohl von selbst, warum in beiden Jahren die Klasse der Schulden von 100—500 fl. weitaus den grössten Raum einnimmt, indem sie durchschnittlich 44 Prozent aller Fälle umfasst. Es gelang eben den Wucherern, fast jede beliebige Schuld,

*) Diese und andere Aufklärungen über den inneren Charakter der Kreditgeschäfte habe ich der zuvorkommenden Güte praktischer Juristen in Czernowitz zu verdanken, welche einen übersendeten weitläufigen Fragebogen auf das Pünktlichste und Exakteste ausfüllten. Ich werde die betreffenden Mitteilungen stets mit „Fr. B." bezeichnen.

Digitized by Google

mochte sie ursprünglich so klein sein als sie wollte, wenn ihnen daran lag, bis auf diese Höhe zu bringen. Sie noch höher zu schrauben hatte in den meisten Fällen keinen Sinn, weil dann keine Bedeckung da war oder — was gewiss noch öfter den Ausschlag gab und sich im folgenden erweisen wird — weil der Gläubiger seinen eigentlichen Zweck, den Schuldner zu expropriieren und sich selbst in den Besitz der versteigerten Realität zu setzen, schon erreicht hatte.

Sehen wir uns dieselbe Thatsachenreihe in den Jahren 1864 und 1865, wo noch die alten Wuchergesetze galten, flüchtig an, so finden wir, dass die Schulden

	1864	1865
von 500—1000 fl.	14. 29 %	9. 09 %
über 1000 „	25. 00 „	31. 82 „
	39. 29 %	40. 91 %

aller Fälle betrugen. Eine genaue Uebereinstimmung der einzelnen Posten beider Jahre ist nicht zu erwarten, da es sich in dem einen Jahre um eine Gesamtsumme von 56, im anderen um 66 Fälle, in denen die Kapitalschuld angegeben ist, handelt. Aber die typische Verschiedenheit von einst und jetzt tritt doch schon auf das Deutlichste hervor. Die Schulden über 500 fl. betrugen in den Jahren 1876 und 1877 noch nicht 11 Prozent aller Schulden, in den Jahren 1864 und 1865 betragen sie 40 Prozent, also fast viermal so viel, und wir können wohl jetzt schon, ohne Widerspruch fürchten zu müssen, sagen: Die „Freiheit des Kapitals", wie sie das Gesetz vom Jahre 1868 inaugurierte, ist in einem Lande, wie die Bukowina, das Mittel, wodurch der geldbesitzende Teil der Bevölkerung den arbeitenden Teil der Bevölkerung auf formell legalem Wege der Früchte nicht bloss seiner, sondern der Arbeit von Generationen beraubt.

Wenn wir infolge der dargestellten Abrechnungs-Manipulationen unmöglich einen klaren Begriff von der Zinsenmasse, die der Schuldner schliesslich zu zahlen hatte, erlangen können, so ist uns doch in den Exekutions-Edikten ein Anhalt gegeben, um den mittleren Zinsfuss in der Bukowina wenigstens einigermassen kennen zu lernen. Wir finden nämlich etwa in der Hälfte der Edikte den Zinsfuss angeführt und haben die Mühe nicht gescheut, für jeden der 600 Posten, bei denen eine Prozentangabe vorkommt, die jährlichen Interessen zu berechnen, um aus dem Vergleiche derselben mit der Kapitalsumme den mittleren Prozentsatz zu finden. Es ergab sich das folgende:

Digitized by Google

	Bei den Schulden	Schuldsumme	Fälle	Jährl. Interess.	Durchschnittl. Prozentsatz
		1876			
I	bis 50 fl.	1246. 80 fl.	38	372. 61 fl.	29. 88
II	von 50— 100 „	4436. 66 „	53	1548. 62 „	34. 90
III	„ 100— 500 „	26243. 11 „	108	9444. 00 „	35. 99
IV	„ 500—1000 „	11654. 00 „	16	3438. 31 „	29. 50
V	über 1000 „	43366. 00 „	12	5476. 12 „	12. 63
		1877			
I		2363. 57 fl.	69	867. 66 fl.	36. 71
II		9737. 93 „	84	2532. 72 „	37. 59
III		39552. 00 „	173	3652. 13 „	34. 52
IV		20392. 53 „	29	6387. 49 „	31. 32
V		78021. 00 „	18	8059. 36 „	10. 33

Bei den Schulden über 1000 fl. würde der mittlere Prozentsatz nicht viel über 6 betragen, wenn nicht gerade bei den grössten Anlehen, die bei der österreichischen Nationalbank und bei der Boden-Kredit-Anstalt aufgenommen wurden, die Prozentangabe in den Edikten unterblieben wäre. Der Zinsfuss dieser grossen Kredit-Institute ist zwar bekannt, aber ich blieb dem einmal befolgten Grundsatz, nur diejenigen Posten in Rechnung zu ziehen, bei welchen der Zinsfuss ausdrücklich angegeben ist, auch hier treu.

Nimmt man alle übrigen Fälle, also alle Schulden bis 1000 fl., zusammen, so beträgt der mittlere Zinsfuss für dieselben

1876	1877
33. 96%	33. 95%

und es zeigt sich eine Harmonie des Wuchers, wie sie grösser nicht gedacht werden kann, eine Harmonie, die um so bewunderungswürdiger ist, da in den einzelnen Fällen die höchsten Extravaganzen vorkommen, so dass eine Betrachtung derselben zu dem Gedanken verleitet, es habe hier die Phantasie der Wucherer ein für sie erheiterndes Spiel getrieben.

Eine Zustandsstatistik des Zinsfusses hätte in höher entwickelten Ländern für normale Zeiten wenig Bedeutung. Das Geld hat, wie jede Waare, seinen Durchschnittspreis, der allgemein gegeben und bekannt ist. So wie sich der Preis einer Waare nicht nach der Persönlichkeit des Käufers in jedem einzelnen Falle besonders richtet, so ist auch das Geld zu einem landesüblichen, ortsüblichen oder auch geschäftsüblichen Zinsfuss zu haben; wer keinen Kredit verdient, der

Digitized by Google

muss nicht höhere Zinsen zahlen, sondern findet regelmässig keinen. Das ist die Physiognomie eines geordnet, ruhig und sittlich sich entwickelnden Wirtschaftslebens; sie trübt sich, wenn der Schwindel einreisst, wenn die Konsumtions-Darlehen (Not- und Luxusdarlehen) in Aufschwung kommen, wie es am meisten bei gewissen höheren, zur Verschwendung und zum ökonomischen Leichtsinn geneigten Klassen der grossstädtischen Bevölkerungen der Fall ist, sie trübt sich endlich — und darauf ist heute im mittleren Europa hier wie in allen Gebieten der Social-Ethik gar ernstlich Rücksicht zu nehmen — wo jene Race, die wir als aktives Subjekt des Wuchers in der Bukowina noch speziell kennen lernen werden, mit ihrer eigentümlichen wirtschaftlichen Moral an Boden gewinnt. Wo aber jene Physiognomie noch einigermassen ungetrübt vorhanden ist, da lässt sich nur eine Bewegungsstatistik des Zinsfusses für lange Perioden mit Aussicht auf wertvolle Resultate unternehmen.

Anders ist es in der Bukowina. Sowie man hier den richtigen Preis einer Waare sehr häufig nur in dem Falle bezahlt, wenn man ihn schon vorher wusste und auf das landesübliche Schachern vollkommen eingewöhnt ist, so wie man hier bei einem Rechtsgeschäfte, bei welchem Leistung und Gegenleistung nicht augenblicklich erfolgen, um vor vertragswidriger Uebervorteilung geschützt zu sein, einen schriftlichen oder noch besser notariellen Kontrakt abfassen muss, so gibt es auch keinen landesüblichen Zinsfuss, sondern der Zinsfuss hängt bei jedem einzelnen Darlehen nicht etwa von dem Risiko des Geschäftes, zu welchem das Darlehen gegeben wird, noch von den Vermögensumständen, noch von der Vertrauenswürdigkeit des Schuldners, sondern von dem Grade seines Leichtsinns, seiner momentanen Not, seiner Borniertheit, ja seiner Betrunkenheit und andererseits von der Bereicherungssucht, Frechheit, Nichtswürdigkeit, sagen wir mit einem Worte von dem Grade der Gaunerhaftigkeit des Gläubigers ab und wird dadurch rein individuell, so dass, wie v. Inama-Sternegg einem sehr interessanten Aufsatze („Jahrbücher für National-Oekonomie und Statistik" 1878) in der älteren deutschen Volkswirtschaft die Existenz eines objektiven Gebrauchswertes nachgewiesen hat, wir hier von dem geraden Gegenteil desselben, von einem subjektiven Verkehrswerte sprechen könnten.

Eine Musterkarte der Prozentsätze wird uns dies beweisen. Wir nehmen der Kürze halber beide Jahre zusammen. Unter den 600 Fällen, in welchen der Prozentsatz angegeben ist, finden sich

Digitized by Google

1	mal	3½%	1	mal	39%	2	mal	75%
7	„	4 „	5	„	40 „	1	„	77 „
8	„	5 „	12	„	42 „	3	„	80 „
1	„	5½ „	1	„	44 „	1	„	82 „
172	„	6 „	2	„	45 „	2	„	84 „
1	„	8 „	1	„	46 „	1	„	86 „
2	„	10 „	79	„	48 „	5	„	96 „
4	„	12 %	9	„	50 „	2	„	100 „
43	„	15 „	1	„	52 „	1	„	103 „
1	„	16 „	1	„	53 „	1	„	106 „
26	„	18 „	15	„	54 „	2	„	109 „
2	„	20 „	2	„	55 „	1	„	116 „
12	„	24 „	63	„	60 „	5	„	120 „
3	„	25 „	1	„	61 „	2	„	122 „
2	„	27 „	1	„	64 „	1	„	123 „
12	„	30 „	1	„	66 „	1	„	128 „
2	„	33 „	1	„	70 „	1	„	185 „
1	„	35 „	27	„	72 „			
44	„	36 „	1	„	73 „			

Was die grosse Zahl der 6-prozentigen Schulden betrifft, so finden sich darunter einige, bei denen der Staat oder eine öffentliche Anstalt als Gläubiger auftrat, einige, die noch aus älteren Zeiten stammen. Die Mehrzahl aber sind Wucherfälle, bei denen der Gläubiger nicht das Mittel eines hohen Zinsfusses, sondern einen anderen Weg wählte, nämlich den sogenannten Wucher am Kapital, insbesondere durch das Medium des Wechsels. Es wird ein Darlehen gegeben und dafür ein Wechsel acceptiert, der das 3-, 4- und Mehrfache des gegebenen Betrages als Schuldsumme enthält. Die Gesamtzahl der Fälle, in welchen 15 und 18 Prozent gefordert werden, rührt von den Geschäften zweier Kredit-Institute her, auf die wir noch zu sprechen kommen werden. Der eigentliche Privat-Zinswucher beginnt also erst mit 24 Prozent. Wir sehen aus dem Vorstehenden, dass der früher gefundene mittlere Zinsfuss von rund 34 Prozent, so hoch er ist, dennoch den eigentlichen, wirklichen Zinsfuss noch lange nicht erreicht. Er mag aber als Basis unserer Betrachtungen dennoch genügen.

Die seltsamen, krummen und eckigen Zahlen, die hier als Zinsfüsse auftreten, bedürfen einiger Erklärung.

So wie die Ausbeutungswut eine gewisse Höhe erreicht hat,

Digitized by Google

wendet sie zu ihrer Verhüllung Mittel an, welche zwar jedem halbwegs den Namen eines Kulturmenschen verdienenden Schuldner gegenüber einfach lächerlich wären, aber in diesem Lande offenbar ganz regelmässig ausreichen. Das einfachste und unschuldigste Mittel, das am häufigsten praktiziert wird, besteht darin, dass der Zinsfuss nicht für das Jahr, sondern für den Monat bestimmt wird. Der Gläubiger sagt: Du zahlst mir bloss 4 per Hundert und Monat, und dem Schuldner erscheint die Zahl 4 so klein, dass er mit Vergnügen darauf eingeht. Raffinierter ist es schon, wenn der Gläubiger den von ihm beliebten Zinsfuss nicht in Prozenten, sondern in absoluten Zahlen festsetzt, wenn er sagt: Du zahlst mir für die 48 fl., die ich dir gebe, monatlich bloss 4 fl. Würde er 100 Prozent verlangen, so könnte auch der stupideste Schuldner stuzig werden, aber 4 fl. monatlich scheint ihm erträglich. Sowie aber die Begaunerung den höchsten Grad erreicht, langt auch dieses Mittel nicht mehr aus. Der Gläubiger fordert nun für ein Darlehen von 40 fl. bloss täglich 19 Kreuzer, eine Kleinigkeit, die den armen Bauer gar nicht genieren kann. Auf solche Weise sind die krummen Zinsfüsse wohl erklärlich. Aber das ist noch nicht Alles, was der Schuldner zu zahlen hat, es kommen dazu, wie schon gesagt, sehr oft Zinseszinsen, manchmal Konventionalstrafen und immer Gerichtskosten. Was die ersteren betrifft, so sei hier statt aller weiteren Ausführungen die Abschrift eines Edikts mitgeteilt, welches in der „Czernowitzer Zeitung“ vom 7. August 1877 enthalten ist und als Typus für viele dienen mag. „Vom k. k. Bezirksgericht Suczawa wird hiemit bekannt gegeben, dass über Ansuchen der Caroline Gingold — zur Hereinbringung der Forderung derselben pr. 150 fl. samt den hiervon bedungenen in dreimonatlichen antizipativen Raten à 18 fl. fälligen Zinsen von 4 fl. per Hundert und Monat und die vom Fälligkeitstage einer Zinsrate, sowie vom Fälligkeitstage des Capitals seit 19. März 1876 bis zur faktischen Zahlung bedungenen Verzugszinsen von 5 fl. per Hundert und Monat — die exekutive lizitative Veräusserung etc.“

Ein Kommentar ist überflüssig; es wird schon schwer, den eigentlichen Zinsfuss des einzelnen Falles herauszubringen. Und der Wucherer gehörte diesmal sogar dem schwachen Geschlechte an, was übrigens keine Seltenheit ist.

Konventionalstrafen kommen in den von mir behandelten Edikten nicht sehr häufig vor. Freilich ist es möglich, dass sie sich oft hinter dem s. N. G. (samt Nebengebühren) verbergen. Ein wahrhaft klassisches

Digitized by Google

Beispiel bringt die „Bukowina“ vom 15. Juni 1878 mit folgender Rechnung, die aus einem in allerletzter Zeit publizierten Exekutions-Edikte entnommen ist.

Kapital	100 fl.
45% Zinsen vom 15. Nov. 1875	115 „
Convent. Strafe per 2 fl. täglich vom 15. Nov. 1875	1880 „
Summe	2095 fl.

Der Betrag der Konventionalstrafe ist, wie man sieht, auf den 12. Juni d. J. berechnet. Sie läuft aber noch bis zum Erhebungstage des Licitations-Erlöses fort. Der Name des Mannes, der hier als Gläubiger auftritt, verdient aufbewahrt zu werden. Er heisst Basil Skalat.

Wie die Schuld durch Gerichts- und Exekutionskosten erhöht wird, ist einer eingehenden ziffermässigen Darstellung wert. Wir wählen dazu nur jene Fälle, in welchen neben den Kosten auch der Zinsfuss angegeben ist, weil wir nur diese zu einer beiläufigen Berechnung dessen, was der Schuldner schliesslich zu zahlen hat, benützen können. In den Edikten sind die Kosten der Insertion des Edikts in die Amtszeitung (sie erfolgt 3 mal und in 2 oder 3 Landessprachen), sowie die Kosten der Lizitation nicht angegeben. Sie betragen zusammen 10.36 fl. bis 13.36 fl. (Fr. B.). Berechnen wir sie für alle Fälle — etwas unter dem Mittelwerte — mit 11.50 fl. und fügen wir sie zu den ausdrücklich angegebenen Kosten hinzu, so zeigt sich das Folgende:

Bei den Schulden	Schuldsumme	Kosten	Fälle	Durchschnitt
	1876			
I bis 50 fl.	1246 fl. 80	1100 fl. 28	38	28 fl. 95
II von 50—100 fl.	4436 „ 66	1764 „ 09	53	33 „ 28
III „ 100—500 „	26243 „ 11	3580 „ 96	108	33 „ 16
IV „ 500—1000 „	11654 „ —	572 „ 91	16	35 „ 81
V über 1000 fl.	43366 „ —	789 „ 97	12	65 „ 83
	1877			
I	2363 „ 57	2001 „ 53	69	29 „ 01
II	6737 „ 93	2861 „ 03	84	34 „ 06
III	39552 „ —	5970 „ 40	173	34 „ 51
IV	20392 „ 53	1238 „ 24	29	42 „ 70
V	78021 „ —	1081 „ 13	18	60 „ 06

Die Kosten betragen für sämtliche Schulden bis zu 1000 fl. im Jahre 1876 im Durchschnitt 32.64 fl., im Jahre 1877 34 fl. Bedeutsam wird

Digitized by Google

dies Bild aber erst, wenn man den Betrag der Kosten in Prozenten der Hauptschuld ausdrückt. Darnach machen die Kosten

	1876	1877
bei I	88.25	84.68
„ II	39.76	42.46
„ III	13.65	15.09
„ IV	4.92	6.07
„ V	1.82	1.39

Prozente der Hauptschuld und wollen wir hiernach berechnen, wie viel der Schuldner an Zinsen und Kosten schliesslich beiläufig zu zahlen hat und die Summe wieder in Prozenten der Hauptschuld ausdrücken, so ergeben sich

	bei einjähriger Schulddauer		bei zweijähriger Schulddauer	
	1876	1877	1876	1877
bei I	118.13 %	121.39 %	148.01 %	158.10 %
„ II	74.66 „	80.05 „	109.56 „	117.64 „
„ III	49.64 „	49.61 „	85.63 „	84.13 „
„ IV	34.42 „	37.39 „	63.92 „	68.71 „
„ V	14.45 „	11.72 „	27.08 „	22.05 „
bis 1000 fl.	44.39 „	45.52 „	78.35 „	79.47 „

Dass selbst diese Ungeheuerlichkeiten noch weit von der Wahrheit entfernt sind, wissen wir schon. Wie sehr aber die Schuld noch insbesondere durch die Gerichts- und Exekutionskosten erhöht wird, das ist hier vollkommen klar gemacht. Dieses Unglück trifft aber gerade die ärmsten, die kleinsten Schuldner am schwersten, die Armut muss hier wie sonst die höchste Steuer zahlen.

Man könnte nun noch immer den Einwand bringen, dass ein hoher Zinsfuss nach den besonderen Verhältnissen des Landes notwendig sei, dass der Gläubiger hier absonderliche Gefahr laufe und sich daher durch hohe Zinsen decken müsse. Von den Gegnern der Wuchergesetze im Allgemeinen und der gesetzlichen Zinsfussbeschränkungen insbesondere wurden solche Einwendungen gemacht. Der Abgeordnete Menger erklärte (Sitzung v. 26. April 1877) — ganz nach dem Geplapper der Schule — dass in dem Entgelte, welches der Darlehensnehmer über die geliehene Summe hinaus dem Geber leiste, nicht bloss der Ersatz für den entgangenen Gebrauch der dargeliehenen vertretbaren Sachen vorhanden sei, sondern auch die Assekuranz-Prämie dafür, dass ja möglicher Weise das Versprechen nicht erfüllt werde.

Digitized by Google

„Es ist weiter — und darauf bitte ich Ihr Augenmerk besonders zu richten, weil es besonders wichtig ist bei Beurteilung der vorliegenden Frage — besonders bei kleinen Darlehen auch ein gut Teil Arbeitslohn in den Zinsen, welche geboten werden."

Diese Theorie vom Arbeitslohn der Wucherer, die konsequent durchgeführt auch zu einem Arbeitslohn der Diebe, Betrüger und Räuber führen würde, welcher etwa bei ihrer Ersatzpflicht in Rechnung zu ziehen wäre, wurde von demselben Abgeordneten in derselben Sitzung noch einmal vorgebracht und war von ihm schon zwei Jahre früher (4. Dezember 1875) zum Besten gegeben worden.

Dagegen werden diese „Arbeiter" in einem amtlichen Berichte aus Galizien, der in dem Berichte des Ausschusses über die Regierungsvorlage (648 der Beilagen zur VIII. Session) zitiert wird, „wuchernde Müssiggänger" genannt und fand Menger eine spezielle Widerlegung seitens des galizischen Abgeordneten Dunajewski, dessen Bemerkungen für unser Thema selbst so interessant sind, dass wir uns erlauben, sie wörtlich mitzuteilen: „Man muss zunächst den Landmann in Galizien dahin bringen, dass er ein Bedürfnis nach Geld empfindet, ein Bedürfnis, das den Ertrag seines Grundstückes übersteigt. Das ist eine gewisse Mühe. Man lockt ihn in ein öffentliches Lokal, zeigt ihm gewisse Waren für seine Frau oder gewisse Spielsachen für sein Kind, man sagt ihm, wenn er eine Hochzeit oder eine Taufe zu feiern hat und nicht die Mittel besitzt, um recht grossartig aufzutreten — dass man ihm auf Borg und Kredit Getränke liefern werde; das ist auch eine gewisse Arbeit. Man muss von ihm Grundstücke als Pfandobjekt verlangen, man muss ihn dazu bringen, vor einem Notar oder einem Privatschreiber irgend einen Schuldschein oder Wechsel auszustellen. Dann werden genaue Bedingungen über die Zeit der Zahlung und die Konventionalstrafen festgestellt, wenn die Zahlung nicht zum festgesetzten Termin geleistet wird. Ist das Alles geschehen, dann handelt es sich für den Gläubiger — darum, sich vom Landmanne, der ja, wie jeder Schuldner, am Anfang seiner Laufbahn redlich und gewissermassen furchtsam ist, wenn er einen kleinen Betrag angesammelt hat und sich dann zum Gläubiger begibt, um die Schuld pro rata oder im Ganzen zu bezahlen, sich nicht zu Hause finden zu lassen. Das ist auch eine Arbeit! —

Diese Arbeit — verdient — einen strafgerichtlichen Lohn!"

Vom Arbeitslohn können wir also bei dieser ganz und gar gaunerhaften Thätigkeit, welche ihren Gewinn in dem jedesmal klar

Digitized by Google

vorherzusehenden, bewusstvoll gewollten und durch Uebertölpelung des Opfers herbeigeführten Ruin des Nebenmenschen sucht und findet, füglich absehen. Was aber die Gefahr betrifft, so können wir uns aus den Lizitationsedikten über ihre Höhe wohl einigermassen unterrichten, indem wir den Schätzungswert der Lizitationsobjekte mit der Kapitalschuld vergleichen. Es müssten zwar zur letzteren streng genommen auch die Zinsen und Gerichtskosten geschlagen werden, um die Deckung zu beurteilen. Was aber die Zinsen betrifft, so haben wir schon bemerkt, dass in der als Hauptschuld ediktaliter angegebenen Summe allermeistens schon eine solche Menge Zinsen enthalten sind, dass damit allein selbst ein Wucherer zufrieden sein könnte. Und den Durchschnittsbetrag der Gerichtskosten, den wir ja kennen gelernt, können wir leicht im Geiste hinzufügen.

1876*)

Bei den Schulden	Fälle	Hauptschuld	Schätz.-Wert der licit. Real.	Durchschnittl. Schätz-Wert
I bis 50 fl.	80	2357 fl. 45	24578 fl.	307 fl. 22
II von 50—100 fl.	79	6927 „ 66	38638 „	489 „ 09
III „ 100—500 fl.	158	37883 „ 47	175207 „	1108 „ 90
IV „ 500—1000 fl.	22	15603 „ —	58692 „	2667 „ 82
V über 1000 fl.	15	103243 „ —	357438 „	23829 „ 20
	354	166014 fl. 58	654553 fl.	

1877**)

I	153	5035 fl. 56	54570 fl.	356 fl. 66
II	203	16709 „ 22	89291 „	439 „ 86
III	339	78655 „ 07	396955 „	1170 „ 96
IV	48	34181 „ 53	123659 „	2576 „ 23
V	33	384163 „ —	943406 „	28588 „ 06
	776	518744 fl. 38	1607881 fl.	

*) In den 4 Fällen, wo die Hauptschuld nicht angegeben ist, beträgt der Schätzungswert 3047 fl., also der Gesamtwert aller licit. Real., so weit er bekannt ist (nämlich in 358 Fällen), 657 600 fl.

**) In den 14 Fällen, wo die Hauptschuld nicht angegeben ist, beträgt der Schätzungswert 61 058 fl., also der Gesamtwert, soweit er bekannt ist, 1 668 939 fl.

Digitized by Google

Mithin betrug der Schätzungswert

	1876	1877
bei I das	10.4 fache	10.8 fache
„ II „	5.6 „	5.3 „
„ III „	4.6 „	5.0 „
„ IV „	3.7 „	3.6 „
„ V „	3.5 „	2.5 „

der Hauptschuld. Wir sehen daraus, dass es an Deckung nicht fehlte und dass die Gläubiger das Mass ihrer Vorsicht genau nach der Grösse des Guthabens richteten und zwar in umgekehrter Proportion. Der ärmste Schuldner war der Sicherste, selbst wenn man nicht ausser Acht lässt, dass seine ursprüngliche Schuld durch Zinsen und Kosten am meisten erhöht wurde. Zudem sind kleine Parzellen stets am meisten gesucht und also am leichtesten realisierbar. Bei den Schulden über 1000 fl., die doch einen so viel niedrigeren Zinsfuss zeigten, ist nicht nur die Deckung am geringsten, sondern es ist auch zu bedenken, dass darunter sich landtäfliche Güter, grosse, ja ungeheure Güterkomplexe finden, die schwer verkäuflich sind und auf denen auch noch andere Schulden haften können. Es zeigt sich also hier, dass es nicht die Gefahr des Verlustes ist, welche den kleinen Kredit verteuert, sondern dass der arme Mann nur deshalb stärker ausgeplündert wird, weil er vermöge seiner Geschäftsunkenntnis und anderer Eigenschaften, die ihn für den Betrug zugänglicher machen, leichter und frecher beraubt werden kann. Wir können dies noch auf eine andere Weise eruieren und dafür einen sicheren Beweis bringen. Es wäre nämlich, trotz der inneren Konsequenz der obigen Zahlenreihen doch noch immer möglich, dass die Zahl der Fälle, in welchen der Schätzungswert die Schuld nicht deckte, bei den kleinen Schulden grösser wäre, als bei den grossen. Suchen wir diese Fälle auf, und geben wir zur grösseren Sicherheit zur Hauptschuld auch noch die Gerichtskosten, so weit sie bekannt sind, hinzu, so finden wir

	1876					1877				
bei I	2	Fälle	unter 80	oder	2.50%	5	Fälle	unter 153	oder	3.27%
„ II	5	„	„ 79	„	6.33 „	11	„	„ 203	„	5.42 „
„ III	10	„	„ 158	„	6.33 „	21	„	„ 339	„	6.19 „
„ IV	2	„	„ 22	„	9.09 „	3	„	„ 48	„	6.25 „
„ V*)	3	„	„ 15	„	20.00 „	2	„	„ 25	„	8.00 „

*) Mit Hinweglassung derjenigen Fälle, wo die Hauptschuld mehr als 10 000 fl. beträgt, wo also der exequirende Gläubiger nicht der einzige und nicht der erste zu sein braucht.

Digitized by Google

und in beiden Jahren zusammen

bei	I	7	Fälle	unter	233	oder 3.00 %
„	II	16	„	„	282	„ 5.67 „
„	III	31	„	„	497	„ 6.24 „
„	IV	5	„	„	70	„ 7.14 „
„	V	5	„	„	48	„ 10.42 „

in welchen der Schätzungzwert der licitierten Realitäten den Schuldbetrag samt den Kosten nicht deckte. Wir sehen hier noch viel deutlicher und entschiedener, dass der kleine Kredit nicht jedem Beliebigen gegeben wird, sondern dass der Geldbesitzer mit der grössten Vorsicht seine Leute aussucht, so dass ihm der kleinste Mann der sicherste wird, dass seine Vorsicht mit dem steigenden Vermögen des Schuldners abnimmt und dass also das umgekehrte Verhältnis der Ausbeutungs-Intensität durch die „Assekuranz-Prämie" durchaus nicht gerechtfertigt ist.

Es geht zwar aus unseren berechneten mittleren Prozentsätzen kein regelmässiges umgekehrtes Verhältnis zwischen Zinsfuss (Ausbeutungs-Intensität) und Schuldgrösse hervor. Wir können aber den Bestand dieses Verhältnisses mit aller Sicherheit annehmen. Denn gerade unter den kleinsten Schulden finden sich die meisten mit 6 Prozent verzinsten, und was diese 6 Prozent zu bedeuten haben, ist uns bekannt.

An Deckung fehlt es also nicht, soweit dieselbe aus den Schätzungswerten der licitierten Realitäten zu entnehmeu ist, um so weniger, als dieser Schätzungswert durchwegs sehr niedrig angenommen wird, wie uns Pilat in dem zitierten Aufsatz (Stat. M. Sch. I. Jahrg.) für Galizien belehrt hat und wie es mein Fr. B. für die Bukowina bestätigt.

Eine andere Frage ist es, ob hier zu Lande die Realitäten, selbst um einen niedrigen Preis, verkäuflich sind? Die zwei eben angeführten Quellen sagen aus, dass es „auf dem flachen Lande gewöhnlich an Käufern mangle" und „dass die Zahl der Kauflustigen bei der grossen Menge der feilgebotenen Realitäten eine geringe sei". Dasselbe bestätigte der polnische Abgeordnete Rydzowski in der Sitzung vom 3. Dezember 1874. Pilat bemerkt für Galizien noch insbesondere, dass die Realitäten „oft um einen Spottpreis" hintangegeben werden und mein Fr. B. sagt, dass der Kaufpreis in der Bukowina" immer unter dem Schätzungswerte liege". Also läuft der Gläubiger trotz Allem Gefahr, sein Guthaben nicht hereinzubringen?

Digitized by Google

Wir konnten schon aus der angeführten Rede Dunajewski's entnehmen, dass es sich um die Hereinbringung der Geld forderung in der Regel gar nicht handle. Der Schuldner kann ja regelmässig nicht einmal die Zinsen zahlen, es gelingt ihm vielleicht im ersten, zweiten Monat, aber dann bleibt er ganz sicher im Rückstand. Von der Rückzahlung des Kapitals ist gar keine Rede. Und das weiss der Gläubiger selbstverständlich ganz genau. Es kommt daher zur Licitation. Beim ersten und zweiten Termin erscheint Niemand, der den Schätzungswert oder mehr geben möchte; es kommt zum dritten Termin, wo die Realität auch unter dem Schätzungswerte verkauft wird und nun erscheinen die Wucherer, die sich einander das Handwerk nicht verderben. Will der Gläubiger — und das ist der gewöhnliche Fall*) — das Grundstück, so nimmt er es zu dem ihm beliebigen Preis, d. h. einfach für seine Forderung, denn es würde ihm nichts nützen, es für noch weniger zu nehmen, da der Schuldner nichts weiter besitzt. Will er es nicht, so nimmt es ein anderer Wucherer, und der Erfolg für den Schuldner ist derselbe. Nachdem also der „Kapitalist" sein Geld durch Wucherzinsen, wucherische Zinseszinsen, Konventionalstrafen, Abrechnungen u. s. w. verdoppelt, vervierfacht, verzehnfacht hat, fängt er sich mit der Angel seiner Niederträchtigkeit noch ein Extra-Goldfischchen aus dem Meere des socialen Elends heraus, indem er Hab und Gut des Armen um einen Spottpreis für seine legalen Ansprüche „übernimmt".

Und darauf war es von vornherein abgesehen. Denn wer eine Handlung unternimmt, deren schliessliche Konsequenz er unbedingt voraussehen muss, der muss diese Konsequenz auch wollen, sonst wäre er ein Narr. Und Narren sind unsere Geldbesitzer keineswegs, sondern äusserst vorsichtige und kluge Leute.

Es ist auch sehr leicht, den Verlauf eines Kreditgeschäftes vorherzusagen, wenn man nur weiss, zu welchem Zwecke der Kredit in Anspruch genommen wird. Der Abgeordnete Menger unterschied (Sitzung v. 26. April 1877) drei Gattungen von Bewucherten: kühne Unternehmer, Leute in Notlagen und endlich leichtfertige Patrone, denen kein Gesetz helfen könne. Von kühnen Unternehmern kann in diesem Lande, wo der Durchschnittsbetrag der gewöhnlichen Schulden 182 fl. ausmacht, nicht die Rede sein. Ob Notlagen oder Leicht-

*) „Das exequierte Objekt wird in der Regel vom Gläubiger selbst für seine Forderung erstanden, so dass dem Exekuten nie etwas übrig bleibt" (Fr. B.).

Digitized by Google

fertigkeit die vorwiegende Veranlassung zu Darlehen sind, werden wir untersuchen müssen.

Die polnischen Abgeordneten sind keineswegs geneigt, schlecht von ihren Landsleuten, den galizischen Bauern, zu sprechen, sie verteidigten dieselben stets mit Eifer und wiesen üble Meinungen, die von anderen Seiten ausgesprochen wurden, mit Entrüstung zurück.

Wir sahen aber schon, wie Dunajewski auf die Hochzeiten und Taufen hinwies als Veranlassung zum Schuldenmachen, weil da der Bauer „recht grossartig" auftreten wolle; dass die Getränke, welche der Wucherer zu solchen Gelegenheiten liefert, den Anfang zu des Landmanns Ruin bilden. Rydzowski bemerkt, dass die Darlehen fast nie zu produktiven Zwecken geschlossen werden, sondern fast immer Konsumtions-Darlehen seien.

Was die beiden Polen mit Mass und Schonung ausdrücken, indem sie die Verschwendungssucht und den Leichtsinn der Bauern bloss indirekt und zu dem Zwecke, die üble Lage derselben und die Notwendigkeit einer Abhilfe darzulegen, anerkennen, das wurde von anderen Seiten offener ausgesprochen. Schon der bereits zitierte Bericht des Justizausschusses bemerkt: „In vielen Fällen, dies kann nicht unausgesprochen bleiben, sind wohl niederer Bildungsgrad und Charaktermängel des Schuldners: Leichtsinn, Mangel an Arbeitslust, Trunksucht u. s. w. als die eigentlichen Ursachen seiner Notlage zu bezeichnen. Der Bericht des Ausschusses von 1877 (648 der Beilagen, VIII. Session) bezeichnet „Schwerfälligkeit und Unbeholfenheit, Leichtsinn und andere minder lobenswerte Eigenschaften" als natürliche Ursachen des in Galizien herrschenden Zustandes exceptioneller Zerrüttung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Der Bericht des Ausschusses über den von der Regierung vorgelegten Gesetzesentwurf, womit Bestimmungen zur Hintanhaltung der Trunkenheit getroffen werden (658 der Beilagen), erklärt: „Der übermässige Genuss geistiger Getränke hat im galizischen Landvolke so erschreckende Fortschritte gemacht, dass sich der dortige Landtag (auch der Bukowinaer Landtag fasste in den zwei aufeinander folgenden Sessionen der Jahre 1875 und 1876 Beschlüsse, die Regierung um Massnahmen gegen die überhandnehmende Trunksucht der Bevölkerung anzugehen) infolge zahlreicher Petitionen der Bezirks- und Gemeindevertretungen veranlasst sah, um den in leiblicher und geistiger, in sittlicher und wirtschaftlicher Beziehung gleich verderblichen Wirkungen dieser Kalamität zu steuern, wiederholt, so namentlich in den Sitzungen vom

Digitized by Google

26. November 1872 und vom 28. Mai 1875 Beschlüsse zu fassen, welche auf die Erlassung strenger gesetzlicher Bestimmungen gegen die Trunksucht der Bevölkerung abzielten".

Der Ausschuss bemerkt, „dass, wo ein Laster in einer nicht bloss Aergernis erregenden, sondern die Salubrität und den Wohlstand eines grossen Teils der Bevölkerung in hohem Masse gefährdenden Weise an die Oeffentlichkeit trete, die Gesetzgebung nicht nur das Recht, sondern die Pflicht habe, den verheerenden Wirkungen desselben mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, dass man (da solche Gesetze auch in sehr fortgeschrittenen Ländern vorkommen) um so weniger Anstand nehmen dürfe, im Wege strafgesetzlicher Bestimmungen gegen dieses verheerende Laster dort einzustehen, wo die Bevölkerung sich notorisch noch auf einer beklagenswert tiefen Kulturstufe befinde", dass in Galizien „ganze Gemeinden durch die Branntweinpest verheert und durch die Ausbeutung der infolge übertriebenen Branntweingenusses immer häufiger eintretenden Unzurechnungsfähigkeit der Bevölkerung auch in wirtschaftlicher Beziehung vollständig ruiniert werden;*) dass der Fall nicht selten vorkomme, dass der Landmann für den während des Winters genossenen Branntwein die halbe Ernte des kommenden Herbstes an den Propinationspächter schulde".

Das Alles bezieht sich vorzüglich auf die sittliche Qualität des Volkes; aber auch seine intellektuelle finden wir in authentischer Weise speziell geschildert. In dem Ausschussberichte (648) heisst es: „Fast alle Berichte, welche von den galizischen Gerichtsstellen in betreff des Wuchers erstattet wurden, stimmen darin überein, dass eine grosse Anzahl der Geschäftsformen, unter welchen die Kreditgeschäfte in Galizien abgeschlossen werden — durch Beugung des

*) In dem cit. Aufsatz der „Gerichtshalle" wird mitgeteilt, dass im Krakauer Oberlandesgerichts-Sprengel vom 28. Sept. bis 31. Dez. 1877 3246 Personen wegen Trunkenheit angezeigt, 2435 verurteilt, 363 freigesprochen, bei 339 aber am Schlusse des Jahres noch nicht rechtskräftig entschieden worden sei. Was mit den übrigen 110 geschehen, weiss ich nicht. — Die Zahl der Handeltreibenden in der Bukowina, unter welche auch solche Gewerbe wie Hôtels garnis (5), Kaffeesieder (9), Mäkler (92), „Spekulanten" (179) gerechnet werden, betrug am Schlusse des Jahres 1871 3718, darunter 1592 Schänker und Schankpächter. Die Gehilfen und Lehrlinge machen im Ganzen 2489, davon beim Schankgewerbe 1040. Also sind mit dem Handel beschäftigt 6207, mit dem Schankgewerbe allein 2632 oder 42,4 %; unter den Unternehmern machen die Schänker und Schankpächter 42,8 %. Bericht der Handelskammer S. 300 ff.

Digitized by Google

an sich unfreien Willens des Kreditnehmers, durch den Missbrauch der Verstandesschwäche, Unerfahrenheit in Geschäftssachen oder der Gemütsaufregung derselben, welche nur allzu häufig von dem Kreditgeber selbst herbeigeführt wird (wir hörten, auf welche Weise; aber der Bauer kennt den Wucherer, weiss oder kann es, wenn er nicht blödsinnig ist, wissen, dass jeder, der sich irgendwie mit demselben einlässt, unrettbar verloren ist), zu Stande kommen."

In den erläuternden Bemerkungen zum Entwurf des Wuchergesetzes (563 der Beilagen) heisst es: „Wo die Fähigkeit mangelt, auch nur die einfachste Berechnung anzustellen, die rechtliche Bedeutung selbst eines einfachen Geschäftes zu erfassen, sich die Gefahren vorzustellen, welche mit gewissen Verpflichtungsformen verbunden sind: da kann es allerdings geschehen, dass auch ohne Anwendung der zum Begriff des Betrugs gehörigen Mittel Abmachungen zu Stande kommen, welche das Gepräge massloser Ausbeutung deutlich an der Stirne tragen und das noch so ausgedehnte Gebiet wirklich wirtschaftliche Zwecke verfolgender Transaktionen weit hinter sich lassen."

Endlich bemerkt der Justizminister Dr. Glaser selbst (ein hervorragender Jurist, der sich mit der Wucherfrage in wissenschaftlichem Sinne speziell beschäftigt hat): „Es sind mir Bilder von ganz unglaublicher Beschränktheit und Indolenz, namentlich in den Beschwerden Einzelner, vorgekommen, die von den Gerichten von Haus und Hof verjagt werden mussten, obgleich ihnen das schreiendste und unverkennbarste Unrecht widerfuhr, weil sie von den einfachsten Mitteln des Zivilprozesses keinen Gebrauch machten, weil sie auf Wechsel, die sie ausgestellt, den ganzen Betrag samt Zinsen abgezahlt, den Wechsel aber nichts destoweniger in der Hand der Gläubiger belassen haben und bei eingebrachter Klage es unterlassen hatten, die Einwendung der bereits geleisteten Zahlung zu erheben. Ich schildere Ihnen das, um Ihnen die Schichte des Geistes und des Bildungszustandes anschaulich zu machen, in welcher sich diese Vorgänge bewegen".

Das Alles und noch mehr gilt auch von der Bukowina.

Auf die Frage: zu welchem Zwecke borgen die Bauern zumeist? wurde mir geantwortet: „Zur Anschaffung von Getränken, namentlich anlässlich von Kirchweihfesten und anderen hohen Feiertagen,

Digitized by Google

anlässlich von Taufen und Sterbefällen, welche mit kostspieligen Mahlzeiten verbunden sind" (Fr. B.).

Welchen Grad von Schulbildung die jetzige erwachsene Bevölkerung haben kann, mag man daraus entnehmen, dass im Jahre 1875 in der Bukowina bei dem in Oesterreich gesetzlich (d. h. theoretisch) herrschenden allgemeinen Schulzwang **15.7** Prozent der schulpflichtigen Kinder die Schule wirklich besuchten. Die Bukowina nimmt in dieser Beziehung den untersten Rang in der Reihe sämtlicher cisleithanischen Provinzen ein. Ihr zunächst steht Dalmatien mit 20.1 Prozent, dann erst kommt Galizien mit schon 25 Prozent. Das nächstfolgende Land, nämlich Istrien, zählt bereits 42.4 Prozent. Wir sehen, wie weit der äusserste Osten und Süden zurück ist, trotz der überall gleichen Gesetze, und können daraus wohl die nicht mehr neue Schlussfolge ziehen, dass es in Oesterreich keineswegs an guten Gesetzen, wohl aber an der nötigen Energie in ihrer Durchführung, vielleicht auch an deren Möglichkeit fehlt. Wie weit es mit dem Schulbesuche — dessen minimale Grösse vorzüglich durch den Mangel an Schulen bedingt ist — in der Bukowina früher stand, können wir aus der einfachen Thatsache entnehmen, dass die Zunahme der schulbesuchenden Kinder seit 1871 in keinem der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder grösser war als in der Bukowina. (Siehe Schimmer: Die österr. Volksschulen im Jahr 1875. St. M. Sch. II. Jahrg. S. 349 ff.)

Der Bericht der Bukowinaer Handelskammer (der volle Titel lautet: Hauptbericht und Statistik über das Herzogtum Bukowina vom Jahre 1862—1871. Herausgegeben von der Bukowinaer Handels- und Gewerbekammer, Lemberg 1872) bemerkt unter Anderem folgendes: „Das Streben der Regierung, auch den Gewerbestand durch Einrichtung von gewerblichen Fortbildungsschulen erwerbs- und konkurrenzfähig werden zu lassen, wurde von dieser Kammer mit wärmstem Danke begrüsst; allein die verwahrloste Volksbildung lässt hier derlei Schulen zu keinem praktischen Resultate führen, denn der Fortbildung muss jedenfalls eine Vorbildung vorangehen, welche hier noch gänzlich mangelt. Unter 600 Lehrlingen in Czernowitz befinden sich nur 3 Prozent, welche für einen gewerblichen Fortbildungs-Unterricht vorgebildet sind!" (S. 31.) Das heisst denn doch mit klaren Worten ausgedrückt: Bevor Ihr uns höhere Lehranstalten gewährt, bessert und vermehrt zuerst die niedrigen, sonst können wir damit nichts anfangen. — Seltsam nimmt sich freilich neben diesen

Digitized by Google

Klagen über den elenden Zustand des Volksschulwesens und den niedrigen Grad der Volksbildung das Verlangen nach einer Universität aus (S. 33), welche „schon ein fühlbares Bedürfnis geworden sei". Freilich werden wir gleich belehrt, dass diese Universität zunächst als „ein höchst beachtenswertes Mittel für das weitere Emporblühen der Landeshauptstadt" in Betracht komme, also etwa die Funktion einer Garnison in einer sonst verkehrslosen Kleinstadt zu übernehmen habe.*) Ja dieser Handelskammer-Bericht selbst, so interessant und mannichfaltig auch die von ihm gegebenen Mitteilungen sind — ist ein deutlicher Beweis für den kläglichen Zustand der Volksbildung in der Bukowina. Abgesehen von zahllosen groben Sprachfehlern, die sich darin finden, werden wir Seite 234 belehrt, dass die angeführten 3 Prozent Lehrlinge in der Landeshauptstadt, die noch einigermassen unterrichtet sind, so dass sie „schlecht lesen und noch schlechter schreiben können", aus der für einen gewöhnlichen Rechner etwas zu stattlichen Zahl von 30 Individuen bestehen und (S. 75) dass in Czernowitz jährlich 890 eheliche und 429 uneheliche Kinder geboren werden, woraus der seltsame Schluss gezogen wird, dass sich „demnach in Czernowitz alljährlich 48 Prozent uneheliche Geburten herausstellen".

Wenn so etwas der Handelskammer passiert, wie kann man dann verlangen, dass der arme Bauer dem durchtriebenen Wucherer den verhüllten Zinsfuss nachrechne?**)

*) Ein Czernowitzer Gemeinderat beklagte sich neulich in öffentlicher Sitzung über die hohen Steuern, und meinte schliesslich: „Wir schinden's eben den Beamten herunter".

**) Wenn man auf dem Markte in Czernowitz ein Dutzend Hühner kauft, das Stück zu 15 Kreuzer und nun dem Bauer weitläufig vorrechnet, dass man ihm 1.80 fl. schuldig sei, so glaubt er das zunächst nicht im Mindesten. Er holt sich von einem Nachbar eine Portion Maiskörner, zählt langsam 12 Häufchen von je 15 Körnern auf, und dann die 180 Korn für Korn zusammen. Die Prozedur dauert lange genug, um die Geduld selbst einer lammfrommen Hausfrau auf die äusserste Probe zu spannen. —

Es sei mir hier gestattet, ein kleines Erlebnis mitzuteilen, welches ein hier garnisonierender Gensd'armerie-Offizier, ein geborener Bukowinaer, mir mitteilte. Auf einer seiner vielen Dienstreisen begegnete er einem rumänischen Bauer und da ihm der Mann sonst gefiel, liess er sich mit ihm in ein Gespräch ein und examinierte ihn folgendermassen: Wie heisst dein Heimatsort? Der Bauer nannte ein naheliegendes Dorf. — Wie heisst der Bezirk, zu dem das Dorf gehört? Das weiss ich nicht. — Wie heisst das Land, in welchem du wohnst? Ja, das weiss ich auch nicht. — Wie heisst denn der ganze Staat, zu welchem dieses Land gehört? Ich

Digitized by Google

Zu solchen Merkwürdigkeiten stimmt vollkommen, was der erwähnte Handelskammer-Bericht über den erschrecklichen Zustand der Landwirtschaft in der Bukowina mitteilt: „Fast in allen Gemeinden gilt noch immer der altherkömmliche Brauch, dass die Feldfluren im Herbste gleich nach Abfechsung des Kukurutz (Mais) als Weide für alle Viehgattungen mit Einschluss des Borstenviehs geöffnet und hiedurch die später zur Fechsung gelangenden Feldfrüchte und Wintersaaten allen denkbaren Beschädigungen ausgesetzt werden, bis endlich, oft erst im Dezember oder Januar, die grössere Kälte und eine ausgiebige Schneedecke dieser Verwüstung Schranken setzt. Mit dem Eintritte der wärmeren Jahreszeit und dem Abgange der Schneedecke beginnt der Austritt aller Haustiere auf die Felder und Wiesen wieder und dauert diese Verheerung der Winterklee- und Rapssaaten, sowie der natürlichen Wiesen bis zum 5. Mai, nämlich zum griechischen St. Georgstage, da erst mit diesem Zeitpunkte alle Feldfluren gegen das Betreten durch Haustiere geschlossen werden. Dass unter solchen Verhältnissen ein rationeller Ackerbau bei allem Streben einzelner intelligenter Landwirte nicht aufkommen könne, bedarf wohl keines Beweises. Aber selbst nach dem 5. Mai — hat der Landwirt gegen die Beschädigung seiner Saaten eine arge Not zu bestehen, denn es ist fast in jeder Gemeinde üblich, dass einzelne Dorfinsassen das Vieh auf ihren Brachfeldern weiden und werden dabei die angrenzenden Saaten mit abgeweidet; andere begeben sich vor Tagesanbruch mit einem Gespanne ins Feld, mähen insbesondere die Klee- und Haferfelder der grösseren Grundbesitzer zu Grünfutter ab, und wenn die Gerste und der Mais zu reifen beginnen, so werden solche ebenfalls zur Nachtzeit entwendet. Mancher führt seine Pferde und

habe nie etwas davon gehört. — Wer regiert denn über uns alle? ist's ein Graf oder ein Fürst oder ein König oder ein Kaiser? Ich habe gehört, dass da hinten irgendwo eine grosse, grosse Stadt sei, die heisst Czernowitz und da wohnt ein mächtiger König. — Was hast du für eine Religion? O die ganz gewöhnliche, ganz gemeine, die nur für uns Bauern gehört. —

Solch ein Muster kann nicht isoliert vorkommen, es ist ein Exemplar aus einer Horde von Menschen, die trotz ihrer Zugehörigkeit zu einem grossen Staate in fast vollendeter Barbarei verblieben sind, obwohl sie zu Vertretern ihrer Interessen fast nur Bezirkskommissäre, Bezirkshauptleute und Regierungsräte in den Landtag wählen. Im Reichsrate ist die Bukowina gegenwärtig vertreten durch einen Statthalter, einen Landespräsidenten, zwei Regierungsräte, einen pensionierten Statthaltereirat, einen Professor, der als Landesgerichtsrat gewählt wurde, einen Landeshauptmann, einen kaiserlichen Rat (ehemals Kaufmann) und einen Grundbesitzer.

Digitized by Google

Ochsen abends zur Weide auf sein Brachfeld, er lässt dieselben aber ganz entlegen von seinem Felde bis zum Anbruch des Tages weiden. In gleicher Weise werden auch die Gemüse- und Obstgärten geplündert, sogar die Einfriedungen daran verschleppt, ohne dass sich der Beschädigte dagegen zu schützen vermag und ohne dass er selbst bei Eruierung des Thäters zu einer Entschädigung gelangt, wenn er nicht in der Lage ist, den langwierigen, zeitraubenden und kostspieligen gesetzlichen Weg einzuschlagen u. s. w.“ *)

Das Feldschutzgesetz vom 5. August 1875 mag wohl etwa die Zahl der Feldfrevel von 100 auf 90 herabgemindert haben, eine bessere Wirtschaft auf eigenem Grund und Boden konnte es selbstverständlich nicht herbeiführen, das könnte nur eine energische, systematisch vorgehende Verwaltung bewirken.

Wir sehen in wirtschaftlicher Beziehung Faulheit, Leichtsinn, Verschwendungssucht, verbunden mit gänzlichem Mangel aller Schulbildung eine so grosse Rolle spielen, dass wir uns nicht wundern können, wie bei vollständiger Freiheit der niederen Kreditgeschäfte immer mehr und mehr Individuen einer geringen Anzahl durchtriebener und unbarmherziger Geldbesitzer zum Opfer fielen. Der Bukowinaer Bauer ist ein sittlich und intellektuell vollkommen unentwickeltes Wesen, welches der ausgiebigsten Nachhilfe von aussen im höchsten Grade bedürftig ist. Und diese Hilfe fehlt ihm durchaus; der „hohe Grad von Hilfs- und Ratlosigkeit in enormer Ausdehnung“ bei dem galizischen Bauer, auf welchen der Justizminister aus den „sehr geringen Beträgen“ schloss, welche den Anlass zur Einleitung oder Durchführung von Exekutionen geben, herrscht auch hier, und lässt sich auf dieselbe Art beweisen.

So finden wir z. B. im Jahre 1875 einen Fall, wo wegen einer Schuld von 90 Kreuzern eine Realität im Werte von 250 fl. versteigert wurde, im Jahre 1876 Exekutionen wegen Beträgen von

*) Wenn man in deutschen Ländern mitunter klagen hört, dass in manchen Dörfern der Düngerhaufen vor dem Bauernhause stehe, so steht er in der Bukowina allerdings nicht davor, aber auch nicht dahinter, sondern nirgends. Dafür ist oft das ganze Dorf eine Mistpfütze und mit der Mehrzahl der Städte und Märkte steht es ganz ähnlich. Die deutschen Ansiedelungen sind auszunehmen. Die deutschen Bauern düngen ihre Felder fleissig. Dagegen wird der gesamte in der Landeshauptstadt Czernowitz gewonnene Dünger mit grossen Kosten ungefähr eine Stunde weit von der Stadt weggefahren, um in den Pruth geschüttet zu werden. Ein Czernowitzer Hausbesitzer, der in der Nähe Felder hat und das kostbare Material dafür verwenden wollte, wurde durch obrigkeitliches Verbot daran gehindert.

Digitized by Google

1. 36 fl., 2. 50 fl., 3 fl., 23 Exkutionen wegen Schulden bis zu 20 fl.; im Jahre 1877 41 derselben Art.

Es drängt sich bei solchen Thatsachen die Frage auf: war denn wirklich niemand in einem ganzen Dorfe, der dem armen Teufel, welcher von der Finanzprokuratur wegen einer Schuld von 90 Kreuzern an den Religionsfond von Hab und Gut vertrieben werden musste, mit dieser Bagatelle beispringen konnte und wollte? ist denn niemand da, der Andere vor leichtsinnigem Schuldenmachen — und fast alle Schulden sind dem Leichtsinn zuzuschreiben — warnte, sie hinwies auf das Schicksal, welches ihrer wartete? gibt es denn keine öffentliche Meinung in den Dörfern, welche gebietet, dass man in der Regel bei Hochzeiten, Taufen, Sterbefällen und Kirchweihfesten keinen grösseren Aufwand mache, als man mit seinen Mitteln bestreiten kann? können es die Verwandten und Bekannten und Freunde wirklich über sich bringen, zu schmausen und zu prassen, wenn sie ganz bestimmt wissen, dass Haus und Feld des Festgebers durch ihren Magen in die Tasche des Wucherers wandert?

Wir müssten diese Menschen verdammen, wenn es nicht schon Unrecht wäre, sie auch nur anzuklagen. Wir haben ja keine organische Gesellschaft vor uns, kein Volk, keine Nation, sondern eine Summe von gleichwertigen Exemplaren, nicht Individuen, keine Dorfgemeinde, sondern eine Anzahl neben einander gestellter Lehmhütten, von denen eine der andern so gleich sieht, wie ein Bewohner dem andern. Wir haben etliche sechzig Tausend Bauern, die bis vor dreissig Jahren, wenn nicht rechtlich, so doch faktisch elende Leibeigene einiger wenigen hochmütigen Landdespoten waren und sich heute noch wie Sklaven fühlen. Ihr düsteres, trauriges, gedrücktes Wesen, ihr sklavisch unterthäniges Benehmen gegen jeden besser Gekleideten fällt dem Fremden sofort schmerzlich auf. Es ist kein frischer Muth in diesem Volke, keine Lebensfreude. Wer je in eine der zahlreichen Schnapsbuden in Czernowitz im Vorübergehen einen Blick warf, der war gewiss erstaunt, wie eine so zahlreiche Gesellschaft so stumm und öde dasitzen konnte.*) Irgend ein Lohnschreiber der grossen Grundbesitzer trat im Jahre 1848 mit einer Denkschrift („über den Ur-

*) R. Henke führt in seinem Buche über Rumänien (Leipzig 1877) einen Ausspruch des ehemaligen englischen Generalkonsuls in Bukarest Wilkinson an, dessen Schluss lautet: „Der Mensch ist schwerfällig, ohne heftige Leidenschaften und Charakterstärke, und zeigt einen natürlichen Widerwillen gegen alle körperliche und geistige Anstrengung. S. 30.

Digitized by Google

sprung und die Entwickelung des Unterthanenverhältnisses in der Bukowina") hervor, in welcher er beweisen wollte, dass die Bauern des Landes vor der österreichischen Herrschaft ganz frei gewesen, und dass erst durch die Wiener Regierung diese freien Bauern zu Unterthanen der Gutsherren gemacht, also geradezu ihrer Freiheit beraubt wurden, einer Freiheit, die jedoch nach den eigenen Angaben des Verfassers nur darin bestand, dass das ehemalige Verhältnis zwischen Bauer und Gutsbesitzer ein Pachtverhältnis war, welches von jedem Teile jederzeit gekündigt werden konnte. Selbstverständlich ward der Bauer, wenn ihm sein Gutsbesitzer kündigte, regelmässig zum Bettler und ihm konnte es wohl nie einfallen, dem Gutsherrn zu kündigen. Solche freie Pächter ohne Geld und Arbeitsmittel sind die vollendetsten Sklaven und es ist merkwürdig, dass ein Mensch der österreichischen Verwaltung einerseits den Vorwurf machen konnte, sie habe diese Sklaven zu Unterthanen herabgesetzt, andererseits beständig die Regierung wegen ihrer konsequenten (?) Unterstützung der Bauern gegen die Gutsherren mit Anklagen überschüttet.

Der Bauer blieb nach wie vor ein armer, ganz von fremder Willkür abhängiger Arbeiter, und die 30jährige gesetzliche Freiheit hat die Jahrhunderte lange Herabwürdigung und Unterdrückung nicht wett machen können.

Wir haben keine organisch entwickelte Gesellschaft vor uns, wo über dem Niedrigsten ein Niedriger, über diesem ein Höherer und noch Höherer steht, bis zu den höchsten Ständen hinauf ohne Unterbrechung, so dass alle Glieder der Volksgemeinde durch zahllose Mittelglieder mehr oder weniger verbunden sind; wir haben Bauern und Juden, Geistliche und Grundbesitzer auf dem Lande, sonst nichts. Das Handwerk ist in den Dörfern so gut wie gar nicht vertreten, und wo ein Handwerker oder Krämer etwa getroffen wird, da ist es meist ein Jude, dessen Stellung zur übrigen Bevölkerung wir noch kennen lernen werden. Dem Pfaffen traut der Bauer oft nicht viel mehr als dem Juden, denn er weiss nur zu häufig, dass dessen Bestreben auf Bereicherung und auf Ausbeutung der ihm anvertrauten Heerde gerichtet ist. Schon General Splény, der erste Militär-Kommandant der Bukowina, bemerkt in seinem Berichte vom Jahre 1776, dass „der griechisch-orientalische Regularklerus beim Volke seines eigenen Glaubensbekenntnisses in der Bukowina verhasst sei" (H. J. Bidermann: Die Bukowina unter österr. Verwaltung 1775—1875.

Digitized by Google

2. verbesserte Auflage, Lemberg 1876). Vom Secularklerus zu sprechen hatte der General damals keine Veranlassung; aber heute noch wird versichert, dass „bedauerlicher Weise in vielen*) Fällen der Klerus seine Stellung zu eigener Bereicherung ausnütze, dass Stolagebühren im 10- bis 100fachen (?) Betrage dem Landmanne abgepresst werden, und dass sogar Fälle vorkommen, dass Landpfarrer dem Landmanne Darlehen gegen 50 und mehr Prozent erteilen" (Fr. B.).

Aber soll ihm denn nicht der Grossgrundbesitzer ratend und helfend zur Seite stehen? ist es nicht natürliche Aufgabe dieses faktischen Adels, seine höhere Gesittung und Einsicht und Macht und wirtschaftliche Kraft zur Hebung, zum Schutze, zur Besserung seiner kleinen, armen Nachbarn zu gebrauchen?

Aber unter den Bauern hat die Vergangenheit keine andere Tradition geschaffen, als die der Unterdrückung, der Sklaverei, der freventlichen Ausbeutung, daher des Hasses und der Feindschaft; und der Grundbesitzer betrachtet den Bauer nach wie vor als ein niedriges, tierähnliches, keiner Beachtung würdiges Wesen und behandelt ihn darnach. Ausnahmen mögen vorkommen, doch sind sie gewiss selten. Und als Muster und Vorbild zu dienen ist der Land-Magnat so wenig geeignet als der Bauer selbst. Denn er ist häufig der allergrösste Verschwender, der allerleichtsinnigste Wirt. Man glaube ja nicht, dass etwa die grossen Anlehen, welche diese Herren bei den Kredit-Instituten der Reichshauptstadt machen, in der Regel zu wichtigen Wirtschaftsreformen, zu nachhaltigen Meliorationen, überhaupt zu produktiven Zwecken gemacht werden. Die ungemessenste Verschwendung und Leichtfertigkeit führt den Mann zum Wucherer;**) die zu den höchsten Prozenten und unter den fatalsten Bedingungen aufgenommenen Darlehen werden verjubelt und endlich, am Rande des Verderbens angelangt, entschliesst er sich, die leichtsinnigst gemachten Schulden durch ein grosses Anlehen in Wien zu decken. Das hält seinen Ruin eine kurze Zeit auf; sowie er etwas zurückzahlen soll, ist er verloren und sein Besitztum fällt der Exekution

*) Natürlich nicht in allen; denn es gibt wohl auch Geistliche, welche wahre Hirten der Gemeinde sind und durch Lehre und Beispiel und werkthätige Hilfe zum Wohle derselben unendlich viel beitragen.

**) Es fährt mancher in eigener Equipage und wohl mit 4 Pferden stolz durch das Thor eines Czernowitzer Hôtels ein, der nur hierher kommt, um mit den schäbigsten Wucherern zu verhandeln, vielleicht um die Prolongation eines verfallenen Wechsels zu erbetteln.

Digitized by Google

anheim, so gut wie das des Bauern. Der Grundbesitzer nimmt Geld auf, sobald ihm welches angeboten wird, zum Schuldenmachen ist er stets bereit, zum Rückzahlen nie. Es wurde mir als etwas ganz Gewöhnliches mitgeteilt, dass Aristokraten, die sich gerade einen Spass machen wollen, für ein Darlehen von 200 fl. einen Wechsel auf 1000 fl. acceptieren. Dass in Czernowitz Zusammenkünfte von Grundbesitzern stattfinden, um sich mit hohem Hazard-Spiel zu ergötzen, das ist nichts Neues, es kommt in ähnlichen Gesellschaftskreisen überall vor. Neu aber dürfte es sein, dass hier zwar unter dem strengsten Geheimnis und bei verschlossenen Thüren gespielt, aber ein oder zwei schmutzige Kaftanjuden dennoch zur hohen Gesellschaft zugelassen werden. Geht einem der Spieler das Geld aus, so ist der Jude schon zur Hand und begnügt sich mit einem kleinen Wechsel, dessen Unterzeichner in kürzester Frist das 8—10fache des erhaltenen Betrags zu zahlen verspricht. Der Aristokrat spielt dabei den dummen Lumpen, der Jude den klugen; Lumpe sind sie beide und es ist die Frage, welcher ein grösseres Mass von Abscheu verdient.

Natürlich ist nicht Jeder bloss deshalb, weil er in der Bukowina grosse Güter besitzt, als Verschwender zu betrachten. Wir finden unter den Grossgrundbesitzern in der Wählerliste des Jahres 1876 (Czern. Zeit. vom 22. Febr.) bereits über 10 Prozent Juden, die von solchen Vorwürfen sicher nicht getroffen werden. Auch die Armenier sind meist gute Wirte, wenn sie nicht zu sehr polonisiert sind. Aber von der grösseren Menge der nationalen Grundbesitzer weiss hier zu Lande niemand etwas Vorteilhaftes zu sagen, weder in wirtschaftlicher, noch in moralischer Beziehung. Sie sind fast alle schwer verschuldet und werden zumeist dem wohlverdienten Schicksal der exekutiven Enteignung, das schon so viele von ihnen getroffen, nicht entgehen. Wir finden in den Licitations-Edikten des Jahres 1877 allein fünf Namen mit grossen Schuldsummen, welche unter den 117 Posten der bezeichneten Wählerliste vorkommen und ausserdem vier grosse Grundkomplexe ohne Angabe des Schuldnernamens, bloss mit Bezeichnung der zur Licitation gelangenden Herrschaft. Unter 117 neun in einem Jahre, das ist wohl genug. Es befinden sich unter diesen vermuthlich zwei blosse Mitbesitzer (da die Güter oft in Bezug auf das Eigentumsrecht geteilt werden), aber es ist immer genug, selbst wenn es bloss sieben wären.

Dass der Landmann bei solchen Herren weder Rat noch Hilfe finden kann, ist gewiss. Er mag froh sein, wenn ihm nichts Schlim-

Digitized by Google

meres passiert. Da finden wir im Jahre 1877 in unseren Edikten einen Baron, der einen armen Teufel wegen einer Schuld von 13. 30 fl. aus einem Besitztum im Werte von 315 fl. vertreibt. Vielleicht war der Schuldner ein Nichtsnutz, der keine bessere Behandlung verdiente? Möglich; aber wie konnte der edle Herr dann einen Zinsfuss von 30 Prozent anlegen? für eine so erbärmliche Summe verlangt ein Aristokrat von einem kleinen Bauer 30 Prozent! Er war in seinem Rechte, denn die Gesetze verboten damals den Wucher nicht. Aber ein Wucherer war er dennoch und heutzutage würde er vermuthlich für ein solches Geschäft eingesperrt. Indessen ist dies ein einzelner Fall und wir können dafür nicht ohne Weiteres eine ganze Klasse verantwortlich machen, wiewohl es auffällig bleibt, wenn ein Mitglied einer vornehmen, reichen und aus tüchtigen Wirten bestehenden Familie dergleichen zu unternehmen wagt.

Aber auf etwas Anderes müssen wir aufmerksam machen, auf eine Art des Wuchers, die in den Verhandlungen des Reichsrats mit keiner Silbe zur Sprache kam, gegen die das Wuchergesetz vermuthlich keine Abhilfe schuf, die aber dennoch sehr häufig vorkommt und den Ruin des Landmanns vielleicht wesentlicher als der Geldwucher befördert: auf den Wucher, dessen Objekt die menschliche Arbeit ist.

„Der Bukowinaer Landmann, in hohem Grade leichtsinnig, borgt nicht allein beim gewöhnlichen Wucherer, sondern auch beim Grundbesitzer, welcher ihm das gewünschte kleine Darlehen auf Rechnung der zugleich vereinbarten, zu leistenden Feldarbeit gewährt. Hiebei wird die Arbeit zu einem Preise bedungen, der unter dem Masse des allermindesten Lohnes steht, so dass der Landmann zur Acker- und Erntezeit, wo er doch sonst einen Lohn von 30—80 Kreuzer täglich verdienen könnte, um 5—10 Kreuzer täglich arbeiten muss. Es kommen sogar Fälle vor, in welchen der Landmann für die Zinsen eines kleinen Kapitals (etwa 10—20 fl.) alljährlich eine bestimmte Bodenfläche bearbeiten muss, so dass er die Acker- und Erntezeit nutzlos verliert und immer Schuldner des Gutsherrn bleibt“ (Fr. B.).

Wir haben also hier eine Form des Wuchers, die alle bisher dagewesenen an Intensität weit übertrifft, nur die ärmsten der Armen (Häusler und kleine Bauern) aussaugt und von den Reichsten angewendet wird, um die aufgehobene Sklaverei vergangener Zeiten in der abscheulichsten Form wieder herzustellen. Nach alledem darf es uns nicht wundern, dass der Bukowinaer Bauer stupid, leichtsinnig und träg ist, dass er für einen augenblicklichen Genuss sorglos die

Digitized by Google

Grundlage seiner Existenz sich vom Wucherer unten den Füssen wegziehen lässt.

Wenn der polnische Abgeordnete Kowalski (Sitz. v. 4. Dezember 1875) bemerkte: „Man hat nicht getrachtet, früher das Volk zur Sparsamkeit und Mässigkeit anzuleiten, man hat es unterlassen, namentlich das Landvolk gehörig zu belehren, dass ein Grundwirt nur in äusserster Not und bloss zu produktiven Zwecken ein Darlehen kontrahieren darf", — und damit etwa einen Vorwurf gegen die Staatsregierung erheben wollte, so möchten wir fragen, welche Regierung in der Welt jemals die Bauern speziell darüber belehrt hat, unter welchen Umständen und Kautelen sie Geld borgen dürfen? Die unteren Klassen bedürfen der Leitung und des guten Beispiels der mittleren und oberen und wo diese selbst nichtsnutzig sind, da fällt die Verantwortung für den verwahrlosten Zustand der kleinen und kleinsten Leute viel weniger auf sie selbst, als auf jene.*)

Wir wollen hiermit die Staatsverwaltung keineswegs aller Sünden lossprechen. — Wenn in Festschriften, wie solche zur Feier der 100jährigen Vereinigung der Bukowina mit Oesterreich von Ficker, Bidermann und Mikulicz verfasst wurden, fast nur auf die Fortschritte hingewiesen wird, welche das Land in den letzten 100 Jahren gemacht hat, so ist das dem Zwecke solcher Schriften, die nur zur Erhöhung der Feststimmung und zum Ausdruck der loyalen Gesinnung ihrer Verfasser dienen sollen, ganz entsprechend. Wer aber diese Schriften ohne weitere Kenntnis der wahren Zustände des Landes liest, der könnte leicht auf den Gedanken kommen, dass hier schon Alles in bester Ordnung, dass hier schon genug des Vortrefflichen geleistet worden, und das wäre ein grober Irrtum. Dass ein kleines,

*) Und ausserdem sollten sich speziell die Polen daran erinnern, dass, als mit der Einverleibung der Bukowina in Galizien auch die Leitung der vom Kaiser Joseph II. gegründeten Volksschulen dahin überging, im Jahre 1793 vom Lemberger Gubernium die Anordnung erging, dass der Schulzwang in der Bukowina aufgehoben und die Errichtung von Volksschulen dem freien Willen der Gemeinden überlassen werde. „So wurde der weisen Absicht Kaiser Joseph's II. — die Spitze abgebrochen, indem man von Lemberg aus nicht der Vermehrung, sondern geradezu der Verminderung der in der Bukowina schon bestehenden Schulen die grösste Aufmerksamkeit zuwandte, welcher Zweck recht bald dadurch erreicht war, dass die im Jahre 1792 vollständig eingerichteten 32 Schulen nach und nach mehrenteils aufgelassen wurden." Das kathol. Konsistorium in Lemberg entliess nämlich alle Lehrer, die nicht Katholiken werden wollten und hob die betreffenden Schulen auf. Handelsk.-Ber. S. 383.

Digitized by Google

fruchtbares, dünnbevölkertes, aber von einer kulturfähigen Race bewohntes Land, wenn es mit einem grossen, mächtigen, zum Teil hochkultivierten Staate vereinigt wird, im Laufe von hundert Jahren Kulturfortschritte macht, ist so selbstverständlich, dass das Gegenteil gar nicht denkbar wäre. Aber schon der Anfang der österreichischen Verwaltung war seltsam genug. Die Generäle, welche derselben als oberste Verwalter vorgesetzt wurden, dachten an nichts anderes, als die Bukowina zu „militarisieren", d. h. sie nach Art der Militärgrenze einzurichten, und dieser Gedanke spuckte fast 40 Jahre fort (s. Bidermann a. a. O.). Man kann wohl mit vollem Rechte behaupten, dass die Bukowina alle Fortschritte, die sie in den letzten 100 Jahren gemacht hat, ausschliesslich ihrer Vereinigung mit Oesterreich zu verdanken hat. Was aber immer im Kleinen und Einzelnen geschah, von einer grossen That, von der konsequenten Durchführung irgend eines rationellen Systems, wie es der ganz besondere, koloniale Charakter des neu erworbenen Landes forderte, war niemals die Rede und heute noch langweilt sich die Mehrzahl der Verwaltungsbeamten in der Bukowina, indem sie ebensosehr an mangelnder Beschäftigung leiden, wie die Richter an Ueberbürdung — was natürlich nicht ihre Schuld ist. Heute noch wohnt der Bauer in Lehmhütten, an denen „kein Loth Eisen"*) zu finden ist, schläft er nicht in Betten, sondern auf hölzernen Gestellen in der Wohnstube, die zugleich Küche ist, heute noch kennt er das Brod nicht und kann — wenigstens im Innern des Landes — den Ueberschuss einer reichen Ernte entweder gar nicht oder nur um einen Spottpreis los werden. Man traut seinen Augen nicht, wenn man den Lauf der Eisenbahn durch die Bukowina verfolgend bemerkt, dass dieselbe die einzigen grösseren und wichtigeren Orte, in denen sich allmälich ein Markt für die Umgebung, ein Centrum des Absatzes und Exports bilden könnte, nämlich die Städte Sereth, Radautz und Suczawa umgeht.

Dass wirtschaftlicher Leichtsinn, wirtschaftliche Unfähigkeit in der Bukowina nicht nur unter Bauern und Grossgrundbesitzern, sondern allgemein, also auch unter den Städtern, so weit sie eingeboren oder durch langen Aufenthalt etwa assimiliert sind, vorherrscht, müssen wir nach den in der Hauptstadt gemachten Erfahrungen leider zugeben. Wir finden da schöne Fronten und schmutzige

*) Der H.-K.-B. sagt S. 63, „dass zur Konstruktion eines Bauernhauses, mit Ausnahme der Schindelnägel, wenn solche in Verwendung kommen, gewöhnlich kein eiserner Nagel und auch sonst kein Loth Eisen verwendet wird."

Digitized by Google

Höfe *), schön gemalte und tapezierte Zimmer mit Parquetböden, aber den Abtritt im Hofe oder auf einem offenen Gange, so dass man bei schlechtem Wetter einen Schirm und allenfalls auch Galoschen braucht, um sicher dahin zu gelangen, fein ausgestattete Salons, aber erbärmliche Küchen und keine oder jämmerliche Vorratskammern **), ein neues Theater, aber mitten in der Stadt Plätze mit fusstiefem Kothe, der niemals entfernt wird, fremdländische Weine, aber in jedem Brunnen Urinsäure und andere unqualifizierbare Realitäten, welche aus den Aborten hineinsickern und das Wasser vergiften, elegante Toiletten, Equipagen, Soiréen, Bälle und zahlreiche Dienerschaft, aber kolossale Schulden.

Unter der Bevölkerung der Landeshauptstadt wurden 1869 2654 „Diener für persönliche Leistungen" gezählt. Verteilen wir diese auf die Gesamtbevölkerung (siehe weiter unten), so kommt ein Diener auf 12.8 Einwohner; da aber solche Diener fast nur in der eigentlichen Stadt†) vorkommen dürften, so kommt in der That ein Diener auf 8.8 Einwohner. In Wien kam zwar 1869 ein Dienstbote auf 8 Einwohner; allein Czernowitz besteht zum grossen Teil aus elenden, schmutzigen, stinkenden Hütten††) in denen keine Diener zu suchen

*) „Die Höfe der meisten Häuser (in Czernowitz) sind Dungstätten nicht unähnlich." H.-K.-B. S. 78. Selbst die Höfe der neuerbauten prachtvollen erzbischöflichen Residenz gleichen schmutzigen Pferdeställen. Am meisten zu verwundern aber ist es, dass Staatsanstalten, wie das Postamt, das Telegraphenamt, das Gymnasium in Bezug auf Schmutz geradezu hervorragen. was hier nicht wenig sagen will.

**) Dem entsprechend bestehen die Wirtschaftsgebäude der nationalen Bauern aus einem „Stalle für einige Haustiere und einem an der Südseite offenen Schopfen, hie und da auch aus einer Scheuer". H.-K.-B. S. 62.

†) Die Zahl der in Czernowitz gezählten Diener macht 25,7% der Diener des ganzen Landes (die Hauptstadt mit inbegriffen) aus, während die Einwohnerzahl der Hauptstadt im weitesten Sinne nur 6.6% der Einwohnerzahl des ganzen Landes ausmacht.

††) Das Ideal eines schmutzigen und zerlumpten Menschen, das die kühnste Phantasie eines Westeuropäers etwa ersinnen mag, wird hier auf Schritt und Tritt übertroffen. Man sieht Hosen, die aus 20 oder 30 verschiedenen Stofffetzen zusammengeflickt sind, aber doch noch zum grössten Teil aus Löchern bestehen, Röcke, denen nichts weiter als der Rücken fehlt, deren Besitzer aber leider weder Westen noch Hemden tragen, ich sah vollkommen nackte Mädchen von 4—6 Jahren im Staube der hauptstädtischen Strassen mit halb bekleideten Jungen spielen, und vor allem Horden von Kaftanen, deren Anblick sättigender wirkt als das reichlichste Mahl. Die Bauern sind sehr anständige, appetitliche Leute im Vergleiche mit diesem massenhaften Stadtpöbel. Wir werden nicht mehr staunen, wenn wir hören (H.-K.-B.

Digitized by Google

sind, seine Industrie ist gar nicht nennenswert, von Grossindustrie kann kaum die Rede sein und die Kleingewerbe sind „mehrenteils auf Reparaturen beschränkt“ (H.-K.-B. S. 20), der Handel besteht zum grössten Teil in Klein-Krämerei — man denke dagegen an Wien und wird finden, dass hier von den wenigen Leuten, die in der Lage sind, Dienstboten zu halten, ein geradezu lächerlicher Dienstboten-Luxus getrieben werden muss. Und die Hälfte der Einwohner von Czernowitz fiel 1869 unter die Rubrik der „Personen ohne bestimmten Erwerb!“

Man hört oft behaupten, Czernowitz sei eine deutsche Stadt. Sie hatte 1869 33 884 Einwohner. Also eine ganz respektable Gemeinde — wenn es nur wahr wäre! Die „Stadt“ Czernowitz nimmt einen Flächenraum von etwas mehr als einer österr. Quadratmeile

S. 99), dass von den zur Kenntnis der Gerichte gelangten Verbrechen und Vergehen nach einem zehnjährigen Durchschnitt auf 1000 Einwohner

im Stadtbezirke Czernowitz	13!
in den übrigen zum Czernowitzer Untersuchungsgericht gehörigen Bezirken	5
beim Radauzer Untersuchungsgericht	3
„ Storozynetzer „	3
„ Suczawer „	3,5

Anzeigen über Verbrechen und Vergehen trafen.

„Indessen ist im Allgemeinen die Erfolglosigkeit der Anzeigen über verübte Verbrechen schon fast zur Regel geworden, daher nur der weit geringere Teil derselben zur Kenntnis der Gerichte gelangt, und wird sich demzufolge die thatsächliche Zahl derselben mindestens doppelt so hoch belaufen“ (ebenda).

Man erlaube mir hier eine andere statistische Notiz beizufügen, die sich zwar nicht unmittelbar an das Vorhergehende anschliesst, aber dennoch interessant und bezeichnend genug ist, um der Aufzeichnung würdig zu sein.

In den Jahren 1862—1865 starben in Czernowitz je 1238, 1250. 1264, 1280 Personen, es waren also vollkommen normale Jahre, denn die geringe Steigerung kommt auf Rechnung der wachsenden Bevölkerung. Geboren wurden in denselben Jahren 1262, 1295, 1343 und 1296. Vergleicht man die Durchschnittszahlen mit der Bevölkerung von 1869, die nach der abnormen Sterblichkeit von 1866 keineswegs zu gross sein dürfte, so kam

1 Todesfall auf 26,9 Einwohner
1 Geburt „ 26,0 „

und es stellt sich ein natürlicher Zuwachs von 12 Individuen auf 10 000 per Jahr heraus. Und wir befinden uns in einer Stadt, die auf einem luftigen Hügel erbaut ist, kaum eine geschlossene Gasse, keine Fabriken besitzt und mit den dazu gehörigen Ortschaften eine Quadratmeile einnimmt. In derselben Zeit betrug die Sterblichkeit in der ganzen Bukowina 1 : 36,3, die Geburtsziffer 1 : 23,4! Für die neueste Zeit lässt sich eine ähnliche Rerechnung bei dem Mangel einer neueren Volkszählung nicht anstellen, doch dürften sich die Verhältnisse wohl gebessert haben.

Digitized by Google

ein, genauer 10016 Joch 514 Quad.-Klafter, ist also fast genau so gross wie Wien (Kolb, Handb. der vergl. Stat. 7. Aufl. 1875, S. 323). Aber wir haben in unserer Landeshauptstadt 4698 ½ Joch Aecker, 1552 Joch Wiesen, über 743 Joch Gärten, über 1301 Joch Weiden, nahezu 895 Joch Waldungen und 615 Joch unproduktiven Boden, dagegen eine Bau-Area von 210 ⅛ Joch. Das ist die Stadt Czernowitz, deren absolute Einwohnerzahl auch zugleich die relative ist und die Bevölkerungsdichtigkeit ausdrückt. Das kommt daher, weil wir 4 „Vorstädte" besitzen, welche einen Flächenraum von 7480 Joch einnehmen und eigentlich weit ausgedehnte, mit der Stadt gar nicht zusammenhängende, zum Teil über eine Wegstunde entfernte Dörfer sind, mit einer Einwohnerzahl von 10524. Unter diesen Dörfern zählte Rosch allein 6448 Einwohner, die zum grossen Teil aus deutschen Bauern bestehen, welche, wie alle deutschen Bauerngemeinden in der Bukowina, sich durch Wohlhabenheit, Fleiss und Sparsamkeit, durch rationelleren Wirtschaftsbetrieb, durch hübschere Wohnhäuser u. s. w. auszeichnen. Man erkennt diese Leute sofort nicht nur an ihren echt germanischen Gesichtern, sondern insbesondere an ihrem anständigern Aussehen, ihrer respektablen Kleidung.

Nun finden sich nach dem Berichte der H.-K. unter der „städtischen Bevölkerung" im landesüblichen Sinn 17.7 Prozent Rumänen, 17.2 Prozent Ruthenen, 0.2 Prozent Ungarn, 0.1 Prozent Russen und Lippowaner, 16.9 Prozent sonstige christliche Nationalitäten (wohl meist Polen), 28.3 Prozent Israeliten und 19,6 Prozent Deutsche. Schon daraus erhellt, dass Czernowitz keine deutsche Stadt ist. Nehmen wir aber nicht das offizielle, sondern das wirkliche Czernowitz, ziehen wir demgemäss die deutschen Roscher Bauern von der deutschen Stadtbevölkerung ab, bedenken wir, dass unter den sogenannten Deutschen der eigentlichen Stadtbevölkerung sich eine Menge Galizier befinden, denen leider von ihrem Deutschtum oft nichts als der Name übrig geblieben ist, die in der eigenen Familie lieber polnisch oder französisch als deutsch sprechen, erwägen wir ferner, dass unter diesen Deutschen auch getaufte Juden mitlaufen, deren Nationalität durch das Taufwasser nicht weggewaschen werden konnte und die, selbst wenn schon ihre Eltern sich taufen liessen und sie selbst als Christen geboren wurden, dennoch ihrer Nationalität nach nur als Juden bezeichnet werden können: so wird die Zahl der wirklichen Deutschen sehr wesentlich zusammenschmelzen, und der Rest wird grösstenteils aus Beamten, Professoren, Lehrern nebst

Digitized by Google

einigen Kaufleuten und Industriellen bestehen, die fast allesamt nur auf kürzere Zeit hier sind und also dem städtischen Leben seinen eigentümlichen Charakter nicht aufdrücken können.

Ganz anders verhält es sich mit den Juden. Diese haben wir fast durchaus in der eigentlichen Stadt zu suchen, so dass die 28 Prozent der offiziellen Stadt für die wirkliche lange nicht ausreichen, sie sehnen sich nicht fort aus dem Lande, sie weilen gerne hier, sie haben sich in der Bukowina vom Jahre 1850 bis zum Jahre 1870 von 14581 auf 47754 vermehrt, also in 20 Jahren mehr als verdreifacht (S. Schimmer, Statist. des Judentums in den im Reichsrat vertr. Königreichen und Ländern. Wien 1873) und ihre Zahl ist naturgemäss in der Stadt rascher gewachsen als auf dem Lande, sie ist vermutlich in letzter Zeit, wo die Juden in Oesterreich mit allen Staatsbürgern gleichberechtigt wurden, während sie in den Nachbarländern, aus denen sie zu uns kommen, in Russland und Rumänien, nie vor Gewaltthätigkeiten sicher sind, noch rascher gewachsen als früher, und wir können also wohl mit aller Sicherheit annehmen, dass im eigentlichen Czernowitz ihre Zahl gegenwärtig näher bei 50 als bei 28 Prozent liegt und demgemäss behaupten, dass Czernowitz, soweit die Majorität der Einwohner den Ausschlag gibt, mit vollstem Rechte eine Judenstadt genannt werden kann. Wer durch die Verkehrsstrassen der Stadt oder gar über den Ringplatz geht, der begegnet denn auch fast nur Kaftanen und Stirnlocken und langen Bärten.

Allein die Mehrzahl der Juden ist arm, und von den wohlhabenden und reichen schliesst sich Alles, was noch Kaftan und Stirnlocken trägt, von der übrigen Bevölkerung aus Gründen der Orthodoxie gesellschaftlich ab und verkehrt damit nur geschäftlich. Die spezifisch städtische Gesellschaft, die Gesellschaft in dem engeren Sinne, in welchem man darunter jene Kreise versteht, welche durch Rang, Bildung und Vermögen hervorragen und daher die rechte Efflorescenz ihres Volkstums in allen Beziehungen darstellen, ist rumänisch, polnisch und etwa noch ruthenisch.

Ein socialer Körper kann nicht in einem Hauptorgane vergiftet, sonst aber gesund sein und so werden wir uns nicht wundern, wenn wir beim nationalen Städter dieselben wirtschaftlichen und moralischen Gebrechen finden, die wir beim Bauer nachweisen mussten. Dass wir aber hier nur die Schattenseiten des Volkscharakters schildern, der doch wie alles in der Welt unzweifelhaft auch seine hellen hat, ist bei dem Zwecke, den wir verfolgen und der darin besteht, die Mög-

Digitized by Google

lichkeit und den Grund einer so ungeheuerlichen socialen Kalamität, wie sie in dem spezifischen Wucher der Bukowina liegt, möglichst zu begreifen, den wesentlichen Eigentümlichkeiten des Bodens nachzuforschen, welche das Wachstum und Gedeihen einer solchen Giftpflanze ermöglichen und befördern, wohl begreiflich. An Bemäntelung und Schönfärberei wird ohnedies genug geleistet. Jedem Heilversuche muss eine ehrliche Diagnose vorangehen, und wenn wir den Wucher nicht als die Krankheit selbst, sondern bloss als ein Symptom derselben auffassen dürfen (welches freilich auch seinerseits die Krankheit befördert und sein eigenes, spezifisches Gift erzeugt), so werden wir zugleich zugeben müssen, dass mit der Entfernung dieses Symptoms durch das akute Mittel des Strafgesetzes die Krankheit selbst nicht im mindesten geheilt zu sein braucht, dass man also damit wohl Etwas, aber lange nicht genug, und durchaus nichts Wesentliches geleistet hat.

Fassen wir, um das Vorstehende statistisch zu belegen, die Nationalität der Schuldner ins Auge, und kombinieren wir hierbei, der Kürze halber, die beiden Jahre 1876 und 1877, so finden wir unter den 1189 Schuldnern, deren Namen in den Exekutions-Edikten angeführt sind,

1059	Rumänen, Ruthenen etc.	= 89.06 %
77	Juden	= 6.48 „
53	Deutsche	= 4.46 „
		100

Nach den Angaben des Handelskammerberichts machten im Jahre 1869

die nichtdeutschen christlichen Nationalitäten	82.65 %
die Juden	9.33 „
die Deutschen	8.02 „

der gesamten Bevölkerung aus.

Dieses Zahlenverhältnis entspricht wohl seiner Form nach vollkommen den von uns aufgestellten Behauptungen, die Intensität der Differenzen scheint aber noch zu gering, wenigstens was die Juden betrifft. Aber wir haben zu bedenken, dass nicht das Borgen an sich, sondern nur das leichtsinnige Borgen, das kopflose, zwecklose Schuldenmachen für uns in Betracht kommt und dass die Juden wohl selten oder nie, bloss um bei Hochzeiten und Sterbefällen zu paradieren, sich ruinieren werden; wir haben uns zu erinnern an das

Digitized by Google

früher über die Vermehrungsverhältnisse der Juden bemerkte; wir haben, was die Deutschen betrifft, zu bedenken, dast der deutsche Bauer offenbar viel mehr Kredit haben muss als alle andern, dass bei den nationalen Bauern also viel häufiger schon die blosse Möglichkeit des Schuldenmachens fehlt, dass zu den nichtdeutschen christlichen Nationalitäten auch die Lippowaner gezählt werden, welche vielleicht die besten Wirte in der Bukowina sind. Dies Alles erwogen, sind unsere Zahlen bezeichnend genug und die an sich schon grossen Differenzen steigen in ihrer Bedeutung noch weit über das sichtbare Mass hinaus. In Bezug auf die Deutschen muss ich insbesondere noch bemerken (was auch bei der Untersuchung der Nationalität der Gläubiger zu beachten ist), dass man wohl den Ruthenen, den Rumänen, den Polen u. s. w. sehr leicht am Namen erkennt, den Deutschen aber deswegen nicht ganz bestimmt eruieren kann, weil auch der Jude fast ausnahmslos einen deutschen Namen führt. Diese deutschen Judennamen sind zwar in der Regel leicht erkennbar, insbesondere durch den hebräischen oder doch spezifisch jüdischen Vornamen. Trägt aber der Jude, wie es doch öfter vorkommt, keinen solchen, und ist auch sein Familienname nicht ganz charakteristisch, so ist er vom Deutschen nicht zu unterscheiden. Ich muss also darauf aufmerksam machen, dass jeder, der als Jude gezählt wurde, ganz unzweifelhaft ein solcher ist, dass aber unter meinen „Deutschen" sich gar wohl auch Juden befinden können.

Nachdem wir auf diese Weise die Frage nach der Nationalität der Schuldner beantwortet haben, bleibt noch die nach der Nationalität der Gläubiger zur Beantwortung übrig. Wer sind diese Wucherer, die ein Jahrzehend lang so viele Existenzen vernichtet und sich vom Marke des Volkes gemästet haben?

Wir finden unter den in den Edikten genannten Gläubigern:

	1876	1877
die galizische Rustical-Kreditanstalt	32 Mal	42 Mal
den Bukowinaer Vorschussverein	— „	39 „
die österreichische Nationalbank	— „	5 „
die österreichische Boden-Kreditanstalt	— „	3 „
den griechisch-orientalischen Religionsfond	6 „	5 „
das k. k. Aerar	4 „	4 „
die Bukowinaer Sparkasse	— „	2 „
die wechsels. Kreditgesellschaft in Krakau	— „	1 „
Summa	42 Mal	101 Mal

Digitized by Google

Uebertrag	42 Mal	101 Mal
Nichtdeutsche christliche Privatpersonen	51	105
Deutsche	5	25
Juden	271	572
Summe aller bekannten Gläubiger	369	803
Summe aller bekannten Privatgläubiger	327	702

Die Juden machen also unter sämtlichen Gläubigern 1876 73.4 Prozent, 1877 71.2 Prozent, unter den Privatgläubigern allein 82.9 resp. 81.5 Prozent aus. Oder, um das Verhältnis deutlicher zu machen: es trafen von den in beiden Jahren von Privatgläubigern durchgesetzten 1029 Exekutionen nach dem Status der Bevölkerung vom 31. Dezember 1869

auf 10,000 Juden	177	Exekutionsführungen
„ 10,000 nichtdeutsche Christen	3.7	„
„ 10,000 Deutsche	7.3	„

Wer da Wild, wer Jäger ist, wird mehr als deutlich.*) Und dass der Wucher von den Juden nicht etwa bloss zufällig, bei besonders reizender Gelegenheit, sondern gewerbsmässig betrieben wurde, sehen wir aus den immer wiederkehrenden Gläubiger-Namen. Am öftesten tritt zwar 1877, für welches Jahr ich diese Untersuchung angestellt habe, nicht ein Jude, sondern ein Pole auf, ein sicherer Stefan Dabrowski in Suczawa; er fordert zwar nicht die höchsten Prozente, erscheint aber 25 Mal in den Edikten. Alle anderen Gewohnheitswucherer sind Juden. So finden wir einen Aron Pollak 22 Mal, einen Marcus Holdengräber 20 Mal, und Namen, wie: Chaskel Grauer, Isak und David Schärf, Feibel Thaler, Hersch Katz, Jossel Schneider, Israel Herschläufer, Gutmann Grauer, Jossel Reiss u. s. w. u. s. w. immer wieder. Ich führe sie an zum Beweise, dass ein Irrtum über ihre Nationalität unmöglich ist.

Dass vorzüglich der Jude Wucher treibt, sehen wir aus unseren Zahlen; wie er wuchert, darüber sind wir auch schon unterrichtet. Auch das Endergebnis dieses Geschäftslebens ist klar. Wenn wir in der Bukowina selbst weniger Exekutionen finden als in anderen besseren

*) Dagegen beteiligten sich die Juden mit grosser Vorliebe am Konkurs-Machen. Unter den 57 Kridataren der beiden Jahre finden sich ganz bestimmt erkennbar 39 Juden oder 68,4 %, wahrscheinlich noch 8 weitere oder 82,5 %.

Nach dem Bericht der Handelskammer S. 84 ff. wurden in den 10 Jahren von 1861—1871 in ganzen 57 „wegen Verschulden in Konkurs verfallene Schuldner" verurteilt, darunter 41 Juden oder 72%.

Digitized by Google

Ländern, so hat doch die geringere Zahl hier eine viel grössere sociale Bedeutung als dort die grössere, erstens wegen der Art und Weise des Vorgangs und zweitens, weil nur der Jude Käufer ist. Auf die Frage, wer kauft zumeist die versteigerten Realitäten, Bauern oder Juden? wurde mir geantwortet: „ausschliesslich Juden" (Fr.-B.). So geht also durch den Wucher der Grund und Boden des Landes selbst in die Hände der Juden über. Ueber die Bedeutung dieses Erfolgs kann man sehr verschiedener Ansicht sein. So meinte Dr. Hönigsmann in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. April 1877: „Wenn der Wucherer so viel erarbeitet (?) oder erpresst hat, dass er von den gesellschaftlichen Schichten, unter denen er lebt, in jene höheren Klassen emporgehoben (d. h. Grundbesitzer) wird, so wird dies für ihn oder für seine Nachkommenschaft, jedenfalls aber für die Gesellschaft etwas Moralisches und Ethisches zur Folge haben."

Dagegen drückt sich der Bericht des Ausschusses von 1877 folgendermassen aus: „Es kann unmöglich gleichgiltig sein, in wessen Händen sich der Grund und Boden befindet, weil der Grund und Boden nur in den Händen des ackerbautreibenden Landmannes an Produktionsfähigkeit und an Steuerkraft gewinnen kann, während derselbe in den Händen der Geldspekulanten die eine und die andere verliert." Pilat („Exekutive Feilbietungen" a. a. O.) meint: „Derartige Veräusserungen haben keineswegs bloss die Bedeutung einer Aenderung in der Person des Besitzers; denn der Grundbesitz geht nicht aus der Hand eines Landwirts in die eines anderen Landwirts über, sondern gelangt an einen wucherischen Spekulanten, welcher weder Lust noch Kenntnisse hat, ihn selbst zu bearbeiten, sondern sein neues Besitztum nur als Operationsbasis betrachtet, von der aus er die Habe der Nachbarn mit seinen Netzen umstrickt."

Es ist an und für sich gegen die Erwerbung von Grundstücken seitens der Juden gewiss nichts einzuwenden. Sie sind der intelligenteste Teil der Bevölkerung dieser östlichen Länder, finden sich leicht in jedes Geschäft, was das Verständnis anbelangt, sie sind emsig und sparsam, sie werden ohne Zweifel rationeller wirtschaften als unsere Grossgrundbesitzer und Bauern, die Produktivität des Bodens wird in ihren Händen nicht abnehmen sondern wachsen, sobald sie sich nur entschliessen, Grundbesitzer nicht nur zu werden, sondern auch zu bleiben, kurz vom rein volkswirtschaftlichen Standpunkt, so lange bloss die Produktion wirtschaftlicher Güter in Betracht kommt, ist gegen den Erwerb von Grundstücken durch die

Digitized by Google

Juden nichts einzuwenden. Anders dürfte sich die Sache verhalten, wenn die eine, oben angegebene Bedingung sich nicht erfüllt, wenn der Jude auch als Grundbesitzer nur Spekulant bleibt, wenn er auch Grund und Boden nur als Ware betrachtet, bei deren Wiederverkauf das begonnene Geschäft erst wirklich abgeschlossen ist, wenn er auch den Grund und Boden verjüdelt. Und hier, meine ich, ist wohl zu unterscheiden zwischen grossem und kleinem Grundbesitz. Der Jude wird in Europa niemals oder wenigstens noch lange nicht ein wirklicher Bauer werden. Er verabscheut regelmässig die bloss körperliche Arbeit, weil er einen sehr regen und immer Beschäftigung suchenden Geist besitzt, und wohl auch weil die blosse Muskelarbeit am wenigsten einbringt, weil er damit nie reich werden kann, und auf Reichtum einen natürlichen, durch die Tradition sanctionierten Anspruch zu haben glaubt. Körperliche Arbeit überlässt er, so lange es möglich ist, denen, die ihm an intellektueller Kraft nachstehen. Und so sehen wir denn in Galizien, dass der Jude, nachdem er den Bauer expropriiert hat, denselben auf seinem ehemaligen Eigentum als Knecht für sich arbeiten lässt. „Es entsteht bei uns eine neue Art von Leibeigenschaft, eine Art von Sklaven, wie ehemals in Rom, eine Art von Wuchersklaven, welche im Schweisse ihres Angesichts für ihre Schinder arbeiten“ (Dr. Rydzowski in der Sitzung vom 3. Dezember 1874).

Es gibt in Galizien — als seltsame Ausnahme — einige wenige jüdische Bauernfamilien, die wirklich den Boden selbst bearbeiten; in der Bukowina dürften wir dergleichen vergeblich suchen.

Der Wucherer kauft Bauerngüter zur Spekulation, er mobilisiert den Boden nach seiner Weise, da ja keine Sache für ihn einen anderen Wert hat, als den Geldwert. Er ist der allerechteste Manchestermann, er kennt nicht den Begriff eines Berufs, in dem man leben und sterben will*), sein Beruf ist bloss das Reichwerden und darum wird er nie ein Bauer, und ist es ein sociales Unglück, wenn der kleine Grundbesitz in seine Hände übergeht.

*) Erst wirklich hohe Geistesbildung entnationalisiert den Juden vollständig sie macht ihn zum wahren Staatsbürger, zum wirklichen Mitglied der europäischen Gesellschaft, wie wir das in den westeuropäischen Ländern (d. h. im eigentlichen Europa), insbesondere in Frankreich deutlich an zahllosen Beispielen beobachten können.

Es verdient bemerkt zu werden, dass an den Lehranstalten der Stadt Czernowitz die jüdischen Schüler und Studenten an Fleiss und Fähigkeiten die übrigen ganz entschieden übertreffen.

Digitized by Google

Anders verhält es sich mit dem grossen. Dieser verlangt zu seiner Führung nicht die Körper- sondern die Geisteskräfte eines ganzen Mannes, hier kann der Jude ausdauern und stabil werden, und wird es auch allem Anschein nach, besonders in einem Lande, wo zum Schacher mit grossen Grundkomplexen wenigstens vorläufig keine Gelegenheit ist. Vom rein materiellen Standpunkt aus ist es daher ein Glück für dieses Land, dass unter den Grossgrundbesitzern immer mehr Juden erscheinen. Ob sie zur sittlichen und wirtschaftlichen Hebung des Bauers viel beitragen werden, ist eine andere Frage. Weniger als die Majorität der nationalen Grundbesitzer werden sie auch in dieser Beziehung gewiss nicht leisten.

Aber der Bauer braucht viel mehr und da steht die durch die Orthodoxie begründete feindschaftliche Stellung der Juden gegen alle Anderen einigermassen hinderlich im Wege. Sie kann durch persönliche Eigenschaften gemildert werden. Aber in welchem Masse dies der Fall und ob der jüdische Grundbesitzer geeignet ist, jene Sitte und Tradition aufkommen zu lassen und zu befördern, welche dem Landmann zu seinem moralischen und ökonomischen Gedeihen so nötig ist — das muss erst die Folgezeit erweisen.

Haben wir hier das wirtschaftliche Endresultat des Wuchers betrachtet, und das social-ethische nur nebenher in Erwägung gezogen, so ist die Art und Weise, wie der Wucher während seiner 10jährigen Blüteperiode auf die Volksmoral eingewirkt hat, einer besonderen Beachtung ohne Zweifel würdig. Die nächste, leicht begreifliche und doch sehr schwer wiegende Wirkung betrifft die bewucherten Klassen, die Bauern und kleinen Leute. Da es nach dem Gesetze von 1863 offiziell keinen Wucher mehr gab, so musste der Richter selbstverständlich dem Elend seinen Lauf lassen und die ihm verliehene Macht dazu gebrauchen, das Unrecht auf rechtlichem Wege zu vollziehen. Er konnte nicht anders, mochte ihm das Herz dabei auch bluten. Aber der Bauer, der weder vom Gesetze noch von der richterlichen Gewalt und Pflicht einen Begriff hat, konnte leicht auf den Gedanken kommen, dass der Richter mit dem Wucherer im Bunde sei, dass sie beide unter einer Decke spielen, und dass bloss deshalb das gute Recht, das er zu besitzen glaubte, ohne Erfolg sei. Und das bestätigten denn auch zwei polnische Abgeordnete im Reichsrat. „Das Landvolk sei der Ansicht, dass die Gerichte auf Seite der Wucherer stehen, dieselben in Schutz nehmen und von ihnen bestochen werden, weshalb das Ansehen der Gerichte von Tag zu Tag sinke.“ Wie

Digitized by Google

gründlich auf diesem Wege die Autorität des Richters, ja das öffentliche Rechtsgefühl selbst zerstört werden kann, liegt auf der Hand. Aber nicht nur das Rechtsgefühl der bewucherten, sondern auch das der wucherfähigen, geldbesitzenden, höheren Klassen litt sichtbarlich unter dem Einfluss der jüdischen Praktik. Was Graf Chorinsky („Der Wucher in Oesterreich", Wien 1877) über den Wucher in Ungarn bemerkt (S. 125): „Die traurigste unter den traurigen Erscheinungen gibt sich nach dem sehr treffenden Motivenberichte des ungarischen Justizministers (zum Gesetz-Entwurf über die Ergänzung des die Abschaffung der Wuchergesetze betreffenden Gesetzesartikels XXXI. vom Jahre 1868) darin kund, dass die Ansteckung des wucherischen Treibens sich auch in jene Gesellschaftsklassen einzuschleichen begonnen hat, welche sich bisher von diesem Treiben fern gehalten haben" — das gilt vollinhaltlich auch für die Bukowina. Eines Beispiels aus aristokratischen Kreisen haben wir bereits erwähnt. Der Wucher mit menschlicher Arbeit, den wir ebenfalls dargestellt, gehört vielleicht weniger hieher; er ist historischen Ursprungs und beruht auf der gewissen Kreisen angestammten Idee von der natürlichen Sklaverei des Bauers, wodurch er freilich von seiner Verwerflichkeit nichts verliert. Wir wollen dem Privatwucher nichtjüdischer Elemente hier nicht weiter nachspüren, wiewohl uns höchst frappierende Thatsachen in Fülle zu Gebote stünden, und zum Beweise der tiefen Korrumpierung des allgemeinen Rechtsgefühls nur auf ein paar Kredit-Institute hinweisen, welche in unserer Gläubigerliste mit bedenklicher Frequenz erscheinen. Oder ist es nicht auffällig, wenn die galizische Rustical-Kredit-Anstalt in einem so kreditlosen Lande wie die Bukowina in dem kurzen Zeitraum von zwei Jahren 74 Mal als Exekutionsführer erscheint und der Bukowinaer Vorschussverein im ersten Jahre seiner Thätigkeit 39 Mal?

Lassen wir die bisher benutzten wohl verlässlichen Quellen auch hier zu Worte kommen. Im Bericht des Ausschusses über die Wuchergesetzvorlage (648 der Beilagen zur VIII. Session) werden angeführt: „Eine Beschwerde des Carl Rodecki, Geschäftsführers in Lemberg, gegen die galizische Rusticalbank wegen Bedrückung des Landvolks bei Hinausgabe von Darlehen" und „eine Petition der Insassen der Gemeinde Kapnowice in Galizien, um Abhilfe des hohen Ministeriums gegen die Vorgänge der galizischen Rusticalbank, welche sich zu einer wucherischen Rusticalgründe-Expropriationsanstalt herausbildet."

Dr. Hönigsmann sagte in der Sitzung vom 4. Dezember 1875:

Digitized by Google

„Wir haben eine sogenannte Landeshypothekenbank in Galizien, welche Rustical-Kreditanstalt heisst; sie ist nur für die Unterstützung des kleinen Grundbesitzes bestimmt. Mit so viel kleinen und grossen Grundbesitzern ich aber auch gesprochen habe, beklagen sich alle, dass dieses Institut besteht. Jeder hat sich noch beklagt, dass dieses Institut den kleinen Grundbesitzer mehr aussaugt, als es ihm hilft."

Der galizische Abgeordnete Naumowicz bemerkt in der Sitzung vom 4. Mai 1877: „Die Rustical-Kreditbank ist, vermöge ihrer Statuten, verpflichtet, die Grundstücke derjenigen Besitzer, welche die Einzahlung der Raten nicht pünktlich einhalten, feilzubieten, daher verfallen der Feilbietung überhaupt alle bei dieser Bank verschuldeten Grundstücke."

Der Handelskammerbericht spricht sich S. 30 folgendermassen aus: „Zu Ende des Jahres 1871 (also wenige Monate vor Abschluss des Berichtes) wurde in Czernowitz eine Filiale der galizischen Rustical-Kreditbank eingerichtet, welche an kleine Grundbesitzer unter sicheren Bürgschaften Vorschüsse gegen 12 Prozent Zinsen in ihren Papieren gegen Rückzahlung in Raten leistet. Da diese Papiere einen variierenden — dem Nominalwert weit nachstehenden Kurswert haben, und auch noch die gerichtliche pfandweise Beschreibung der als Hypothek dienenden bäuerlichen Grundstücke mit bedeutenden Kosten verbunden ist, so stellt sich die Verzinsung solche Anleihen mit 20 Prozent und noch höher heraus und kann solche nur zum unausweichlichen Verderben der bäuerlichen Grundbesitzer führen."

Die Rustical-Kreditanstalt fordert in ihren Exekutions-Edikten 12 Prozent Zinsen und 3 Prozent Verzugszinsen, also faktisch 15 Prozent, denn der Verzug ist immer da, wie das auch nicht anders sein kann. Dass dies nicht Alles ist, sehen wir aus dem Kammerberichte.

Der Bukowinaer Vorschussverein exequiert mit 18 Prozent Zinsen, dazu kommen aber hohe Schreibegebüren und eine Methode der Zinsberechnung, welche den wirklichen Zinsfuss, wie man mir versicherte, auf 23—24 Prozent hinaufschraubt.

Die Forderung eines Kapitalgewinns aber, welcher den durchschnittlichen Ertrag aller menschlichen Arbeit übersteigt, nannten wir Wucher und so dürfen wir wohl auch diese Kreditanstalten, trotz ihres „edlen Zweckes", den kleinen Grundbesitzer mit Kapital zu versehen, ganz getrost Wucheranstalten nennen. Sie sind aber nicht jüdisch, sondern national, und was speziell den Vorschussverein

Digitized by Google

betrifft, welcher Agenten ins Land verschickte, die den Bauer auf die freventlichste Weise zur Aufnahme von Darlehen mit allen Mitteln nötigten (— so ward mir erzählt; es ist übrigens nach dem Vorhergehenden gar nicht mehr relevant —), so gehören zur Zahl seiner Mitglieder sehr respektable, angesehene Männer, die Elite der Czernowitzer Gesellschaft, ja es finden sich darunter selbst hohe Staatsbeamte, an deren Charakter gewiss kein Makel haftet. Der Gedankengang solcher Leute ist klar: wenn der Jude vom Bauer 100 Prozent verlangt und wir nur 18 oder 24, so sind wir ja wahre Wohlthäter des Landes und machen nebenbei ein schönes Geschäft. Dass der Bauer bei 18 Prozent ebenso sicher zu Grunde gehen muss wie bei 100, daran denken sie nicht, oder es ist ihnen, in Anbetracht, dass er ja doch dem Untergange geweiht sei, gleichgiltig. So verdirbt der wuchernde Jude schliesslich das allgemeine Rechtsgefühl — das ist die social-ethische Seite des Wuchers.

Die Orgien des kleinen Wuchers (im landesüblichen Sinne) sind vorüber, das Strafgesetz hat diese Nachtgespenster verscheucht. Sie werden noch eine kleine Weile in den Exekutions-Edikten fortspuken, bis alles „eingezogen“ ist, dann werden die Richter des Landes nicht mehr erzwungene Henkersdienste verrichten, sondern als allbeliebte Teufelsbanner, die durch ihr blosses Dasein die bösen Geister in Schranken halten, von den Qualen der letzten Jahre ausruhen.

Denn mit Bestimmungen, wie die des § 1 des Gesetzes vom 19. Juli 1877 lässt sich nicht mehr spassen. Wenn die „Masslosigkeit der dem Kreditgeber zugestandenen Vorteile“, durch welche „das wirtschaftliche Verderben des Kreditnehmers herbeigeführt oder befördert werden muss“, auf der einen Seite, und „Verstandesschwäche, Unerfahrenheit oder Gemütsaufregung“, welche beim Kreditnehmer die Erkenntnis der Verderblichkeit jener Bedingungen verhindern, auf der andern Seite genügen, um den Kandidaten des Reichtums auf sechs Monate, ja selbst auf zwei Jahre hinter Schloss und Riegel zu bringen oder ihn um 1000 Gulden ärmer zu machen, während ihm die Früchte seiner Unternehmungslust gänzlich entgehen — dann ist mit den Bauern, die ja insgesamt an Verstandesschwäche und Unerfahrenheit leiden, kein Geschäft mehr zu machen. Es lässt sich auch auf Umwegen, wie sie ehedem, unter der Herrschaft der alten Wuchergesetze, eingeschlagen wurden, um die Natur des Geschäftes

Digitized by Google

zu verhüllen, ohne die grösste Gefahr nichts mehr erreichen, da der Richter an keine bestimmten Beweisregeln gebunden, sondern alles seinem freien Ermessen, „seiner freien, auf Grund der gewissenhaften Prüfung der vorgebrachten Beweismittel gewonnenen Ueberzeugung“ (§ 6) anheim gegeben ist. So hängt natürlich alles von der Praxis der Gerichte ab, von der Stellung, welche die Richter gegen den Wucher einnehmen, von ihrer Auffassung des Begriffs Wucher.

Zur Zeit der älteren Wuchergesetze manifestierte sich zwar gerade in Galizien, dem klassischen Lande des Wuchers, die allerschwächste Repression desselben, es zeigten sich hier verschwindend kleine Zahlen von Anklagen und noch viel kleinere von Verurteilungen (Chorinsky a. a. O. S. 38), im Jahre 1856 erklärten fast alle Gerichte Galiziens, „dass die Freisprechungen die Regel bildeten bei Wucheruntersuchungen“ (S. 50). Allein es war damals an und für sich viel schwerer, den Wucher nachzuweisen und zu fassen, und dann — was die Hauptsache ist — haben die Richter, welche ehedem vielleicht durch die landesüblichen Anschauungen in ihrem eigenen Rechtsbewusstsein zu stark beeinflusst waren (selbstverständlich kein Vorwurf!), inzwischen gar zu deutlich gesehen, wohin die Freiheit des Wuchers führt, und bei der in Galizien angestellten Enquête sprachen sich zahlreiche Gerichtsstellen für die Einführung von Strafgesetzen gegen die wucherische Ausbeutung der Bevölkerung, und die meisten sogar für die Einführung einer Zinstaxe aus (Ausschussbericht). Sie schilderten in ihren Berichten mit den lebhaftesten Farben die Ruchlosigkeit der Wucherer und das Elend des Landvolks, so dass man wohl mit Recht annehmen kann, dass die Stellung der Gerichte zum Wucherer nunmehr eine ganz andere sein werde.

Wird nun also der Kredit in der Bukowina billig werden? Wird der durchschnittliche Zinsfuss den Durchschnittsertrag menschlicher Arbeit nicht mehr übersteigen? Der Ertrag eines Grundstückes in Schlesien wurde mit 3 bis höchstens 6 Prozent angegeben (Cienciala, Sitzung vom 18. Mai 1877). Höchst wahrscheinlich nimmt er nach Osten zu mit der Kultur und mit der Entfernung vom Markte ab. Und so taxiert ihn Dr. Landau (Sitzung vom 4. Dezember 1875) für ein Grundstück in Galizien, „auch wenn es sehr billig gekauft wurde“, mit 4—5 Prozent.

Wird also von nun an in der Bukowina Geld zum Zinsfuss von 4—5 Prozent zu haben sein? Aber diese Rechnung gilt ja nur für Darlehen, welche zu Produktionszwecken aufgenommen werden, und

Digitized by Google

wir haben es fast nur mit Konsumtionsdarlehen zu thun. Bekämen unsere Bauern Geld zu 6 Prozent per Jahr, wie sie es bisher zu 6 per Monat bekamen, so würden ihre Hochzeiten und Kirchweihfeste noch viel glänzender ausfallen, aber sie würden eben so sicher zu Grunde gehen, mit dem einzigen Unterschied, dass sie etliche Monate länger die Zinsen zu zahlen vermöchten und dass die Licitation ihrer Güter etwas weiter von dem Zeitpunkt der Kontrahierung der Schuld entfernt wäre, als bisher. Das Endresultat wäre genau dasselbe, es wäre dasselbe, auch wenn sie das Geld ohne Zinsen bekämen. Sie sind ja nicht kreditfähig, sie sind nur bewucherungsfähig. Die Gesetze können wohl den Wucher beseitigen, aber niemand kreditfähig machen, das letztere kann allenfalls eine tüchtige Verwaltung, aber niemals die Justiz. Der Bauer wird von nun an keinen „Kredit" mehr bekommen und das wird die beste Wirkung des Wuchergesetzes sein, die es in einem Lande wie die Bukowina hervorbringen kann. Die wirtschaftliche Barbarei dieses Landes zeigt sich hierin am klarsten. — Der kleine Wucherer, der mit etlichen hundert Gulden sein Geschäft betrieb, wird vielleicht jenseits der russischen oder rumänischen Grenzpfähle eine „bessere Heimat" suchen — und das wird auch eine Wohlthat des Wuchergesetzes sein.

Aber ganz aufhören wird der Wucher dennoch nicht. Denn erstens gibt es doch auch hier zu Lande Menschen, von denen man füglich schon nach ihrer gesellschaftlichen Stellung nicht annehmen darf, sie seien durch Verstandesschwäche, Unerfahrenheit und Gemütsaufregung in die Unmöglichkeit versetzt, die Verderblichkeit irgend welcher ihnen gestellten Bedingungen einzusehen, und den blossen Leichtsinn schützt das Gesetz nicht gegen die ihm erkennbaren Folgen seines Handelns („Erläuternde Bemerkungen zu dem Gesetzentwurf, betreffend Abhilfe etc." 563 der Beilagen). Und da das Gesetz vom 19. Juli 1877 Zinsbeschränkungen, die seinem rein strafrechtlichen Wesen ja widersprächen, keineswegs aufstellt oder auch nur beabsichtigt, so kann der Wucherer z. B. bei unseren nationalen Grossgrundbesitzern immer noch ein Geschäftchen nach altem Schnitt wagen, und die Expropriierung dieser Klasse von Bewucherten wird sicher ihren stillen Fortgang nehmen.

Sodann wird kein Richter in der Welt, wenn es sich um Begriffe handelt, die mindestens für den einzelnen Fall absolut nicht genau definierbar sind, sich ganz und gar von den Anschauungen seines Volkes und seiner Zeit lossagen können, und ein Bukowinaer

Digitized by Google

Richter wird aller Wahrscheinlichkeit nach 12, 15, vielleicht 18 Prozent nicht für Wucher ansehen, obwohl sie, nach unserem Begriffe wenigstens, ganz bestimmt als solcher zu beurteilen sind. Rät ja doch selbst der Bericht der Rechtssektion des galizischen Landtags vom Oktober 1874: „dass man sich auf den Standpunkt des Josephinischen Patents vom Jahre 1787 stellen und höheren als 12prozentigen Interessen das gerichtliche Klagerecht versagen müsse. Der Zinsfuss von 12 Prozent wurde gewählt, weil derselbe denn doch immer noch höher sei als der Ertrag der Dividenden der besten Industriepapiere“ (Chorinsky, a. a. O. S. 99). Also was die besten industriellen Unternehmungen eintragen, das und noch mehr soll der Geldbesitzer vom Landwirt in Galizien fordern dürfen, und es gibt doch sicher keinen Menschen in Galizien und auch nicht in der Rechtssektion des galizischen Landtags, der nicht wüsste, dass der Ackerbau weniger einträgt als die besten Industriezweige! An Verständnis hat es hierbei der Rechtssektion gewiss nicht gefehlt, aber sie sah ein, dass weniger als 12 Prozent in Galizien soviel wie eine allgemeine Kreditlosigkeit bedeuteten.

Und so wird sich denn in der Bukowina aus der Praxis der Gerichte aller Wahrscheinlichkeit nach ein gewisser Zinsfuss herausbilden, der allgemein als erlaubt und unverfänglich gilt, und dennoch so hoch ist, dass der Kreditnehmer nach wie vor ihn nicht tragen kann. Die Bauern werden auch zu diesem Zinsfuss kein Geld mehr bekommen und dem Schnapskredit hat das Gesetz gegen die Trunkenheit den Boden ausgeschlagen. Der kleine Wucherer kann mit 12 oder 15 Prozent nichts anfangen und beim Bauer könnte er möglicher Weise auch da noch Gefahr laufen, dem Strafgesetz zu verfallen, besonders wenn sich die Fälle und damit die Exekutionen häuften. Die zwei Kreditgesellschaften aber, welche bisher die Bauern bewucherten, sind durch ihre Massenexekutionen (der Bukowinaer Vorschussverein exequiert mitunter ein Dutzend und mehr Bauern auf einmal als Solidarschuldner für einen Betrag von etlichen hundert Gulden), welche die Grundstücke ganz unverkäuflich machen, während die Gesellschaften doch nicht wohl Bauerngüter übernehmen können, in eine solche Lage geraten, dass sie sich hoffentlich entweder gründlich reorganisieren oder auflösen werden.

Im Uebrigen wird wohl mit Mass und Anstand fortgewuchert werden. Mögen mich die Thatsachen widerlegen, und recht bald! ich werde mit Freuden meinen Irrtum eingestehen, aber es ist leider

Digitized by Google

dazu wenig Hoffnung vorhanden. Der Sinn der Bauern ist auf Nichtsthun und Schnaps gerichtet.*) Der Sinn der Städter geht auf Ausbeutung des Nebenmenschen (— unbegrenzte Erwerbsgier ohne Arbeitslust! —) und auf Verschwendung, und der Jude steckt alle in seine Tasche. „Jedes Land hat die Juden, die es verdient", sagt C. E. Franzos. Wenn dies wahr ist — und vieles spricht dafür — so mag jeder für unseren Fall die Konsequenzen selbst ziehen.

*) Sowohl Rumänen als Ruthenen sind ohne Zweifel in hohem Grade kulturfähig und ihr gegenwärtiger Zustand ist nur aus der Geschichte zu erklären. Insbesondere möchte ich auch hier von den Weibern bestätigen, was Henke (l. c. S. 134) von denselben in Rumänien sagt, dass sie viel reger und fleissiger sind als die Männer. Ob sie hier wie dort infolge der männlichen Trägheit überarbeitet werden, kann ich nicht entscheiden. Auffallend ist es, dass, während nach der Zählung von 1869 in den im Reichsrat vertretenen Ländern auf hundert männliche Einwohner der Civilbevölkerung 106 weiblichekamen, in der Bukowina sich beide Geschlechter numerisch ganz gleich gegenüber standen (1000 : 1000,5) und dass man nicht selten eine 24jährige Bäuerin für ein altes Weib hält und nur zweifelt, ob sie 45 oder 50 Jahre alt sei. Doch kann dies auch auf ganz anderen Gründen beruhen.

Digitized by Google

Der Kampf um den Weidgang in Graubünden.

(1883.)

Wer die Brochüre des Herrn P. Troxler*) liest, ohne vorher Graubünden und insbesondere das Vorderrheinthal, auf welches sich die Schrift in erster Linie bezieht, gesehen zu haben, der wird sich den Zustand jener Gebiete ungefähr so vorstellen: armselige, halbverhungerte Bauern, die in stumpfer Trägheit und Unwissenheit in ihren elenden Dörfern herumlungern; Aecker, auf denen hie und da als Kuriosität ein Büschel verkommener Aehren emporgeschossen, während der grösste Teil derselben von Steinen oder Unkraut besetzt ist; Wiesen, auf denen man sich vergeblich nach Gras umsieht, da seit Jahrhunderten alljährlich viele Monate hindurch von jenen vierfüssigen Ungeheuern, welche man Schweine nennt, die Wurzeln herausgegraben und aufgefressen werden; nirgends ein Strauch, vor Allem nirgends ein Obstbaum, ausser etwa zwischen mehr als elf Fuss hohen Mauern (siehe Seite 9); endlich Wälder, denen nichts weiter fehlt als die Bäume, da die Ziegen ebenfalls seit Jahrhunderten allen Nachwuchs reinweg vernichteten.

„An einem schönen Morgen wimmelt es auf allen Feldern, Wiesen und Aeckern von Pferden, Rindvieh, Schafen und Ziegen. Jetzt ist kein Gräslein, kein Kräutlein, kein Stäudlein mehr sicher.

*) Der allgemeine Weidgang im Kanton Graubünden. Eine nationalökonomische Studie von P. Joh. Baptist Troxler, Administrator des Benediktinerstiftes Disentis. Chur 1883.

Digitized by Google

Es wird von tausend grossen und kleinen Thieren darauf losgefressen, geschabt und geschunden, als hätten dieselben tagelang kein Maul voll Futter bekommen. Nur ein Thier fehlt noch auf dem Kampfplatze, es ist unser bündnerisches Lieblingsthier, das wir mit Auszeichnung kurzweg „Tier casa“, das Hausthier nennen; es ist das Schwein. — Wenn Rindvieh, Schafe und Ziegen alles fressen, was auf der Erde ist, so verfahren die Schweine noch etwas gründlicher; sie suchen auch das auf, was unter der Erde liegt. Haben ihre Vorgänger das Gras abgeweidet, so wühlen und wählen die Schweine mit Vorliebe die Wurzeln aus. Kleine und grössere Stellen auf Wiesen und Feldern sehen infolge dessen oft ganz rauh aus. Tritt endlich (der oben beschriebene Gräuel der Verwüstung findet nämlich im Herbste statt) die kältere Witterung ein, gibt es für das Grossvieh draussen nichts mehr zu beissen und zu nagen, so wird dasselbe endlich im Stalle behalten; das Kleinvieh aber setzt den ganzen Winter tagtäglich, sofern nicht alles mit Schnee bedeckt ist, sein gewohntes Leben und Treiben fort. —

Am ehesten kommen (bei Schnee) die Schafe zu kurz. Die Ziegen wissen sich bei ihrer Raffiniertheit besser zu helfen. Sind keine schneefreien Stellen in der Nähe oder sind vor den Häusern keine Tannäste anzutreffen und zu benagen, dann ziehen sie prozessionsweise in die Wälder hinaus und was sie dort treiben, davon wüssten die Förster zu erzählen. Die Schweine sind auch nicht unthätig. Sie sind auf dem Düngerstock vor dem Kuhstall, wie auf der Stiege des Pfarrhauses zu sehen, auf dem Dorfplatze wie auf dem Kirchweg; am liebsten aber setzen sie auch im Winter an schneefreien Stellen das „Wurzelgraben“ fort. So geht es bis etwa gegen Mitte April, bis zur Zeit, wo der Sepp und der Plazi, der Herr Kantonsrat und der „Geschworne“ die Erdäpfel zu stecken beginnen. Jetzt werden vorerst die Schweine auf die Allmend verbannt. Schafe und Ziegen freuen sich noch des Lebens und des Frühlings und wo ein Gräslein oder ein Blümlein neugierig hervorgucken will, gleich sind sie mit der Strafe bei der Hand und machen es um einen Kopf kürzer. Und, wenn trotz alldem die Frühlingsnatur mächtiger ist, als Schafe und Ziegen, wenn es grünt und spriesst und wächst überall, und wenn auf den Aeckern des Luzi und des Toni der dem Zahne der Ziegen und Schafe entronnene Sommerroggen schon einige Zoll hoch ist (höchst wunderbar!) und auch das Kraut der Erdäpfel bereits hervorguckt, so versammelt sich etwa am ersten oder zweiten Sonn-

Digitized by Google

tag im Mai die löbl. Gemeinde und beschliesst, dass man Anfangs der nächsten Woche mit den Schafen und Ziegen fort wolle. Die „Gizi“ haben ein Privilegium; sie dürfen noch etwa vier Wochen länger bleiben. Im Jahre 1881 zogen dieselben noch am 6. Juni auf den Feldern herum und frassen nach Herzenslust das junge Korn ab.“

Sowie die landwirtschaftliche Spezialkommission, von der wir noch öfter zu sprechen haben werden, den allgemeinen Weidgang „aus Bequemlichkeit“ entstehen lässt, gibt P. Troxler u. A. „die Trägheit“ als Grund seines Fortbestehens an.

Als Beweis für diese Trägheit und zugleich für den armseligen Zustand der Aecker dürfen wir wohl auch die Seite 12 erwähnte „Egge mit nach allen Seiten beweglichen Zinken“ nehmen, welche den Zweck haben soll, beim Eggen „den auf der Oberfläche des Bodens befindlichen Steinen ausweichen zu können, um dieselben nicht etwa entfernen und ausgraben zu müssen. Stösst beim Ackern der Pflug auf einen Stein, so wird derselbe von vielen Ackersleuten sorgfältig über den Stein hinausgehoben, es wird gemächlich fortgeackert und das Objekt des Anstosses wohl mit dem stillen Gebete: Requiescat in pace! vorläufig wieder für ein weiteres Dezennium im Status quo belassen.“

Beiläufig gesagt: wenn es mit den übrigen Beobachtungen des hochw. Herren nicht besser steht, als mit dieser, so wäre es bedenklich, sich auf die Genauigkeit derselben zu verlassen. Aus den zahllosen Tobeln des Vorderrheinthals, die zumeist bis an die Gletscher hinaufreichen, stürzen herrliche Bäche ins Thal, die mit ihren vielen Cascaden das Auge des Naturfreundes erfreuen, aber auch von Zeit zu Zeit die Felder der Thalsohle mit unendlichem Schlamm und ungeheuren Steinmassen überschütten. Diese letzteren lassen sich nicht in einem, auch nicht in 10 und 20 Jahren sämtlich entfernen, dazu würde die vorhandene Arbeitskraft nicht ausreichen. Dass aber der Bauer die Steine nicht einfach liegen lässt, sondern seine Wiesen und Aecker, so gut er es eben kann, nach und nach davon säubert, des sind augenfällige Zeugen die breiten Mauern von solchen Steinen, welche überall die Wege und Felder umziehen und begrenzen. Soll aber der Bauer, bis diese Arbeit ganz gethan ist, überhaupt ackern, so braucht er allerdings die Egge mit beweglichen Zinken, und immer braucht er sie dort, wo der Fels des Gebirges aus seinem Acker hervorguckt, was nicht selten vorkommt. Den Fels kann er nicht herausheben, und ihn mit Pulver oder Dynamit herauszusprengen,

Digitized by Google

dazu ist er wohl noch nicht gekommen und hat es wahrscheinlich auch nicht nötig, da ihm das Land nicht so knapp zugemessen ist und überhaupt nicht der Ackerbau, sondern die Viehzucht seinen Haupterwerb bildet. Die Egge mit den beweglichen Zinken ist also wirklich eine ganz geschickte Erfindung und die Vorderrheinthaler brauchen sich dieses „Gerätes aus alter Zeit" keineswegs zu schämen.

Kommt man nun aber ins Vorderrheinthal, um sich die furchtbaren Wirkungen des allgemeinen Weidgangs selbst zu betrachten, so ist man erstaunt über alles, was man da mit eigenen Augen sehen muss. Die Menschen sind urkräftig und wohl genährt, sie streichen sich die Butter so dick aufs Brot, dass manchem „intelligenten Landwirte" in der Ebene der Mund wässern möchte. Wir sahen da nicht bloss stramme, gradbeinige und breitschulterige Figuren, sondern auch nicht selten hübsche Gesichter, vor allem schöne Frauen; die Leute sind liebenswürdig in ihrem Benehmen und intelligent, sie haben, obwohl sie nur 24 Wochen im Jahre in der Schule sitzen, einen tiefen Respekt vor Bildung und Wissenschaft, sie sind sehr gut und solid gekleidet und wohnen in allerliebsten, zumeist sehr anständig eingerichteten Holzhäusern, deren blumenbekränzte Fenster einen guten Begriff von dem ästhetischen Sinn ihrer Bewohner geben. Und diese wollen allesamt nichts von der Abschaffung des Weidgangs wissen! Ihr mögt im Vorderrheinthal sprechen mit wem Ihr wollt, mit Beamten, Aerzten, Lehrern, Geistlichen und Bauern (es gibt auch unter den letzteren nicht wenige, die der deutschen Sprache mächtig sind), Ihr findet unter hunderten nicht einen, der sich nicht mit einer förmlichen Entrüstung über die Brochüre des P. Troxler äussert, obwohl dieser dem geistlichen Stande angehört und als Mitglied desselben bei dem streng katholischen Volke von vorneherein gewiss alle Vorurteile für sich haben musste.

P. Troxler selbst erzählt uns ja, wie das Volk des Kreises Disentis es sogar dem Herrn Prälaten nicht vergessen konnte, dass er im Jahre 1870 allein von sämtlichen Grossratsmitgliedern des Kreises Disentis für die Abschaffung des allgemeinen Weidgangs stimmte, und es kaum über sich brachte, ihn bei der nächsten Wahl wiederum als seinen Deputierten nach Chur zu senden.

Blicken wir aber von den Menschen auf die Felder, so finden wir da Aecker, dicht bestanden mit den prachtvollsten, schwersten Aehren, wie wir sie vielleicht in der ganzen übrigen Schweiz vergeblich schöner suchen. Selbst in Chiamut, dem höchsten Dorfe der

Digitized by Google

Schweiz, wo noch Getreide wächst, fanden wir Dinkel und Gerste von überraschender Schönheit. Ob die Frucht dort vollkommen reif wird, wissen wir nicht; jedenfalls sind aber nicht die Ziegen und Schweine die Schuldigen, wenn sie es nicht wird.

Auf den Wiesen wächst allenthalben das herrlichste, feinste, duftigste Heu, die Grasnarbe ist von ganz überraschender Dichtigkeit, die rauhen Stellen, wo die Schweine, trotzdem sie alle geringelt sind, die Wurzeln ausgegraben haben sollen, suchten wir ganz vergeblich. Die Leute arbeiteten von 4 Uhr morgens bis in die sinkende Nacht, um die reiche Heuernte hereinzubringen. Sie können solche Arbeit leisten, weil sie riesenstark sind und nicht Tag für Tag dieselbe endlose Arbeitsqual durchzumachen haben, wie der moderne Kulturmensch, sondern auch Zeiten der Ruhe und Erholung geniessen. Dass im Vorderrheinthale auf einer bestimmten Bodenfläche nicht genau so viele Zentner Heu wachsen, wie etwa in der Umgebung von Zürich, ist natürlich kein Einwand gegen jene Wirtschaft. Denn wenn die Vorderrheinthaler ihr Vieh das ganze Jahr in den Dorfställen halten wollten, dann würden die Thalwiesen vielleicht wohl etwas mehr (schlechteres!) Heu tragen, aber die Leute würden dabei verhungern, denn dann müssten sie die Alpen den Murmelthieren und die Maiensässe den Hasen überlassen und könnten nicht halb so viel Vieh halten wie heute. Gegenwärtig verteilt sich der Dünger auf Alpen, Maiensässe und Thalboden.

Was aber die Obstbäume betrifft, so fanden wir deren in Menge und nicht bloss zwischen elf Fuss hohen Mauern, dergleichen uns auf unseren Wanderungen gar nicht vorkamen, sondern auch im freien Felde, und sie geben nicht bloss einen sehr regelmässigen und reichen Ertrag, sondern auch vielfach vorzügliche Früchte feinster Sorte. Wenn die Ziegen keine Obstkultur aufkommen lassen, woher dann diese Bäume? Die Spezialkommission sagt wörtlich: „Einzelne Gegenden haben in guten Jahrgängen aus dem Obst mehr Erlös als aus dem Vieh.“ Sie vergass aber anzugeben, woher denn dieses Obst stammt, ob es wirklich auf Bäumen gewachsen ist und ob diese Bäume etwa ein höheres Alter haben als der allgemeine Weidgang.

Auch Strauchwerk aller Art findet sich überall in Massen zwischen den Feldern und bekränzt lieblichst die aufgehäuften Steinmassen, welche von den fleissigen Leuten aus Wiesen und Aeckern entfernt wurden. Insbesondere Hollunderbüsche, ganz überdeckt von

Digitized by Google

schwarzen Trauben, welche massenhaft eingekocht ein willkommenes Nahrungsmittel bieten, fanden wir in grosser Menge.

Was endlich die Wälder anbelangt, so wollen wir, wie P. Troxler, auf die Forstfrage nicht näher eingehen und bemerken nur, dass die Beschuldigungen, welche Dr. Kaiser aus Solothurn am 3. April d. J. im Nationalrat gegen die mangelhafte Handhabung der Forstpolizei in Graubünden und gegen den Weidgang der Ziegen vorbrachte, von den Herren Bundesrat Schenk und Nationalrat Bezzola, dem radikalen Bündner — gewiss zwei unbedenklichen Zeugen — als vollkommen ungerechtfertigt zurückgewiesen wurden und dass die Wälder Graubündens, wo nicht die einsichtslose Geldgier der Menschen sie vor Zeiten zerstörte, sich überall des besten Wohlseins erfreuen.

Der Anblick des Landes und seiner Einwohner kann nach dem bisher Ausgeführten unmöglich jene Angriffe auf den allgemeinen Weidgang hervorgerufen haben, die von Zeit zu Zeit immer wieder stattfinden. Wie sind also diese Angriffe zu erklären? Um diese Frage zu beantworten, wollen wir zuvörderst eine andere stellen, nämlich folgende: von welcher Seite stammen sie?

P. Troxler ist Administrator des Benediktinerstiftes Disentis. Der Abt des Stiftes, Paul Birker, stimmte, wie wir sahen, im Jahre 1870 für Abschaffung des allgemeinen Weidgangs. Der katholisch-konservative Abgeordnete Graubündens, Herr Nationalrat Dr. Decurtins von Truns im Vorderrheinthal, selbst Grundbesitzer und nebenbei ein Mann von bedeutender nationalökonomischer Bildung, traf den Nagel auf den Kopf, als er in seiner Rede gegen Herrn Dr. Kaiser bemerkte, die Abschaffung des allgemeinen Weidgangs liege bloss im Interesse einiger wenigen Grossgrundbesitzer und P. Troxler sei der Repräsentant des einzigen Grossgrundbesitzers im Bündner Oberlande.

Obwohl man schon öfter, und nicht ganz mit Unrecht behauptet hat, dass ein Reicher, der seine Interessen in irgend einer Kleinigkeit gefährdet sehe, mehr Lärm mache, als hundert Arme, denen man die Haut über den Kopf ziehe, so wollen wir doch nicht im Mindesten bezweifeln, dass die beiden genannten Gegner des allgemeinen Weidgangs nach bestem Gewissen und in der vollen Ueberzeugung handelten, was dem Kloster Disentis, dessen Interressen zu vertreten ja unbedingt ihre Pflicht ist, zu Gute komme, das sei auch für die Gesamtheit förderlich. Allein ebenso gewiss hoffen wir zu zeigen, dass sie sich hierin irrten, indem das Sonderinteresse, das sie ver-

Digitized by Google

traten, sich in ihren Augen unversehens aber fälschlich ins allgemeine verwandelte.

P. Troxler behauptet wohl, „dass die Mehrzahl der höheren Beamten und überhaupt die Mehrzahl aller gebildeten und intelligenten Männer des Kantons von der Unstatthaftigkeit und Schädlichkeit des allgemeinen Weidgangs überzeugt sei.“ Was die „Intelligenten“ betrifft, so müssen wir uns die Bemerkung erlauben, dass nach unseren Beobachtungen dieses Attribut doch auch auf eine hübsche Anzahl von Bauern passt, in deren Reihen man wohl nicht viele Gegner des Weidgangs finden dürfte. Soweit der Ausspruch sich auf die Beamten und Gebildeten bezieht, wollen wir über die Richtigkeit desselben nicht streiten, obwohl wir nach den Erfahrungen, die wir selbst in den Gegenden, wo der Weidgang in Blüthe steht, machten, keineswegs davon überzeugt sind. Aber wir fragen: wie viele Landwirte finden sich denn unter den Beamten und Gebildeten? Wenn die betreffenden Gegner des Weidgangs nicht Landwirte sind, resp. nicht Grossgrundbesitzer, die bloss aus Privatinteressen den Weidgang abschaffen möchten, worauf beruht dann in der Regel ihr Urteil über die vorliegende Frage? Auf dem, was sie noch von der Schule her oder noch wahrscheinlicher auf dem, was sie aus Zeitungen über Nationalökonomie wissen, wir wollen es mit einem Worte sagen: auf dem alten, abgethanen Manchestertum, dem ökonomischen Liberalismus, der heute in der Wissenschaft überwunden ist, aber in der Tagespresse immer noch das grosse Wort führt, da die leitenden Organe der „öffentlichen Meinung“ sich durchwegs direkt oder indirekt in den Händen des grossen Geldkapitals befinden, während die kleinen Zeitungsschreiber, unfähig sich eine eigene Meinung zu bilden, die Aussprüche der grossen nachplappern.

Die vom kleinen Rate des Kantons Graubünden bestellte landwirtschaftliche Spezialkommission, bestehend aus einem Nationalrat, einem Professor, einem Regierungsstatthalter, einem Oberstlieutenant und einem Hauptmann, welche im letzten März in Chur tagte, erklärte (nach den Angaben des P. Troxler) in ihrem Bericht u. A.: „Jedes Volk sucht hauptsächlich sein Gut frei zu haben, frei darüber verfügen zu können, freie Bewegung in Bebauung seines Gutes (sie meinen nicht das Volk und sein Gut, sondern die einzelnen Eigentümer und ihre Güter). Wir sind zwar politisch frei, sind aber Sklaven dieses Kommunismus der Thierwelt. Die Gemeinatzung steht im Widerspruch mit dem Grundsatz der freien Benutzung des

Digitized by Google

Grundeigentums.“ Ebenso sagt P. Troxler: „Ueberhaupt wird der Landbau in seinem Grundprinzipe, der freien Verfügung über den Boden — gelähmt und offenbar die Gesamtproduktion auf ein ungleich geringeres Ergebnis beschränkt, als die gleiche Ausdehnung von Boden liefern könnte.“

Da haben wir in wenig Worten die reinste Orthodoxie des Manchestertums: jeder Eigentümer absoluter Herr über seine Produktionsmittel, alle Produktionsmittel in Privathänden — dann wächst das Produkt. Mehr Produkt aber ist gleichbedeutend mit grösserem Volksreichtum: die freie Bewegung des individuellen Interesses vermehrt mithin den Volksreichtum.

Die Herren hätten aus der Geschichte der modernen, auf diesen Grundsätzen aufgebauten Industrie mit ihren fetten Millionären, hungerigen Proletariern und umsturzlüsternen Sozialdemokraten lernen können, dass eine Vermehrung des Reichtums in einer Nation noch lange nicht eine Vermehrung des Volksreichtums ist, dass alles darauf ankommt, wem das Mehrprodukt zufällt, ob einer kleinen Anzahl glücklicher Spekulanten und Schlauköpfe oder der grossen Masse der fleissigen, mit nützlichen Arbeiten beschäftigten Leute, dass ein wahrer, gesunder und haltbarer Fortschritt offenbar nicht darin besteht, dass man an die Stelle einer bestehenden Organisation der Volkswirtschaft das Chaos des individuellen Egoismus setzt, sondern darin, dass man bestehende Einrichtungen zeitgemäss fortbildet oder eine bessere Organisation an die Stelle der schlechteren setzt.

Vor den „höheren Beamten und Gebildeten“ brauchen also in dieser Frage die Verfechter des allgemeinen Weidgangs nicht die Segel zu streichen; die Lehre, die jene vertreten, „findet (um uns der Worte des Herrn Dr. Decurtins zu bedienen) die einstimmige Verurteilung der bedeutendsten Nationalökonomen der neueren Zeit“. Es liegt in der modernen Entwicklung ein kolossaler und geradezu furchtbarer Widerspruch, der auch nur auf eine furchtbare Weise gelöst werden kann, wenn die Gebildeten immerfort nur von Harmonie träumen: der Widerspruch zwischen der Ausbildung der demokratischen Ideen im staatlichen und der wachsenden Kluft zwischen Reich und Arm im wirtschaftlichen Leben, zwischen der grössten Nivellierung und der grössten Differenzierung. Je demokratischer der Staat, desto weniger kann er bestehen, wenn die Zahl der Proletarier, die auf einen Reichen kommen, wächst. Da gilt es vor allem, sofern man nämlich das Privateigentum irgendwie zu erhalten wünscht, die

Digitized by Google

Verwandlung der kleinen Eigentümer in besitzlose Arbeiter zu verhindern. Denn wie soll die besitzlose Masse, wenn sie im allgemeinen Stimmrechte die Majorität besitzt, auf die Dauer das Privateigentum respektieren?

Kehren wir zu unseren Bündnern zurück. P. Troxler gibt zu, dass der allgemeine Weidgang denjenigen vorteilhaft zu statten kommt, die wenig oder kein eigenes Land haben, meint hingegen, das „allgemeine Wohl" werde durch denselben geschädigt. Die genannte landwirtschaftliche Spezialkommission entdeckt denselben Widerspruch zwischen den Interessen der kleinen Leute und den Forderungen des Gemeinwohls: „Man gesteht oft zu, dass die Atzung für den Landbau schädlich sei, will sie aber im Interesse der nur Schmalvieh haltenden Bevölkerung doch erhalten. Es ist wahr, dass dieser Teil des Volkes durch Aufhebung der Atzung mehr oder weniger leidet; allein dies kann den Staat nicht hindern, Verhältnisse zu beseitigen, die gegen den allgemeinen Wohlstand des Landes (repräsentiert durch die Interessen eines halben Dutzends Grossgrundbesitzer!) sind."

Also die öffentliche Wohlfahrt fordert Abschaffung des Weidgangs und diese verschlimmert die Lage der zahllosen kleinen Leute. Mithin: Die Vermehrung des Reichtums der Reichen und die Steigerung der Not der Armen — das ist Hebung des allgemeinen Wohlstands, der öffentlichen Wohlfahrt. Für die Armen soll dann nach dem Rate der Spezialkommission aus der Armenkasse besser gesorgt werden. Aber Almosen statt Arbeit und Erwerb, Bettelei statt wirtschaftlicher Selbständigkeit, ist das auch Hebung der öffentlichen Wohlfahrt? Besteht die öffentliche Wohlfahrt in den Geldsäcken von einem halben Dutzend Grossgrundbesitzer, welche allein den Weidgang nicht wollen?

Die wunderbarsten Widersprüche kommen hier zu Tage, wie immer, wenn man eine falsche Idee verficht. Die Manchestertheorie sagt einerseits: Jeder weiss am besten, was ihm frommt — die Bündner wollen den Weidgang, mithin frommt er ihnen. Sie sagt andererseits: die absolute Freiheit des Eigentums ist die erste Bedingung alles ökonomischen Fortschritts — also, der Weidgang beschränkt diese Freiheit, mithin muss er abgeschafft werden.

P. Troxler gibt, wie wir gesehen haben, den Nutzen des allgemeinen Weidgangs für die Armen zu. Drei Seiten später hat er dies schon wieder vergessen und meint: man schiebe den armen Mann

Digitized by Google

nur vor, denn die Reicheren halten verhältnismässig mehr Ziegen als die Armen. Auf der folgenden Seite 20 meint er endlich gar: „Wir gönnen dem Armen seine Ziege, sein Schaf und sein Schwein, sind aber der Ansicht, dass man zu diesem Viehstand auch noch eine Kuh halten könnte, wenn der allgemeine Weidgang nicht wäre.“ Hier soll also der Arme, von dessen Standpunkt aus die Nützlichkeit des Weidgangs früher anerkannt wurde, gar reicher werden durch Abschaffung desselben, d. h. der dem Armen nützliche Weidgang ist dem Armen schädlich.

Am wunderbarsten aber ist seine Idee von dem vorliegenden Rechtsverhältnis. Er meint nämlich allen Ernstes, in dem Rechte des Einzelnen, sein Vieh auf den Feldern eines andern weiden zu lassen, liege eine Verletzung des Eigentums, eine Ungerechtigkeit. Sie füttern ihr Vieh „auf Kosten anderer“ (S. 17), sie erhalten es „auf fremde Kosten“ (S. 14). Der direkte Schaden des Weidgangs bestehe darin, dass der Landwirt seine Wiesen und Felder Wochen und Monate lang vom Vieh des Nichtlandbesitzers abweiden und abschinden lassen müsse (S. 17). „Wie lange könnte er mit seinem eigenen Vieh auf jenem Lande weiden!“ Nur wo der Grundbesitz ziemlich gleichmässig verteilt wäre, hätte das noch einen Sinn. „Wenn aber in einer Gemeinde oder Ortschaft der Grund und Boden zu vier Fünftheilen einem oder zwei Besitzern gehört, wie dann?“ — Man ist hier versucht zu fragen: ist denn das die Logik eines Christen? Also wenn Einer so reich ist, dass er allein fast den ganzen Boden einer Gemeinde besitzt, gerade dann soll es ein gewaltiges Unrecht sein, wenn die armen Leute das Recht besitzen, ihre paar Ziegen und Schweine alljährlich eine zeitlang auf sein Land zur Weide zu treiben? Aber von einem Eingriff in fremde Rechte, von einer Verletzung derselben durch den allgemeinen Weidgang ist von vornherein gar nicht die Rede. Eine Verletzung von Privatrechten läge vielmehr in der Abschaffung des Weidgangs, nicht in dessen Beibehaltung. Wer dies bezweifelt, muss annehmen, dass das absolute Eigentum an Grund und Boden die Ureinrichtung der menschlichen Gesellschaft war, und zwar eine Institution von Gottes Gnaden, welche die Menschen gar nicht modifizieren dürften. „Das Recht der Weide, sagt Roscher (Nationalökonomik des Ackerbaues § 85), geht in der Regel, sofern es die Gemeindeglieder unter einander üben, aus der Mark- oder Feldgemeinschaft hervor.“ Gemeineigentum an Grund und Boden war, wie neuere Forschungen ergaben, fast überall

Digitized by Google

das ursprüngliche Organisationsprinzip der Bodenbewirtschaftung. Nur etwa die Häuser, Höfe und Gärten des Dorfes bildeten das erste unbewegliche Privateigentum. Alles Privateigentum, und das Grundeigentum voran, ist aber nicht eine Schöpfung des Einzelnen, sondern eine Institution der Gesellschaft, die es je nach den in ihr dominierenden Interessen im Laufe der Zeit ausgestaltet. In gewissen Teilen von Graubünden ist man glücklicherweise mit der Ausgestaltung des Privateigentums noch nicht so weit gekommen, dass es auf der einen Seite ein schrankenloses Recht über den von Menschen nicht hervorgebrachten Boden, auf der anderen Seite die absolute Rechtlosigkeit gibt, sondern es besteht heute noch ein Stück sehr gesunden Agrarkommunismus, eine Beschränkung des Privateigentums, welche jedem die Existenz erleichtert und doch die Selbständigkeit eines jeden aufrecht erhält. Die Gemeinschaft, welche ursprünglich allein Rechte über den Boden der Gemeinde besass, hat also hier noch nicht alle diese Rechte aufgegeben — das ist das wahre Verhältnis. Den Privateigentümern ist nie etwas genommen worden, sie haben im Gegenteil im Lauf der Zeiten immer mehr Rechte erhalten, nur noch nicht alle.

Betrachtet man aber nicht die Gemeinschaft als solche und ihr Recht, sondern die aus dem letzteren hervorgehenden Privatrechte der einzelnen Gemeindegenossen und gibt man zu, dass die ärmeren Gemeindegenossen vom Weidgang profitieren, so würden diese durch die Abschaffung desselben ökonomisch geschädigt und ihnen verspricht niemand Entschädigung für ein verlorenes Vermögensrecht. — Allein nicht blos um die Armen handelt es sich, ja es handelt sich um Arme im strengen Sinne des Wortes so gut wie gar nicht. Die Leute, die wir bisher arm nannten, besitzen fast ohne alle Ausnahme ein eigenes Haus mit Hof und Garten und etwas Feld dazu. Sie haben ausserdem zumeist ein unbestrittenes Recht zur Mitbenutzung der Alpen wie der Allmend, und öfter auch ein kleines Maiensäss. Sie sind also kleine Bauern, achtbare, arbeitsame Leute, nichts weniger als Proletarier oder gar Bettler, Leute, die sich selbständig fühlen, die etwas zu verlieren haben und darum nicht ins Blaue hinein Familien gründen und Nachkommen erzeugen wie blosse Lohnarbeiter, die von der Hand in den Mund leben, heute hier morgen dort, ohne Aussicht und darum auch ohne Einsicht.

Die proletarische Volksvermehrung, die bedenklichste Konsequenz der modernen Wirtschaft, in der immer ein Grösserer viele Kleinere

Digitized by Google

expropriirt, wird durch nichts besser verhindert, als durch die Sicherstellung des kleinen bäuerlichen Besitzes und dieser steht und fällt mit dem Weidgang.

Aber die Bedeutung des Weidgangs reicht noch viel weiter, der Weidgang sichert im Verein mit dem Alpenrecht und der Allmend nicht nur den kleinsten, sondern überhaupt allen bäuerlichen Besitz, er sichert den Bauernstand, der unsere menschenfressenden Städte und Industrieorte immer wieder mit frischem Blute versieht und die Nationen am Leben erhält. Ich behaupte nämlich folgendes: die Naturalwirtschaft erhält den Bauer, die Geldwirtschaft schlägt ihn todt.

Der Landwirt ist nicht in der Lage, die günstige Konjunktur des Marktes auszunützen, wie der Industrielle, um sich ein Vermögen oder wenigstens eine erkleckliche Reserve für schlechte Zeiten zu erwerben, und er ist der ungünstigen Konjunktur fast widerstandslos preisgegeben, denn er kann seine Produktion nicht rasch ausdehnen oder einschränken oder ihr eine andere Richtung geben, er kann auch das vorhandene Produkt nicht beliebig zurückhalten, weil es teils in seinen Händen raschem Verderben ausgesetzt ist, teils (wie Vieh) in seinen ganzen Betrieb nicht mehr hineinpasst. Er kann ferner, was vielleicht die Hauptsache ist, seinen Besitz im Notfall nicht teil- oder stückweise zu Geld machen, weil die einzelnen Teile oder Stücke in der Regel für sich allein sehr geringen oder überhaupt nur für einzelne Personen (Nachbarn) Wert haben, deren Willkür er dann preisgegeben ist, und weil durch Losreissung einzelner Bestandteile auch der Rest oft wesentlich an Wert verliert, da Gebäude und Betrieb auf eine bestimmte Bodenfläche eingerichtet waren.

Jede Geldschuld des Bauers hat daher, mindestens unter den heute vorherrschenden Rechtsinstitutionen, die Tendenz, sich in eine Hypothekenschuld zu verwandeln, und die Hypothekenschuld hat, abgesehen von anderen Nachteilen, welche Rodbertus und andere längst genügend nachgewiesen haben, noch den psychologisch leicht erklärbaren, dass man nicht leicht an ihre Abzahlung denkt, dass man sich an sie gewöhnt, wie an ein notwendiges Uebel, und wenn sie einmal da ist, auch ihrer Vermehrung nicht kräftig genug widerstrebt, bis schliesslich der Besitz zusammenbricht und aus dem freien, selbständigen Landwirt ein abhängiger, proletarischer Landarbeiter wird.

Vor dem allmäligen Einreissen der Geldwirtschaft kann sich nun freilich auch unser Oberländerbauer nicht bewahren, der Staat mit seiner wachsenden Steuerlast und der Krämer mit seinen aus-

Digitized by Google

ländischen Genussmitteln und „billigen“ Industrieartikeln sorgen dafür. Aber um so wichtiger ist es, dass noch etwas übrig bleibt, was der Bauer nicht verschulden, veräussern und zerstückeln kann, und das ist sein Weiderecht und damit auch sein Recht auf die Benutzung der Alpen.

Es klingt fast komisch, wenn die Spezialkommission meint, man könne die kleinen Leute nach Aufhebung des allgemeinen Weidgangs durch Einräumung der Mitbenutzung der Alpen entschädigen. Ihr Vieh auf die Alpen zu treiben sind sie heute schon berechtigt und sie treiben es auch dahin. Wenn man aber den Weidgang beseitigt, dann haben sie kein Vieh mehr auf die Alpen zu treiben, weil sie keines halten können, daher setzt die Kommission auch ganz vorsichtig bei: oder man könne die kleinen Leute für die Nichtbenutzung der Alpen entschädigen. Wahrscheinlich wohl auch aus der Armenkasse? Denn für arme Teufel, die nichts mehr besitzen, passt keine andere „Entschädigung!“ — Aber — sagt man — es ist doch unleugbar, dass ohne den Weidgang mehr produziert würde. Ganz gewiss, nämlich mehr „Reinertrag“ für den überwuchernden Grossgrundbesitz. Wenn die Landwirtschaft keine andere Aufgabe hätte, als die, aus einer bestimmten Bodenfläche eine möglichst grosse Summe Geldes für den Eigentümer herauszuschlagen, dann — weg mit dem Weidgang und weg mit allem Genossenschaftsboden!

Der Zusammenhang ist einfach. Die kleinen Leute würden von den grossen ganz bequem expropriiert, und während man heute im Bündner Oberland froh sein muss, wenn man für guten Lohn und reichlichste Kost einen Knecht bekommt und erhält, der nichts weniger als ein Sklave seines Herrn ist, sondern dem Besitzer fast als Gleicher gegenübersteht, so würden dann eine Menge hungriger Proletarier für jeden Preis zu haben sein. Sie würden sich hübsch von Zichorienkaffee, Kartoffeln und abgerahmter Milch ernähren, und Butter und Käse, welche heute die Bauern gesund und stark erhalten, würden dann in den Städten verkauft werden und etwas Hübsches einbringen. Wir aber glauben nicht, dass die Volkswirtschaft in einem demokratischen Staatswesen durch gewaltthätige Beglückungstheorien in diese Richtung hinein poussiert werden sollte.

Aber volkswirtschaftlich denken ist nicht jedermanns Sache und der ökonomische Liberalismus versteht es gar nicht: P. Troxler nennt seine Schrift eine nationalökonomische Studie und findet den „direkten Schaden“ des Weidgangs, wie schon bemerkt, darin, dass der „Land-

Digitized by Google

besitzer“ (er meint offenbar das Kloster Disentis) weniger Heu erntet, und dass sein eigenes Vieh weniger Weide findet. Ei, aber das Vieh der kleinen Leute hat das Gras auch nicht vergeblich gefressen, sondern gibt dafür Milch und setzt Fleisch an und die Nationalökonomie hat doch bis heute noch nirgends erklärt, dass bloss das Fleisch und die Milch des Klosterviehes wahres volkswirtschaftliches Fleisch, resp. Milch sei. Bei einer extensiven Wirtschaft, wie sie in jenen Hochgebirgen mit ihren Alpen und Maiensässen, ihrer dünnen Bevölkerung und ihrem strengen Dorfsystem notwendig ist, ist die Beweidung der Thalgüter gar nicht zu entbehren. Der grosse Grundbesitzer würde auch nach Aufhebung des allgemeinen Weidgangs sein Vieh unzweifelhaft auf seinem arrondierten Lande weiden lassen. Was sollte aber der Durchschnittsbauer anfangen? Seine Parzellen liegen, eben infolge des durchaus herrschenden Dorfsystems, weithin durch das ganze Gemeindegebiet zerstreut und die einzelnen sind oft so klein, dass man zehn Hirten anstellen müsste, um drei Ziegen zu hüten. Denn mit ein paar Sprüngen wären diese überall schon in fremdem Eigentum. Welche Oekonomie! und wie viele allerliebste Prozesse für die Advokaten, die heute in jenen Gegenden so wenig verdienen! Man müsste also die Beweidung entweder ganz aufgeben oder man muss das Vieh über alle Felder frei laufen lassen. Von der letzteren Alternative bis zum allgemeinen Weidgang ist aber nur ein Schritt und ein socialpolitisch sehr gerechtfertigter Schritt. Grossvieh kann doch Jeder nur so viel auf die Weide schicken, als er mit dem auf eigenem Boden erzeugten Futter überwintern kann. Nach einem anderen Prinzip könnte man nun in Bezug auf das Grossvieh auch beim absolutesten Eigentum die Weide nicht beschicken, wenn sie überhaupt stattfinden soll. Es handelt sich also wesentlich nur um das Kleinvieh. Die Folge des Weidgangs ist, dass ärmere Leute etwas Kleinvieh oder etwas mehr Kleinvieh als sonst halten können, und das erhält sie.

Natürlich werden die Bauern im Vorderrheinland nicht reich, aber wo in Europa werden sie es? Und wenn sie, was man nicht mehr von allen Bauern in Europa sagen kann, eine kräftige, körperlich und geistig frische Rasse sind, und wenn sie in ihrem Besitz und Zustand durch ihren glücklich geretteten Rest von Agrarkommunismus sicherer erhalten werden und darin erhalten werden wollen — so lasst ihnen ihr Teil, lasst ihnen ihre Einrichtungen, sollten Euch dieselben auch noch so mittelalterlich vorkommen.

Digitized by Google

Eine bestehende Organisation, welche durch ihr vielhundertjähriges Wirken einen sehr kräftigen Gemeingeist schuf und die Befähigung zu gemeinsamem Handeln und Wirtschaften in hohem Masse entwickelte — wie die Alpgenossenschaften beweisen — eine solche Organisation zu verbessern ist viel leichter, als aus den manchesterlich zersprengten Gesellschaftsatomen eine neue zu schaffen, d. h. ein wahrer socialökonomischer Fortschritt ist dort viel eher zu bewerkstelligen als in den Gebieten des absoluten Grundeigentums und mit Recht rief Dr. Decurtins am 3. April den hohen Bundesbehörden zu: „Ich möchte Sie warnen, in jetziger Zeit, wo Alles mehr oder weniger in Socialismus macht, einer längst überwundenen Manchestertheorie zu folgen, indem sie ein Stück gesunden Agrarsocialismus dem Interesse einiger wenigen Grossgrundbesitzer im Gegensatz zu dem so deutlich ausgesprochenen Willen des betroffenen Volkes opfern." Wollt Ihr dergleichen nicht, so werdet Ihr mit der Zeit eine andere Sorte Socialismus haben, welche mit dem Privateigentum weniger Umstände macht und an die Stelle des allgemeinen Weidgangs das allgemeine Eigentum setzt. Und seid überzeugt, ein bäuerliches Proletariat wird viel schneller und gründlicher brutalisiert, als ein industrielles.

Man wird uns wohl nicht vorwerfen, dass wir der gesamten europäischen Landwirtschaft den allgemeinen Weidgang als Heilmittel ihrer Schäden vorschlagen. Wir sind am wenigsten geneigt, die Relativität aller menschlichen Einrichtungen zu bezweifeln. Gerade darum verteidigen wir den Weidgang für Graubünden und kämpfen gegen diejenigen, die da meinen, die ganze Welt solle nach einem und noch dazu sehr simplen Rezept beglückt werden, selbst gegen ihren Willen. Was wir im Allgemeinen behaupten, ist nur dies: der Fortschritt, dessen wir bedürfen, liegt nicht in der Richtung der Desorganisation, sondern der Organisation, nicht in der Richtung der Atomisierung, sondern der Vereinigung.

Digitized by Google

Digitized by Google

Die deutsche Land-Liga.

(1887.)

Ein Komitee von sieben Mitgliedern erliess am 4. Juli 1886 von Berlin aus einen Aufruf zum Anschluss an eine Vereinigung deutscher Männer, welche auf friedlichem Wege die Umgestaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung anstrebt.

Diese Vereinigung will „die ehrliche Arbeit aus der Abhängigkeit vom Kapitalismus befreien“ und verlangt zu diesem Zwecke zunächst, dass das ausschliessliche Recht der Beleihung von Grund und Boden auf das Reich übertragen werde. Dadurch soll auf gesetzlichem Wege die allmäliche Ueberführung des privaten Grundeigentums in Staatseigentum angebahnt werden. Die Vereinigung führt den Namen Land-Liga und ist also nichts anderes, als die Partei der Bodenverstaatlichung in Deutschland und zwar, nach ihren eigenen Satzungen zu schliessen, eine parteilose Partei. Denn sie wird in Artikel I. definiert als „parteilose Vereinigung“ zur Durchführung des obbezeichneten Zweckes.

Einen politischen Charakter soll sie gar nicht haben; der Aufruf versichert uns, dass sich die Land-Liga von allen politischen Bestrebungen fernhalte, jedoch die Worte „für Kaiser und Reich!“ auf ihrem Banner führe. Diese Devise hat mithin in den Augen der betreffenden Herren keinen politischen Charakter, soll dieselben aber offenbar ebenso wie die Versicherung, sich von aller Politik fernzuhalten, als wohlgesinnte, brave, unschuldige Leute legitimieren. Und das sind sie denn auch in der That. Die ökonomische Maske, unter der sie auftreten, sieht allerdings — wenigstens für naive

Digitized by Google

Leute — sehr radikal aus. Was sie aber in Wirklichkeit erstreben, läuft, vielleicht ihnen selbst unbewusst, ganz auf dasselbe hinaus, was auch Fürst Bismarck und die deutschen Konservativen wollen: staatliche Hilfe für den „notleidenden" Grundbesitz. Man stelle sich nur einmal die wirkliche Sachlage vor! Politisch bleibt alles beim Alten, d. h. die Regierung ist mächtig genug, sich im Reichstag eine konservative Mehrheit zu schaffen, die ihr alles gewährt, was sie wünscht. Und nun soll dieser Staat, d. h. diese allmächtige Regierung das ausschliessliche Recht erhalten, auf Hypotheken Geld auszuleihen und zwar, wie das Haupt der Land-Liga gelegentlich verfügt — „bis zur vollen Höhe der kapitalisierten Grundzinsen", unter welchem Ausdruck wahrscheinlich so etwas wie die Pachtrente oder vielleicht gar der Reinertrag im Sinn der Grundsteuerkataster zu verstehen ist. Die Darlehen „dürfen nie wieder abgelöst werden", sagt die Liga. Zu deutsch heisst das doch wohl: sie dürfen nie gekündigt werden. Also: die Grundbesitzer können viel höhere Schulden machen, als heutzutage, sie können nie durch Rückforderung belästigt werden und zahlen — welchen Zinsfuss? Das bestimmt die konservative Regierung oder ein agrarisch gesinnter Reichstag. Beide werden gewiss sehr wohlwollend verfahren, und wenn für den Staat bei diesem Geschäfte ein Defizit entstehen sollte, nun so sind ja die Steuern da, um es zu decken. Gar nicht abzusehen ist, wie auf diesem Wege der Grundbesitz jemals verstaatlicht werden soll. Der Fall, wo der Staat die Grundbesitzer exequieren und sich ihres Eigentums bemächtigen könnte, wäre etwa der: es träten schlechte Zeiten ein, wo die armen Rittergutsbesitzer und Landjunker nicht zugleich ihre Hypothekenzinsen bezahlen und dennoch als noble Herren leben könnten. Was wird aber da dieser „Staat" als Gläubiger thun, wenn keine politische Veränderung eingetreten ist? Er kann doch unmöglich den grundbesitzenden Adel ruinieren, diese festen Stützen des Trones, diese Säulen des Königtums. Fragt nur Herrn Professor Schmoller, ob er das kann?

Der Professor und Andere sagen Euch, dass dieser preussische Adel sich seit Jahrhunderten auf allen Schlachtfeldern für das Königtum hat totschiessen lassen, was bekanntlich bei anderen Bevölkerungsklassen nicht der Fall war, denn die preussische Armee bestand, wie jedermann weiss, stets nur aus Offizieren und zwar aus adeligen. In einem solchen Falle wird also ganz einfach die Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches für die Schuldzinsen der Herren Barone und

Digitized by Google

Ritter aufzukommen haben. Diese Herren wären hiernach die einzigen Vertreter der „ehrlichen Arbeit", welche durch die Massregel der Land-Liga aus der Abhängigkeit vom Kapitalismus wirklich befreit würden.

Aber nehmen wir einmal an, der Boden würde in der That verstaatlicht: was sollte das den unteren Klassen helfen, sofern alles Uebrige bliebe wie es ist? Und letzteres wollen die Land-Liguisten. Sie verlangen, dass der Staat alles Land verpachte. Aber wer soll es pachten? Vielleicht die armen Teufel, die nichts besitzen, als ihre Gliedmassen? Ei, das würde eine schöne Wirtschaft abgeben — lauter Zwergbetriebe, etwa mit Spatenkultur und als Viehstand eine meckernde Geiss! Zur Landwirtschaft, wenn sie mit Erfolg betrieben werden soll, gehört heutzutage Kapital und zwar hübsch viel Kapital. Als Staatspächter würden also entweder nur besitzende Leute auftreten oder der Staat müsste auf eine angemessene Pachtrente verzichten und auf diesem Wege — was denn erreichen? Eine armselige unproduktive Landwirtschaft, eingeführt von Staatswegen und auf allgemeine Unkosten. Denn kapitalloser Betrieb ist armseliger Betrieb, und wenn der Staat, der das private Landeigentum nach Absicht der Liguisten entgeltlich abzulösen hat, für die Ablösungssumme Zinsen zahlen soll, so müssen diese Zinsen entweder von den Pächtern oder — wenn diese zu geringe Pachtgelder zahlen — von der ganzen Bevölkerung aufgebracht werden.

Die Lehre, wornach durch Verstaatlichung des Bodens die sociale Frage gelöst werden soll, stammt bekanntlich von dem Kalifornier Henry George.

Sie ist nichts weiter, als ein kolossales Missverständnis fundamentaler ökonomischer Wahrheiten. Die Warenproduktion, also die Geldwirtschaft, also der Privatbetrieb ökonomischer Geschäfte bestimmen die wirtschaftliche Position des Arbeiters, schaffen den Lohnarbeiter als eine besondere Klasse der Bevölkerung. Geldwirtschaft und sogar freie Konkurrenz aufrechterhalten und dennoch die sociale Frage lösen wollen — das ist die Republik mit dem König an der Spitze, das ist die Gedankenfreiheit mit einem unfehlbaren Papste, ist ökonomischer Nonsens. Was wäre denn geschehen, wenn George's Idee ausgeführt würde? Der Staat bezöge die Grundrente, die heutzutage grösstenteils von Privaten bezogen wird. Und auch das nur, wenn nach dem Plane des Kaliforniers der Boden den Eigentümern ohne Entschädigung abgenommen würde und die Regierung bei der

Digitized by Google

Verpachtung der Grundstücke rein nach ökonomischen Prinzipien vorginge. Würde der Staat, wie es die Land-Liguisten verlangen, den Boden ablösen, was würde denn dann in Deutschland geschehen? Die gegenwärtigen Grundbesitzer bekämen einige hundert Millionen Mark geschenkt. Denn darauf kann man sich wohl verlassen, dass die konservative Regierung, die den Landjunkern hohe Getreidezölle und das Branntweinsteuergesetz bewilligt hat, zu sehr schönen Preisen ablösen würde. Bei einer Ablösung nach dem wirklichen Wert würden auch 90 % derselben bankerott sein.

Was würde also H. George erreichen? Vielleicht dass man keine Steuern mehr zu erheben brauchte. Das würde aber auf die Dauer keineswegs den Armen zu Gute kommen, sondern den Kapitalisten und Unternehmern. Ginge es nach dem Willen der Liguisten, so müssten die Steuern erhöht werden und die Grundrente bezöge der Staat in Form von Pachtgeldern nur, um sie sofort in Form von Schuldzinsen wieder hinauszuzahlen.

Sagen doch die Land-Liguisten selbst, dass heutzutage Gläubiger die Grundrente beziehen. Warum sollte dies dann anders sein, wenn der Staat alleiniger Grundeigentümer wäre? Er könnte ja nicht einmal eine Anzahlung aus eigenem Vermögen machen, was heutzutage doch jeder Privatmann thut, der ein Grundstück kauft und kein blosser Schwindler ist.

In keinem Fall ist abzusehen, was für die arbeitenden Klassen dabei abfallen soll, wenn im Uebrigen unsere Volkswirtschaft in den alten Geleisen bleibt.

Fast alle Welt ist heutzutage davon überzeugt, dass nicht bloss der Besitz, sondern auch der Betrieb von Eisenbahnen Staatssache sei. Aber wie töricht wäre es, zu behaupten, dass der staatliche Besitz und Betrieb der Eisenbahnen die Zustände der Lohnarbeiter wesentlich verbessere oder gar die sociale Frage löse? Was sollte der blosse Staatsbesitz des Bodens ohne Staatsbetrieb der Landwirtschaft in dieser Hinsicht mehr leisten? Den grossen Grundbesitzern in Deutschland ist infolge der ausländischen Konkurrenz etwas schwül geworden und nun soll ihnen der Staat irgendwie helfen, ja er soll sie womöglich positiv bereichern. Dies anstreben heisst Agrarier sein, und wenn die Land-Liguisten etwa ein anderes Ziel vor Augen haben, so leben sie in einem grossen Irrtum; thatsächlich besorgen sie die Geschäfte der Agrarier. Ob sie grosse Erfolge erzielen werden, ist freilich sehr fraglich. Mit „Namen, Titeln, und Ehren prunken“,

Digitized by Google

kann das Komite, welches den Aufruf zur Betheiligung erlassen, nach seinen eigenen Worten allerdings nicht.

Merkwürdiger Weise hat dasselbe keinen wirklichen, sondern nur einen Ehrenpräsidenten, nämlich Dr. A. Theodor Stamm (Wiesbaden) und es hat fast den Anschein, als ob die ganze Land-Liga eigentlich nichts anderes wäre, als ein Stammverein mit dem Zwecke, den Ruhm des Herrn Dr. Stamm zu erhöhen. Denn dass der Verein keinen eigentlichen Präsidenten hat, kommt offenbar daher, dass die wirklich thätigen Komite-Mitglieder in Berlin residieren müssen, während Stamm in Wiesbaden wohnt. Damit er aber sichtbarlich der höchste der Götter bleibe, führt der eigentliche Präsident, d. h. diejenige Persönlichkeit, der nach Artikel III der Statuten „die Vertretung der Vereinigung obliegt", bloss den Titel: „Geschäftsführer". Noch deutlicher spricht für unsere Behauptung der letzte Artikel der Statuten, wornach im Fall einer Auflösung des Vereins das Vermögen desselben dem derzeitigen Ehrenpräsidenten zur weiteren Verfolgung des von der „Vereinigung" angestrebten Zieles zufallen soll. Das heisst doch wohl soviel als: wenn auch der Verein in kurzer Zeit in die Brüche gehen sollte, so bleibt doch immer die Hauptsache, nämlich Herr Stamm, übrig und da der Verein nur Stamm'sche Ideen auszuführen hatte, so führt jetzt Stamm mit den Mitteln des ehemaligen Vereines seine Ideen ganz nach Gutdünken selbst aus. Und er ist der Mann dazu, wie wir gleich sehen werden. Die Land-Liga gibt eine „Streit-Schriften-Sammlung" heraus, von der, so viel ich weiss, bis jetzt drei Heftchen erschienen sind. Das erste hat zum Verfasser den Herrn Dr. Stamm und führt den Titel: „Des Adam Smith und seiner Schüler Hauptirrlehre". Die Brochüre umfasst zwar nur elf sehr mässige Druckseiten, zeigt uns aber dennoch die ganze Grösse und Bedeutung dieses eigentümlichen Genies. Wenn wirklich nur die Lumpe bescheiden sind, so lässt sich Eines bestimmt behaupten: ein Lump ist Stamm sicher nicht.

Auf der ersten Seite sagt er uns, dass Adam Smith sammt Anhang, sowie Marx und Lassalle sich sehr im Irrtum befanden. Auf der zweiten Seite erfahren wir zu unserer hohen Befriedigung und zugleich tiefen Beschämung, dass ein gewisser Dr. Stamm bereits 1870 die ganze Wahrheit erkannt und in seinem unsterblichen Werke „die Erlösung der darbenden Menschheit" ausgesprochen habe und dass deshalb diejenigen, die heute noch im Finstern wandeln und nicht nach Stamm's Rezept die sociale Frage lösen, eine „schwere

Digitized by Google

Schuld“ auf sich laden. Er hat also das Mittel zur „Elendsabhilfe“ gefunden und es braucht nun nichts weiter, als dass seine Ideen (oder vielmehr seine Idee, denn er besitzt nur Ein Stück von dieser Sorte, nämlich die Idee der Bodenverstaatlichung) von den „Majoritäten der Fachgelehrten, Künstler, Fabrikanten“ u. s. w., welche „anfänglich immer Gegner der neu entdeckten Errungenschaften“ sind, angenommen werden. Es werde dann ähnlich gehen, wie mit dem Weltpostverein, der jetzt schon „All-Vorteile“ biete, die wir früher nicht für möglich hielten, nur dass Stamm's Idee eine viel grössere „All-Wohlthätigkeit“ leistet und viel mehr „All-Nützliches mitfördert“, als der Weltpostverein. Doch muss selbstverständlich der Staat sie akzeptieren, da die Menschheit durch die „rücksichtslose Selbstvorteils-Erstrebung“, wie A. Smith sie lehrte, zu sehr auf den Holzweg geraten ist. Mit den „selbstgierigen Demonstrationen“ des Individualismus ist es also natürlich nichts, denn wenn man diesen glauben wollte, wäre ja der „Elends-Wirkung“ gar nicht abzuhelfen. Diese dumme individualistische Schule begreift eben gar nichts, nicht einmal die „Natur-Geistigkeit“. Sie steckt viel zu tief im „Ichbestialismus“, den wir Menschen als „Körpergeister“ um jeden Preis überwinden müssen, wenn wir die Zufriedenheit des Herrn Stamm gewinnen wollen. Wir müssen uns ganz notwendig „entthieren“ und die „All-Vorteile“ erstreben, sonst „überwuchern“ die Flöhe, Läuse, Wanzen u. s. w., kurz das „Ungeziefer“ und allerhand andere sehr böse Dinge. Denn die „versumpften, fieberduftigen, verwüsteten und verödeten Gegenden des Orientes brüllen uns entgegen“, dass „Uebervorteilungs-Pfiffigkeit, Selbstgier-Triumphiererei, Despotismus und Fanatismus keine Klugheit sind“. — Es ist merkwürdig und gewissermassen erfreulich, dass diese armseligen Gegenden doch noch die Kraft haben, so fürchterlich zu brüllen.

Was nicht sein „Thiertum“ einschränkt, muss „naturgesetzfest“ zu Grunde gehen. Der Beweis dafür ist vorhanden. Denn die „einstigen kräftigsten, aber selbstgierigsten und vielverschlingendsten thierischen Organismen“ sind alle zu Grunde gegangen; die Natur selbst hat sie „ausgetilgt“, weil diese Bestien nicht schlau genug waren, ihr Tiertum ein wenig einzuschränken. — Aber was können sie am Ende dafür? Damals war das Buch von Stamm noch nicht erschienen, und selbst wenn — wer weiss, ob sie es gelesen hätten?

Die Menschen, als „die vollkommensten der irdischen Denkkörper“, arbeiten sich nach und nach aus dem Tiertum empor, doch das geht

Digitized by Google

natürlich sehr langsam, wenn sie nicht Stamm's Idee ausführen, welche für unsere Zeit wichtiger ist, als „die Entdeckung des Galilei und die Luther'sche Reform". Kurz und gut: „Die Privat-Verhandelei der All-Mitgabe", nämlich des Bodens, muss aufhören, dann wird ganz von selbst kommen, was wir brauchen, nämlich die „Erd-Verrechtigung und Veredlungs-Bethätigung" und dann ist alles in Ordnung. Wenn aber ein Staat nicht die „Erdzins-Kommunalisierung" erstrebt, dann wehe ihm! Dann wird — es ist entsetzlich! — „sein sittliches Leben — als sittliche Leiche — verrotten! "

Man sieht, dass hier endlich wieder einmal der rechte Mann am rechten Platze steht. Mit einem solchen Ehrenpräsidenten an der Spitze könnte am Ende jede, selbst die parteiloseste Partei die Welt erobern.

Digitized by Google

Digitized by Google

Der Wucher und die Bauern in Deutschland.*)

(1888.)

Der Wucher ist keineswegs eine spezifische Erscheinung des modernen Wirtschafslebens. In den eigentlichen Gebieten des letzteren herrscht durchaus der Marktpreis und der normale Gewinn. Auf die persönlichen und wirtschaftlichen Qualitäten der besonderen Kontrahenten kommt es nicht an, sie stehen in der Regel beide unter dem Druck der gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse, welche den Preis jeder Ware und jeder Leistung in jedem Moment für ein ungeheures Gebiet bestimmen. Besonders in der Domäne des grossen Verkehrs haben, wie Fr. Engels, der in diesem Punkte gewiss ein unverfäng-

*) Die hier besprochene Enquête des Vereins für Socialpolitik wurde von verschiedenen Schriftstellern auf das Heftigste angegriffen, handgreiflich bloss deshalb, weil darin die Juden in erster Linie als Wucherer erscheinen. Als ob das etwas Neues wäre! als ob man das nicht schon seit tausend und mehr Jahren gewusst hätte! Auch der Verfasser dieses Aufsatzes kam gelegentlich schlimm weg und wurde des Antisemitismus beschuldigt. Er tröstet sich damit, dass ausgezeichnete Freunde, die er unter den Juden hat, ihm ihren vollen Beifall spendeten. Auch weiss wohl Jeder, der ihn und seine Schriften kennt, dass er statt Juden an jeder Stelle ebenso bestimmt und deutlich Professoren, Superintendenten, Geheimräte, ja sogar Garde-Lieutenants gesetzt hätte, wenn diese Menschensorten in Deutschland nach den Angaben der Enquête hauptsächlich den Wucher betrieben hätten. Dass aber die Berichte dieser Enquête, soweit sie in dem vorliegenden Aufsatz benützt und anerkannt sind, das typisch Richtige nicht getroffen hätten, das wird Niemand dem, der den „Wucher in der Bukowina" gründlich und aktenmässig studiert hat, weiss machen. (1894)

Digitized by Google

licher Zeuge ist, neuerdings (im Appendix zu Frau Florence Kelley's englischer Uebersetzung seiner „Lage der arbeitenden Klassen in England") bemerkt hat, die niedrigen Behelfe des Prellens, die kleinen Kniffe und Ausflüchte keinen Platz mehr, weil sie nicht rentieren. Aber auch im Kleinverkehr hochentwickelter Länder und Gegenden herrscht immer mehr der „fixe", d. h. für alle gleiche Preis und Zinsfuss.

Jede Ware entwickelt ihren Markt, und wem dieser zugänglich, der nimmt auch am Marktpreise teil.

Je weiter wir uns nach rückwärts zu umsehen, je weniger Warenproduktion und Verkehr stattfindet, ein desto individuelleres Gepräge erhält jeder Verkehrsakt. Die besondere Beschaffenheit desselben, die persönlichen Eigenschaften der Kontrahenten, ihre speziellen Beziehungen zu einander, ihre eigentümliche wirtschaftliche Lage treten bestimmend hervor und der Preis wird individuell, wie seine Faktoren.

Sehen wir mitten in unserer Volkswirtschaft einzelne Individuen für irgend etwas Preise zahlen, die den üblichen Marktpreis weit überschreiten, so liegt darin der Beweis, dass eben einzelnen der Markt doch nicht zugänglich ist, aus irgend einem Grunde. Und wenn der Markt mit seinen gleichmässigen Preisen die rechte Signatur der modernen Volkswirtschaft ist, so liegt in solchen Verhältnissen offenbar etwas Unmodernes, aus niedrigeren Wirtschaftsstufen Herstammendes. Und als solches müssen wir auch den Wucher bezeichnen. Der Bewucherte hat irgend ein wirtschaftliches Bedürfnis, das er auf keinem offenen Markte befriedigen kann, mit dem er auf einzelne Menschen angewiesen ist, die seine ungünstige Position schonungslos ausnutzen. Zum Wucher gehört allemal ein Wucherer! Sonst kann jeder Verkehrsakt individuell gefärbt sein, wie er will, von Wucher ist doch nicht die Rede.

Ich möchte nun zwei Arten von Wucherern unterscheiden. Zur ersten gehören diejenigen, die den Kunden abwarten und mit ihm ein einzelnes Geschäft abschliessen, aus dem sie übermässigen Gewinn ziehen, das aber nach ihrer Intention je für sich liquidiert werden soll. Wer einem andern auf ein halbes Jahr 100 fl. leiht gegen 50% Zins und nichts weiter wünscht, als dass Kapital und Zins zur rechten Zeit bezahlt werden, der gehört hieher. Wucherer dieser Art finden sich wohl zu allen Zeiten, in allen Ländern und Gesellschaftsklassen. Ihre Kunden sind gewöhnlich Menschen, die einen

Digitized by Google

ordentlichen Kredit gar nicht haben und bei denen der Wucherer im einzelnen Fall immer Gefahr läuft, wenn auch sein Gewinn im Ganzen ein erheblicher ist. In der Regel liegt hier ein Bedürfnis vor, für das es einen Markt nie geben kann und wird und diese Art von Wucher ist daher von keinem grossen Belang.

Die andere aber wartet ihre Opfer nicht ab, sondern sucht sie mit aller Umsicht und geschäftsmässigstem Eifer aus und will keineswegs einzelne profitable Geschäfte mit ihnen machen, sondern ihr ganzes Hab und Gut einstecken, sie ökonomisch erwürgen.

Um diese, viel verderblichere Art von Wucher handelt es sich wesentlich, ja fast ausschliesslich, in den vom Verein für Socialpolitik veröffentlichten Berichten und Gutachten über den „Wucher auf dem Lande", worunter eigentlich die Bewucherung der Bauern verstanden ist.

Der Wucherer nähert sich seinem ausgesuchten Opfer mit aller möglichen Vorsicht, um es nicht zu erschrecken und drängt ihm oft irgend ein Geschäft geradezu auf. Dies mag sogar sehr harmlos und von einem übermässigen Gewinn dabei keine Rede sein. Denn darum handelt es sich zunächst gar nicht, der Zweck ist bloss, irgendwie eine wirtschaftliche Verbindung einzufädeln. Die Erledigung dieses Geschäftes muss daher auf alle Weise verhindert, der andere Kontrahent vielmehr dahin gebracht werden, immer neue Geschäfte mit seinem Verderber zu schliessen und zwar immer nachteiligere, man muss ihn mitten in der Welt des Verkehrs immer mehr isolieren, bis ihm keinerlei Art von Markt weder als Nachfragendem noch Anbietendem zugänglich bleibt, so dass der Wucherer allein die gesamte Nachfrage nach den Produkten des Opfers und das gesamte Angebot für dessen Bedarf jeglicher Art darstellt.

Ueberall, wo es diese schlimmste Art des Wuchers gibt, ist der Verlauf der Geschäfte ein ganz typisch-gleichmässiger, traditioneller, es ist Rasse im Geschäft und der Geschäftsmann ist ein Jude. Es gibt einzelne Berichterstatter, die das nicht offen und deutlich heraussagen, oder, wahrscheinlich um nicht für Antisemiten gehalten zu werden, eifrigst versichern, dass manchmal auch andere Menschen als Wucherer auftreten. Aber wenn sie konkrete Beispiele zu bringen genötigt sind, so können sie die Rasse des Wucherers nicht mehr verleugnen, es ist allemal ein Jude. Wenn auf diesem Gebiete irgend etwas mit Sicherheit behauptet werden kann, so ist es unzweifelhaft dies, dass diese zweite Art des Wuchers in Deutschland entschieden

Digitized by Google

jüdischen Ursprungs ist, selbst wenn ein einzelner Wucherer von anderer Rasse in gleicher Weise hantieren sollte. In diesem Fall hat er das Geschäft von dem Juden gelernt. In keiner Gegend Deutschlands oder Oesterreichs oder der Schweiz, wo sehr wenig oder gar keine Juden sind, kommt ein derartiger Wucher vor. Und wo er vorkommt, ist er so gleichartig in seinem Verlauf, dass man aus dem einzelnen Wucherfall mit grösstmöglicher Sicherheit schliessen kann: in dieser Gegend muss eine grössere Anzahl Juden wohnen und zwar Juden von ganz bestimmter Art. Es sind nämlich die an Bildung niedrig stehenden strenggläubigen Juden, die sich in ihrem Innern keineswegs zu dem Volke rechnen, unter dem sie leben, sondern als das heilige, auserwählte Volk betrachten, dem die anderen Völker, über die sie zu herrschen berufen sind, bloss als Mittel zum Zweck, als untergeordnete Rasse gegenüberstehen. Das schliesst keineswegs aus, dass z. B. der deutsche Jude dem Ausland gegenüber fest und treu zum Deutschen Reiche hält, sofern nicht Interessen seines Stammes und Glaubens in Frage kommen. Aber er wird sich doch meist dem ausländischen Juden viel näher verwandt fühlen, als seinem germanischen Mitbürger. Sowie der Jude seine Orthodoxie aufgibt, löst er sich auch mehr oder weniger von seiner Rasse los und unter den höher gebildeten gibt es unzweifelhaft eine Menge, die sich in Deutschland in erster Linie als Deutsche fühlen, und nur nebenbei als Juden. Dies muss man festhalten, um diesen spezifischen Wucher zu verstehen. Er ist historisch geworden, wie Jeder weiss, aber deshalb ist er nicht weniger Thatsache. Der echte jüdische Wucherer haust wie ein Feind in fremdem Lande, ist dabei persönlich von seinen Glaubensgenossen bestens unterstützt und stört seinerseits dieselben nicht in ihrem Werke, wie es die zitierten Berichte nachweisen (8. B. S. 102, 125 u. s. w.).

Zum Beweis, dass wesentlich nur die Juden wuchern, dienen folgende Angaben aus dem zitierten Buche, die wir meist wörtlich herausnehmen. Eine 1779 erschienene Schrift erklärt als Urheber des Wuchers im Elsass die Juden (S. 1), welche sich im Laufe eines Jahrhunderts auf das Dreissigfache vermehrten (S. 2). Ende der 60er Jahre dieses Jahrhunderts heisst es, dass „meist Juden“ den Wucher betreiben (S. 6). „Das Kreditgeschäft ist fast ausschliesslich in israelitischen Händen, ohne deren Vermittlung kaum das geringste Tausch- und Kaufgeschäft abgemacht werden kann“ (S. 8), sagt der neueste Bericht mit Bezug auf Lothringen, speziell auf Saar-

Digitized by Google

gemünd, welches der am wenigsten wohlhabende Kreis des Landes ist.

Im Grossherzogtum Baden wird von verschiedenen Gewährsmännern „der gewerbsmässige Wucher mit dem Betrieb von Handelsgeschäften israelitischer Geld- und Viehhändler gewissermassen identifiziert". Der vorsichtige Berichterstatter bemerkt hiergegen, „dass auch Angehörige der christlichen Religion es unter Umständen nicht verschmähen, unerlaubte Gewinne einzuheimsen oder aus der Unerfahrenheit oder Notlage ihrer Mitbürger unlautere Vorteile zu ziehen". „Manche scheinen mit den gewohnheitsmässigen Wucherern unter einer Decke zu stecken und die Zutreiber zu spielen; Andere leihen den Wucherern Geld". Das mag Alles sehr richtig sein und wir sind keineswegs gesonnen zu behaupten, dass nicht auch unter den germanischen und allen möglichen anderen Völkern allerlei Schurkereien der schlimmsten Art vorkommen. Aber das hindert nicht, gerade aus obigen Bemerkungen über die „Christen" den Schluss zu ziehen, dass diese besondere Schurkerei des Wuchers direkt und unmittelbar nur von den Juden betrieben wird, dass niemand dem Juden Opfer zutreiben oder Geld leihen könnte zu Wucherzwecken, wenn nicht der Jude den Wucher betriebe. S. 20 werden dann von demselben Berichterstatter als Angeklagte in zwei Riesen-Wucherprozessen die Herren Salomon Kaufmann und Hirsch Hausmann angeführt.

In Württemberg ist der Wucherer „meist Jude" (S. 54). In Hohenzollern wird der Wucher „ausschliesslich von Juden betrieben" (S. 62). Im Grossherzogtum Hessen treibt die „Judenschaft fast ganz ausschliesslich den Vieh-Warenwucher und in Verbindung und in Verfolg mit diesem den Geldwucher" (S. 74).

Im Bericht über das diesrheinische Baiern werden Wuchererkniffe erzählt (S. 88), wie sie in ganz gleicher Weise nach meiner eigenen Erfahrung von den polnischen Juden der östlichen Länder Oesterreichs praktiziert werden. S. 89 ist ein einzelner besonders schlimmer Fall erzählt, und der Missethäter ist ein Jude. S. 90 wird uns zwar erzählt, dass auch die Christen wuchern. Aber schon auf der folgenden Seite heisst es unter der Rubrik Viehwucher, dass die Lebhaftigkeit eines Viehmarktes wesentlich von der Beteiligung israelitischer Händler abhängig sei, so dass an israelitischen Feiertagen gar nichts zu machen sei. In den fränkischen Provinzen ist von jeher geklagt worden, dass der Viehhandel, der die Hauptgelegen-

Digitized by Google

heit zum Wucher gibt, „sich ausschliesslich in den Händen der Juden befindet“ (S. 92).

In Unterfranken wird der Viehwucher „ausnahmslos von Juden betrieben“ (S. 94). S. 97 kommt wieder die Behauptung, dass nicht bloss Juden, sondern auch „ihre christlichen Adepten“ Landwucher treiben, womit die Ur-Rasse des Wuchers am deutlichsten bezeichnet ist, und die typischen Beispiele auch aus diesem Geschäftszweig zeigen ausschliesslich Juden als Wucherer. Der Warenwucherer ist „meist aus dem Stamme Israel“ (S. 101). Der Hopfenhandel, in welchem furchtbar gewuchert wird, „befindet sich nun vollständig in den Händen der Juden“ (S. 102).

Der Berichterstatter aus der Rheinpfalz spricht das Wort Jude gar nicht aus, er redet nur von „sogenannten Handelsleuten“. Sein Kollege aus dem Grossherzogtum Hessen belehrt uns aber S. 74, dass Handelsmann identisch ist mit Viehjude und Hausierjude. Auch die anderen Berichterstatter sprechen abwechselnd von Juden, Wucherern und Handelsleuten, was alles gleichbedeutend genommen wird. Und wenn uns ebenso S. 125 in Bezug auf das preussische Saargebiet erzählt wird, dass „die Handelsleute in der Kreisstadt oder wenigstens einem Flecken zu mehreren zusammenwohnen“ und dass jeder seinen bestimmten, ziemlich genau abgegrenzten Landstrich hat, den er „vorzugsweise bearbeitet“, so wissen wir nicht nur, dass Handelsmann hier Wucherer bedeutet, sondern auch, dass es jüdischer Wucherer bedeutet, selbst wenn wir die sonstigen unverkennbaren Merkmale des jüdischen Wuchers nicht auf jeder Seite wieder fänden.

In der Umgegend von Trier ist der Viehhandel mit seinem Wuchergewinn „fast ganz in den Händen der Juden“ (S. 155). Bei der Darstellung des Wuchers mit Versteigerungsprotokollen ist als Muster solcher „Handelsleute“ ein Mann namens Rafael Leib mit seinen Thaten angeführt (S. 175 ff.). Das arme Bäuerlein muss beim „jüdischen“ Händler schlechte Ware, z. B. Leder, teuer kaufen u. s. w. (S. 179).

In der Rheinprovinz ist der Wucherer „in den meisten Fällen jüdischer Konfession“ (S. 194). Im Regierungsbezirk Wiesbaden ist er „in den allermeisten Fällen“ ein Jude (S. 216). Der Viehhandel ist nach einem alten Sprichwort ein „Spitzbubenhandel“ und liegt „fast ganz in den Händen der Juden“ (S. 216).

Im Regierungsbezirk Kassel fällt „die wucherische Ausbeutung

Digitized by Google

vorzugsweise den zahlreich vorhandenen jüdischen Handelsleuten zur Last“ (S. 219). Der Viehwucher „befindet sich vollständig in den Händen der Juden“ (S. 221), der Grundstückswucher wird „vorzugsweise und im grossen Umfange von Juden betrieben“ (S. 223) und dem Wucher in Waren ist „bei der grossen Anzahl von Juden im Bezirk — ein sehr ergiebiges Feld geboten“ (S. 224). Im Bericht über die Provinz Westfalen heisst es S. 230, „dass fast immer der Wucher dort häufiger und in grösseren Formen auftritt, wo die Bevölkerung einen grösseren Prozentsatz Juden in ihrer Mitte zählt“ und dass in den meisten Berichten, die dem Referenten zugegangen, „Juden geradęzu als diejenigen bezeichnet werden, die sich der wucherischen Uebervorteilung schuldig gemacht haben“ (S. 231).

Ueber die Provinz Hannover liegen zwei Berichte vor. Der erste sagt nichts von Juden, er konstatiert den Wucher, doch nicht, wer ihn betreibt. Der zweite erklärt schon ganz im Anfang, dass „der Wucher hier zu Lande wesentlich von Juden ausgeübt wird“ (S. 248). Man kann hieraus schliessen, was das Schweigen über die Rasse des Wucherers im Allgemeinen bedeutet.

In Oldenburg kommt Geld- und Kreditwucher nicht häufig vor, aber auch sehr wenig Juden. „Das Bevölkerungselement, welches sich infolge angeborener Neigung (?) ganz besonders mit Pfand- und Leihgeschäften befasst, hat bisher in Oldenburg in grösserer Zahl keinen Boden gefunden“ (S. 253). Nur im Münsterlande gab es bislang hübsch viel Viehwucher, besonders im Bezirk des Amtes Kloppenburg, „wo eine jüdische Firma das Ankaufsgeschäft von Mastvieh fast ausschliesslich in der Hand hatte und jedes Eindringen von Konkurrenten in raffiniertester Weise ferne zu halten wusste“ (S. 253).

In der Provinz Sachsen ist von „Pferdejuden“ und jüdischen Gutausschlächtern die Rede (S. 262 f.). Die Juden treiben „Hauswucher“ und der „Tier- und Warenwucher“ ist so waschecht, dass man sich in der Rasse nicht wohl irren kann.

In Ost- und Süd-Thüringen tritt das Uebel nicht stark auf, wohl aber im westlichen und in der Rhön in höchster Gemeinheit und Schlauheit (S. 267). „Das israelitische Element, welches in Mittel- und Ost-Thüringen fast gar nicht vorkommt, ist gerade in jener Bevölkerung ziemlich stark vertreten“ (S. 272). Doch hat „wohl auch einmal ein Nichtjude sich die Schliche angeeignet“ (ebd.).

In Schleswig-Holstein kommt auf dem Lande fast kein

Digitized by Google

Jude und kein Wucher vor, „jedenfalls so selten, dass das Eingreifen der Gesetzgebung und der Verwaltung nicht erforderlich ist". Einzelne Fälle von Wucher kommen ohne Zweifel vor. „So ist in der letzten Schwurgerichtsperiode ein Jude aus Rendsburg zu vierjährigem Gefängnis verurteilt worden." Doch waren die Opfer meist Beamte, Offiziere und Kaufleute (S. 285). „Der Jude," sagt der Berichterstatter, „findet sich erst da ein, wo der sociale Körper angefangen hat zu kranken" (S. 286) und in Schleswig-Holstein sind die bäuerlichen Verhältnisse „bisher noch recht gesund" (S. 285). In der That machen in diesen Ländern nach der Volkszählung die Juden nur 3 pro Mille der Bevölkerung aus, während sie in Preussen im ganzen $1\,^1/_3\,\%$ betragen.

Der Berichterstatter der Provinz Brandenburg ist der einzige, welcher, im Widerspruch mit allen andern, sich über die Rasse, der die Wucherer meist angehören, nicht recht klar wird. „In manchen Gegenden sind es allerdings hauptsächlich jüdische Handelsleute, ausserdem aber auch, wenngleich weniger zahlreich, christliche Geschäftsleute; in anderen Gegenden aber, wie z. B. in einzelnen Teilen der Priegnitz, sind es, was in den betreffenden Berichten ausdrücklich hervorgehoben wird, seltener Juden, als vielmehr Christen, und zwar besonders ehemalige Landwirte und Gastwirte u. s. w." (S. 291.) Doch auch die Angaben über die Frequenz des Wuchers in der Provinz Brandenburg sind sehr unklar. S. 290 sagt er uns, dass die Bauern mit ihrem häufig auftretenden Geldbedarf „fast ausnahmslos auf Leute angewiesen sind, die das Geldausleihen geschäftsmässig betreiben" und die Darlehen „nur unter sehr schweren Bedingungen gewähren", also offenbar häufig borgen müssen und fast immer von Wucherern; und am Schlusse erklärt er, dass sein Bericht „glücklicherweise ein nur geringes Umsichgreifen des Wuchers auf dem Lande in der Provinz Brandenburg konstatiere" (S. 298). Das Letztere muss wohl das Richtige sein und jedenfalls hat Brandenburg ohne Berlin nur $^1/_2$ Prozent Juden in seiner Bevölkerung.

Im Königreich Sachsen gibt es auf dem Lande keinen Wucher und keinen Juden.

Im Grossherzogtum Mecklenburg gibt es fast keine Bauern, fast keinen Wucher und fast keine Juden, nämlich nur ca. 4 pro Mille der Bevölkerung. In der Provinz Posen, welche über 50,000 Juden zählt (3 Prozent der Bevölkerung), ist der Wucher hoch im Schwang. Dass ihn hier die Juden betreiben, braucht wohl niemanden

Digitized by Google

erst gesagt zu werden. Uebrigens wird S. 310 ausdrücklich konstatiert, dass „mindestens neun Zehnteile sämtlicher wucherischer Handlungen von Juden ausgeführt werden“!!

In der Provinz Schlesien betreiben hauptsächlich die Schankwirte auf dem Lande Wucher „und vorwiegend wieder darunter diejenigen unserer Mitbürger, die mosaischen Glaubens sind“ (S. 327).

In Neu-Vorpommern hat der „wirkliche Wucher“ auf dem Lande noch keine grosse Verbreitung. Was davon vorkommt, wird „vorwiegend von jüdischen Geschäftsleuten betrieben“ (S. 340). Ebenso in Hinterpommern (S. 341). Nur der Waren- und Naturalienwucher ist hier noch im Flor. Pommern hat $^9/_{10}$ Prozent Juden in der Bevölkerung und wenig Bauern. Die Darstellung des Waren-Wuchers zeigt echt jüdische Praktiken (S. 343).

Der Bericht über Westpreussen zählt ungefähr 34 Zeilen und beginnt mit den Worten: „Ich hatte von vorneherein die Ansicht, dass in hiesiger Gegend der Wucher auf dem Lande keine Stätte mehr habe“ und diese Ansicht habe sich denn auch als die richtige herausgestellt. Mir schien sie etwas auffällig, da die Provinz Westpreussen einen ziemlich ausgedehnten bäuerlichen — freilich keinen zwerghaften — Besitz und dazu eine sehr bedeutende jüdische Bevölkerung aufweist, nämlich 1.7% nach der letzten Volkszählung. Ich zog daher die Berichte über die „Bäuerlichen Zustände in Deutschland“ zu Rate. Der Bericht über Westpreussen umfasst 26 Seiten.

Darnach ist in den westpreussischen Niederungen und Werdern — die zum Reg.-Bez. Danzig gehören, der nach der Volkszählung von 1880, die die Konfessionsverhältnisse der einzelnen Reg.-Bezirke angibt, 1·1 Prozent Juden enthält — die hypothekarische Verschuldung sehr gross und auch Wechselschulden kommen häufig vor. Darleiher bei letzteren ist der Kaufmann, der dem Landwirt das Getreide abnimmt. Ob hier Wucher stattfindet, ist nicht bemerkt.

In den westpreussischen Höhendistrikten — der Reg.-Bezirk Marienwerder zählte 1880 2·4 Prozent Juden — hat die Hypothekarverschuldung seit den 70er Jahren bedenklich zugenommen. Die Verschuldung beginnt eigentlich mit der Aufhebung der Wuchergesetze und nimmt nach 1870 rapid zu, „als das Kapital den Bedürftigen suchte und der Wucherer dem Landmann sein Geld zu Bauten und Meliorationen aufdrang, die nie oder selten ausgeführt wurden“ (S. 241, 2. Bd.). „Wo die Restkaufgelder die Grundschulden noch nicht

Digitized by Google

abschliessen, da thun dies meist noch die eingetragenen Forderungen semitischer Geschäftsleute, welche, in der Provinz Westpreussen ausserordentlich stark verbreitet, nicht mit Unrecht für das Grundübel des bäuerlichen Standes gehalten werden." Ein Fortschritt gegen früher liegt in der Benützung der städtischen Sparkassen und Vorschussvereine seitens der Bauern. „Wird hierdurch doch sehr unsauberen Geldvermittlungen das Handwerk gelegt!" Findet der Bauer bei den Banken keinen Kredit mehr, „so kontrahiert er bei den allezeit bereiten jüdischen Handelsleuten Wechselschulden. Es gehört nicht zu den Seltenheiten, dass das Wuchergesetz umgangen wird durch Kauf resp. Verkauf von Getreide 10 bis 20% unter dem Marktpreise" (S. 242).

Es werden sodann die Verhältnisse einer einzelnen Gemeinde dargestellt. 8 Grundstücke, und zwar die grössten, wurden in den letzten Jahren sub hasta oder kurz vor der Subhastation verkauft. „Wechselverbindlichkeiten, die nicht eingelöst wurden, Schulden, die sich angehäuft hatten, nicht gezahlte Zinsen gaben zuletzt den tödtlichen Stoss. Gläubiger waren gewöhnlich, vielleicht in allen Fällen Juden. Bei solchen Geschäftsleuten sucht der Bauer in Geldverlegenheiten Hilfe und findet sie auch, so lange er dem Darleiher Sicherheit zu bieten scheint. Schwindet diese, so ist dann der Prozess ein kurzer. Das Grundstück wird in Subhastation vom Gläubiger erstanden, gegen geringe Anzahlung mit Profit an einen andern verkauft und so fort in infinitum. Mit Vorliebe wird es dem Käufer überlassen, der noch ein anderes Besitztum hat. Dieser braucht so gut wie gar keine Anzahlung zu leisten, muss aber mit dem bisherigen Besitz Kaution für den neuen leisten. Damit gehen dann beide verloren, wenn die stipulierten Zahlungstermine nicht eingehalten werden können. Zu solchen Gelddarleihern geht der Bauer deshalb, weil einmal in hiesiger Gegend sämtliche Kaufleute Juden sind und andere Darlehenskassen als die Kreis-Sparkasse und die Berenter Kreditgesellschaft in der Gegend nicht existieren" (S. 251). Dass Herr von Kries-Trantswitz, der in Westpreussen bei aller Mühe, die er sich gegeben, keinen Wucher finden konnte, hiernach etwas kurzsichtig sein muss, steht fest. Die Sachlage scheint die zu sein. Die Bauern in Westpreussen sind häufig Grossbauern und es gibt einen ordentlichen, ihnen zugänglichen Hypothekarkredit. Sie sind zudem meist fleissige, tüchtige Leute, die mit der Zeit fortgeschritten sind

Digitized by Google

und ihren Wirtschaftsbetrieb wesentlich verbessert haben. Aber wo eine Gelegenheit ist, sie mit räuberischer Hand zu packen und von Haus und Hof zu jagen, da ist der wuchernde Jude sofort bereit dazu und die Gelegenheit ist nicht allzu selten. Das Charakteristische des jüdischen Wucherers trifft auch hier vollkommen zu: wer sich mit ihm einlässt, ist regelmässig ein verlorener Mann und aus einem Ruin entsteht wo möglich immer wieder ein neuer. „Um die fällige Steuer oder Rente zahlen zu können, schliesslich um der Exekution zu entgehen, macht der Bauer vielleicht den ersten Schritt zum Juden, mit dem dann die weiteren unglücklichen Folgen gewöhnlich zusammenhängen“ (S. 253).

Ueber Ostpreussen endlich liegen zwei Berichte vor. Der erste bezieht sich auf den Reg.-Bezirk Königsberg (nahezu 1·1 % Juden), ist etwa 26 Zeilen lang und behauptet kurz, dass dort alle Formen des Wuchers vorkommen, dass selbst ordentliche wirtschaftliche Leute durch den Wucher ihr gesamtes Eigentum manchmal verlieren. Der andere betrifft den Reg.-Bezirk Gumbinnen (7 pro Mille Juden) und stellt die Verhältnisse der dortigen Landwirte in ein äusserst günstiges Licht. Von Wucher sei keine Rede.

Wenn wir hiernach entschieden behaupten können: die Wucherer sind Juden, so darf man doch selbstverständlich den Satz nicht einfach umkehren und sagen: die Juden sind Wucherer. Das wäre ebenso abgeschmackt, wie es falsch und heuchlerisch ist, den spezifisch jüdischen Charakter unserer zweiten Art des Wuchers zu leugnen. Natürlich macht der Jude allein noch nicht den Wucher: die Verhältnisse müssen ihm entgegenkommen. Aber wenn unter gleich ungünstigen Verhältnissen in dem einen Land keine, im anderen sehr viele ungebildete, orthodoxe Juden leben, so wird im ersteren kein Wucher vorhanden sein, im letzteren wird er blühen.

In Tirol z. B. gibt es fast nur kleine und kleinste Bauern, die zumeist mit Grundschulden sehr schwer belastet sind und eine recht notdürftige Wirtschaft führen. In vielen Gegenden kann nicht jeder Zwanzigste von ihnen ein Pferd halten. Aber es gibt keine Juden auf dem Lande und keinen Wucher.

In der Schweiz gibt es ebenfalls viele Kleinbauern, die sich mit Mühe und Not durchschlagen, aber keinen Wucher und keine Juden auf dem Lande. Die Juden machen nach der letzten Volkszählung 2·6 pro Mille der Gesamtbevölkerung aus und wohnen grösstenteils in den Städten. Aber in zwei ganz nahe bei einander liegenden

Digitized by Google

Dörfern des Kantons Aargau machen die Juden 24 Perzent der ortsanwesenden Bevölkerung aus, und zwar in Ober-Endingen allein 32 Perzent, in Lengnau allein 15 Perzent, und die ganze Gegend ringsum ist in furchtbarer Weise bewuchert.

Es wäre gewiss sehr interessant und lehrreich, wenn man die Relativzahl der jüdischen Bevölkerung kleiner Bezirke mit der Frequenzziffer des Wuchers in Vergleich setzen könnte. Nimmt man die Zahl der Juden in ganzen Provinzen oder Ländern oder selbst grossen Regierungsbezirken, so ist natürlich nicht zu erwarten, dass eine gleiche Relativzahl von Juden eine gleiche Wucherfrequenz bedeute. Denn erstens kann in einer der beiden zu vergleichenden Gebiete das Verhältnis zwischen Gross- und Kleinbesitz ein sehr verschiedenes sein, während für den Wucher -- wenigstens in Deutschland — ausschliesslich der Kleinbesitz in Betracht kommt. Sodann kommt sehr viel darauf an, wie die Gesamtzahl der Juden im Lande verteilt ist. Bei gleicher Gesamtzahl kann in einem Lande der grösste Teil der Juden in grösseren Städten wohnen und kommt dann für die Bewucherung der Bauern gar nicht in Betracht; im andern können fast alle Juden auf dem Lande oder in kleinen Landstädten wohnen und unter den Bauern einen kolossalen Wucher treiben. Ja selbst wenn die gleiche Zahl auf dem Lande sich aufhält, ist noch ein grosser Unterschied in der Wirkung, je nachdem diese Zahl an einigen Punkten konzentriert oder aber gleichmässig über die ganze Gegend zerstreut ist, besonders wenn die Zahl im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung nur sehr klein ist. Für die letztere Bemerkung ist der Aargau ein klassisches Beispiel. Für die Wichtigkeit der Verteilung auf Stadt und Land ist das beste Beispiel die Provinz Brandenburg. Rechnet man Berlin dazu, so machen die Juden fast 2 Perzent der Bevölkerung, ohne Berlin nur ½ Perzent. So erklärt sich, dass der Wucher auf dem Lande in Brandenburg keine grosse Rolle spielt, denn die Berliner Juden kommen dafür nicht in Betracht. Ein strikter Vergleich zwischen der relativen Zahl der Juden und der Wucherfrequenz wäre nur möglich, wenn man über alle beim Wucher in Betracht kommenden Momente, also auch über diejenigen, die der Wucherer nicht seinerseits bestimmen kann, genauen Aufschluss hätte, vor Allem aber die Frequenz des Wuchers selbst genau fixieren könnte. Davon aber kann keine Rede sein. Aus den vorliegenden Berichten kann man nicht einmal immer mit Sicherheit entnehmen, ob in einem Lande oder Gebiete viel oder wenig gewuchert wird, so unbestimmt

Digitized by Google

auch diese Ausdrücke schon sind. Ein exakter, ziffermässiger Ausdruck ist ganz unmöglich. Was wir mit dieser ganzen Ausführung beweisen wollten, ist nur dies, dass der Wucher und die Juden in der Weise zusammen gehören, dass überall, wo Wucher der zweiten Art vorkommt, derselbe wesentlich von den Juden betrieben wird, und dass also, wo wenig oder gar keine Juden leben, dieser Wucher auch nur in geringem Masse oder gar nicht vorkommt. Nur ein Teil von Russland soll hierin eine Ausnahme machen.

Ich spreche kein moralisches Urteil darüber aus — wer ein wenig Geschichte kennt, mag nicht gern moralisieren — ich konstatiere bloss eine Thatsache, die, wie gesagt, zum Verständnis unseres Phänomens absolut unentbehrlich ist.

Ich will nun den Charakter dieses jüdischen Wuchergeschäfts kennzeichnen und mich dabei auf das Allerwichtigste beschränken. Alle Berichte, die ein nennenswertes Auftreten des Wuchers konstatieren, stimmen darin überein, dass der Jude sein Opfer sich mit aller Sorgfalt und Vorsicht aussucht und dass er dann demselben mit der ganz bestimmten Absicht, es völlig abzuschlachten, entgegentritt. „Der Wucherer verschafft sich," sagt der Bericht über Posen, „teils durch fortwährendes Herumstreifen von Gehöft zu Gehöft, teils durch Herumlungern an der Marktecke der kleinen Stadt und durch Gespräche, welche er mit jedem anzuknüpfen beliebt, der an ihm vorüberkommt, eine ganz genaue Kenntnis von den Verhältnissen eines jeden Einzelnen, welcher in dem Gebiete wohnt, über das er sein Netz ausgesponnen (?) hat. Sobald er nun herauswittert, dass die Verhältnisse irgendwo anfangen schlecht zu stehen, und er merkt es bei seiner scharfen Beobachtungsgabe oft schneller, als der Besitzer selbst, so fängt er an, in schmeichlerisch-kriechender Weise äusserst zuvorkommend zu werden und Geld anzubieten, auch schon ehe der Besitzer etwas braucht; tritt dies nun ein, so gibt er die Summe, gibt aber vor, gerade in dem Augenblicke selbst in Geldverlegenheit zu sein und sich das Geld erst beschaffen zu müssen. Für diese Mühewaltungen lässt er sich eine Entschädigung geben" u. s. w. (S. 306).

Will der Bauer in seinem Dünkel ein Paar recht schöne Pferde oder Ochsen kaufen, der Jude weiss es. Ob ihm Geldeinnahmen oder Ausgaben bevorstehen, ob seine Kasse voll oder leer ist, der Jude weiss es. Die Schwächen des Bauern, das Treiben der Frau, die Gelüste des Kindes, der Jude kennt das Alles besser als der Bauer selbst (S. 77).

Digitized by Google

Möglichst in jedem von ihm bearbeiteten Ort hat er einen Spion (S. 127); mit grosser Zungenfertigkeit, mit berechnender Schlauheit und ausserordentlicher Freundlichkeit drängt er dem wohlhabenden Bauer ein Darlehen förmlich auf, auch wenn jener keines nötig hat (S. 153). Sonst sucht er sich zu vergewissern, ob und inwieweit das ausersehene Opfer in augenblicklicher Geldverlegenheit sich befindet. Das erfährt er nicht selten unter Beihilfe von anscheinend dem Geschäft ganz fern stehenden Personen, meist Glaubensgenossen, und dann nähert er sich dem Geldbedürftigen mit dem Anerbieten, ihm das Erforderliche vorzustrecken. Die Rückzahlungs- und Zinstermine stellt er so, dass sie in eine Zeit fallen, wo der Landmann keine Einnahmen hat; tritt der Termin ein, so wird sehr gern weitere Frist gegeben, die Zinsen werden zum Kapital geschlagen, die Prolongationsgebühren eingezogen, kleine Provisionsbeträge auch noch verabredet und so geht es fort, bis der Beliehene tief genug in Schulden steckt, um sich nicht mehr helfen zu können (S. 207).

Geht es nicht anders, so bietet der Wucherer, bloss um eine Geschäftsverbindung einzufädeln, selbst Geld unter dem normalen Zinsfuss an (S. 231). Mit unglaublicher Zudringlichkeit und unter dem Schein des Wohlwollens tritt er an die Leute heran und bedient sich zunächst gewöhnlich der „unschuldigsten Handelsanknüpfungen", um dann seine Opfer nicht wieder loszulassen (S. 267). Die einzelnen Geschäfte, die der Wucherer abschliesst, sind nur Glieder einer langen Kette, mit welcher er sein Opfer umstrickt, bis es sich nicht mehr bewegen kann. In der Regel wirken alle möglichen Wucherformen zusammen, um den Schuldner nach und nach in den Zustand vollster Abhängigkeit vom Gläubiger zu versetzen. Gerade in der eigentümlichen, für die meisten Schuldner nach ihrem Bildungsstand kaum übersehbaren und bald überhaupt nicht mehr zu entwirrenden Verschlingung aller möglichen Rechtsgeschäfte aus Darleihverträgen, Güter- und Viehkäufen u. s. w. liegt die besondere Kunst des gewerbsmässigen Wucherers, die ihm das von ihm ausersehene Opfer unrettbar verfallen lässt (S. 47).

Damit dieser Prozess ruhig vor sich gehen kann, darf vor Allem der Bauer seine zuerst eingegangene Verbindlichkeit nicht tilgen. Will er zahlen, so ist der Jude nicht zu finden oder schwätzt ihm vor, das habe gar keine Eile, er könne das Geld im Augenblick nicht brauchen u. s. w. Hat dann der Bauer sein Geld anders verwendet, so fordert der Jude unter allerlei lügenhaften Vorwänden Zahlung.

Digitized by Google

Nun muss der Bauer um Geduld bitten und sie teuer erkaufen. Die Schuldsumme wächst von Termin zu Termin, der Jude nimmt sich vom Hofe des Bauern für seine Gefälligkeit Vieh und Geflügel, Getreide und Heu, Alles, was ihm beliebt und was er brauchen kann; hat der Bauer etwas zu verkaufen, so muss er es dem Juden für jeden Preis geben, hat der Jude etwas zu verkaufen, so muss der Bauer das Schlechteste, auch was er gar nicht brauchen kann, für enorme Preise nehmen, Grundstücke, Vieh, Waren aller Art, er muss das Vieh des Wucherers gratis füttern u. s. w.

Das Bezeichnendste für diese Art von Geschäften und zugleich das Erstaunlichste liegt in der Art und Weise, wie von Zeit zu Zeit Abrechnung gehalten wird. Natürlich wird die Abrechnung immer möglichst hinausgeschoben, um die nötige Verwirrung im Kopfe des Bauern hervorzubringen.

Die Bauern unterschreiben Urkunden in der Regel ohne Prüfung, teils aus Dummheit, teils weil sie nicht lesen können, teils weil die Urkunde absichtlich unleserlich geschrieben ist. Merkwürdige Zahlengruppierungen, sinnverwirrende Ineinanderschachtelung und Wiederholung von Sätzen, ein eigenes Urkundenjargon werden ziemlich allgemein angewendet (S. 24).

Bei der Abrechnung werden längst bezahlte Zinsen nochmals berechnet, hohe Kosten angesetzt, Posten — je nach dem Zwecke der Täuschung — zusammengezogen oder zerteilt. Es kommt vor, dass, je mehr bezahlt wurde, desto grösser die Schuld anwuchs (S. 25).

Quittungen stellt der Wucherer dem Bewucherten grundsätzlich nicht aus, oder er schreibt nicht in dieselben, wofür Zahlung geleistet wurde.

Die Kreide wird meistens vom Wucherer allein aber häufig doppelt geführt, weil der Bauer entweder zu faul oder zu einfältig ist, seine Schuldigkeit selbst zu notieren (S. 115).

„Bei der Abrechnung", sagt der Bericht über das preussische Saargebiet, „wird Wucher getrieben in einer Weise, die sich kaum kontrolieren lässt. Der Handelsmann hat für alles exekutorische Titel oder mindestens schriftliche Anerkenntnisse, der Schuldner kann die einzelnen Posten nicht mit Bestimmtheit bestreiten, dagegen hat er über seine Zahlungen zum Teil keine Quittungen, zum Teil sind sie so allgemein gehalten, dass sich gar nicht ersehen lässt, auf welche Schuld die Zahlung erfolgt ist, ob sie auf die Hauptsumme,

Digitized by Google

ob auf die Zinsen gelten soll. Andere Quittungen sind verloren oder vom Handelsmann zerrissen worden. Letzteres geschieht nicht selten; fragt man, warum der Landmann sich keine neue Quittung habe geben lassen, so lautet die regelmässige Antwort: Ich hatte den Mut nicht, da ich die Schuld nicht ausbezahlen konnte. Der Wucherer bringt für sich Zinsen von 6 Perzent und Zinseszinsen in Ansatz, während die Gegenposten nicht verzinst werden. Auch finden Additionsfehler statt, die der Schuldner nicht nachkontrolieren kann, die auch später niemand aufdeckt, denn falls die Abrechnung zu stande kommt, werden alle früheren Notizen, Scheine und Quittungen vernichtet" (S. 132 f.).

„Der Bauer, der nie eine Aufschreibung macht, wird in der Zinsenberechnung gehörig übers Ohr gehauen" — heisst es im Bericht über Baiern (S. 94) und ähnlich überall.

Was ist das Ende?

„Das Endresultat ist meistens, wenn auch nicht immer, die absolute wirtschaftliche Abhängigkeit des Bewucherten vom Wucherer. Dem letzteren gehört in Wirklichkeit Haus und Hof des armen Bauern, der Lohn seiner und seiner Angehörigen Arbeit fliesst in die Tasche seines Gläubigers. So lange noch ein solcher Lohn erzielt wird, hütet sich der Wucherer wohl, die Schlinge zuzuziehen und durch Subhastation sein Opfer von Haus und Hof zu bringen, weil der Wert des Anwesens häufig der fingierten Schuldforderung nachsteht. Erst wenn die Aussaugung so weit gediehen, dass keine Aussicht auf Gewinn mehr vorhanden ist, dann wird der Sache ein Ende gemacht und der Bauer verlässt mit Frau und Kind als Bettler seine Heimstätte. Aber, so paradox es klingen mag, dies ist noch der bessere Ausgang des Geschäftes; viel schlimmer ist es, wenn der Bauer in einer Abhängigkeit, die der eines Leibeigenen fast gleich kommt, festgehalten wird, aus welcher es ein Entrinnen für ihn nicht gibt.

Nach den vorliegenden Berichten soll die Zahl solcher Existenzen eine nicht geringe sein. Aeusserlich scheint Alles in der besten Ordnung zu sein. Der Bauer bewirtschaftet seinen Hof, hat Inventar und Vieh, aber Alles gehört dem Juden; er selbst ist nichts weiter als Taglöhner, der häufig noch froh ist, dass er nicht an den Pranger gestellt wird" (S. 199).

So spricht der Bericht aus der Rheinprovinz; die übrigen, die einen erheblichen Wucher konstatieren, sprechen ebenso.

Digitized by Google

Der Bauer wird „fast“ Leibeigener, d. h. der Jude bringt es „fast“ so weit, wie der Feudalherr, der sich ebenfalls von einer anderen und besseren Rasse dünkte als das „Volk“, von dessen Mark er lebte.

So wie der Adel, der seinem „Vaterlande“ solche ausgezeichnete Dienste leistete, dafür nach Professor Schmoller's Ansicht auf Kosten der Gesamtheit heute noch durch Agrarzölle belohnt werden soll (Jahrbuch, 1885, 2. Heft), ebenso, ganz genau ebenso hätte auch der Wucherjude auf eine Belohnung seitens des deutschen Volkes Anspruch. Er hat eine neue Sklaverei eingeführt, die der mittelalterlichen „fast“ ebenbürtig ist.

Von einem badischen Wucherer wird (S. 26) erzählt, er habe eigene Grundstücke vom Schuldner oder dessen Angehörigen im „Frohnweg“ bestellen lassen.

„Die Geldwuchergeschäfte, heisst es mit Bezug auf Baiern, werden nicht selten zur erzwungenen Leistung von Naturaldiensten, förmlichen Frohndiensten weiter ausgebeutet“ (S. 89).

Seite 48 ist von den „unglaublichen moralischen Demütigungen“ die Rede, denen der Schuldner ausgesetzt zu sein pflegt.

In manchen Fällen scheint „die persönliche Freiheit des Schuldners fast aufgehoben und dieser zur Rolle eines willensunfähigen Hörigen des Gläubigers verurteilt; er arbeitet nur für diesen und je mehr er sich abmüht, von den Schlingen sich los zu machen, um so sicherer weiss ihn mit immer neuen Versprechungen, Drohungen, irreführenden Reden der Wucherer in seine Gewalt zu bekommen“.

„Von Gegenwehr ist keine Rede mehr: der Bewucherte sieht zu, wie ihm das geschnittene Korn vom Acker, das getrocknete Heu von der Wiese geholt und die Kuh im Stalle ohne alle Umstände verkauft wird. Fast stumpf und gleichgiltig geworden, nimmt er ein Schlussabkommen an, welches ihm dem Namen nach ein gewisses Eigentum belässt, sachlich aber den Handelsmann zum unbeschränkten Herrn der Vermögensrechte macht“ (S. 134.).

Es entsteht eine Art „Obereigentum“ am Grund und Boden „ebenso wie es zur Feudalzeit dem Grundherrn zustand, nur mit dem Unterschied, dass an eine Ablösbarkeit wohl nicht zu denken ist“ (S. 91).

„Wem er (der Wucherer) Vieh verpachtet hat, den betrachtet er als seinen Sklaven und zwingt ihn zu manchen anderen Geschäften und erniedrigenden Dienstleistungen“ (S. 170).

Digitized by Google

„Wie oft muss der arme Lehensmann den zudringlichen Handelsmann in seinem Hause bewirten, in den Stall führen u. s. w.! Wie sehr muss er dessen allerunterthänigster Diener sein.“ (S. 169 f.)

Man sieht, die Berichterstatter sehen sich geradezu genötigt, den jüdischen Wucherer mit den erlauchten Anherren unseres thronestützenden Adels zu vergleichen und es klappt auch Alles, bis aufs — Exterieur!

Allerdings kämpfte der Adel manchmal, aber doch nur für seine eigenen Interessen oder für einen König, der jene Interessen schützte. Aber das hat der Wucherer nicht nötig, denn die Zeiten haben sich insofern geändert, und daraus ist mithin den Juden kein Vorwurf zu machen. Man braucht ja überhaupt nur das von der gangbaren Wissenschaft anerkannte und formulierte ökonomische Prinzip — „mit geringsten persönlichen Opfern den grössten Lebensgenuss durch materielle Güter zu erzielen“ (Schäffle) — ganz konsequent zu befolgen, so wird man ein Feudalherr oder ein Wucherer werden, je nach Zeiten und Umständen.

Wenn wir die verschiedenen Formen des Wuchergeschäftes, die verschiedenen Manipulationen der Wucherer, die gar oft auf einen ganz plumpen Betrug hinauslaufen, ins Auge fassen, so drängt sich unwillkürlich die Frage auf: wie ist denn das Alles möglich in einem Lande wie Deutschland, mit seiner schon seit lange bestehenden allgemeinen Schulpflicht, mit seinen stets als vorzüglich gerühmten Schulen und Schulmeistern, mit seiner allgemeinen Wehrpflicht, die nach dem übereinstimmenden Zeugnis so vieler hoher Militärs, Staatsmänner und Universitätsgelehrten auf den Menschen im allgemeinen und auf den Bauer insbesondere eine ganz wunderbare, grossartige, erzieherische Wirkung ausüben und ihn speziell zum ordnungsliebenden Manne machen soll? Ist denn wirklich trotz alledem kein wesentlicher Unterschied zwischen diesem deutschen Bauer und seinen verachteten, bildungslosen, halbvertierten, polnischen, russischen, rumänischen Kollegen im östlichen Europa?

Wenn, wie der Berichterstatter über Baiern bemerkt (S. 88), z. B. ein Hauptkniff des Wucherers darin besteht, dass kleine Beträge auf kurze Fristen (Monate, Wochen, ja sogar auf Tage) ausgeliehen werden und der Zins von Anfang an nicht nach der ganzen Summe, sondern nach der dieselbe bildenden Münzeinheit vom Schuldner gefordert wird, und wenn auf solche Weise leicht Zinsen von 60, 80

Digitized by Google

oder mehr Perzent erhoben werden, ohne dass „der rechnungsungeübte Schuldner dahinter kommt", steht denn da dieser deutsche Bauer in intellektueller Entwicklung wirklich viel höher als der ruthenische in der fernen Bukowina, bei dem dieselben Kunstgriffe angewendet werden und nicht viel besser glücken, als bei ihm?

Der deutsche Bauer, bei dem solche Künste verfangen, ganz gewiss nicht. Der Unterschied besteht nur darin, dass dort im Osten fast alle Bauern geeignete Objekte für derartige Angriffe sind, in Deutschland zwar immerhin auch eine bedeutende Zahl, aber doch wohl nur eine Minorität.

Ich glaube, dass aus der bisherigen Darstellung schon ziemlich deutlich hervorgeht, auf welchem Grund und Boden der Wucherer mit Vorteil seine Zelte aufschlagen kann. Dennoch wollen wir auch hier die verschiedenen Berichterstatter soviel als nötig zu Worte kommen lassen und zusehen, was sie möglichst einstimmig als „Ursachen" des Wuchers angeben. Es ist schwer, für diese Ursachen einen durchgreifenden Einteilungsgrund zu finden, da sie fast ausnahmslos untereinander in einer unauflösbaren Verbindung, einem gegenseitigen Causalnexus stehen. Man könnte etwa sagen: es gibt subjektive und objektive Ursachen des Wuchers und unter ersteren die persönlichen Eigenschaften, die Gedanken und Thaten des Bewucherten, unter letzteren seine äusseren Verhältnisse verstehen, die unabhängig von der Persönlichkeit des Bewucherten existieren oder sich entwickelt haben. Allein etwas Wesentliches wird man mit dieser Einteilung nicht leisten, in Anbetracht dass die moralischen und intellektuellen Qualitäten einer Bevölkerungsklasse in der Hauptsache doch ein Produkt der äusseren Verhältnisse sind, in die sie versetzt ist.

„Die Dummheit ist die beste Bundesgenossin des Wuchers", sagt der Bericht über Westfalen (S. 242.).

Beschränktheit, geistige Trägheit, Einfalt, Stumpfsinn werden überall, wo Wucher in grösserem Massstab stattfindet, den Bauern zur Last gelegt (SS. 21, 35, 80, 99, 104, 115, 118, 137, 215, 247, 280, 294 etc.).

Aus diesen Eigenschaften geht wohl von selbst die Unwirtschaftlichkeit hervor. Der Leichtsinn und die Unbedachtsamkeit der Bauern werden an vielen Stellen hervorgehoben (z. B. SS. 14, 60, 80, 104, 107, 118).

Sie haben eine unglaubliche Ungewandtheit in der Beurteilung

Digitized by Google

von Rechtsgeschäften (S. 48), „die Verträge zwischen den Handels- und Landleuten tragen häufig derart einseitig nur den Interessen der ersteren Rechnung, dass sie, ausser Zusammenhang mit den Begleitumständen und ihrer Vorgeschichte betrachtet, geradezu unbegreiflich erscheinen und volle Kopflosigkeit des anderen Vertragschliessenden vermuten lassen“ (S. 148.).

Der Berichterstatter will zwar die Intelligenz und Wirtschaftlichkeit der Bauern dadurch retten, dass er diese Verträge durch den Druck erklärt, den die bereits vorher entstandenen Geldverpflichtungen auf ihn ausüben. Das heisst aber doch nur die Schuld vom Michel auf seines Vaters einzigen Sohn zurückschieben. Der Mann muss ja, wenn er die Augen offen hat, längst wissen, dass jedes beliebige Geschäft mit dem Wucherer ihn schliesslich ruinieren wird, dass er also hier nicht Hilfe, sondern nur seinen Ruin finden kann. Ein guter, intelligenter Wirt kann doch nicht eine solche Verworrenheit in seine Geschäfte kommen lassen, dass er nichts mehr davon versteht, er wird sich nicht durch Additionsfehler betrügen lassen u. s. w. Welches Licht solche Verträge mit dem Wucherer auf die Intelligenz und Wirtschaftlichkeit der Bauern werfen. geht aus einer einzigen Thatsache leider nur zu deutlich hervor.

Ein Hauptmittel des Wuchers ist überall der Güterhandel. Alle Berichterstatter stimmen nun darin überein, dass überall dort, wo es einen bedeutenden jüdischen Wucher gibt, die Güterverkäufe stets in Wirtshäusern vorgenommen werden, wobei der Jude die Bauern mit Speisen, Getränken und Zigarren aufs reichlichste traktiert, manchmal sogar durch „Schmusser“ den Weibern Getränke und Speisen reichlich ins Haus tragen lässt, um sie bei guter Laune zu erhalten (z. B. S. 41, 57, 64, 81, 99, 128, 223. 293). Klassisch und sicher auch typisch ist die Darstellung des Vorgangs im Bericht über das preussische Saargebiet.

„Die Versteigerung selbst, welche im Wirtshaus stattfindet, gestaltet sich zur wüsten Orgie. Bier, Schnaps und Zigarren, natürlich der denkbar schlechtesten Qualität, werden jedem Anwesenden frei verabreicht. Eine immer grössere Zahl von solchen findet sich ein, die sich gütlich thun wollen. Auch Weiber fehlen nicht; sie sind die ersten, deren gerötete Gesichter und verglaste Augen die Wirkungen des Getränkes verraten. Immer mehr werden die Leidenschaften angefacht. Der Ansteigerer, welchem der erste Zuschlag erteilt ist, erhält einen Blumenstrauss. Bei dem Bieten, wird diesem

Digitized by Google

ein Brödchen, jenem eine Zigarre zugeworfen mit der Aufforderung ein Gebot zu thun. Sogar eine Flasche Wein oder ein Päckchen Zigarren werden versprochen, wenn der Gegenstand es lohnt.

Die Helfershelfer des Handelsmannes sind bestellt; ein Wink von ihm genügt, um sie zum Bieten zu veranlassen; selbst der Ausrufer hilft aus, wenn eine Stockung eintritt, indem er ein höheres Gebot ruft, das er gehört zu haben vorgiebt. Die erhitzten Gemüter, denen die Vorzüge des Grundstückes in das hellste Licht gesetzt werden, lassen sich zu immer weiteren Geboten hinreissen, und es ergeben sich schliesslich Preise, welche ganz ausser Verhältnis zu dem Ertragswerte der Grundstücke stehen" (S. 128.)

In allerjüngster Zeit soll diese Kneiperei durch die vereinigten Bemühungen der Behörden und des Vereins gegen den Wucher im Saargebiet beseitigt worden sein, während sie sonst fast überall noch ruhig fortbesteht.

Was sollen wir aber von der Intelligenz und Wirtschaftlichkeit von Bauern sagen, die sich toll und voll saufen zu derselben Zeit, wo sie ein wichtiges, folgenschweres Geschäft abschliessen wollen? die ganz genau wissen oder doch wissen können, was bei einem solchen Geschäft herauskommt, und dennoch hingehen und an den Orgien teilnehmen — sogar mit ihren Frauen?

An verschiedenen Stellen wird geklagt über den Mangel an zeitgemässer Bildung bei den Bauern. Sie führen keine Bücher, sie machen sich nicht einmal Notizen über wichtige Geschäfte, sie stecken mit ihrem Betrieb noch in den Anschauungen der Naturalwirtschaft und sind den Anforderungen der inzwischen über sie hereingebrochenen Geldwirtschaft nicht gewachsen (SS. 105, 200, 209, 215, 241, 294 u. s. w.).

Was der Bericht über das diesrheinische Baiern sagt (S. 86), dürfte hiernach wohl auch anderwärts bei den richtigen Wucher-Bauern zutreffen: „Die Naturalwirtschaft früherer Zeiten steckt unserem Landvolk noch so in den Gliedern, dass die richtige Verwendung des baren Geldes, die Bedeutung des Barkapitals wie für jeden Geschäftsbetrieb so für das nach den zeitgemässen Anforderungen zu betreibende landwirtschaftliche Gewerbe einer grossen Anzahl unserer Bauern vollkommen fremd ist, und das Wort eines meiner Gewährsmänner in der Regel zutrifft, dass der Bauer, wenn er bei irgend welchem Anlass bares Geld zu Handen bekommt, damit um-

Digitized by Google

geht, als ob ihm das Glück in der Lotterie einen unberechneten Gewinn in den Schoss geworfen hätte."

Woher diese geistigen Zustände kommen, ob nicht vielleicht der Feudalherr zusammen mit seinem Trabanten, dem Pfaffen, auch hierin dem Wucherjuden trefflich vorgearbeitet hat, das können wir hier nicht untersuchen. Sicher ist, „dass der Wucher, wo er einmal platzgegriffen hat, die Umsicht, Sparsamkeit, Vorsorge und Wirtschaftlichkeit der Bevölkerung beeinträchtigt, mit einem Worte sie leichtsinniger und widerstandsloser macht" (S. 138).

Einstimmig sind, was uns nach dem Vorangehenden kaum mehr in Erstaunen setzen wird, alle Berichte auch darin, dass der Bauer überall, wo der Wucher herrscht, sich vor nichts so sehr scheut, als irgendwie öffentlich sein Kreditbedürfnis einzugestehen, und dass ihn diese falsche Scham direkt zum Wucherer führt (SS. 2, 7, 15, 21, 27, 48, 75, 80 f., 105, 107, 118, 141, 200, 224, 241, 247, 330). Bezeichnend ist folgende Stelle im Bericht über Schlesien: „Die Scheu vor öffentlichen Kreditinstituten besteht leider Gottes bei den kleineren Grundbesitzern noch in sehr ausgedehntem Masse, und wie schwer es ist, diese Scheu zu überwinden, das hat mir wieder eine Schrift von Raiffeisen, dem bekannten Gründer der Darlehenskassenvereine, gezeigt, worin derselbe darüber klagt, dass sogar Mitglieder der Vereine sich scheuen, aus der Vereinskasse Geld zu nehmen, und lieber nach wie vor das Geld beim Wucherer zu zehnfachen Zinsen holen, als sich an die Darlehenskasse wenden." (S. 330.)

Der Bauer in den Wuchergegenden ist ausserordentlich misstrauisch gegen seines Gleichen sowie gegen die „Herrenleute", vor denen er sich ausserdem auch sehr geniert. Er will keinen Fremden in seine Wirtschaft blicken lassen, die oft unordentlich genug geführt wird, und vor allem will er auf seine eigene Weise behandelt sein. Der Jude behandelt ihn mit vollendeter Geschicklichkeit, wie wir eben verschiedentlich gesehen haben, er weiss ohnedies schon alles, vor ihm braucht man sich nicht zu genieren, er ist ja ein so grundgemütlicher und grundgemeiner Kerl, man braucht ihm nicht weitläufige Erörterungen über seine Lage und seine Bedürfnisse zu machen, er kennt beide längst und kommt den letzteren entgegen, bevor sie ausgesprochen sind. Dazu mag sicher auch noch folgendes Moment bei dieser allgemein herrschenden Scheu vor Inanspruchnahme des öffentlichen Kreditinstituts eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Wie einst im Anfang des 17. Jahrhunderts Jakob Bornitz in seinem Buche

Digitized by Google

De Aerario das, was wir Staatsschuld nennen, aus dem Grunde verwirft, weil es sich für so hohe Herren, wie Fürsten, doch nicht gezieme, Schulden zu machen, ebnso sieht der Bauer im Kreditbedürfnis nicht eine normale und notwendige Erscheinung der modernen Geldwirtschaft, sondern ein Zeichen des wirtschaftlichen Niedergangs, der in der Regel durch schlechte oder ungeschickte Aufführung verursacht sein werde. Er steckt eben mit seinen Anschauungen noch rammeltief in der Naturalwirtschaft, wo der Kredit vorzugsweise der Konsumtion dient und seine Inanspruchnahme daher ein schlimmes Zeichen ist. Der Jude ist aber an solche schlimme Zeichen gewöhnt, wie der Beichtvater an die Sündenregister, er erstaunt nicht und macht kein ernstes und ängstliches Gesicht, wenn der Bauer zum ersten Male Kredit braucht. Solchen unbehilflichen, einfältigen und dabei doch auch protzigen Leuten gegenüber ist er mit seiner eminenten Begabung für das abseits des Marktes sich abspielende Individualgeschäft ein wahrer Trost im Unglück, ein wahrer Rettungsengel.

Es ist höcht bezeichnend für diese Bauern, dass sie sich unter einander aufs Aeusserste misstrauen und dadurch zum Wucherer geführt werden, der ihr Zutrauen in weit höherem Masse geniesst als ihre Berufs- und Leidensgenossen (S. 48). Dies zeigt sich besonders beim Viehhandel, der für den Wucherer immer die Hauptgelegenheit bietet, seine Hand in die Wirtschaft des Bauern zu strecken.

Ueberall, wo starker Wucher stattfindet, ist der Viehhandel entweder ganz und gar in den Händen der Juden, oder sie sind doch wenigstens als Vermittler unentbehrlich und unumgänglich. Die Bauern trauen einander nicht, dem Wucherer dagegen trauen sie. Ich halte diesen frappierenden, ja fast lächerlichen Zustand jedoch weniger für eine Ursache als für eine Wirkung des Wuchers. Wo dieser seit lange in Blüte ist, da verstanden es die Juden überall, durch die infamsten Mittel den Viehhandel irgendwie zu monopolisieren und Misstrauen zwischen die Bauern zu säen. Der Bauer aber, als ein konservativer Mann, betrachtet einen hergebrachten Zustand nicht leicht kritisch, sondern als selbstverständlich und denkt daher in alten Wuchergebieten gar nicht daran, dass er den Juden im Viehhandel entbehren könnte, obwohl sich derselbe ursprünglich in diesen mit den schlechtesten Mitteln eingeschmuggelt und eingedrängt hat. In Ländern, wo es unter den Bauern keine Juden gibt, fällt es ersteren nicht ein, sich gegenseitig zu misstrauen, nämlich mehr, als im Viehhandel überhaupt angebracht ist. Wollte da ein Jude oder sonst ein

Digitized by Google

Nicht-Landwirt sich in das Geschäft einmischen, er würde schön hinausgeworfen werden. Ich darf wohl auch hier an die österreichischen Alpenländer errinnern, wo es überall Viehmärkte in Menge gibt, auf denen es im Allgemeinen höchst anständig hergeht und von wucherischem Schwindel keine Rede ist. Auch in Deutschland spielt sich der Viehhandel überall, wo nicht der Jude und der Wucher herrscht, unter den unmittelbar Beteiligten ganz flott und anständig ab.

Hohenzollern, das offenbar früher eine rechte Domäne des Wuchers war, hat sich in neuerer Zeit dem Berichte nach ziemlich davon befreit. „Auf den hierorts zahlreich abgehaltenen Viehmärkten ist der durch Juden betriebene Zwischenhandel grösstenteils in Wegfall gekommen, der hohenzollern'sche Bauer kennt die Viehpreise sehr gut und lässt sich auf Zwischenhandel in der Regel nicht ein" (S. 63).

Im Bericht über Thüringen steht folgende beherzigenswerte Stelle: „Von entschieden segensreichem Einfluss sind und versprechen immer mehr zu werden die von der Grh. Bezirksdirektion zu Dermbach geleiteten neueren Bestrebungen im Eisenacher Oberlande zur Vermehrung der Viehmärkte und zur Befestigung gewisser Geschäftsgrundsätze bei denselben. Auch ein unter der Leitung eines katholischen Geistlichen bestehender Bauernverein zu Geisa, der sich praktisch der Pflege lokaler Verhältnisse widmet, hat um diese Frage ein unbestreitbares Verdienst. Mit grosser Mühe und Aufopferung ist es dieser Vereinigung gelungen, zuerst scheinbare und dann wirkliche Viehmärkte, gegen welche die Handelsleute mit aller Macht agitieren, zu Stande zu bringen. Auf diesen Märkten sollen die über manche Punkte gewissermassen ehrverpflichteten Mitglieder lernen, auch ohne dazwischen stehende Handelsvermittlung mit einander zu handeln" (S. 273). Dass man so etwas erst lernen müsse, würde dem dümmsten und ärmsten Tiroler Bauer höchst komisch scheinen, aber wo der Wucher lange gehaust und alle Verhältnisse zerrüttet hat, da sind solche pädagogische Bestrebungen notwendig und der katholische Bauernverein zu Geisa zeigt, wie man es machen muss, um die verlorene Natur der Dinge wieder zu finden.

Als ein Beispiel gesunder und natürlicher Verhältnisse will ich nur noch Folgendes aus dem Bericht über den Regierungs-Bezirk Gumbinnen mitteilen: „Von Viehwucher ist — keine Rede. Der Handel mit allen landwirtschaftlichen Haustieren ist ein sehr umfangreicher, jährlich zunehmender, ohne dass in demselben bisher Er-

Digitized by Google

scheinungen zu Tage getreten wären, welche in irgend welcher Beziehung zur Wucherfrage ständen. Der Umsatz von Vieh und Pferden vollzieht sich für den kleinen Interessenten fast ausschliesslich auf den Viehmärkten und nur gegen Barzahlung" (S. 353). Barzahlung und Wucher, das sind die grössten Todfeinde!

Als weitere Ursachen des Wuchers werden vielfach angeführt die übermässigen Preise, die überall da, wo der kleine Bauernstand vorherrscht, für Grundstücke bezahlt oder vielmehr stipuliert werden. Den Bauer treibt der Ehrgeiz oder eine ungesunde Sucht nach Grundbesitz, Land zu erwerben zu Preisen, die auch bei tüchtigster Wirtschaft zum Ruin führen müssen, wenn irgend ein kleines Unglück passiert (S. 2, 6, 42, 55, 96, 223). Es ist eben die Unwirtschaftlichkeit, die Unfähigkeit zur wirtschaftlichen Berechnung, die sich hier wieder zeigt.

Verschiedene Berichterstatter geben als weitere Ursache der wirtschaftlichen Bedrängnis der Bauern, welche sie dem Wucherer in die Arme führt, das Erbrecht an, das zum Schuldenmachen zwingt und die wirtschaftliche Position des Besitzers oft von vornherein schwach, ja unmöglich macht (z. B. S. 3, 59, 214, 240).

Sodann den Militärdienst, der einen grösseren Geldbedarf mit sich bringt, und die Leute in die Hände des Wucherers liefert.

Aus dem badischen Kreis Mosbach wird S. 32 berichtet, dass Geldwuchergeschäfte namentlich auch in der Form vorkommen, dass jungen Leuten während ihrer Militärdienstzeit oder zu Hause von Handelsleuten Geld aufgedrängt werde, selbstverständlich nur gegen hohe Provisionen.

Im Bericht über das Grossherzogtum Hessen heisst es: „So kommt es vor, dass unerfahrene, leichtsinnige Söhne wohlhabender Eltern zur Deckung von Wirtshausschulden, noch häufiger des grösseren Militäraufwandes, zu wucherischen Geldverpflichtungen verleitet werden" (S. 76).

Im Bericht über die baierische Rheinpfalz wird gesagt, der Fall komme häufig vor, dass „junge Leute mit einigem Vermögen, die zum Militär eingezogen sind und in den Städten mehr Geld brauchen, als ihnen momentan zu Gebote steht, schon vielfach solches nur gegen wechselmässige Verpflichtung erlangen konnten, und dann nach erreichter Volljährigkeit oder erreichtem Vermögensbesitz unnachsichtlich zur Zahlung genötigt wurden" (S. 116).

Im Bericht über das preussische Saargebiet lesen wir Folgendes:

Digitized by Google

„Besonders häufig schleichen die Händler sich an Familienglieder heran, welche ihrer Militärpflicht genügen, und benutzen den Leichtsinn des jungen Mannes, um erst Vorschüsse zu geben, schliesslich aber sein Erbteil zu erwerben. Ist einmal der Keil in die Familie getrieben, dann gelingt es leicht, die übrigen rechtsunerfahrenen Familienmitglieder zu dem gleichen Geschäfte zu bewegen“ (S. 136.)

In dieser Hinsicht wirkt der Militärdienst offenbar nicht besonders günstig auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bauern ein. Dass der Bauernjunge, nachdem er 3 Jahre beim Militär gewesen, an Exterieur gewonnen hat, den Kopf höher trägt und die Beine besser setzt, das ist unzweifelhaft. Aber dass es für ihn gut sein soll, wenn er gerade in den Jahren, wo er sonst am flottesten arbeitet und am meisten Verständnis für seinen Beruf erwirbt, aus demselben herausgerissen und zu einer Thätigkeit gezwungen wird, die man doch unmöglich wirtschaftliche Arbeit nennen kann, das scheint undenkbar. Ueberragt nicht der englische Arbeiter, der nie im Soldatenrock gesteckt hat, an Tüchtigkeit die Arbeiter aller anderen Nationen? Der deutsche übertrifft ihn nur an Radikalismus.

Man sagt, er lerne Gehorsam. Ja, gegen seine militärischen Vorgesetzen, und zwar einen sklavischen Gehorsam, der nur auf der Furcht vor Strafe beruht. Im Uebrigen wird er gelehrt, dass der Soldat über allen anderen Menschen stehe und sich von Niemand etwas gefallen lassen dürfe. Ob auf diese Weise ein Charakter gegildet wird, ist doch mehr als zweifelhaft. Als herrschaftliche Kutscher und Bediente mögen ausgediente Soldaten besser taugen, als andere Leute. Ein Land ist aber keine Bedientenstube und der deutsche Volkscharakter wird durch den spezifisch deutschen Militarismus nur im Sinne der letzteren entwickelt.

Endlich wird an verschiedenen Stellen als Ursache des Wuchers der Mangel an geeigneten Kreditanstalten oder überhaupt an Gelegenheiten, bei anderen Personen als Wucherern kleinen Personalkredit zu erhalten, angegeben (z. B. S. 2, 14, 59, 106 123).

Dass passende Anstalten für bäuerlichen Kredit ausserordentlich günstige Wirkungen als Heilmittel gegen wucherische Ausbeutung hervorbringen können, beweisen uns ein paar sehr interessante Fälle aus Thüringen, die S. 274 ff. erzählt werden.

Eine nach den Raiffeisen'schen Grundsätzen eingerichtete Darlehenskasse zu Geisa, einem Städtchen, wo gerade eine Anzahl der gefährlichsten Handelsleute ihren Sitz gehabt und zum Teil noch

Digitized by Google

haben, hat eine Reihe von Leuten den Krallen der Wucherer entrissen und sie wieder zu wohlsituierten Menschen gemacht, während sie ohne diese Hilfe unrettbar verloren gewesen wären. Daher ist — höchst bezeichnend! — der Kassierer, der die Geschäfte hauptsächlich führt, auch „der von den Wucherern bestgehasste Mann". Allerdings ist die Kasse, um einzelne, schwer bedrängte Leute Jahre lang zu halten, bis sie sich selbst forthelfen konnten, mitunter bis an die äussersten Grenzen eines zulässigen Risikos gegangen und hat sich mehr auf den Standpunkt der Hilfsanstalt als auf den des nackten Geschäftes gestellt.

Das andere Beispiel liefert die Gemeinde Frankenheim, deren Armut allezeit Gegenstand der allgemeinsten Teilnahme im ganzen Lande war und zu Zeiten aller Vorstellung von Not spottete. Die Bevölkerung war schon ganz verkommen, sittenlos, träge und ohne alle Energie. Die Wucherer hatten fast alle Einwohner in ihren Klauen. Nun suchte man wohl von verschiedenen Seiten und auf verschiedene Weise diesem Elend zu Hilfe zu kommen, aber das richtigste Rettungsmittel war offenbar eine Raiffeisen'sche Darlehenskasse.

Anfangs nannte alle Welt dies Institut „eine hirnverbrannte Idee" und lachte darüber.

In kurzer Zeit stand aber die Frankenheimer Darlehenskasse vollständig auf eigenen Füssen und arbeitete schon von Anfang an mit ganz gesundem Kredit. „Verluste hat sie überhaupt noch nicht erlitten." Das Wucherwesen ist beträchtlich eingeschränkt und jeder ist bestrebt, sich der Mitgliedschaft an der Kasse würdig zu zeigen oder würdig zu machen. 1879 wurde dieselbe eröffnet und vier Jahre später konnte ihr Gründer schon berichten, „dass eine sehr grosse Zahl von Familien vor dem gänzlichen Ruin bewahrt geblieben ist und der Wucher der Juden mit Geld, der früher alljährlich so viel Opfer forderte, jetzt vollständig aufgehört hat."

Für den Kleinbauer ist natürlich nicht jedes Kreditinstitut geeignet, er braucht ganz besondere und zwar vor allem solche, die das Kreditgeben nicht als „nacktes Geschäft" betreiben und nach hohem Gewinn streben. Ein Tropfen Gemeinnützigkeit muss in dieses Heilmittel gegossen sein, wenn es anschlagen soll. Schon die Schulze-Delitz'schen Anstalten werden von einigen Berichterstattern sehr abfällig beurteilt, so S. 276 ff. und S. 332 ff.

Freilich wird, wenn irgend welche Kassen etwas nützen sollen,

Digitized by Google

in den Wuchergegenden vor allem ein gewisser geistiger Fortschritt gemacht werden müssen, damit jene falsche Scham, von der früher gesprochen wurde, überwunden wird. Indes diese Art von bäuerlicher Dummheit, ja die bäuerliche Borniertheit überhaupt muss nach dem natürlichen Verlauf der Dinge notwendig von selbst abnehmen. Der Bauer wird sich nach und nach in die Geldwirtschaft eingewöhnen und finden, dass man in derselben ohne Berechnung und Buchführung nicht vorwärts kommt, dass man alle Bedürfnisse viel besser und billiger auf offenem Markte befriedigt, als im tête-à-tête mit dem Juden.

Die spezifischen Nachteile des Kleinbetriebes, der Zwergwirtschaft, werden dadurch allerdings nicht beseitigt, wohl aber der spezifisch jüdische Wucher, dieser Anachronismus im modernen Wirtschaftsleben, dessen Dasein nur beweist, dass auch die Zustände seiner Opfer ein Anachronismus sind.

Geistige Fortschritte, allmäliche Anpassung an die Forderungen der Geldwirtschaft sind also die Hauptsache beim Kampf gegen den Wucher. Vereine können viel dazu beitragen. Eine passende Organisation des Kredits wird sich dann wie von selbst finden. Die wirtschaftliche Not des Kleinbauernstandes mag dabei aus andern Gründen fortdauern, vielleicht sogar zunehmen; aber Not und Wucher sind zweierlei, die Not ist eine Voraussetzung des Wuchers, aber dieser keineswegs eine notwendige Konsequenz jener.

Der Wucher muss also nach der Natur der Dinge abnehmen und hat auch nach den Angaben verschiedener Berichterstatter in letzter Zeit abgenommen (s. z. B. S. 18, 62, 108).

Was hievon auf Rechnung des Wuchergesetzes zu schreiben ist, lässt sich natürlich nicht mit Bestimmtheit sagen. Die Berichterstatter gehen in ihren Ansichten über die Wirkung dieses Gesetzes sehr weit, so weit als möglich, auseinander.

Im Allgemeinen steht fest, dass Wucherprozesse ausserordentlich selten sind, auch in Ländern, wo der Wucher epidemisch auftritt, dass die Bewucherten selbst am wenigsten geneigt sind, ihre Quälgeister den Gerichten zu überliefern, dass auch in dieser Beziehung bei den Bauern ein Heimlichthun herrscht, welches den Berichterstattern überall ausserordentlich im Wege stand, wenn sie sich über die Häufigkeit des Wuchers Aufklärung verschaffen wollten, und dass endlich der Wucher Geschäftsformen kennt, die zum Zwecke führen, ohne dass sie dem Gesetz und dem Richter erreichbar wären.

Digitized by Google

Gross kann hiernach die wirtschaftliche Wirkung des Gesetzes nicht sein, einige Berichte reduzieren sie auf Null. Die moralische Wirkung mag erheblich grösser, das Rechtsbewusstsein des deutschen Volkes wesentlich dadurch befriedigt sein, dass der Staat mit seinen Richtern nicht mehr das gaunerische Gewerbe des Wucherers schützt und dem letzteren seinen Arm leiht, um die Opfer seiner Niederträchtigkeit vollends zu Boden zu schlagen.

Fragen wir zum Schluss: welche Rolle spielt der Wucher auf dem Lande in der socialen Frage? Wenn diese als Arbeiterfrage aufgefasst wird, was sie unzweifelhaft ist, eine sehr untergeordnete. Der Arbeiter ist kein Objekt des Wuchers, weil er nichts hat. Er wird zwar auch ausgebeutet, aber diese Art von Ausbeutung darf man nicht Wucher nennen, wenn man nicht etwa unsere ganze Volkswirtschaft ein Wuchergeschäft nennen will. Der kleine Mittelstand, besonders der bäuerliche, also unwissendste Teil desselben, ist fast ausschliesslich dem rechten, echten, halsabschneiderischen Wucher ausgesetzt. Nur insofern, als dieser Mittelstand — abgesehen von den anderen ihm feindseligen Mächten in unserer modernen Wirtschaft — auch durch den Wucher dezimiert und so das Proletariat vermehrt wird, spielt der Wucher eine gewisse Rolle in der socialen Frage und drängt seinerseits zu deren Lösung im socialistischen Sinne. Diejenigen, die da glauben, die sociale Frage als spezifische Arbeiterfrage sei nicht zu lösen, sondern dadurch aus der Welt zu schaffen, dass man den kleinen Mittelstand, besonders den Bauernstand, erhalte und stärke, werden geneigt sein, im Wucher ein grosses sociales Uebel zu erblicken, besonders wenn sie vergessen oder nicht zugeben wollen, dass dieser kleine Mittelstand auch ohne Wucher, durch die blosse Weiterentwicklung unserer produktiven Kräfte, dem Untergang geweiht ist. Und allerdings ist es nicht strikte zu beweisen, dass speziell der Bauer in unserer Volkswirtschaft heute schon eine unmögliche Figur geworden oder nächstens werden wird.

Digitized by Google

Digitized by Google

Die geplante
Alters- und Invalidenversicherung
im Deutschen Reich.

(1888.)

Fast alle Staatsmänner und die meisten Gelehrten gehen in allen Angelegenheiten, welche die Interessen der oberen Klassen betreffen, von der Frage aus: was wünschen diese oberen Klassen, die Grundbesitzer, die Fabrikanten, die Kaufleute u. s. w.? Handelt es sich dagegen um die Interessen der unteren Klassen, so werden deren Wünsche, auch wenn sie noch so offen und deutlich ausgesprochen vorliegen, entweder gänzlich ignoriert, oder man geht mit einigen kritischen Bemerkungen über dieselben hinweg zu der Frage: was frommt diesen armen Leuten nach unserer Meinung? was wünschen wir von unserem Standpunkte aus für Veränderungen oder Verbesserungen in ihrer Lage herbeizuführen?

Im ersten Fall kommt dann regelmässig ein Gesetz, eine Massregel oder eine Theorie zu stande, welche den Wünschen der betreffenden Bevölkerungskreise mehr oder weniger, aber doch immer einigermassen entspricht. Im letzteren kann es sehr leicht vorkommen, dass für die unteren Klassen, angeblich in ihrem Interesse und zu ihrem Wohle, irgend etwas veranstaltet wird, woran sie nie gedacht, wornach sie nie auch nur mit einem Wort einen Wunsch geäussert haben.

Dieses verschiedenartige Verhalten rührt davon her, dass man die oberen Klassen für mündig, die unteren noch immer für unmündig

Digitized by Google

hält oder zu halten sich den Anschein gibt. Zu den ersteren sagt man daher: Ihr wisst jedenfalls am besten, was Euch gut ist; es frägt sich höchstens, ob Ihr nicht zu sehr Euer Spezialinteresse im Auge habt! Zu den anderen sagt man: Ihr wisst gar nicht, was Euch frommt, das verstehen wir viel besser und Eure Wünsche sind daher als solche ohne alle Bedeutung.

Ein solches Verfahren und der demselben entsprechende Standpunkt mag so lange angehen, als die betreffende Klasse wirklich ohne alle Bildung und Kenntnisse ist und spezielle Postulate zur Verbesserung ihres Loses gar nicht einmal aufzustellen vermöchte. Unter solchen Verhältnissen sind aber die unteren Klassen von den oberen nicht bloss faktisch, sondern auch rechtlich — d. h. eingestandenermassen und nach der offen vorliegenden Verfassung der Gesellschaft — beherrscht und ein Widerspruch zwischen den faktischen Zuständen und den im allgemeinen Bewusstsein herrschenden Rechtsgedanken findet nicht statt.

Ganz anders ist die Sachlage, wenn, wie in unseren Zeiten, von den oberen Klassen selbst als Prinzip der socialen und politischen Ordnung der Satz ausgesprochen wird: Alle Menschen sind gleich und jeder hat daher für sich selbst zu sorgen und seine Interessen zu fördern, so gut er kann. Wenn man hier noch gewisse Klassen als mündig, andere als unmündig behandelt, so thut man den letzteren offenbar Unrecht, indem man sich gegen ein Prinzip versündigt, das man selbst anzuerkennen vorgibt und auch überall, wo es den eigenen Interessen nützlich ist, faktisch anerkennt.

Dass durch ein solches Vorgehen die Gegensätze der Klassen nicht versöhnt, sondern noch verschärft werden, steht selbst dann zu erwarten, wenn die einzelnen nicht gewünschten, sondern nur aufgedrungenen Massregeln den unteren Klassen irgend welchen Vorteil bringen sollten. Und der Staatsmann, der auf diesem Wege eine Versöhnung der Klassengegensätze erstrebt, befindet sich in einem verhängnisvollen Irrtum und zeigt, dass er von der wahren Sachlage, von den in der breitesten Schichte der Bevölkerung herrschenden Tendenzen nichts versteht. In Deutschland tritt dieser Mangel an Verständnis in der Thatsache merkwürdig klar hervor, dass man auf der einen Seite Spezialgesetze für die handarbeitende Klasse gibt und ihr also geradezu und höchst offiziell ins Gesicht sagt: deine Interessen sind, wie deine Lage, ganz besondere und von denen der übrigen Bevölkerung weit verschieden; und auf der anderen Seite

Digitized by Google

durch alle möglichen Ausnahmsgesetze und Ausnahmsmassregeln: du darfst aber diese speziellen Interessen durchaus nicht speziell vertreten, wir wollen das verhindern soweit wir können und auf deine bezüglichen Wünsche so wenig Rücksicht nehmen, als nur immer möglich. Deine politischen Rechte sind zwar — das anerkennen wir — genau so gross, wie die aller anderen Klassen; aber solange du nicht denjenigen Gebrauch davon machst, den wir wünschen und der in unserem Interesse liegt, werden wir alles thun, um dieselben faktisch nicht zur Geltung kommen zu lassen.

Die Vertreter der Arbeiter im deutschen Reichstag — das sind doch die socialdemokratischen Abgeordneten, oder wer denn sonst? — verlangten Schutz für den thätigen Arbeiter, sein Weib und seine Kinder, und man gab ihnen eine Krankenversicherung. Sie verlangten Verbesserung der Arbeitsbedingungen, und man bietet? Der offizielle Titel lautet: „Alters- und Invalidenversicherung"!

Die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 hatte ja den Erwerbsunfähigen ein „höheres Mass staatlicher Fürsorge" in Aussicht gestellt. Allein in der Wirklichkeit handelt es sich gar nicht darum, sondern, wie das Professor Brentano in Conrad's Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik (1888, 1. Heft) weitläufig nachgewiesen, um eine Reform der Armenpflege, ja sogar wesentlich nur um eine „Armensteuerreform", speziell vom Standpunkt der Armensteuerpflichtigen, welche nach ihm „die dringendste realpolitische Forderung der Gegenwart" sein soll. Auch der Geh. Regierungsrat von Woedtke sagte als Regierungskommissär in der am 5. Dezember v. J. abgehaltenen Sitzung des preussischen Volkswirtschaftsrats: „der Arbeiter solle nicht bloss seiner selbst, sondern auch der Gesamtheit wegen angehalten werden, für seine Zukunft zu sorgen und sich der Armenpflege thunlichst zu entziehen."

Es segelt also hier unter der Flagge „Socialreform" die reinste Kontrebande, es handelt sich gar nicht darum, den Arbeitsinvaliden eine stärkere Fürsorge zu teil werden zu lassen, sondern nur darum, die Last der Armenpflege anders zu verteilen und die Organisation der Armenpflege mit einer wesentlichen Forderung unserer kapitalistischen Volkswirtschaft, der Freizügigkeit der Arbeiter, in Einklang zu bringen.

Haben die Arbeiter von dieser Reform einen Gewinn? Eine Frage, die gar keinen Sinn hätte, wenn es sich wirklich um eine socialreformatorische Massregel handelte, die aber gegenüber den

Digitized by Google

„Grundzügen zur Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter“ offenbar gar sehr am Platze ist.

Ich antworte darauf: in einem Punkte, und zwar einem wichtigen, ganz unzweifelhaft, aber nur deshalb, weil unser „christlicher Staat“ in der Armenpflege bisher nichts weniger als christlich war. Wiederholt erklärt Brentano a. a. O., dass in Deutschland die Armenunterstützung nur unter „entehrenden Bedingungen“ gewährt werde, und im Ausschuss des preussischen Volkswirtschaftsrats erklärte Staatsminister von Boetticher: die Absicht des socialpolitischen Gesetzgebers sei hier, die Arbeiter der „entehrenden Armenpflege thunlichst zu entziehen“. Wenn die Armenpflege wirklich bisher entehrend war, dann ist es ein grosser Vorteil für den Armen, dass sie in ihrer neuen Gestaltung dieses Epitheton verlieren wird. Allerdings wäre es, wie mir scheint, schon längst Pflicht des christlichen Staates gewesen, alles Entehrende von der Armenpflege fern zu halten. Die staatlichen Beamten werden ja auch in der Zeit der Invalidität längst von der Gesamtheit erhalten, ganz so wie die invaliden Arbeiter, und stets war ihre Unterstützung so eingerichtet, dass sie, die ohne solche zumeist so vollkommen arm gewesen wären, wie andere Arbeiter, gar nichts Entehrendes darin erblicken konnten. Hier macht also das Projekt einen grossen Fortschritt vom bisherigen Zustande aus, denn mit dem Gelde in der Hand, das ihm die Post auszahlt, muss sich der invalide Arbeiter ebenso frei und unabhängig fühlen, als irgend ein anderer Mensch, der gleichviel Geld per Jahr aus einer privaten Rentenanstalt bezieht.

Mit dieser Geldform und Zahlungsweise der Unterstützung hängt von selbst auch der Vorteil zusammen, dass der invalide Arbeiter seinen Aufenthaltsort insoweit beliebig wählen kann, als er nicht, wie das bisher beim Armen vielfach der Fall war, an einem bestimmten Orte förmlich interniert sein wird. Nur ins Ausland darf er nicht gehen. So lange er nicht im Inlande wohnt, ist nach Ziffer 13 der „Grundzüge“ die Zahlung der Renten einzustellen.

Unzweifelhaft unzulässig scheint mir die Anordnung Ziffer 6 der „Grundzüge“, wornach durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde für ihren Bezirk oder eines weiteren Kommunalverbandes für seinen Bezirk oder Teile desselben, sofern daselbst nach Herkommen der Lohn ganz oder zum Teile in Form von Naturalleistungen gewährt wird, bestimmt werden kann, dass die Rente der in diesem Bezirk wohnenden Rentenempfänger bis zu drei Vierteilen

Digitized by Google

ihres Betrags ebenfalls in Form von Naturalleistungen gewährt werde, deren Wert nach Durchschnittspreisen in Ansatz zu bringen sei. Dann beziehe der Kommunalverband, der die Naturalien leistet, den betreffenden Teil der Geldrente.

Hier ist ein Unterschied zwischen Arbeitern und Arbeitern in Bezug auf ihre Rentenansprüche gemacht, der sich nur vom Standpunkt des Interesses der Grundbesitzer gewisser Gebiete Deutschlands, namentlich der nördlichen und östlichen, erklären lässt. Die Gemeinden, die als solche gar nichts mit der ganzen Invalidenversicherung zu thun haben, sollen darüber entscheiden, ob die inwohnenden Rentenberechtigten Geld bekommen sollen, wie ihre gleichberechtigten Genossen in anderen Gegenden und Gemeinden Deutschlands, oder ob sie für den grössten Teil der Rente Naturalien annehmen müssen, welche dasselbe Organ liefert, das sich in seinem eigenen Interesse für diesen Modus entschieden hat!

Besonders die 15 000 Grossgrundbesitzer in den Gutsbezirken des östlichen und nördlichen Preussen werden sich über diese Bestimmung keineswegs beklagen. Sie verkaufen ihre Produkte mit Profit und gegen bares Geld, und wer wird sie in ihren Lieferungen und Rechnungen genau kontrollieren? Wenn die Wahl: ob Naturalien oder Geld? den Rentenberechtigten zustünde, dann liesse sich gegen diese Bestimmung nichts einwenden, aber unfassbar ist das Recht der Gemeinden, darüber statutarisch zu entscheiden.

Man sieht, soweit wir bisher die Anordnungen der „Grundzüge" als vorteilhaft für die Arbeiter erklären mussten, handelt es sich nur um eine Frage des Ehrgefühls und der persönlichen Freiheit. Aber es gibt selbstverständlich noch andere Gesichtspunkte für die Beurteilung derselben.

Vor allen diesen. Die Armenpflege wurde bisher in aller Welt als eine Aufgabe der Besitzenden angesehen und behandelt. Von jetzt an soll sich die Unterstützungspflicht verteilen auf die zu Unterstützenden selbst, so lange sie noch keiner Unterstützung bedürfen, auf ihre Arbeitgeber und auf die Gesamtheit, den Staat, zu welchem Arbeiter und Arbeitgeber ebenfalls gehören.

Darin findet Brentano nichts weiter als „eine weitgehende Entlastung der Armensteuerpflichtigen jeglicher Art."

Wenn aber irgend jemand bei dieser Gelegenheit entlastet werden und andererseits die Unterstützung der Armen im ganzen nicht geringer ausfallen soll als früher, so ist die notwendige Folge die, dass

Digitized by Google

irgend jemand neu oder mehr als bisher belastet werden muss. Denn die Mittel zur Unterstützung müssen von irgend jemand aufgebracht werden.

Und wer ist denn dieser geheimnisvolle Jemand? Es könnte nur der Arbeiter sein. Und wer sind denn in der That die Entlasteten?

Ich führe zur Beantwortung dieser Frage einige Worte an, die Herr Schmidt (Elberfeld), einer von den wenigen, welche die Frage der Alters- und Invalidenversicherung auf dem ausserordentlichen Berufsgenossenschaftstag, der am 17. Dezember 1887 in Berlin abgehalten wurde, mit Verständnis behandelten.

„Man hat gesagt, die Kommunen sollen entlastet werden — aber es ist doch zweifellos richtig, dass die Kommunalsteuern, aus denen die Armenlasten gedeckt werden, nicht vom Arbeiter, sondern von dem besser situierten Bürger bezahlt werden. -- Wenn also auf diese Weise die Kommunen entlastet werden, so entlasten Sie die Besitzenden in ihrer Steuer und belasten durch den Beitrag in dieser Form, wie sie jetzt vorgeschlagen wird, den Arbeiter“ (Protokoll des ausserordentlichen Berufsgenossenschaftstages. Berlin 1888. S. 8—9). Man möchte nun glauben, dass derjenige, der das Loos der Armen verbessern will — und das soll unser Staat sein — und diejenigen, welche die Armenpflege von allen Seiten und jedenfalls nicht bloss vom Gesichtspunkt der Besitzenden aus zu betrachten hätten — und das sollten unsere Männer der Wissenschaft sein — in dieser Abwälzung der Armenlast von den Besitzenden auf die Armen selbst keinen grossen Fortschritt sehen könnten. Doch es verhält sich anders. „Die Kosten der öffentlichen Armenpflege fallen gegenwärtig beinahe ganz den Besitzenden in der Gemeinde zur Last“ schreibt 1882 Franz Kretschmann, königlich preussischer Regierungsrat, in seinem Buche über „die Altersversorgung der Arbeiter in Deutschland“ (S. 8) und bezeichnet es ganz naiv als einen grossen Fortschritt, einen „recht bedeutenden Vorzug“, wenn das Gesetz die Arbeiter zwingen würde, für ihre Altersversorgung grösstenteils selbst zu sorgen.

Und Brentano stellt sogar mit wenig Worten eine nationalökonomische Theorie auf, welche triumphierend beweisen soll, dass das neue Projekt nicht etwa einen weiteren Schritt auf dem Wege des Kommunismus, sondern vielmehr „eine weitgehende Annäherung an jenes Postulat einer individualistischen Doktrin“ bedeute,

Digitized by Google

„dass ein jeder die Produktionskosten der Arbeit ersetzen solle, soweit er ihre Früchte geniesse". — Während bis jetzt die Kosten der Alters- und Invalidenunterstützung beliebigen Armensteuerpflichtigen zugefallen seien, sollen „von nun an wenigstens zwei Drittel dieser Last den Konsumenten der hergestellten Produkte zufallen, und nur der Reichszuschuss im Betrag von einem Drittel der fälligen Renten bleibt als ein Rest der früheren kommunistischen Deckungsweise".

Brentano rechnet hier die Kosten der Alters- und Invalidenversorgung zu den Produktionskosten der Arbeit. Das sind sie aber keineswegs; die Erhaltung der Arbeitsunfähigen kann doch unmöglich für die Produktion von irgend welcher Bedeutung sein. Wenn jeder Arbeiter in dem Augenblick, wo er arbeitsunfähig wird, wegstürbe, so würde die nationale oder sociale Produktion sicher nicht darunter leiden.

Und wer geniesst denn die „Früchte" der Arbeit, die von derselben „hergestellten Produkte"? Nach Brentano's, allerdings sehr kurz gefasster, Lehre sind lediglich die Arbeiter und die Unternehmer Konsumenten der Arbeitsprodukte. Dass die zur Invalidenversicherung je ein Drittel zahlen, ist nach ihm individualistisch, dass der Staat ein Drittel zahlt, ist kommunistisch. Aber wovon leben denn alle die Menschen, die weder Arbeiter noch Arbeitgeber im Sinne dieser „Grundzüge" sind? Ich denke, ein Unternehmer, der 100 Arbeiter hat und für diese die Prämie bezahlt, konsumiert nicht mehr Arbeitsprodukte als der Millionär und Rentier, der bloss 3—4 Dienstboten hält. Dass er nur die Arbeitsprodukte dieser Dienstboten geniesse, wird wohl niemand behaupten wollen.

Also vom Gesichtspunkt der Produktionskosten der Arbeit ergibt sich überhaupt gar keine Alters- und Invalidenversorgung und vom Gesichtspunkt der Konsumtion der Arbeitsprodukte ergibt sich jedenfalls nicht die projektierte.

Es ist eine seltsame, obwohl den meisten Menschen sicherlich ganz geläufige, Schlussfolgerung zu sagen: Weil der Arbeiter alles produziert, was die ganze Gesellschaft konsumiert, und von seinem Produkt so wenig erhält, dass er ohne fremde Hilfe in der Zeit seiner Arbeitsunfähigkeit verhungern müsste, so muss er gezwungen werden, doch wenigstens einen Teil dieses Bedarfs selbst aufzubringen.

So weise war man früher nicht; aber, wie man sich auch in der Theorie ausdrücken mochte, in der Praxis gestaltete man die

Digitized by Google

öffentliche Armenpflege häufig so, dass sie für den Unterstützten — vielleicht wohl auch für den Unterstützer? — entehrend war.

Nach den „Grundzügen“ werden die Arbeiter nicht bloss ein Drittel der Versicherungslast tragen, sondern erheblich mehr, indem auch von dem Drittel des Staats bei dem in Deutschland herrschenden Besteuerungssystem ein erheblicher Teil auf sie fällt.

Und an Kommunismus fehlt es auch diesem System der Armenpflege keineswegs, nur dass jetzt diejenigen, die selbst nichts haben, einander unterstützen müssen, während bisher die Besitzenden allein unterstützungspflichtig waren. Der neue Kommunismus besteht darin, dass alle diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche von der Versicherung nichts haben, weil sie vor dem Eintritt der Berechtigung aus dem Arbeiterstande ausscheiden, dennoch ihre Beiträge zahlen müssen und nichts zurückvergütet erhalten; — dass wenig beteiligte Arbeiterkreise zur Unterstützung der stark beteiligten, die schlecht lohnende Arbeit zur Unterstützung der gut bezahlten herangezogen wird. Die arme Arbeiterin, die nach wenigen Jahren aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet, zahlt mit für den besser gelohnten männlichen Arbeiter, der kleine Gewerbetreibende, der sich kümmerlich durchschlägt, für die grossen Fabrikbesitzer Und das nicht etwa nach seinem Können, sondern nach einem Massstabe, der dieses gar nicht berücksichtigt (vgl. K. Schrader in der „Nation“ vom 7. Januar 1888). Die später herzustellende Abstufung der Prämien nach der Invaliditätsgefahr bei den verschiedenen Berufsgenossenschaften beseitigt diese Verhältnisse noch lange nicht. Denn innerhalb derselben Berufsgenossenschaft kann die Invaliditätsgefahr sehr verschiedene Grade aufweisen.

Der sog. „Kommunismus“ zwischen Besitz und Nichtbesitz zu Gunsten des letzteren ist also thunlichst beseitigt und ein wirklicher Kommunismus der Armen unter sich zu Gunsten der Besitzenden — zur „Entlastung der Gemeinden“ — soll zwangsweise eingeführt werden.

Auch in den offiziellen Vertretungen der Interessen der besitzenden Klassen wurden verschiedentlich Stimmen laut, die sich gegen dieses neue Prinzip der Armenpflege aussprachen. Der schon genannte Herr Schmidt (Elberfeld) ging wohl am weitesten in dieser Beziehung, indem er erklärte: Ein dauernder Reichszuschuss sei nicht nötig (Protokoll des ausserordentlichen Berufsgenossenschaftstages S. 7), er sei ein Gegner des Staatsbeitrags auch deshalb, weil

Digitized by Google

er die Selbstverwaltung behalten wolle, und das beste wäre, wenn die Arbeitgeber allein zahlten. Dass dies von ihnen geleistet werden könne, darüber sei er nicht im Zweifel (S. 13).

In derselben Versammlung erklärte Herr Kommerzienrat Berding: er schrecke vor den den Unternehmern erwachsenden Mehrausgaben auch dann nicht zurück, wenn der Staat gar nichts dazu zahle. Die Arbeiter gehören mit zur Industrie, ihre Invaliden müssen auch leben und das Geld, welches die Industrie für solche wohlthätige Zwecke für die Arbeiter und Invaliden ausgebe, verwende sie wesentlich für sich und aus diesem Gesetz erwachse der Industrie ein Nutzen, welcher grösser sei als die Last, die ihr auferlegt werde (a. a. O. S. 23). Wenn der Herr Kommerzienrat trotzdem nur den Staatsbeitrag, nicht aber den Beitrag der Arbeiter beseitigt wissen will, so ist das mehr interessant als logisch.

Allein trotz alledem und alledem und obwohl es nichts weniger als in der Ordnung ist, den Arbeitern von einer Socialreform zu sprechen und statt deren eine blosse Neuerung in der Verteilung der Armenlast vorzuschlagen, infolge welcher die Armen sich zum Teil selbst unterstützen sollen, kann niemand, der die Verhältnisse unserer modernen Gesellschaft einigermassen kennt, sich dafür aussprechen, dass die Arbeiter keine Beiträge zahlen sollen. Nicht deshalb, weil es billig und gerecht ist, dass sie unter den heutigen Verhältnissen zahlen, sondern lediglich deshalb, weil die Arbeiter ohne diese Beiträge sicher auch in dieser Angelegenheit keine moralische Position einnehmen und als blosse Almosenempfänger „entehrend“ behandelt würden. Noch viel besser wäre es in dieser Hinsicht allerdings, wenn die Arbeiter als Klasse ihre Invaliden allein und ohne alle fremde Beihilfe versorgen und dann natürlich auch die Verwaltung ihres Invalidenversicherungswesens ausschliesslich in ihren Händen behalten könnten. Allein dazu würde vor allem eine wirkliche Socialreform gehören, welche den Lohn der Arbeit mindestens für jede Zeit sicherte, womöglich erhöhte. Dazu würde aber auch noch ein anderes politisches System gehören, als das heute in Deutschland herrschende wesentlich aristokratische, also bevormundende, also die Selbständigkeit der unteren Klassen auf alle Weise verhindernde und zerstörende. Wären die Arbeiter gegenwärtig im Stande, sich als Klasse selbst eine genügende Versicherung für Alter und Invalidität zu schaffen, so würde die Regierung sicher dem Reichstag keinen

Digitized by Google

Gesetzesentwurf vorlegen, der diese Versicherung einführen sollte, sie würde vielmehr, getrieben durch ihr innerstes Wesen, jedem solchen Versuche mit allen Mitteln entgegentreten. Man nennt ein solches Regime konservativ, ich möchte es mit Rodbertus mit einem entgegengesetzten Prädikat bezeichnen, und wer sieht, wie dasselbe die revolutionären Parteien heranzüchtet, wie flott sie unter ihm wachsen und gedeihen, der wird mir Recht geben müssen.

Die zweite gewichtige Frage, die man an die neue Armenpflege richten muss, wird wohl die sein: in welchem Masse werden die Invaliden unterstützt? Ist die Unterstützung auch genügend?

Professor Brentano berührt in seiner weitläufigen Erörterung diese Frage gar nicht, wenigstens nicht vom Standpunkt der Armen aus, die hieran doch wohl ein begreifliches und — fast möchte ich sagen entschuldbares — Interesse haben.

Die den „Grundzügen" beigegebene Denkschrift bemerkt in dieser Hinsicht mit fast verblüffender Offenheit: die invaliden Arbeiter sollen nur soviel bekommen, als „für notdürftigen Unterhalt an billigem Orte ausreicht" und ihre Rente solle zugleich „nicht eine nur teilweise Erleichterung der öffentlichen Armenpflege" darstellen. Das heisst also zum Industriearbeiter sagen: im allgemeinen wird es, wenn du invalid geworden, notwendig sein, dass du deinen bisherigen Aufenthaltsort, die Stadt, deine gewohnte Umgebung, deine gewohnte Lebensweise, deine Verwandten und Freunde verlässst, und als alter Mann, der sich nicht mehr leicht an einem fremden Orte, unter ganz anderen Verhältnissen zurechtfindet, aufs Land ziehst, damit du dort „notdürftig" leben könnest. In der Stadt kannst du auch das nicht, und auf weitere Unterstützung seitens der alten, noch fortbestehenden Armenpflege hat ein Rentenempfänger unter allen Umständen keinen Anspruch mehr. Die Armseligkeit der Rente „wird dazu führen", sagt die Denkschrift mit beneidenswerter Gemütsruhe, „dass die Rentenempfänger thunlichst auf dem Lande ihre Wohnung nehmen, dadurch die Bevölkerung des platten Landes vermehren und letzterem neben dem Reste ihrer Arbeitskraft auch vermehrten Geldumsatz zuführen". Es ist merkwürdig, dass man den Dünger vergessen hat! Also diese armen, „notdürftigen" Krüppel und Greise sollen durch ihre Armut gezwungen werden, der Grundrente mit dem letzten Rest ihrer Kräfte und mit ihrem armseligen Bischen Geld ein wenig zu dienen. Solche Ideen sollte man doch nicht so offen heraussagen und ein Nationalökonom sollte darin doch nicht einen Vorzug der neuen

Digitized by Google

Armenpflege erblicken, wie Brentano, der hier lediglich ein Heilmittel gegen den bisherigen „mit sehweren socialen Schäden verbundenen Andrang von Personen, welche der Arbeitsunfähigkeit nahe waren, nach den grossen Zentren der Bevölkerung“ erblickt.

Da zeigte der Herr Kommerzienrat Berding doch noch eine humanere Gesinnung, wenn er auf dem Berufsgenossenschaftstag sagte: „Ich glaube nicht, dass ein gewerblicher Arbeiter, der bis zu seinem 65. oder 70. Jahr in einer Industriestadt gelebt hat, sich dann noch auf die Wanderschaft zu begeben geneigt sein wird. Ich glaube, er wird immer trachten, in der alten Umgebung zu bleiben, besonders wenn ihm dort noch Angehörige zur Seite stehen, die sich seiner annehmen können. — Ich möchte mir bei dieser Gelegenheit erlauben, meine Ansicht dahin auszusprechen, dass die Renten, wie sie in den „Grundzügen“ im allgemeinen festgestellt sind, für die industriellen Arbeiter nicht ausreichen. Bei einer Einrichtung von solcher Tragweite, zu der jeder Arbeiter von frühester Jugend an verpflichtet sein soll, Beiträge zu leisten, kommt es doch, wenn man den Zweck erreichen will, zu allererst darauf an, dass das Gesetz sich den Anschauungen der Arbeiter einigermassen anschliesst. Ich glaube aber nicht, dass die Aussicht auf eine mit dem 71. Jahre beginnende Altersrente von 120 M. geeignet ist, auf die Arbeiter eine günstige Einwirkung auszuüben“ (Protokoll des ausserordentlichen Berufsgenossenschaftstages S. 23). Herr Schmidt (Elberfeld) sagt in derselben Versammlung:

Die städtischen Arbeiter, besonders im Westen des Reichs, werden unter dem neuen Gesetz schlechter stehen als heute, und beweist dies mit Zahlen (a. a. O. S. 8).

Herr von Pfister sagt ebenda: Eine Rente von 120 M. reiche in Deutschland nicht zur notdürftigen Lebenshaltung am billigsten Orte aus (S. 24).

Auch der Referent Herr Holtz sagt endlich: „Das was gegeben werden soll, reicht nicht aus oder ist nicht genug, ich gebe es zu — aber — lassen Sie uns nicht über den Vorschlag der Regierung hinausgehen“ (a. a. O. S. 25).

Diese Art von Logik erinnert lebhaft an die Aussprüche, die Staatsminister von Bötticher in der Reichstagssitzung vom 23. Januar d. J. bezüglich der Altersversicherung that. Er sagte, in einfaches bürgerliches Deutsch übersetzt, etwa folgendes: Ja, es ist wahr, wir haben thatsächlich keine Altersversicherung, denn die

Digitized by Google

Arbeiter werden selten oder fast nie über 70 Jahre alt; aber wir hatten „gebundene Marschroute", d. h. die kaiserliche Botschaft sprach einst von Altersversorgung, und so mussten wir auch davon sprechen in unseren Grundzügen, sowohl auf dem Titel als im Text, obwohl wir thatsächlich bloss gegen Invalidität versichern.

In der Ausschusssitzung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller vom 23. November 1887 sagt der Geheime Finanzrat Jencke (Referent): „Das ist ja nicht zu leugnen, dass eine Rente in dem Betrage, wie sie vorgesehen ist, in den meisten Teilen Deutschlands den betreffenden Rentenbezugsberechtigten einen vollen und auskömmlichen Unterhalt nicht sichert. Im Westen ist jemand, der 120 oder 200 M. bezieht, noch sehr auf die Hilfe seiner Familienangehörigen oder sonst andere Hilfe angewiesen"; im Osten allerdings könne Einer, der 120, 150 oder 200 M. beziehe, „unter Umständen ein wohlhabender Mann" sein.

Das letztere, glaube ich, ist doch ein wenig aufgeschnitten. Der Redner weist darauf hin, dass es in hochentwickelten Industriebezirken Deutschlands Fabrikpensionskassen gibt, welche Pensionen von 300—600 M. gewähren (Verhandlungen, Mitteilungen und Berichte des Zentralverbandes Deutscher Industrieller. Nr. 38. S. 78 f. Berlin, 1887), in der Eisen- und Stahlindustrie sogar 750 M. und darüber (a. a. O. S. 147). Auch in der Sitzung des Volkswirtschaftsrats vom 5. Dezember 1887 erklärt ein Redner: bei einer Rente von 120 M. könnten die Arbeiter auf andere Unterstützung nicht verzichten (a. a. O. S. 135). Nichts ist sicherer als das; aber selbst mit dem Höchstbetrage der Invalidenrente, mit 250 M., kann im grössten Teile von Deutschland ein Mensch ohne die schwersten Entbehrungen, ohne auf eine gesunde Wohnung, eine irgend genügende Kleidung und ausreichende Nahrung zu verzichten, sicherlich nicht leben.

Wer 10 000 M. jährliches Einkommen hat, der mag freilich sagen, so viel sei nicht notwendig, man könne auch mit weniger auskommen. Aber wenn er gleich soweit geht zu behaupten, man könne auch mit dem 40. Teile seines Einkommens noch erträglich leben, so ist das eine blosse Leichtfertigkeit. Und wie soll es denn in Zukunft werden, wenn der Invalide unmündige Kinder hat und seine Frau nichts verdienen kann? Der Invalide mit 250 M. wird allerdings keine unmündigen Kinder haben, aber der mit 120 M., und das macht die Sache nicht besser. Hat auch ein solcher keinen Anspruch mehr auf Armenpflege, stellt die Rente auch für ihn „nicht

Digitized by Google

eine nur teilweise Erleichterung der öffentlichen Armenpflege oder ein Taschengeld“ dar? Wie leicht ist es doch dem Satten, nicht zu begreifen, wie ein Anderer Hunger haben kann! Wie leicht ist es doch in der Bel-Etage zu sagen: man könne auch im Keller recht hübsch und bequem wohnen!

Wenn ich oben behauptet habe, dass auch der Maximalbetrag der Invalidenrente im allgemeinen nicht ausreiche, so habe ich da von einer Rentenhöhe gesprochen, die in der Wirklichkeit kaum vorkommen wird. Es ist nicht anzunehmen, dass unter tausend Arbeitern ein einziger 250 Mark erhalten wird.

Die Invalidenrente beträgt für Männer 120 Mark jährlich und steigt nach Ablauf der ersten 15 Beitragsjahre für jedes vollendete weitere Beitragsjahr um je 4 Mark jährlich bis zum Höchstbetrage von jährlich 250 Mark. Der Höchstbetrag der Rente wird somit nach Ablauf von 48 Beitragsjahren erreicht, also bei Personen, welche mit dem Beginn des 19. Lebensjahres in eine die Versicherungspflicht begründende Beschäftigung eingetreten sind, nach Ablauf von 18+48 = 66 Lebensjahren. Ein Anspruch auf die volle Rente besteht aber nur, sofern seit dem Eintritt in eine die Versicherungspflicht begründende Beschäftigung bis zum Eintritt der Invalidität in jedem Kalenderjahre Beiträge für mindestens 300 Arbeitstage für ein Beitragsjahr geleistet sind. Bloss Krankheit und Militärdienst entbinden von der Beitragspflicht. Wer aus anderen Gründen für weniger als 300 Arbeitstage oder gar keine Beiträge geleistet hat, dem ist die Rente bei ihrer demnächstigen Feststellung nur nach dem Werte der thatsächlich geleisteten Beiträge zu gewähren und zu diesem Zweck nach den von dem Reichsversicherungsamt hierüber aufzustellenden Tarifen um den Versicherungswert des Ausfalls an Beiträgen zu ermässigen. Diese Kürzung tritt nicht ein, wenn der Ausfall gedeckt ist entweder durch Verrechnung der in den dem Ausfall vorangehenden Jahren für mehr als je 300 Arbeitstage geleisteten Beiträge oder durch Verrechnung derartiger Mehrbeiträge in späteren Jahren, soweit durch diese auch die Zinsen und Zinseszinsen des Ausfalls von dem Ablaufe desjenigen Kalenderjahres ab, in welchem der Ausfall eingetreten ist, gedeckt werden, oder endlich durch freiwillige Nachzahlung der ausgefallenen Beiträge samt Zinsen und Zinseszinsen wie oben, einschliesslich des auf den Arbeitgeber entfallenen Anteils derselben. —

So bestimmen die „Grundzüge“. In jedem Fall also, wo ein Arbeiter von dem Zeitpunkt seines Eintritts in eine versicherungs-

Digitized by Google

pflichtige Beschäftigung bis zum Eintritt der Invalidität eine Zeit der Arbeitslosigkeit durchzumachen hat und nachher nicht im Stande ist, das Doppelte seines gewöhnlichen Beitrags samt Zinsen und Zinseszinsen für die Zeitdauer der Arbeitslosigkeit nachzuzahlen, erlangt er, selbst wenn er noch so alt wird, nicht den Höchstbetrag der Rente. Dass ein Arbeiter 48 Jahre lang ununterbrochen 300 Tage per Jahr beschäftigt war, kommt überhaupt gar nicht vor. Sehr viele Arbeiter sind nicht ein einziges Jahr ihres Lebens so viel Tage beschäftigt, geschweige denn 48. Die Beschäftigung des Arbeiters hängt nicht von seinem, auch nicht vom Willen des Arbeitgebers, sondern in den meisten Branchen von der Konjunktur des Weltmarkts ab. Die Konjunktur aber wechselt nach der Natur unserer hochentwickelten Geldwirtschaft ziemlich rasch, die Zahl der Arbeiter reicht auch für die günstigste aus und so muss es bald in dieser, bald in jener, bald in allen möglichen Branchen mehr oder weniger unbeschäftigte Abeiter fast zu jeder Zeit geben. Hat aber der Arbeiter keine Beschäftigung, so verbraucht er — im günstigsten Fall — seine Ersparnisse. Diese reichen nicht weit, in sehr vielen Fällen sind keine vorhanden und auch kaum möglich und dann muss entweder das Bischen Fahrhabe verpfändet oder verkauft oder es müssen sogleich oder alsbald Schulden gemacht werden. Diese muss dann der Arbeiter, wenn er wieder Beschäftigung erhält, vor allem abzahlen, was ihm zumeist schwer genug werden wird; hat er sein Mobiliar verpfändet oder verkauft, so muss er es auslösen oder neu anschaffen, was ebenfalls kein Spass ist. Und nun soll er in der Lage sein, auch noch die ausgefallenen Doppelbeiträge mit Zins und Zinseszins nachzuzahlen? Dazu gehört in den meisten Fällen, d. h. in der breiten Schicht der Arbeiter, welche auch während der Zeit ihrer Beschäftigung nur das notdürftigste Einkommen beziehen, eine Selbstüberwindung, eine Kraft der Entsagung, eine Voraussicht und Wirtschaftlichkeit, wie sie in keiner Klasse der Bevölkerung vorkommt und vom Arbeiter der gewöhnlichsten Art, der keine Bildung genossen hat und gewohnt ist, von der Hand in den Mund zu leben, unmöglich erwartet werden kann.

Hier ist einer der Punkte, wo die Invalidenversicherung möglicherweise sogar zur Verschlechterung der Lage des aktiven Arbeiters beitragen kann, wenn dieselbe nicht durch andere Mittel gehoben wird. Man weiss heutzutage ziemlich klar, was man von den Arbeitseinstellungen zu halten hat. Sie sind ein verzweifeltes, mit

Digitized by Google

grossen Nachteilen verbundenes, aber in unserer Gesellschaft doch manchmal notwendiges Mittel zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder zur Abwehr ihrer Verschlechterung. Strikes müssen durch die Invalidenversicherung unzweifelhaft erschwert werden, wenn der Arbeiter an seine Rente denkt. Denkt er nicht daran, so werden auch die Strikes speziell dahin wirken, dass der Höchstbetrag der Rente seltener erreicht wird.

Sieht man aber auch von all' diesen Schwierigkeiten gänzlich ab, nimmt man an, dass der Arbeiter ununterbrochen jährlich 300 Tage beschäftigt sei oder für die Unterbrechungen in jedem Fall volle Nachzahlung leiste, nimmt man ferner an, dass er bereits mit beginnendem 17. Lebensjahre in eine versicherungspflichtige Beschäftigung eintrete, so muss er erst noch eine weitere Bedingung zur Erlangung der vollen Rente erfüllen, er muss sein 64. Lebensjahr vollenden. In diesem allergünstigsten, ausserordentlich seltenen Falle wird er endlich 250 Mark Rente beziehen, wenn er nämlich vollkommen invalid ist, und dann wird er diese Rente sicher nur eine ganz kurze Zeit geniessen und das wird auch kein Unglück für ihn sein. Denn ein so alter, invalider Mann, der Pflege braucht und Kartoffel und trockenes Schwarzbrod schwer verdaut, wird auch an den bekannten billigen Orten keine beneidenswerte Existenz geniessen.

Die allermeisten Arbeiter aber, alle diejenigen, die schon früher invalid werden, die nicht 48 Jahre lang ununterbrochen Beiträge leisteten, denen die Rente „nur nach dem Werte der thatsächlich geleisteten Beiträge“ gewährt wird, werden weniger bekommen und werden also noch mehr Not leiden, und werden in denjenigen Gegenden, wo der Arbeiter am meisten Intelligenz und Bildung besitzt, in den grösseren Städten, im Westen, in der Industrie überhaupt, am meisten Not leiden und um so erbitterter über den neuen Zustand der Dinge sein, als der frühere für sie besser war, als sie früher, wo sie nichts beizutragen und nachzuzahlen hatten, eine grössere Unterstützung erhielten.

Man hat bis jetzt in allen wissenschaftlichen Untersuchungen über die Armenpflege vor allem betont, dass dieselbe nicht schablonenhaft sein dürfe. Nun, etwas Schablonenhafteres, als diese neue Armenpflege, die in Berlin und Frankfurt genau eben so viel Geld gibt, wie in Hinterpommern und Ostpreussen, lässt sich kaum denken. „Das öffentliche Interesse, welches den Beitrittszwang rechtfertigt“, sagt die Denkschrift zu den „Grundzügen“, „ist nur insoweit be-

Digitized by Google

teiligt, als sämtlichen Arbeitern die Möglichkeit einer bescheidenen Lebenshaltung nach Fortfall ihrer Arbeitsfähigkeit zu sichern ist". Das heisst doch wohl in anderen Worten: nicht um das Interesse der Arbeiter selbst handelt es sich bei der ganzen Angelegenheit — dieses würde ja unzweifelhaft eine höhere Rente fordern — nicht in ihrem eigenen Interesse werden die Arbeiter von nun an gezwungen, zur Armenpflege, die früher von den Besitzenden geleistet werden musste, beizutragen, sondern im „öffentlichen Interesse", welches ein ganz anderes ist, als das jenes kleinen Kreises von 12 Millionen Menschen samt Angehörigen, die gegen die Folgen der Invalidität versichert werden sollen. Dieses öffentliche Interesse ist, wie uns Brentano belehrt, das der bisherigen Armensteuerpflichtigen, es handelt sich um „Entlastung der Gemeinden", und diese werden ja auch entlastet, wenn der Arbeitsinvalide bei 120 M. Rente verhungern oder betteln muss. Denn an die alte Armenpflege der Gemeinden hat er keinen Anspruch mehr. „Die Möglichkeit einer bescheidenen Lebenshaltung" ist ihm ja geboten, er kann mit 70 Jahren von Elberfeld nach Oletzko oder an die Memel ziehen, und dort vielleicht bescheiden, sehr bescheiden leben. Warum ist denn das Interesse der Arbeiter kein öffentliches, das der bisherigen Armensteuerpflichtigen aber ein öffentliches? Warum ist ein Beitrittszwang nur zulässig, um den Armen im Elend zu erhalten, aber nicht, um ihn davon zu befreien? Warum stellt denn ein Staat, der seine Minister und Geheimräte doch mit ganz anderen Pensionen bedenkt als seine Grenzjäger und Nachtwächter, den Grundsatz offiziell auf, dass es bei der Pensionierung von Arbeitern, die 48 Jahre lang ununterbrochen der Gesellschaft dienten, ganz gleichgiltig sei, ob sie früher 2000 oder 500 Mark jährlich verdienten? Solche Grundsätze sollte man nicht so ohne Bedenken bloss im augenblicklichen Interesse aufstellen: denn Grundsätze haben Konsequenzen, und wer diese nicht will, soll sich auch mit jenen nicht befassen.

Auch dadurch sucht die Denkschrift die Armseligkeit der Alters- und Invalidenrente zu rechtfertigen, dass Alter und Abnutzung der Kräfte in der menschlichen Natur begründet seien und früher oder später jedem bevorstehen. Also deswegen, weil wir alle mit der Zeit alt und invalid werden, brauchen die Arbeiter im Alter und in der Invalidität nur ein erbärmliches Einkommen, von dem man nicht leben kann? Deswegen weil der Mensch ohnedies schon in einem Zustand sich befindet, der unser Erbarmen herausfordert, soll nichts daran

Digitized by Google

liegen, wenn er nun auch noch mit der grössten materiellen Not zu kämpfen hat? Ich erkläre mich für unfähig, dieser Logik eines speziell christlichen Staates zu folgen.

Was wir hier besprochen und kritisiert haben, sind nur die Feststellungen, Intentionen und Moralgrundsätze der projektierten Alters- und Invalidenversicherung und ihrer offiziellen Erklärung. Es ist möglich, dass sich die Sache in der Wirklichkeit nach einiger Zeit besser macht, dass — zwar nicht das Los der aktiven Arbeiter, denn um diese scheint sich die Socialreform gar nicht zu kümmern, wohl aber — das Los der Invaliden der Arbeit sich glücklicher gestaltet, als es hier vorgesehen ist.

Die Denkschrift bemerkt schon, dass „eine spätere Erhöhung der Rentensätze, sobald eine solche ohne Gefährdung anderer wichtiger Interessen ausführbar erscheint, nicht ausgeschlossen" sei. Und der Minister von Bötticher sagte in der Ausschusssitzung des preussischen Volkswirtschaftsrats (Verhandlungen u. s. w. des Centralverbandes D. J. S. 147): Es sei in der Presse vielfach der Vorwurf gemacht worden, dass zu geringe Rentenbeträge angenommen seien; allein man wisse nicht, welche Wirkung eine höhere Belastung auf die Industrie haben werde. Komme man später zu dem Resultat, dass die beteiligten Faktoren eine höhere Belastung ertragen können, dann könne man die Renten ruhig erhöhen. —

Wir wissen nicht, ob diese Worte gegenwärtig mehr bedeuten, als eine handliche Entschuldigung für die Armseligkeit der neuen Armenunterstützung, und ob nicht andere Interessen als „öffentliche" denen der Arbeiter im Sinne der gegenwärtigen Staatsmänner stets präponderierend gegenüberstehen. Aber die Zeiten wechseln und ein anderes Geschlecht von Staatsmännern kann jedenfalls hier leicht eine Besserung eintreten lassen, und es ist durchaus nicht unmöglich, dass selbst unter Beibehaltung der für jetzt festgesetzten Beiträge höhere als die in den „Grundzügen" angesetzten Renten nach kurzer Zeit ausgezahlt werden können. Verschiedentlich wurde diese Ansicht schon ausgesprochen und es wäre ein Glück, wenn sie sich als richtig erwiese. Dass die Berechnungen, auf welchen die Ansätze der „Grundzüge" beruhen, falsch und ihre Resultate zu ungünstig seien, wurde bereits von den Vertretern der Regierung selbst zugestanden. Neue Zahlen sind aber noch nicht vorgelegt und so kann über diesen Punkt nicht entschieden werden.

Haben wir nach dem Obigen zugeben müssen, dass die Renten

Digitized by Google

nach den Ansätzen der „Grundzüge“ nach jedem möglichen an sie anzulegenden Massstabe zu gering sind, so sind damit die den Arbeitern ungünstigen Bestimmungen derselben leider noch nicht erschöpft.

In der Generalbesprechung der „Grundzüge“ im Schosse des preussischen Volkswirtschaftsrates erklärte das einzige Mitglied, welches prinzipiellen Widerspruch gegen das Gesetz erhob: die Arbeiter würden in eine ausserordentliche Abhängigkeit von den Arbeitgebern wie von der regierenden Macht gebracht werden. Der jetzt schon unzulängliche Spartrieb werde vermindert, der Arbeiter begehrlicher gemacht und damit den Reihen der Socialdemokratie zugetrieben werden. In entschiedener Weise wies er das Quittungsbuch zurück, weil dasselbe sich bald in ein obligatorisches Arbeitsbuch verwandeln werde (Verhandlungen u. s. w. S. 125 f.).

Diese Einwürfe gegen das Projekt macht zum Teil auch Schrader in der „Nation“ (vom 7. Januar 1888): „Die Arbeiter kommen in grössere Abhängigkeit von den Arbeitgebern. Deren Vereinigungen, die Berufsgenossenschaften, erhalten eine viel grössere Macht. — Das Quittungsbuch stellt den Arbeiter unter eine scharfe Kontrolle und die Möglichkeit, dass es in weitem Umfange ordnungswidrig gebraucht wird, ist nicht fern.“

Die Besorgnis, dass die Quittungsbücher zu Arbeitsbüchern werden könnten, ist übrigens von vielen Seiten ausgesprochen und nicht widerlegt worden.

Auf dem Berufsgenossenschaftstage war es Schmidt (Elberfeld), der dieses Bedenken hauptsächlich hervorhob und erzählte, wie nach dem Bericht des Fabrikinspektors Osthues von Dortmund die dortigen Arbeitgeber ganz offen und frei eine Vereinigung gebildet hätten, wonach sie bei der Entlassung dem Mann entweder ins Buch schrieben „er ist ordnungsmässig entlassen“ oder bloss „er ist entlassen“. Im zweiten Fall fand der Mann in dem ganzen Kreise keine Arbeit mehr (Protokoll S. 8).

In der Ausschusssitzung des Centralverbands deutscher Industrieller anerkennt der Geheime Finanzrat Jencke als Referent, „dass ein solches Quittungsbuch, wenn es voll ist, fortlaufend erkennen lässt, wo, innerhalb welcher Berufsgenossenschaft, resp. in welcher Kategorie von Arbeit und resp. wie lange der betreffende Arbeiter gearbeitet hat“ (Verhandlungen u. s. w. S. 71 f.).

Das ist nun doch sicher schon ein Arbeitsbuch, auch ohne Kritik

Digitized by Google

des Verhaltens des betreffenden Arbeiters, welche indes durch kluge Abmachungen unter den Arbeitgebern sehr leicht hineingeschmuggelt werden kann, trotz des in den „Grundzügen“ enthaltenen Verbotes.

Daher stellte auch Herr Zander im Ausschuss des preussischen Volkswirtschaftsrates (a. a. O. S. 185) den Antrag: „Die Entwertung der Marken darf nicht in einer Weise erfolgen, dass aus derselben die Dauer des jedesmaligen Arbeitsverhältnisses durch Eintragung von Daten oder des Namens des Arbeitgebers ersichtlich wird.“

Der Antrag wurde, nachdem man gegen denselben den fast komischen Einwand gemacht, dass zur Verhütung der Fälschungen der Name des Arbeitgebers bei Entwertung der Marken nicht entbehrt werden könne, abgelehnt.

Auch die Kommission des Centralverbands deutscher Industrieller erklärte sich in der Sitzung vom 3. Dezember v. J. fast einstimmig für Beibehaltung des in den „Grundzügen“ vorgeschlagenen Systems (a. a. O. S. 118).

Man sagte kurz: est ist die einfachste Lösung der schwierigen Frage, wie die notwendige Kontrolle ausgeübt werden könne —. Ob die Arbeiter damit zufrieden sein können oder nicht, ob sie nicht lieber auf die ganze Versicherung verzichten, als das Arbeitsbuch mit in den Kauf nehmen, das schien eine vollständige Nebensache. Die bequeme Kontrolle ist doch wahrlich kein Prinzip, und man kann doch kaum sagen, dass diejenigen für das Wohl der Singvögel sorgen, die sie in den Käfig sperren und dann füttern. Das Wohl des Vogels muss man doch ein wenig von seinem Standpunkte aus auffassen, und das Wohl des Arbeiters ebenfalls.

Sogar ein „freisinniger“ Landrat, Dr. Baumbach, erklärte in der Reichstagssitzung vom 23. Januar d. J., dass man über einen so wichtigen Gegenstand, wie die Invalidenversorgung, doch vor allen Dingen die Arbeiter selbst hören sollte, und erzählt von einem Aufruf aus Arbeiterkreisen, der da sagt, dass man nicht für eine ganz unerhebliche und ungenügende Alters- und Invalidenversorgung, die 19/20 von den Arbeitern nie benützen werden, ein Arbeitsbuch eintauschen solle. Man habe, fügt Baumbach hinzu, „bekanntlich diese Alters- und Invalidenversorgung mit einer Art obligatorischen Arbeitsbuchs verquickt“ und jedermann wisse, wie ausserordentlich zuwider dieses Buch den Arbeitern sei.

Und in derselben Sitzung erzählt der socialdemokratische Abgeordnete Grillenberger: Diejenigen Arbeiterversammlungen, die in

Digitized by Google

der Lage waren, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, haben auf das positivste erklärt, dass, wenn man dieses Quittungsbuch beibehalten würde, sie lieber auf die ganze Altersversorgung verzichten.

Der Staatsminister von Böttticher erklärte gegen Baumbach: „Ich weiss auch, dass die Arbeiter sich gegen das sogenannte Quittungsbuch erklärt haben. Diese Gegnerschaft beruht auf einer übertriebenen Besorgnis. Ich will mich in diesen Gegenstand hier nicht vertiefen — aber ich möchte schon jetzt nicht die Gelegenheit vorübergehen lassen, auszusprechen, dass die Absicht, dem Quittungsbuch den Charakter eines Arbeitsbuches zu geben, uns durchaus ferne gelegen hat, und dass wir jede Garantie dafür, die nur einigermassen mit dem Zwecke der Vorlage überhaupt verträglich ist, geben wollen, dass das Quittungsbuch nicht zum Arbeitsbuch werde."

Und gegen Grillenberger erklärte er, dass das Reich doch nicht jährlich 50 Millionen zahlen werde, bloss um ein Arbeitsbuch zu erlangen; das könnte man viel leichter und bequemer haben.

Was soll aber dies Alles sagen? Gewiss wird die projektierte Versicherung nicht ins Leben gerufen werden, um ein Arbeitsbuch einzuführen; wir wollen auch annehmen, dass die Regierung gar nicht mit Absicht diese Gelegenheit ergriff, um jenes Resultat nebenbei zu erreichen; wir wollen selbst glauben, dass von Seite der Regierung alles geschehen wird, um einen offenbaren, nachweisbaren Missbrauch des Quittungsbuches zu verhüten: aber das alles hindert doch nicht, dass dieses Quittungsbuch seiner Natur nach, ganz selbstverständlich und ohne weiteres ein obligatorisches Arbeitsbuch darstellt, selbst wenn — was wahrscheinlich unmöglich ist — eine Kritik des Verhaltens des Arbeiters darin nicht angebracht werden kann. Wenn jeder Arbeitgeber genau ersehen kann, wo, bei wem, wie lange, in welcher Branche der Arbeiter, der bei ihm Beschäftigung sucht, vorher beschäftigt war, so ist das eine Art von Kontrolle, die wenig zu wünschen übrig lässt von Seite des Arbeitgebers. Mag der Herr Staatsminister mit seinen witzigen Bemerkungen auch die Lacher auf der rechten Seite des Hauses für sich haben, die Arbeiter hat er nicht überzeugt, dass ihnen da nicht etwas bevorstehe, wovor sie einen ausserordentlichen Abscheu haben.

Dass also durch diese Quittungsbücher die Abhängigkeit der Arbeiter von den Arbeitgebern vermehrt werden würde, ist sicher. Ob die projektierte Alters- und Invalidenversicherung auch sonst

Digitized by Google

noch in dieser Richtung wirken wird, wie einige behaupten, das muss noch erörtert werden. Dass der Arbeiter von nun an auch noch wegen seiner Versicherungsprämien und Rentenhoffnungen die Arbeitslosigkeit und also die Entlassung seitens des einzelnen Arbeitgebers zu scheuen habe, lässt sich nicht leugnen. Allein diese Wirkung der Versicherung kann bei keiner in Betracht kommenden Organisation derselben in unserer Volkswirtschaft vermieden werden: sie würde eintreten, auch wenn der Arbeiter allein oder der Arbeitgeber allein die Prämien zu zahlen hätte. Nur wenn der Staat die ganze Last auf sich nähme und die Prämien fortzahlte, auch wenn der Arbeiter beschäftigungslos wäre, würde sie vermieden werden.

Allein die ganze Sache hat keine praktische Bedeutung, d. h. es wird nie vorkommen, dass der Arbeitgeber den Arbeiter bloss deshalb entlässt, um ihn wegen der Versicherungsprämie chikanieren zu können, und es wird nie vorkommen, dass der Arbeiter bloss deshalb sich dem Willen eines Arbeitgebers fügt, um nicht wegen der Prämie in Verlegenheit und Nachteil gesetzt zu werden. Diese Prämie kommt nur als ein winziges Interesse zu einem sehr grossen hinzu und folgt als Teilchen jedesmal dem Ganzen. Der Punkt ist also irrelevant.

Aber ein anderes Bedenken darf wohl hier ausgesprochen werden, obwohl sich heute kaum jemand über dessen Tragweite klar sein dürfte.

Wird ein schwächlicher, von Hause aus kränklicher Mensch nicht infolge der Invalidenversicherung schwerer Arbeit finden, als bisher? und werden alternde Arbeiter, deren Leistung und Lohn in ein ungünstigeres Verhältnis zu der vom Arbeitgeber zu zahlenden Prämie gerät, nicht öfter aus der Arbeit entlassen werden und schwerer neue Arbeit finden, als bisher? Der einzelne Arbeitgeber wird sich mehr oder weniger verpflichtet fühlen, seiner Berufsgenossenschaft möglichst wenig Last und Risiko aufzubürden, auch wenn er seine persönlichen Interessen ausser Acht lässt.

Man könnte hier vielleicht einen Einwand anbringen wollen und sagen: Es ist wahr, dass die stets absolut gleich grosse Prämie relativ um so grösser wird, als der Lohn und mithin die Leistung abnehmen. Allein dies gilt nicht nur bei kränklichen und alten Arbeitern, sondern auch bei sehr jungen. Man wird also weniger ganz junge Leute anstellen und dies wird auf die Arbeiter als Klasse vorteilhaft wirken. — Doch der Einwand gilt nicht, denn die jungen Arbeiter

Digitized by Google

sind in der Regel so billig zu haben, dass das ungünstigere Verhältnis der Prämie zum Lohn gar nicht in Betracht kommt.

Eine weitere hieher gehörige Frage ist die: sind die Unfallberufsgenossenschaften im Interesse der Arbeiter geeignete Träger der Invalidenversicherung oder nicht?

Die verschiedenen offiziellen Versammlungen der Arbeitgeber haben diese Frage natürlich kaum berührt, für sie handelt es sich wesentlich nur darum, ob die Berufsgenossenschaften bei der Uebernahme der neuen Last ihre eigenen Interessen verletzen oder fördern.

Der Referent in der Ausschusssitzung des Zentralverbandes deutscher Industrieller ist gegen die Uebernahme. Er sagt, der Bestand der Berufsgenossenschaften und der ihnen angehörigen Arbeiter sei kein stabiler, daher falle für die Berufsgenossenschaft das Interesse an den Leuten und für den Gesetzgeber der Grund hinweg, um gerade die Berufsgenossenschaften zur Uebernahme der Versicherung heranzuziehen. Diejenigen Arbeiter, welche nicht unter die Berufsgenossenschaften fallen, seien ohnedies in kommunalen Verbänden zu versichern und deshalb solle man letzere überhaupt zu Trägern dieser Versicherung machen (a. a. O. S. 86 f.) In der Sitzung der Kommission des Zentralverbandes erklärt derselbe Redner (Jencke), dass in sehr vielen Fällen der häufige Wechsel der Arbeitsstelle mit einem Wechsel der Berufsgenossenschaft susammenhänge. So sei für den Monat November 1887 festgestellt, dass von 450 bei Krupp neuangenommenen Arbeitern nur 34 aus der rheinisch-westphälischen Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft und 41 aus verwandten Berufsgenossenschaften übernommen seien, dass dagegen der ganze Rest auf die verschiedenartigsten fremden Berufe, wie Maurer, Anstreicher, Zimmerleute, Schuhmacher, Metzger, Fuhrleute, Schmiede, Bäcker, Schreiner, Schlosser, Bergleute, Weber, Klempner, Ackerknechte, sich verteile (a. a. O. S. III). — Das ist gut und charakteristisch für die Bedeutung der Berufsgenossenschaften in bezug auf die Interessen der Arbeiter. Gibt es denn heutzutage einen Beruf? Der einzige Beruf für die Besitzenden ist, mehr Geld zu machen, für die Arbeiter, irgendwo und irgendwie einen Unterhalt zu suchen. Der Besitzende gibt seinen „Beruf" auf und ergreift einen anderen, wenn er in demselben mehr Aussicht hat, reich zu werden. Der Arbeiter ist zumeist genötigt, jede Arbeit, die sich ihm bietet, anzunehmen und so kommt — der Bäcker und der Ackerknecht zu Krupp nach Essen — des Essens wegen! Berufs-

Digitized by Google

genossenschaften ohne Beruf! Zusammenfassung der Berufsgenossen, die gar keinen Beruf haben! Nur die ganz grossen Geschäfte erfreuen sich einer erheblichen Dauerhaftigkeit und die Berufsgenossenschaft muss hiernach zumeist ein Organismus sein, in welchem die grossen Herren, die dauerhaften, das grosse Wort führen. Die Beziehung eines solchen Organismus zum Arbeiter kann in den meisten Fällen nur eine sehr lose, vorübergehende sein und es ist daher nicht abzusehen, warum die Berufsgenossenschaften die Träger einer Institution sein sollen, welche ganz wesentlich nur Interessen der Arbeiter betrifft, zu deren Förderung die Berufsgenossenschaften nicht mehr beitragen, als der Staat und die Arbeiter selbst. Im neuesten Heft der Fachzeitschrift „Stahl und Eisen" ist der Gedanke ausgesprochen, dass diese Genossenschaften überhaupt eine verfehlte Idee seien, auch in bezug auf die Unfallversicherung, und dass die Regierung ihnen nur deshalb die Invalidenversicherung übertragen wolle, weil sie einen begangenen Fehler dadurch ausmerzen möchte, dass sie einen neuen begehe, d. h. die Schaffung der Genossenschaften, die sich ihrer bisherigen leichteren Aufgabe nicht gewachsen zeigen, dadurch rechtfertigen wolle, dass sie ihnen eine neue und viel schwierigere übertrage. Die Kommission des Zentralverbands deutscher Industrieller entschied sich bei der Abstimmung denn auch für die Errichtung einer Reichs-Versicherungsanstalt in der Weise, dass dieser Anstalt das gesamte Rechnungswesen und die Finanzierung der in Rede stehenden Versicherung zufällt, und dass die Berufsgenossenschaften nur in bezug auf die materielle Mitwirkung als Organe für die Alters- und Invalidenversicherung erscheinen, indem sie zur Feststellung der Invalidität, Einziehung der Beiträge und zur Ueberwachung der Rentenempfänger in Anspruch genommen werden (a. a. O. S. 113).

Im Volkswirtschaftsrat wurde ebenfalls nachgewiesen, dass ein grosser Wechsel der Arbeiter zwischen den Betrieben der verschiedensten Industrien und anderen Berufsarten stattfinde, und dass deshalb grössere Kommunalverbände an die Stelle der Berufsgenossenschaften als Träger der Versicherung gesetzt werden könnten. Noch mehr aber würde es sich empfehlen, eine Reichs-Versicherungsanstalt zum Träger der Versicherung zu machen, weil dadurch die Verrechnung der Renten, d. h. die Umlegung auf mehrere Genossenschaften oder Kommunalverbände (die der Wechsel der Beschäftigung und des Aufenthaltsorts sonst notwendig machen würde) wegfiele.

Digitized by Google

Die Prüfung von Anträgen auf Gewährung von Renten und die Feststellung derselben, sowie die Einziehung der Beiträge und die Kontrolle der Rentenempfänger könnte dabei immer noch Sache der Berufsgenossenschaften bleiben (a. a. O. S. 127 f.).

Gegen das Reichs-Versicherungsamt erklärte sich im Ausschusse des Volkswirtschafts-Rats der Regierungs-Kommissär von Woedtke hauptsächlich aus dem Grunde, weil dasselbe „eine zahllose Menge von Beamten und damit ausserordentlich hohe Kosten verlange", die man niemanden aufbürden könne (a. a. O. S. 155). Gegen die territorialen Verbände führt er an, dass der Wechsel von Ort zu Ort nicht geringer sei, als derjenige von Beruf zu Beruf. — Dasselbe behauptete auch Jencke im Volkswirtschaftsrat (a. a. O. S. 229). Der Minister von Böttticher erklärte ebendaselbst; er persönlich könnte vielleicht einer Reichsanstalt das Wort reden. Es sei auch möglich, dass dann die Verwaltung billiger werden könne. Allein der Vorschlag einer Reichsversicherungsanstalt würde bei den Bundesstaaten auf Widerspruch stossen (a. a. O. S. 232).

Auf dem Berufsgenossenschaftstag machte Herr Schmidt, der die Frage am weitläufigsten erörterte, folgende Bemerkungen: Die Kosten der Unfallversicherung tragen die Arbeitgeber allein; da ist die Berechtigung zur Selbstverwaltung klar. Zur Invalidenversicherung aber zahlt der Staat mit, daher wird er verpflichtet, in unsere Verwaltung einzugreifen. Wenn ein Mann verunglückt, so beurteilen wir, ob er mehr oder weniger an seiner Erwerbsfähigkeit eingebüsst hat. Ueber die Invalidität hingegen wird schliesslich der Arzt entscheiden, und wir haben bloss zu rechnen und zu verwalten. Allein trotzdem wird die neue Geschäftslast für die Genossenschaften eine kolossale sein, und diese Ueberlastung wird die Selbstverwaltung beeinträchtigen, die jetzige Selbständigkeit aufheben, die ganze Sache wird in staatliche Verwaltung kommen müssen (Protokoll S. 6 f.). Dagegen wendet sich der Referent Herr Holtz mit der Bemerkung: man habe die Erfahrung gemacht, dass die Behörden in ihren Entscheidungen oft sehr geneigt seien, zu Gunsten der Arbeiter eine Liberalität zu üben, die die Industrie über Gebühr belaste. Schon aus diesem Grunde scheine es ihm geboten, an der Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften festzuhalten und sich nicht lediglich alles von den Organen des Staats vorschreiben zu lassen (Protokoll S. 13). Der Genossenschaftstag beschloss dann auch, sich damit einverstanden zu erklären, dass die Berufsgenossen-

Digitized by Google

schaften die Träger der Ausführung des in Aussicht stehenden Gesetzes werden.

Der Volkswirtschaftsrat hingegen beschloss wie sein Ausschuss: es sei eine Reichs-Versicherungsanstalt in der Weise zu errichten, dass derselben das gesamte Rechnungswesen und die Finanzierung zufalle und dass die Berufsgenossenschaften nur zur Feststellung der Invalidität, Einziehung der Beiträge und Ueberwachung der Rentenempfänger in Anspruch genommen werden sollten (a. a. O. S. 234 und 113).

Auch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 7. Dezember vorigen Jahres sprach sich in diesem Sinne aus. Erstens falle dann die Repartition der Rente unter die vielen Genossenschaften, denen der Arbeiter nach und nach angehöre, hinweg; zweitens ginge die Thätigkeit, die den Genossenschaften zugewiesen werden soll, über ihre Leistungsfähigkeit hinaus — es sei hie und da jetzt schon schwer, geeignete Personen zur Uebernahme der ehrenamtlichen Stellungen zu bewegen; drittens sei zu erwägen, dass für eine so umfassende und andauernde Verpflichtung das Reich allein ausreichende Garantien zu bieten im Stande sei; viertens dürfte eine schnelle und praktische Durchführung nur zu erreichen sein, wenn zum Träger der Versicherung eine Reichsanstalt als Zentralbehörde errichtet werde.

Die Berufsgenossenschaften sollten ungefähr in dem Masse zur Mitwirkung herangezogen werden, wie der Volkswirtschaftsrat es wünschte.

Was aus alledem hervorzugehen scheint, ist dies, dass die Berufsgenossenschaften nach Ansicht der Gegner der betreffenden Bestimmungen der Grundzüge gern soweit mitwirken wollen, als es gilt, die Höhe der Ausgaben zu bestimmen, von denen die Unternehmer einen Teil tragen sollen, dass sie aber jede weitere Auslage, jede weitergehende finanzielle Haftbarkeit, Gefahr und Belastung gern los sein möchten. Und das ist vom Standpunkt der Unternehmer aus sehr begreiflich. Die Arbeiter aber haben nicht das geringste Interesse an der Mitwirkung der Berufsgenossenschaften, sie haben in solchen Angelegenheiten viel mehr Zutrauen zu den Staatsbehörden, sie wünschen auch für die Unfallversicherung die Errichtung einer Reichsanstalt und müssen dies umsomehr für die Invalidenversicherung wünschen.

Digitized by Google

Die Organisation, welche die „Grundzüge“ skizzieren, lässt an Buntheit und Verwickelung nichts zu wünschen übrig. Die Versicherung soll durchgeführt werden zum Teil durch die Berufsgenossenschaften, zum Teil durch das Reich, zum Teil durch die Bundesstaaten, zum Teil durch Kommunalverbände oder andere öffentliche Verbände — alles auf Grund der Unfallversicherungsgesetze, die doch mit der Alters- und Invalidenversicherung gar nichts zu thun haben. Für diejenigen Arbeiter, die der Unfallversicherung bisher nicht unterliegen, sollen „weitere Kommunalverbände nach näherer Bestimmung der Landesgesetze“ eingerichtet werden etc. Die Berufsgenossenschaften müssen besondere Invaliden-Versicherungsanstalten errichten. Das Reich, die Bundesstaaten, die Kommunalverbände brauchen das nicht zu thun, sondern die Versicherung der Invaliden erfolgt hier durch die Ausführungsbehörden, wie die Unfallversicherung. Die Centralbehörden geben die Ausführungsvorschriften.

Den Arbeitern ist eine gewisse Beteiligung an der Verwaltung der Versicherungsanstalt zugesichert. Sofern es sich um eine territoriale Organisation der Versicherung und um lokale Aufgaben handelt, wird diese Beteiligung gewiss wünschenswert und auch von Erfolg sein. In den Genossenschaftsversammlungen hingegen werden die Arbeiter, wenn sie an denselben überhaupt ohne Nachteil für ihr Fortkommen teilzunehmen vermögen, immer eine untergeordnete Rolle spielen und keine erheblichen Erfolge erzielen können.

Den Industriellen, den Berufsgenossenschaften, dem Volkswirtschaftsrate, also immer den Arbeitgebern, wurde Gelegenheit gegeben, sich über die Organisation der neuen Versicherung und ihre Beteiligung an der Durchführung derselben weitläufig auszusprechen. Hat man auch nur einen Versuch gemacht, die Ansichten und Wünsche der Arbeiter in dieser Beziehung kennen zu lernen? Wenn man ernstlich daran denkt, sie an der Durchführung dieser für sie in erster Linie wichtigen Angelegenheit wirklichen Anteil nehmen zu lassen, so ist es doch gewiss, dass sie am besten uns sagen können, wie dieser Gedanke durchgeführt werden kann? Sie allein würden z. B. nicht bloss wissen, sondern auch offen darlegen können, welche Rolle ihre Vertreter in der Sache spielen würden, wenn die Bestimmungen der „Grundzüge“ in bezug auf die Berufsgenossenschaften durchgeführt würden. Wir sind vorläufig der Ansicht, dass für die Vertreter der Arbeiter nur solche Funktionen passen, die in loco und in den arbeitsfreien Stunden vollzogen werden können. Ihre Thätigkeit

Digitized by Google

kann keine sehr umfangreiche sein, das liegt in ihrer socialen Stellung; sie muss dafür eine sehr wichtige sein, wenn die ganze Idee der Arbeitervertretung nicht auf einen blossen Schein hinauskommen soll.

„Die Leute können nicht einfach verreisen und tagelang aus der Arbeit gehen. Bei einer kommunalen Organisation dagegen können die Sitzungen des Abends nach der Arbeit stattfinden, da können die Arbeiter hingehen und mitwirken; wenn sie aber erst reisen, wenn sie erst Zeit versäumen sollen, dann geht es den Leuten so, wie Herrn Eduard Christ, dem Arbeitermitglied des Reichsversicherungsamts, dem, als er auf das Drängen des Reichsamts nach Berlin kam und im Reichsversicherungsamt arbeitete, sein Arbeitgeber, wie ich annehmen will, notgedrungen, schrieb, er habe seine Stelle anderweitig vergeben. — Will man eine Arbeiterbeteiligung haben, muss man sie neben einer freien direkten Wahl so machen, dass der Arbeiter auch thatsächlich hinkommen und mitwirken kann, und das ist nur bei kleineren Bezirken möglich, nicht aber bei Berufsgenossenschaften, welche das ganze Reich umfassen, auch nicht einmal bei Abgrenzung auf eine Provinz“ (Protokoll S. 7). Das Finanzwesen aber müsste unbedingt konzentriert sein in einer Reichsanstalt, so gut wie heutzutage der Staatshaushalt. Nur darin liegt volle Garantie steter Zahlungsfähigkeit und nur dadurch wird die unendliche Verwicklung des Rechnungs- und Zahlungswesens, welche aus dem häufigen Berufs- und Ortswechsel der Arbeiter bei der jetzt geplanten Organisation entstünde, vermieden.

Was endlich die Frage betrifft, ob Kapitaldeckung oder Umlage, so legen wir derselben kein übergrosses Gewicht bei und wollen nur kurz auf die Stellung hinweisen, welche diejenigen an der Sache beteiligten Parteien, die ihre Ansichten äussern durften, dieser Frage gegenüber einnahmen.

Die Regierung erklärt in der Denkschrift: für die Arbeiter sei deshalb das Umlageverfahren nicht anwendbar, weil dann spätere Arbeiter zu Gunsten der gegenwärtigen belastet würden. Ein Staat hingegen decke in der Regel nur die in jedem Jahre thatsächlich erwachsenen Ausgaben, ohne die Kräfte der Steuerzahler für künftige Ausgaben vorweg in Anspruch zu nehmen.

Hiegegen ist doch Eines anzuführen: wenn der künftige Arbeiter nicht zu Gunsten des gegenwärtigen überlastet werden soll, so hat auch der künftige Steuerzahler ein Recht darauf, nicht zu Gunsten des gegenwärtigen überlastet zu werden. Warum soll das Prinzip,

Digitized by Google

das für den Einen gilt, für den Anderen nicht gelten? umsomehr, da beide ja grossenteils eine und dieselbe Person sind! Der zukünftige Arbeiter als Arbeiter soll berücksichtigt werden, der zukünftige Arbeiter als Steuerzahler aber nicht. In seinem Schuldenwesen befolgt der Staat genau dasselbe Prinzip, das er hier für die Arbeiter aufstellt, für sich refusiert: um die gegenwärtigen Bürger nicht übermässig zu belasten, zieht er die künftigen zur Last mit heran und bringt nicht Jahr für Jahr durch Beiträge seiner Bürger auf, was er Jahr für Jahr braucht.

Sodann erklärt die Denkschrift: der Ansammlung von jährlich etwa 52 Millionen Mark und ihrer Zinsen stehe das finanzpolitische Bedenken entgegen, dass die Anlegung so beträchtlicher Summen den Kurs der Wertpapiere steigern und den Zinsfuss in bedenklicher Weise herabdrücken würde. Auch die Gefahr von Kapitalverlusten, welche dann wieder durch ausserordentliche Mittel ersetzt werden müssten, wäre nicht ausgeschlossen („Grundzüge" etc. Berlin, C. Heymann, S. 42 f.).

Wenn dies bei 52 Millionen der Fall ist, was wird dann bei den 104 Millionen geschehen, die von den beiden anderen Parteien aufgebracht werden sollen? Wenn der Zinsfuss dadurch gedrückt wird, so trifft das zwar nicht den Arbeiter als solchen, wohl aber den Arbeiter als Versicherten. Er hat selbst durch seine Beiträge dazu mitgewirkt, dass das Kapital, aus dessen Zinsen seine künftige Rente teilweise bestritten werden soll, einen geringeren Ertrag abwirft.

Ich verstehe, nebenbei bemerkt, auch die hier in der Denkschrift angeführten Ziffern nicht. A. a. O. S. 41 heisst es: die Kosten betragen für den Jahresdurchschnitt 156 Millionen Mark. Da der Staat nur $^1/_3$ der jeweilen fälligen Renten zahlt, so hat er erst nach 20 Jahren ebensoviel per Jahr beizusteuern, wie die beiden anderen Parteien von Anfang an, nämlich 52 Millionen. Nach 70 Jahren aber werde er jährlich 104 Millionen beisteuern müssen. Dies ist doch wohl gerechnet unter der Voraussetzung, dass sich die Bevölkerung Deutschlands in 70 Jahren verdoppele. Wenn aber dies der Fall ist, dann zahlen auch die Arbeiter noch so viel Beiträge als jetzt, d. h. jährlich 104 Millionen. Was soll dann aber mit den inzwischen aufgehäuften Kapitalien und ihren Zinsen geschehen? Diese sind dann vollkommen überflüssig und der Jahresbeitrag deckt vollkommen die fälligen Renten.

Natürlich fanden sich auch im Volkswirtschaftsrat Gegner dieser

Digitized by Google

übermässigen Kapitalansammlung und -Festlegung. Diesen erklärte der Geheime Regierungsrat von Woedtke: nach den angestellten Berechnungen werde bei dem Prämienverfahren im Beharrungszustande — nämlich im 82. Jahre — etwa eine Milliarde festliegen oder einiges mehr. Eine Milliarde sei „nicht so schwerwiegend". Hiegegen ist zu bemerken: erstens, eine Milliarde würde in 82 Jahren einen so kleinen Teil des Bedarfs mit ihren Zinsen decken, dass man da unmöglich von einer Kapitaldeckung sprechen könnte, selbst wenn man einen sicheren Zinsfuss von 4% für jene ferne Zeit annehmen dürfte; und sodann — wenn eine Milliarde unbedenklich ist, dann ist auch gegen $1^1/_2$ Milliarden nichts Sonderliches einzuwenden und es kann nicht gerechtfertigt erscheinen, aus dem in der Denkschrift angeführten Bedenken den Staat anders zu behandeln als Arbeiter oder Arbeitgeber.

Ziffer II der „Grundzüge" sagt ausdrücklich: durch die Beiträge sollen die Verwaltungskosten, die erforderlichen Rücklagen zum Reservefonds und zwei Drittel des Kapitalwerts der der Rentenanstalt durch Renten voraussichtlich entstehenden Lasten gedeckt werden.

Wie passt dies zur Milliarde des Herrn Woedtke? Und wie passt dies ferner zur Erklärung des Herrn Ministers von Boetticher im preussischen Volkswirtschaftsrat (a. a. O. S. 223): die Vorlage habe keineswegs das Deckungsverfahren, sondern nur das Prämienverfahren in Aussicht genommen; nicht jede einzelne Rente solle durch Ansammlung ihres Kapitalwerts sicher gestellt, sondern nur dafür Fürsorge getroffen werden, dass die Beiträge zur Deckung der Renten ausreichend seien?

Dass für die ganze Rente Kapitaldeckung beschafft werden soll, hat niemand behauptet; diese Ansicht kann daher der Minister auch nicht widerlegen wollen, da sie nicht existiert. Die Grundzüge sagen: Zwei Drittel — und der Minister? Alles und Nichts.

Der Volkswirtschaftsrat beschloss trotz vielfacher Opposition doch im Sinne der Regierung, nämlich Kapitaldeckung für $^2/_3$ der Renten.

In der Kommission des Zentralverbandes Deutscher Industrieller empfiehlt der Referent (Geh. Finanzrat Jencke) ein kombiniertes Umlageverfahren in dem Sinne, dass, wegen der in den ersten Jahren auf den Kopf entfallenden sehr geringen Beiträge, schon anfangs ein Mehrfaches der Beitragseinheit erhoben werde, um so die Beitragsverpflichtung auch dem Arbeiter von vornherein zum Bewusstsein zu

Digitized by Google

bringen und zugleich für die Bildung eines Reservefonds Sorge zu tragen, ohne doch ausserordentliche Kapitalien anzusammeln und in unproduktiver Weise festzulegen. Die Beiträge seien dann in bestimmten Fristen zu erhöhen (a. a. O. S. 107 f.). Die meisten Redner sprachen sich gegen die Kapitaldeckung aus, und als Einer gegen das Umlageverfahren einwarf, man wäre dabei nicht in der Lage, im voraus fixierte Beiträge von den Arbeitern und Arbeitgebern einzuziehen, wurde ihm erwidert, dass die Schwierigkeit, die Höhe der Beiträge im voraus zu bestimmen, beim Prämiensystem genau so zutreffe, wie beim Umlageverfahren.

Auch der Ausschuss des Volkswirtschaftsrats hatte sich für das Umlageverfahren entschieden. Auf dem Genossenschaftstage machte Herr Direktor Bartz (Berlin) den Vorschlag: die Mittel sollen bei den Beiträgen der Arbeiter durch das Kapitaldeckungsverfahren und bei den Beiträgen der Arbeitgeber durch das Umlageverfahren aufgebracht werden. Der Herr Antragsteller beruft sich hiebei auf die Begründung der Gesetzesvorlage, dass spätere Arbeiter sonst in ungerechtfertigter Weise belastet würden. Was nach diesem Prinzip die späteren Unternehmer treffen müsste, verschweigt er weise. Für den Arbeitgeber hingegen beansprucht er „dasselbe Recht, das das Reich für sich fordert." Deutlicher kann man nicht sprechen. Wer in diesem Falle mit Kapitaldeckung belastet wird, der wird eben schwerer belastet, als wer nur die jährlich fälligen Renten aufzubringen hat, und diese schwerere Belastung will das Reich den Arbeitern und Arbeitgebern. Herr Bartz will sie den Arbeitern allein überlassen und für die wohlhabenden Leute das „Recht" auf geringere Belastung in Anspruch nehmen. Warum? Angeblich weil die Arbeiter nicht die Bürgschaft für die Zukunft geben, dass sie ihre schuldigen Beiträge aufbringen werden, die Arbeitgeber aber „eher dazu im Stande" sind. Auch werden dann nicht „kolossale Summen" dem Geldmarkt entzogen, sondern „nur dasjenige, was gerade notwendig ist." „Wir wollen nicht nutzlos uns unserer Kapitalien entschlagen." Diese Weisheit drang aber nicht durch, sondern die Versammlung nahm den Antrag Kettner an: „Die Aufbringung der Mittel erfolgt in den ersten 5 oder 10 Jahren durch Erhebung von festen Prämien (etwa 1 Pfg. oder $^1/_2$ Pfg. für den Arbeitstag), so dass nicht die volle Deckung, sondern nur eine Teildeckung erzielt wird. Nach Ablauf von 5 oder 10 Jahren hat das Gesetz zu bestimmen, ob eine höhere Prämie erhoben werden soll."

Digitized by Google

Der Antragsteller spricht den Grundsatz aus: „dass man niemanden mehr entziehen soll als absolut notwendig ist, am allerwenigsten dem Arbeiter.“

Die Regierung meinte: dem Arbeiter und Arbeitgeber dürfe man schon mehr entziehen, nur nicht dem Steuerzahler, — als ob jene Zwei keine Steuern zahlten! Dass der Arbeiter dann später mehr zahlen muss als jetzt, gibt Herr Kommerzienrat Kettner zu, aber er frägt, wie die Regierung, in bezug auf das Reich: „Weshalb ihm das gleich entziehen, wozu er später herangezogen werden soll und muss?“

Auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 8. Dezember 1887 beruft sich auf die Grundsätze, welche die Denkschrift aufstellt, um für den Reichsbeitrag das Umlageverfahren zu rechtfertigen und findet, dass diese Grundsätze ganz ebenso für die übrigen Beteiligten gelten. „Denn was für das Staatswesen in Anspruch genommen wird, muss nur noch höhere Geltung haben für die Nation.“ —

Resumieren wir: Die Regierung hat mit der projektierten Alters- und Invalidenversorgung angeblich einen socialpolitischen Zweck im Auge, es soll Zufriedenheit unter den Arbeitern bewirkt werden („Grundzüge etc.“ S. 39) und die Massregel wurde früher in der That als „Krönung des Gebäudes“ hingestellt. In der Wirklichkeit ist von einer Altersversorgung überhaupt nur zum Schein die Rede, bloss der kaiserlichen Botschaft von 1881 halber, und die Invalidenversorgung soll nichts weiteres sein oder ist wenigstens nichts weiteres als Armenpflege in Gestalt von Versicherung.

Durch diese neue Form der Armenpflege ist es ermöglicht, einerseits die Arbeiter zu Lasten heranzuziehen, die früher von den Besitzenden allein getragen wurden, andererseits die Unterstützung in einer Form zu verteilen und auf eine Weise auszuzahlen, dass das Entehrende der früheren Armenpflege vermieden und die Freizügigkeit des Arbeiters, die im Interesse der Besitzenden liegt, gewahrt ist. Die Höhe der Unterstützung aber ist so normiert, dass der Arbeiter, der durch dieselbe alle Ansprüche auf weitere Versorgung aus öffentlichen Mitteln verliert, davon in den meisten Teilen Deutschlands nicht leben kann. Die vom Gesetzentwurf selbst ihm gemachte Zumutung, er solle als Invalide die billigsten Orte aufsuchen, ist im höchsten Grade inhuman und es wird in weiten Gebieten des Deutschen Reichs auch beim besten Willen unmöglich sein,

Digitized by Google

derselben Folge zu geben. Der Arbeiter hat durch diese neue Armenpflege vielfach positiv eingebüsst, er bekommt weniger als früher, obwohl er jetzt die Last mit tragen muss. Indessen ist die Hoffnung berechtigt, dass, auch ohne Erhöhung der projektierten Beiträge, die Renten reichlicher bemessen werden können, und dass im Laufe der Zeit eine Erhöhung der Beiträge sich als durchführbar erweisen wird.

Irgend ein Gefühl der Befriedigung kann durch das, was gegenwärtig durch die „Grundzüge" geboten wird, unter den Arbeitern kaum erzeugt werden und die unter ihnen verbreitete und wohl begründete Besorgnis, dass die projektierten Quittungsbücher sich praktisch als vollkommene Arbeitsbücher erweisen würden, muss in ihren Augen der ganzen Massregel einen arbeiterfeindlichen Charakter verleihen. Hoffentlich lässt sich dieser Klagegrund leicht beseitigen.

Dass die arbeitende Klasse in Deutschland gegen alles, was von oben kommt, misstrauisch ist, lässt sich leider nur zu leicht begreifen und die Aussichten auf eine Besserung der Verhältnisse, auf Herstellung des socialen Friedens sind, wenn wir den Schlussbemerkungen Brentano's (a. a. O. S. 38 ff.) glauben dürfen, recht trübe. Er erklärt uns, dass die Regierung den Gedanken einer Alters- und Invalidenversicherung, welche den Ersatz der bisherigen Armenunterstützung überschreiten würde, in den Grundzügen fallen gelassen hat, und dass nun vielleicht die meisten geneigt sein dürften, auf alle weitergehenden Postulate zu verzichten. Auch er würde einer solchen Beurteilung „unzweifelhaft" zustimmen, wenn es keine Socialdemokratie gäbe.

Das heisst also m. a. W.: ohne Socialdemokratie hätten die deutschen Arbeiter nichts weiter zu erwarten und müssten sich mit dieser armseligen Fürsorge für einige invalide Mitglieder ihrer Klasse, als dem Höchsten was überhaupt gewährt werden könne, für immer zufrieden geben.

Und dieser Socialdemokratie, die also nach Obigem geradezu der einzige Hoffnungsanker der arbeitenden Klasse ist, sucht die Regierung, wie von Brentano einige Zeilen später zugestanden wird, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu Leibe zu gehen, um sie wegen ihrer staats- und gesellschaftsfeindlichen Tendenzen zu zerstören. Das sei das vornehmste Ziel der deutschen Socialpolitik.

Wir glaubten bisher: heutzutage sei das Ziel jeder Socialpolitik hauptsächlich die Verbesserung der Lage der unteren Klassen, die

Digitized by Google

besonders in Staaten mit allgemeinem Stimmrecht geradezu ein Gebot der konservativsten Interessen-Politik der Herrschenden sein muss.

Und nun heisst es: ohne Socialdemokratie kein Fortschritt für die unteren Klassen, daher muss die Socialpolitik, die diesen Fortschritt geradezu bezwecken muss, die Socialdemokratie zerstören!

Sind die Socialdemokraten wirklich staatsfeindlich? — gesellschaftsfeindlich ist doch wohl überhaupt kein geselliges Wesen, also auch kein Mensch, ausser Timon. — Dass einige von ihnen bei verschiedenen Gelegenheiten über den Staat, das Recht, die Familie etc. dummes Zeug gesagt haben, ist gewiss. Aber welche Partei hätte nicht Mitglieder, die sich Abgeschmacktheiten zu Schulden kommen lassen? Dass sie das gegenwärtige Regime nicht lieben, ist allerdings nicht zu leugnen, aber das gegenwärtige Regime bemüht sich auch wohl nicht um ihre Liebe. Aber ein Regime hassen und einen Staat hassen sind manchmal zwei verschiedene Dinge, besonders wenn man nicht bloss von heute auf morgen denkt. Wer hat z. B. im Jahre 1776 Frankreich mehr geliebt: Turgot oder die Königin Marie Antoinette? Nun wir wollen die Socialdemokraten nicht geradezu mit dem Reformminister Louis' XVI. vergleichen, aber ihre „Staatsfeindlichkeit" hält jedenfalls den Vergleich aus mit der der alten deutschen Liberalen, die jetzt vielfach in Amt und Würden sitzen.

Mag man aber darüber denken wie man will, Eines ist sicher: die ungeheure Masse der deutschen Arbeiter wird nie glauben, dass die Herrschenden ihr wohlwollend gestimmt seien, so lange diese jeden Versuch, ihre Wünsche öffentlich kund zu geben und ihre Interessen durch Vereinigung und Organisation zu fördern, auf eine möglichst feindselige Weise zu unterdrücken suchen. Der sociale Friede wird nicht allein von unten, er wird auch von oben gestört. Ist es nicht eine Störung des socialen Friedens, wenn man den Arbeitern gesetzlich garantierte Rechte vorenthält, deren Ausübung polizeilich verhindert und bestraft? Der § 152 der deutschen Gewerbeordnung lautet: „Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen und Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, werden aufgehoben." Trotz dieser gesetzlichen Bestimmung besteht, wie Brentano (a. a. O. S. 43) hervorhebt, infolge der „zahllosen Erschwerungen der Vereine und Versammlungen, um vom Socialistengesetz und seinen auffallen-

Digitized by Google

den Anwendungen gar nicht zu reden, die Koalitionsfreiheit in Deutschland thatsächlich nicht.“ Wer den andern auf die denkbar feindseligste Weise behandelt, kann der hoffen oder gar verlangen, dass der andere ihn liebe und von ihm Gutes erwarte oder für die von ihm aufgedrungenen Gaben dankbar sei?

Das Gesetz sagt: Koalitionsfreiheit, die Regierung sagt: keine Koalitionsfreiheit. Es ist nun höchst bezeichnend für den Geist, der heutzutage in den oberen Klassen Deutschlands herrscht, dass Brentano hieraus einfach schliesst: an eine wirkliche Koalitionsfreiheit ist also nicht zu denken, das „beweisen“ die Aussprüche und Thaten der Leiter der deutschen Socialpolitik. Die Logik ist einfach: wenn die Regierung dich an der Ausübung eines gesetzlich dir zustehenden Rechtes hindert, so ist das ein Beweis dafür, dass an dieses Recht gar nicht zu denken ist. — Wäre noch ein Funken von Rechtsbewusstsein vorhanden, nicht ein blosses Knechtsbewusstsein, so würde die Logik zu dem Schlusse führen: Ergo muss man die Regierung zwingen, sich dem Gesetz zu unterwerfen.

Ist das vielleicht schon radikal? dann wehe uns! dann sind wir zu einer Schafherde geworden.

Unter solchen Umständen ist jede wirkliche Socialreform von vornherein unmöglich. Brentano selbst gesteht offen, dass „die hauptsächlichsten Uebelstände, unter denen die Arbeiter als solche leiden, durch das neue Gesetz ebensowenig wie durch die vorausgegangenen Versicherungsgesetze berührt, ja selbst die Uebelstände, welche sie auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung bedrücken, dadurch nicht beseitigt werden“ (a. a. O. S. 40).

Und dennoch erwartet er, ohne dass im Sinn und Geist der Herrschenden irgend eine Veränderung vorzugehen brauchte (siehe die Bemerkung über die Koalitionsfreiheit), das Heil für die arbeitenden Klassen immer wieder von oben!

Und was erwartet er von oben? Seine Hoffnung knüpft sich an die Berufsgenossenschaften, welche in der Fachzeitschrift „Stahl und Eisen“ ein ungeheuerlicher Apparat genannt werden, mit dem man gründlich aufräumen müsse.

Er meint: diesen sogenannten Genossenschaften, die doch als reine Unternehmerverbände bloss für den Zweck der Unfallversicherung von staatswegen gegründet wurden und heute schon vielfach als eine ziemlich plumpe und unzeitgemässe Erfindung betrachtet werden, müsse die Regelung der Arbeitsbedingungen und die An-

Digitized by Google

nahme und Entlassung der Arbeiter übertragen werden, dann hätte der Arbeiter endlich „ein Recht auf die vorhandene Arbeit etc.“ Wir bemerken hiegegen nur: ein Recht auf die vorhandene Arbeit hatten die Arbeiter als Klasse nie nötig und werden es auch nie nötig haben; denn die vorhandene Arbeit fiel ihnen immer ganz von selbst zu. Wenn heutzutage eine Fabrik ihre Arbeiter entlässt, so ist eben keine Arbeit „vorhanden“ nach dem Gesichtspunkt des Unternehmerinteresses. Und ein individuelles Recht auf vorhandene Arbeit kann auch die Berufsgenossenschaft nicht zu Stande bringen: d. h. wenn für 20 Leute Arbeit vorhanden ist, kann sie nicht 100 anstellen. Dagegen stehen die immanenten Gesetze der Geldwirtschaft.

Digitized by Google

Digitized by Google

Die
Boden-Verstaatlichung der „Freiländer".

(Vortrag in der Versammlung der „Gesellschaft schweizerischer Landwirte" vom 8. Januar 1892 in Zürich.)

Die Angriffe auf das Privateigentum sind schon sehr alten Datums und erfolgten im Lauf der Jahrhunderte von gar verschiedenen Standpunkten aus.

Buddhistische und — viel später — christliche Asketen sahen in demselben ein Hindernis moralischer Vollendung, weshalb die Auserwählten, die nach solcher strebten, den Gütern dieser Welt entsagten und unter dem Gelöbnis absoluter persönlicher Eigentumslosigkeit kommunistische Gemeinschaften bildeten, in denen wirtschaftliche Arbeit von den Mitgliedern nicht des individuellen Erwerbes wegen, sondern aus reinem Pflichtgefühl oder auch gar nicht betrieben wurde.

Griechische Denker wie Plato sahen im Privateigentum und Privaterwerb ein Hindernis staatlicher Vollendung, sobald diese Dinge diejenigen, welche den Staat zu verteidigen und zu regieren hatten, durch das von ihnen angeregte Privatinteresse von der unbedingten Hingabe an das Gemeinwesen abzogen. Daher sollten diese, von aller Erwerbsarbeit emanzipiert, eine rein kommunistische Gesamtwirtschaft führen, deren materielle Unterlagen ihnen von der gemeinen Masse des Volks geliefert werden sollten.

Erst spät, als im Beginn der sogenannten Neuzeit die Geldwirtschaft da und dort einen plötzlichen Aufschwung nahm und, indem sie gewissen Klassen, die vorher schon das Meiste besassen,

Digitized by Google

rasch zu bedeutendem Reichtum verhalf, andere, die ohnedies schon knapp von ihrer Arbeit gelebt hatten, massenhaft zu Bettelarmut und Vagabundage herabdrückte — erst da, und von da an immer wieder, traten bedeutende Schriftsteller mit der Idee hervor, dass Privateigentum und Privatwirtschaft ein Hindernis allgemeinen materiellen Wohlseins und allgemeiner kultureller Entwicklung seien und dass man daher im Interesse Aller, besonders aber der Armen und Bedrückten, das Privateigentum an allen jenen Dingen, die nicht nach der Natur des Bedürfnisses, dem sie dienen, dem Einzelnen zum Genuss überlassen werden müssen, aufheben und eine Alle umfassende, im Interesse Aller geordnete wirtschaftliche Organisation, eine Organisation der Produktion, der Güterverteilung und mehr oder weniger auch der Konsumtion an die Stelle setzen solle.

Diese neuere Art von Opposition, die in den demokratischen Anschauungen ruht (alle Menschen seien zum Glücke berufen, der Staat sei für Alle da) tritt in dem Masse häufiger und wichtiger hervor, als die hergebrachte, auf vorherrschender Naturalwirtschaft und geringem, in engen Grenzen sich bewegenden Verkehr beruhende, sehr positive und alle Stände umfassende Organisation des Mittelalters vor der sich entfaltenden, vom wachsenden Weltverkehr beherrschten Geldwirtschaft zusammenbricht und die veränderten Verhältnisse eine Theorie und eine Politik erzeugen, deren Weisheit in dem Satze gipfelt, dass die menschlichen Angelegenheiten in ihrem wirtschaftlichen Teile am besten bestellt seien, wenn Jeder nur an sich und seine Familie denke und soviel Güter zusammenraffe, als er, ohne die Strafgesetze seines Landes zu verletzen, aber auch ohne irgend welche weitere Rücksicht auf die Bedürfnisse seiner Nebenmenschen zu nehmen, zusammenzuraffen vermöge.

In dieser Konkurrenzwirtschaft auf Grundlage einer hohen Produktivität der Arbeit — zunächst eine Folge grosser wissenschaftlicher Entdeckungen, aber allerdings auch der raschesten und geschicktesten Fruktifizierung derselben für das wirtschaftliche Leben eben infolge der ungehinderten Entfaltung des ökonomischen Privatinteresses — entstanden rasch kolossale Vermögen und kolossale Armut, der moderne Nabobismus und Pauperismus, die ich wohl nicht zu schildern brauche, und aus der Verbindung der seit lange sich ausbreitenden demokratischen Staats- und Gesellschaftsanschauung der Massen mit ihrem trost- und aussichtslosen Elend die moderne sociale Frage, d. i. die Frage des hart arbeitenden Volkes: Warum

Digitized by Google

geht es uns Vielen so schlecht und jenen Wenigen so gut? Und wie können wir Alle zu einem menschenwürdigen Dasein gelangen?

Man weiss, wie die Antwort, welche die Denker des Proletariats auf die letztere Frage geben, lautet: sie heisst Kommunismus, oder wenn Sie wollen Socialismus, und ist, wenn auch nicht so deutlich, als wir wünschen mögen, doch immerhin deutlich genug, um die Massen immer mehr zu begeistern und in Bewegung zu setzen, dass sie für jenes Ziel kämpfen, welches man negativ definieren kann als Beseitigung des Grund- und Kapital-Eigentums, positiv als organisierte Gemeinwirtschaft an Stelle der heutigen anarchischen Privatwirtschaft.

Wie man zu diesem Resultate kam?

Die Logik des Weges dazu ist einfach.

Wer nichts hat, muss im System der Privatwirtschaft, wo Jeder nur sein eigenes Interesse sucht und dieses mit aller ihm zu Gebote stehenden Macht, offenbar demjenigen preisgegeben sein, der das besitzt, was man zum Leben für jetzt und für die Zukunft, d. h. zum augenblicklichen Konsum und zur Produktion des künftigen Konsums braucht. Dieser Letztere braucht Jenem nicht zu lassen, was Jener mit seiner Arbeit geschaffen, sondern er kann die Bedingungen, unter denen er ihm den augenblicklichen Unterhalt gibt, vorschreiben und wird ihm in der Regel nur so viel geben, als er braucht, um das Geforderte zu leisten und einen Nachwuchs heranziehen zu können.

Infolge dessen kommen die Fortschritte der Menschheit fast ausschliesslich den Besitzern der Produktionsmittel zu gute, die grosse Masse hat die ganze Last und Mühe der Produktion des enorm wachsenden Reichtums, aber keinen Genuss davon. Und das kommt eben vom Privateigentum und dessen selbstverständlicher Konsequenz, der Privatwirtschaft. Also weg mit beiden!

Das ist radikale Logik, aber es ist Logik und man wird ihr, die Richtigkeit der Prämissen vorausgesetzt, die Schlüssigkeit nicht absprechen können.

Viel jüngeren Datums und von viel geringerer Folgerichtigkeit sind die Angriffe auf das blosse Grundeigentum als solches, nicht etwa die Klagen über ungleiche oder ungerechte Verteilung desselben. Man möchte vielleicht glauben, die Frage, wie der Einzelne dazu komme, einen bestimmten Teil der Erdoberfläche für sich in Anspruch zu nehmen und alle Anderen davon auszuschliessen, müsse dem Menschen stets sehr nahe gelegen haben. Allein für denjenigen, der

Digitized by Google

nichts als Privatwirtschaft vor sich sah und diese daher ganz natürlich und gerecht fand, lag die Auslegung stets nahe, dass, so gut wie alle anderen Leute, auch die Landwirte, resp. Urproduzenten im weiteren Sinne ihr Produktionsinstrument beherrschen müssen, wenn sie einen im Interesse der Wirtschaft notwendigen freien Gebrauch davon machen sollen. Wer also die Privatwirtschaft überhaupt zugab, der zweifelte auch nicht an der natürlichen Berechtigung des privaten Grundbesitzes.

Allerdings hat schon Rousseau in seiner Untersuchung über die Entstehung der Ungleichheit unter den Menschen den bekannten Ausspruch gethan, wonach der erste Usurpator des Bodens der wahre Begründer der bürgerlichen Gesellschaft mit all ihren Leiden nnd ihrem Elend war. Allein ich glaube annehmen zu dürfen, dass Rousseau die Einführung des Grundeigentums für die Begründung des Privateigentums überhaupt ansah und nicht bloss das erstere, sondern auch das letztere im Ganzen für einen faux pas der Entwicklung hielt, denn sonst hätte sein Ausspruch, dass die Früchte des Bodens Allen gehören, keinen Sinn. Und ausserdem zog Rousseau nicht die Konsequenzen seiner Phrase, hatte nie die Absicht sie zu ziehen und ist daher in diesem Punkte nicht ernst zu nehmen.

Bald nach ihm kamen aber die grossen englischen Nationalökonomen Adam Smith und David Ricardo und diese lehrten, dass die Grundbesitzer lediglich auf Grund ihres Besitzrechtes und ohne eigene Arbeit oder sonstiges persönliches Verdienst ein Einkommen bezögen, das nur eine Folge der wachsenden Bevölkerung und Kultur sei und daher die Tendenz habe, immerfort zuzunehmen. Ricardo, der sein Vermögen an der Börse gewann, legte den grössten Nachdruck auf diesen unverdienten Gewinn der Grundbesitzer und hat die späteren Angriffe auf die Grundrente sicher am meisten und vielleicht mit Bewusstsein angeregt.

Nun kommen nach und nach verschiedene Nationalökonomen und Philosophen, welche die Ungerechtigkeit des privaten Bezugs der Grundrente mit mehr oder weniger Emphase betonen, ohne jedoch von der Aufhebung des privaten Grundeigentums grosse sociale Erfolge oder gar radikale Umgestaltungen zu erwarten. So, um bekanntere Namen aus neuerer Zeit zu nennen, J. St. Mill, Herbert Spencer, Adolf Wagner. Die Nationalökonomen betonen insbesondere, dass die Gelegenheit, Einkommen ohne Arbeit zu beziehen, die im Grundeigentum — wenn auch keineswegs in allem — unzweifelhaft

Digitized by Google

liegt, nicht für immer Privatpersonen zugehören, sondern, weil lediglich durch die Fortschritte der Gesellschaft erzeugt, auch dieser durch ihren Repräsentanten, den Staat, zu gute kommen solle.

Lassalle meinte übrigens schon 1863 in einem Briefe an Rodbertus (siehe „Briefe von Ferdinand Lassalle an Karl Rodbertus-Jagetzow", Berlin 1878, S. 79), man solle die Grundrente abschaffen durch eine Grundsteuer, welche die Aecker unterster Klasse ganz frei lässt und alle Aecker der höheren Klassen differenziert, d. h. im Verhältnis ihrer günstigeren Beschaffenheit — also um den ganzen Betrag der Differenz — trifft.

Diese Grundsteuer würde mithin die ganze Grundrente abolieren, d. h. in die Hände des Staates bringen und in den Händen der Arbeiter nur den gleichmässigen Arbeitsertrag lassen.

„Heute", fügt der einsichtsvolle Mann hinzu, „wäre eine solche Massregel unmöglich." Wenn aber der Staat ländlichen Arbeiter-Assoziationen die Bodenfläche lieferte und sie diese Grundsteuer als Entgelt für die Ueberlassung des Bodens zahlen liesse, so wäre die Sache ziemlich leicht und einfach und der Staat hätte an dieser Grundrente die Mittel, Schulunterricht, Wissenschaft, Kunst, öffentliche Ausgaben aller Art zu bestreiten und so hätte dann niemand, respektive Alle gleichmässig die Rente.

Welterschütternde Erfolge, etwa die Lösung der socialen Frage, versprach sich Lassalle von dieser Massregel keineswegs. Man muss — um ihre wahre Bedeutung in seinem Sinne, ihren akzessorischen Charakter richtig zu verstehen — vielmehr bedenken, dass er das ganze Unternehmertum beseitigen, die ganze Produktion durch Arbeiterassoziationen ohne Kapitalzins (definitiv nämlich!) und Profit sich vollziehen lassen wollte, also ausschliesslich das Arbeitseinkommen gelten liess und daher einen durch den Staat zu vollziehenden Ausgleich der Grundrente herbeiführen musste als Ergänzung seines, eine höhere kommunistische Gesellschafts-Ordnung vorbereitenden Systems.

Viel jüngeren Datums und sehr vereinzelt ist die Ansicht, dass durch die Beseitigung des privaten Grundeigentums alle Schwierigkeiten und Verwicklungen unserer auf Privateigentum und Privaterwerb beruhenden Gesellschafts-Ordnung mit einem Schlage gelöst würden, so dass das privatwirtschaftliche System fortbestünde und dennoch Handelskrisen, Pauperismus, Ausbeutung, Klassenherrschaft, Interessenkonflikte, kurz alles sociale Elend verschwände.

Digitized by Google

Es sind hauptsächlich drei Schriftsteller, welche hier in Betracht kommen, nämlich Dr. Theodor Stamm („Die Erlösung der darbenden Menschheit," Zürich 1871), Henry George („Fortschritt und Armut," deutsch von Gütschow, Berlin 1881; das englische Original erschien 1879) und Michael Flürscheim.

Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich annehme, dass der Vorstand dieser Gesellschaft, als er mich um einen Vortrag über „Frei-Land" anging, wesentlich Letztgenannten im Auge hatte, der in der Schweiz am meisten bekannt ist, dass er gerade Flürscheims Ideen, für welche in diesem Lande mit nicht unbedeutender Energie agitiert wird, von einem Fachmanne dargestellt und kritisiert haben wollte. Ich werde mich daher im Folgenden fast gänzlich auf ihn beschränken und die beiden Andern, seine Lehrmeister, nur wo es mir notwendig scheint, in Betracht ziehen.

Charakteristisch für alle drei ist vor Allem, dass sie vom Unternehmergewinn entweder gar nicht sprechen oder ihn als ganz unbedeutend hinstellen oder ihn geradezu leugnen. Den ersten Weg wählen Stamm und George, Flürscheim betritt mit seltsamer Konsequenz abwechselnd den zweiten und dritten. Er sagt:

1. „Sogar der ganze Unternehmergewinn auf die Arbeiter verteilt, würde zwar den Unternehmer und das Unternehmen ruinieren, aber dem Arbeiter sogut wie keine Besserung seiner Lage gewähren" (Das Staatsmonopol des Grundpfandrechts als Weg zur Reform unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, Seite 3).

2. Er sucht den Unternehmergewinn zu vertuschen, indem er an Stelle des sehr bekannten Wortes „Lohn" das Wort „Verdienst" vorschlägt, mit der Begründung, dass der Verdienst „auch den Lohn der Arbeit auf anderen Gebieten (als dem der Handarbeit) in sich schliesst", d. h. er identifiziert den wirklichen Arbeitslohn mit dem Profit, und da er den Profit doch nicht wohl einfach Lohn nennen kann, so nennt er den Lohn Verdienst, ein Ausdruck, der im gewöhnlichen Leben sehr oft auf den Profit angewendet wird, z. B. „Der Meyer hat verdient eine Million an der Börs." (Siehe: Der einzige Rettungsweg, Broschüre, Seite 11.)

3. Er erklärt, dass selbst in normalen Zeiten von eigentlich guten Geschäften keine Rede sei. „Der Nutzen (nur nicht Profit!) ist auf ein Minimum reduziert" (ebenda S. 18). In derselben Schrift konstatiert er anderswo (S. 13), dass die Zahl der grössten Einkommen kolossal zunimmt!

Digitized by Google

4. „Es gilt dem Socialdemokraten zu zeigen, dass der Unternehmer es nicht ist, der ihm das Brot wegnimmt, sondern dass dieser mit ihm unter derselben Sklavenkette schmachtet“ (ebenda S. 67).

5. Der Unternehmer erhält im Durchschnitt kaum mehr Zins, ja oft nicht einmal so viel, „als zur Unterhaltung des Kapitals und zur Zahlung der Arbeit erforderlich ist, die zum Ersatz oder zur Reparatur des Kapitals gebraucht wird“ (Auf friedlichem Wege, S. 58).

6. „Sowohl der arbeitende, kapitalistische Unternehmer, wie der nicht arbeitende, nur sein Kapital ausleihende, erhalten auf die Dauer nicht so viel über die Quote, die sie konsumieren, hinaus, dass sie damit ihr Kapital erhalten können“ (ebenda S. 61), d. h. sie müssen zu Grunde gehen. Allerdings, wenn „die Quote, die sie konsumieren“, recht gross ist und hauptsächlich aus Rebhühnern, Austern, Trüffeln, Champagner und dgl. besteht, dann ist unter Umständen die Lage gewiss schwierig.

7. Es wird geradezu behauptet, dass die Unternehmer im „Durchschnitt sicher ruiniert werden müssen“ (Bodenbesitzreform und Socialismus, in „Neue Zeit“, Juli 1890, S. 295 f.).

Zum Schluss erklärt uns Flürscheim mit anerkennenswerter Selbstachtung, dass die ungeheuren Reichtümer eines Krupp, Gruson, Siemens u. s. w. und sein eigenes Vermögen (er ist Fabrikant und stammt aus einer Banquierfamilie) ganz und gar nur auf fabelhafter, absolut unersetzlicher Tüchtigkeit beruhen, daher vollkommen gerechtfertigt seien, und dass der „Nutzen (beileibe nicht Profit!) solcher industriellen Etablissements reiner Unternehmerarbeitslohn und Kapitalzins“ sei, welchen ersteren sich die hohen Herren grossmütig selbst zuerkennen, indem sie die „Verdienste“ aller von ihnen beschäftigten Arbeiter möglichst gering taxieren (Deutsch-Land, Nr. 1, Januar 1888, S. 17).

Charakteristisch speziell für Flürscheim ist zweitens, dass er — ohne irgendwie durch die Logik seines Gedankengangs dazu gezwungen zu sein — mehrmals versichert: Die Börsensteuern helfen nichts, sie treffen nur „das arbeitende Volk“, sie seien Schröpfköpfe, welche die Blutzirkulation des Kapitalismus erfrischen und stärken (Staatsmonopol S. 41, Rettungsweg, Brosch., S. 58).

Unter dem arbeitenden Volk versteht er offenbar hier (und nicht bloss hier!) Fabrikanten und Kaufleute, die ihre Geschäfte an der Börse nicht in Person, sondern durch Banquiers betreiben und

Digitized by Google

von diesen mitunter um die Steuer beschummelt werden; und was die Erfrischung und Stärkung durch die Steuer anbelangt, so gönnen wir diese den Börsenmännern, die doch mitunter auch wohl kleine Geschäftchen auf eigene Rechnung machen und dann selbst die Steuer tragen müssen, von Herzen, obwohl sie selbst sich unbegreiflicher Weise dagegen wehren.

Charakteristisch ist drittens im höchsten Masse Flürscheims Stellung zu gewissen unbedingt im Interesse der Arbeiter liegenden und von ihnen daher vor Allem angestrebten Reformen, resp. Verbesserungen ihrer Lage.

Wer eine Idee von der heutigen Arbeiterfrage hat, der muss, wenn er objektiv, d. h. hier vom Standpunkt des Arbeiterinteresses aus, urteilen will, vor Allem anerkennen, dass eine möglichste Verkürzung des Arbeitstags (besonders für Industriearbeiter mit ihrer durchaus ungesunden Beschäftigung und gegenseitigen, lohndrückenden Konkurrenz) in jeder denkbaren Beziehung von fundamentalster Bedeutung für das Wohl und den Fortschritt dieser Klasse ist.

Flürscheim, der immer vom „arbeitenden Volke“ schwärmt, dem allein er Existenzberechtigung zuerkennt, dessen unendliches Glück er mit seinen Vorschlägen angeblich herbeiführen will, zeigt hier so recht seinen Unternehmerpferdefuss. Natürlich darf und muss der Unternehmer seine Interessen so gut wahren, wie jeder Andere. Wenn er aber behauptet für fremde Interessen einzustehen, während er nur an die eigenen denkt, so verfährt er unehrlich.

Eine Stelle ist geradezu klassisch für die Eigentümlichkeit der Flürscheim'schen Logik. Wenn man, sagt er, durch Verkürzung des Arbeitstages etwas Wesentliches erreichen wolle, so irre man sich. Die Kapitalisten werden durch Verbesserungen der Technik die Leistungsfähigkeit des Arbeiters so schnell erhöhen, dass er in 9 Stunden, dann sogar in 8, in 7, in 6 u. s. w. soviel wie heute in 11 oder 10 produzieren würde. Wir stünden vor dem Dilemma, entweder den Normalarbeitstag immer im Verhältnis weiter herabzusetzen, d. h. schliesslich auf eine Stunde, oder in die gleiche Arbeitsnot wie heute zu kommen. Eine solche Herabsetzung der Arbeitszeit hiesse aber den Arbeiter mit Gesetzesgewalt zum Müssiggang zwingen, — während er so gern mit seiner Arbeit dringend benötigte Bedürfnisartikel erwerben möchte. Der Strom der Produktion würde künstlich ausgetrocknet, während Millionen Durstiger ihn umstehen, die ihn aus-

Digitized by Google

trinken möchten (Rettungsweg Br., S. 64). Es ist wohl unnötig über solchen ungeheuerlichen Widersinn viele Worte zu verlieren.

Die Logik dieses Gedankens wäre etwa die: weil durch die Verkürzung des Arbeitstags die Produktivität der Arbeit, also die Leichtigkeit, Güter aller Art hervorzubringen, gesteigert würde, darf der Arbeitstag nicht abgekürzt werden. Denn, wenn wir in Einer Stunde produzieren, wozu wir früher 10 brauchten, dann produzieren wir viel weniger als früher, der „Strom der Produktion vertrocknet". Nach Flürscheim erfordert also das Wohl der arbeitenden Klasse, dass die Arbeit möglichst unproduktiv und die Arbeitszeit möglichst lang sei.

Und es ist ja auch Jedermann bekannt, welches Elend sich unter den englischen Textilarbeitern verbreitete, als sie durch die Fabrikgesetzgebung nach und nach von 14 und 16 täglichen Arbeitsstunden auf 9 und 8 herabgesetzt wurden, und man weiss, wie die Gesundheit und Moral der Arbeiterkinder litt, als man sie nicht mehr mit 6 und 7 Jahren in die Fabrik liess, wo sie sich (nach Ure) bei den Maschinen ausnahmen, wie „tanzende Elfen im Mondschein"! — Ich glaube, wenn wir einmal im Stande sind, in Einer Stunde zu produzieren, wozu wir jetzt den ganzen Tag brauchen, dann sind wir Alle sofort überzeugte Kommunisten, arbeiten insgesamt zwei Stunden täglich, haben Güter in Fülle und ebenso freie Zeit und fragen nicht mehr nach einer blossen Bodenreform. Wenn die Erhöhung der Produktivität der Arbeit so leicht wäre, wie unser Autor sich zu glauben den Anschein gibt, dann erst recht: Herunter mit der Arbeitszeit, um die Fabrikanten zu diesem Fortschritt zu zwingen!

An einer andern Stelle macht Flürscheim seinem Widerwillen gegen den kürzeren Arbeitstag in folgenden kräftigen Worten Luft: „Mit Normalarbeitstags-Windbeuteln in Kinderarbeitsverbot-Tunke und ähnlichem leichten Dessert lässt sich der hungrige Volksmagen nicht abspeisen" (Deutsch-Land l. c., S. 23), wobei unter „Volk" offenbar wieder Flürscheim und Kollegen zu verstehen sind. So spricht nicht, wer von derartigen Bestrebungen bloss „nichts Wesentliches" erwartet, sondern nur, wer überhaupt nichts davon wissen will, wer denselben und mithin den Arbeiterinteressen entschieden feindselig gegenübersteht.

Man sieht, glaube ich, aus alledem ziemlich deutlich, um was es sich für unseren Autor handelt: es soll im Namen des „Volks" in der mehrfach erläuterten Bedeutung das Proletariat vor Allem der Socialdemokratie abspänstig gemacht, sodann aber auch sogar von

Digitized by Google

allen vernünftigen, schon in der bürgerlichen Gesellschaft möglichen und durchführbaren Reformgedanken abgezogen werden, um es auf seine wahren Freunde, die Unternehmer, die die gleichen Interessen mit ihm haben und sich in der gleichen Notlage befinden, aufmerksam zu machen, damit die „sociale Frage“ im Sinne der Fabrikanten und ihres „Unternehmerarbeitslohns“ gelöst werde. Würden, sagt Flürscheim, die Socialisten diesen „Lohn“ der Herren Krupp, Siemens u. s. w., d. h. den ganzen heutigen Profit, garantieren, so hätte er gegen sie nichts mehr einzuwenden (Deutsch-Land, l. c. S. 17). Man sieht, wie arbeiterfreundlich der Mann ist! er hat eben nur einen etwas exklusiven Begriff vom Arbeiter und versteht hauptsächlich gewisse sehr wohlsituierte Leute darunter. Die Interessen dieser sind ihm die sociale Frage.

Wo steckt aber der Feind des „Volkes“, dessen Hauptfreund der Unternehmer ist? Ist es der Grundbesitz, wie Stamm und George, besonders aber letzterer, behaupten?

Die Antwort auf diese Frage ist bei Flürscheim nicht so klar und einfach, wie man wünschen möchte.

Er anerkennt gelegentlich die Notlage der Landwirtschaft, er behauptet, dass „keine Art der menschlichen Thätigkeit geringere Sicherheit biete, als die, welche ständig allen Einflüssen der Naturgewalten preisgegeben ist“ (Staatsmonopol S. 17).

Er sucht nachzuweisen, dass die Hypothekarverschuldung in allen Ländern in wachsendem Massstabe steige, dass der Grundeigentümer für seinen Gläubiger im Schweisse seines Angesichts arbeiten müsse, während ihm selbst nichts bleibe als Not und Sorge (Rettungsweg, Buch, S. 162 ff.).

Allein an anderen Stellen ertönt eine ganz andere Melodie. Das eigentliche Kapital, d. h. in seinem Sinne das Unternehmungskapital, befinde sich in gerade so schlimmer Lage wie die Arbeit (Auf friedl. Wege, S. 63 ff.). Aber der Grundbesitz, sagt er höhnisch, solle seine Notlage, von der er immer spreche, „auch wirklich einmal beweisen (vermutlich so ähnlich wie Krupp, Gruson und Konsorten?) und leere Phrasen vermeiden“. Und nun zeigt er den Rittergutsbesitzern, in welch glänzender Lage sie sich befinden, trotz Hypothekenschulden, wie ihr Einkommen und Vermögen ganz von selbst ungeheuer wächst, während sie nichts zu thun haben, als den Pächtern Quittungen auszustellen. „Da haben wir den reizenden Text zu dem Liede von der leidenden Landwirtschaft.“ Bald darauf (S. 73 ff.)

Digitized by Google

bringt er nochmals eine weitläufige Darstellung von dem üppigen Glücke der Landwirte, die schnell und sicher reich werden, während die Kapitalisten, und zwar im Durchschnitt, in Armut versinken.

Der theoretische Pfiff Flürscheim's, um über solche ungeheuerliche Widersprüche hinauszukommen, besteht darin, zu sagen, dass der verschuldete Grundbesitzer eigentlich gar kein Grundbesitzer sei; der „Börsenbaron" aber, der ihm Geld leiht, sei eigentlich nicht Kapilalist, sondern Grundbesitzer (Staatsmonopol, S. 16, Auf friedl. Wege, S. 76).

Aber oben war doch die Rede von dem herrlichen Leben und wachsenden Reichtum der verschuldeten Rittergutsbesitzer!

Und wenn die Rente und der Wert des Bodens so sicher und so rasch wachsen, wie Flürscheim überall behauptet, wie kommt denn dann der Rittergutsbesitzer zu der steigenden Verschuldung? — möchte mancher vielleicht fragen.

Nach Flürscheim's letztzitierten Behauptungen könnte man übrigens dem Börsenbaron ja nichts Schlimmeres wünschen, als dass er wirklicher Grundbesitzer würde, denn dann käme er offenbar auch in Schulden und dann wäre er auf einmal kein Grundbesitzer mehr.

Der Börsenbaron lebt, nebenbei bemerkt, nach Flürscheim in der That ganz und gar von der Grundrente, er hat nichts als Pfandbriefe, Staatspapiere, welche letztere (an dieser Stelle) ebenfalls durch den Boden, nämlich den des Staates, garantiert sein sollen, und Eisenbahn-Prioritäten — die wieder nichts Anderes sind, als Grund und Boden. — Selbstverständlich!

Wenn dann eine Bahn verkracht, so kann sich der Börsenbaron ein Stück Damm nehmen.

Eigentlich mobiles Kapital, nämlich Aktien, hat er nur im geringsten Masse, sozusagen zum Zeitvertreib, um ein Bischen zu spekulieren und sie dabei zu verlieren (Auf friedlichem Wege, S. 77 ff.). „Die eigentlichen mobilen, die wirklich riskierten Kapitalien, das eigentliche Aktienkapital wird von dem kleinen Mann, „von der arbeitenden Masse des Volkes geliefert" (ebd. S. 115).

Das arme, reiche Volk! und das dumme Volk! müssen wir hier sagen, das so ungeheuer viel Geld hat und dasselbe so verkehrt anwendet. Die Waisengelder werden in den gut verwalteten Staaten Europas offenbar in Aktien angelegt, die Sparkassen sind die eigentlichen Banken der Millionäre, des Handels und der Industrie, die 70.000 Aktien der Zentralbahn waren dem schweizerischen Bundes-

Digitized by Google

rat von Taglöhnern und Dienstmädchen angeboten worden, die Anglobank, die Kreditanstalt, die deutsche Reichsbank, sie sind alle in den Händen des „Volkes“, Fabrikarbeiter sind Verwaltungsräte, Strassenkehrer Direktoren, und an den Börsen weiss man kaum, dass es solche Dingerchen, wie Aktien, gibt.

Endlich werden wir über die Lage des Grundbesitzes kurz und bündig dahin informiert, dass es „notwendiger Weise der Grundbesitzer ist, welcher schliesslich in den Besitz aller Kapitalien gelangt, oder was ganz auf das Gleiche hinauskommt, der Kapitalist, der in den Besitz des Grund und Bodens kommt“ (ebd. S. 128).

Meine Herren Landwirte! Es ist Ihnen also offenbar gleichgiltig, ob die Börse Sie einsteckt oder ob Sie die Börse einstecken? Ich bezweifle dies ein wenig und vermute, dass sie die letztere Prozedur im allgemeinen vorziehen. Uebrigens kommt Flürscheim's Phrase, in seiner eigenen Sprache zu reden, wohl darauf hinaus, dass der Grundbesitzer, d. h. der Börsenbaron, sich selbst einsteckt; denn Beide sind ja Eins. Wir wünschten sehr, diesen sublimen Vorgang einmal mit leiblichen Augen sehen zu können.

Ist also der private Grundbesitz der wahre Spitzbube in unserer Gesellschaft oder ist er's nicht? Wir wollen die Frage vorläufig unbeantwortet lassen und zunächst etwas ganz Sicheres konstatieren, nämlich dass das Privateigentum an Grund und Boden ein absolutes Unrecht ist und immer war — nach Stamm, George und Flürscheim, welch' Letzterer in dieser Beziehung keinerlei Originalität beanspruchen kann.

Alle Menschen haben ein gleiches Recht auf den Boden und keiner ein besonderes Eigentumsrecht (Staatsmonopol, S. 28). Die grosse Grundwahrheit sei, dass „die Erde allen Menschen gemeinsam gehört“ (Rettungsweg, Br., S. 37). Rechtmässiges Eigentum gebe es nur an Arbeitsprodukten, nie an dem, „was der Schöpfer allen seinen Geschöpfen gemeinsam geschenkt hat, ohne dass ihre eigene Thätigkeit dabei mitwirkte“ u. s. w. (Auf friedl. Wege, S. 181).

Begründet wird das ganz nach Henry George und dieser deduziert darauf los, als ob wir uns noch mitten im Zeitalter der Naturrechts-Theoretiker befänden. Das Recht entspringe aus dem Menschen — er meint damit das nackte Individuum — es gebe vor Allem „ein Recht des Menschen auf sich selbst.“ Aus diesem entspringe das Eigentumsrecht. Was ein Mensch macht oder durch Kauf oder Schenkung von Anderen, die es gemacht haben, erhält, das

Digitized by Google

allein sei sein Eigentum. „Die Natur erkennt keinen Besitz oder keine Herrschaft in dem Menschen an, ausser als Ergebnis seiner Arbeit“ (siehe „Fortschritt und Armut“, S. 292 ff.) und so fliesst das Wasser in Strömen fort, wie es einst bei den Herren vom Staatsvertrag floss. Alle Theoretiker dieser Richtung lassen immerfort die „Natur“ gebieten und verbieten, approbieren und verurteilen, als ob sie als tägliche Gäste in ihrem Boudoir verkehrten oder gar ihre Beichtväter wären.

Die Natur hat nie Gesetze gegeben, nie Rechte geschaffen, sondern Bedürfnis und Macht des Menschen thaten dies. Wie sie es gethan, lehrt uns nicht das Folgern aus beliebigen, selbstgebildeten abstrakten Begriffen, sondern einzig und allein die Geschichte. Und diese müssen wir doch wohl als den Stoff der Wissenschaft von der menschlichen Gesellschaft anerkennen.

Diese Art von Theoretikern verdammt die Sklaverei und das private Grundeigentum an sich, weil diese Einrichtungen ihnen heutzutage als Unrecht vorkommen. Sie vergessen dabei nur, dass es kein Volk ohne dieselben jemals zu einer nennenswerten Kultur brachte, dass es offenbar auf den Fortschritt des Ganzen und nicht auf die Zustände und Leiden einzelner Individuen und Generationen von solchen ankommt, und dass, wenn barbarische Mittel, die uns vielleicht heute unrecht und grausam vorkommen, allein einen erheblichen Kulturfortschritt ermöglichen konnten, diese dann im Sinne der Geschichte als einer Entwickelung der Menschheit zu immer höheren Daseinsstufen vollkommen gerechtfertigt sind.

Erst wenn solche Einrichtungen die Kultur nicht mehr fördern oder gar hemmen, dann sind sie wahres Unrecht und dann werden sie, wenn die Völker, die sie haben, fortschreiten sollen, beseitigt werden müssen. Das ist für die Sklaverei bereits eingetreten. Es ist sehr wohl möglich, dass es auch für das private Grundeigentum einmal eintreten wird. Aber die Zeit dürfte noch fern und erst dann gekommen sein, wenn die Landwirtschaft solche technische Fortschritte gemacht hat, dass sie nur im grössten Massstab mit Erfolg betrieben werden kann, so dass auch hier die Riesenunternehmung, etwa in Form der Aktien-Gesellschaft, an die Stelle der heutigen Betriebe träte, nachdem der letzte Bauer ruiniert und verschwunden wäre. Dann aber würde die Gesellschaft direkt die Sache übernehmen, die Landwirtschaft würde ein Zweig der öffentlichen Ver-

Digitized by Google

waltung, wie alle anderen für die Gesamtheit und nicht für den Privatprofit betrieben.

Ich will damit keineswegs die Berechtigung auch des heutigen Staates, ausschliesslicher Grundeigentümer zu werden und alles Privateigentum an Grund und Boden unmöglich zu machen, leugnen.

Der Staat gibt ja die Gesetze und kann, wenn er das Bedürfnis und die Macht dazu hat, auch ein solches Gesetz geben, ebenso wie er z. B. den privaten Eisenbahnbau und -Betrieb als etwas den Bedürfnissen der Gesellschaft Ungenügendes auffassen und selbst alle Eisenbahnen bauen und betreiben kann.

Doch ich glaube nur zweierlei: erstens dass der Staat, und zwar jeder Staat, seine eigenen Rechtsprinzipien, die sein charakteristisches Wesen und Leben ausmachen, nicht ohne wesentlichen Schaden verleugnen darf. Zu diesen Rechtsprinzipien unseres Staats gehört die unbedingte Anerkennung des bürgerlichen Werteigentums. Eine Sache kann der heutige Staat expropriieren — denn die Sache (soweit sie hier in Frage kommt) ist in unserer hochentwickelten Geldwirtschaft nur als Substrat eines gewissen Wertes wichtig — den Wert aber nicht, den muss er gelten lassen und daher vollständig ersetzen, ausgenommen Verbrechern und Feinden gegenüber und in den engen Grenzen seines Notrechts.

Ein Staat, in welchem eine andere als die bürgerliche Klasse herrschte, etwa ein Proletarier- oder besser Arbeiterstaat, würde auch andere Bedürfnisse und also eine andere Rechtsauffassung haben und das bürgerliche Werteigentum sehr wohl ersatzlos im Ganzen beseitigen können, ohne sich selbst zu widersprechen. Ja er müsste es sogar thun, sonst wären die Arbeiter als „Klasse“ blamiert, sie wären entweder selbst Bourgeois oder offenbar ohne „Herren“ unmöglich.

Leistet aber der Staat für den expropriierten Grundbesitz vollen Ersatz (so etwas will Flürscheim gelegentlich in: Rettungsweg, Br., S. 44), so muss er die in Bezug auf denselben allgemein bestehenden Spekulationspreise zahlen, in welchen die künftige Wertsteigerung schon mehr oder weniger eskomptiert ist, so dass er vermutlich auf lange hinaus keinen Gewinn, vielleicht sogar Verlust hat.

Zweitens ist es sicher, dass ein solches Staatseigentum an Grund und Boden mit Privatbetrieb der Landwirtschaft, wie unsere Bodenreformer sich die Sache denken, in Form allgemeiner Verpachtung an den bestehenden Zuständen ausserordentlich wenig, an

Digitized by Google

dem Hauptelend unserer Zeit, dem Proletarierelend, gar nichts ändern würde. Wir erhielten im besten Falle nach und nach in der Landwirtschaft Zustände, wie sie in England bestehen, wo so ziemlich aller Boden verpachtet ist und der Pächter leidlich kapitalistisch zu rechnen versteht.

Ich gebe zu, dass diese englischen Verhältnisse gesunder sind als die kontinentalen, und für die Entwicklung der Landwirtschaft im Allgemeinen vorteilhafter. Aber wir würden, wie gesagt, durch Verstaatlichung selbst dazu nur sehr allmählich, nur im günstigsten Falle, nur mit grossen Opfern gelangen. Denn die grossen englischen Grundherren haben fast keine Schulden, der Staat aber wäre der verschuldetste aller möglichen Grundbesitzer, die es geben kann, er wäre Alles schuldig. Er müsste also, wollte er seine Hypothekengläubiger nicht mit Steuern bezahlen und damit fernstehende, unbeteiligte Bevölkerungskreise ungerechtfertigt belasten, die Pachten ziemlich hoch schrauben und sehr streng eintreiben, was grosse englische Grundbesitzer öfters unterlassen (S. Reitzenstein und Nasse: Agrarische Verhältnisse in Frankreich und England, S. 152 f., S. 156 ff.).

Denkt man sich, wie manche landwirtschaftliche Bodenreformer, die Bodenverstaatlichung etwa so, dass der Staat den heutigen Besitzern recht gute Preise für ihr Land zahlte und ihnen dann dasselbe recht billig in Pacht liesse, dann à la bonne heure! meine Herren Landwirte, dann schlagen Sie ein, Sie machen ein gutes Geschäft. Dann begreife ich, wie grosse Grundbesitzer, denen in den sehr ungünstigen 80er Jahren um ihre Rente bange wurde, sich mit Eifer der Freilandsbewegung anschlossen.

Aber das wäre ein Agrariertum höchster Ordnung, die unverschämteste Ausbeutung des Volkes durch eine, und gewiss nicht die ärmste Klasse, und daher undurchführbar.

Verpachtet man aber, insbesondere in Bauernländern, den Boden an den Meistbietenden, so werden — wenn sich die Menschen nicht rasch und gründlich ändern — die Pachtpreise durch dieselbe Konkurrenz, die heute die Bodenpreise wahnsinnig in die Höhe schraubt, auf's Höchste getrieben. Die Landwirte werden dann sich kaum besser befinden als heute. Die Arbeiter aber würden nach wie vor gleichviel haben, nämlich Nichts, und die sociale Frage wäre am selben Fleck, wo sie heute steht.

Fragen wir nun zuvörderst: Wie denken sich unsere Männer

Digitized by Google

der höheren, absoluten Gerechtigkeit die Durchführung der Bodenverstaatlichung? George nimmt den Grundeigentümern durch eine besondere Steuer die ganze Rente ohne alle Entschädigung weg (S. 359 l. c.), d. h. er konfisziert in wirtschaftlicher Rechnung den gesamten reinen Bodenwert und lässt den bisherigen Eigentümern die leere Hülse, so dass sie sich von Pächtern in nichts unterscheiden, ausgenommen dass der von ihnen zu zahlende Pachtzins Steuer genannt wird. Darüber wollen wir nicht weiter sprechen, so etwas ist in der bürgerlichen Gesellschaft rein unmöglich.

Stamm kommt ungefähr auf dasselbe hinaus, nur nicht so entschieden und offenherzig. Er erkennt den Grundbesitzern (S. 140) eine „gerechte Entschädigung" zu, doch soll dieselbe unter dem gewöhnlichen Marktpreise des Bodens stehen. Nehmen wir also beispielsweise an, ein Grundbesitzer könnte sein Gut privatim um 100 000 Fr. verkaufen; der Staat nimmt es ihm zwangsweise und gibt ihm 80 000 dafür. Das ist nach unserer bürgerlichen Rechtsauffassung keine gerechte Entschädigung, sie widerspricht dem Grundsatz der Geltung des Werteigentums und dem der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz. Der betreffende Besitzer ist um 20 000 Fr. verkürzt, während den Besitzern von 100 000 Fr. in anderen Wertformen nichts weggenommen wurde.

Indes Stamm geht noch erheblich weiter. In Ländern mit kleinem Grundbesitz, sagt er, z. B. in der Schweiz, kann die Bestimmung getroffen werden, dass der Land- und Häuserbesitz binnen 75 oder etwas mehr oder weniger Jahren ohne alle weitere Entschädigung (d. h. ohne Entschädigung überhaupt) der Inhaber Volksbesitz wird. Die Besitzer sollen inzwischen ihr Bodenkapital selbst amortisieren. Uberhaupt wäre dieser Modus zu empfehlen, da er einfacher ist (S. 148 f.).

Nun, wer irgend einen Begriff von der Landwirtschaft und diesem oft zur Hälfte rein fiktiven Bodenkapital hat, der kann leicht beurteilen, wie weit dieser Modus von dem George's abweicht. Und in welchem Zustande würde wohl da der Staat das Land bekommen?!

Das Wunderbarste in diesem Punkte leistet aber Flürscheim: er will die Grundbesitzer allenfalls vollständig entschädigen und dennoch dem Staate den gesamten Boden gratis verschaffen. Das ist gewiss eine geniale Idee, aber sie erfordert ein Gehirn, für welches nichts und etwas keine Gegensätze bilden, sondern die Gleichung 0 = 1 = 1000 u. s. w. ein Axiom ist.

Digitized by Google

Flürscheim macht sogar zwei Vorschläge, die beide zu demselben Ziele führen. Nach dem ersten soll der Staat allein berechtigt sein Immobilien zu beleihen, und zugleich verpflichtet, dies jederzeit bis zum vollen Beitrage zu thun, für welchen das betreffende Objekt genügende Sicherheit bietet (Staatsmonopol, S. 34 ff.). Als Zinsfuss gilt ein für allemal zirka 4½%. Der Staat bringt das nötige Geld durch Pfandbriefe auf, für die er höchstens 3½% zahlt. Die dargeliehenen Beträge sind beiderseits unkündbar, doch wird der Besitz derjenigen Schuldner, welche die Zinsen nicht zahlen, versteigert. Der Staat bietet bis zum vollen Wert der Hypothek mit und wird so im Lauf der Zeit schuldenfreier Alleinbesitzer.

Was heisst nun das? Das heisst einfach, dass durch das staatliche Hypothekenmonopl sämtliche Grundbesitzer ohne Ausnahme bankerott werden, so dass dem Staat als Gläubiger ihr ganzes Hab und Gut zufällt. Sie können offenbar den Zins nicht erschwingen, denn durch Kündigung kann sie der Staat ja nicht in Verlegenheit bringen. — Das hat, bis heute wenigstens, selbst der Wucher bei weitem nicht zu Stande gebracht. Hier gründet sich also der Staatsgrundbesitz auf den Ruin der sämtlichen Landwirte resp. Privatgrundbesitzer.

Man könnte hier — abgesehen von anderen Einwänden — vielleicht fragen, warum nicht unsere Hypothekenbanken längst auf dieses glänzende und ruhmvolle Geschäft verfallen sind? Ob der Staat oder sie die Immobilien beleihen, das kann doch keinen wesentlichen Unterschied machen, höchstens könnte man annehmen, dass sie für ihre Pfandbriefe einen etwas höheren Zins zahlen müssten, als der Staat. Aber das würde die Sache nicht anders machen, sondern nur etwas langwieriger.

Aber der Kniff, auf dem Flürscheim's Idee beruht, lässt sich nur durch die „sittliche Persönlichkeit des Staates“ resp. durch dessen Macht durchführen, die Hypothekenbanken sind dazu nicht in der Lage. Der genannte Kniff liegt übrigens offen da. Die armen Hypothekenschuldner des Staates sollen ein für allemal und unabänderlich 4½% zahlen, während im übrigen, wie Flürscheim auseinandersetzt, der Zinsfuss immerfort sinkt. Also z. B. einige Jahre nach Beginn der Aktion ist der gewöhnliche Zinsfuss 2%; der Grundbesitzer, der Geld braucht, muss sich an den Staat wenden und ihm 4½% zahlen. Der Staat isoliert also in Bezug auf Kreditgeschäfte den Grundbesitzer, ganz wie der raffinierteste Wucherer, und saugt ihm dann den letzten Blutstropfen aus.

Digitized by Google

In Wirklichkeit würde freilich die Sache darauf hinauslaufen, dass es einen neuen Hypothekarkredit einfach nicht mehr gäbe, dass nur mehr solche Leute unbelastete Güter kaufen würden, die sie bar bezahlen könnten, dass Güter mit alten vom Staat übernommenen Hypotheken entsprechend im Preise sänken, dass Erbteilungen nach einem ganz anderen Massstabe, selbst auf eine ganz andere Art als heute stattfänden u. s. w. Der Staat hätte sicher das Nachsehen mit seinem Wucherkredit. Wenn aber alles so ginge, wie es sich Flürscheim denkt, so wäre die Prellerei handgreiflich.

Auf eine besondere Eigentümlichkeit dieses Vorschlags möchte ich noch im Vorbeigehen hinweisen. Flürscheim lässt den Zins immerfort sinken und die Grundrente immerfort steigen. Nun ist aber, wie die Nationalökonomie lehrt, der richtige Verkehrswert des Bodens gleich der mit dem üblichen Zinsfuss kapitalisierten Grundrente. Mithin müssten die Grundbesitzer zugleich von Tag zu Tag reicher und bankerotter werden, beides in schnellem Tempo, und der Staat müsste, wenn er sie expropriieren wollte, von Tag zu Tag für gleich viel Boden immer höhere Preise zahlen. Es sei z. B. die Rente eines Gutes 1000, das Zinsfuss 5, der Verkehrswert also 20 000; nun steige die Rente auf 1500, der Zinsfuss falle auf 1, so ist das Gut 150 000 wert. Es dürfte dem Grundbesitzer schwer fallen, unter solchen Umständen vergantet zu werden.

Wie wollte man wohl — nebenbei — den Wert eines Gutes berechnen, wenn der Zinsfuss = 0 wäre? Er wäre unendlich. Nach meiner Ansicht freilich heisst Zinsfuss = 0 soviel wie Privatkapital = 0, keine Privatwirtschaft, keine Grundrente mehr, reine Socialwirtschaft, wie die Socialdemokratie sich die Sache denkt. Aber Flürscheim's Gedankenflug geht höher, er vernichtet den Zins und behält die Privatwirtschaft im ausgedehntesten Masse bei. Ich behaupte nicht, dass die Privatwirtschaft an sich auf dem Zins beruhe, aber der Zins beruht auf der Privatwirtschaft (sobald diese in Verkehr gerät), kommt nur mit ihr und kann auch nur mit ihr gehen.

Der zweite Vorschlag ist folgender (Auf friedlichem Wege, S. 212 ff.). Die Grundbesitzer, sagt Flürscheim zum Eingang, sollen „vollständig“ abgefunden werden und dies soll „ganz leicht und ohne Opfer“ geschehen. Der Staat kauft den ganzen Grundbesitz zu einem feststehenden Werte, der durch Schätzung, durch den Steuerkapitalswert oder durch Kapitalisierung der Durchschnittseinkünfte der letzten 3, 5 oder 10 Jahre bestimmt wird. Kapitalisiert wird mit 4—4½%

Digitized by Google

für städtische, mit 3 % für ländliche Grundstücke, oder auch zu 5 resp. 4. Im letzteren Falle müssten die Grundbesitzer ein Opfer bringen, doch das sei nicht unbillig. Grund- und Hypothekenbesitzer erhalten „Gutscheine“ von der Staatskasse, gegen die binnen einer gewissen Frist der bare Betrag erhoben werden kann.

Notabene. Flürscheim schätzt den Preis des Bodens von Deutschland samt Gebäuden und Meliorationen, d. h. den Preis alles dessen, was der Staat kaufen soll, auf 100 Milliarden.

Soetbeer berechnet in Hildebrand's und Conrad's Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik J. II. S. 383 ff. für Oktober 1880 den Betrag von Gold in Münzen und Barren in Deutschland auf 1 450 000 000 Mark, den Betrag der Silbermünzen auf 887 000 000 Mark, zusammen 2337 Millionen, also ungefähr $2^1/_3$ Milliarden. Es ist mithin kaum anzunehmen, dass die „gewisse Frist“, von der Flürscheim spricht, eine sehr kurze sei.

Der Staat emittiert zugleich mit den Gutscheinen durch Auslosung rückzahlbare Pfandbriefe à 3 oder $2^1/_2$ % verzinslich. Die Besitzer der Gutscheine müssen vor allem „eine Anlage für ihr plötzlich flüssig gewordenes Kapital suchen“. Sie müssen also die Pfandbriefe kaufen, „und wenn solche statt zu 3 % oder $2^1/_2$ % auch nur zu 2% ausgegeben würden“ (S. 224).

So gewinnt der Staat $1^1/_2$ % Zins, damit amortisiert er in 37 Jahren, abgesehen vom Steigen der Grundrente, die ganze Schuld. Allein die Produktion wird sich „gering angeschlagen vervierfachen“ und ähnlich wird die Grundrente steigen. Der Kapitalzins fällt, der Staat konvertiert dann seine Pfandbriefe zu billigerem Zinzfuss und ehe 15 Jahre vergangen sind, wäre der Staat im Besitz seines Grund und Bodens, ohne einen Pfennig dafür gezahlt, ohne irgend jemand seines Eigentums beraubt zu haben. Man könne sogar den Grundbesitzern den „vollen heutigen Schätzungswert bezahlen“; dann würde die Amortisation höchstens 20 Jahre dauern.

Die letzte Bemerkung ist charakteristisch. Flürscheim hat in seinem Eifer für die „Gerechtigkeit“ vergessen, dass er schon am Eingang seines Vorschlags „vollständige Abfindung“ versprochen hatte.

Wir fragen: was gibt dem Grundbesitz Wert? Antwort: seine Rente. Wenn also jemand in dem Augenblick, wo er einem andern sein Eigentum überlassen muss, die Rente ganz oder teilweise verliert, ist er dann voll abgefunden oder geprellt? Die Antwort ist unzweifelhaft. Die Grundbesitzer aber büssen nach Flürscheim's Vorschlag

Digitized by Google

sofort, durch den Verkauf selbst, nicht etwa durch veränderte sociale Verhältnisse, Rente ein, der Staat erhält sie gratis, also hat der Staat nach dem Vorschlag des Mannes der Gerechtigkeit, und zwar der bürgerlichen Gerechtigkeit, die alles Privateigentum seinem wirtschaftlichen Inhalt nach hochhalten muss, geprellt. Der Staat sagt: Dein Gut trägt jährlich 1000 Fr. Rente, das kapitalisiere ich zu 4% — d. h. ich drücke die Rente in Kapitalform aus — und gebe dir dann Gutscheine im Betrage von 25 000 Fr.

Diese Gutscheine sind natürlich nichts weiter als ein Bekenntnis des Staates, dass er dem ehemaligen Besitzer ein Kapital schuldet, welches nach den bestehenden Verhältnissen einer Rente von 1000 Fr. entspricht. Sie sind nicht Geld und es ist nicht denkbar, dass der Staat sie in kürzerer Frist bar einlöst. Sie tragen aber auch keinen Centime Zinsen. Was hat also derjenige, der diese Gutscheine bekam, so lange er sie in den Händen hat, für sein Eigentum erhalten? Nichts, absolut nichts, als ein Versprechen, das in ferner Zeit vielleicht erfüllt werden kann. Ob er gegenwärtig überhaupt etwas dafür bekommen soll und wie viel, das hängt, wie Flürscheim mit unabsichtlicher Aufrichtigkeit sagt, ganz und gar von der Willkür des Staates ab — gewiss ein eigentümliches entgeltliches Rechtsgeschäft! Der Staat kann ihm 3% Zinsen vom Nominalbetrag geben, d. h. für 1000 Fr. Rente 750, oder $2^1/_2$, d. h. für 1000 Fr. Rente 625, oder 2, d. h. für 1000 Fr. Rente 500. Oder noch viel weniger? warum nicht? Und wenn der Staat gar keine solchen Pfandbriefe ausgäbe? Dann sähe man am deutlichsten, was seine Gutscheine sind. Und warum gibt er denn nicht bloss Pfandbriefe und keine Gutscheine aus? Weil dann die Prellerei gar zu nackt daläge. Denn das würde heissen: Ich nehme dir eine Rente von 1000 und gebe dir direkt dafür eine Rente von 500. Der Gutschein soll diesen Schwindel ein wenig verhüllen. Aber wie viel Dummköpfe fänden sich wohl im deutschen Reich, die ihn nicht sofort durchschauten? Ich hoffe zur Ehre der deutschen Nation, dass es nicht viele wären.

Wenn aber der Grundbesitzer die Pfandbriefe dankend ablehnt und zum Staat sagt: Ich will warten, bis du mich bar bezahlst, wie du versprochen hast! Dann steckt der Staat einfach Jahr für Jahr die ganze Rente des Bodens ein und kauft sich endlich mit derselben den Boden, d. h. er bezahlt den Gläubiger mit dem, was diesem schon von vornherein rechtmässig gehört.

Digitized by Google

Wer macht solche oder ähnliche Geschäfte? Gauner und Wucherer, sonst niemand.

Was soll nun aber mit dem Boden, wenn der Staat ihn einmal hat, geschehen? Er soll, sagt Flürscheim zunächst, „immer an den Meistbietenden“ verpachtet werden. Dann können — ich bitte dies zu beachten — auch „die Aermsten“ pachten (Rettungsweg Br., S. 48).

Unmittelbar hernach (S. 49) findet sich folgende Stelle: „Eine Benachteiligung der Aermeren durch reiche Spekulanten wäre unmöglich, wenn den selbstwirtschaftenden kleineren Pächtern ein Vorrecht auf ein gewisses Flächenmass Ackerlandes eingeräumt würde“. Er hält es für ratsam, im Anfang gesetzlich zu bestimmen, dass, so lange sich noch Leute finden, die 5—6 Hektaren pachten wollen, erst diese befriedigt werden müssen, ehe grössere Komplexe abgegeben werden (ebd. S. 55). Damit anerkennt Flürscheim also ganz unwillkürlich und höchst unbesonnen die dauernde Uebermacht des grossen Kapitals auch bei Staatseigentum an allem Grund und Boden und führt damit allein alle seine glänzenden Versprechungen von dem ungeheuren Glück, das aus der Bodenverstaatlichung hervorgehen soll, ad absurdum. Denn wenn es auch dann noch Aermere und Aermste, Reichere und Reichste geben soll, so werden die Letzteren im Konkurrenzkampf siegen, wie heute, Erstere unterliegen, sofern, wie oben zugegeben ist, dem grösseren Kapital immer noch eine grössere Macht innewohnt als dem kleineren.

Schliesslich nimmt er es für ausgemacht an, „dass der Pächter dem nach bestimmten unparteiischen Gesetzen verpachtenden Staat gegenüber günstiger situiert ist, als bei dem nach persönlicher Laune handelnden Gutsbesitzer“ (ebd. S. 57).

Nun fassen Sie einmal das alles zusammen. Erst soll an den Meistbietenden verpachtet werden, wobei auch die „Aermsten“ pachten können. Dann müssen die „Aermeren“ ganz bestimmte Vorrechte erhalten, damit sie nicht von reichen Spekulanten ausgebeutet oder ausgeschlossen werden. Im Weiteren soll bei Staatspachtungen die Willkür ausgeschlossen sein, da nach bestimmten Gesetzen verpachtet wird. Aber wer entscheidet denn, wenn für ein Gut 100 Bewerber den gleichen Pachtzins bieten? Hier tritt einfach Beamtenwillkür an die Stelle der privaten. Und endlich soll — was wir noch nicht angeführt haben — die günstigere Lage der Staatspächter schon heute dadurch bewiesen werden, dass dieselben höhere Pachtzinse zahlen, als die Privatpächter (ebd. S. 57). Ich frage nicht, ob dies

Digitized by Google

wahr ist, aber — seltsam ist's sicherlich. Vielleicht könnte man auch die günstigere Lage der preussischen Domänenarbeiter dadurch beweisen, dass dieselben gelegentlich aus Hunger Kartoffeln stehlen, was vor etlichen Jahren einmal durch eine Gerichtsverhandlung bekannt wurde. Der Pächter zahlt mehr, der Arbeiter fordert oder bekommt weniger — ein Beweis für ihr Wohlbefinden.

Was haben wir also, soweit wir bis hieher die Sache beurteilen können, durch Flürscheims Vorschlag erreicht? Eines sicherlich. Dadurch, dass die Grundbesitzer um ihr Eigentum betrogen wurden, ist der Staat ungeheuer reich geworden, er braucht keine Steuern mehr zu erheben und wird vielleicht viel mehr Soldaten halten, Kanonen kaufen, Festungen bauen, vielleicht auch in allerlei Formen Almosen spenden. Wenn dieselben Klassen im Staat herrschen wie heute — und weshalb sollten sie nicht bei fortdauernder Konkurrenzwirtschaft? — so wird ein reicher Staat die Reichen noch etwas reicher machen, und den Armen hin und wieder einen Brocken hinwerfen, wenn sie knurren.

Den Pächtern wird es ungefähr ebenso gehen wie heute; wenn aber thatsächlich die armen Leute ein Pachtvorrecht erhalten und daher untereinander durch Mehrgebot in schärfster Weise konkurrieren, so bekommen wir vermutlich eine Art irischer Zustände mit sehr hoher Grundrente und sehr tiefem Bauernelend.

Insoweit wäre also die sociale Frage noch nicht gelöst.

Und in der That erklärt Flürscheim in „Deutsch-Land" (wie oben, S. 7) auf eine Kritik von Hermann Bahr (Zeitschrift „Deutsche Worte"), der da ziemlich treffend sagt, dass die Freiländerbewegung sich charakterisiere „als Versuch einer einseitigen Ausbeutung der socialen Ideen zu Gunsten des beweglichen Kapitals", mit dem Zweck, dem Geldkapital alle Vorteile zu sichern und die Börsenaristokratie von dem lästigen Konkurrenten, dem Grundbesitz zu befreien:

„Wenn der Staat heute die Rente einnähme, sogar ohne dass er dafür den Grundbesitzern etwas schuldig wäre, d. h. wenn diese bereits abgefunden wären, so würden unter den heutigen Verhältnissen im günstigsten Falle die sämtlichen Ausgaben des Staats- und Gemeindebudgets damit bestritten werden können. — Mit Recht wirft dann Bahr ein, dass die Steuerfrage für den Arbeiter nicht in Betracht komme. — Das eherne Lohngesetz würde — durch die Reform nach Stamm-George'schen Grundsätzen in keiner Weise alteriert, indem es (wie Bahr sagt) für den Arbeiter gleichgiltig sein muss, ob der Herr, der ihn aus-

Digitized by Google

beutet, Staat heisst, oder irgend einen schön oder übel klingenden Privattitel hat. Auch ist in keiner Weise ersichtlich, wieso nach den Theorien der beiden Bodenreformer die kapitalistische Ausbeutung des Industriearbeiters (doch nicht etwa durch den armen Unternehmer? müssen wir hier fragen, der mit ihm ja gleiche Interessen hat und vom Lohn lebt) *aufhören würde, wenn der Bodenbesitzer den Namen gewechselt hat. Das mobile Kapital* (d. h. nach Flürscheim das vom kleinen Manne aufgebrachte Unternehmungskapital) *wäre die es schröpfenden Steuern los, die Industrie hätte die ihre Entwicklung hindernden Abgaben in Form von Steuern und Zöllen nicht mehr zu zahlen. Sie würde infolge dessen in ihrer Entwicklung noch viel rascher zunehmen und alle jene bekannten Erscheinungen, welche diese Entwicklung im Gefolge gehabt hat, noch viel intensiver zeitigen. Das Arbeiterelend müsste ein weit grösseres werden und mit Recht fragen die Freunde des Arbeiters, wieso unter solchen Verhältnissen eine Verbesserung seines Loses erwartet werden sollte. Mit Recht behaupten sie, dass dasselbe dann sogar noch verschlimmert würde. Eine solche Logik ist freilich nach den Theorien Stamm's und George's, resp. nach denen aller bisherigen Bodenreformer schwer zu vermeiden.*"

Einverstanden! Wir finden sogar, dass hier die Vergeblichkeit der Bodenverstaatlichung unter Beibehaltung des Systems der Privatwirtschaft und freien Konkurrenz in fast zu düsteren Farben geschildert ist. Denn einiges Gute, wenn schon keineswegs „die Lösung der socialen Frage", könnte ja immerhin aus derselben hervorgehen. Die infame, menschenmörderische Bodenspekulation, besonders mit städtischen Baustellen, wie sie heutzutage von einem Heer von gaunerhaften Existenzen mit gaunerhaften Mitteln betrieben wird, würde aufhören; und wenn es dem bürgerlichen Staate gelingen sollte, den künftigen Zuwachs der Grundrente für sich zu gewinnen, so wäre die dadurch ermöglichte Einschränkung unserer Besteuerung wenigstens für die darunter am meisten leidenden Kleinbürger eine gewisse Erleichterung.

Aber wir sind gewaltig erstaunt! Haben nicht Stamm und George die Bodenverstaatlichung vorgeschlagen und daraus ein Paradies hergeleitet? Und schlägt nicht Flürscheim ebenfalls absolut nichts als die Bodenverstaatlichung vor und leitet daraus allein ein Paradies auf Erden ab? Und nun soll dieselbe, diese von allen Dreien vorgeschlagene, wirkliche und wahrhaftige Bodenver-

Digitized by Google

staatlichung, nicht etwa irgend eine Theorie, nichts nützen, sogar schädlich sein?

Man wird ein wenig starr, wenn man jene Stellen liest und vorher Flürscheim's Werke studiert hat.

Und die Lösung des Räthsels? Flürscheim sagt in seinem Buche „Auf friedlichem Wege" S. 361 f., er habe die erste Anregung von dem „Denker und Menschenfreund" Dr. Theodor Stamm erhalten (den auch ich für einen grundehrlichen, enthusiastischen, opferwilligen Philanthropen halte), die mächtigste von George, und lobt und zitiert beide immerfort in allen seinen Schriften. Nun aber scheint es, dass er auf den Gedanken kam, den ganzen Ruhm dieser neuen, welterlösenden Ideen für sich allein in Anspruch zu nehmen und zwar indem er sagt: Alles, was die Andern vorgeschlagen haben, ist kein Pfefferkorn wert; ich aber schlage dasselbe vor und das ist etwas ganz Anderes, weil ich meine Vorschläge anders begründe. —

Ob und wie weit Letzteres wirklich der Fall ist, können wir hier wohl ununtersucht lassen, aber auf die Logik dieser undankbaren Selbstüberhebung müssen wir aufmerksam machen. Die Formel ist, in einem Beispiel gezeigt, folgende: Hier sind zwei Kanonen von ganz gleicher Beschaffenheit, vollkommen gleich geladen und auf den gleichen Punkt einer alten Mauer gerichtet. Brennt A seine Kanone los, so macht das auf die Mauer nicht die mindeste Wirkung; schiesst aber B, so stürzt sie zusammen, weil er sich beim Losbrennen etwas ganz Anderes denkt als A. — Aber es kommt nicht auf die Gedanken des Kanoniers an, sondern auf die Kugel. Wie man eine social-politische Massregel begründet, ist ganz Nebensache. Wenn sie gut ist, so wird sie Gutes wirken, auch wenn die Motivierung noch so schlecht oder albern war.

Wir könnten eigentlich hier schliessen, denn wenn derselbe Mann, der für die Bodenverstaatlichung Propaganda macht, diese in den stärksten Ausdrücken für nutzlos, ja sogar für schädlich erklärt, so braucht man wohl die Sache nicht ernst zu nehmen.

Dennoch wollen wir noch etwas näher auf dieselbe eingehen und uns insbesondere die Gründe ansehen, aus welchen nach Flürscheim die Nationalisierung des Bodens ein unendliches Glück verbreiten soll.

Wir haben oben die Frage gestellt: wo liegt die eigentliche Ursache unserer Not? Wer ist der wahre Feind des allgemeinen Glücks? Ist es in der That das private Grundeigentum? Der wahre Feind, sagt uns Flürscheim, ist der Zins, und weil dieser sich wesent-

Digitized by Google

lich auf das private Grundeigentum stützt, ist letzteres ein Hindernis der gesellschaftlichen Prosperität. Oder: Der wahre Feind sind die Kapitallatifundien, die durch das Grundeigentum dauerhaft, unerschütterlich werden.

Wie entstehen aber diese Kapitallatifundien? Wenn man das weiss, dann wird man offenbar die ganze Frage am besten lösen, indem man die Quellen des übermässigen Reichtums verstopft. Prinzipiis obsta!

Die äusserst seltsame Antwort Flürscheims auf diese Frage lautet: Sie entstehen durch Zins und Zinseszins, (Siehe Rettungsweg, Buch, S. 36 ff.).

Dies erinnert unwillkürlich an den bekannten Ausspruch Bräsigs, wonach die grosse Armut von der grossen „Powerteh" herkommt. Der grosse Reichtum käme hienach von dem vielen Gelde.

Ein gewöhnlicher Mensch kann sich allerdings kaum vorstellen, wie jemand durch Zins und Zinseszins reich werden kann, da man nichts dergleichen bezieht, wenn man nicht schon Vermögen besitzt, und nur wenig, wenn man wenig hat, und da ein Mensch mit einem mässigen Vermögen, wenn er sich bloss mit Zinseinnehmen beschäftigt, die Zinsen vermutlich zum Leben brauchen wird. Er kann also sein erstes Kapital nicht durch Zinsen erwerben, sondern muss es notwendig umgekehrt machen, und er wird schwerlich aus einem kleinen Vermögen ein grosses oder gar ein Riesenvermögen machen, wenn er von den Zinsen leben muss. Auch wäre der Weg zum Reichtum doch gar zu leicht, wenn es nichts weiter brauchte, als die Formel Zins- und Zinseszins. Dennoch behauptet Flürscheim ganz ernsthaft, dass die Reichtümer der Rothschild, Gould, Vanderbilt u. s. w. durch Zins und Zinseszins entstanden seien — dies vermutlich nur, um den Profit der Unternehmer nicht anerkennen zu müssen.

Wir wissen, glaube ich, Alle recht gut, woher die grossen, rasch erworbenen Reichtümer stammen. Sie fallen den geschickten, aber auch den glücklichen Unternehmern, den Spekulanten und Spielern und manchmal auch den reinen Schwindlern zu. Hie und da kann im Lauf der Jahre allerdings auch ein Grundbesitzer reich werden, wenn sein Acker durch das Wachstum einer Grossstadt sich in Baustellen verwandelt und wenn er zugleich warten kann, bis die Bodenpreise die rechte Höhe erreicht haben. Der gewöhnliche, landwirtschaftliche Grundbesitzer wird im Laufe seines Lebens nicht reich, und wäre er selbst ein landwirtschaftliches Genie.

Digitized by Google

Allerdings heimst ein solcher reichgewordener Baustellenbesitzer dann einen Gewinn ein, dessen Entstehung wesentlich nur den Fortschritten der Gesellschaft zu verdanken ist, nicht im mindesten seinen eigenen Verdiensten. Er hätte einige Dezennien verschlafen können, sein Vermögen wäre ganz ebenso gewachsen. Könnte man solche unverdiente Gewinne für die Gesamtheit konfiszieren, so wäre das höchlichst zu begrüssen und könnte vermutlich ohne Konflikt mit dem bürgerlichen Rechtsbewusstsein und dem Privateigentum geschehen, ungefähr nach demselben Prinzip, welches dem heutigen Staate erlaubt, die Notenbanken extra zu besteuern für den Gewinn, den sie durch Ausgabe ungedeckter Noten machen.

Allerdings müssten dann konsequenter Weise auch andere Konjunkturgewinne gleicher Art vom Staate beansprucht werden und überhaupt liesse sich erwägen, dass auch der geschickteste und verdienstvollste Unternehmer die grossen Reichtümer, die er sammelt, keineswegs ausschliesslich sich selbst, sondern sehr wesentlich den Verhältnissen und Fortschritten der Gesellschaft verdankt, in die er hineingeboren wurde. Wer das nicht einsieht, den fragen wir, da hier ein näheres Eingehen auf die Sache nicht möglich ist, ganz einfach, ob er denn glaubt, dass Krupp und Siemens ebenso reich geworden wären, wenn sie mit ganz gleichen, körperlichen, geistigen und moralischen Eigenschaften etwa unter den Zulu-Kaffern oder Lappländern oder auch nur im Bereich einer Grundherrschaft der Karolingerzeit oder im Zunftregiment einer deutschen Stadt des Mittelalters geboren worden wären. Gewiss hätten sie sich zu jeder Zeit in irgend einer Weise im Guten oder im Schlimmen mehr oder weniger hervorgethan, aber Millionen erwerben konnten sie erst in unserer.

Schon gut! sagt vielleicht Flürscheim; mag der grosse Reichtum auch durch die Unternehmung entstehen, das schadet nichts. Er ist nicht an sich gefährlich, sondern nur durch seinen Fortbestand. Dieser Fortbestand ist aber eben nur dadurch möglich, dass das Geld irgendwie in Grund und Boden angelegt wird. Und dazu gibt es drei Wege, d. h. auf dreierlei Weise kann man zum „sicheren Zins“ ohne eigene Arbeit kommen: durch Grundbesitz, durch Pfandrecht auf Grundbesitz und durch „gute“ Staatsschuldverschreibungen. Indessen könne man die letzteren weglassen, denn nur solche seien unbedingt gut, die Domänenbesitz zur Garantie haben (Staatsmonopol, S. 16). So werden also aus den drei Wegen zwei.

Und nun höre man die ungeheuerliche Behauptung, dass all unser

Digitized by Google

Elend daher komme, dass etliche Ueberreiche mit ihrem Geld Land kaufen und beleihen können! Flürscheim denkt in der That so, oder thut wenigstens, als ob er so dächte.

Diese Nabobs nämlich haben so viel Einkommen, dass sie es gar nicht konsumieren können. Sie ersparen daher grosse Summen, diese müssen sie „anlegen“ und sie legen sie nur in Grund und Boden an. So werden sie immer reicher, hindern die Konsumtion der übrigen Leute und befördern oder hindern -- wir wissen das nicht genau — die Produktion.

„Die kleine Minderheit — ist bei ihrer geringen Anzahl nicht im Stande, die geschaffenen Produkte zu konsumieren“ (Staatsmonopol S. 4). Die Produktion wird immerfort vermehrt, die Konsumtion verringert (ebd. S. 23). „Die Produktion vermehrt sich durch diese Vermehrung der Produktionsmittel von Jahr zu Jahr und der Konsum folgt auch nicht entfernt im gleichen Verhältnis“ (ebd. S. 25). Es ist nur unbegreiflich, wie da nicht Alles bankerott geht. Statt dessen aber nimmt nach Flürscheim das Kapital fort und fort zu.

„-- Auf der einen Seite werden beständig mehr und mehr Güter produziert und auf der andern existiert keine Abnahme für viele dieser mehr produzierten Güter“ (Rettungsweg, Br., S. 16).

Daneben lesen wir solche Sätze wie: Es wird nicht genug Getreide produziert, um alle hungrigen Magen zu füllen (ebd. S. 53).

Oder: Wenn jeder Bewohner Deutschlands nur je zwei Paar Schuhe und einen Anzug per Jahr bekommen sollte, so käme eine Ziffer heraus, die von unserer Gesamtproduktion und unserem Import für inländischen Konsum, sogar inklusive unseres Exportes, bei Weitem nicht erreicht wird (ebd. S. 8).

Ich führe dies wesentlich deshalb an, weil Flürscheim, wie alle Utopisten, aus der Durchführung seiner Vorschläge einen ungeheuren Ueberfluss an Gütern aller Art prophezeit. Denken wir uns nur -- obige Angabe als richtig angenommen — dass jeder Deutsche per Jahr zwei Anzüge bekommen sollte, was noch lange kein Ueberfluss wäre, dass er ferner ordentlich essen und wohnen sollte, was ebenfalls noch nicht zum Luxus gerechnet werden darf: welche Zunahme von Produkten wäre dazu allein notwendig! Und durch die blosse Bodenverstaatlichung soll nicht nur dies, sondern ein allgemeiner Ueberfluss an Gütern aller Art erzielt werden!

Digitized by Google

An einer anderen Stelle entstammt „das Unglück des Volks nicht dem Mangel, sondern dem Ueberfluss an Existenzmitteln“ (ebd. S. 56).

Die Erklärung dieser Seltsamkeiten dürfte wohl nahe liegen. Flürscheim hat irgend etwas von der wissenschaftlichen, besonders der socialdemokratischen Kritik unserer Wirtschaftsordnung aufgeschnappt, aber nicht aufgefasst, und macht nun von seinem Fabrikantenstandpunkt aus, für welchen es natürlich immer zu wenig Absatz, zu niedrige Preise und zu kleinen Profit gibt, das wunderlichste Zeug daraus, indem er die fremde Wahrheit verdreht oder durch Uebertreibung ruiniert und seine eigenen Irrtümer darunter mischt, immer mit einer absonderlichen Vorliebe für die krassesten Widersprüche.

Man höre einmal: „Indem diese („eine kleine Anzahl von Menschen“, nämlich die Kapitalmagnaten, die nicht Handel und Industrie betreiben, sondern immer Alles „im Boden anlegen“) ihren Ueberfluss nicht aufbrauchen, **hindern** sie die ihnen Tributpflichtigen an weiterer Produktion, so lange der Güterüberschuss vorhält, den die Monopolisten nicht verbrauchen wollen oder können, die Produzenten nicht verbrauchen dürfen. Nicht zufrieden damit, **stimulieren** sie obendrein mittelst des ihnen gehörenden Güterkapitals neue Produktion, um mehr Zinstribut verlangen zu können, und verschlimmern so ständig das Missverhältnis zwischen Produktion und Konsum“ (ebd. S. 19).

Was heisst aber das Alles in einfaches Deutsch übersetzt? Nichts Anderes als: es wird zu viel gespart, wir haben zu viel Kapital (s. z. B. Rettungsweg, Buch, S. 65 ff.). Dass Flürscheim dabei die Nabobs ausschliesslich in den Vordergrund stellt, ist ein blosser Kunstgriff, im besten Falle. Alle, die sparen, konsumieren nicht so viel sie können und dürfen und „hindern und stimulieren“ dadurch die Produktion, und dass das gesamte übrige Volk unendlich viel mehr spart, als die wenigen Ueberreichen, ist so gewiss als möglich. Diese Letzteren können jedenfalls am leichtesten und ohne Entbehrungen sparen, und wenn schon, wie in unserer privatwirtschaftlichen Gesellschaft, überhaupt gespart werden soll, so könnte man sie am ehesten dieses Geschäft verrichten lassen, um so mehr, da es ja nach Flürscheim einen Zins eigentlich gar nicht geben sollte, und mithin auch die kleineren Leute auf Zinsen keinen rechtmässigen Anspruch haben. Den Nabobs kann man die Zinsen ihrer Erspar-

Digitized by Google

nisse ja gönnen, sie haben nichts davon; sie konsumieren ja nicht einmal ihr ursprüngliches Einkommen.

Aber andererseits: wenn es schon keinen Zins geben soll, ist es da nicht am besten, wenn recht viel gespart wird, da nach Flürscheim durch übermässiges Kapitalangebot der Zinsfuss schliesslich auf Null reduziert wird?

Darauf antwortet unser Mann: Ja, wenn alles neugebildete Kapital dem Handel und der Industrie zugeführt würde, dann würde jene Wirkung, die Beseitigung des Zinses, in der That eintreten. Aber heutzutage kann man Kapital in Grund und Boden anlegen, und darum muss jedes Kapital einen Zins tragen. Die Nabobs legen aber ihre Ersparnisse in Grund und Boden an (Monopol, S. 16 ff.).

Nun fragen wir aber: woher kommt denn die Ueberproduktion, wenn das Kapital wirklich im Boden verschwindet? Hat uns Flürscheim nicht selbst gesagt, dass dieselbe hervorgerufen wird durch die Verwendung jener grossen Ersparnisse zur Vergrösserung der Produktion?

Ah, sagt Flürscheim, Ihr habt mich missverstanden. Jene Nabos werden nicht selbst Unternehmer. Würde das neue Kapital von ihnen selbst zur Vermehrung der Produktions-Werkzeuge benützt, dann wäre alles gut (Rettungsweg, Buch, S. 27 ff.). Allein sie leihen ihr Geld auf Hypotheken aus und die Schuldner verwenden es dann zu merkantilen und industriellen Unternehmungen und werden dadurch noch tiefer verschuldet und endlich ruiniert.

Wir müssen bemerken, dass hier die Ausdrucksweise etwas ungenau ist. Die Schuldner werden nicht Unternehmer in Handel und Industrie, sondern sind Grundbesitzer, welche die Schulden zumeist durch Kauf oder Erbteilung kontrahiert haben. Unternehmer können mittelst des dargeliehenen Geldes nur die ehemaligen Grundbesitzer, die verkauft haben, und die Miterben werden. Der Schuldner selbst bekommt gar kein Kapital, sondern tritt etwas ab, nämlich Rente, wie schon Rodbertus ziemlich deutlich lehrte.

Würden die Kapitalisten selbst Unternehmer, fährt unser Autor fort, dann würde der Warenpreis fallen, der Lohn aber nicht. Ebenso wenn sie ohne Zinsen ausliehen (ebd. S. 32 ff.).

Worauf zielt aber das alles ab? Das Resultat ist dieses: Würden die Nabobs ihre Ersparnisse in Unternehmungen anlegen, so würden sie dieselben verlieren, und dann wäre alles gut.

Es kommt mithin alles darauf an, wer Unternehmer wird und

Digitized by Google

wer sein Vermögen verliert. Wird es der Nabob, so fallen die Warenpreise, sonst nicht. Das Warum? ist schwer zu begreifen, da doch in allen Fällen gleich viel produziert wird. — Verliert der Nabob sein Kapital, so ist's gut, sonst — ? — Eine seltsame Idee. Die Hauptsache scheint zu sein, dass kein Vermögen ausser dem des Staats gesichert werden kann, dass jeder das seine möglichst bald verliert. Darum darf es kein Privateigentum am Boden geben.

Aber, möchte man noch einmal fragen, wenn der Zins Grund alles Elends ist, was nützt dann der immerwährende Kapitalverlust? der muss ja gerade den Zins hoch halten! Soll man also die Verluste auch noch befördern?

Darauf antwortet Flürscheim mit einer köstlichen Phrase, die er in seinen Schriften immer wieder vorbringt und also wohl als seine eigenste Meinung zu erkennen gibt. Sie lautet: das verlorene Vermögen kehrt in die Hände des arbeitenden Volks zurück.

„Mögen Einzelne noch so grosse Reichtümer erringen, solche entschwinden schnell, wie sie kommen und kehren in die Hände des arbeitenden Volks zurück, wenn den Kapitalbesitzern diese Art der Kapitalanlage (die Hypothek) genommen ist und ihnen nur die mobile bleibt" (Staatsmonopol, S. 16. — Die gleiche Phrase ebd. S. 18. — Auf derselben Seite ist von der „wachsenden Not der Volksmassen" die Rede. Doch die Volksmassen gehören nach Flürscheim wohl nicht zum arbeitenden Volke.)

„Das zu immer niedererem Zinsfuss erhältliche Kapital kehrt stets in die Hände der Arbeit zurück" (Ebd. S. 38. Auch nach der Bodenverstaatlichung scheint man hiernach sein Vermögen immer wieder zu verlieren).

Ohne Grund und Boden gäbe es keinen Kapitalismus, „d. h. das Kapital könnte sich nie lange und in sehr grossen Quantitäten im Besitz Einzelner anstauen — schon nach zwei, spätestens drei Generationen des Müssiggangs oder unproduktiver Arbeit würde es wieder in die Hände von Arbeitern gelangt sein" (Auf friedlichem Wege, S. 100) u. s. w.

Wenn also ein grosser Fabrikant falliert, wie es nach Flürscheim durchschnittlich alle Unternehmer thun, oder wenn der leichtfertige Sohn eines erwerbstüchtigen Vaters sein Geld verschwendet, so kommt Kapital in die Hände des arbeitenden Volks? Man frage doch z. B. im ersten Fall die entlassenen und brodlos gewordenen Arbeiter, ob sie vielleicht jetzt das Kapital in Händen haben.

Digitized by Google

Unser „Vermögen“ ist eine Quantität Tauschwert, dieser Tauschwert aber kann in der That in nichts zerfliessen und dieses nichts kommt dann wohl in die Hände des arbeitenden Volkes.

Und was soll es schliesslich nützen, wenn eine Reihe von Menschen beständig ihr Vermögen verliert, während eine andere um so grösseres stets neu erwirbt? sind etwa Parvenus so köstliche Leute?

Fragen wir nun endlich: Ist es denn wahr, dass durch die Bodenverstaatlichung der Zins verschwinden wird? Die Antwort kann, nachdem wir unseren Autor von verschiedenen Seiten kennen gelernt haben, kurz gefasst werden.

Als Hauptgrund für Flürscheim's These muss dieser gelten: Der Zins verschwindet, weil man das neue Kapital dann nicht mehr in Grund und Boden anlegen kann, sondern in Handel und Industrie verwenden muss. Dadurch entsteht ein übermässiges Kapitalangebot und deshalb sinkt der Zins auf Null (Rettungsweg, Br., S. 35).

Wir wollen hier davon absehen, dass das Kapital nach Flürscheim in der Unternehmung und ausserhalb derselben ja immer wieder verloren geht, und bloss dies bemerken, dass die Sache vielleicht ganz richtig wäre, wenn „anlegen“ soviel hiesse wie hineinlegen, verscharren, kurz ausser Verkehr bringen. Aber Flürscheim hat uns ja selbst schon gesagt, dass er den Ausdruck und die Sache — wenigstens an der betreffenden Stelle — nicht so, sondern richtig versteht. Das von den Nabobs auf Grund und Boden ausgeliehene Kapital, sagt er, vermehrt die Produktion, wird von irgend jemand in Handel und Industrie verwendet. Man legt also das Geld nicht in den Boden hinein, sondern wirft es, und zwar regelmässig als Kapital, in den Verkehr, mag man damit thun, was man will, mit einziger Ausnahme des blossen Liegenlassens. Der Kapitalist, der Boden kauft oder beleiht, wird selbst allerdings Grund- und Hypothekenbesitzer, aber derjenige, dem das Kapital zufliesst, als Preis oder Abfindung, wird nun Geldbesitzer und muss, wenn er von seinem Geld Zinsen beziehen will, dasselbe entweder in der Unternehmung anwenden oder Dritten überlassen, die desgleichen thun.

Ist also, wenn man nicht mehr Boden kaufen oder beleihen kann, das Unternehmungskapital vermehrt worden? Alles was Kapital sein und bleiben will, muss immer in die Unternehmung fliessen, abgesehen von blossen Wuchergeschäften und dergleichen, die nicht produktiv, sondern nur distributiv wirken, und von Anlehen für öffent-

Digitized by Google

liche und andere Konsumtion, Staatsanlehen u. s. w., auf welche Flürscheim kein Gewicht legt.

Bedenkt man nun, dass er nach der Bodenverstaatlichung die Produktion, also den Kapitalbedarf, ganz enorm steigen lässt, und dass diesem Bedarf kein grösseres Angebot gegenüber steht (eine Sachlage, deren ökonomische Möglichkeit wir gar nicht prüfen wollen), so scheint die Behauptung, dass da der Zins verschwinden werde, nicht sehr fest zu stehen.

Und so lange man mittels der Unternehmung Profit machen kann, ist es überhaupt gar nicht einmal gerechtfertigt oder wünschenswert, dass der, der den Profit macht, demjenigen, der ihm durch das dargeliehene Kapital diesen Profit zugänglich gemacht hat, gar nichts davon gebe.

Diese Beseitigung des Zinses wäre ganz einfach eine Erhöhung des Profits. Der Zins hätte bloss den Namen gewechselt und wäre Profit geworden. Und da auch der Profit, z. B. vom Aktienbesitzer, arbeitslos gewonnen werden kann, so wäre dadurch das arbeitslose Einkommen gar nicht notwendig vermindert, selbst wenn man den auf Grundlage der Disposition über ein Kapital vom selbstthätigen Unternehmer gewonnenen Profit fälschlich als ein blosses Arbeitseinkommen auffassen wollte.

Flürscheim tröstet uns über den steigenden Profit damit, dass dieser dem Fabrikanten „erlauben würde, die gezahlten Löhne zu verdreifachen“ (Staatsmonopol S. 32 und 33.). Würde der Boden verstaatlicht, sagt er in „Deutsch-Land“ (wie oben, S. 17), so gewännen die Unternehmer soviel, dass sie den Lohn ihrer Arbeiter vervierfachen oder versechsfachen könnten.

Das ist alles recht schön für die Unternehmer! Aber hat man schon jemals gehört, dass ein Fabrikant deshalb, weil sein Profit auf's Zehnfache stieg, weil er also in der Lage war, den Lohn seiner Arbeiter zu vervielfachen, dies auch wirklich gethan hat? Darauf, dass er's kann, kommt es doch nicht an, sondern darauf, dass er's thut.

Flürscheim sagt freilich (Rettungsweg, Buch, S. 176), der Arbeiter finde dann leicht Kapital, und werde daher für einen Unternehmer nur arbeiten, wenn dieser soviel zahle als jener selbständig verdienen könne. Trotzdem, setzt er hinzu, würden auch die Unternehmer ihren vollen Lohn finden. Ihr eigener Nutzanteil würde nicht verkleinert (Staatsmonopol, S. 32), sie würden doch noch selbst mehr „Unternehmerlohn“ beziehen als heute (Deutsch-Land, S. 17). Dass

Digitized by Google

aber der Arbeiter leicht Kapital finde, ist eine blosse Schnurre, und dass er soviel bekomme wie der Unternehmer uud der Unternehmer dennoch mehr als er, ist eine noch grössere Schnurre.

Im Profit liegt der Ursprung des Zinses und in der Not, nicht im Boden. Jener gibt dem Geschäftszins in seinen verschiedenen Formen den Ursprung, dieser dem Wucherzins, ebenfalls in verschiedenen Formen. Weil man aber, ohne eigene Anstrengung, vermittelst des Profits der Unternehmung Anderer, z. B. durch die Vermittlung der Banken, durchschnittlich einen gewissen Zins erzielen kann, so kann man dann auch für die Grundrente so oftmals 100 zahlen, als der Zins von 100 in derselben enthalten ist. Ohne selbständigen, vom Boden unabhängigen Kapitalzins ist diese ganze Rechnung unmöglich.

Der Zins gehört übrigens zum Leihkapital wie der Schwanz zum Hund. Kapital im privatwirtschaftlichen Sinn ist werbendes, bewegliches Vermögen. Wenn man es ausleiht und es erwirbt nichts mehr, dann ist's auch kein Kapital mehr.

Aber, sagt Flürscheim, die Menschen würden dennoch, und sogar noch viel mehr sparen, wenn es keinen Zins gäbe. Sogar der Hamster spart. Also ist der Zins vielmehr ein Hindernis der Kapitalbildung (Rettungsweg, Buch, S. 94 f., Rettungsweg, Br., S. 35).

Aber, sagen wir, eine Geldsumme ist noch kein Kapital; sparen würden sie schon, doch nicht ausleihen. Der Hamster leiht ja auch nicht aus.

Aber, sagt Flürscheim, der Schuldner erweist ja dem Gläubiger einen Dienst durch sichere Aufbewahrung des Kapitals (Rettungsweg, Buch, S. 98 f.).

Aber, sagen wir, er bewahrt es ja gar nicht auf, sondern setzt es um, und die Unternehmung ist ja nach Flürscheim stets riskiert, darum soll ja der Unternehmer immer noch eine Risikoprämie zahlen, wenn auch der Zins weggefallen ist. Also kann das Geld verloren gehen und da lassen wir es lieber im eigenen Gewahrsam liegen, bauen vielleicht gemeinsam bombenfeste Gewölbe, aber leihen es jedenfalls nicht aus.

Und nehmt einmal an, trotz Allem, mancher leihe sein Geld dennoch aus, auch ohne Zins; wem wird er es wohl leihen? Ein Kind kann darauf Antwort geben: dem Sichersten. Und das ist der Reichste, das ist der Nabob, der durch das grösste eigene Vermögen die grösste Garantie bietet, das ist die Riesenunternehmung. Wahr-

Digitized by Google

haftig eine schöne Lösung der socialen Frage, wenn bei fortbestehender Privatwirtschaft Niemand mehr Kredit hat, ausser ein Haufen von Millionen!

Niemand wird doch wohl behaupten, dass man in dieser Flürscheim'schen Zukunft etwas Anderes spare, als Geld, etwa Baumwolle oder Dampfmaschinen, die man allerdings schwer aufbewahren könnte.

Zins soll es also keinen mehr geben, aber dennoch Profit und zwar sehr hohen Profit, denn „wenige Jahre genügen, um es dem Anfänger zu ermöglichen, das fremde Kapital zurückzuzahlen".

Also Jedermann wird reich! doch natürlich nur an Kapital, nicht an Zins. Sehr gut!

Nun belehrt uns aber Flürscheim, dass der Staat als alleiniger Grundbesitzer nicht nur in einem einzigen Jahre alle seine Schulden tilgen würde (Auf friedlichem Wege, S. 225 — Deutschland z. B. 5½ Milliarden — siehe oben Soetbeer!), sondern auch alle Bahnen kaufen und neue aus seinen „riesigen Einkünften" bauen, auch die Häuser, Fabriken, Produktionswerkzeuge erwerben (Rettungsweg, Br., S. 34), kurz, dass er „unfehlbar" nach und nach Besitzer des gesamten Nationalkapitals werden würde (ebd. S. 61).

Wenn nun dabei auch noch das Privatkapital enorm wächst, so besteht offenbar das gesamte Nationalkapital erstens aus dem „gesamten Nationalkapital" und zweitens aus dem gesamten Privatkapital, nach der schönen mathematischen Formel $a = a + b$, wobei b eine sehr positive Grösse ist.

Das ist gut, aber ich glaube, es ist auch genug.

Nur noch einen kleinen Rat an die Adresse der Parlamente und hohen Regierungen Europa's möchte ich mir erlauben. Wenn das allgemeine Glück so leicht und in so kurzer Zeit und so überaus billig zu erreichen ist, so mögen die Herrschaften doch einen Versuch machen, um sich von der Richtigkeit der Ideen Flürscheim's zu überzeugen. Sie sollen nicht viel riskieren und daher im Kleinen anfangen — prinzipiell steht ja nichts entgegen und sehr naheliegende praktische Erwägungen sprechen dafür — einiges Land ankaufen, es verpachten, und wenn sie dann glänzende Geschäfte machen, so sollen sie nur getrost auf diesem Wege weiterschreiten, ohne Furcht vor Widerstand. Denn dann sind wir Alle Freiländer.

Digitized by Google

Niedriger Hypothekenzins.

Vortrag in dem vom eidg. Polytechnikum im Februar 1893 in Zürich veranstalteten Zyklus von Vorträgen für praktische Landwirte.

Wir leben im Zeitalter der Staatshilfe.

Der Staat soll Allen helfen, aber niemand fragt viel darnach, wer ihm selbst helfen soll.

Ich glaube nicht, dass in einer selbst viel grösseren Versammlung als die unsere auch nur ein Einziger gefunden werden kann, der von einer besonderen Vorliebe für das Steuerzahlen beseelt ist.

Aber fast ebenso schwer wird der Mann zu entdecken sein, der unüberwindliche Bedenken hegte, vom Staate Hilfe und Unterstützung anzunehmen, wenn sie ihm nur in einigermassen anständiger Form angeboten würde. Und doch gehört das Steuerzahlen so entschieden zum Schenken, wie das Amen zum Gebet.

Die Formen und Umstände wechseln, aber es gibt wenig ganz Neues unter der Sonne. Einst war eine Zeit, wo der Staat Alles besser, ja fast allein zu verstehen glaubte und daher in alle Privatwirtschaft hineinregierte, unzählige Reglemente erliess, wie und für welchen Markt man produzieren müsse, und den ganzen Verkehr durch Zölle und Marktordnungen, Privilegien, Prämien und Verbote im Aeussern und Innern leitete und in die von ihm beliebten Bahnen zu zwingen suchte.

Das liess man sich ein paar Jahrhunderte lang ganz wohl gefallen, erstens weil — mindestens angeblich und der unmittelbaren Intention nach — Alles zum Nutzen der Klassen, die es betraf, der Industriellen und Kaufleute, geschah — man führte ja sogar

Digitized by Google

langwierige und kostspielige Kriege im Interesse der einheimischen Industriellen und Kaufleute — und zweitens, weil man vom Mittelalter her an Reglemente gewöhnt war. Die alten Organisationen, die Zünfte, Gilden, Innungen bestanden noch immer fort und wenn der Staat an diese hergebrachten Formen nicht rührte, sondern sich in ihnen bewegte, konnte er sich so ziemlich Alles erlauben.

Allein auch diese Periode, die Zeit des fürstlichen Absolutismus und seines eigentümlichen Wirtschaftssystems, des Merkantilismus, ging vorüber. Die Bedürfnisse des städtischen Bürgertums, der vorkämpfenden wirtschaftlichen Klasse, waren allmälig durch Fortschritte der Arbeit und des Verkehrs andere geworden, und so wie es an die Stelle der absoluten Fürstengewalt in seinen kräftigsten Zentren den Parlamentarismus oder die Republik setzte, so an die Stelle des Merkantilismus das Freihandelssystem — wenn auch lange nicht überall die Handelsfreiheit — die freie Konkurrenz, das laissez-faire.

Beides gelang nur zum Teil und hatte nicht ganz den Erfolg, den man in der enthusiastischen Zeit des aufstrebenden dritten Standes, wo das Bürgertum seinen Bedürfnissen die Form von Menschheitsidealen gab, die Alle gleichmässig beglücken sollten, zu hoffen wagte.

Es kamen die Handelskrisen, es kam der Pauperismus und mancherlei Fatalitäten, die nicht nach dem Paradiese schmeckten, und die besitzenden Klassen verschiedener Länder merkten bald, dass mit der Freiheit die Gefahr, mit der Aussicht auf Gewinn die Chance des Verlustes, mit der Möglichkeit, eigene Waaren auf fremden Märkten zu verkaufen, die andere Möglichkeit, von fremden Waren auf dem eigenen Markte geschlagen zu werden, verbunden war, kurz, dass man in der anarchischen Freiheit der Konkurrenz zwar rasch sehr reich, aber auch rasch sehr arm werden konnte und dabei keines besonderen Glücks und ruhigen Schlafes genoss.

Und so gab dieselbe Klasse, die bürgerliche, die sich einst, sozusagen in ihrer Jugendzeit, den Flegeljahren, für die höchste Freiheit in allen Richtungen, den Individualismus, den Atomismus in ausgeprägtester Form, für das „Selbst ist der Mann!“, für die äusserste Beschränkung der Staatsgewalt, für die Degradation des Staates zu einem blossen „Nachtwächter“, d. h. polizeilichen, richterlichen und militärischen Beschützer von Person und Eigentum gegen äussere und innere Angriffe begeistert hatte, nach und nach, wenn auch nicht formell, so doch materiell, immer mehr und mehr von ihren „ewigen

Digitized by Google

Prinzipien“ auf und rief nach Schutzzöllen und Staatshilfe und Staatseingriffen in allerlei Formen, zum Beweis, dass der fundamentale Glaubenssatz des bürgerlichen Liberalismus, wonach jeder am besten fahre, wenn er unbehindert durch andere Fesseln als die nach bürgerlichen Bedürfnissen zugeschnittenen des Strafrechts seine persönlichen Interessen frank und frei auf eigene Faust verfolgen könne, unter den bestehenden Einrichtungen doch nicht für alle Zwecke ausreiche.

Seltsam ist es, dass in denselben Kreisen, denen diese Thaten und Gedanken entstammen, oft ein leidenschaftlicher Abscheu herrscht gegen Alles, was irgendwie nach Socialismus, selbst nach dem harmlosesten, polizeimässigsten Staatssocialismus riecht, aber meist nur soweit, als es sich dabei um staatliche Hilfe für die besitzlosen Klassen handelt.

Dagegen haben die „prinzipiellsten“ Todfeinde des Socialismus nichts einzuwenden, wenn der Staat ihnen mit Gesetz und Verwaltung, Wohlthaten und Geschenken auch noch so kräftig unter die Arme greift und ihr Renteneinkommen künstlich vermehrt.

Wenn man aber schon das Prinzip der Staatshilfe akzeptiert, so sollte man es freilich allgemein gelten lassen, nicht bloss für den Reichen, sondern sogar für den Aermsten.

Um die Landwirtschaft — ausser wo es sich etwa um grundbesitzendes Junkertum handelte — hatte sich der Merkantilismus gar nicht gekümmert; im Gegenteil, er hatte die landwirtschaftlichen Interessen meist geradezu mit Füssen getreten, und auch die neuere Wirtschaftspolitik, die das laissez-faire da und dort korrigierte, brachte lange Zeit diesem Zweig der Volkswirtschaft in vielen Staaten nur geringes Interesse entgegen. In den Parlamenten herrschten meist die hohe Finanzwelt und die Grossindustrie, oder deren gehorsame Domestiken, die Juristen, und all diese Herren verstanden es jederzeit meisterhaft, den Strom der Staatshilfe in ihre Privatkassen zu leiten.

Erst seit relativ kurzer Zeit haben sich auch die Landwirte oder vielmehr die Grundbesitzer gesammelt und gerührt und dann auch in einigen Ländern, besonders in Deutschland unter dem Regime des Grossbesitzers Bismarck, der es stets gar fein verstand, zwischen seinen Privatinteressen und der staatlichen Wirtschaftspolitik eine blühende Harmonie herzustellen, dieselbe Unverschämtheit im Fordern erworben, die die andern schon vorher besassen. Und so leben wir denn in einem sehr interessanten Zustand; jeder denkt nur an sich,

Digitized by Google

erklärt aber seine Interessen für die der Gesamtheit. Wir haben die Privatwirtschaft mit Staatshilfe.

Da stand längst ein Mann, der sprach: Ich fabriziere Knöpfe, natürlich nur zum Wohl der Gesellschaft im allgemeinen und des Vaterlands insbesondere, und ich gehe bei diesem gemeinnützigen Werke zu Grunde, wenn der Staat mir nicht dadurch zu Hilfe kommt, dass er ausländische Knöpfe, die ohnedies dem lieben Vaterlande sehr zum Schaden und zur Schande gereichen, mit einem hohen Zoll belegt.

In einfaches Deutsch übersetzt, heisst das meist: Ich wünsche einen höheren Profit, als ich jetzt erziele, denn ich bin Monsieur Nimmersatt, und da ich als solcher ein natürliches und angeborenes Recht auf's Reichwerden habe, so soll der Staat meine lieben Mitbürger zwingen, meine Knöpfe teurer als bisher zu zahlen.

Und dort steht gegenwärtig manchenorts ein Grundbesitzer und erklärt in allerlei künstlichen Wendungen: die gesellschaftliche Ordnung und mit ihr der Staat müssten zu Grunde gehen, wenn das Brot und Fleisch so schrecklich billig sei. Er sei die Stütze des Staats und der Gesellschaft, mithin müsse man ihm auf Kosten der Uebrigen ein grösseres Einkommen verschaffen, sonst sei er nicht mehr stark genug zum Stützen.

Das System der Staatshilfe geht nun eine zeitlang ganz gut. Die Mächtigsten und Reichsten, die zuerst und am lautesten darnach schreien, prosperieren mehr als zuvor, selbstverständlich in der Regel auf Kosten ihrer Mitbürger, und so lange sich solche gesellschaftliche Schichten finden, auf deren Kosten anderen etwas geschenkt oder zugewendet werden kann, und die sich das gefallen lassen, hat es keine Gefahr. Aber als allgemeines System, auf alle Klassen angewendet, taugt es natürlich nicht viel. Wenn Alle bevorteilt sein wollen, fällt für Keinen etwas ab, im Gegenteil: Jeder verliert, da ja der Staat für seinen Hilfsapparat, das wachsende Beamtenheer, Ausgaben machen muss und mit aller staatlichen Intervention Verwaltungskosten verbunden sind, die das Volk zu decken hat.

Es wachsen immer neue grüne Tische aus der Erde und hinter jedem Tisch sitzt ein Mann, der nicht nur vom Sitzen im Grünen leben will, sondern auch den Anspruch erhebt, ein wenig zu regieren, einige Gewalt auszuüben, eine kleine Tyrannenrolle zu spielen, so gut es eben angeht. Nieder mit dem giftigen Grünzeug!

Wenn nur dieser oder jener Staat seine Grenzen gegen fremde

Digitized by Google

Waren verschliesst, so kann er gute Geschäfte machen, indem er den eigenen und den fremden Markt für seine Waren offen hat. Wenn aber alle Staaten ihre Grenzen schliessen, dann ists aus mit dem auswärtigen Handel, und es hat nicht nur keiner gewonnen, sondern alle haben verloren, da sie die Vorteile der berechtigten internationalen Arbeitsteilung entbehren und kein Land sein natürliches Uebergewicht in irgend welchen Produktionszweigen mehr ausnützen kann.

Würde es dem Staate gelingen durch künstliche Bevorteilung die Grundrente zu erhöhen, oder den Zins oder den Lohn, so hätte die betreffende Klasse auf Kosten der übrigen allerdings einen schönen Nutzen. Aber Rente, Zins und Lohn zugleich in dieser Weise zu erhöhen, das geht nicht an.

Es ist sehr angenehm, die eigene Ware teuer zu verkaufen und die fremde billig zu kaufen; aber wenn man alle Warenpreise in die Höhe treiben könnte, dann hätte niemand einen Nutzen und man wäre wieder am Ausgangspunkt.

Dass auch die Landwirte nun allmälich vom Staate profitieren wollen, ist höchst begreiflich und im allgemeinen vollkommen gerechtfertigt. Warum sollten sie schlechter behandelt werden als andere Klassen? Natürlich kann der Staat auch ihnen nichts schenken, was er nicht Anderen oder ihnen und Anderen weggenommen hat. Selbstverständlich schenkt der Staat nicht nur, wenn er Geld oder Geldeswert, der sich bereits in seiner Hand befindet, ohne Gegenleistung weggibt, sondern auch, wenn er auf ein ihm sicher zugängliches Einkommen zu Gunsten von irgend jemand verzichtet, also auch, wenn er z. B. von seinen Hypotheken-Schuldnern sich einen niedrigeren Zinsfuss zahlen lässt, als er nach der jeweiligen Konjunktur der ganzen Volkswirtschaft marktmässig fordern könnte.

Ob ein solcher Schritt überhaupt wirtschaftlich möglich ist — in Anbetracht, dass der Staat den Zinsfuss, zu dem er selbst borgt, nicht zu bestimmen vermag — ob also der Staat mit dem Hypothekenzinsfuss herabgehen kann, ohne der Bank direkt aus den Steuern regelmässige Zuschüsse leisten zu müssen, das wollen wir hier nicht erörtern, es ist eine interne Bankfrage. Wir können für unsere Betrachtungen ruhig annehmen, dass es anginge. Thut er nun das, so muss er den Ausfall in seinen bisherigen Einnahmen natürlich decken — denn er hat nie zu viel — also in der Regel seinen Bürgern in irgend einer Form von Abgaben mehr als bisher abnehmen.

Digitized by Google

Nehmen wir an, wie Manche behaupten, die Summe, um die es sich handelt, sei unbedeutend und von dieser Seite also nichts Wesentliches einzuwenden.

Aber ein anderes Bedenken scheint mir zunächst obzuwalten. Wenn die Landwirte ein unzweifelhaftes Recht haben, gleich behandelt zu werden, wie andere Klassen oder Stände, so sollten sie sich doch schon des Prinzips wegen ernstlich hüten, für einige Mitglieder ihres Standes ein besonderes, geradezu persönliches und sehr ungleich wirkendes Privileg in Anspruch zu nehmen. So etwas lässt mindestens keine Konsequenz zu, folgt aus keinem anerkannten Grundsatz des Staatslebens, er wäre denn der Praxis der Armenunterstützung zu entnehmen, was ich kaum glaube, da in dieser keine eigentlichen, sozusagen verbrieften Rechte vorkommen, auf Grundlage deren das Individuum beliebig privilegierte Verträge schliessen könnte, und dürfte ihnen auf die Dauer leicht mehr schaden als nützen.

Ein solches Privileg scheint mir nun in der That hinter der Forderung zu stecken, dass die Kantonalbank den Zinsfuss speziell für landwirtschaftliche Hypotheken herabsetzen solle. Der Vorteil davon trifft erstens nur solche Besitzer, die gerade bei dieser Bank als Schuldner eingetragen sind, zweitens kommt er den Einzelnen genau in dem Masse zu Gute, als sie verschuldet sind, während doch in einer hohen Hypothekenschuld weder ein besonderes Verdienst, noch auch nur ein Massstab für die Hilfsbedürftigkeit des Besitzers liegt, so dass man zur Rechtfertigung einer derartigen Forderung mit den Grundsätzen der Armenpflege überhaupt gar nicht anrücken darf; und endlich läge in der Gewährung dieser Forderung geradezu die Möglichkeit, auf Staatskosten Extraprofite zu machen, denen wir nur einen sehr zweifelhaften moralischen Wert zuzuerkennen vermögen.

Ich bemerke hiezu Folgendes:

Es ist Ihnen wohl nichts Neues, dass wir im Kanton Zürich und noch in einigen anderen Kantonen der Schweiz ein zwar sehr doktrinär-demokratisches, im übrigen aber nicht besonders geniales oder gar wohlthätiges Steuersystem haben. Wenn es durchgeführt werden könnte, wie es im Buche steht, dann allerdings wäre es die Vollendung selbst und es gäbe kein besseres auf Erden. In der Praxis aber geht es — höchst undemokratisch! — geradezu darauf aus, den kleinen Mittelstand, den Grundpfeiler der bürgerlichen Demokratie, besonders den kleinen landwirtschaftlichen Mittelstand, zu ruinieren und die Reichen noch etwas reicher zu machen. Der blosse

Digitized by Google

Arbeiter bleibt davon ziemlich unberührt, aber für den Arbeiter sind Steuern im allgemeinen von keiner grossen Bedeutung, wie die Theoretiker des Proletariats, Marx und Engels, im Gegensatz zu dem Demagogen Lassalle, gelegentlich deutlich erklärt haben.

Nehmen wir, zur Verdeutlichung, den kleinen Landwirt als Besitzer einer geringen Geldsumme an, mittels welcher er erst Grundbesitzer werden will. Kauft er Land, das seiner Arbeitskraft entspricht, so muss er eine bestimmte Anzahlung machen, und wenn er dann noch das nötige, oft dürftige Betriebskapital in der Tasche behält, so mag er zufrieden sein.

Seine Hypothekenschulden sind also höchst wahrhaftig, reell und ehrlich gemeint, er zahlte so viel er konnte, und die Steuer, die Staat und Gemeinde von ihm verlangen, trifft ihn, der nichts verbergen kann, so genau als möglich und furchtbar schwer, denn der Steuerfuss ist von enormer Höhe.

Diese Höhe wäre ein Beweis der kläglichsten, allgemeinsten Armut des Volkes, wenn dem Steuerfuss das gesamte Vermögen (und Einkommen) des Volkes zu Grunde läge. Denn verschwendet wird in unserer Staatsverwaltung und meist auch in den Gemeinden entschieden nicht, und wenn der mässige Staatsbedarf bei seiner Verteilung auf die Steuerfaktoren einen hohen Satz per Faktor ergäbe, so müsste eben die Bemessungsgrundlage, d. h. Vermögen und Einkommen, sehr klein sein.

In der Wirklichkeit kommt aber der hohe Steuerfuss davon, dass $^2/_3$ oder $^3/_4$ oder $^4/_5$ oder noch mehr des gesamten Volksvermögens und Einkommens der Steuer entschlüpft.

Ein sehr sachverständiger, auf der Höhe der Verwaltung und mithin der Thatsachen stehender Finanzbeamter meinte mir gegenüber: „Mindestens $^3/_4$ des Vermögens wird defraudiert."

Als ich im letzten Herbst für einen gewissen akademischen Zweck die Bewegung der Wohnungs-Mietpreise in Zürich eruiren wollte und mich, teils auf Grundlage persönlicher Bekanntschaft, teils mit den ausgezeichnetsten Empfehlungen an einige wohlhabende bis reiche Hausbesitzer wandte, die mir für eine längere Periode hätten Auskunft geben können, da die Häuser seit Dezennien im Besitz ihrer Familien standen, da konnte ich um keinen Preis eine Antwort auf meine höchst einfachen Fragen erhalten. Der Eine verweigerte unbedingt und ohne Angabe der Gründe alle Auskunft, der Andere kniff mit handgreiflich leeren Entschuldigungen aus. Die Herren

Digitized by Google

hatten gewiss keinen Grund mich für einen Spion der Steuerbehörde zu halten, aber das Geheimnis ihrer Mietpreise von einst und jetzt schien ihnen offenbar so wichtig und heilig, dass sie auch vor der entferntesten Möglichkeit von dessen Profanierung zurückschreckten.

Uebrigens mögen zur deutlichen Bestätigung der behaupteten Thatsachen einige Mitteilungen aus schweizerischen Zeitungen hier angeführt werden.

„Zürcher Tagblatt“ vom 5. Oktober 1882: „Im Kt. St. Gallen ist das Assekuranzkapital um 40 Millionen grösser als das gesamte Steuerkapital. Und doch umfasst die Assekuranz nur die Gebäude und ist die Schätzung überall eine sehr niedrige.“

„Zürcher Tagblatt“ vom 1. Juni 1890: „Das gesamte Steuerkapital des Kantons St. Gallen stellte sich Ende 1890 auf 343,106,900 Franken, d. i. 39¼ Mill. mehr als 1880 und 184·5 Mill. mehr als 1860; das Gebäudeversicherungskapital steht auch heute noch um 84 Mill. über dem Steuerkapital.“ Die armen St. Galler, deren Vermögen sogar nach den Steuerlisten stark wächst, besitzen also nicht einmal ihre Häuser vollständig. Der gesamte Grund und Boden, das ganze landwirtschaftliche, industrielle und kaufmännische Kapital in ihrem Kanton und Alles, was sonst noch an Vermögen da ist, gehört offenbar irgend welchen auswärts wohnenden Fremden. Seltsam ist, dass man dem frischen nnd tüchtigen Volke die Not gar nicht ansieht!

Am 1. Jänner 1889 waren in Appenzell A./Rh. in der kantonalen Gebäudeassekuranz 12.046 Gebäude für zirka 80·5 Mill. versichert. Dazu kommen 47.5 Mill. Mobiliarversicherung. Das Steuerkapital beläuft sich auf 93,359.400 Fr.

Kanton Zürich im Jahre 1889:

Steuerkapital	906·7	Mill. Fr.	
Asssekuranz-Wert der Gebäude . . .	756.5	„ „	
Effektiver Wert	900	„ „	(Minimum).

(„Neue Zürcher Zeitung“ vom 25. Juni 1891.)

Mobiliarversicherung im Kt. Zürich 1890:

Versicherungswert . . . . . 662,536.790 Fr.

Ein Kommentar scheint überflüssig.

Nun aber kann offenbar der Staatsbürger im allgemeinen um so leichter und sicherer defraudieren, je reicher er ist und der ungeheure Steuerfuss, den der Einzelne ohne seine Mitwirkung schon als ein

Digitized by Google

fertiges Produkt der Verhältnisse vorfindet, fordert ihn geradewegs dazu auf.

Der Mensch benimmt sich überall den Verhältnissen gemäss, und sollte in einem Lande mehr Vermögen der Steuer entzogen werden als in anderen, so kann man sicher sein, dass das nicht daher kommt, dass die Menschen hier schlechter oder anders sind als dort, sondern dass hier das Steuersystem ein schlechteres oder wenigstens anderes ist als dort.

Man hat daher nicht das mindeste Recht, dem Einzelnen besondere Vorwürfe zu machen, wenn man nicht etwa beabsichtigt, sich selbst als — verdächtiges Muster hinzustellen.

Wenn aber unter solchen Umständen, wie sie in unserem Kanton durch das Steuergesetz gegeben sind, ein Mann, der ein Landgut kaufen will, so viel Geld hat, dass er es bar bezahlen könnte, so wird er — so viel ich und Andere davon verstehen — nicht einfach den ganzen Kaufpreis erlegen und infolge dessen für sein ganzes schönes Vermögen vielleicht (Staats- und Gemeindesteuer zusammengenommen) 10 pro Mille oder noch mehr an Vermögenssteuer zahlen, d. h. bei einem Zinsfuss von 4 Prozent — wenn es gut geht! — eine Einkommensteuer von 25 Prozent, ein landesübliches Unikum, worauf wir indessen nicht besonders stolz zu sein brauchen; sondern er wird seine Bescheidenheit dadurch erweisen, dass er, als wäre er ebenfalls ein armer Teufel, sich mit einer mässigen Anzahlung begnügt, den grösseren Rest seines Vermögens in guten, sicheren Papieren anlegt und die Steuerkommission über den wahren Zustand der Dinge hübsch im Unklaren lässt.

So kommt es denn, dass die Vermögenssteuer so ziemlich im umgekehrten Verhältnis zur Leistungsfähigkeit trifft. Wer gar kein Vermögen, aber ein erträgliches Einkommen hat, dem teilt die Steuerkommission grossmütig etliche tausend Franken zu und vermehrt sie sorglich von 3 zu 3 Jahren bei jeder neuen Einschätzung. Wer wenig hat, dem gibt sie in denselben Intervallen immer etwas mehr. Wer sehr reich ist, der schlüpft mit einer Kleinigkeit durch, schon aus dem Grunde, weil man ihn sonst aus der Gemeinde zu vertreiben fürchtet.

Natürlich defraudiert niemals derjenige, von oder mit dem man gerade spricht und ganz sicherlich keiner von uns Allen. Aber andere Leute müssen doch wohl solche Praktiken üben, sonst wären die ziffernmässigen Angaben der Statistik unverständlich.

Digitized by Google

Nun nehmen Sie an, der Staat leihe dem Grundbesitzer Geld zu einem unternormalen Zinsfuss, so dass der Landwirt sein eigenes Geld zu einem höheren anbringen kann, dann ist dieser in der Lage, ein ganz bequemes und sicheres Geschäft zu machen, indem er seine Anzahlung beim Gutskauf auf die äusserste bankmässige Leihgrenze beschränkt, von der Kantonalbank also möglichst viel borgt, die Differenz der beiden Zinsfüsse für den ganzen anderweitig angelegten Teil seines Vermögens, womit er die Schuld decken könnte, in die Tasche steckt und zur Entschädigung — dem Staat möglichst wenig Steuern zahlt. Wenn mir der Staat beliebig Geld zu $3^3/_4$ % vorstreckte und ich könnte dasselbe zu 4% sicher ausleihen, so wollte ich mir eine hübsche Jahresrente erwerben, selbst ganz ohne Landwirtschaft.

Gewiss haben diejenigen, welche vom Staate eine Herabsetzung des Hypothekenzinses verlangen, nicht an einen derartigen Profit gedacht, aber das würde doch nicht hindern, dass er sich ganz von selbst einstellte und ich glaube kaum, dass dann viele Bedenken trügen, ihn einzuheimsen.

Sie wollen nur eine Erleichterung für die notleidenden Landwirte, und dass die Landwirte vielfach Not leiden, wollen wir einfach annehmen, ohne uns auf eine genauere Untersuchung einzulassen.

Ich möchte hier nur im Vorbeigehen zur Zerstreuung gewisser Vorurteile einige Bemerkungen machen. Woran erkennt man einen akuten Notstand einer besitzenden und daher überhaupt kreditfähigen Klasse? In unserer Gesellschaft offenbar an den Konkursen und Exekutionen. Wollte man hiernach die Notlagen verschiedener Klassen vergleichen und messen, so wäre auf dem betreffenden Gebiet nachzuweisen, dass relativ mehr von der in Frage stehenden Klasse — also für uns mehr Landwirte — in Konkurs geraten als andere Geschäftsleute. Ob das im Kanton Zürich resp. der Schweiz der Fall ist, kann ich nicht sagen. Ich bezweifle es.

Nun ist allerdings sehr oft der Gedanke ausgesprochen worden, dass die Landwirtschaft viel wichtiger sei als Handel und Industrie, dass mithin eine Gutsvergantung vielmehr zu sagen habe als eine anderartige, und dass man daher die Landwirte mehr schützen müsse, als Kaufleute und Fabrikanten.

Vom politischen Standpunkte aus will ich hier nicht sprechen, da sind die Ansichten je nach der Parteifarbe verschieden. Schäffle z. B,, der im Grunde seiner Seele ein reaktionärer Autoritätsmensch und Aristokrat ist, hofft, dass die Socialdemokratie an den „harten

Digitized by Google

Bauernschädeln" zerschellen werde und muss schon aus diesem Grunde grosses Gewicht auf jeden Landwirt legen.

Aber vom wirtschaftlichen Standpunkt kann ich, bei aller Sympathie für die Landwirte, die Landwirtschaft und das Landleben, jene Sätze nicht haltbar finden. Wir leben in einer arbeitsteiligen Gesellschaft, die keines ihrer grossen Organe entbehren könnte, ohne dass es ihr ans Leben ginge. Es kann wohl etwa Einer sagen, das Herz sei wichtiger, als Nieren oder Leber; aber das ist doch nur leeres Gerede, da der Mensch ohne Leber ebensowenig leben kann wie ohne Herz. Und ein Volk oder die Gesellschaft kann heutzutage ebensowenig ohne Industrie existieren wie ohne Landwirtschaft, die Landwirtschaft selbst braucht Industrie und Handel ebenso notwendig, wie jene sie.

Gut, wird man sagen, aber wenn sich eine Fabrik oder Kaufmannsbude schliesst, thut sich alsbald eine andere auf und Industrie und Handel als solche gehen ihren Lauf weiter. Aber wenn ein Landwirt bankerott wird, steht da die Landwirtschaft still? tritt nicht auch ein anderer an seine Stelle? fehlt es denn mehr an Landwirten als an Industriellen? Nach meinem Wunsche sollte allerdings niemand bankerott werden, weder Landwirt, noch Kaufmann, noch Fabrikant; aber wenn schon —, dann kommt es so ziemlich aufs Gleiche hinaus.

Doch auch das wollen wir bei Seite lassen und die Notlage der Landwirtschaft als eine unumstössliche Thatsache hinnehmen und die Forderung, dass der Landwirtschaft vom Staate oder sonst irgendwie geholfen werden müsse, als selbstverständlich annehmen.

Dann frägt es sich für uns hier: Ist der Landwirtschaft durch einen niedrigen Hypothekenzins zu helfen oder nicht? Liegt überhaupt in der Richtung des Hypothekenwesens und der Zinsreduktionen die Rettung der Landwirtschaft? So fasse ich die Frage auf. Soweit es sich etwa bloss darum handelt, einigen armen Teufeln ein wenig aus der Patsche zu helfen, sie für den Augenblick über Wasser zu halten, mag ja jede beliebige Hilfsaktion anwendbar sein, aber davon spreche ich nicht.

Sollte ich also nachweisen können, dass die Zinsreduktion zur definitiven Errettung der Landwirte als Klasse nichts beitrage, oder gar für diese Klasse schädlich sei, so wäre in meinem Sinne die Frage entschieden und alle weiteren Erörterungen überflüssig. Wollen wir die eben gestellte Frage beantworten, so müssen wir sofort eine

Digitized by Google

andere aufwerfen: Woher kommt die Notlage? Alle bedeutenden Untersuchungen, die in neuerer Zeit von Staaten oder Vereinen über diese Frage angestellt wurden, kommen zu dem Resultat, dass an der Not der Zeit, auf die sich diese Enquêten bezogen, nämlich der achtziger Jahre, wesentlich drei Ursachen beteiligt waren: die Missernten, die auswärtige, hauptsächlich amerikanische Konkurrenz und die Bodenverschuldung.

Es gibt gewisse Vorkommnisse und Thatsachen, die den Landwirten gelegentlich grossen Schaden bringen, wie insbesondere Misswachs oder auch allzu reiche Ernten, wenn sie in weitesten Gebieten zugleich eintreffen. Solchen Fatalitäten, die für menschliches Verständnis als Zufälle gelten müssen, unterliegen allerlei wirtschaftliche Betriebe, jeder nach seiner Natur besonders gestalteten. Sie werden im Ganzen ausgeglichen durch Jahre überdurchschnittlicher Prosperität und speziell in der Landwirtschaft vermindert durch bessere Wirtschaftssysteme und eine möglichste Mannigfaltigkeit der Produkte. Denn das Wetter hat nicht auf alle gleichen Einfluss und das Gedeihen der einen kann ein Misslingen der andern mehr oder weniger ausgleichen.

Kann der Einzelne sich infolge solcher Fatalitäten in seiner wirtschaftlichen Stellung nicht mehr halten, so ist das ein individuelles Schicksal, ein Unglück, das in einem privatwirtschaftlichen System, wo jeder für sich selbst sorgen soll, immer einmal vorkommen muss, das korporative oder private Hilfe lindern oder abwenden mag, dem, wenn es in grösserer Ausdehnung, etwa in ganzen Bezirken, auftritt, auch der Staat durch besondere Aufwendungen beispringen mag, wie etwa bei Ueberschwemmungen, Hagelschlag, Feuersbrunst, aber es ist das für sich genommen doch nicht eine Notlage der Landwirtschaft in dem Sinne, wie man heute davon spricht und jedenfalls etwas Vorübergehendes, nichts in besonderen Verhältnissen unserer Zeit oder den Institutionen unserer Gesellschaft Begründetes.

Von der transatlantischen Konkurrenz wollen wir hier nicht sprechen. Man nimmt sie heute nicht mehr so tragisch wie vor zehn Jahren, wir brauchen in den europäischen Kulturstaaten notwendig einen ständigen Import von Lebensmitteln, und die europäischen Landwirte der fortgeschrittenen Länder, England und die Schweiz voran, akkommodierten sich ziemlich rasch den durch jene Konkurrenz geschaffenen neuen Verhältnissen. Die Schweiz hatte sogar schon viel früher Anlass, ihren Betrieb umzugestalten. Und was die billigeren

Digitized by Google

Preise jener fremden Produkte betrifft, so wissen wir heute ziemlich genau, auf welcher Grundlage dieselben beruhen. Der Amerikaner hat im allgemeinen keinen besseren Boden als wir, er bearbeitet ihn durchaus nicht rationeller als wir und zahlt, trotz der viel grösseren Leistung des Arbeiters, doch für gleichviel Arbeit vermutlich nicht weniger Lohn (für gleiche Arbeitszeit viel mehr) und nur weil und soweit ihn der Boden nichts oder fast nichts gekostet hat und er denselben darum nicht mit Schulden zu belasten brauchte, kann er die Produkte billiger verkaufen.

Denn die Verschuldung ist, wie heutzutage jeder auch nur ein wenig Sachkundige weiss oder wissen könnte, der letzte und wahre und dauernde Grund der schlechten und unsichern Lage der Landwirte.

Alle Enquêten geben übereinstimmend dasselbe Resultat: wo eine starke Bodenverschuldung vorhanden ist, da herrscht eine permanente Notlage, ein kritischer Zustand, der sich jeden Augenblick in eine wirkliche Krise verwandeln kann, da stellt man weitläufige Untersuchungen an über die Mittel zur Abhilfe, da ruft man in den weitesten Kreisen nach staatlicher Intervention.

Wo der Hypothekarkredit nicht entwickelt ist, wo man gewohnt ist, nur soviel Land zu kaufen, als man auf der Stelle oder in kurzer Zeit bar bezahlen kann, wo man bei Erbgängen entweder die Miterben mit einer Kleinigkeit abfindet, um das Gut nicht belasten zu müssen, oder aber das Land in natura teilt, da kommen wohl auch arme Bauern vor, die mit wenig Land viel mühsame und unproduktive Arbeit und ein geringes Einkommen haben, wie das kaum anders möglich ist, und in Missjahren sich kümmerlich durchschinden; aber ein dauernd kritischer Zustaud, eine Gefahr für die Existenz des Bauers als Grundbesitzer, die Gefahr der Agrarkrisis ist nicht da.

Wem der Acker, den er bebaut, wirklich zu eigen gehört, wer ein Besitzer von Land und nicht bloss von Hypothekenschulden ist, der mag einmal ein schlechtes Jahr haben und darben und vielleicht ein wenig Geld für den Haushalt borgen oder zeitweilig einen Nebenverdienst als Arbeiter suchen, aber er hat in dem schlechten Jahr keine Zinsverbindlichkeiten, denen er nicht genügen kann, es steht ihm kein fremder Mann als Gläubiger gegenüber, der ihn exequiert, wenn er nicht zahlt. Kommt ein besseres Jahr, so ist er immer noch Besitzer und geniesst nun die gute Zeit nach der schlechten und arbeitet für sich, nicht für eine Bank. Und er geniesst sie umso

Digitized by Google

sicherer, da er vermutlich für den Boden beim Ankauf nicht viel mehr bezahlt hat, als dieser nach seinem durchschnittlichen Ertrage wert ist.

Denn wer mit 10,000 Fr. in der Hand ein Grundstück kauft und bezahlt, der muss doch überlegen, wie viel ihm jene und wie viel ihm dieses eintragen kann.

Anders denkt der Mensch, wenn er den grössten Teil des Kaufpreises schuldig bleiben kann. Schon im gewöhnlichen Leben und Haushalten macht es bekanntlich beim Durchschnittsmenschen einen Unterschied, ob er die Gegenstände seines persönlichen Bedarfs bar bezahlen muss oder leicht auf Kredit haben kann.

Er kauft im letzteren Fall nicht nur mehr, sondern er ist auch nicht so ängstlich um den Preis besorgt, den er ja doch erst in Zukunft zu erlegen hat, wo er es ja — vielleicht ganz bequem thun kann. Denn was wir nicht kennen, stellen wir uns in der Regel möglichst günstig vor; auf den dunklen Untergrund der Zukunft malt die Phantasie vieler Menschen mit Vorliebe die hellsten Bilder.

Viel mehr noch ist das Alles beim Kauf zu Erwerbszwecken der Fall, besonders in Zeiten steigender Konjunktur, wo gerade die meisten dieser Geschäfte gemacht werden.

Was kann ein kluger und geschickter Mann nicht Alles aus einem Stück Erdoberfläche machen, wenn er darauf als Eigentümer nach Belieben schalten darf! Und wie klug und geschickt ist doch schliesslich fast jeder, wenn er für sich allein darüber nachdenkt! und wie dumm dagegen die Andern! Dass der frühere Besitzer nicht viel herausschlug, das ist begreiflich, der verstand es eben nicht besser. Aber jetzt, wenn man selbst am Steuer sitzt, da kanns losgehen! Und was riskiert man auch im Grunde? Der Preis mag ein wenig hoch sein (halb soviel wäre oft mehr als genug), aber man braucht ihn ja nicht gleich zu zahlen. Das macht sich nach und nach in ganz kleinen unmerklichen Raten, und die blossen Zinsen — dass müsste denn doch mit dem Teufel zugehen, wenn man die nicht herausbrächte! Denn man hat ja den besten Willen zu arbeiten und zu sparen. Also frisch darauf los am Arm der Mutter Hypothekenbank!

Und wo es eine solche gibt und der Leichtsinn ihr nicht genug Kunden zuführt, da thut es die Not der Erbteilung, und unter allen Umständen wird durch die Möglichkeit und Leichtigkeit der Grundverschuldung die Konkurrenz der Käufer wesentlich verstärkt und der Preis auf eine unnatürliche Höhe getrieben.

Digitized by Google

Kaum ist man aber Besitzer, so fühlt man die unsinnige Last, die man auf sich genommen, auch der letzte Centime drückt, wenn man ihn nicht aufbringen kann, und dann erklärt man getrost oder verzweiflungsvoll, die Landwirtschaft sei ein schlechtes Gewerbe und nähre ihren Mann nicht. Aber was hat die Landwirtschaft mit unsinnigen Güterpreisen und noch unsinnigeren Hypothekenschulden zu thun? Wenn Ihr für zwei Franken Ertrag hundert Franken Kapital gebt und die hundert auch noch zu vier Prozent borgt, so seid Ihr nicht Landwirte, sondern Landnarren.

Der Boden selbst hat ja bekanntlich ursprünglich dem Menschen gar nichts gekostet. Für das, was er — abgesehen von Bauten, die wir hier bei Seite lassen können — zur Verbesserung desselben vernünftig verwendet, hat er oft schon in wenig Jahren den vollen Ersatz erhalten (wird doch der Boden schon durch die rationelle Bewirtung selbst verbessert!), so dass die dauernd höhere Ertragsfähigkeit ihm wie ein Geschenk der Natur zufällt. Und nun kommt Alles darauf an, was die Arbeit mit einem entsprechenden Betriebskapital durchschnittlich im Jahr darauf zu erzielen vermag. Ist das Erträgnis so, dass nach Abzug eines den allgemeinen Verhältnissen der Volkswirtschaft entsprechenden Teils für diese beiden noch regelmässig etwas übrig bleibt, so haben wir da ein Extra-Einkommen, für dessen Bezugsrecht, das im Grundeigentum liegt, allerdings etwas Entsprechendes bezahlt werden kann.

Ohne diese Rechnung oder gegen diese Rechnung ist jeder Bodenwert ein ökonomischer Unsinn, und wenn man diesen Unsinn noch deshalb potenziert, weil man infolge der Verschuldungsgelegenheit den Bodenpreis hinaufschraubt, so ist allerdings die Landwirtschaft ein — schlechtes Geschäft.

Alles was einen künstlichen, ökonomisch unbegründeten Bodenwert schafft oder fördert, muss für denjenigen, der dann als Eigentümer diesen Wert auf sich nehmen muss, sozusagen mit Hab und Gut, mit seinem Vermögen und seiner Arbeit dafür einzustehen hat, mehr oder weniger gefährlich und verderblich sein.

Und hier steht ganz entschieden voran der Hypothekarkredit. Einer der gewiegtesten Kenner landwirtschaftlicher Verhältnisse, nämlich Ruhland, sagt geradezu, dass unter Voraussetzung dieses Kredits vernünftige Bodenpreise einfach unmöglich seien. Er ist die schädlichste Einrichtung, die Feinde der Landwirte hätten schaffen können, er bringt mit innerer Notwendigkeit den ganzen Reinertrag

Digitized by Google

des Bodens in die Hände von Nicht-Landwirten, und dennoch stellt er sich der — Phantasie des geschädigten Standes selbst gewöhnlich als eine grosse Errungenschaft dar.

Er verdirbt nicht nur den Kredit, den der tüchtige Landwirt braucht und haben könnte und nicht hat, den Geschäftskredit, der nirgends existiert (ausser etwa in Wucherform!), wo die Hypothekenbank ihre stiefmütterliche Herrschaft etabliert hat; er belastet, was noch schlimmer ist, die Landwirte mit einem für sie fast ganz fiktiven, für ihre geldbesitzenden Bankfreunde aber höchst reellen sogenannten Bodenkapital, das dann aller vernünftigen Wirtschaft und Rechnung reinweg den Kopf abhaut.

Daher ist, um es kurz zu sagen, Alles was den Hypothekarkredit fördert, nach meiner und aller sachverständigen Oekonomen Ansicht, für die Landwirte, die wirklich solche sind und bleiben wollen — nicht für Bodenspekulanten! — auf die Dauer ruinös, und Alles, was ihn beseitigt, für den Augenblick vielleicht unangenehm (wenn schon auch dagegen hoffentlich Remedur geschaffen werden könnte), endgiltig aber nicht nur eine Rettung, sondern die einzige Rettung.

Wollt Ihr Alle Sklaven der Geldkapitalisten bleiben oder werden, die Euch bei Gelegenheit nach Belieben um Euren letzten Heller bringen können, oder wollt Ihre freie Männer sein, auf eigenen Füssen stehend und von keinem fremden Privatwillen abhängig? so lautet die Frage, und es ist nur möglich, dass sie zu spät gestellt ist, oder dass die Landwirte auch heute noch sie gar nicht verstehen wollen. Zu dieser letzteren Befürchtung kommt man, wenn man hört, dass landwirtschaftliche Vereine in der Herabsetzung des Hypothekarzinsfusses selbst heute noch ihr Heil suchen.

Was für Folgen würde ein niedrigerer Hypothekenzinsfuss nach sich ziehen?

Die Schuldner würden sich augenblicklich ein wenig erleichtert fühlen, wenn sie einen Teil des Geldes, dass sie sonst der Bank zum bestimmten Termin abliefern müssten, für ihren eigenen Bedarf behalten könnten. Und das wäre ihnen von Herzen zu gönnen, wenn sie arm sind.

Der Wert der Grundstücke würde, wenn alles Uebrige gleich bliebe, mindestens entsprechend der Zinsreduktion, wahrscheinlich noch etwas mehr steigen. Für denjenigen, der auf den Verkauf von Land sinnt, wäre natürlich eine solche Wertsteigerung recht ange-

Digitized by Google

nehm. Aber der zählt gar nicht für uns, der ist dann kein Landwirt mehr und es soll ja den Landwirten geholfen werden, nicht etwa den Rentiers auf Kosten der Landwirte. Diejenigen, die Landwirte sein und bleiben wollen und für uns allein in Betracht kommen, haben kein Interesse am Verkehrswert des Bodens, sondern nur an dessen Ertrag. Und die erst Landwirte werden wollen, noch in viel höherem Grade. Will einer vom Verkehrswert profitieren, so ist er ein Spekulant, und zwar von schädlicher Sorte; dem wollen wir nicht helfen und dem ist auch nicht zu helfen, denn wer durch Wertschwankungen gewinnen will, der soll und muss auch den Verlust selbst tragen, der daraus hervorgeht.

Das „Bodenkapital" würde also sich bei jedem Verkauf und jeder Erbteilung höher herausstellen, die Fiktion würde die Wirtschaft in steigendem Masse beherrschen.

Und damit stiege selbstverständlich die Hypothekenschuld.

Aus niedrigerem Zins folgt höherer Bodenwert, daraus höhere Bodenverschuldung, daraus gleichviel Hypothekarzins wie früher, aber bei vergrösserter Kapitalschuld, für die keine Spur von Deckung da ist. Denn die Deckung läge einzig im Ertrag, der Ertrag aber wächst nicht, wenn man ihn mit einem niedrigeren Zinsfuss kapitalisiert.

Es ist Ihnen doch wohl bekannt, dass der Zinsfuss seit ein paar Dezennien immerfort und zwar beträchtlich heruntergegangen ist. Hat Ihnen das geholfen? Es scheint nicht der Fall zu sein, sonst würde man heute nicht von einer besonderen Notlage der Landwirtschaft sprechen und Kommissionen einsetzen, um dieselbe zu untersuchen und Abhilfe zu schaffen.

Und nun meinen Einige, nachdem der Zinsfuss um ein bis zwei Prozent gefallen, ein weiteres Sinken um die Bagatelle von 1/4 Prozent soll zu Ihrem Heile sein? Das ist eine arge Verblendung, die nur von heute auf morgen denkt.

Alles, was nicht in die Richtung geht, in welcher die Liquidation der Hypothekenbanken liegt, ist vergeblich.

Wenn die Herabsetzung des Zinsfusses lediglich benützt würde zu einer rascheren, gesetzlich geordneten, also obligatorischen Rückzahlung der Grundschulden — dann bin ich ganz dafür, doch auch nur unter einer Bedingung: nämlich, dass die Hypothekenbücher geschlossen werden und neue Schulden dieser Art in der hergebrachten Weise überhaupt nicht mehr gemacht werden dürfen. Sonst hülfe

Digitized by Google

auch die Tilgung nichts und die furchtbarste Agrarkrise ist Ihnen bei der nächsten Zinsfusserhöhung absolut sicher.

Wohl hat der Zinsfuss im ganzen Verlauf der Zeit die Tendenz zu sinken; aber er bewegt sich nicht in einer geraden Linie, sondern in Schwingungen. Auf Perioden des Fallens sind schon öfter solche des Steigens gefolgt. Je tiefer er aber steht, desto leichter kann er steigen und desto verderblicher wirkt jede Steigerung. Steigt ein Zinsfuss von 2 Perzent um $^1/_2$, so wächst die jährliche Last für den Schuldner um 25 Perzent, bei 4 nur um $12^1/_2$.

Und nun bedenken Sie, was ein steigender Zinsfuss bedeuten würde, wenn infolge des gefallenen mittels einer fiktiven Bodenbewertung der Boden mit kolossalen Schulden belastet wäre! Sie würden allesamt bankerott und das vielgeliebte, künstlich gesteigerte „Bodenkapital“ würde in einem Nu zerrinnen, wie der Schnee an der Julisonne.

Vor solchen Aussichten bewahren Sie sich!

Digitized by Google

Zur Besteuerung der Erbschaften.

1893.

Wir leben im Zeitalter der unlösbaren Fragen, der absoluten Widersprüche. Wir wünschen nichts als den Frieden und bereiten durch beständige Vergrösserung unserer Armeen und Verbesserung der Waffen die internationale Millionenabschlachtung vor; wir schwärmen für Freiheit und Selbstbestimmung und vermehren von Tag zu Tag die Aufgaben und Mittel der staatlichen Zwangsgewalt und ihre Organe, die Bureaukraten; wir begeistern uns für möglichste Verbreitung der Bildung und freie Berufswahl, und verbarrikadieren den Eingang zu jeder höheren Schule und zu jedem höheren Beruf durch ein Zwangssystem von Prüfungen und obligatorischen Unterrichtsplänen, das lebhaft an das Mandarinentum eines sehr östlichen Landes erinnert und den gesamten Unterricht auf allen Stufen zu einer impertinenten Schulmeisterwirtschaft macht, unter deren Fuchtel die liebe, hoffnungsvolle Jugend allen Sinn für freies, ideales Streben verliert und geistig und physisch versiecht; wir predigen im Privatleben Sparsamkeit und Fürsorge für die Zukunft und lassen den Staat*) getrost Schulden auf Schulden häufen, die der Zukunft eine stets wachsende Last aufbürden, ohne ihr ein Aequivalent zu bieten — kurz, wir sind auf allen möglichen Gebieten in einer heillosen Verwirrung und stellen Grundsätze nur auf, um ihnen entgegenzuhandeln.

*) Neben den Staat kann man überall die Gemeinde setzen. Ich lasse sie der Kürze halber überall weg.

Digitized by Google

Unser gesellschaftliches System beruht auf dem Privateigentum und Privaterwerb. Jeder ist für seine und seiner Angehörigen Bedürfnisse verantwortlich. Und dabei stellt der Staat, d. h. stellen wir als Gesamtheit an uns als Einzelne fast beliebige und immer grössere Anforderungen und fragen nicht viel darnach, ob unsere Leistungsfähigkeit sich jenen entsprechend vermehrt hat. Ueberall spricht man von Steuerreformen und meint mit diesem schönen Worte nie etwas anderes, als eine Vermehrung des Staatseinkommens; denn der Staatsbedarf wächst von Jahr zu Jahr und soll aus den Taschen der Bürger gedeckt werden. Würde die zunehmende Staatsthätigkeit das Volkseinkommen entsprechend ihren Kosten vermehren und das Steuerplus gerade dort weggenommen werden, wo das Einkommen gewachsen ist — dann wäre gegen diesen Verlauf der Dinge nicht viel einzuwenden. Aber beides ist nicht allgemein vorauszusetzen. Der weitaus grösste Teil des staatlichen Mehrbedarfs fällt auf die militärische Seite und von da ist keine Förderung der Volkswirtschaft zu erwarten, vielmehr das Gegenteil. Und was den zweiten Punkt betrifft, so steht es damit noch viel schlechter. Wäre die Steuergesetzgebung und -Verwaltung von göttlicher Qualität, nämlich allgerecht und allwissend, so liesse sich das beständige Wachsen des Staatsbedarfs allenfalls noch ertragen. Aber selbst den besten Willen der Gesetzgebung, höchste Gerechtigkeit zu üben, vorausgesetzt, steht es mit der Befähigung der Verwaltung, diesen Willen durchzusetzen, höchst erbärmlich.

In alten Zeiten freilich war es — allerdings bei viel geringerem Bedarf — noch schlimmer; da liess man die Vornehmsten und Reichsten absichtlich von aller Steuerlast frei. „Der alte Brauch der Kirche zur Zeit ihrer Blüte war, dass das Volk zu den Staatsbedürfnissen sein Geld beisteuerte, der Adel sein Blut und die Geistlichkeit ihre Gebete," sagte der Erzbischof von Sens zum Kardinal Richelieu, als dieser vom Klerus Frankreichs einen ausserordentlichen Zuschuss verlangte.

Mit dem steigenden Staatsbedarf verbot sich das comfortable System von selbst; die ärmeren Klassen allein konnten den Bedarf nicht mehr decken und so wurde, besonders in diesem Jahrhundert, die Besteuerung allmählich mehr und mehr demokratisiert, was übrigens eine möglichste Begünstigung gewisser Klassen, natürlich der bestsituierten, welche die Macht in Händen haben und die Gesetze geben, auch heute noch nicht überall ausschliesst.

Digitized by Google

Wir in der Schweiz haben zumeist Steuersysteme, denen es auf der Stirne geschrieben steht, dass sie im demokratischen Sinn so gerecht als möglich sein, die Armen schonen und die Reichen kräftig treffen wollen. Nur der Vorwurf einer gewissen Kleinlichkeit kann ihnen mitunter nicht erspart werden, z. B. wenn sie das Existenzminimum auf 500 Franken festsetzen, eine Summe, von der heutzutage kein Erwachsener, geschweige denn eine Familie leben kann, oder wenn sie selbst für Waisenkinder nur ein Vermögen von 3000 Franken freilassen, von dem diese weder leben noch erzogen werden können.

Die gemeinschaftliche Eigenschaft aller, auch der besten modernen Steuersysteme scheint aber die zu sein, dass sie nicht ausreichen, dass die Ausgaben immer die Tendenz haben über alle hergebrachten Einnahmen hinauszusteigen. Natürlich kann der Staat seine Wirtschaft sich wesentlich erleichtern, wenn er wichtige Verwaltungsaufgaben den Gemeinden oder anderen Selbstverwaltungskörpern überträgt. Dann ist aber die Schwierigkeit einfach vom Staatsbüdget auf ein anderes übertragen und die Not ist nicht geringer. Man muss daher, um richtig zu sehen, immer die Kosten der gesamten Verwaltung ins Auge fassen.

Drohen die Einnahmen hinter den Ausgaben zurückzubleiben, dann fängt man an zu „reformieren“ und sucht die Rettung, nach einem gewissen historischen Schema, meist dort, wo andere sie schon — nicht gefunden haben. In Ländern mit überwiegend direkten Steuern schreit man nach indirekten und umgekehrt; wo Ertragssteuern (auf Grund und Boden, Gebäude, Gewerbe) vorherrschen, hofft man von Subjektsteuern (auf Einkommen und Vermögen) die Rettung und umgekehrt. In Oesterreich und Frankreich erwarten viele das Heil von einer Personaleinkommensteuer; in Preussen, wo man diese längst besitzt und vor wenigen Jahren erst gründlich reformiert hat, kommt nun schon daneben die Vermögenssteuer aufs Tapet; und in der Schweiz, wo man diese letztere sehr genau kennt, setzt man neuerdings da und dort grosse Erwartungen auf eine Reform der Erbschaftssteuer, die zur Deckung der Mehrausgaben, welche in sicherer Aussicht stehen, verhelfen soll.

Natürlich sind nicht alle Steuern gleich und von gleichem Wert, manche entsprechen den Anforderungen, die man an ein Steuersystem zu stellen hat, besser als andere, und ebenso sicher ist, dass man die Durchführung aller möglichen Steuern auf mancherlei Weise ver-

Digitized by Google

bessern kann. Aber schwere Mängel hat jede Art. Die indirekten, die, wenn sie etwas Erkleckliches eintragen sollen, auf Artikel des Massenkonsums gelegt werden müssen, treffen, wenigstens solange bis der Arbeitslohn nach ihnen reguliert ist, die untern Klassen zu stark; die Ertragssteuern lassen die persönlichen Verhältnisse des Pflichtigen ganz ausser Acht und treffen deshalb die einzelnen Subjekte so ungleich, dass man sie nach einem sehr niedrigen Durchschnittsmasse bemessen und fixieren muss, wenn man nicht immer wieder eine Anzahl Privatwirtschaften durch die Steuer ruinieren will; und die Subjektsteuern, welche in der Hauptsache doch auf dem Steuerbekenntnis der Pflichtigen beruhen müssen, öffnen der Unredlichkeit Thür und Thor und begünstigen die Reichen aufs Höchste. In der Schweiz herrschen diese vor und wir leiden mithin, ganz selbstverständlich, an einem ungeheuern Steuerbetrug.

Bei Gelegenheit eines Kriminalprozesses im Kanton Zürich kam neulich zu Tage, dass eine von den beteiligten Personen ein Vermögen von 25,000 Fr. versteuerte, und, nach genauer amtlicher Aufnahme, 217,000 Fr. besass. In Luzern starb in diesem Jahre ein durch seine Frömmigkeit und seine Pilgerfahrten nach Rom wohlbekannter Handelsmann, der bei Lebzeiten 40,000 Fr. versteuerte, und dessen Vermögen nach seinem Tode im Betrag von über 210,000 Fr. zum Vorschein kam. Jeder Sachkundige weiss, dass das keineswegs Ausnahmsfälle und lange nicht die schlimmsten sind. Ausnahme ist nur das Bekanntwerden derselben. Der Aufwand der Kantone ist massvoll (von den Gemeinden gilt das nicht allgemein), die schweizerische Volkswirtschaft ist eine, trotz allen Klagen, beständig fortschreitende, es gibt eine Unmasse vermögender und reicher Leute, das Kapital treibt überall höchst sichtbar und greifbar neue Schösslinge und Blüten, Geld ist genug da für alles Mögliche, auch für die gewagtesten Spekulationen, für industrielle und kommerzielle Unternehmungen aller Art im In- und Auslande, nur für den Staat scheint keines da zu sein. Die Steuerfüsse (Staat und Gemeinde zusammengenommen) erreichen vielfach eine absurde Höhe, es wird jämmerlich geklagt über den Steuerdruck, man droht mit Auswanderung des Kapitals u. s. w.

Fest steht durch die Erfahrung aller Länder und Zeiten, dass der Widerwille gegen das Steuerzahlen mit dem Vermögen und Erwerb progressiv steigt und in demselben Masse durchschnittlich — Ausnahmen gibt es auch auf diesem Gebiete, nur dass sie gewöhnlich

Digitized by Google

recht bescheiden sind — die Defraudation. Die Folge ist natürlich der abnorm hohe Steuerfuss, die wachsende Schwierigkeit der Deckung des Staatsbedarfs und die schwere, gedrückte Lage des kleinen Mittelstandes. Wenn man übrigens vor weiterer Erhöhung der Steuern mit der Drohung warnt, dass dann die reichen Leute fortziehen würden, so glaube ich nicht an dies Schreckgespenst. Sie zahlen im allgemeinen im Verhältnis zu ihrer Steuerkraft so spottwenig, dass etwelche Erhöhung für sie faktisch kaum in Betracht kommt. In rückständige Länder und Landesteile wollen sie nicht ziehen, da sie dort ihr Interesse nicht finden, und sonst können sie, wie ihnen wohl bekannt, doch leicht vom Regen in die Traufe kommen. Dagegen würde eine Erhöhung des Steuerfusses sicher manchen kleinen Mann erdrücken. Dass sich hie und da ein reicher Ausländer besinnen dürfte, sich in einer Gemeinde neu niederzulassen, die einen sehr hohen Steuerfuss hat, ist wohl möglich, wenn er nämlich noch nicht weiss, wie wenig ihn das angeht.

Aber die Gründe für eine solche Uebersiedelung sind bei reichen Leuten in der Regel wichtig genug, dass die Steuer daneben nicht sehr in Betracht kommt. Und zudem stehen solchen Hilfsmittel genug zu Gebote, um sich über die wahre Sachlage zu informieren.

Doch das alles hilft dem Staate nicht, der immer höhere Ausgaben zu machen hat. Die Defraudation ist ein öffentliches Geheimnis, aber kein einflussreicher Mann rührt daran, da er leicht sich oder seine Freunde und Parteigenossen schädigen und seinen politischen Einfluss vernichten könnte. Also muss ein anderes Mittel gefunden werden, um dem Staate zu helfen, ein Mittel, welches bei korrekter Wirksamkeit ja allerdings auch die Defraudation einschränken würde: und dieses Mittel ist nach der Ansicht vieler eine Reform der Erbschaftssteuer, hauptsächlich in dem Sinne einer strengeren Durchführung derselben vermittelst amtlicher Inventarisation in jedem Todesfall.

Dass eine Erbschaftssteuer als Glied eines ganzen, in allen Teilen unvollkommenen, weil einseitig wirkenden und nicht korrekt durchführbaren Steuersystems nach unserer heutigen Rechtsanschauung vollkommen gerechtfertigt ist, steht wohl kaum in Frage.

Ein höchst massvoller, schul- und bureaugerechter deutscher Nationalökonom, Albert Schäffle, hat vor 13 Jahren über diesen Gegenstand vielleicht das Beste gesagt, was bisher darüber gesagt worden ist. Darnach lässt sich die Besteuerung der Erbschaften in

Digitized by Google

zweifacher Hinsicht rechtfertigen, einmal als nachträgliche Besteuerung des vom Erblasser selbst erworbenen Vermögens und als Ausgleichung seiner Steuerumgehungen und Steuerbegünstigungen, und sodann als Steuer auf ausserordentliches Einkommen und Belastung besonderer Steuerkraft des Erben. Diese Gründe treffen nicht in jedem Falle zu, aber doch in vielen der eine oder der andere oder beide. Um ihrer Begründung gerecht zu werden, muss die Besteuerung der Erbschaften durch zwei ganz verschiedene und in der Praxis wohl auseinander zu haltende Steuern bewerkstelligt werden, von denen wir die erste als Erbschaftssteuer, die zweite als Erbsteuer bezeichnen wollen. Die erste hat das vom Erblasser bei seinen Lebzeiten angesammelte Vermögen und seine Bereicherung durch Konjunkturgewinne, d. h. Werterhöhungen, deren Grund in allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen liegt, ins Auge zu fassen. In Bezug auf diese fällt der Haupteinwand, den man — abgesehen von den Schwierigkeiten der Durchführung — gegen ihre Besteuerung bei Lebzeiten erhebt, nämlich die Möglichkeit der Konjunkturverluste, weg. Im Nachlass zeigt sich das reine Fazit des wirtschaftlichen Lebens. Und was die Besteuerung des erworbenen Vermögens betrifft, so ist in der Kapitalisierung eine besondere Steuerkraft zu sehen, welche durch die Vermögens-, Einkommens-, Ertrags- und Aufwandsteuern nicht genügend getroffen werden kann. Die direkten Steuern treffen nicht einmal die aussergewöhnliche Höhe des Einkommens durchschnittlich, geschweige denn die besondere Steuerkraft, die sich in der Kapitalbildung verrät. Die Ansammlung ist aber auch zugleich das Gegenteil der Konsumtion; durch Konsumsteuern kann mithin die besondere, individuelle Steuerkraft, die sich in der Kapitalbildung zeigt, nicht getroffen worden sein.

Durch die Erbschaftssteuer aber, meint Schäffle, könne man sie in jeder Form treffen. Nach dem Tode sei es endlich möglich, nicht bloss Grund und Boden, Häuser, Fabriken, Warenlager genau zu schätzen, nicht nach den notwendigen Rücksichten etwaiger Ertragssteuer-Kataster, sondern auch Wertpapiere und vor allem das Gebrauchsvermögen (Möbel, Schmuck, Kunstgegenstände u. s. w.), das sonst ohne unerträgliche Belästigung des Steuerzahlers gar nicht herangezogen werden kann und in welchem sich dennoch oft eine ganz besondere Steuerkraft offenbart. Wer z. B. jährlich für 200 Fr. Tabak verbraucht, zahlt im Lauf seines Lebens in den meisten Staaten eine sehr beträchtliche Steuer wegen dieser Ausgabe. Wer

Digitized by Google

dagegen jährlich für 2000 Fr. Gemälde, Pretiosen, Bücher und Möbel kauft, zahlt wegen dieser Ausgabe in den meisten Staaten gar nichts. „Die Erbschaftssteuer hat daher bei richtiger Veranlagung den grossen Vorzug, die kapitalbildenden, ausserordentlichen und entschlüpfenden Einkünfte allgemein und verhältnismässig und dennoch in Abfindungen für längere Perioden, also einfach zu treffen."

Wie sie im Detail zu ordnen und durchzuführen ist, darüber brauchen wir hier, wo Anregungen gegeben, nicht Gesetzesvorschläge gemacht werden sollen, uns wohl nicht zu verbreiten. Nach unserer Ansicht sollte man nicht kleinlich verfahren, kleinere zusammengesparte und -gearbeitete Vermögen ganz freilassen, grosse Reichtumsansammlungen mit sehr hohen Prozenten zu treffen suchen. Denn die sind nicht durch blosse Arbeit und Sparsamkeit entstanden, sondern in der Regel auf mehr oder weniger bedenkliche Weise, durch Glück, Zufall und viel Schlimmeres.

Diese Steuer ist ganz unabhängig von dem Verhältnis des Erblassers zum Erben, von Verwandtschaftsgraden u. s. w. und trifft mithin, soweit ihre Gründe vorliegen, jede Verlassenschaft gleich.

Die andere, die Erbsteuer, wird manchmal, z. B. von Adolf Wagner, als ein förmliches Erbrecht des Staates aufgefasst. „Ihr Ertrag", sagt er, „stellt den Anteil am Volksvermögen dar, den der Staat als Vertreter des Volks kraft seines Erbrechts aus dem im Erbübergang begriffenen Einzelvermögen bezieht." Das Erbrecht sei kein notwendiger Bestandteil des Privateigentums, sondern ein selbständiges Privatrechtsinstitut neben dem Eigentum; es könne in höherem Masse als das Eigentum als Produkt des Staatswillens bezeichnet und den Bedürfnissen des Volkslebens gemäss gestaltet werden.

Das ist aber ein wenig seicht gedacht. Mit demselben Recht könnte man etwa sagen, der Halm sei in höherem Masse Naturprodukt als die Aehre. Das Erben ist ursprünglich ebenso naturwüchsig wie das Besitzen, und wenn der Staat ein Rechtsinstitut daraus macht, so ist das Erbrecht genau so ein Produkt seines Willens wie das Eigentum. Und überall geht konsequenter Weise das Erbrecht ebenso weit als das Eigentum, d. h. der Mensch muss vernünftiger Weise für eine Sache, die er eine Minute vor seinem Tode noch ohne weiteres verschenken darf, auch wohl den Eigentümer nach seinem Tode bestimmen dürfen. Das ist allerdings testamentarisches Erbrecht. Aber das gesetzliche ist nichts anderes als der vom Staate, in Ermangelung eines deutlich ausgesprochenen, vermutete

Digitized by Google

Wille des Erblassers, das Erbrecht muss also im allgemeinen mit dem Eigentumsrecht harmonieren, dessen Ausfluss es ist, und sodann mit den jeweiligen Anschauungen über die verschiedenen Bande, die Menschen mit Menschen verknüpfen, insbesondere aber das Band der Familie, der Verwandtschaft und Ehe.

Es ist übrigens auf diesem Gebiete nicht viel fraglich. Der Streit dreht sich hauptsächlich um die Höhe des Steuerfusses, um dessen Progression und sodann um die Grenzen des Intestaterbrechts. Wir glauben uns mit folgenden Andeutungen begnügen zu dürfen. Das Gesetz muss für solche Erben, die gegenüber dem Verstorbenen nach dem geltenden Rechte alimentationsberechtigt sind, eine bestimmte Minimalsumme (eventuell, über dieser, aus Rücksicht auf die bisherige Lebensführung, eine Quote des Erbteils) steuerfrei lassen. Was darüber geht, wird besteuert und zwar mit progressivem, aber mässigem Steuerfuss. Alle anderen Erben müssen stets steuern, und zwar soll der Steuerfuss mit der Entfernung der Verwandtschaftsgrade und zugleich in allen Fällen mit der Grösse der Erbportion wachsen. Die Intestaterbfolge soll aber mit den Geschwisterkindern oder spätestens den Geschwisterenkeln abschliessen. Sind nur noch fernere Verwandte da, so fällt das Ganze an den Staat; in diesem Fall darf man getrost annehmen, dass der Erblasser mit ihnen in gar keiner näheren Berührung war und seinen Willen ausdrücklich erklärt hätte, wenn er ihnen Vermögen hätte zuwenden wollen. Auch die nichtverwandten Erben könnte man gesetzlich nach den Beziehungen, in denen sie zum Erblasser standen, in gewisse Kategorien einteilen, die den näheren und ferneren Verwandten in Bezug auf die Steuer gleich gesetzt würden.

Ein endloses Verwandtenerbrecht, wie es in manchen Gesetzgebungen existiert, hat unsern Anschauungen über die Familie gegenüber keinen Sinn mehr; wir leben nicht mehr in den Zeiten, wo die ganze Sippe für gewisse Zwecke eine ewige Einheit bildete, mit gegenseitigen Pflichten und Rechten ihrer Mitglieder.

Eine Besteuerung der Erbschaften nach diesen Grundsätzen würde, wenn korrekt durchgeführt, nach allen möglichen Richtungen als Ergänzung und Krone des ganzen Steuersystems gelten dürfen. Sie wäre einträglich, gerecht, träfe gleichmässig, ist ganz unabwälzbar und notwendig, wenn die grössern Steuerkräfte nicht immerfort entschlüpfen sollen. Aber ist sie auch korrekt durchführbar? Man hat dafür zwei Bedingungen aufgestellt, deren Erfüllung ihre Durch-

Digitized by Google

führbarkeit nach der Ansicht Vieler garantieren soll, nämlich die der Besteuerung der Erbschaften ganz analog zu gestaltende Besteuerung der Geschenke unter Lebenden und die genaue amtliche Inventarisation jedes Nachlasses sofort nach dem Tode.

Was den ersten Punkt betrifft, so ist klar, dass ohne strenge Schenkungssteuer weder die Erbschafts- noch die Erbsteuer sicher und gleichmässig ausführbar ist (Schäffle). Denn viel Vermögen entschlüft dann diesen Steuern und dieselben treffen sehr ungleich, da die Möglichkeit, unter Lebenden zu schenken, von allerlei persönlichen Verhältnissen abhängt, die nicht überall gleichmässig vorkommen. Von einer strengen Durchführbarkeit der Schenkungssteuer kann man aber, wenigstens vorläufig nicht sprechen, und wir können uns kaum denken, dass man je dazu gelangen werde. Das ist der erste schwache Punkt der Erbschaftsbesteuerung.

Was aber die Inventarisation jedes Nachlasses betrifft, so scheint mir, dass ein Volk, welche dieselbe freiwillig zum Gesetz machte, entweder sehr gedankenlos oder sehr brutal sein müsste. Der Staat sagt da gleichsam zu seinen Organen: Da liegt eine Leiche, hurrah! leert ihr die Taschen aus! — Man denke nur: eine Familie in verzweifelnder Trauer um das Sterbebett des Vaters versammelt, der eben seinen letzten Seufzer ausgehaucht — und herein dringen gierige Fiskalmenschen, denen die jammernde Frau, die weinenden Kinder auf die impertinentesten Fragen Antwort stehen sollen, die in allen Schubladen, unter allen Familiengeheimnissen herumwühlen, bloss damit der Staat einiges Geld herauspressen könne. Inventarisiert man aber nicht sofort, so liegt die Gefahr des Unterschleifs nahe.

Freilich ist die Szenerie nicht immer so, aber hoffentlich doch oft und das genügt. Wenn das Volk eine solche Zumutung wieder verwirft, wie es schon öfter gethan, so gehorcht es nur einem natürlichen, höchst achtbaren Gefühle, das man ihm ja erhalten soll. Man sage einmal den Leuten ganz offen und deutlich, dass in jedem Todesfall ökonomisch selbständiger Personen, auch beim Tode des armen Mannes (man kann ihn nicht auslassen, er könnte ja, wie schon öfter vorgekommen, in Strümpfen und Strohsäcken Schätze verborgen haben, wie jüngst eine Bettlerin in Paris, die nach den Zeitungen 600,000 Franken in Geld und Wertpapieren, dazu noch die kostbarsten Gemälde hinterlassen haben soll) inventarisiert werden soll, dann wird man die Antwort hören. Gälte es nur den Reichen, so würden die unteren Klassen allerdings keinen Anstoss nehmen. Nach meinem

Digitized by Google

Geschmack ist eine allgemeine amtliche Inventarisation des Nachlasses die höchste Blüte fiskalischer Unverschämtheit oder demokratischer Entartung und nur ein Volk von Sklaven oder Barbaren kann sich dieselbe gefallen lassen. Zur Leiche des Leibeigenen im Mittelalter kam der Herr und nahm sich das Beste aus dem Nachlass weg. Aber das war lange nicht so verletzend, wie die geplante bureaukratische Winkelriecherei.

Das ist das zweite und wichtigste Bedenken. Dazu kommen noch ein paar kleinere, wenn auch durchaus nicht unwichtige. Vor allem dürften die Kosten der Inventarisation sehr beträchtlich sein. Soll ein solcher Vorgang keine blosse Spielerei, sondern ernsthaft gemeint sein, so erfordert fast jede Inventarisation die langwierige Arbeit sehr sachverständiger Leute, besonders wo es sich um reicheren Nachlass handelt. Die Beamten müssen in Büchern und Geschäften genau Bescheid wissen, sonst könnte Unheil aller Art entstehen. Das gibt neue Aemter, neue Besoldungen, neue Bureaukraten und wahrscheinlich auch gelegentlich neue Kriminalfälle, aus Gründen, die der Leser — erraten mag.

Sodann aber ist auch die Inventarisation bei weitem kein absolutes Hindernis der Defraudation. Die Kunst der Buchführung wird sich ausserordentlich vervollkommnen, so dass aus den Büchern nicht mehr viel zu ersehen ist, besonders bei den Reichsten, den Rentiers, die keine Bücher zu führen verpflichtet sind und denen der Rat der gewiegtesten berufsmässigen Intriganten (Advokaten) zur Seite steht. Es werden sich in diesen Kreisen förmliche neue Institutionen bilden, soweit etwa die bereits bestehenden nicht ausreichen sollten, um bei der Inventarisation wenig oder nichts finden zu lassen; neue Vertrauenspersonen werden entstehen und Geschäftspraktiken, die, ähnlich wie bei den mancherorts unklagbaren Börsengeschäften, so durch das allgemeine Interesse jener Kreise aufrecht erhalten werden, dass es gar keiner auffindbaren oder fassbaren Urkunden bedarf.

Dann ist aber der Hauptzweck der Steuer wieder verfehlt und getroffen wird abermals fast nur der ökonomische Mittelstand, den doch alle Konservativen, d. h. Anhänger unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, erhalten wollen.

Was folgt aber aus dem allen? Der Widerspruch steht so dumm und dick auch in dieser Frage da, wie in allen möglichen anderen. Die Inventarisation ist notwendig — und unerträglich, gemein, brutal. Also: wir müssen sie haben — aber wir wollen sie nicht.

Digitized by Google

Das ist selbstverständlich Unsinn, bei dem man nicht stehen bleiben kann.

Der moderne Staat, sagten wir, braucht immer mehr. Diesem allgemein anerkannten Satze fügen wir nun einen andern ebenfalls kaum bestrittenen bei: Jedes beliebige, auch das „vollendetste" Steuersystem ist höchst unvollkommen und für viele wertvolle Elemente der Gesellschaft unerträglich. Mit Steuern ist also ein hoher und wachsender Bedarf ohne die grössten Unzukömmlichkeiten, ja ohne mannigfachen Ruin, nicht zu decken, weil auch die besten, theoretisch richtigsten, nicht korrekt durchführbar sind.

Was folgt daraus? Stellen wir zur Beantwortung dieser eine andere Frage: Was entzieht sich denn immer und überall zum grossen Teil der Besteuerung? Ich antworte: Der Profit, und dann natürlich auch sein Resultat, das Vermögen. Ihr könnt Euch unbedingt darauf verlassen und zweifelt auch im Ernste gar nicht daran, dass diejenigen, die rasch reich *werden*, von den Steuern bei weitem nicht nach ihrer wirtschaftlichen Kraft getroffen werden. Und wenn sie dann reich *sind* und sich etwa vom Geschäft zurückziehen, dann findet man selbstverständlich auch nicht ihr Vermögen heraus. Wir machen ihnen keinen Vorwurf; diejenigen, die nichts haben und wenig erwerben und kein Vermögen ansammeln, würden an ihrer Stelle genau dasselbe thun. Das liegt in der unersättlichen Natur der modernen, auf leicht zerfliessbaren Tauschwert gegründeten Privatwirtschaft, die mit der unersättlichen Natur des modernen Staates ebenso wie mit allen andern Privatwirtschaften im Kampfe steht und sich auf alle Weise um ihr Lebenselement, das Geld, wehrt. Offenbar ist unser ganzes Wirtschaftssystem mit dem „Gesetz der zunehmenden Staatsthätigkeit" im Widerspruch. Der Staat soll immer mehr leisten, braucht daher immer mehr, und diejenigen, die den wachsenden Bedarf decken könnten, die also unter diesem Regime offenbar prosperieren, entziehen sich so viel als möglich seinen Anforderungen. Die Staatswirtschaft ist eine kommunistische (allerdings oft verkehrt-kommunistisch, im Interesse der Reicheren, auf Kosten der Aermeren) und sie soll von der kapitalistischen Privatwirtschaft getragen werden! Der Profit zieht gewaltige Förderung von den öffentlichen Einrichtungen — und bleibt in jedem Sinn Privatsache! Da bleibt nun nichts anderes übrig, als dass der Staat, in seinem Erwerbsleben, ebenfalls kapitalistisch wird und den Profit, soweit

Digitized by Google

nötig, zu einer öffentlichen Sache macht, d. h. ihn direkt, ohne das Mittel der Steuer, in seine Kassen ableitet.

Und wer unsern modernen Staat mit seiner kostspieligen, zentralisierten Verwaltung durch sachkundige, berufsmässige Beamte, mit einheitlicher Organisation und Thätigkeit über weite Gebiete hin will — und das grosse Kapital, die gewaltige moderne Nivelliermaschine, will ihn vor allem und überall — der muss entweder seine ganze Steuerkraft ehrlich dem Gemeinwesen zur Verfügung stellen, was wohl niemand im allgemeinen von den grossen Besitzern zu erleben erwartet, oder er muss einen Zustand, in welchem die Schwachen über ihre Kräfte, die Starken und Stärksten so wenig als möglich leisten*) und der schliesslich doch zum Bankerott führen müsste, verewigen wollen, was wir unbedingt nicht gelten lassen können; oder endlich, er muss die Uebertragung des nötigen Profits an den Staat ohne Steuer, d. h. das Monopol acceptieren. Wir sagen „ohne Steuer", denn wir denken da an ein Staatseinkommen, das nicht im geringsten auf der Steuergewalt beruht, sofern man nicht allen möglichen Profit als Steuer aufgefasst wissen will. Nur der Profit, der in einer zur Verstaatlichung geeigneten Geschäftsbranche heute von einer grösseren und kleineren Anzahl von Privatpersonen eingeheimst wird, soll künftig ausschliesslich dem Staat zufallen, indem er die Branche auf eigene Rechnung übernimmt. Wir wollen also (um speziell von der Schweiz zu reden), obwohl hierzulande die Klagen über das Alkoholmonopol nicht sehr gross sind, in manchen und wichtigen Beziehungen ganz genau das Gegenteil von dem, was man da gemacht hat. Da schlug man eine beliebige Steuer auf das Rohprodukt, verteuerte so alle daraus gefertigten Waren und liess den Privatprofit in Industrie und Handel mit all seinen Unverschämtheiten und sämtlichen Schwindeleien fortbestehen, so dass das Publikum alle Nachteile des Monopols, aber keinen einzigen seiner natürlichen Vorteile geniesst. Ich möchte ganz im Gegenteil durch das Monopol alle Unverschämtheiten und vor allem alle Schwindeleien in der be-

*) Absolute Zahlen leisten hier nichts. Natürlich protzt bald Einer, er zahle 1000 Franken per Jahr und sein Nachbar, der kleine Handwerker oder Bauer, bloss 50, also —! Aber wenn etwa das Einkommen des Letzteren 1500 Franken beträgt und seines 150,000, so zahlt thatsächlich der kleine nicht bloss 5, sondern vielleicht 50 mal soviel als der Grosse, nämlich nach dem „Opfer" gemessen, wie es das Gesetz angeblich will. Denn in dem Einkommen, das zum dürftigsten Unterhalt erforderlich ist, liegt noch gar keine Steuerkraft.

Digitized by Google

treffenden Branche beseitigen und bloss die Staatskassen, die für die Gesamtheit da sind, ohne irgend eine Neu- oder Mehrbelastung des Volkes, füllen, anstatt immer neue Privatvermögen entstehen zu lassen, die ihren Pflichten gegen die Gesamtheit stets mehr oder weniger entschlüpfen. Der Erwerb durch Arbeit wird dadurch nicht eingeschränkt, sondern nur die Gelegenheit zum Profitmachen, auf die niemand ein natürliches Recht besitzt.

Dass der Tabak sich wie gar nichts anderes zum ersten Gegenstand, an dem diese Prozedur stattfinden soll, eignet, ist so klar, dass man nicht viel darüber zu sagen braucht. Der Konsum ist höchst bedeutend, der Schwindel in dieser Branche enorm und die Summe der Profite, die sich in verschiedenen Händen realisieren, kaum zu berechnen. Nehmen wir auch an, dass der Staat etwas teurer wirtschaftet (produziert und umtreibt) als Privatunternehmer, — was gar nicht einmal notwendig ist, denn die grössten Profite in diesem Geschäftszweig werden vermutlich von einigen Aktiengesellschaften gemacht, die ja auch, wie der Staat, durch Beamte wirtschaften — so wird das reichlich ausgeglichen dadurch, dass er sich den ganzen, heute üblichen kolossalen Aufwand für Reklame in allen Formen (Geschäftsreisende, Inserate, schöne Emballage, elegante Verkaufslokale u. s. w.) vollkommen erspart, da jedermann von vornherein weiss, dass er im ganzen Lande um denselben Preis genau dieselbe Ware bekommt.

Doch wir wollen uns bei keinem Detail aufhalten, da ja die Frage nicht auf der Tagesordnung steht und vielleicht auch nicht so bald auf dieselbe gesetzt wird, und nur eine noch speziell auf dies Land berechnete Bemerkung machen.

Die Schweiz ist ein freies Land, jeder kann hier ohne Gefahr seine Meinung über öffentliche Angelegenheiten in anständiger Form mündlich und schriftlich sagen, kann sich dabei nach Belieben an eine öffentliche Versammlung, an die Presse oder selbst an die Behörden wenden. Eine solche echte, ernst gemeinte Demokratie ist natürlich ganz anders zum Monopol geeignet, als ein unfreies Land, in welchem der „Unterthan“ eventuell für eine Kritik öffentlicher Einrichtungen oder Amtshandlungen auf die eine oder andere Weise, und manchmal recht schwer büssen muss. In solchen Ländern liegt die Gefahr des Missbrauchs beim Monopol ausserordentlich nahe. Man überlässt mit demselben den Gewalthabern bedeutende neue Machtmittel, mit denen sie dann, trotz parlementarischen Einrichtungen,

Digitized by Google

doch nach Belieben schalten, und man muss befürchten, dass das Publikum zu fiskalischen Zwecken noch schändlicher ausgebeutet wird, als früher zu privaten.

Aber damit alle Gefahren, auch die einer ungeschickten, gedankenlosen Verwaltung, welche schlechte, dem Publikum nicht angemessene Ware liefert, vermieden werden, muss dann die öffentliche Meinung auch von ihrem Rechte Gebrauch machen, muss immerfort auf der Wache stehen und sofort sich hören lassen, wenn Dummheiten geschehen. Denn ohne diese Kontrolle ist jede Beamtenwirtschaft in Gefahr, der Verlotterung oder Versumpfung zu verfallen.

Und hier erlaube ich mir in vollster Sympathie für Land und Leute zu bemerken, dass der Schweizer durchschnittlich viel weniger kritisch als geduldig ist, dass er sich von seiner selbstgewählten Obrigkeit unglaublich viel und oft weit mehr als der Unterthan viel unfreierer Staaten gefallen lässt. Er hat das Recht sich zu beklagen, und wenn er es auf die richtige Weise und an der rechten Stelle thut, ja wenn er nur ein ihm widerfahrenes Unrecht oder eine Unbilligkeit an die Oeffentlichkeit bringt, so kann er in der Regel darauf rechnen, dass er Genugthung erhält. Aber den Meisten gilt es einfach als „unanständig", sich zu beklagen, wo es sich nicht gerade um Mein und Dein handelt. So hörte ich von einem sehr geachteten, an wichtigem Posten stehenden hohen Offiziere, dass eine durch die Reglemente verbotene Behandlung oder Misshandlung von Soldaten ziemlich häufig vorkomme und dass im Fall der Beschwerde fast jedem sein volles Recht geschehen würde, dass aber Klagen äusserst selten vorkommen. Das nenne ich auch einen Missbrauch der Freiheit; denn das öffentliche Wohl wird entschieden geschädigt, wenn man von seinen Rechten als freier Bürger eines freien Landes in solcher Weise keinen Gebrauch macht.

Damit die Verwaltung des Monopols vernünftig*) und allen gerechten Anforderungen entsprechend vor sich ginge, müsste also der kritische Geist in der Schweiz sich etwas lebhafter entwickeln, was ja auch in andern Beziehungen nicht ohne Nutzen wäre. Denn im blossen Lobpreisen des Eigenen, weil es Eigenes ist, besteht doch wohl nicht die wahre Vaterlandsliebe.

*) Z. B. ohne Tabakpaläste! Bei der landesüblichen Neigung, öffentliche Gelder in unnötigem Bauluxus zu verpuffen, wäre auf diesen Punkt sehr zu achten! Doch das Volk schreit gewöhnlich Bravo dazu.

Digitized by Google

Agrarpolitisches aus Oesterreich.

(1893.)

Wir sprechen davon nicht weil, sondern trotzdem es aus Oesterreich kommt. Wir sind nämlich überzeugt, dass der Gegenstand dieser Abhandlung in der landwirtschaftlichen und socialpolitischen Presse der Schweiz bald eine grosse Rolle spielen und in allen Formen und Tonarten dargestellt und erörtert werden wird, also hierzulande von sehr aktuellem Interesse ist.

Die österreichische Regierung hat nämlich jüngst (am 10. Oktober dieses Jahres) im Abgeordnetenhause ein paar argrarpolitische Gesetzentwürfe eingebracht, welche den Zweck verfolgen, der Notlage der Landwirtschaft durch Bekämpfung ihrer wesentlichsten Ursachen entgegenzuwirken. Offenbar ergibt nach der Ansicht der Regierung die Landwirtschaft in Oesterreich — objektiv genommen und ohne Rücksicht auf die besonderen Einkommensverhältnisse der Einzelnen — einen zu geringen Reinertrag, und ausserdem leiden die Landwirte an zu hoher hypothekarischer Verschuldung. Was den ersten Punkt betrifft, so soll durch die Vermittlung zwangsweise einzuführender, alle Grundbesitzer umfassender Bezirks- und Landesgenossenschaften die Differenz zwischen Produktionskosten und Produktenpreis, also der Reinertrag der Güter gehoben werden, indem man erstere herabsetzt, letzteren (für den Landwirt) hebt. Die Herabsetzung geschieht unmittelbar durch die Genossenschaften dadurch, dass die landwirtschaftlichen Bedarfsartikel gemeinsam, also im Grossen und billiger angekauft und den Landwirten ein billiger Personalkredit verschafft wird. Die Verbesserung der Absatzverhältnisse soll hauptsächlich dadurch erzielt werden, dass die Genossenschaften Lager-

Digitized by Google

häuser errichten, den Verkauf der Produkte selbst in die Hand nehmen und auf dieselben Vorschüsse geben, damit der Landwirt von den Preisen des grossen Marktes profitiere und nicht in seiner Geldnot von Zwischenhändlern ausgebeutet werde, die ihm seine Erzeugnisse auf wucherische Weise abdrücken.

Woher die Genossenschaften die Mittel zur Kreditgebung nehmen, ist wenigstens in den uns vorliegenden Mitteilungen (der Wortlaut war uns noch nicht zugänglich) nicht gesagt. Die einzelnen Genossenschafter haften nämlich dem Publikum gegenüber für nichts, nur die Genossenschaft als solche haftet und sie hat kein Vermögen, sondern bringt ihren Bedarf an Verwaltungskosten durch Umlagen auf, die als Zuschläge zur staatlichen Grundsteuer erhoben werden. Lagerhäuser aber in jedem Gerichtsbezirk würden vermutlich enorme Kosten verursachen und dadurch den Zweck, die Profite der Zwischenhändler in die Taschen der Landwirte abzuleiten, vereiteln. Solche Lagerhäuser setzen unseres Erachtens voraus, dass in ihrem Bereich ein bedeutender Produktenwert als Ware (für den Markt) erzeugt wird, also entweder Massenprodukte von Grossbetrieben oder Handelspflanzen respektive Waren von hohem spezifischen Werte. In Oesterreich herrscht aber zum grossen Teil bäuerlicher Kleinbetrieb mit vorwiegender Naturalwirtschaft, d. h. bedeutendem Eigenkonsum. Doch schon in dieser Beziehung liegen die Verhältnisse in den verschiedenen Ländern und Landesteilen der grossen Monarchie so ausserordentlich verschiedenartig, dass ein und dieselbe Zwangsanstalt unmöglich für alle gleichmässig passen kann. Vieh, Milch, Butter, Gemüse, die meisten Obstsorten, also die Haupt-Verkaufsartikel der Bauern in den deutschen Alpenländern, die uns hier am meisten interessieren, eignen sich ohnedies nicht zur Lagerung und niemand wird auch diesen Leuten einreden, dass er es besser verstehe, ihre Produkte zu verkaufen, als sie selbst. Man wird doch wohl nicht den Grossgrundbesitzern auf Kosten der armen Bauern billige Lagerräume für ihr Getreide herstellen wollen?

Und was soll von den Genossenschaften überall gekauft werden? Vielleicht Kunstdünger für die Bauern im Osten der Monarchie, die nicht einmal den natürlichen sammeln und verwenden? in Ländern, wo, wie ich mit eigenen Ohren hörte, selbst gebildete Leute, Juristen in Amt und Würden, alles Düngen für Unsinn erklären?

Das Genossenschaftswesen ist in Oesterreich trotz des schon vor zwanzig Jahren erlassenen Genossenschaftsgesetzes noch sehr

Digitized by Google

wenig entwickelt, es fehlt (wie der Ministerialkonzipist im Ackerbauministerium Dr. Moritz Ertl in Nummer 4 des Socialpolitischen Centralblatts, III. Jahrgang, bei seiner Darstellung der beiden Entwürfe bemerkt) fast gänzlich an freien, landwirtschaftlichen Produktiv- und Absatzgenossenschaften, deren Gründung man jetzt durch Zwangsgenossenschaften förden will!

Die Genossenschaftsbewegung ist — ohne Staatszwang — in Frankreich, Belgien, Italien, der Schweiz und Deutschland, also in den westlicher gelegenen Ländern Europas mit freierer Luft, viel höher entwickelt. Der Entwurf aber, der die Landwirte in solche Organisationen hineinzwingt, scheint von dem Gedanken auszugehen, dass dieselben entschieden unmündig seien und die Regierung daher für sie denken und handeln müsse. Dies zeigt sich insbesondere auch darin, dass die Regierung nach dem Entwurf in den Berufsgenossenschaften einen Vertreter haben, dass also vermutlich bei allen Verhandlungen und Geschäften ein k. k. Beamter mitreden und mitthun soll. Auch aus diesem Grunde glauben wir, dass das Gesetz nicht für den ganzen Staat, vielleicht nicht einmal für ein einziges Kronland vollständig passt. Im Osten, in der Bukowina und in Galizien, wird der Beamte einfach alles sein und thun und die Bauern kommandieren wie Rekruten, sowie jetzt der Bezirkshauptmann ihnen befiehlt, wen sie als ihren Vertreter in den Reichsrat wählen sollen. Und das wird gut oder schlecht sein, je nachdem der Beamte gut oder schlecht ist. Dort sollte der Staat, wenn er etwas für die Landwirtschaft thun will, vor allem Strassen bauen und die bestehenden in Ordnung halten, damit nicht zu gewissen Jahreszeiten die Wagen im Kote stecken bleiben und die Pferde krepieren. Und sodann wären Schulen zu gründen und zu verbessern und die allgemeine Schulpflicht vom Papier ins Leben überzuführen. Was sollen Genossenschaften, deren Gedeihen im Verständnis und in der Energie ihrer Mitglieder wurzeln muss, in Ländern, wo heute noch nicht ein Drittel, vielleicht nicht ein Zehntel der erwachsenen bäuerlichen Bevölkerung lesen, schreiben und rechnen kann und die primitivsten Begriffe von Wirtschaftlichkeit hat? Würde es der Beamte nicht verhüten, so würden unter solchen Verhältnissen auch die Genossenschaften dazu dienen, einigen intelligenten Wucherern und Gaunern noch eine besondere Gelegenheit zur Ausraubung der dummen Bauern zu verschaffen.

Im Westen hingegen wird man grösstenteils den Beamten gar

Digitized by Google

nicht nötig haben und sein sicher oft recht anmassendes Dreinreden als eine blosse Plackerei empfinden. Genossenschaften solcher Art sollten nach meiner Ansicht sich vor allem naturwüchsig aus den Kreisen, deren Interessen sie fördern sollen, herausbilden. Nicht weil man sie zwingt, sollen die Leute sie gründen und in sie eintreten, sondern weil sie ein Bedürfnis darnach fühlen, die Vorteile der Vereinigung erkennen und erstreben. Sonst ist die Gefahr nahe, dass die Geschäfte von den Wenigen, die sich dafür aus irgend einem vielleicht sogar unlauteren Grunde interessieren, unkontrolliert zu ihrem eigenen Vorteil oder schlecht und liederlich geführt werden und dass die Kosten der Geschäftsführung den Nutzen derselben weit übersteigen. Dann erzielt man in wirtschaftlicher Hinsicht genau das Gegenteil dessen, was man wollte. Wer gesundes Genossenschaftsleben will, der muss der Bureaukratie nicht neue Herrschaftsgebiete eröffnen, sondern die alten einschränken, die individuelle Energie durch die Freiheit heben, in Oesterreich vor allem die Freiheit der Rede, der Presse, der Vereinigung und Versammlung erhöhen und dann in der Praxis heilig halten. Der engherzigste, freiheitsfeindlichste Bureaukratismus der Regierung hat den Geist selbständigen Denkens und Handelns seit lange den österreichischen Bauern mit aller Gewalt ausgetrieben und derselbe Bureaukratismus will sie jetzt zu dessen Bethätigung durch Gesetze zwingen, bei deren Durchführung wiederum überall der Beamte sich einmischt. Gäbe man den Beamten den Auftrag, überall im Lande den Sinn für Freiheit und Fortschritt zu heben, anstatt im Verein mit den Pfaffen das Gegenteil zu thun, dann würden wir erst glauben, dass von dieser Seite etwas Gutes und Rechtes kommen könne.

Die staatliche Ordnung des Genossenschaftswesens hätte etwa einzutreten, wenn die Privatinitiative bereits alles Uebrige geschaffen hätte und aus eigenem Bedürfnis den Wunsch äusserte, dass man ihre Schöpfungen von Rechtswegen über das ganze Staatsgebiet hin einheitlich organisieren möge. Heute freilich ist es vielfach Mode, die Sachen umgekehrt zu machen. Wir glauben kindlich an die Allmacht des Staates und sehen doch täglich, dass seine aufoktroierten socialen Institutionen tausend Mängel haben und niemand befriedigen. Man nennt diese neue Politik Staatssocialismus oder Socialpolitik und hat damit wieder einmal eine Modethorheit erfunden, die natürlich nicht aufgegeben wird, bevor sie in allen Beziehungen gründlichsten Bankerott gemacht hat. Bezeichnend genug ist es, dass die un-

Digitized by Google

freiesten Staaten des eigentlichen Europa (also ohne Russland), Deutschland und Oesterreich, in dieser Richtung voran und am weitesten gehen. Privatwirtschaftliches System, aber in alles hineinregiert, das ist ein widerspruchsvoller und jedenfalls auf die Dauer unleidlicher Zustand.

Für die Schweiz werden solche Zwangsgenossenschaften hoffentlich nicht in Betracht kommen, weshalb wir uns nicht weiter mit dem ersten Entwurf beschäftigen wollen.

Die Beseitigung der Hypothekenschulden hingegen, dieser Hauptquelle aller landwirtschaftlichen Not, ist eine Aufgabe, die alle Landwirte Europas und darum auch uns hier am meisten interessiert. Man kann aber Schulden beseitigen entweder, indem man sie irgendwie bezahlt, oder indem man sie irgendwie abschüttelt.

Könnten die Landwirte die Schulden abzahlen und wollten es blos nicht, so hätten wir keinen Notstand vor uns, sondern die pure Liederlichkeit, und es wäre kein Anlass vorhanden, ihnen von Staatswegen irgendwie beizuspringen. Eine Agrarreform also, die darauf hinausgeht, dass die Schulden von den Grundbesitzern selbst in ihrem vollen Betrage nicht nur verzinst, sondern auch getilgt werden sollen, und zwar um der Not abzuhelfen, scheint mir ein ungeheures Qui pro Quo. Nach der wirtschaftlichen Natur des ganzen Geschäfts beweist ja ein Grundeigentümer, der seine durch Kauf oder Erbteilung entstandenen Schulden (und fast alle Hypothekenschulden sind aus diesen beiden Gründen entstanden) wirklich tilgt, dass er Vermögen ansammelt. Er erwirbt dadurch den Boden, der ihm, soweit er mit Hypothekenschulden belastet war, vorher nur juristisch gehörte, nun auch ökonomisch. Von einem Manne, der von Jahr zu Jahr vermögender wird, kann man aber doch nicht sagen, dass er sich in einem Notstand befinde.

Stecken also die Grundbesitzer wirklich in Nöten und sind die Hypothekenschulden die Hauptursache derselben, so stellt derjenige, der ihnen helfen will, ohne die Gläubiger zu schädigen oder andere, unbeteiligte Bevölkerungskreise zur Hilfe heranzuziehen, in der That die Quadratur des Zirkels auf. Und dieses Wunderwerk beabsichtigt die österreichische Regierung, wenigstens angeblich, mit dem zweiten Gesetzentwurf.

Dieser hat die Absicht, unverschuldete und unverschuldbare Rentengüter zu schaffen und zwar auf zweierlei Weise. Wenn ein Landwirt bankerott geht und sein Gut vergantet werden soll, dann

Digitized by Google

ist die Landesgenossenschaft verpflichtet, bei der Versteigerung mitzuthun und bis zu einem nach einem gesetzlich vorgezeichneten, billig bemessenen Massstabe ermittelten Werte mitzubieten. Wer aber sonst noch mitbietet, muss — wenn wir den Mitteilungen in verschiedenen Blättern glauben dürfen — im Fall das Gut ihm zufällt, in der Regel dessen Preis bar erlegen. Die Landesgenossenschaft bringt die Mittel zum Ankauf der Güter durch Ausgabe von verzinslichen und verlosbaren Rentenbriefen auf. Erwirbt die Genossenschaft das Gut, so macht sie es zu einem Rentengut. Ausserdem kann auch ein beliebiger Eigentümer eventuell sein Gut in ein Rentengut verwandeln lassen. Er stellt ein betreffendes Gesuch an die Genossenschaft. Diese prüft die Belastung. Geht diese über den (wohl von ihr veranschlagten) Wert hinaus, so muss das Gut vergantet werden und dabei geht es zu ganz wie oben bei der exekutiven Versteigerung. Im andern Fall kauft die Genossenschaft das Gut, tilgt die Schulden und verwandelt es in ein Rentengut. Das Rentengut ist aber ein neues Geschöpf, wenigstens ein Geschöpf, das man bisher nirgends mit diesem Namen bezeichnet hat. Man meint damit ein Gut, für das der Kaufpreis in Form einer fixen Rente bezahlt wird und dessen Eigentümer gewissen Beschränkungen seines Eigentums unterliegt. Der Hauptunterschied des Rentengütlers vom heutigen Schuldenbauer wäre also der, dass jener eine (besitzlose und hochverschuldete) Genossenschaft zum Gläubiger hat, dieser eine Bank oder sonst jemand. Die Beschränkungen bestehen hauptsächlich darin, dass für fünfzig bis sechzig Jahre die Verschuldbarkeit ausgeschlossen ist, dass Veräusserungen, Verpachtungen und Teilungen, sowie Begründung von Servituten und Reallasten von der Einwilligung der Landesgenossenschaft und der Zustimmung des Ackerbauministeriums abhängig sind. Stirbt der Besitzer, so soll ferner das Rentengut unbelastet auf einen einzigen Uebernehmer übergehen (Soc. pol. Centr.-Bl.).

Gewählt wird die Person des Rentengütlers in beiden Fällen von der Landesgenossenschaft; dabei soll der frühere Eigentümer thunlichst berücksichtigt werden. Das sind die Hauptbestimmungen.

Wir wollen noch ein paar Bemerkungen des Herrn Dr. Ertl (a. a. O.) mitteilen, welche die Sachlage und dadurch den Wert der Massregeln unabsichtlich illustrieren. Er sagt, dass der „landwirtschaftliche Ertrag heute die Verzinsung nicht mehr decken kann, welche die Belastung der landwirtschaftlichen Liegenschaften mit

Digitized by Google

Hypothesen erheischt". Dies sei „eine bekannte Thatsache". Der neue Gesetzentwurf aber gestalte „die organische Fortbildung des Gedankens" der Raiffeisenschen und anderer Vereine und Genossenschaften, bei exekutiven Feilbietungen „Verschleuderungen von bäuerlichen Gütern hintanzuhalten", weiter aus.

Nun fragen wir vor allem: Wem soll das Gesetz helfen? Die Antwort muss lauten: nicht dem gegenwärtigen, überschuldeten Besitzer, sondern dem künftigen Erwerber des Rentengutes. Denn wenn man vor allem auf den völligen Bankerott des ersteren wartet, so ist er sicher nicht der Mann, um die schweren Verpflichtungen eines Rentengütlers auch nur mit der geringsten Garantie für Erfüllung derselben zu übernehmen. Der Bauer versteht, wenigstens in Oesterreich, das profitable Bankerottieren noch gar nicht. Wenn er vergantet worden, so kann man sicher sein, dass er nun nichts mehr besitzt, womit er irgend eine Wirtschaft beginnen könnte, er ist ausgezogen bis aufs Hemd und wird, ich kenne das aus eigener Beobachtung, regelmässig ein Taglöhner oder Bettler. Die hochverschuldeten Bauern dürften also an einem solchen Gesetze wirklich keinerlei Interesse haben.

Nehmen wir an, es finden sich andere Leute, welche die Landwirtschaft verstehen und genügendes Vermögen besitzen, um den Betrieb eines Gutes zu übernehmen. Was soll sie veranlassen, gerade Rentengütler zu werden? Offenbar können solche Leute auch unter der Herrschaft des geplanten Gesetzes fremden Boden pachten oder sich ankaufen und das gekaufte Gut mit Hypotheken belasten, ausgenommen einzig die exekutiv feilgebotenen Güter. Ist es für sie nun von besonderem Vorteil, gerade eine Landesgenossenschaft zum Gläubiger zu haben? Wir kennen den gesetzlichen Massstab nicht, nach welchem die Genossenschaften den Wert der von ihnen zu erwerbenden Güter zu bestimmen haben. Trotzdem erlauben wir uns gewisse Behauptungen aufzustellen. Die erste ist, dass bei der Veranschlagung des Wertes im einzelnen Fall notwendig ein erhebliches Mass von Willkür herrschen, also die Schätzung in verschiedenen Fällen sehr ungleich sein wird, wobei dem landesüblichen Protektionssystem eine neue Bahn eröffnet wird. Die zweite lautet: Die Wertbemessung ist nur dann vernünftig, wirtschaftlich angemessen und gerechtfertigt, wenn ein Landwirt, der zu diesem Preise kaufte, neben dem Zins für sein Kapital und dem Lohn für seine eigene Arbeit auch noch einen der Grösse seines Betriebskapitals angemessenen

Digitized by Google

Unternehmergewinn herausschlüge, der sein Durchschnittseinkommen mit dem der industriellen und kaufmännischen Unternehmer in Harmonie setzte. Was daraus für die Hypotheken folgen würde, werden wir alsbald sehen.

Nehmen wir vorläufig an, die Genossenschaft schätze nicht nach vernünftigen Grundsätzen normaler moderner Wirtschaftlichkeit, sondern kaufe das Gut auch nur annähernd zu einem Preise, wie er auch sonst unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu lösen wäre, so kann man einen Vorteil für den Unternehmer des Rentenguts kaum entdecken, eher das Gegenteil. Die besitzlose Genossenschaft wird sicher nicht billigeres Geld finden als die irgendwie fundierte Sparkasse oder Hypothekenbank. In Oesterreich leihen immer noch vielfach auch Privatkapitalisten, besonders aber Kirchen und Klöster Geld auf landwirtschaftlichen Besitz aus, und diese sind in der Regel noch billigere und vor allem mildere Gläubiger als Banken und Sparkassen. Die Wucherer, die sich in manchen Gegenden finden, sind freilich teurer, aber ihre Opfer sind in der Regel für normale Kreditgeschäfte ganz ungeeignete Subjekte, wirtschaftliche Kinder, die auch die Verpflichtungen eines Rentengütlers nie erfüllen würden.

Die Verwaltungskosten sind der Natur der Sache nach bei den Genossenschaften sicher erheblich höher als bei den Geldinstituten, und so dürfte auch bei gleichem Zinsfuss der Profit der letzteren schon ermöglicht sein. Nun ist aber der Schuldner der Genossenschaft auch noch in allen Fällen gezwungen, Jahr für Jahr ausser dem Zins eine Amortisationsquote wirklich und definitiv einzuzahlen, was sonst nicht der Fall ist. Denn auch wenn eine Bank Amortisation verlangt, so hindert doch in der Regel den Schuldner, der sie nicht zu leisten vermag, nichts, die alte Schuld mit einer neuen zu tilgen, was beim Rentengut ausgeschlossen ist. Und ein milder Gläubiger kann die Genossenschaft ganz unmöglich sein, eben weil sie selbst nichts besitzt als Schulden, die nach dem Verlosungsplan abgezahlt werden müssen.

Nun denke man sich ein armes Bäuerlein — ein wohlhabender Mann wird sich in ein solches 50—60 Jahre dauerndes, sogar seine Testierfähigkeit beschränkendes Zwangsverhältnis sicher nicht begeben — das den ganzen Wert des Gutes verzinsen, für die Verwaltungskosten der Genossenschaft aufkommen und daneben noch in wahrscheinlich relativ kurzer Zeit die ganze Schuld tilgen soll, bloss um schliesslich ein sehr beschränktes Eigentum zu erwerben — und

Digitized by Google

das alles unter fortwährender Beaufsichtigung durch die Genossenschaft! Der müsste doch ein grosser Narr sein, der so etwas freiwillig auf sich nähme! Es giebt gar keinen Weg zum Grundbesitz, der mit soviel Dornen gepflastert wäre wie dieser. Oder will vielleicht die Genossenschaft den armen Mann auch dann ruhig im Besitz seines Rentengutes lassen, wenn er seine Verbindlichkeiten gegen sie nicht erfüllt? Dann ginge sie selber bankerott. Das wäre nun allerdings ein sehr bequemer Bankerott, der direkt niemand als die Gläubiger träfe und den Mitgliedern nicht wehe thäte, da sie mit keinem Centime ihres eigenen Vermögens für die Verpflichtungen der Genossenschaft haften.

Aber der Kredit dieser neuesten Geschöpfe eines Ministerial-Bureaus dürfte dadurch ziemlich tief heruntergeschraubt werden. Doch dieser Fall soll verhütet werden durch die Bürgschaft des Staates. Seine Vertreter in der Genossenschaft müssen also kategorisch dafür sorgen, dass sie ihre Verbindlichkeiten genau und prompt erfülle, sonst hätten sämtliche Steuerzahler für die Rentengüter aufzukommen.

Nehmen wir aber den andern Fall: die Genossenschaft zahlt für die Güter einen Preis, der erheblich unter demjenigen steht, den man sonst heute dafür bekommen kann, was natürlich die freiwillige Verwandlung des Eigentums in ein Rentengut, abgesehen von allen sonstigen Gegengründen, für sich allein schon absolut ausschlösse. Dann ist dem Bauernstande allerdings einigermassen geholfen, dann kann möglicherweise, wenn nämlich sehr billig, tief unter dem wirklichen, rationell berechneten Wert, gekauft wird, sogar der Bankerotte selbst das Rentengut übernehmen, sofern man ihm auch noch einigen Personalkredit verschafft, er kann es sogar mit der Zeit abzahlen. Aber dann sind natürlich die Gläubiger geprellt, wenn es, wie Dr. Ertl sagt (und wir zweifeln nicht an der Richtigkeit seiner Worte), eine bekannte Thatsache ist, dass die Hypothekarzinsen heute den ganzen Ertrag der Güter aufzehren.

Und wenn die Genossenschaften sich nicht an den hergebrachten Marktpreis der Güter halten, sondern bei der Verwertung ein vernünftiges Prinzip anwenden, so wird der Wert über die sogenannte erste Hypothek bei bäuerlichen Gütern in keinem Fall hinausgehen. Die späteren Hypotheken beruhen lediglich auf einem wirtschaftlich fiktiven Verkehrswert, den die wirtschaftliche Unvernunft der Bauern in heissem Wettkampf um ein Nichts, der durch die Leichtigkeit der Verschuldung ermöglicht und verschärft wurde, geschaffen hat.

Digitized by Google

Die Handhabe dazu, um zu solchen vernunftgemässen Preisen kaufen zu können, ist den Genossenschaften geboten in der Forderung des Entwurfs, dass die Mitbieter bei exekutiven Feilbietungen den Kaufpreis bar erlegen müssen. Vorauszusetzen wäre dann nur noch, dass die Gläubiger nicht im stande wären, das Gut unter dieser Bedingung an sich zu bringen. Die Banken und andere Geldinstitute würden natürlich bis auf den Betrag ihres Guthabens mitbieten, dazu brauchten sie ja kein baros Geld. Sie besitzen statutengemäss nur erste Hypotheken und das Gesetz hat durch den schönen Grundsatz der Priorität ja besonders dafür gesorgt, dass diejenigen, die nur auf „freie" Hypotheken ausleihen (und das sind vor allem die Reichen und Grossen), möglichst nicht zu Schaden kommen können. So weit wie die ersten Hypotheken müsste also die Genossenschaft regelmässig gehen. Weiter zu gehen ist sie in der Mehrzahl der Fälle weder genötigt noch durch vernünftige, wirtschaftliche Schätzung veranlasst, d. h. die später intabulierten Gläubiger würden vermöge des glanzvollen Rechtsprinzips der Priorität ganz bequem absolut geprellt werden können. Geschieht das nicht, so ist das Rentengut unmöglich, ein ökonomischer Widerspruch und Nonsens. Geschieht es, nützt man also die gesetzliche Forderung der Barzahlung richtig aus, so ist nicht recht abzusehen, wozu die Genossenschaften dienen sollen, wenn sie ja doch nur berufen sind, das alte System fortzusetzen, nämlich neue Privateigentümer zu schaffen. Für das Glück der Völker oder selbst der Landwirte dürfte es, selbst das Gelingen der ganzen Rentengüteroperation vorausgesetzt, doch ziemlich gleichgültig sein, ob der Grundbesitz etliche Dezennien unverschuldet bleibt oder nicht. Wenn man aber die Hypothekenschulden wirklich und für immer abschaffen will und entschlossen ist, auf die Gläubiger keine zarte Rücksicht zu nehmen, so gibt es einen viel einfacheren Weg, der ohne die Kosten und Zwangsmittel und Eigentums- und Erbrechtsbeschränkungen dieser wunderbaren Landesgenossenschaften sehr rasch zum Ziele führt. Man schliesse morgen die Hypothekenbücher und dekretiere, dass (meinetwegen nur in Exekutionsfällen, oder aber, noch besser und gründlicher, in allen Fällen) Güter nur gegen bar gekauft werden dürfen. Dann braucht man nur ein vernünftiges Pachtrecht daneben und das Land wird in einiger Zeit entweder ganz und gar in den Händen reicher Privatpersonen sich befinden, in die es in einer auf Privateigentum und Privaterwerb, auf Lohn, Profit und Rente gegründeten Gesellschaft unter den heutigen Verhältnissen auch ver-

Digitized by Google

nünftigerweise gehört, wie ich in meiner kleinen Schrift „Kauf oder Pacht?“ (1887) nachgewiesen zu haben glaube, oder aber, es mag, ohne allen direkten Zwang gegen den Einzelnen, verstaatlicht oder kommunalisiert werden, wenn man dies für besser hält. Die Bauern sind dann Pächter geworden. Ein flotter, unabhängiger, gesicherter Bauernstand ist allerdings etwas Schönes; aber ich fürchte, wir bringen ihn nicht mehr zu stande. In beiden Fällen müsste man jedoch, um so gerecht als möglich zu sein, vorerst das Prioritätsprinzip im Hypothekarwesen beseitigen, damit alle Gläubiger wenigstens gleichmässig getroffen und nicht die ärmeren allein total beraubt würden, während den reichern fast kein Rappen entginge. Dass bei der Ausdehnung der Barzahlung auf alle Fälle der Veräusserung auch Grundbesitzer und deren Erben getroffen würden, ist richtig. Aber wenn die Massregel im dauernden Interesse der Landwirtschaft notwendig ist, sollen dann gerade die Landwirte, und noch dazu solche, die ihren Stand aufgeben und Nicht-Landwirte werden wollen, von allen Opfern verschont bleiben? Dafür sprechen so wenig Gründe, wie für den Gesetzentwurf über die Rentengüter.

Digitized by Google

Digitized by Google

Ueber den Geist in der Socialpolitik.

1894.

Wir wollen im folgenden dem Leser einen kleinen Blumenstrauss aus dem Garten der modernen Socialpolitik präsentieren und es ihm in der Hauptsache selbst überlassen, die einzelnen Blüten auf ihre Schönheit und ihren Wohlgeruch, ja sogar auf ihre Echtheit zu prüfen. Denn es wäre immerhin möglich, dass da und dort in sehr unfruchtbare Beete Machwerke aus Papier oder Blech gesteckt wurden, die oberflächliche Besucher allenfalls täuschen könnten. Im allgemeinen glauben wir schon von vornherein annehmen zu dürfen, dass Gärtner, die wesentlich zur Arbeit für hohe Herrschaften, etwa nach dem Geschmack eines Hofes, gebildet sind oder mit ihren Bedürfnissen, Interessen und Idealen sozusagen der Vergangenheit angehören, zur Arbeit auf diesem echt modernen Produktionsfeld nicht viel taugen, dass sie nicht mit Verständnis und nicht mit Hingebung, sondern ohne Sinn für die neue Aufgabe und mit Widerwillen gegen dieselbe arbeiten werden.

Die grossen wirtschaftlichen Veränderungen, die sich seit einem Jahrhundert vollzogen, haben wohl in allen Ländern europäischer Kultur ähnliche Zustände und Bedürfnisse geschaffen und daher ähnliche Gesetze und Verwaltungseinrichtungen erzeugt, die jene Zustände ordnen und jene Bedürfnisse befriedigen sollen. Aber man würde sich doch gewaltig täuschen, wenn man das in Bausch und Bogen Aehnliche für ein im einzelnen Gleiches annähme. Auch in den politischen Verfassungen steckt etwas Gemeinsames, zeigt sich ein allgemeiner typischer Zug. Der fürstliche Absolutismus früherer

Digitized by Google

Zeiten ist überall verschwunden, überall werden die öffentlichen Angelegenheiten von irgend einer Art von Volksvertretung beraten. Aber welcher kolossale Unterschied zwischen England und Preussen, zwischen Frankreich und Oesterreich! Und ähnlich verhält es sich mit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verfassung. Warenproduktion und kapitalistische Wirtschaftsgebahrung ist der allgemeine Typus; aber hier das ganze Land bedeckt mit kleinen Bauernwirtschaften, dort lauter Grossbesitzer und Pächter und gar kein Bauer mehr; hier noch eine Unmasse von Handwerkern, industriellen Kleinbetrieben und Krämern, dort Riesenfabriken mit tausenden von besitzlosen Arbeitern und Riesenbazare für alle möglichen Bedürfnisse von Legionen Konsumenten. Und so zeigt denn auch das Bewusstsein der Menschen, besonders aber das der zur Zeit herrschenden oder ausschlaggebenden gesellschaftlichen Gruppen und ihrer Regierungen, das uns hier am meisten interessiert, einen gar mannigfaltigen, von Land zu Land merklich wechselnden Inhalt. Im allgemeinen ist zu erwarten, dass die socialen Auffassungen um so rückständiger sein werden, je später ein Volk in die moderne Wirtschaftsbewegung eingetreten ist. Die Gedanken gegenüber den Zuständen und Forderungen der Gegenwart werden um so dunkler und bornierter sein, je mehr sich etwa in einer nationalen Gesellschaft noch Repräsentanten jener Stände finden, die mit ihrer Blütezeit dem Mittelalter oder der Gottesgnadenperiode angehörten.

Die moderne Entwicklung ist eine demokratische. Jahrhunderte lang ging der Lauf der Geschichte von der ursprünglichen Freiheit und Gleichheit weg zu immer schrofferer Unfreiheit und Ungleichheit. Doch schon als in der mittelalterlichen Stadt der unfreie Mann auf Grundlage seiner gewerblichen Geschicklichkeit eine unabhängige Existenz und auf dieser Grundlage endlich die persönliche Freiheit und politische Macht gewann, da begann der Zug der Kräfte in die entgegengesetzte Richtung, in der wir uns jetzt offenbar bewegen. Die Richtung liegt klar vor uns, nur die Wege sind noch nicht recht bereitet und wir arbeiten in heisser Bemühung an ihrem Bau, wir alle, auch die, welche widerstreben und zu zerstören glauben.*)

*) Sogar die deutsch-liberalen Jammergestalten in Oesterreich, die sich winselnd an die Rockschösse von Pfaffen und Gaugrafen hängen, um noch eine kurze Zeit ihre windige Nichtigkeit auf den Sesseln des Abgeordnetenhauses prostituieren und blamieren zu können. — Man verzeihe einem geborenen Oesterreicher diese an sich hier überflüssige Auslassung.

Digitized by Google

Wir dürfen wohl heute ohne Widerspruch sagen: je mehr demokratischen Sinn, d. h. je mehr Gefühl für Gleichheit, Gleichberechtigung, allgemeine Menschenwürde, Brüderlichkeit, Wohlfahrt aller Mitglieder der Gesellschaft in einem Volke oder einer Klasse vorhanden ist, desto moderner sind dieselben und desto sicherer ist es, dass sie auf dem Wege daherschreiten, der in die Zukunft führt. Eine gesellschaftliche Gruppe, die nichts von dem allen verstehen und sich also dem Lauf des Weltstroms entgegensetzen wollte, würde sicher unter die Wellen kommen. Aber keine wird wohl dauernd ihre Kraft einem Streben widmen, das nicht bloss hoffnungslos sein Ziel verfehlen, sondern auch ihrer eigenen Existenz gefährlich werden müsste.

Wir meinen hiernach, dass diejenige Regierung heutzutage die modernste und beste ist und die grösste Garantie für eine friedliche und gedeihliche Entwicklung des Volkes bietet, welche am meisten demokratisches Blut im Leibe hat, deren Blick also am wenigsten von Klassenvorurtheil und Standesdünkel getrübt ist, die gleichmässig das Wohl aller in's Auge fasst, das der Armen und Niedrigen mindestens ebenso wie das der Reichen und Vornehmen, die das Recht genau in derselben Weise für und gegen den Bettler wie für und gegen den Millionär handhabt und sich durch den Schimmer des Goldes nicht blenden lässt, die auf die Klage der letzten blassen Fabrikarbeiterin genau so willig und hilfsbereit hört, wie auf die Beschwerde der grössten Eisenbahn-Aktiengesellschaft. Es ist nicht viel, was wir da als Norm für die Schätzung einer Regierung am heutigen Tag aufstellen; hat doch jeder moderne Staat das Prinzip der Gleichheit aller vor dem Gesetz in seiner eigenen Verfassung selbst proklamiert! Dies Prinzip ist aber eben ein demokratisches und die Regierung, die aristokratisch dagegen handelt und mit zweierlei Mass misst, steht mithin im Widerspruch mit sich selbst und mit der Zeit.

Dieser Widerspruch aber ist eben das Gefährliche, er ist für die durch ihn Leidenden und Verletzten eine Aufforderung zum Kampf, er bringt den Hass in die gesellschaftliche Bewegung oder steigert ihn, während doch eine Staatsgewalt vor allem für den Frieden sorgen sollte.

Wir legen keineswegs ein grosses Gewicht auf das, was man heutzutage in irgend einem Staate Socialpolitik nennt, aber die Regierung, die selbst erklärt, eine solche betreiben und mithin für das

Digitized by Google

Wohl der unteren Klassen speziell wirken zu wollen, darf zum allerwenigsten, wenn sie nicht in einen eklatanten Widerspruch mit sich selbst geraten will, nicht die Arbeiterklasse benachteiligen oder gar feindselig behandeln und die Unternehmer und Grossbesitzer bevorzugen, und der Geist, der sich bei der Durchführung solcher Socialpolitik auf Seite der Vertreter der Staatsgewalt zeigt, muss uns nach obigem entschieden interessieren.

Das Folgende soll ein Weniges zu seiner Erkenntnis beitragen.

Das Material ist, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich bemerkt ist, dem von Dr. Heinrich Braun in Berlin herausgegebenen Socialpolitischen Centralblatt, mitunter wörtlich, entnommen.

---

1) Die königlich preussische Eisenbahndirektion Rechtsrh. Köln erliess im Jahre 1892 an sämtliche Haupt- und Nebenwerkstätten folgende Verordnung: Trotz wiederholter Aufforderung ist der Verdienst der Arbeiter derselbe geblieben, vereinzelt noch gestiegen. Wir verordnen hiemit nochmals, den Verdienst den Zeitverhältnissen gemäss zu reduzieren und werden bei der nächsten Rechnungsrevision in Betracht ziehen, inwiefern hiervon Gebrauch gemacht ist.

Der Einsender bemerkt hiezu: Während die Vereinigten Staaten für die staatlichen Arbeiter eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit, die Stadt Zürich Minimallöhne einführt, geht man in Preussen daran, die ohnedies sehr niedrigen Lohnsätze der staatlichen Arbeiter zu reduzieren. Eine ähnliche Lohnpolitik betrieb man in Preussen unter freihändlerischen Ressortministern zur Zeit der Krisis in den siebziger Jahren. Das Einschlagen socialreformatorischer, das Verlassen freihändlerischer Bahnen hat an der Lohnpolitik des preussischen Staats als Unternehmer nichts geändert (I., Nr. 37, S. 454).

2) Am 3., 4. und 6. März 1893 wurden im deutschen Reichstag die Verhältnisse der unteren Postbeamten erörtert. Postassistenten können reglementsmässig nur sehr langsam und nie in die höhere Postkarriere befördert werden. Stöcker weist auf England hin, wo man nicht frage, wie jemand etwas erlernt habe, sondern was er gelernt. Darauf sagt der Staatssekretär: „Es ist überall ein Unterschied zwischen höherer und niederer Karriere (die Schweiz existiert für den Herrn offenbar nicht!). Eine andere Organisation ist überhaupt nicht möglich. Vor den englischen Beamtenverhältnissen bewahre uns der Himmel.“ Die Anwärter auf Postassistentenstellen

Digitized by Google

werden mit sechswöchentlicher Kündigung und zwei Mark Taggeldern angenommen. Zur festen Anstellung gelangen sie überhaupt erst nach 9—10 Jahren frühestens. Der Staatssekretär gestand wörtlich zu, dass die Postverwaltung des deutschen Reiches es so wolle, „dass die Beamten von ihren Eltern unterstützt werden sollen“. Das geschehe ja auch in anderen Verwaltungszweigen 10—15 Jahre lang. Vor einigen Jahren wurde ein Postassistentenverband gegründet. Um ihn und seine systematische Anfeindung durch die Reichspostverwaltung drehte sich hauptsächlich die Debatte. Die überwiegende Mehrzahl der Redner aller Parteien bis nach rechts hinüber stellte sich entschieden auf die Seite der Beamten, die das Recht besässen, sich zur Hebung ihrer materiellen Lage zu vereinigen, und gegen die Reichspostverwaltung, welche jener Organisation alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg legt. Die Reichspostverwaltung beruft sich bei ihren Massregeln gegen den Verband der Postassistenten, die in Strafversetzungen und Entlassungen thätiger Mitglieder, in der Versagung des Urlaubs zur Teilnahme an den Verbandstagen, in der Auskundschaftung privater Verhältnisse der beteiligten Beamten und ähnlichem bestehen, auf ihre Pflicht und ihr Recht, die Postunterbeamten vor — „Vermögensschädigungen“ durch solche Vereinigungen zu — warnen.

Das Ergebnis der mehrtägigen Debatte war eine entschiedene Missbilligung des Verhaltens der Reichspostverwaltung gegen ihre Unterbeamten, dieses Gefühl hatte wohl auch der Staatssekretär im Reichspostamte, und daraus erklärt sich der autokratische und gereizte Ton desselben zur Genüge, der allgemein unangenehm auffiel.

Etwas zu kurz kamen bei der Debatte die untersten Postbediensteten, die zum Teil, wie die Hilfsbriefträger, 1,50 Mark pro Tag Lohn erhalten (II., Nr. 24, S. 284 f.).

Und dabei will Professor Adolf Wagner die privatwirtschaftliche Thätigkeit des Staates ausdehnen, damit der Staat als Muster-Arbeitgeber den anderen Unternehmern voranleuchten könne. Zu gleicher Zeit für den alles verschlingenden, unersättlichen Militarismus schwärmen und Socialpolitik im Interesse der unteren Klassen treiben, wie es der genannte und noch manche andere „ethische“ Nationalökonomen machen, das ist eben ein ziemlich konfuses Unterfangen, das unmöglich etwas anderes als Widersprüche produzieren kann.

Digitized by Google

3) Im englischen Unterhause wurde der Antrag, zur Einzelberatung des Marinebudgets überzugehen, von Gorst durch den Unterantrag bekämpft, dass in den königlichen Marineetablissements niemand gegen einen Lohn angestellt sein sollte, der nicht für seinen ordentlichen Unterhalt ausreiche, und dass die Arbeitsbedingungen bezüglich der Arbeitsstunden, Löhne, Unfallversicherung und Altersversorgung solche sein müssten, dass sie allen Privatfirmen im ganzen Reich als Muster dienen könnten. Der Staatssekretär des Krieges, Campbell-Bannerman, erklärte betreffs des Antrags Gorst, derselbe berühre alle Regierungsdepartements. Die Regierung acceptiere den Antrag im Prinzip, nämlich in dem Sinne, dass die Regierung die beste Brodherrin des Landes sein sollte, aber nicht in dem Sinn, dass sie sich auf neue Experimente einlasse, welche die allgemeine Uebung weit überschritten. Man müsse erwägen, dass die Regierung Gelder der Steuerzahler zu verwalten habe; indessen werde sie auf Beachtung des allgemeinen Prinzips des Gorstschen Antrags achten. Schliesslich wurde Gorst's Antrag vom Hause ohne Abstimmung acceptiert. Soweit hat die Lohnpolitik der Londoner Munizipalverwaltung, wenn auch in anderer Form, beim Reiche Nachahmung gefunden. Die Tendenz zur Steigerung der Löhne wird hierdurch von Staatswegen in England begünstigt (II., Nr. 24, S. 295 f.).

4) Die Bergarbeiter der grossen westlichen (preussischen) Kohlenreviere sind nunmehr (Januar 1893) der Uebermacht der schroff vorgehenden Staatsbehörden und Unternehmer erlegen. — Bezeichnend für das Verhalten der Behörden ist die Auswahl, welche man für die Entlassungen unter den Leuten traf. In erster Linie entfernte man alle Mitglieder des Rechtsschutzvereins, ferner 31 Knappschaftsälteste und 11 Grubenausschussmitglieder. 26 von den ersteren sind Vertrauensmänner oder Vorstandsmitglieder des Rechtsschutzvereins, 9 von den letzteren sind Vertrauensmänner (II., Nr. 17, S. 206).

5) Der englische Kriegsminister hat die Einführung des achtstündigen Arbeitstags im Arsenal von Woolwich beschlossen. Der Minimallohn für Arbeiter im Marinegeschützdepartement soll 1 Lstr. die Woche betragen (III., Nr. 11, S. 128).

In den Werkstätten des Kriegsministeriums ist für 14,000 Arbeiter der Achtstundentag eingeführt worden (N. Z. Z. vom 19. Januar 1894).

Digitized by Google

6) Wie die Leser sich erinnern, hat vor einigen Wochen eine Abordnung der Arbeiter der eidgenössischen Waffenfabrik beim Bundesrat Frey vorgesprochen, um Klagen wegen schlechter Behandlung vorzubringen. Frey stellte der Deputation eine unparteiische Untersuchung in Aussicht und bestellte zu diesem Zweck eine Kommission, bestehend aus den Herren Oberrichter Harnisch in Bern, Rauschenbach, Fabrikinspektor in Schaffhausen und Arbeitersekretär (und socialdemokratischer Führer!) Greulich. Seit einigen Tagen befindet sich dieselbe in Bern, wo sie mit eingehender Prüfung der Sachlage beschäftigt ist. An das Militärdepartement (Bundesrat Frey) wird die Kommission einen schriftlichen Bericht erstatten (Telegramm der der „Neuen Zürcher-Zeitung" vom 16. Januar 1893).

7) In der hiesigen Gegend (Przibram, Oesterreich) wollten vor anderthalb Jahren einige intelligente und fortschrittliebende Bergleute eine politische Vereinigung organisieren, welche auch später behördlich bewilligt wurde. Zu der konstituierenden Versammlung wurde der ehemalige Bergmann, jetzt Redakteur einer Arbeiterzeitung in Prag, Herr Wagner, eingeladen, um mit dem Einberufer, Bergmann Jenicek in Podles, den Versammelten Zweck und Ziele des Vereins zu erklären und sie zum Beitritt aufzufordern. Die Folge davon war, dass beide sofort von der Gendarmerie mit gepflanztem Bajonett verhaftet wurden. Man fesselte sie an den Händen und führte sie durch die ganze Stadt in das Gefängnis des Bezirksgerichts, wo sie einige Tage in Haft gehalten wurden, wonach sie wieder gekettet unter starker Eskorte zum Prager Landesgerichte transportiert wurden, wo man sie nach einigen Tagen ohne Angabe des Grundes auf freien Fuss setzte. Bei sehr vielen Teilnehmern wurden resultatlose Hausdurchsuchungen vorgenommen und die Affäre des Redakteurs Wagner und Konsorten, der selbst von der Regierung vor kurzem als Experte der Bruderladen nach Wien eingeladen worden war, wurde im Reichsrate bei der vorletzten Budgetdebatte schärfstens gerügt („Deutsche Worte" 1893, Februarheft S. 99).

8) Das neugegründete rheinisch-westphälische Kohlenkartell ist in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 3. März (1893), sowie in der Reichstagssitzung vom 7. März Gegenstand der Debatten gewesen. Im preussischen Abgeordnetenhaus machte der freisinnige Abgeordnete Brömel auf die Gefahr aufmerksam, dass eine so mächtige Vereinigung die Konsumenten sehr leicht durch willkürliche Preisfestsetzungen ausbeuten könne. Der preussische

Digitized by Google

Handelsminister Berlepsch gab darauf eine ziemlich gewundene Erklärung ab, in welcher er ausführte, dass in einer solchen Vereinigung (! — keine Postbeamten und Bergleute, sondern Millionäre!) wohl eine Gefahr liegen könne, dass er aber das Vertrauen zu der „Qualität" der leitenden Persönlichkeiten habe, sie würden die in ihren Händen liegende Macht nicht zum Schaden des Publikums ausbeuten (II., Nr. 24, S. 286).

9) Dem deutschen Bundesrat ging gegen Ende 1892 ein Antrag von Württemberg und Baden zu um Erlass einer Verordnung, wodurch in den Edelmetallwaaren-Fabriken als Ausnahme von den Bestimmungen der Gewerbeordnung bei aussergewöhnlicer Häufung der Arbeit gestattet werden würde, die Arbeiterinnen über 16 Jahre vom 15. März bis 15. Oktober bis 9 Uhr, vom 16. Oktober bis 14. März bis 10 Uhr abends und im ganzen Jahr an den Vorabenden der Sonn- und Festtage bis 7 Uhr abends zu beschäftigen. Die Arbeitszeit darf 13 (!) und an den Vorabenden der Sonn- und Festtage 10 Stunden nicht überschreiten u. s. w. Charakteristisch für die Weiterentwicklung unserer socialen Gesetzgebung, sagt der Einsender, ist es unzweifelhaft, dass die Regierungen ebenso abgeneigt sind, den Wünschen der Arbeiter bezüglich des Weiterausbaus der Arbeiterschutzgesetzgebung zu entsprechen, als sie bereit sind, die geringfügigen Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung zu beschneiden. — Dass man die durch Absatzstockungen verursachte Notlage einer Industrie durch die Möglichkeit gesteigerter Ueberproduktion kurieren will, ist charakteristisch für die wirtschaftspolitische Einsicht massgebender Kreise. Vielleicht will man aber durch die Verlängerung der Arbeitszeit bloss die Zahl der Arbeitslosen vermehren, um damit Gelegenheit zu bekommen, im Interesse der Konkurrenzfähigkeit die Löhne zu drücken. Eine Unterstützung dieser Politik kann die socialpolitische Einsicht der württembergischen und badischen Regierung nicht in günstiges Licht stellen (II., Nr. 13, S. 153 f.).

10) In Ausführung des französischen Gesetzes zum Schutz der Frauen und Kinder vom 2. November 1892 erschien im Frühjahr 1893 eine Verordnung, die unter anderem verbietet, Kinder, Mädchen und Frauen zur Herstellung von Drucksachen, Bildern und sonstigen Gegenständen, deren Verkauf, Ausstellung oder Verteilung als gegen die guten Sitten verstossend, gesetzlich verboten sind, oder Kinder unter 16 Jahren und minderjährige Mädchen zur Herstellung von

Digitized by Google

Drucksachen, Bildern u. s. w. zu verwenden, die, wenn auch gesetzlich nicht strafbar, nichts destoweniger geeignet sind, ihre Sittlichkeit zu verletzen (II., Nr. 36, S. 431).

Was so einer atheistisch-demokratischen Regierung nicht alles einfällt! Was sagen diejenigen dazu, die nur Gott fürchten?*)

11) Ganz geeignet zur Vergleichung hiermit ist das Schicksal des deutschen Gesetzes über die Sonntagsruhe. In den Jahren 1885 bis 1887 fand die berüchtigte Sonntags-Enquete statt, die einige Foliobände erzeugte, sonst nichts.

Endlich im Jahre 1890 wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt. Mehr als ein Jahr später wurde daraus wirklich ein Gesetz — und was für eines! Nicht nur dass es selbst schon allerlei Ausnahmen einführte und den unteren und oberen Behörden einzuführen gestattete, — die Geltung des ganzen Gesetzes wurde vom Erlass einer kaiserlichen Verordnung abhängig gemacht, ohne alle Spur einer Terminbestimmung. Und bis jetzt ist nur der auf den Handel bezügliche Paragraph in Kraft gesetzt worden. Für die Gewerbe forscht man noch immer nach den notwendigen Ausnahmen und schickt sich eben (Juni 1893) an, zum vierten Male darüber zu beraten. Eine unerhörte Sorte von Socialreform!

12) Im preussischen Abgeordnetenhause erklärte der Handelsminister von Berlepsch anfangs März 1893 auf eine Anfrage, dass die Regierung grundsätzlich keine der socialdemokratischen Partei angehörenden Arbeiter im Staatsbetrieb zulasse (Zeitungen).

Der Präsident des preussischen Ministerrats, Graf von Eulenburg, hat am 7. Dezember 1893 ein parlamentarisches Diner gegeben, zu welchem die Vertreter aller Parteien, mit Ausnahme der Socialdemokraten, der Demokraten und der Antisemiten, eingeladen wurden (Zeitungen).

13) Am 30. November (1893) wurde eine Deputation des socialdemokratischen Bundes, welche auf den zunehmenden Notstand hinwies, erst von konservativen und unionistischen und sodann von

*) Wir wollen indess hiemit keineswegs die Socialpolitik des offiziellen Frankreichs im ganzen rühmen. Es herrscht in diesem Lande der Geldsack, das Börseninteresse, mehr als irgendwo, und die Aussicht auf friedlichem Wege zu besseren Zuständen zu gelangen ist bei dem vielen Blute, das im Kampf der Klassen schon geflossen, gering, obwohl unter der Republik jedenfalls grösser als unter den verschiedenen Dynastien.

Digitized by Google

radikalen Parlamentariern im (englischen) Unterhause empfangen (III., Nr. 11, S. 128).

14) Es verdient hervorgehoben zu werden, dass der Aufsichtsbeamte für Hamburg die dort erfolgenden milden Bestrafungen der Unternehmervergehen gegen die Schutzvorschriften für jugendliche Arbeiter beklagt. „In allerletzter Zeit ist wegen Uebertretung des § 138 Abs. 2 der Gewerbeordnung noch eine Geldstrafe von 1 Mark vom Gericht festgestellt worden, und muss bezweifelt werden, ob durch diese milde Auffassung solcher Delikte ein heilsamer Einfluss ausgeübt wird. Die Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter sind nachgerade bekannt genug, um es gerechtfertigt erscheinen zu lassen, wenn bei Bestrafungen wegen Uebertretung dieser Schutzparagraphen zu den höheren Grenzen übergegangen wird.“ — Ist das nicht einfach schmachvoll? Man muss es nur aus der zuckersüssen Sprache des Beamten in klares Deutsch übersetzen. Kümmert sich ein Richter vielleicht armen Teufeln gegenüber darum, ob ihnen irgend ein Paragraph schon längere Zeit bekannt war oder nicht? (II., Nr. 5, S. 57).

15) Der Abgeordnete Kaunic sagte im österreichischen Abgeordnetenhause: „Es passierte z. B. in einem Lande unserer Monarchie, dass ein Gewerbe-Inspektor in den grossartigen Industrialbetrieben eines Magnaten — etwas beanstandete. Nun, der Magnat wendete sich an das vorgesetzte Ministerium und dieses legte sich dann in's Mittel, aber in einer solchen Art, dass der betreffende Gewerbe-Inspektor krank wurde und mehr als ein Jahr zu keiner Arbeit fähig war. Sein Nachfolger wurde angewiesen, dem Grafen eine Antrittsvisite zu machen. Für diesen gilt natürlich § 18 des Gesetzes*) (über derartige Gastfreundschaft) nicht. Er wurde also von ihm zu Tische geladen, und seitdem legte sich auch der Zorn des Magnaten. Wohlweislich hat der Gewerbe-Inspektor seit dieser Zeit seine Industrialorte nicht mehr besucht, was wieder ein bischen gegen § 7 des Gesetzes über die fortlaufende Revision der Betriebe verstösst“ (Deutsche Worte, Januar 1894).

Naiver kann man seine gute Gesinnung nicht verraten!

16) Telegramm der Neuen Zürcher Zeitung vom 21. April 1893, aus Bern. Wie Ihre Leser sich erinnern, hat der Vorstand des Einwohnervereins im Dezember vorigen Jahres eine gegen die social-

*) Wir haben den Wortlaut etwas verändert, um den Sinn deutlicher zu machen.

Digitized by Google

demokratische Partei beziehungsweise deren Führer gerichtete Eingabe dem Regierungsrat zukommen lassen. Es wurde darin vornehmlich die Frage aufgeworfen, ob nicht das Herumtragen der roten Fahne zu verbieten sei; ob es nicht geboten erscheine, gegen die sogenannte „freie Schule“ des Herrn Wassilieff einzuschreiten und ob es nicht am Platze wäre, Stellung zu nehmen gegenüber dem staatsgefährlichen Auftreten gewisser socialistischer Elemente.

In der Antwort, welche der Regierungsrat an den Regierungsstatthalter zuhanden der Petenten festgestellt, wird betont, dass, wie übrigens auch die Eingabe nicht behaupte, durch das Herumtragen der roten Fahne in der Stadt Bern die öffentliche Ordnung niemals gestört worden sei. Es sei auch nicht festgestellt, dass die Fahne als Zeichen des Aufruhrs betrachtet werden müsse. Sollte es je zu Konflikten kommen, werde die Regierung die geeigneten Massnahmen treffen. In Bezug auf die „freie Schule“ des Arbeitersekretärs (Wassilieff) soll das Regierungsstatthalteramt zunächst untersuchen, ob dieselbe unter das Gesetz über den Privatunterricht falle, d. h., ob der Unterricht an schulpflichtige Kinder erteilt werde, wozu eine staatliche Bewilligung nötig ist. In diesem Falle müsste der Richter die Sache in die Hand nehmen. Die Notwendigkeit des Einschreitens gegen die socialistischen Elemente werde in der Eingabe durch keine bestimmten Thatsachen begründet. Artikel 76 der Staatsverfassung gewährleiste die Freiheit in der Mitteilung der Gedanken durch Wort und Schrift. „Unsere freien Institutionen und die soliden Traditionen des Bernervolkes“, schliesst die Antwort, „bilden die stärkste Schutzwehr gegen jene Theorien, auf deren Gefährlichkeit der Einwohnerverein uns aufmerksam machen zu sollen glaubte.“

Geheimräte und Excellenzen! Sollten Eurem Dünkel diese schlichten, bescheidenen Männer nicht etwa deshalb so klein und unbedeutend vorkommen, weil sie ein Jahrhundert weit vor Euch hermarschieren?

17) Telegramm der N. Z. Z. vom 7. November 1893, aus Bern. Durch die Blätter ging gestern die Nachricht, der Bundesrat habe an die Kosten des nächstes Iahr in Zürich abzuhaltenden internationalen Arbeiterschutzkongresses einen Beitrag zugesichert. In der That ist ein solcher Beschluss vor etwa 14 Tagen gefasst, aber der Oeffentlichkeit nicht mitgeteilt worden. Im hiesigen Tagblatt findet sich heute aus dem Bundesrathause kommend folgende Begründung

Digitized by Google

des Beschlusses: „Der Vorstand des schweizerischen Arbeiterbundes wendete sich vor einigen Wochen an den Bundesrat mit dem Gesuche, derselbe möchte die Kosten einer internationalen Konferenz übernehmen, welche der Arbeiterbund zur Besprechung der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung einzuberufen gedenke. Gleichzeitig legte der Vorstand ein Programm der in Aussicht genommenen Verhandlungen vor. Da dasselbe die Garantie zu bieten schien, dass die geplante Konferenz nicht in Socialdemokratie machen werde, wohl aber dem Bundesrate wertvolles Material für die stets noch geplante Fortsetzung der Berliner Arbeiterschutzkonferenz zu liefern versprach, wurde dem Gesuche in dem Sinne entsprochen, dass die Eidgenossenschaft die Kosten der Konferenz bis auf den Betrag von 3000 Franken übernimmt, immerhin unter der Bedingung, dass sich letztere an das vorgelegte Programm halte."

18) Telegramm der N. Z. Z. vom 25. Januar 1893, aus Berlin. Die heute abgehaltenen Versammlungen hiesiger Arbeitslosen umfassten ungefähr 5000 Personen und verliefen durchaus ruhig. Abgeordnete der Arbeitslosen teilten mit, dass der Minister Berlepsch zwei Deputationen überhaupt gar nicht empfing, sondern schriftlich mitteilte, er sehe in den erbetenen Unterredungen keinen praktischen Nutzen und theoretische Erörterungen (offenbar ein Hauptpläsir hungernder Leute!) müsse er ablehnen; eine dritte Deputation empfing er und sagte derselben, als er hörte, sie seien Bauarbeiter, dass ihnen die Arbeitslosigkeit im Winter doch nichts Neues sein könne.

19) Der Premierminister Gladstone empfing am 3. August (1893) eine Abordnung von 70 Personen. Es wurden Reden gehalten, in denen die Oportunität und die Notwendigkeit der Einführung des gesetzlichen Achtstundentags betont wurde. Gladstone erwiderte, die Regierung könne in dieser Angelegenheit nichts thun, bis unter den Arbeitern selbst eine grössere Einmütigkeit über diese Frage bestehe, aber sie würde sich dem Einbringen eines Gesetzentwurfs betreffend den Achtstundentag nicht widersetzen (II., Nr. 24, S. 287).

20) Ein Artikel (Centralblatt II., Nr. 19) über die Arbeitsverhältnisse in den preussischen Staatsbergwerken, der einen offiziellen Bericht über das Jahr 1891 bespricht, schliesst mit den Worten: Leider entspricht auch diese Lohn- und Schichtstatistik in keiner Weise den elementarsten Anforderungen einer wissenschaftlich brauchbaren Nachweisung. Es fehlt jede Einteilung in die verschiedenen Arbeiterkategorien, jede Kombination der Schichtzeit mit den Löhnen

Digitized by Google

u. s. w. Nur das Eine lässt sich erkennen, dass auch bei den Staatsarbeitern die Löhne einen durchaus proletarischen Charakter tragen.

21) Die englische Socialstatistik, bisher schon die bei weitem ergiebigste und fruchtbarste, ist im Begriff durch die Schaffung einer grossen Organisation in einem sehr gute Hoffnungen erweckenden Massstab sich zu vervollkommnen. Das bisherige Arbeitsbureau im Handelsdepartement, dem übrigens nur der kleinste Teil der socialstatistischen Arbeit, die in England in der einen oder andern Form ununterbrochen im Gange ist, zufiel, genügte der ihm gestellten Aufgabe durchaus nicht. An dessen Stelle soll jetzt ein Amt treten, von dem der Handelsminister Mundella einer Deputation, bestehend aus den parlamentarischen Komitees der Trade Unions und der Genossenschaftsvereine, den folgenden Plan entwarf u. s. w. (dieser Plan ist in 118 Zeilen mitgeteilt). Dazu gehört unter anderm die Herausgabe einer „Arbeitszeitung", deren Zweck die Lieferung von genauen Informationen über Fragen, die für Arbeiter und Arbeiterinnen von besonderem Interesse sind, insbesondere soll sie auch Berichte bringen über die im Lauf des Monats begonnenen, fortgeführten und beendeten gewerblichen Streitigkeiten.

Die erste Nummer der Arbeitszeitung erschien am 15. Mai d. J., 24 Folioseiten in bester Ausstattung für 1 Penny. Aus der Vorrede entnehmen wir folgende Sätze: Die „Labour Gazette" ist ein Blatt für die Arbeiter. Mit blossen Fragen der Meinung wird sich das Blatt nicht beschäftigen. Der Zweck des Departements bei dieser Veröffentlichung ist, eine gesunde Grundlage für die Bildung von Meinungen zu schaffen, nicht aber Meinungen Ausdruck zu geben. — Dank dem Entgegenkommen des Ministeriums des Aeussern wird das Departement in der Lage sein, einen regelmässigen Bericht über den Arbeitsmarkt, über Streiks, Aenderungen in der Lohnhöhe und über die Arbeitergesetzgebung in den wichtigsten fremden Ländern zu geben, die speziell zu diesem Zweck von den englischen Gesandtschaften und Konsulaten eingeholt werden. Ebenso entgegenkommend hat das Kolonialamt mit dem Arbeitsamt eine Vereinbarung betreffend Nachrichten über Auswanderung getroffen (II., Nr. 19, S. 226 und Nr. 35, S. 419).

Zum Schluss noch einiges aus der Schweiz. Im Bericht der Arbeiterkommission in Winterthur über die Durchführung des schweizerischen Fabrikgesetzes für die Periode 1890/92 wird gesagt,

Digitized by Google

dass der kantonale und der eidgenössische Fabrikinspektor, die Bezirks- und Ortsbehörden insgesamt der Ueberwachungskommission der Arbeiter das thatkräftigste Entgegenkommen bewiesen, und ihnen dafür auch volle Anerkennung gezollt. Der kantonale Fabrikinspektor behandelt die Klagen der Kommission in bereitwilliger und gewissenhafter Weise, er leitet genaue Untersuchung ein, verfügt sich, wenn nötig, selbst an Ort und Stelle und erstattet über die Ergebnisse des Verfahrens der Kommission Bericht. Auch zur Erteilung mündlicher und schriftlicher Ratschläge zeigte er sich stets gern bereit u. s. w. Die Winterthurer Stadtpolizei liefert der Ueberwachungskommission der Arbeiter ziemlich regelmässig ein Verzeichniss der laufenden Ueberzeitbewilligungen, so dass es der Kommission ermöglicht war, selbst eine gewisse Kontrolle auszuüben. Auf Veranlassung der Kommission stellte die Polizei öfters Nachforschungen an (aus der socialdemokratischen „Neuen Zeit“ 1892/93 Nr. 52, S. 792).

Den „Berichten der Kantonsregierungen über die Ausführung des Bundesgesetzes betreffend die Arbeit in den Fabriken 1891 und 1892, veröffentlicht vom schweizerischen Industrie- und Landwirtschaftsdepartement, Aarau 1893“ entnehmen wir folgende charakteristische Daten und Aussprüche.

Nach jeweilen vorausgegangener Vernehmlassung des eidgenössischen Fabrikinspektorats wurden 62 Pläne für Neubauten und Dampfkesselanlagen von Fabriken genehmigt. Die von den eidgenössischen Fabrikinspektoren aufgestellten „Normen für den Neu- oder Umbau von Fabrikanlagen“ leisten sowohl den Behörden als den Unternehmern ausgezeichnete Dienste; den letzteren wird jeweilen bei Bekanntwerden des Bauprojektes ein Exemplar zur Nachachtung zugestellt (Kt. Zürich).

Mit dem eidgenössischen Fabrikinspektorat wurden die gewohnten freundlichen und fruchtbaren Beziehungen gepflegt. Die Kantonsbehörde war namentlich im Falle, ihm bei einer Erhebung über die Wohnungsverhältnisse, beim Bau von Arbeiterwohnungen durch gemeinnützige Gesellschaften behilflich zu sein (Kt. Bern).

Bisheriger Uebung entsprechend wurden sämtliche Baubegehren für Neu- und Umbauten, sowie für Erweiterungen von Fabriken unter Beilage der Pläne dem eidgenössischen Fabrikinspektorat zur Prüfung und Antragstellung vorgelegt. Das Baudepartement nahm die vom Fabrikinspektorat beantragten Bedingungen jeweilen in die Baubewilligungen auf. Dieses Zusammenwirken der kantonalen und

Digitized by Google

Bundesbehörden ermöglicht bei Neuanlage von Fabrikräumlichkeiten eine umsichtige Fürsorge für Gesundheit und Leben der Arbeiter (Kt. Basel-Stadt).

In Bezug auf sämtliche Fabrikordnungen wurde jeweils das Gutachten des Fabrikinspektorats eingeholt und die Genehmigung erst nach Berücksichtigung der von diesem beantragten Korrekturen und Ergänzungen ausgesprochen (Kt. Thurgau, und ähnlich in allen Kantonen).

In zwei mechanischen Schreinereien wurden die vom eidgenössischen Fabrikinspektorate verlangten Schutzvorrichtungen an den Fräsen und einem Abrichthobel erst angebracht, nachdem die betreffenden Betriebsinhaber mit 50 Fr. gebüsst worden waren.

Ein Fall gab uns Veranlassung, eine strafrechtliche Verfolgung wegen fahrlässiger Körperverletzung eintreten zu lassen (Kt. Zürich).

Es ist uns ein Fall zur Kenntnis gekommen, wonach eine Wöchnerin nur 45 Tage Schonzeit hatte. Wir machten diesbezüglich dem zuständigen Statthalteramte Anzeige; dieses hat daraufhin den Fabrikanten einvernommen. Derselbe soll aber, wie es sich durch die Untersuchung herausstellte, der Arbeiterin von der Uebernahme der Beschäftigung im Etablissement vor Ablauf der Schonzeit abgeraten haben. Nachdem die Wöchnerin aber erklärt, sie sei in der warmen Boutique besser geschont als in ihrer kalten Wohnung ohne Verdienst, habe er keinen Anstand mehr genommen, dieselbe zur Arbeit zuzulassen. Der Arbeitgeber wurde gewarnt, aber nicht gestraft (Kt. Luzern).

Auf Anzeige des Fabrikinspektorats, dass im Januar 1892 in einer Fabrik Frauen zur Nachtarbeit angehalten worden seien, wurde die Polizeidirektion beauftragt, eine Untersuchung anzubahnen und es stellte sich heraus, dass im benannten Monate in diesem Geschäft während 3 Wochen bis 10 Uhr abends gearbeitet worden ist. Die Fabrikbesitzer wurden dem Gerichte überwiesen und bestraft (Kt. Nidwalden).

Es scheint, dass die gesetzlichen Vorschriften über Beschäftigung von Frauen in den Fabriken in den beiden Berichtsjahren mit Ausnahme eines Falles überall beobachtet worden sind. Den Aufsichtsbehörden kam wenigstens nur eine bezügliche Gesetzesübertretung zur Kenntniss. In einem Etablissement wurden zwei Wöchnerinnen, die sich zur Wiederaufnahme der Arbeit meldeten, wieder beschäftigt, ohne dass sich die Fabrikdirektion zuerst vergewisserte,

Digitized by Google

ob seit ihrer Niederkunft 6 Wochen verflossen waren. Man begnügte sich zu konstatieren, dass sie wenigstens 8 Wochen nicht mehr in der Fabrik beschäftigt worden waren. Die betreffende Firma wurde wegen dieser Zuwiderhandlung gegen das Fabrikgesetz richterlich bestraft (Kt. Solothurn und ähnlich überall).

Ein Standpunkt, den unsere Direktion des Innern mehrmals in Auskunftserteilungen einnahm, wurde durch ein Urteil des Einzelrichters des Bezirks Zürich bestätigt. Danach ist die seitens eines Fabrikinhabers einseitig erfolgende Reduktion der in der Fabrikordnung festgesetzten Arbeitszeit oder die Einstellung des Betriebs an einzelnen Tagen, wenn dazu nicht höhere Gewalt zwingt, als eine wesentliche Aenderung des Dienstvertrags aufzufassen. Demgemäss sind solche Massregeln 14 Tage vor Inkrafttreten derselben Samstags oder am Zahltage anzukündigen, so dass es jedem Arbeiter ermöglicht wird, den ihm nicht mehr zusagenden Dienst regelrecht aufzukünden. Erfolgt keine 14 Tage vorausgehende Anzeige und tritt die Verkürzung der Arbeitszeit willkürlich von heut auf morgen in Kraft, so hat der betreffende Arbeiter Anspruch auf Ausbezahlung seines vollen Lohnes wie bei voller Arbeitszeit oder es steht ihm, wenn ihm derselbe vorenthalten wird, das Recht zu, sofort, ohne Beobachtung der Kündigungsregeln, aus dem Geschäft auszutreten, weil der Fabrikbesitzer die bedungene Verpflichtung nicht erfüllt, resp. eine vertragswidrige Behandlung des Arbeiters verschuldet hat (Kt. Zürich).

Im Jahre 1891 erfolgte aus Arbeiterkreisen eine Beschwerde gegen die Richter-Linder'sche Anstalt auf der Schoren, welche den Regierungsrat um genaue Untersuchung der in der Anstalt bestehenden Verhältnisse ersuchte, indem die dort beschäftigten Mädchen in jeder Beziehung schlecht gehalten seien. Diese Beschwerde wurde dem Departement des Innern zur Untersuchung und Berichterstattung überwiesen, welches eine Kommission ad hoc berief. Letztere unterzog die Verhältnisse der Anstalt einer allseitigen und eingehenden Untersuchung. Das Ergebnis war, dass dem Leiter der Anstalt vorgeschrieben wurde, die Kost zu verbessern, jedem Kind eine besondere Bettstelle anzuweisen, das Disziplinarwesen zu ordnen und die häusliche Ausbildung der Mädchen zu befördern u. s. w. u. s. w. Das Departement des Innern wurde mit der Ueberwachung der Ausführung des Beschlusses beauftragt. Den Beschwerdeführern wurde von diesen Beschlüssen Kenntnis gegeben (Kt. Basel-Stadt).

Digitized by Google

Begründete Beschwerden wegen mangelhafter Heizung und Heizeinrichtung und schmutzigem Zustand eines Arbeitslokals sind uns nur in zwei Fällen zugegangen. Eine anonyme Klage eines Arbeiters wegen eines angeblich ungesunden Arbeitslokals (Dämpfeausströmung) ergab sich nach wiederholter Nachschau als vollkommen unbegründet (Kt. St. Gallen).

Leider existiert in unserem Kanton ein Verbot des Aufhaltens von Kindern unter 14 Jahren in Fabrikarbeitslokalen nicht, das Gesetz sagt im Art. 16 nur, dass solche Kinder nicht zur Arbeit in Fabriken verwendet werden dürfen. Auch ist es vorgekommen, dass dem betreffenden Polizeibeamten, der bei einer Inspektion Kinder beim Fädeln in der Fabrik traf, zugeschrieben wurde, er habe eine falsche Anklage gestellt und die betreffenden Kinder so eingeschüchtert, dass sie lediglich aus Furcht zugegeben haben, gefädelt zu haben. Der betreffende Arbeitgeber war im Rückfalle und wurde dem Gerichte zur Bestrafung überwiesen. Das Untersuchungsamt und Gericht schenkten aber unbegreiflicherweise den Aussagen des Angeklagten mehr Glauben als dem Polizeibeamten und es erfolgte daher ein freisprechendes Urteil. Dass solche Fälle den Diensteifer eines Polizeibeamten nicht fördern, ist einleuchtend (ebenda).

Durch spezielles Kreisschreiben haben wir neuerdings sämtliche Polizeiorgane des Kantons angewiesen, während des Jahres periodisch, d. h. mehrmals in sämtlichen Fabriken des Kantons ohne Ausnahme hinsichtlich der Handhabung des Fabrikgesetzes Nachschau zu halten. Dass dieses Vorgehen von sehr guter Wirkung war, beweist die geringe Zahl von Gesetzesverletzungen im letzten Jahre (1892). Die zuständigen Aufsichtsorgane gaben sich denn auch die eifrige und redliche Mühe, dem Fabrikhaftpflichtgesetze allseitig den gehörigen Vollzug zu verschaffen. Es hat daher auch nicht umsonst das Fabrikinspektorat I unserem Ressortdepartemente wiederholt für die gute Ordnung und die erzielten Erfolge seine Anerkennung ausgesprochen (ebenda).

Die Fabrikordnungen sind nicht selten zu weitschweifig, enthalten alle möglichen Bussandrohungen, während die Hauptsache fehlt. Offenbar stellt sich der Arbeitgeber darunter eine Art Polizeireglement vor und nicht ein Statut, welches das Verhältniss zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ordnen soll. Auf diesen Umstand mag es auch zurückzuführen sein, dass die Arbeiter vielfach bei der Auf-

Digitized by Google

stellung von Fabrikordnungen nicht begrüsst*) und deren Zustimmungserklärungen nicht eingeholt werden. Unsere Direktion des Innern hat nun angefangen, jede Fabrikordnung, welche hierüber keinen Ausweis enthält, zur Ergänzung zurückzubieten, bevor sie dieselbe dem Fabrikinspektor zur Begutachtung zugehen lässt.

Die Zahltage und Kündigungsfristen werden jeweilen durch die Fabrikordnungen normiert. Bezügliche Beschwerden sind den kantonalen Aufsichtsbehörden keine bekannt geworden. Eine Firma hatte um die Bewilligung nachgesucht, die bisherige 14tägige Zahlungsfrist in eine vierwöchentliche umändern zu dürfen, es wurde ihr aber solches mangels hinreichender Begründung nicht gestattet. Man war sogar versucht anzunehmen, dass die Neuerung lediglich nur im Interesse der Arbeitgeber eingeführt werden sollte. Die 14tägige Löhnung entspricht den Wünschen und Interessen der Arbeiter besser (Kt. Aargau).

Die Regierung des Kantons Neuenburg begrüsst mit Freuden die von ihr stets gewünschte und verlangte, nun vom Bundesrat beschlossene bedeutende Ausdehnung des Fabrikgesetzes. Sie frägt sich, ob darunter die Produktion leiden werde, und spricht die Ansicht aus, dass das nicht der Fall sein werde. Die Arbeiter werden durch die Verkürzung der Arbeitszeit fleissiger und tüchtiger und die Betriebe werden besser eingerichtet, so dass die Arbeit fruchtbarer wird. Man darf, fährt die Regierung wörtlich fort, ausserdem nicht die wohlthätige Seite des Gesetzes und den günstigen Einfluss vergessen, den diese Verkürzung des Arbeitstags auf die körperliche Kraft, die geistigen Fähigkeiten und die sittliche Entwicklung unserer Arbeiter übt und fortwährend üben wird. Weit entfernt, unseren Industrien zu schaden, wird ihnen der kürzere Arbeitstag vielmehr voraussichtlich zum Vorteil gereichen und sie kräftigen, indem er ihnen Arbeiter erhält und schafft, die denen der konkurrierenden Industrien an Tüchtigkeit, Körperkraft und Intelligenz überlegen sind; man könnte ohne Nachteil selbst auf den zehnstündigen Arbeitstag herabgehen, wie es schon mehrere Unternehmer aus eigenem Antrieb gethan, doch immerhin unter der Bedingung, dass der Stückarbeiter keinen Lohnausfall erleide, dass er diese Vermehrung seiner freien Zeit nicht mit einem Opfer erkaufen müsse.

---

*) Für den fremden Leser mag bemerkt werden, dass das Wort „begrüssen" in diesem Zusammenhang ungefähr soviel bedeutet, wie um die Willensmeinung fragen.

Digitized by Google

Man hört in gewissen Kreisen oft die Befürchtung laut werden, der Arbeiter könnte von der Musse, die ihm eine grössere Beschränkung des Arbeistages verschaffen würde, einen schlechten Gebrauch machen. Das ist eine ungerechte Befürchtung, deren Grundlosigkeit die Erfahrung schon bewiesen hat. Ueberall wo man einen ernstlichen Versuch machte, wo man die Dauer der Arbeit verkürzte, wo die Arbeit erleichtert, wo sie regelmässig und geordnet wurde, konnte man sich von den segensreichen Wirkungen auf die Gesundheit und Sittlichkeit des Arbeiters überzeugen, es kam Ordnung und Wirtschaftlichkeit in sein Leben, das Familienleben entwickelte sich reicher, während die Arbeit ohne Regel und Grenze, die verlängerte, die erschöpfende, die Nachtarbeit die entgegengesetzten Wirkungen hervorbringt, und Unordentlichkeit, schlechte Aufführung, Trunksucht im Gefolge hat. Die Verkürzung der Arbeitszeit in Verbindung mit regelmässiger Arbeit wird unzweifelhaft einen heilsamen Einfluss auf die Lage des Arbeiters und sein Wohlbefinden ausüben.

So sollen nach unserer Ansicht Ueberzeitbewilligungen nur in Ausnahmsfällen und dringender Not verlangt werden; die Unternehmer müssen sich sagen, dass der elfstündige Arbeitstag genügen soll, dass es im Interesse der Gesundheit der Arbeiter und in dem der Industrie liegt, über diese Grenze nicht hinauszugehen, und dass die Ueberstunden, die den Arbeiter ermüden und ihn meistens für den nächten Tag unaufgelegter und untüchtiger machen, nur einen unbedeutenden oder scheinbaren Gewinn abwerfen, wenn man auch noch die Heitz- und Beleuchtungskosten in Rechnung zieht. Wir werden daher solche Bewilligungen, die Unternehmer oder Arbeiter bei uns nachsuchen, aufs äusserste beschränken und, ausgenommen Fälle klar bewiesener Notwendigkeit, stets verweigern. Und so weiter.

Wir wollen alle Betrachtungen dem Leser überlassen und nur bemerken, dass der Stoff nicht beliebig ausgewählt, sondern mitgeteilt wurde, wie er uns gerade in die Hände kam. Ausserdem darf man wohl auch im allgemeinen annehmen, dass Staatsmänner u. dgl. bei offiziellen Gelegenheiten nicht leichtsinnig in den Wind reden, sondern ihre Gedanken und Intentionen richtig und ernsthaft kundgeben, besonders wo sie unangenehm werden. Es kommt im Grunde nur darauf an, ob die vorgelegten Materialien charakteristisch, typisch sind. Den Beweis des Gegenteils überlassen wir getrost jedermann. Man wird vielleicht sagen, die Daten etc. verschiedener Länder

Digitized by Google

decken sich nicht völlig, mitunter gar nicht. Aber es handelt sich nicht darum, wie diese und jene Regierungen in ganz gleichen Fällen (solche gibt es hier überhaupt kaum) — sich benommen haben, es kommt überhaupt nicht auf die einzelnen Thatsachen an, sondern auf den Sinn und Geist der öffentlichen Organe, der sich darin zeigt, darauf, ob sie die Arbeiter in demokratischem Geist als gleichberechtigte Mitmenschen traktieren, mit denen man verhandelt, oder als Wesen niedrigerer Sorte, über die man disponiert. Ein Stück Brod dem „Gaste“ am Tisch des Hausherrn serviert, schmeckt dem mit Menschenbewusstsein begabten Fremden besser, als ein gebratenes Rebhuhn, das man dem „Bettler“ vor die Thüre setzt. Aber Rebhühner werden auch den Bettlern kaum gegeben, die guten Bissen behalten hochmütige Herren vor allem für sich.

Digitized by Google

Digitized by Google

32101 064040718

Digitized by Google

Digitized by Google